UC-NRLF
$B 764 676

REESE LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Class

Diplomatiſche Verhandlungen

aus der Zeit

der franzöſiſchen Revolution.

Von

Hermann Hüffer.

Erſter Band.

Oeſtreich und Preußen gegenüber der franzöſiſchen Revolution bis zum Abſchluß des Friedens von Campo Formio.

Bonn,

bei Adolph Marcus.

1868.

Oeſtreich und Preußen

gegenüber der

franzöſiſchen Revolution

bis zum

Abſchluß des Friedens von Campo Formio.

Vornehmlich

nach ungedruckten Urkunden der Archive in Berlin, Wien und Paris

von

Hermann Hüffer.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bonn,

bei Adolph Marcus.

1868.

JC143
H8
v.1:1

ESE

Das Recht der Ueberſetzung iſt vorbehalten.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

Erstes Buch.

Vom Anfange des Revolutionskrieges bis zum Abschluß des Friedens von Basel.

Erstes Kapitel.

Der Ausbruch des Revolutionskrieges 17

Zweites Kapitel.

Krieg und Unterhandlungen bis zum Ende des Jahres 1793 . . . 32

Drittes Kapitel.

Der polnische Aufstand und die haager Uebereinkunft vom 19. April 1794 49

Viertes Kapitel.

Der Verlust Belgiens und des linken Rheinufers 62

Fünftes Kapitel.

Der Friede zu Basel 108

Sechstes Kapitel.

Die dritte Theilung Polens 131

Siebentes Kapitel.

Die Unterhandlung des Ritters Carletti 142

167700

Seite

Zweites Buch.

Die Präliminarien von Leoben.

Erstes Kapitel.

Die späteren Ereignisse des Jahres 1795 172

Zweites Kapitel.

Feldherren und Diplomaten im Jahre 1796 207

Drittes Kapitel.

Die Präliminarien von Leoben 230

Viertes Kapitel.

Inhalt und Bedeutung der Präliminarien 259

Fünftes Kapitel.

Urtheile neuerer Schriftsteller 278

Sechstes Kapitel.

Der Berliner Vertrag vom 5. August 1796 und die preußische Friedensvermittlung 292

Drittes Buch.

Der Friede von Campo Formio.

Erstes Kapitel.

Die Uebereinkunft zu Montebello vom 24. Mai 1797 329

Zweites Kapitel.

Die Zeit der Zögerungen 341

Drittes Kapitel.

Der Staatsstreich des 18. Fructidor und seine Wirkungen 356

Viertes Kapitel.

Die Sendung des Grafen Ludwig Cobenzl nach Udine 381

Fünftes Kapitel.

Die entscheidenden Verhandlungen 407

Seite

Sechstes Kapitel.

Der Abſchluß des Friedens von Campo Formio 444

Siebentes Kapitel.

Inhalt und Ausführung des Friedens von Campo Formio 471

Οὔτοι συνέχθειν ἀλλὰ συμφιλεῖν ἔφυν.

Sophocles Antigone v. 523.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einleitung.

Der heftige Gegensatz, welcher im Sommer 1866 die beiden größten deutschen Staaten wider einander zu den Waffen rief, ist nicht plötzlich oder erst vor Kurzem entstanden, sondern durch die Geschichte mehr als eines Jahrhunderts vorbereitet; nicht blos auf dem Felde der Schlacht und diplomatischer Unterhandlungen, sondern eben so sehr in der Wissenschaft und Litteratur hat er einen Ausdruck gefunden. Geschichtschreiber und Publicisten haben ihn vorhergesehen und, wie eines Jeden Neigung oder Ueberzeugung war, herbeigewünscht, gefördert, gefürchtet oder zu verhindern gesucht und zu Gunsten der einen oder andern Seite schon im Voraus die Entscheidung getroffen. Bei solchen Erörterungen pflegte sich die Aufmerksamkeit in besonderem Maße den Jahren zuzuwenden, welche zwischen dem Ausbruch der französischen Revolution und der Auflösung des deutschen Reiches in der Mitte liegen. Denn allerdings bezeichnen die Ereignisse jener Zeit einen bedeutenden Abschnitt, gewissermaßen die zweite Stufe der Entwickelung in dem Verhältniß beider Staaten zu einander. Wenn Preußen, seit der Regierung des großen Kurfürsten zu beträchtlicher Stärke herangewachsen, in den schlesischen und im siebenjährigen Kriege sich innerhalb des deutschen Reiches eine selbstständige Macht neben der kaiserlichen erkämpfte, so fielen nun in den Kriegen mit Frankreich, nach der Auflösung der Reichs-

verfaſſung auch die Formen und Zeichen einer äußerlichen Unterordnung. Beide Staaten traten als vollkommen gleiche unabhängig ſich gegenüber; nicht mehr altüberkommene Vorſtellungen, ſondern nur was jeder an Macht und Fähigkeiten wirklich zu bieten hatte, übte ſeitdem auf ihre Stellung zu einander und zu dem übrigen Deutſchland den entſcheidenden Einfluß.

Gerade dieſe letztere Beziehung, das Verhältniß Oeſtreichs und Preußens zu Deutſchland, ſchien in der Geſchichte der Revolutionszeit von vorzüglicher Bedeutung. Denn wie in früheren Tagen jeder von beiden Staaten ſeine Pflichten gegen das gemeinſame Vaterland erfüllt hätte, daraus, glaubte man, ließe ſich auch auf die Zukunft ſchließen und danach das Anrecht beider Bewerber auf die erſte Stelle, auf die Führung in Deutſchland ſich bemeſſen. Insbeſondere warf man die Frage auf, wer an der Auflöſung des Reiches, an dem unglücklichen Ausgang der Kriege vornehmlich die Schuld trage, und hier pflegten dann die Gegner Preußens vor Allem auf den baſeler Frieden hinzuweiſen, der, im Widerſpruch gegen die Reichsgeſetze zum Abſchluß gebracht, Deutſchland geſpalten, ſeiner halben Kraft beraubt und in ſchmachvoller Weiſe den Franzoſen preisgegeben habe.

Ein Uebelſtand war dabei, daß gerade über die erſten Jahre der Revolutionszeit aus den ächten Quellen nur äußerſt wenig bekannt geworden war, insbeſondere über die diplomatiſchen Unterhandlungen, die doch am ſicherſten den Geiſt und die Abſichten einer Regierung erkennen laſſen. Kriegeriſche Ereigniſſe werden ihrer Natur nach der Oeffentlichkeit ſich nicht leicht entziehen, aber die Diplomaten pflegten nicht nur bei verſchloſſenen Thüren zu unterhandeln, ſondern häufig auch die Ergebniſſe ihrer Wirkſamkeit zum großen, ja zum wichtigſten Theil in geheimen Artikeln auszuſprechen, die dann mit allen Aufzeichnungen über den Gang und die Beweggründe der Verhandlungen noch viele Jahre hinter den Schlöſſern der Archive verborgen blieben.

Verhältnißmäßig am wenigsten hatten darunter die französischen Schriftsteller zu leiden. Denn zuerst in Frankreich ließ man in das geheimnißvolle Dunkel einiges Licht gelangen, wie es die Natur einer freieren Verfassung unumgänglich erforderte. Das Directorium setzte zuweilen noch vor dem Abschluß einer Unterhandlung durch rücksichtslose Mittheilungen die fremden Gesandten in Erstaunen und Verlegenheit. Am besten verstand aber Napoleon den Werth der öffentlichen Meinung zu schätzen, wenn er auch auf dem Gipfel der Macht dieser gefährlichsten Gegnerin zu trotzen wagte. Jeder weiß, wie seine Bulletins, ehe ihre Wahrhaftigkeit zum Sprüchwort geworden war, auf die Menge wirkten. Und noch in den letzten Tagen trauriger Einsamkeit ward es ihm zum Trost und zur würdigen Beschäftigung, den Genossen seiner Gefangenschaft die Geschichte seines Lebens in die Feder zu sagen, oder in der täglichen Unterhaltung sich darüber auszusprechen, wie er das, was er gethan hatte, aufgefaßt und erzählt wissen wollte. Schon während des ersten Feldzugs in Italien ließ er seine Briefe an das Directorium im Moniteur veröffentlichen; im Jahre 1808 wurde in Deutschland eine Sammlung herausgegeben, welcher dann viele andere gefolgt sind [1]).

1) Vgl. Collection générale et complète de lettres, proclamations, discours etc. de Napoléon le Grand, publiée par Ch. A. Fischer professeur d'histoire à Wurtzbourg, 2 Vol. Leipzig 1808, 1813. Diese Sammlung ist, wie man denken kann, weder allgemein, noch vollständig; meistens gibt sie nur die abgekürzten Auszüge des Moniteur, in einzelnen Stücken hat sie gleichwohl sogar der letzten Sammlung noch als Quelle dienen müssen. Von weit größerer Bedeutung ist die Correspondance inédite confidentielle et officielle de Napoléon Bonaparte avec les cours étrangères, les princes, les ministres et les généraux français et étrangers, Paris 1819, 7 Vol. Der Name des Herausgebers ist nicht genannt. Bei J. M. Quérard, la France littéraire ou dictionaire bibliographique, Tom. I. p. 396, Paris 1827, finde ich die Bemerkung: Mise en ordre et publiée par le général Ch. Th. Beauvais. Ouvrage aujourd'hui en-

Eine von dieſen, freilich in mancher Beziehung ſehr mangelhaft, enthält auch die von der Regierung, von Generalen, Miniſtern und andern hervorragenden Männern an ihn gerichteten Schreiben. Endlich wird ſeit zehn Jahren von dem Erben ſeiner Macht und ſeines Geiſtes eine Sammlung veröffentlicht, die, wenn nicht ganz vollſtändig und fehlerfrei, doch jeder billigen Anforderung in ausgezeichnetem Maße entſpricht und als eine der weſentlichſten Bereicherungen unſerer hiſtoriſchen Kenntniſſe betrachtet werden muß [1]). Nimmt man dazu, daß auch die bedeutenderen Perſönlichkeiten der Republik wie des Kaiſerreichs über die Ereigniſſe, bei denen ſie vorzüglich betheiligt waren, zahlreiche Aufzeichnungen hinterlaſſen haben, ſo iſt nicht zu läugnen, daß dem Franzoſen gar mancherlei Mittel zu Gebote ſtehen, um vom nationalen Standpunkte aus die Geſchichte jener außerordentlichen Entwickelung ſich deutlich zu machen.

Dieſe Quellen, insbeſondere die Schriften Napoleons, ſind denn in Frankreich eifrig benutzt worden. Wenn auch in Bezug auf die innere Entwickelung verſchiedener Anſicht, man einigte ſich doch gern, das Vaterland, wie mit den Waffen, ſo auch mit der Feder zu vertheidigen, ſobald man ſich dem Auslande

---

tièrement épuisé. — L'éditeur a puisé ces lettres dans la collection manuscrite, que Napoléon avait fait copier avec beaucoup de soin et relier avec magnificence au nombre d'environ 30 volumes in folio et in quarto. On croit que cette collection a été ensuite envoyée au prince Eugène. Die Sammlung enthält noch mehr Briefe an als von Napoleon, z. B. unter 744 Stücken über den italiäniſchen Krieg von 1796 bis 1797 nur 255 von ihm. Vollſtändig iſt ſie nicht, auch leider ſehr nachläſſig und fehlerhaft gedruckt, die fremden Namen, beſonders die deutſchen, werden bis zur Unkenntlichkeit entſtellt, auch die Anordnung iſt unbequem und verworren. Gleichwohl bleibt dieſe Sammlung eine der wichtigſten Quellen für die Geſchichte der Revolution und auch jetzt noch unentbehrlich.

1) Correspondance de Napoléon I, publiée par ordre de l'empereur Napoléon III. Paris 1858 fg.

gegenüber fühlte. Mehr kann es befremden, daß auch die deutsche Litteratur im Wesentlichen von französischen Ansichten sich beherrschen ließ. Aber zunächst fanden sich Franzosen, als das eigentlich handelnde Volk jener Periode, auch vorzüglich angeregt, sie zu beschreiben. Dann fehlte es nur zu sehr an den Quellen, aus welchen ein deutscher Schriftsteller gerade über die eigensten Angelegenheiten seines Volkes sich belehren konnte; nirgendwo mehr, als in Oestreich, in dem Kaiserstaat, der doch als Vorkämpfer Deutschlands eine besondere Aufmerksamkeit für seine Politik und seine Kriegesthaten hätte ansprechen und fördern sollen. Die Handbücher allgemeiner oder östreichischer Geschichte, die Biographien einzelner hervorragender Heerführer, wie des Erzherzogs Karl, der Generale Hotze und Bellegarde, bieten selten mehr als eine Zusammenstellung bekannter Thatsachen, ohne die Charaktere der leitenden Personen anders als in den allgemeinsten Umrissen zu zeichnen, oder in die Grundursachen dessen, was geschieht, auch nur einen Blick zu eröffnen. Einzelne kriegerische Ereignisse wurden allerdings günstiger bedacht; so kann die Beschreibung der Feldzüge von 1796 und 1799 durch den Erzherzog Karl als ein Muster gelten, und in den letzten Jahren hat ein preußischer Offizier dem östreichischen Feldmarschall Prinzen von Coburg ein für beide rühmliches Denkmal gegründet [1]). Aber in Bezug auf die innern Angelegenheiten blieben Hormayrs „Lebensbilder aus dem Befreiungskriege“ lange Zeit das Einzige, was wenigstens als Zeugniß eigener Erlebnisse und Anschauungen gelten konnte. Dies sonderbar verworrene Buch, welches einer Biographie des hannoverschen Ministers, Grafen von Münster unter mancherlei Zusätzen auch die Charakteristik östreichischer Staatsmänner einfügt, ist selbst heute noch von Werth, obgleich es beim ersten Einblick als vielfach unzuverlässig und zuweilen mehr als

1) Prinz Friedrich Josias von Coburg-Saalfeld, Herzog zu Sachsen, von A. von Witzleben, 3 Bde., Berlin 1859.

grelle Uebertreibung denn als treue und unbefangene Darstellung sich zu erkennen gibt.

In Preußen übten die ruhmreichen Erfolge der sittlichen und kriegerischen Erhebung in den Jahren 1808 und 1813 begreiflicher Weise weit größern Reiz, als die Ereignisse, die vorhergingen. Die Biographien des Ministers vom Stein, des Generals York und anderer vorzüglicher Männer gehören schon ihrem Stoffe nach vornehmlich in diese spätere Zeit. Was die frühere angeht, so mußten wir, da in Preußen wie in Oestreich die Archive geschlossen oder wenigstens unbenutzt blieben, nicht nur von Franzosen und Engländern, sondern sogar von Russen über wichtige Fragen unserer eigenen Geschichte uns belehren lassen. Danileffski's und Miliutin's ausführliches Werk[1]) über den Krieg von 1799 zeugte schon im Jahre 1852 von der Benutzung russischer Archive in einem Maße, dessen kein deutsches Werk bis dahin sich rühmen konnte.

Endlich im Jahre 1853 erschien die „Geschichte der Revolutionszeit" von Heinrich v. Sybel, wenig später Häussers „deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrichs des Großen", beide auf zahlreichen handschriftlichen Mittheilungen, in den späteren Auflagen vor Allem auf der Benutzung des preußischen Staatsarchivs beruhend. Jeder muß zugestehen, daß diese Werke für die Darstellung der Zeit, die sie umfassen, einen wesentlichen Fortschritt bezeichnen. Sie sind eigentlich die ersten, die auch den deutschen Verhältnissen eine eingehende Berücksichtigung zu Theil werden lassen, die nicht auf der Oberfläche bleiben, sondern den Grund und Zusammenhang der Ereignisse deutlich zu machen sich bestreben. Selbst wer nicht mit ihrer Auffassung übereinstimmt,

1) Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich im Jahre 1799, verfaßt auf Befehl Kaiser Nikolaus I. 1. Band, 1. Theil vom Generallieutenant Michailowski-Danilewski, die Fortsetzung von Oberst Miliutin, übersetzt von Chr. Schmitt, 4 Bde., München 1856.

wird nicht bestreiten dürfen, daß sie zahlreiche Fragen, auf deren Beantwortung es vorzugsweise ankommt, zuerst klar hervorgehoben und gezeigt haben, was noch fehle und zu bearbeiten noch übrig sei. Wer immer mit dieser Periode sich eingehend beschäftigte, muß ihnen dankbar sich verpflichtet fühlen.

Neben ihrem historischen Werth besitzen diese Werke noch eine Eigenschaft, die zu dem Einfluß, den sie ausüben, gewiß wesentlich beigetragen hat. Ihre Verfasser bekennen sich aufs entschiedenste zu der Ansicht, daß nur mit dem Ausscheiden Oestreichs aus der deutschen Staatenverbindung, durch den Einfluß und unter der Führung Preußens die Geschicke unserer Nation sich zum Besseren wenden, und die lange getäuschte Hoffnung auf eine staatliche Einigung sich erfüllen könne. Beide haben vielfach für diesen Zweck gewirkt, und nicht leicht wird Jemand in Abrede stellen, daß auch diese historischen Werke in gleichem Sinne wirken sollten und wirksam geworden sind. Es ist schon bemerkt, daß die Gegner Preußens, indem sie die Verhältnisse längst vergangener Jahre auf die Gegenwart übertrugen, den Abschluß des baseler Friedens und die ihm folgende neutrale Stellung als eine Schmach für diesen Staat und als einen Grund bezeichneten, um dessentwillen auch in Zukunft für Deutschland nichts von ihm zu hoffen sei. Diesen Vorwurf suchte man zu entkräften, indem man die Ursachen, die den Entschluß zum Frieden entstehen ließen, deutlicher hervorhob und zugleich den Nachweis führte, daß auch seit der Beendigung des Krieges keineswegs zwischen Preußen und Frankreich ein so enges Verhältniß bestanden habe, als nur zu häufig seit den ersten Jahren angenommen und mit bitterm Tadel wieder und wieder ausgesprochen war. Vornehmlich glaubte man aber die Entschuldigung Preußens in heftigen Vorwürfen gegen Oestreich zu finden, welches durch eine neidische, treulose Politik, insbesondere rücksichtlich der polnischen Angelegenheiten, die Fortdauer eines Bündnisses für Preußen unmöglich und den Frieden unumgänglich gemacht habe. Mit Vorliebe hob man

dann hervor, Oeſtreich ſelbſt habe noch weit Aergeres, als dieſen Frieden ſich erlaubt, indem es zunächſt die Niederlande ohne Noth dem Feinde preisgegeben, dann ſich ſtets geneigt erwieſen habe, gegen den Erwerb Baierns oder bedeutende Vortheile in Italien den Franzoſen das linke Rheinufer auszuliefern, um endlich in den Verträgen von Leoben und Campo Formio dieſe Geneigtheit in der ſchmachvollſten Weiſe zu bethätigen.

Dieſer Auffaſſung, welche in Allem, was damals von Seiten Oeſtreichs geſchah, nur Ungeſchick, Neid, Unredlichkeit und Eigennutz zu erblicken wußte, ſind allerdings mehrere Schriften entgegen getreten, aber doch keine, die eine durchgreifende Veränderung der Anſichten bewirkt hätte. Tief eindringen konnten ſie ſchon deshalb nicht, weil die Verfaſſer bei dem Mangel eigener archivaliſcher Nachrichten alles Thatſächliche ihren Gegnern entnehmen mußten. Endlich iſt nun das Werk des Herrn v. Vivenot über den Erzherzog Albrecht von Sachſen-Teſchen erſchienen, das erſte, in welchem Materialien des öſtreichiſchen Hof- und Staatsarchivs aus jener Zeit für die Oeffentlichkeit benutzt wurden[1]). Leider kann man nicht ſagen, daß dies Buch alle Hoffnungen erfüllte, die es beim erſten Anblick hervorruft, daß es nach Form und Inhalt den Anforderungen entſpräche, die man mit Recht an eine wiſſenſchaftliche Leiſtung jetzt zu ſtellen gewohnt iſt. Nachtheilig mußte ſchon werden, daß der Verfaſſer während der Arbeit weit über den urſprünglichen Plan hinausgegangen iſt. Er wollte zuerſt die Verdienſte des Herzogs von Sachſen-Teſchen zur Darſtellung bringen, den wir durch Adam Wolf[2]) als den Gemahl der Erzherzogin Chriſtine, als eine achtungswerthe, ein-

1) Herzog Albrecht von Sachſen-Teſchen als Reichsfeldmarſchall, ein Beitrag zur Geſchichte des Reichsverfalles und des baſeler Friedens von Alfred v. Vivenot, Bd. I. Wien 1864. Bd. II, Abth. 1 u. 2 mit dem Nebentitel: Zur Geſchichte des baſeler Friedens. Wien 1866.

2) Vgl. Marie Chriſtine, Erzherzogin von Oeſtreich, von Adam Wolf. Wien 1863.

nehmende, wenn auch nicht gerade hochbedeutende Persönlichkeit kennen lernen. So schilderte er vornehmlich nach den Materialien des Kriegsarchivs und einer in Darmstadt vorgefundenen Briefsammlung die aufopfernde, leider nur wenig erfolgreiche Thätigkeit des Herzogs als Befehlshaber der Reichsarmee im Sommer 1794. Dabei kamen ihm aber, besonders im Staatsarchiv, mancherlei interessante Dokumente von allgemeinerer Bedeutung vor Augen, die er seinem Werke einzuverleiben wünschte. So sind die beiden letzten Bände beträchtlich angeschwollen, die Person des Herzogs tritt durchaus in den Hintergrund, Hauptsache werden die Reichsangelegenheiten, insbesondere der baseler Friede. Ueber die Motive und den Verlauf der Verhandlungen erfahren wir freilich nicht viel Bedeutendes, das man überhaupt in diesem Falle nicht in den Wiener, sondern in den Archiven von Berlin und Paris zu suchen hat. Vivenot schildert nur sehr ausführlich nach der Reichstagscorrespondenz zwischen dem kaiserlichen Concommissar Freiherrn von Hügel in Regensburg und dem Reichsvicekanzler Fürsten Colloredo die Vorgänge am Reichstag in den Jahren 1793 bis 1795, insbesondere die Aufnahme und Beurtheilung, die dem baseler Frieden dort und im übrigen Deutschland zu Theil wurde. Dabei findet oder nimmt er dann Gelegenheit, sich zu Gunsten der östreichischen Regierung gegen seine Widersacher in den heftigsten Reden zu ergehen, eine Declamation, die man schon beim ersten Hören unpassend und geschmacklos nennen müßte, die aber, wenn sie ohne Unterlaß drei starke Bände hindurch in denselben Ausdrücken sich wiederholt, beinahe unerträglich wird. Sybel hat dagegen in einem ausführlichen Aufsatze sich verwahrt [1]) und unter andern Mängeln des Werkes auch eine nicht geringe Zahl historischer Irrthümer namhaft gemacht, die allerdings um einige sich vermindern, aber auch um ein Beträchtliches sich noch vermehren ließen. Nur möchte ich deshalb nicht,

1) Vgl. die Abhandlung: Oestreich und Preußen im Revolutionskrieg in der historischen Zeitschrift XV. 62.

wie Sybel [1]), das Buch für so gut als bedeutungslos erklären. Mir wenigstens hat es mannichfachen, sehr dankenswerthen Aufschluß geboten. An einzelnen interessanten Ausführungen, auch an richtigen und treffenden Bemerkungen fehlt es nicht; zudem liegt der eigentliche Werth des Ganzen vorzüglich in den zahlreichen und umfassenden Mittheilungen aus den Wiener Archiven. Diese sind allerdings nicht immer so gewählt, wie man wünschen möchte, und bei dem mangelhaften Plan des Buches nicht da zu finden, wo man sie erwarten dürfte; aber den Fleiß des Sammlers muß man Vivenot in nicht geringem Maße zugestehen, und es wäre seltsam, wenn er inmitten so großer Schätze nicht manches Interessante und Bedeutende aufgelesen hätte. Daß er auch zu Gunsten seines Vaterlandes manches sehr Beachtenswerthe vorgebracht, wird eine unbefangene Beurtheilung nicht leicht in Abrede stellen. Hätte er nur auf die Rechtfertigung sich beschränkt, und nicht auch den Krieg in das feindliche Gebiet hinübertragen wollen! Aber auch dieser Schriftsteller sucht seine apologetischen Absichten vornehmlich durch heftige Beschuldigungen des Gegners zur Geltung zu bringen. Und wie er nun auf der östreichischen Seite nur Edelmuth, Pflichttreue, Beharrlichkeit, kurz den schönsten Verein aller Tugenden des Helden wie des Staatsmannes uns vor Augen führt, so läßt er auf der andern den schwärzesten Pfuhl der Bosheit und Lüge, des Verraths und „herostratischer" Zerstörungswuth vor uns sich aufthun.

So standen auf dem Felde der Wissenschaft die Parteien — denn wenn hier nur einzelne Namen genannt sind, Jeder weiß, wie viele man nennen könnte — nicht weniger feindlich, als in kaum vergangenen Tagen auf dem Schlachtfelde gegenüber. Wer für die Einigkeit der Nation ein Gefühl bewahrt hat, konnte nicht erfreulich berührt werden, wenn die Geschichte früherer Zeiten in solcher Weise benutzt wurde, um die Leidenschaften der Gegenwart noch heftiger zu reizen. Und eben so sicher ist: die

1) Vgl. die Vorrede zur dritten Auflage der Geschichte der Revolutionszeit.

Unbefangenheit der Auffaſſung wurde nicht befördert, wenn man Anſichten und Wünſche, die zum Theil erſt in neueſter Zeit ſich entwickelt haben, auf die ganz verſchiedenen Verhältniſſe einer frühern Epoche übertrug.

Nur im Auslande, wenn der feindſelige Sinn, der uns vordem gegenüber ſtand, ſich dort erhalten hatte, mochte man ſich doppelten Triumphes rühmen. Denn nicht genug, daß in jenen älteren Tagen Frankreichs Uebergewicht hauptſächlich dadurch entſchieden wurde, daß es gelang, Deutſche gegen Deutſche aufzuregen und die durch Zwietracht und Mißtrauen gelähmten Kräfte eine nach der andern zu überwinden, man mochte jetzt erfahren, daß ſelbſt die Erinnerung, die geſchichtliche Darſtellung jener Ereigniſſe die alte Zwietracht auf's Neue zu entfachen oder doch zu verſtärken ſich geeignet zeigte. Erwägt man aber, welchen Schatz ein Volk in ſeiner Geſchichte bewahrt, ſo kann man den Nachtheil, der für uns daraus entſtand, kaum hoch genug anſchlagen. Was anderen Nationen als die reichſte Quelle der Einigung, als die wirkſamſte Förderung des nationalen Bewußtſeins dient, ſollte bei uns gebraucht werden, um uns noch heftiger unter einander zu entzweien; und wenn die Schriftſteller anderer Länder gewöhnlich dadurch fehlen, daß ſie Alles, was ihre Nation betrifft, in zu günſtigen Farben darzuſtellen lieben, ſo geſchah es bei uns, daß die eine Hälfte der Nation der andern nicht Schlechtes genug vorzuwerfen wußte, daß man ſelbſt dem Auslande gegenüber die Fehler und Demüthigungen der eigenen Landsleute mit Behagen, ja mit Uebertreibungen ausmalte, ſo daß bei fremden Schriftſtellern eine gerechte und billige Auffaſſung oft noch eher ſich erwarten ließ, als bei den deutſchen. Wären alle Vorwürfe begründet, welche die Wortführer beider Parteien gegen einander erhoben, ſo gäbe es in den Jahrbüchern der Weltgeſchichte kaum etwas ſo Schmachvolles, jeder Milderung und Entſchuldigung ſo völlig Entbehrendes, als die Geſchichte Oeſtreichs und Preußens in den erſten Jahren des Revolutionskrieges; alles Elend, was

über uns hereinbrach, hätten wir nicht allein im Uebermaß verdient, ſondern es bliebe nur die Verwunderung, daß zwei ſo ganz unwürdige Staaten ſo viele und ſo heftige Schläge doch noch verwinden konnten, daß mit der frühern Macht nicht auch die Möglichkeit, ſich wieder aufzurichten, völlig verloren ging.

Zum Glück iſt dies nicht der Fall, und es zeigt ſich im Gegentheil die erfreuliche Erſcheinung, daß beide Parteien gewöhnlich im Rechte ſind, ſo lange ſie auf die Vertheidigung ſich beſchränken, daß ſie aber, ſobald ſie zum Angriff übergehen, zugleich auch der Einſeitigkeit und dem Irrthum ſich ausſetzen. Befremden kann dies nicht; es liegt in der Natur der Verhältniſſe und der benutzten Quellen begründet und giebt nur einen neuen Beweis, wie ſehr man der eigenen Sache ſchadete, wenn man die Archive ſo lange verſchloſſen hielt. Es darf in der That als eine ſelten fehlende Regel gelten, daß eine recht übel beleumdete, aber doch nicht völlig bekannte Thatſache, wenn ſie durch archivaliſche Unterſuchungen aufgeklärt und mit allen Nebenumſtänden an die Oeffentlichkeit gezogen wird, dadurch nicht übler, ſondern günſtiger für ihre Urheber ſich geſtaltet. Denn in den meiſten Fällen wird doch derjenige eine That oder eine politiſche Maßregel am beſten zu erklären und zu vertheidigen wiſſen, der ſie ſelbſt veranlaßt und an ihrer Ausführung ſich betheiligt hat. Es kann alſo für ihn nur vortheilhaft wirken, wenn man hört, wie er ſelbſt in Briefen oder andern Urkunden ſich darüber ausſpricht. Sodann iſt es doch nicht das Gewöhnliche, daß ganz unfähige oder böswillige Menſchen an die Spitze der Geſchäfte berufen werden, und da in öffentlichen Angelegenheiten auch der beſondere Vortheil des Einzelnen, wenigſtens in den meiſten Fällen, nicht die Entſcheidung gibt, ſo wird man immer als eine Ausnahme betrachten dürfen, daß ein politiſches Syſtem oder eine entſcheidende Maßregel lediglich aus Böswilligkeit, Eigennutz, ohne politiſche Gründe zur Ausführung gelangte. Ueber die Verhandlungen von Baſel und Campo Formio iſt gerade das Schlimmſte

zuerſt in die Oeffentlichkeit gekommen, nämlich der Wortlaut der Verträge. Bei der unglücklichen Wendung des Krieges konnte er für Deutſchland nicht erfreulich lauten; er forderte herben, heftigen Tadel nur zu ſehr heraus. Sieht man aber, wie die Menſchen, die dabei betheiligt waren, wenn auch nicht ohne Schuld, doch häufig gegen ihren Willen durch drängende Verhältniſſe allmählich in unrichtige oder unglückliche Bahnen getrieben wurden, ſo lernt man Manches, was vordem unbegreiflich und unverzeihlich ſchien, wenn nicht entſchuldigen und rechtfertigen, doch wenigſtens richtiger erkennen und mit mehr Milde und Billigkeit beurtheilen.

Da aber die bisher erwähnten Schriftſteller ihre archivaliſchen Nachrichten, ſoweit ſie hier in Frage kommen, beinahe ausſchließlich entweder den preußiſchen oder den öſtreichiſchen Archiven entnahmen, alſo beſtändig die Anſchauungen, Wünſche, Anklagen und Entſchuldigungen der einen Partei vor Augen hatten, und da dieſe Anſchauungen und Wünſche mit ihren eigenen ganz oder doch zum großen Theil übereinſtimmten, ſo war es in manchen Fällen ſchwierig, in einzelnen beinahe unmöglich, daß ſie in Rückſicht auf den Gegner eine ganz richtige Kenntniß ſich aneignen oder die volle Unbefangenheit des Urtheils ſich hätten bewahren können. Wollte ein Geſchichtſchreiber ſicher gehen, ſo müßte er vor Allem wünſchen, zu den Archiven in Wien und Berlin gleichmäßig den Zutritt zu erhalten, um beiden Theilen gerecht zu werden und mit klarem Auge zu überblicken, wie die getrennten Theile zuſammengehören, wie in dem Gewebe diplomatiſcher Verwicklungen ein Schlag den Gegenſchlag bedingt, und die oft verſchlungenen Fäden ſich entwirren und dann wieder ſammeln und verbinden laſſen.

Die günſtige Stellung, die mir dieſer Anforderung gegenüber zu Theil geworden iſt, läßt mich hoffen, daß man die folgenden Blätter nicht ohne Intereſſe leſen werde.

Im Herbſt 1864 war es mir vergönnt, auf dem geheimen Hof- und Staatsarchiv in Wien die auf die Verträge von Leoben

und Campo Formio bezüglichen Papiere einzusehen und von den wichtigeren Abschrift zu nehmen. Ich verdanke diese Gunst der gütigen Vermittlung des Herrn Unterstaatssecretärs im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Meysenbug; auch den Vorstehern des Archivs, insbesondere dem Herrn Archivar Wocher, der diese Papiere nicht lange vorher geordnet hatte, muß ich mich in hohem Maße verpflichtet fühlen. Im Sommer 1866 gestattete mir der Herr Ministerpräsident Graf v. Bismarck auch den Zutritt zum preußischen Staatsarchiv. Unter der freundlichen Förderung des Herrn Geheimen Archivraths Friedländer habe ich die bedeutendste Quelle für die Verhandlungen zwischen Preußen und Oestreich mir im Auszuge aneignen können, ich meine den Briefwechsel des preußischen Gesandten in Wien Marquis Lucchesini, sowie des Residenten v. Caesar mit dem Ministerium während der Jahre 1793—1797. Ueber das Verhältniß Preußens zur französischen Republik belehrten mich vor Allem die Berichte des Freiherrn v. Sandoz-Rollin, der zuerst nach den Stürmen der Revolution als preußischer Gesandter wieder nach Paris kam.

Bei allem Reichthum dieses Materials mußte ich doch noch immer einen Mangel empfinden, so lange mir aus den französischen Archiven nur das, was durch den Druck zu allgemeiner Kenntniß gekommen ist, vor Augen lag. Im verflossenen Frühling gelang es endlich, diese Lücke auszufüllen, da mir durch die ausnehmend freundliche Unterstützung des Herrn Directors Paul Faugère die seltene Gunst zu Theil wurde, im Archive des Ministeriums des Auswärtigen zu Paris meine Untersuchungen fortzusetzen. Der Briefwechsel des Wohlfahrtsausschusses und des Directoriums mit den französischen Gesandten Barthelemy in Basel und Caillard in Berlin gab Gelegenheit, die Beziehungen zwischen Preußen und der Republik von einer neuen Seite, auch aus französischen Berichten kennen zu lernen. In Bezug auf Oestreich war es für die Zeit eines noch unterbrochenen diplomatischen Verkehrs

von nicht geringem Intereſſe, einen Einblick in das Getreibe der geheimen Agenten zu erhalten, deren die franzöſiſchen Machthaber mit Vorliebe und einem außerordentlichen Aufwande an Mitteln jeder Art ſich zu bedienen pflegten. Aus den ſpäteren Jahren ſind freilich die bedeutendſten Dokumente, mögen ſie von Bonaparte, Clarke, Talleyrand oder von dem Directorium ausgehen, in den vorerwähnten Sammlungen bereits veröffentlicht, aber doch nicht ſo vollſtändig, daß nicht wie in Wien, ſo auch in Paris noch manche Ergänzung ſich dargeboten hätte. Leider war meine Zeit zu ſehr beſchränkt; ich habe den reichen Inhalt dieſes Archivs nicht ſo genau eingehend, wie ich wünſchte, mir zu Nutzen machen können. Aber was mir vorlag, iſt, wie ich glaube, doch ausreichend, um auch nach dieſer Seite einen ſicheren Boden zu gewinnen und die Erzählung bis auf den Frieden von Campo Formio ohne gar zu weſentliche Lücken fortzuführen.

Das Verhältniß der beiden deutſchen Mächte zu einander und zu Frankreich habe ich zur Hauptaufgabe meiner Darſtellung gemacht. Wird es mir vergönnt, aus den Archiven anderer Länder meine Kenntniß zu vervollſtändigen, ſo werde ich verſuchen, alsdann ein Geſammtbild der diplomatiſchen Verhandlungen während der Revolutionszeit zu entwerfen und darin, wenn die frühere Gunſt mir erhalten bleibt, auch die ſpäteren Jahre bis zum Frieden von Lüneville und zur Auflöſung des deutſchen Reiches zu begreifen. Allein, wie läßt ſich der Zeitpunkt beſtimmen, in welchem eine ſo umfaſſende und ſchwierige Aufgabe, von ſo mancherlei Umſtänden abhängig und ſo vielfacher Förderung von Außen bedürftig, ihre Löſung finden kann? Ueberdies hat ein andauerndes Unwohlſein im Jahre 1865 meine Arbeiten ſchon zu lange unterbrochen. Da nun mit dem Erſcheinen des Vivenot'ſchen Buches in den wiſſenſchaftlichen, ſowie in Folge der jüngſtvergangenen Ereigniſſe auch in den politiſchen Kreiſen ein geſteigertes Intereſſe und eine lebhafte Erörterung den Zeiten der franzöſiſchen Revolution ſich wieder zugewendet hat, ſo ſcheint es

mir angemeſſen, ſchon jetzt die folgenden Studien in die Oeffentlichkeit zu geben. Anders darf ich ſie wohl nicht bezeichnen, denn in der Behandlung des Stoffes habe ich mit größerer Freiheit verfahren müſſen, als die ſtrengeren Formen einer Geſchichte erlauben würden. Ueber die erſten Jahre, wo ich neue Thatſachen von erheblicher Bedeutung doch nicht anzugeben wüßte, bin ich raſch hinweggegangen, um ſo lieber, als es mir auch nach Hermanns ſehr verdienſtlichen Forſchungen [1]) noch nicht an der Zeit ſcheint, über die Politik des Kaiſer Leopold das letzte Urtheil auszuſprechen. In der Folgezeit haben mich beſonders die Ereigniſſe verweilt, bei denen ich verſchiedene Anſichten gegen einander abzuwägen oder eine neue zu begründen mich veranlaßt glaubte. Vollſtändiger findet man die preußiſchen Verhandlungen, die an den baſeler Frieden ſich anſchließen, und vornehmlich was auf die Verträge von Leoben und Campo Formio ſich bezieht. Denn über dieſe letzten höchſt bedeutenden Ereigniſſe iſt bisher ſo wenig aus den ächten Quellen bekannt, dagegen ſo manche der Wahrheit widerſprechende Anſicht verbreitet worden, daß ich gerechten Tadel befürchten müßte, wollte ich die hier zuerſt benutzten entſcheidenden Dokumente — ich hoffe ſie in nächſter Zeit vollſtändig mitzutheilen — der allgemeinen Kenntniß länger vorenthalten.

Ueber Geiſt und Abſicht des Folgenden ſcheint mir nicht erforderlich, noch Etwas beizufügen. Wer aus der Darſtellung nicht erkennt, daß unabhängig von den Neigungen und Gegenſätzen unſerer Tage für die Bildung des Urtheils ausſchließlich das Streben nach hiſtoriſcher Wahrheit und Gerechtigkeit maßgebend geworden iſt, — wer es aus der Darſtellung nicht erkennt, wird es gewiß meiner Verſicherung nicht glauben.

1) Ich nenne vorerſt nur den 6. Band der „Geſchichte des ruſſiſchen Staates: Rußlands auswärtige Beziehungen in den Jahren 1775—1792," Gotha 1860, und den Ergänzungsband: Diplomatiſche Correſpondenzen aus der Revolutionszeit, Gotha 1866.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erſtes Buch.

Vom Anfange des Revolutionskrieges bis zum Abſchluß des Friedens von Baſel.

Erſtes Kapitel.

Der Ausbruch des Revolutionskrieges.

Als im Weſten von Europa die franzöſiſche Revolution gewaltig und drohend ihr Haupt erhob, fand ſie den Welttheil keineswegs beruhigt und einig ſich gegenüber. Im Oſten hatte ſchon ſeit dem Anfange des Jahrhunderts ein neues Staatsweſen, kaum der Barbarei entwachſen, eine Politik verfolgt, die durch Gewaltſamkeit und Liſt den Nachbarn ſich gleich gefährlich zeigte. Schon war Schweden ſeiner Oſtſeeprovinzen verluſtig, Polen zum erſten Male getheilt, der Türkei die ſchützende Vormauer des Tatarenreiches entriſſen; ſelbſt in die Streitigkeiten der deutſchen Fürſten wußte ruſſiſche Begehrlichkeit, jeden Vortheil auf das Schlaueſte benutzend, mehr und mehr ſich einzudrängen. Seit dem Jahre 1787 führte Katharina II. einen neuen Krieg gegen die Türken, dem kein geringeres Ziel, als die Eroberung Konſtantinopels vorgeſteckt war. Kaiſer Joſeph II., in unruhiger Haſt, ſich nach Außen zu vergrößern, hatte ſich ihr angeſchloſſen, obgleich die innern Zuſtände ſeiner Staaten die Sorge eines Herrſchers in vollem Maße in Anſpruch nahmen. Denn wenn ſelbſt in den deutſchen Kronländern die wohlgemeinten aber rückſichtsloſen Eingriffe einer unbeſchränkten Herrſchergewalt Unzufriedenheit und Miß-

trauen nur zu sehr gereizt hatten, so stand in Galizien und Ungarn von Tag zu Tage offene Widersetzlichkeit zu befürchten, und in dem fernen Belgien war die lange verhaltene Gährung im gefährlichsten Aufstande zum Ausbruch gekommen. Zwar den Türken gegenüber errangen die kaiserlichen Waffen manchen glücklichen Erfolg, aber es trat nun ein entschiedener Widerstand von Seiten der übrigen Mächte hervor. Preußen, England und Holland, seit dem Jahre 1788 durch ein enges Bündniß geeinigt, stellten die Forderung, daß das Gleichgewicht Europas nicht durch eine Veränderung des Besitzstandes gestört, und die Türkei nicht in ihren Gränzen geschmälert würde. Der heftige König von Schweden hatte voreilig im Sommer 1788 schon einen Krieg gegen Rußland angefangen. Polen, durch die Theilung und durch innere Parteiungen geschwächt, aber durch die Ausdehnung seines Gebietes und die Zahl der Einwohner noch immer von Bedeutung, benutzte die günstige Gelegenheit, sich des russischen Einflusses mehr und mehr zu entledigen. Es fand Unterstützung bei Preußen, am 29. März 1790 kam sogar ein Bündniß zwischen beiden Staaten zum Abschluß. Auch mit dem Sultan hatte König Friedrich Wilhelm schon zwei Monate früher sich verständigt; ein mächtiges preußisches Heer in Schlesien war bereit, nach Böhmen vorzubrechen: ein europäischer Krieg schien unvermeidlich.

Inmitten dieser aufs Aeußerste gespannten Verhältnisse starb Joseph II. am 20. Februar 1790. Zum Heile für die Monarchie war sein Bruder und Nachfolger Leopold besonnen und scharfblickend genug, auch unter so schwierigen Umständen den rechten Weg zu finden. Er einigte sich zuerst mit Preußen und den Seemächten. In der Convention zu Reichenbach am 27. Juli gab er im Wesentlichen den Forderungen der Verbündeten nach, versprach alles Eroberte an die Pforte zurück zu geben und auch bei der Kaiserin von Rußland sich dahin zu verwenden, daß der Friede zwischen ihr und dem Sultan auf Grund des frühern Besitzstandes zum Abschluß käme. Dafür ließen die Verbündeten ihm freie Hand, Belgien halb durch Güte, halb durch kriegerische Mittel wieder zum Gehorsam zu bringen; auch in den übrigen

Provinzen ſeines Reiches wußte er ohne wirkliche Schmälerung ſeiner Macht durch kluges Nachgeben die Ruhe herzuſtellen; am 9. October empfing er zu Frankfurt die Kaiſerkrone, und ſo fand er ſich noch vor dem Schluſſe des Jahres in einer ſichern, ja in einer günſtigen Stellung, um neuen Verwicklungen entgegenzutreten.

Daß dieſe von Seiten Frankreichs zu erwarten ſeien, ließ ſich mit Sicherheit vorherſagen. Der Kaiſer ſah ſeine Schweſter auf dem Throne immer neuen Mißhandlungen preisgegeben; die Gefahr, daß auch Belgien von der leidenſchaftlichen Bewegung ergriffen würde, wuchs von Tag zu Tage, und ſchon war auch das deutſche Reich durch rückſichtsloſe Verletzung der im Elſaß begüterten Fürſten unmittelbar berührt und in den Kampf hineingezogen.

Unterdeſſen waren die Verwicklungen im Oſten noch keineswegs gelöſt. Rußland weigerte ſich, vom Kriege gegen die Türken ohne Vortheil abzulaſſen. Eine Kriegserklärung von Seiten Englands und Preußens war bereits zum Entſchluß geworden. In dieſer Lage wünſchte man vor Allem auch den Beiſtand Leopolds. Zu Anfang des Jahres 1791 ſchickte England den Lord Elgin, der König von Preußen ſeinen Günſtling, den Oberſten v. Biſchoffwerder nach Wien, um den Kaiſer für ein beſonderes Bündniß oder für den Beitritt zur Tripelallianz zu gewinnen. Im Geſpräche mit dem öſtreichiſchen Vicekanzler, dem Grafen Philipp Cobenzl, nannte der Oberſt als Zielpunkte die Ausſöhnung Rußlands mit der Türkei, Zurückweiſung des ruſſiſchen Einfluſſes auf die deutſchen Angelegenheiten, Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung und eine Einigung über die Maßregeln, die der franzöſiſchen Revolution gegenüber zu ergreifen ſeien [1]). Aber Leopold war nicht geneigt, ſich von ſeinem früheren Verbündeten zu Gunſten des Nebenbuhlers loszuſagen, dem er noch eben die mühſamen Erfolge ſo vieler Feldzüge hatte opfern müſſen. Auch

1) Vgl. Sſolowjoff, Geſchichte des Falles von Polen, nach ruſſiſchen Quellen, überſetzt von Spörer, Gotha 1865, S. 222.

beſorgte er, Preußen möchte durch beſondere Verhandlungen mit Polen noch eine Vergrößerung, etwa die lange begehrten Feſtungen Thorn und Danzig ſich aneignen. Er verzögerte deshalb den Abſchluß des Friedens mit der Türkei und reiſte, ohne auf die preußiſchen Anträge eine beſtimmte Antwort zu geben, im März nach Italien. Elgin folgte ihm dahin und erneuerte, wiewohl ohne Erfolg, ſeine Bemühungen; am 9. Juni langte auch Biſchoffwerder in Mailand an. Leopold blieb indeſſen ſeinem früheren Benehmen treu; ſobald er verſichert war, daß Preußen ſeine Abſichten auf Thorn und Danzig aufgäbe, zeigte er ſich bereit, den Frieden mit dem Sultan zu beſchleunigen, der denn auch zu Siſtowa am 5. Auguſt zum Abſchluß kam; aber eine feindliche Stellung gegen Rußland einzunehmen, ließ er ſich nicht bewegen. Höchſt willkommen war ihm dagegen gerade in dieſem Augenblicke Biſchoffwerders Geneigtheit, gemeinſchaftlich der franzöſiſchen Revolution entgegenzutreten.

Denn am 20. Juni war die königliche Familie aus Paris entflohen, einige Tage ſpäter verhaftet und in die Gefangenſchaft der Tuilerien zurückgeführt. So wenig Leopold einen Krieg gegen Frankreich wünſchte, unmöglich konnte er ſeine nächſten Angehörigen ohne ein Zeichen der Theilnahme einem ſolchen Schickſale preisgeben. Am 6. Juli richtete er aus Padua an die bedeutendſten Souveraine die Aufforderung, ſich gemeinſam der Sache Ludwigs XVI. anzunehmen. Nichts war unter dieſen Verhältniſſen wünſchenswerther, als vorerſt mit Preußen ſich zu einigen. Seinen Inſtructionen gemäß ſollte Biſchoffwerder vornehmlich ein Zuſammenſtehen gegen Rußland auf die ſchon im Februar angedeuteten Bedingungen in Vorſchlag bringen und den Zutritt des Kaiſers zu dem preußiſch-engliſchen Bündniß erwirken [1]); Leopold wußte aber den Verhandlungen eine Richtung zu geben, die ihn vorerſt gegen Frankreich ſichern ſollte. In dieſem Sinne wurde zu Wien am 25. Juli, kurz nach der Rückkehr des Kai-

1) Vgl. Hermann, Ruſſiſche Geſchichte, VI, 425 fg., Correſpondenzen der Revolutionszeit, S. 12 und Beilage I.

sers, von dem Fürsten Kaunitz und Bischoffwerder ein vorläufiger Vertrag unterzeichnet. Man verabredete ein Vertheidigungsbündniß; sobald der Friede zwischen Rußland und der Türkei zum Abschluß gekommen sei, sollte auch Katharina gleichzeitig mit den Seemächten und dem Kurfürsten von Sachsen zum Beitritt aufgefordert werden. Beide Theile verbürgten sich ihr Gebiet gegen jeden feindlichen Angriff und versprachen, der eine ohne Wissen des andern kein neues Bündniß einzugehen. Endlich kam man überein, sich alsobald zu verständigen und dahin zu wirken, daß die vom Kaiser angeregte Verbindung der Hauptmächte Europas rücksichtlich der französischen Angelegenheiten unverzüglich zu Stande käme [1]).

Daß Bischoffwerder so bereitwillig zu einem solchen Vertrage sich herbeiließ, und daß auch Friedrich Wilhelm nichts dagegen einzuwenden hatte, beruhte vornehmlich auf einem doppelten Grunde. Der König, wenn auch keineswegs geneigt, auf die Anfinnen der ihn umringenden Emigranten einzugehen, war doch durch die Vorgänge in Paris im Innersten empört. Ludwigs XVI. Schicksal schien ihm die Sache aller Könige. In Erinnerung an die geringe Mühe, mit welcher die preußischen Truppen im Jahre 1787 den Aufruhr in Holland zu Boden geworfen, mochte es ihm leicht erscheinen, auch in Frankreich den Thron wieder aufzurichten, und es gab nichts, was seinem Ehrgeize mehr geschmeichelt oder seinen Neigungen mehr entsprochen hätte. Dazu kam, daß Englands Benehmen gegen Preußen keineswegs Vertrauen erwecken oder Rücksichten erfordern konnte. Wenige Monate vorher, als Rußland jedes Entgegenkommen verweigerte, war der König entschlossen, im Verein mit England den Krieg zu erklären. Noch im März richtete er in diesem Sinne ein eigenhändiges Schreiben an den Sultan, forderte ihn auf, ein wohlgerüstetes Heer an die Donau zu schicken und dem König von Schweden neue Subsidien zu bewilligen. Auf die englische Regierung durfte man rechnen; denn für den Fall, daß Rußland

1) Vgl. Hermann, Correspondenzen, 40.

seine Eroberungen nicht zurückgäbe, hatte sie die Eröffnung der Feindseligkeiten im April mit Sicherheit in Aussicht gestellt. Aber das Parlament scheute sich, den einträglichen Handel mit Rußland zu gefährden, und eine zweifelhafte Abstimmung hatte die Folge, daß plötzlich alle für den Krieg schon angeordneten Maßregeln von dem englischen Ministerium zurückgenommen, und statt dessen in Petersburg eine neue Unterhandlung begonnen wurde, die bald sich völlig den russischen Ansprüchen fügte. Friedrich Wilhelm, von England verlassen, konnte nicht daran denken, sich allein in einen Krieg mit Rußland zu stürzen, um so weniger, als auch die Verhältnisse in Polen eine seinen Wünschen wenig zusagende Wendung nahmen. Er mußte es geschehen lassen, daß Rußland in seiner drohenden Stellung gegen die Türkei beharrte und am 11. August zu Galacz die Präliminarien eines Friedens erzwang, welcher, abgesehen von andern für den Sultan äußerst lästigen Bedingungen, die russische Grenze vom Bug bis zum Dniester erweiterte.

Preußens Bündniß mit den Seemächten war dadurch heftig erschüttert, gleichwohl blieb eine zahlreiche Partei in Berlin der Verbindung mit Oestreich noch immer abgeneigt. Schon während der Verhandlungen in Wien hatte das Ministerium, insbesondere Schulenburg und Alvensleben, nicht aufgehört, Bischoffwerder vor der arglistigen Feinheit Leopolds zu warnen. Als dann der Oberst mit dem Vertrage zurückkam, säumten sie nicht, die erheblichsten Bedenken gegen die Genehmigung dem Könige vorzutragen. Friedrich Wilhelm ließ gleichwohl noch an dem Tage, an welchem er den Abschluß des Friedens von Sistowa erfahren hatte, die Reinschrift des Vertrages zum Zweck der Unterzeichnung anordnen. Darauf gaben die Minister, neben den Genannten noch Finkenstein, eine Erklärung zu den Akten, in welcher sie über Bischoffwerders eigenmächtiges Vorgehen Beschwerde führen und gegen jede Verantwortlichkeit für die Folgen des Vertrages sich verwahren [1]). Aber es war jetzt nicht die Zeit, den ausgespro-

1) Vgl. Hermann, Correspondenzen, 42.

chenen Willen des Monarchen rückgängig zu machen. Wenige Wochen ſpäter kam Friedrich Wilhelm mit dem Kaiſer in Pillnitz zuſammen, am 27. Auguſt erfolgte die berufene Erklärung, die ſo oft als der Anfang des Krieges gegen Frankreich gegolten hat. Der Kaiſer und der König ſprachen aus, daß ſie mit Rückſicht auf die Eröffnungen der Brüder Ludwigs XVI. ſeine Sache als die gemeinſchaftliche aller Souveraine Europas betrachteten. Sie äußerten die Hoffnung, daß auch die übrigen Mächte, die man um Beiſtand angegangen, in Verbindung mit Oeſtreich und Preußen die wirkſamſten Mittel ergreifen würden, um dem Könige von Frankreich die volle Freiheit wieder zu verſchaffen. Alsdann und in dieſem Falle ſeien der Kaiſer und der König von Preußen entſchloſſen, nach gemeinſamer Uebereinkunft unverzüglich mit den nöthigen Kräften zu handeln; ſchon einſtweilen würden ſie ihren Truppen Befehl zukommen laſſen, daß ſie zur geeigneten Zeit ſich in Bewegung ſetzen könnten [1]). Es heißt, daß dieſe Erklärung durch den Grafen v. Artois, der ſich als ein unwillkommener Gaſt in die Verhandlungen eingedrängt hatte, den beiden Monarchen kurz vor der Abreiſe abgenöthigt ſei [2]). Denn in Wahrheit war keiner von beiden, am wenigſten der Kaiſer, geneigt, in einen Kampf mit Frankreich ohne dringende Noth ſich einzulaſſen. So hatte er alle Zumuthungen des franzöſiſchen Prinzen, mit den Emigranten gemeinſame Sache zu machen und mit dem Grafen von Provence als Regenten Frankreichs zu verhandeln, aufs Entſchiedenſte zurückgewieſen. Selbſt jene Erklärung, ſo drohend ſie lautet, war doch auf Alles eher, als auf die Beſchleunigung des Krieges berechnet. Denn als Bedingung eines Angriffs gegen Frankreich ſetzt ſie die Uebereinſtimmung aller Mächte, die man um Beiſtand angegangen hatte; es war aber mit Sicherheit ſchon damals voraus-

1) Vgl. Hermann, Correſpondenzen, 88; die deutſche Ueberſetzung im Septemberheft des Politiſchen Journals von 1791, S. 973.

2) So erzählte der Miniſter Schulenburg wenige Tage ſpäter, am 2. September, dem engliſchen Geſandten Ewart in Berlin. Vgl. Hermann, Correſpondenzen, 95.

zuſehen, daß dieſe Bedingung ſich nicht erfüllen, und England ſeine Theilnahme verweigern würde. Der Kaiſer traf denn auch keinerlei Vorkehrungen für den Krieg, entließ ſogar einen Theil ſeiner Truppen, und als nicht lange nachher aus Paris die Nachricht eintraf, Ludwig XVI. habe am 14. September 1791 die von der Nationalverſammlung ihm vorgelegte Conſtitution angenommen, zeigte ſich der Kaiſer mit dieſem Schritte völlig einverſtanden. Er erklärte am 1. November den europäiſchen Mächten: die Gefahren, welche Ludwigs XVI. Freiheit und Ehre bedroht hätten, ſeien nunmehr verſchwunden, da der König dem Anſcheine nach die Conſtitution freiwillig angenommen habe. Dabei wird zwar noch der Wunſch geäußert, daß die Coalition beſtehen bleibe, weil die günſtig ſcheinenden Umſtände ſich wieder ändern könnten, aber von kriegeriſchen Maßregeln iſt nicht mehr die Rede; der Kaiſer gibt ſich im Gegentheile der Hoffnung hin, die Annahme der Verfaſſung könne die Ordnung in Frankreich wieder herſtellen und der gemäßigten Partei das Uebergewicht verſchaffen [1]).

Aber dieſe Hoffnung ging nicht in Erfüllung; die politiſchen Leidenſchaften in Frankreich ſteigerten ſich immer mehr; in der neugewählten geſetzgebenden Verſammlung und im Jakobinerclubb herrſchte bald die Partei der Girondiſten, welche den Umſturz des Thrones und die Einführung der Republik ſich offen zur Aufgabe ſtellten. Aufs Neue ergingen die dringendſten Bitten des Königs und der Königin an die auswärtigen Fürſten, insbeſondere an den Kaiſer; und ganz abgeſehen von den Banden der Familie, ſchon die Sicherheit ſeiner Staaten nahm die ernſte Sorge Leopolds in Anſpruch. Denn eben jene Partei der Gironde wünſchte, um ſich der Herrſchaft im Innern völlig zu bemächtigen, nichts mehr, als einen Krieg gegen das Ausland. Seit dem October wurden alle Kräfte auf dieſen Punkt gerichtet; das unverſtändige, wenn auch nicht gefährliche Treiben des ausgewanderten Adels bot nur zu augenſcheinlich einen Vorwand.

---

1) Vgl. die Circularnote vom 1. November im Politiſchen Journal, Jahrgang 1792, S. 261.

Schon nach der Mitte des November hatten die französischen Gesandten Noailles in Wien und Vergennes in Koblenz in drohendem Tone über die Unterstützung der Emigranten sich beklagt. Am 29. beschloß die gesetzgebende Versammlung, der König solle die rheinischen Kurfürsten zur Auflösung des Emigrantenheeres anhalten und den Ansprüchen der deutschen Reichsstände im Elsaß ein Ende machen; um diesen Forderungen Nachdruck zu geben, müßte man beträchtliche Streitkräfte an der Nordgrenze zusammenziehen. Der haltlose Fürst wagte keinen Widerstand; am 14. December theilte er selbst der Versammlung mit, dem Kaiser wie dem Kurfürsten von Trier sei erklärt: wenn bis zum 15. Januar 1792 das Heer der Emigranten noch fortbestände, so werde man den Kurfürsten als einen Feind betrachten. Hundert und fünfzig tausend Mann sollten an der Grenze aufgestellt werden. Der König versprach, er würde den Krieg beantragen, wenn die Vorstellungen fruchtlos blieben.

Der erschreckte Kurfürst erwiederte ungesäumt, daß er die Emigranten entwaffnen und von der Gränze entfernen werde. Auch der Kaiser betheuerte am 21. December seine Friedensliebe, knüpfte aber daran die Mittheilung, der Kurfürst von Trier habe allen Beschwerden Abhülfe versprochen, jedoch gleichzeitig den Kaiser um Beistand ersucht. Man sei von den gerechten und gemäßigten Absichten des Königs vollkommen überzeugt; da aber gleichwohl bei den gegenwärtigen Zuständen Frankreichs Thätlichkeiten besorgt werden müßten, so sehe der Kaiser sich genöthigt, dem Generalcommandanten in den Niederlanden, Feldmarschall von Bender, die Anweisung zu geben, dem Kurfürsten, wenn er durch feindliche Einfälle verletzt oder bedroht würde, schleunige und nachdrückliche Hülfe zu leisten [1]). Eine Note vom 5. Januar wiederholte noch entschiedener, daß jede Verletzung des Reichsgebietes den Krieg zur Folge haben müsse.

Aber diese Erklärungen brachten durchaus nicht den Eindruck hervor, den man in Wien sich versprechen mochte; sie ent-

1) Vgl. die Note im Politischen Journal 1792, S. 36.

fernten nicht, ſondern ſie beſchleunigten den Bruch. Der Kaiſer hatte in der Note vom 21. December ſchließlich den Wunſch geäußert, Frankreich möge die unvermeidlichen Folgen abwenden, die ein Angriff auf den Kurfürſten von Trier ſowohl von Seiten des Oberhauptes und der Stände des deutſchen Reiches, als der andern Souveraine nach ſich ziehen würde, die zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und für die Sicherheit und Ehre der Kronen gemeinſchaftlich verbunden ſeien. Dieſe wenig verhüllte Drohung und die Andeutung einer noch fortbeſtehenden Coalition riefen in Paris einen heftigen Ausbruch des nationalen Unwillens hervor. Am 14. Januar 1792 erklärte die geſetzgebende Verſammlung einſtimmig jeden Franzoſen für einen Verräther, der an einem Congreß auswärtiger Mächte zur Veränderung der franzöſiſchen Verfaſſung, oder an einer Vermittlung zwiſchen der Nation und den Ausgewanderten, oder an einem Vergleich, der den deutſchen Fürſten für ihre Rechte im Elſaß etwas anderes, als eine Entſchädigung zugeſtände, ſich betheiligen würde. Am 25. Januar folgte dann der Beſchluß, den Kaiſer nochmals zu einer beſtimmten Antwort aufzufordern und, falls ſie bis zum 4. März nicht ergangen ſei, den Krieg zu erklären [1]).

So bedenklichen Nachrichten gegenüber konnte Leopold nicht unthätig bleiben. Am 12. December wurde in Regensburg das kaiſerliche Dekret zur Diktatur gegeben, welches die Reichsſchlüſſe gegen die franzöſiſchen Uebergriffe im Elſaß ratificirte und zugleich gegen die Verbreitung revolutionärer Grundſätze und Schriften den Reichskreiſen die ſtrengſte Wachſamkeit zur Pflicht machte. Mit Preußen waren die Verabredungen für den Kriegsfall wieder aufgenommen, am 7. Februar 1792 kam dann auch zu Berlin der Bundesvertrag zum Abſchluß, im Weſentlichen auf der am 25. Juli des vorigen Jahres angenommenen Grundlage. Beide Theile verbürgten ſich ihre Beſitzungen und verſprachen im Falle eines feindlichen Angriffs gegenſeitige Hülfleiſtung durch ein

1) Vgl. Choix des rapports, opinions et discours prononcés à la tribune nationale, Paris 1819, III, 365.

Corps von 20,000 Mann. Rußland, die Seemächte und Sachſen wollte man zum Beitritt einladen; die Aufrechthaltung der deutſchen Verfaſſung wurde zugeſagt. Mehrere Separatartikel enthielten Beſtimmungen über das gemeinſame Wirken für die europäiſche Coalition, über gegenſeitige Hülfe im Falle innerer Unruhen und über die polniſchen Angelegenheiten [1]). An den unmittelbaren Ausbruch des Krieges ſchien man jedoch noch immer nicht zu glauben; die nöthigen Vorkehrungen wurden nur läſſig betrieben, ſelbſt die Ratification des Bündniſſes erfolgte in Wien erſt mehrere Wochen nachher. Am 17. Februar gab Kaunitz der franzöſiſchen Regierung die geforderten Erklärungen, ſowohl über die Befehle, die dem Marſchall Bender ertheilt waren, als über die Verbindung der europäiſchen Mächte. Er zeigte in einer umfangreichen Staatsſchrift, daß der Kaiſer den Krieg nicht gewünſcht, ſondern im Gegentheile ſich beſtrebt habe, die Emigranten von jedem feindlichen Schritt zurückzuhalten; nur durch die franzöſiſchen Rüſtungen werde er nunmehr gezwungen, einem offenbar bedrohten Reichslande beizuſtehen. Der Verein der Mächte ſei im Juli des vergangenen Jahres durch die Gefangenſchaft und die Lage der königlichen Familie veranlaßt worden; nach der Annahme der Conſtitution beſtehe er nur noch für den Fall, daß ähnliche Gefahren ſich wieder zeigen ſollten. Dieſe Beſorgniß, fährt die Denkſchrift fort, werde nur zu ſehr gerechtfertigt durch die Beſtrebungen einer anarchiſchen Partei, welche die innere Ordnung in Frankreich vernichtet, die Vereinigung von kaum viertauſend Emigranten für umfaſſende kriegeriſche Rüſtungen genommen habe, und durch Beleidigungen jeder Art die auswärtigen Souveraine zum Krieg herausfordere. Die Kunſtgriffe dieſer Partei — ein beiliegendes Schreiben an den franzöſiſchen Geſandten nannte ausdrücklich die Jakobiner — welche ihre Herrſchaft auf Unruhen und Verwirrung gründe und die

1) Vgl. Häuſſer, Deutſche Geſchichte 3. Aufl. Berlin 1861, Bd. I, S. 334. Der Vertrag ohne die Separatartikel findet ſich ſchon im Juniheft des Politiſchen Journals von 1792, S. 549; der König ratificirt am 19. Februar.

Nation in immer größeres Elend zu stürzen suche, diese wünsche der Kaiser aufzudecken; deshalb habe er eben so freundschaftlich als wohlwollend Frankreich an die Vereinigung der Mächte erinnern und seinen Entschluß erklären müssen, im Falle eines Angriffs seinen Staaten zu Hülfe zu kommen. Der preußische Gesandte in Paris, Graf v. Goltz, erklärte um 28. Februar, diese Note des Fürsten Kaunitz enthalte die Grundsätze, über welche die Höfe zu Berlin und Wien vollkommen einverstanden seien [1]).

Der 1. März, der Tag, an dem diese Erklärungen der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt wurden, war Leopolds Todestag. Der Kaiser starb nach einem kurzen Unwohlsein im kräftigsten Mannesalter. Oestreich, Deutschland, man darf sagen, das verbündete Europa wurde des besonnenen Leiters beraubt. An seine Stelle trat ein junger Mann von schwacher Gesundheit, mit den Eigenschaften des Herrschers nicht eben reichlich ausgestattet, in den Geschäften noch wenig erfahren. Keine gewonnene Schlacht hätte der Revolution größeren Vortheil bringen können, als dieser Todesfall.

Freilich die Verhandlungen gingen noch in derselben Weise fort; Franz II. folgte vorerst den Grundsätzen seines Vaters. Noch am 18. März äußerte sich Kaunitz auf erneuerte Anfragen des Grafen Noailles nicht anders, wie in der Note vom 17. Februar. Aber in Paris war unterdessen die entscheidende Wendung eingetreten. Ludwig XVI. und nicht weniger seine Minister wünschten allerdings den Frieden zu erhalten; sie hatten die Note vom 17. Februar nicht unfreundlich aufgenommen, der Minister des Auswärtigen, Delessart, sprach am 1. März in der gesetzgebenden Versammlung sogar mit Anerkennung von den friedfertigen Gesinnungen des Kaisers. Aber die Jakobiner, aufs Heftigste erbittert durch die Vorwürfe, die der östreichische Staatskanzler vor ganz Frankreich gegen sie ausgesprochen hatte, boten jetzt alle Kräfte auf. Wenige Tage später, am 10. März, als eben Tages vorher die Nachricht von Leopolds Tode der königlichen Familie den letzten Halt geraubt hatte, machte Brissot gerade die

1) Vgl. Politisches Journal 1792, S. 249 fg. u. 265.

öſtreichiſche Note und Deleſſarts ſehr gemäßigte Antwort zum Gegenſtand des heftigſten Angriffes. Die Verſammlung, in welcher die Girondiſten mit den Anhängern Lafayettes ſich geeinigt hatten, ſtimmte ihm bei. Sogleich wurde Deleſſarts Anklage und Verhaftung beſchloſſen, und dem Könige ein Miniſterium jakobiniſch-girondiſtiſcher Färbung aufgedrängt, an deſſen Spitze für die auswärtigen Angelegenheiten der General Dumouriez den entſcheidenden Einfluß übte. Unverzüglich, ſchon in einer Note vom 18. März, nahm er einen heftig drohenden Ton an; eine zweite Note vom 27. verlangte bis zum 15. April eine kategoriſche Antwort, ob der Kaiſer entwaffnen, die Emigranten ausweiſen und von der Coalition zurücktreten wolle[1]). Als man dagegen in Wien auf die Note vom 18. März ſich bezog, erſchien Ludwig XVI. am 20. April in der Nationalverſammlung mit dem Antrage, dem König von Ungarn und Böhmen den Krieg zu erklären.

Die Manifeſte beider Theile machten ſich, wie es zu geſchehen pflegt, gegenſeitig für den Ausbruch dieſes Krieges verantwortlich, und auch in der Folgezeit iſt die Streitfrage noch häufig wieder angeregt. Franzöſiſche Schriftſteller, insbeſondere Thiers, haben der Meinung Eingang verſchafft, daß ausſchließlich durch die unrechtmäßigen Forderungen des verbündeten Europas Frankreich zu einem Vertheidigungskrieg gezwungen ſei. Dagegen hat vor Andern Sybel ausgeführt, wie zögernd und ungern die deutſchen Mächte auf den Krieg ſich eingelaſſen haben, den die Girondiſten herbeiwünſchten und unvermeidlich machten. Selbſt in Frankreich hat man in neueſter Zeit ſich dieſer Erkenntniß nicht verſchließen können. Nur vereinzelt hat unter uns Ernſt Hermann vor Kurzem noch einmal die Anſicht ausgeſprochen, trotz ſeiner ſcheinbaren Friedensliebe habe der Kaiſer Leopold von Anfang des Streites auf den Krieg hingearbeitet, um durch die bewaffnete Dazwiſchenkunft der europäiſchen Mächte einem reaktionären Abſolutismus zum Siege zu verhelfen[2]). Dieſe Anſicht

1) Vgl. die Aktenſtücke im Moniteur vom 18. April 1792.

2) Vgl. Hermann, Die öſtreichiſch-preußiſche Allianz vom 7. Februar 1792 und die zweite Theilung Polens. Eine Streitſchrift gegen H. v. Sybel,

iſt ſchon von Sybel zurückgewieſen[1]) und ſpäter auch von Hermann nicht mehr vertheidigt; ſie wird ſchwerlich auf zahlreiche Anhänger rechnen dürfen. Was bis jetzt bekannt, auch gerade was von Hermann veröffentlicht wurde, läßt nicht auf Kriegesluſt von Seiten des Kaiſers ſchließen; es ergibt ſich im Gegentheile, daß dieſer Fürſt, unter allen europäiſchen Monarchen den neuen Ideen am meiſten zugänglich[2]), den Frieden, ſo viel es an ihm lag, zu erhalten wünſchte und nur ſo weit zu kriegeriſchen Maßregeln ſich herbeiließ, als es durch die Lage ſeiner Schweſter und zur Sicherung ſeiner Staaten unumgänglich wurde. Man erkannte dies ſogar in Paris, und gerade Briſſot, der entſchiedenſte Beförderer des Krieges, hat es noch am 16. December 1791 bei den Jakobinern offen ausgeſprochen: „In Berlin, wie in Wien," ſagte er, „wünſcht man den Frieden, weil man ſeiner bedarf; man will nur den Schein haben, als unterſtütze man die Sache der Könige. Auch der Vertrag zu Pillnitz hatte keine andere Bedeutung." Daß die Girondiſten den Krieg für nöthig hielten, um die Gewalt in ihre Hand zu bringen, hat Briſſot, wie andere Führer der Gironde, gar nicht in Abrede geſtellt. Und ſo läßt ſich auch nicht in Abrede ſtellen, daß für den unmittelbaren Ausbruch der Feindſeligkeiten dieſe Partei die Verantwortung zu tragen hat. Eine andere Frage iſt, ob deshalb die deutſchen Höfe von aller Schuld freizuſprechen ſind, ob insbeſondere die Mittel, die Leopold in Anwendung brachte, zur Erhaltung des Friedens dienen konnten. Und dies wird ſich ſchwerlich bejahen laſſen. Denn die Art, wie die Emigranten in Deutſchland auftraten und Unterſtützung fanden, war allerdings, wenn nicht

---

Gotha 1861, ferner die Abhandlung: Zur Geſchichte der Wiener Convention vom 25. Juli 1792 und der öſtreichiſchen Allianz vom 7. Februar 1792, in den Forſchungen zur deutſchen Geſchichte, V, 239.

1) Vgl. die Abhandlung: Leopold II., Gegen Ernſt Hermann, in der Hiſtoriſchen Zeitſchrift, X, 387.

2) Vgl. insbeſondere den merkwürdigen Brief an die Erzherzogin Chriſtine vom 25. Januar 1790, bei A. Wolf, Leopold II. und Marie Chriſtine. Ihr Briefwechſel, 1781—1792, Wien, 1867.

gefährlich, doch im höchſten Grade beleidigend für das franzöſiſche Nationalgefühl und herausfordernd gegen die herrſchenden Parteien. Dann waren auch die öſtreichiſchen Noten, vor Allem jene heftigen Ausfälle gegen die Jakobiner, am Wenigſten geeignet, ihren Zweck zu erfüllen. Man drohte beſtändig mit einer Coalition, mit ſtrengen Maßregeln, die gegen das franzöſiſche Volk ergriffen werden könnten, ohne doch die zur Durchführung nöthigen Mittel aufzubieten und dadurch der Drohung Nachdruck zu geben. So erregte man zwar die Leidenſchaften, die zum Kriege drängten, aber nicht die Furcht, die zur Beſonnenheit hätte führen können. Indeſſen, wer möchte den Grund für ſo außerordentliche Ereigniſſe in dem Willen oder den Handlungen einzelner Perſonen oder Parteien ſuchen? Die ganze gewaltige Bewegung war allem Beſtehenden ſo ſehr entgegengeſetzt, daß ſie dauernd mit der alten Staatsordnung in keinem Falle ſich friedlich hätte einigen können.

Zweites Kapitel.

Krieg und Unterhandlungen bis zum Ende des Jahres 1793.

Kaum acht Tage nach dem Beſchluß des 20. April, noch vor dem Ende des Monats, brachen die franzöſiſchen Heere in das ſchwach beſetzte Belgien ein. Das ſchnelle Vorgehen gab den Vortheil, daß die verbündeten Mächte völlig überraſcht wurden. Aber ſo ſehr hatten die revolutionären Leidenſchaften alle Bande der Ordnung gelockert, daß die Truppen einer geſchulten militäriſchen Macht gegenüber ſich gar nicht brauchbar zeigten. Vor wenigen öſtreichiſchen Bataillonen flohen die republikaniſchen Soldaten, von plötzlichem Schrecken ergriffen, über die Gränze zurück, wo dann Unordnung und Auflöſung immer weiter ſich verbreiteten. Wäre Deutſchland damals gerüſtet geweſen, hätten die verbündeten Heere zu raſchem Handeln an den Gränzen bereit geſtanden, es iſt nicht abzuſehen, wer ihnen den Weg nach Paris hätte verlegen wollen. Aber die Neigung, dem Krieg ſo lange als möglich auszuweichen, hatte die Rüſtungen verzögert; nach jenen erſten Niederlagen der Franzoſen trat beinahe Waffenruhe ein, nur langſam bewegten ſich die deutſchen Heere dem Rheine zu. Am 14. Juli empfing Franz II. zu Frankfurt die Kaiſerkrone; noch einmal zeigte ſich dann zu Mainz, nachdem am 23. auch der König von Preußen eingetroffen war, in langen glänzenden Feſtlichkeiten die Pracht der feudalen Ariſtokratie; erſt nach der Mitte des Auguſt überſchritt das preußiſche Heer in Anweſenheit des Königs unter der Führung des Herzogs von Braunſchweig die franzöſiſche Gränze. Die Ereigniſſe dieſes Feldzugs ſind bekannt genug; Jeder erinnert ſich, wie die Gränzfeſtungen

Longwy und Verdun ohne langen Widerstand übergeben, am 14. September auch die feste Stellung bei den Argonnen von Dumouriez geräumt wurde, bis die unentschiedene Schlacht bei Valmy am 20. September dem Vordringen des verbündeten Heeres ein Ziel setzte, worauf denn nach der raschen Verstärkung der französischen Streitmacht unter heftig einbrechendem Regenwetter der Rückzug unumgänglich wurde.

Wie es gewöhnlich bei dergleichen unglücklichen Unternehmungen zu geschehen pflegt, so hat gleich Anfangs eine aufgeregte Phantasie und nur zu bald auch die Gehässigkeit gegen Preußen in mannichfachen Vermuthungen und heftigen Anklagen über die Gründe dieses Rückzugs sich ergangen. Die preußische Regierung sollte schon damals von Deutschland sich losgesagt und mit den Franzosen sich geeinigt haben, der Rückzug in Folge eines geheimen Abkommens angetreten sein; man nannte sogar den Preis der Diamanten und die Geldsummen, durch welche der Herzog von Braunschweig bestochen wäre. Schon die unbefangene Anschauung der Thatsachen läßt das Unwahrscheinliche dieses Argwohns erkennen; es ist aber das große Verdienst Sybels und nach ihm Häussers, aus den Quellen der preußischen Archive uns die genaue Kenntniß jener Begebenheiten eröffnet zu haben. Was Vivenot an einzelnen Stellen seines Buches dagegen vorbringt, ist ohne Gewicht und keiner besondern Erörterung bedürftig. Wir sehen, daß allerdings die Franzosen schon damals Preußen von Oestreich zu trennen und sich zu verbinden wünschten, daß aber ihre Anträge zurückgewiesen und ernste Unterhandlungen von Seiten Preußens gar nicht gepflogen wurden. Nicht Einverständnisse mit dem Feind, sondern das Unzulängliche der ganzen Rüstung, die geringe Unterstützung von Seiten Oestreichs, die Unentschlossenheit des Herzogs von Braunschweig und die üble Lage des Heeres in der Champagne haben den für Deutschland so unerfreulichen Ausgang zur Folge gehabt.

Und leider blieb dies Unglück nicht das einzige. Noch während das preußische Heer auf dem Rückzuge nach Luxemburg begriffen war, zu Ende Septembers, drang Custine in die wehrlo-

ſen geiſtlichen Staaten des linken Rheinufers ein. Speier und Worms fielen beinahe ohne Widerſtand in ſeine Hände, am 21. October ſogar das ſchmachvoll verlaſſene Mainz. Schon am Tage darauf wurde auch Frankfurt beſetzt und zu ſtarken Contributionen gezwungen; auf dem rechten wie auf dem linken Rheinufer herrſchte nur Schrecken und Rathloſigkeit.

Auch in den Niederlanden konnte die geringe Zahl öſtreichiſcher Truppen die mächtig angewachſenen franzöſiſchen Schaaren nicht zurückhalten. Der Sieg Dumouriez' bei Jemappes am 6. November brachte beinahe die geſammten Niederlande, in der Mitte des December ſogar Aachen in franzöſiſche Gewalt. Von allem das größte Unheil lag aber darin, daß auch die Einigkeit unter den Verbündeten ſchon einer bedenklichen Mißſtimmung Raum gegeben hatte. Um ihren Urſprung zu erkennen, wird ein kurzer Rückblick nöthig; die enge Verbindung der Begebenheiten im Oſten mit dem weſtlichen Kriege tritt ſchon jetzt nur zu deutlich und unheilvoll hervor.

Man erinnert ſich, wie Polen ſeit dem Jahre 1788 die Zeit des Türkenkrieges zur Beſeitigung des ruſſiſchen Einfluſſes benutzte und bei dem verbündeten Preußen in dieſem Beſtreben Unterſtützung fand. Im Frühjahr 1791, als der Krieg ſeinem Ende entgegen ging, und die Rache der beleidigten Czarin ſodann das Schlimmſte befürchten ließ, wagte die nationale Partei einen entſcheidenden, nur mit zu wenig Umſicht vorbereiteten Schritt. Am 3. Mai wurde der Reichstag zur Annahme einer neuen Conſtitution vermocht, welche die zerrüttete Adelsrepublik in eine feſt gegliederte conſtitutionelle Monarchie verwandeln ſollte. Das wirkſamſte Mittel ſuchte man darin, daß die erbliche Thronfolge dem Kurfürſten von Sachſen und nach ihm ſeiner einzigen Tochter übertragen würde, damit aus ihrem Stamm eine neue Dynaſtie polniſcher Könige hervorgehen könne [1]). Preußen nicht weniger als Oeſtreich und Rußland fand ſich völlig überraſcht und ſeine Intereſſen keineswegs gefördert, wenn Polen zu einem ſelbſtändigen, geordneten Staatsweſen erſtarkte. Gleichwohl erhob

1) Vgl. Hermann, Ruſſiſche Geſchichte, VI, 349 fg.

der König vorerſt keinen Widerſpruch, ſandte ſogar dem Kurfürſten einen Glückwunſch und redete ihm zu, die angebotene Krone nicht abzulehnen. Um ſo heftiger war die Kaiſerin von Rußland erzürnt und nicht einen Augenblick ſchwankend, daß die neue Verfaſſung, ſowie Alles, was ſeit dem Jahre 1788 in Polen geſchehen war, wieder vernichtet werden müſſe. Für dieſen Zweck benutzte ſie aufs geſchickteſte die franzöſiſche Verwicklung.

Von Anfang an war es ihr eifriges Beſtreben, zwiſchen Frankreich und den deutſchen Mächten ein Zerwürfniß hervorzurufen. „Ich zerbreche mir den Kopf", ſagte ſie im December 1791 zu einem Vertrauten, „um das Wiener und Berliner Cabinet in die franzöſiſchen Angelegenheiten zu bringen; ich möchte ſie in Geſchäfte verwickelt ſehen, um die Hände frei zu haben; denn ſo viele Unternehmungen liegen unbeendigt vor mir, und jene müſſen beſchäftigt werden, damit ſie mich nicht hindern" [1]). Freilich war ſie dann auch wieder beunruhigt, die deutſchen Mächte könnten zu entſchiedenen Erfolg und auf Koſten des zerrütteten Frankreichs eine Vergrößerung erlangen; ſie zeigte die theilnehmendſte Beſorgniß, durch die völlige Vernichtung eines ſo anſehnlichen Staates möchte das allgemeine Wohl und die Ruhe Europas beeinträchtigt werden. Aus dieſem doppelten Grunde ſuchte ſie in jeder Weiſe die ausſchweifenden Anforderungen der Emigranten zu begünſtigen und die Brüder Ludwigs XVI. gewiſſermaßen an die Spitze der Coalition zu bringen, damit einerſeits der Gegenſatz verſchärft und der Friede ſo weit als möglich hinausgeſchoben würde, andererſeits die deutſchen Mächte in ihrer Verbindung mit den Prinzen ein Hinderniß fänden, ſich auf Koſten Frankreichs zu entſchädigen. Wenn ſie aber nicht aufhörte die uneigennützige Unterſtützung des Königs und der Monarchie in den großmüthigſten Worten dem Wiener wie dem Berliner Hofe zu empfehlen [2]), ſo wäre ſie doch ganz geneigt geweſen, nach

1) Vgl. Smitt, Suworof, II, 359 bei Sybel, Geſch. der Rev.-Zeit, II, 131.

2) Vgl. die Noten Oſtermanns vom 15. Mai und 21. Juni bei Hermann, Correſpondenzen, 237, 240.

einer andern Seite nicht allein Entſchädigung, ſondern auch neuen Erwerb zu geſtatten, nur unter der Bedingung, daß ſie ſelbſt ſich vorerſt um ſo reichlicher bedenken würde. Wo dies zu geſchehen habe, konnte nicht zweifelhaft ſein.

Sobald der Friede zu Jaſſy am 9. Januar 1792 die Präliminarien von Galacz beſtätigt hatte, und die Heeresmaſſen an der Donau verfügbar wurden, ſollte die Rache über Polen hereinbrechen. Schon zu Anfang des Februar war der preußiſche Geſandte in Petersburg, Graf v. Goltz, von dieſen Anſichten unterrichtet. Der Zufall gab ihm Kenntniß von einem eigenhändigen Schreiben der Kaiſerin an ihren Günſtling, den Fürſten Subow; es enthielt die Worte: „Wenn mit den Türken Alles in Ordnung iſt, ſo will ich, daß der Fürſt Repnin ſo viel Truppen, als möglich, zuſammenbringt, d. h. nach meiner Berechnung 130,000 Mann, und mit denſelben durch die Ukraine in Polen einrückt. Wenn Oeſtreich und Preußen ſich widerſetzen, wie es wahrſcheinlich iſt, werde ich ihnen Entſchädigung oder Theilung vorſchlagen“ [1]).

Auf die nun folgenden Verhandlungen muß ich mir verſagen, ausführlicher einzugehen. Sie hängen mit dem Zweck dieſes Buches nicht unmittelbar zuſammen, auch ſcheint es mir nicht möglich, ein ſicheres Urtheil darüber auszuſprechen, ehe aus den öſtreichiſchen Archiven eine größere Zahl von Dokumenten vorliegt. Die Grundzüge möchten folgende ſein.

Noch ehe an Rußland die Einladung ergangen war, dem Bündniß vom 7. Februar beizutreten, machte Katharina Oeſtreich und Preußen den Antrag, über die polniſchen Anlegenheiten eine Einigung zu treffen; nach ihrem Ausdruck, um gegen weitere Ruheſtörungen Sicherheit zu erlangen, in Wahrheit, um die Anarchie der früheren Verfaſſung mit Gewalt wieder herzuſtellen. Bei Preußen fanden dieſe Vorſchläge bald ein geneigtes Gehör. Ein ſtarkes, in ſich geeinigtes Polen war allen Ueberlieferungen der preußiſchen Politik entgegen. So hatte man auch der Verfaſſung

1) Vgl. den Brief des Grafen v. Goltz vom 3. Februar 1792 bei Hermann, Correſpondenzen, 231.

vom 3. Mai zwar nicht ſich widerſetzt, aber doch jede Garantie, um welche von den Polen mehrmals dringend gebeten war, ebenſo oft von der Hand gewieſen. Dieſe Abneigung mußte ſich noch ſteigern, als ſeit dem Herbſte des Jahres 1791 der Plan auftauchte, die polniſche Krone nach dem Ableben des Kurfürſten nicht mehr ſeiner Tochter, ſondern ſeinem älteſten Bruder und Nachfolger zuzuwenden und in dieſer Weiſe Sachſen und Polen dauernd zu vereinigen.

Gegen Ende Februars trat Rußland mit beſtimmteren Anträgen einer neuen Theilung hervor. Es machte beſonders auf die Gefahren aufmerkſam, welche aus der Verbindung Polens mit Sachſen entſtehen könnten [1]), Gefahren, die jedem preußiſchen Staatsmann einleuchten mußten. Wie lockend erſchien dagegen ein neuer Landerwerb, ungleich bedeutender, als der Gewinn von Thorn und Danzig, den die Polen hartnäckig bisher verweigert hatten. Schon im März machte man ſich in Berlin mit dem Gedanken einer zweiten Theilung vertraut. Als ruſſiſche Truppen im Mai mit Hülfe der verrätheriſchen Conföderation von Targowice in Polen einrückten, ſetzte Preußen keinen Widerſtand entgegen und verweigerte auch den Beiſtand, den die Polen auf Grund des Vertrages vom 29. März 1790 in Anſpruch nahmen. Ungehindert mochten die Ruſſen in dem unglücklichen Lande ſchalten, die verhaßte Conſtitution vom 3. Mai beſeitigen, die Urheber vertreiben und an ihre Stelle die frühere Anarchie oder vielmehr die ſchrankenloſe Willkühr der ruſſiſchen Befehlshaber ſetzen. Man fand in Berlin, der vorwiegende Einfluß Rußlands ſei den Intereſſen Preußens weniger entgegen, als die neue Verfaſſung mit der Erbmonarchie, und die polniſche Allianz habe ſich noch läſtiger erwieſen, als wenn man, wie in früherer Zeit, den Einfluß mit Rußland hätte theilen müſſen [2]).

Anders wie Preußen war dem gegenüber Oeſtreich geſtellt. Als Leopold den Thron beſtieg, fand er als Erbſchaft Joſephs II.

---

1) Häuſſer, a. a. O. I, 352. Vgl. auch den Brief des Königs vom 13. Juni 1792 bei Hermann, Correſpondenzen, 291.

2) Vgl. Häuſſer, a. a. O. I, 354.

das Bündniß mit Rußland und eine keineswegs enge Beziehung zu den Polen. Es ist auch bisher noch kein Dokument hervorgetreten, welches für das erste Jahr seiner Regierung eine freundschaftliche Sorgfalt für die Erhaltung der Republik bezeugen könnte. Sybel hat freilich in lebhaften Farben dargestellt, wie der Staatsstreich des 3. Mai, wesentlich von Leopold vorbereitet, mit seiner Billigung und Beihülfe zur Ausführung gekommen sei[1]); aber diese Ansicht ist, wie mir scheint, von Hermann[2]) mit Recht zurückgewiesen, wenigstens ist dafür noch kein Beweis gefunden. Allem Anscheine nach wurde auch Leopold durch den 3. Mai überrascht; nur galten für ihn die politischen Gründe nicht, welche Rußland und Preußen gegen die Staatsveränderung einnehmen mußten. Er konnte einen Augenblick befürchten, sie sei von Preußen oder in preußischem Interesse angeregt, sobald aber dieser Argwohn sich als grundlos herausstellte, darf es nicht befremden, wenn er das, was einmal geschehen war, anerkannte und sogar zu fördern suchte. Daß er nun wirklich sowohl Rußland als Preußen gegenüber diesen Versuch gemacht habe, läßt sich nach den von Sybel angeführten Dokumenten nicht wohl in Abrede stellen, und Hermann hätte es niemals bestreiten sollen. Nur scheint wieder Sybel zu weit zu gehen, wenn er in dieser Förderung das Hauptziel und den Angelpunkt der kaiserlichen Politik, ja in einer darauf bezüglichen Depesche „vielleicht den wichtigsten Akt in Leopolds Regierung" findet[3]). Die ganze Angelegenheit wird im Gegentheil von dem Kaiser lässiger betrieben, als man nach ihrer Wichtigkeit erwarten sollte, wie denn überhaupt Hermann, ich glaube, richtig hervorgehoben hat, daß die Spitze der Leopoldinischen Politik nicht sowohl zu Gunsten Polens gegen Rußland, als zu seiner

1) Vgl. Geschichte der Revolutionszeit, I, 262. Sybel selbst hat den Beweis für diese Ansicht später als einen hypothetischen bezeichnet. Vgl. Histor. Zeitschrift, XII, 272.

2) Vgl. den Aufsatz: die polnische Politik Kaiser Leopolds II in den Forschungen zur deutschen Geschichte, Göttingen 1864, IV, 387.

3) Vgl. den Aufsatz: Kaiser Leopold II., in der Historischen Zeitschrift, X, 420.

eigenen Sicherung gegen das revolutionäre Frankreich gerichtet war. Nur darf man daraus nicht den Schluß ziehen, daß Leopold den Krieg mit Frankreich als ein erwünschtes Ziel vor Augen gehabt hätte, und auch, was das Verhältniß zu Rußland betrifft, so könnte es voreilig sein, aus dem, was in einer kurzen Zeit geschehen, die letzten Gedanken und Absichten eines so feinen und langsam vorbereitenden Politikers mit Bestimmtheit feststellen zu wollen.

Die Regierung seines Nachfolgers beharrte, wie es scheint, vorerst auf denselben Grundsätzen. Am liebsten hätte sie die Unabhängigkeit und freie Verfassung Polens erhalten, aber sie war keineswegs gewillt und nach dem Ausbruch des französischen Krieges nicht einmal im Stande, mit Kraft und Entschiedenheit dafür einzutreten. In dem Vertrage vom 25. Juli 1791 war die Integrität und die freie Verfassung Polens garantirt. Dieselbe Bestimmung hatte Leopold auch in das Bündniß vom 7. Februar 1792 aufnehmen wollen, aber die preußischen Minister fürchteten, daß in diesem Ausdruck eine zu deutliche Beziehung auf die Verfassung vom 3. Mai gefunden würde, und Leopold, schon durch das Nahen des Kriegs bedroht, konnte seinen Willen nicht durchsetzen. Nicht mehr die Garantie der freien Verfassung, (de la libre constitution), sondern einer freien Verfassung (d'une libre constitution) wurde von beiden Mächten übernommen [1]), eine unscheinbare Veränderung, die aber doch die Selbstständigkeit Polens den vernichtenden Entwürfen Rußlands preisgab.

Gleichwohl hielt die östreichische Regierung auch jetzt noch die Hoffnung aufrecht, Preußen für die Erhaltung Polens zu gewinnen. Eine Denkschrift des Geheimen Referendars Spielmann, die der östreichische Gesandte Fürst Reuß am 10. März in Berlin überreichte, suchte nachzuweisen, daß Oestreich und Preußen ein gleiches Interesse hätten, durch die Herstellung gesicherter Zustände in Polen die Quelle unaufhörlicher Zwietracht und Verlegenheit zu schließen.

---

1) Vgl. den Bericht des Preußischen Ministeriums an den König vom 3. Februar 1792 bei Hermann a. a. O. Forschungen, IV, 429.

Dies laſſe ſich am Beſten durch die Erblichkeit der Krone erreichen; der Kurfürſt von Sachſen ſei für beide Mächte der geeigneteſte Träger, auch widerſpreche es ihrem Intereſſe nicht, die Erblichkeit auf die Brüder und den jedesmaligen Nachfolger in Sachſen auszudehnen; die Gefahr, daß Polen zu ſtark würde, könne durch eine Beſchränkung des Heeres auf 40,000 Mann und die Beſtimmung ewiger Neutralität beſeitigt werden [1]). Aber dieſer Vorſchlag fand in Berlin die übelſte Aufnahme. „Wäre ich nicht von Oeſtreichs Loyalität überzeugt," ſagte der König, „ſo müßte das Auftauchen eines ſolchen Planes mich mit tiefem Argwohn erfüllen." Man wies jede Förderung und Garantie der neuen Verfaſſung mit Entſchiedenheit zurück.

Ebenſo wenig Erfolg hatte eine Note, die der Fürſt Kaunitz am 12. April in ähnlichem Sinne nach Petersburg abgehen ließ [2]). Selbſt dem Vertrage vom 7. Februar verweigerte die Kaiſerin eben wegen des auf Polen bezüglichen Artikels ihre Zuſtimmung. Um ſo bereitwilliger zeigte ſie ſich zur Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich, freilich nur mit dem geringen Contingent von 15,000 Mann. Es kamen darauf mit Oeſtreich am 14. Juli, mit Preußen am 7. Auguſt beſondere Verträge zum Abſchluß; die Verfaſſung vom 3. Mai wurde aufgegeben, Polens Integrität von Oeſtreich zwar noch feſtgehalten, aber man ſetzte doch dem Einmarſch ruſſiſcher Truppen und dem Schalten der Kaiſerin in Polen keinen nachhaltigen Widerſpruch entgegen. Schon im Juni berichtete Graf Haugwitz aus Wien, Oeſtreich würde gegen eine Entſchädigung Preußens in Polen wohl nichts einzuwenden haben [3]); um den Wiener Hof noch willfähriger zu ſtimmen, regte der ruſſiſche Geſandte, Graf Raſumowski, einen von Oeſtreich lange gehegten Wunſch wieder an.

Es iſt bekannt, wie nach dem Ausſterben der jüngeren wit-

---

1) Sybel, Geſchichte der Revolutionszeit, I, 427, gibt den Auszug, den ich hier benutze.

2) Vgl. den Auszug bei Hermann, die öſtreichiſch-preußiſche Allianz, S. 61.

3) Vgl. den Brief vom 6. Juni bei Hermann, Correſpondenzen, 290.

telsbacher Linie Joseph II. im Jahre 1777 sehr zweifelhafte Ansprüche auf Baiern erhob. Durch Friedrich den Großen wurden sie vereitelt, Oestreich mußte sich mit einer unbedeutenden Erwerbung am Inn begnügen. Im Jahre 1785 wurde der Versuch wiederholt, auf anderem Wege und mit besserer Aussicht; denn der Nachfolger Maximilian Josephs, der alternde Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz, ohne rechtmäßige Nachkommen, zeigte sich nicht ungeneigt, die neuerworbenen bairischen Besitzungen gegen die östreichischen Niederlande und den Titel eines Königs von Burgund zu vertauschen. Aber noch einmal trat Preußen entgegen. An der Spitze des Fürstenbundes, unterstützte es den Widerspruch, den der nächstberechtigte Agnat, der Herzog von Pfalz-Zweibrücken, gegen diesen Tausch erhob, und der Kaiser mußte abermals seinen Absichten entsagen. Gewiß gab es kein stärkeres Mittel, den Wiener Hof willfährig zu stimmen, als wenn man jetzt die alte Hoffnung wieder anregen und zu ihrer Erfüllung den Beistand gerade des Gegners versprechen konnte, an dessen Widerstreben sie mehr als einmal gescheitert war.

So schnell als erwartet kam man jedoch nicht zum Abschluß, weder für jetzt in Wien, noch später im Juli zu Frankfurt und Mainz, weil Oestreich, sei es im Ernst, oder, um diesen lästigen Verhandlungen ein Ende zu machen, außer Baiern auch Ansbach und Baireuth, die kaum an Preußen vererbten fränkischen Herzogthümer, in Anspruch nahm. Die preußischen Diplomaten geduldeten sich einstweilen; wenn der Krieg mit Frankreich, wie man voraussetzte, rasch und glücklich beendet sei, hoffte man sich leichter zu verständigen. Als aber statt dessen der Feldzug den unglücklichen Ausgang nahm, mußten auch sofort die frühern Ansprüche auf Entschädigung um so dringender hervortreten. Die entscheidende Wendung bezeichnet eine von Haugwitz und Lucchesini entworfene Note, welche noch auf dem Rückzuge, in Merle, einem kleinen Dorfe bei Luxemburg, am 25. October die königliche Unterschrift erhielt. Nach den großen Kosten und Opfern des letzten Feldzugs, erklärte der König, müsse er einem baldigen Ersatz entgegensehen, und bevor er ferneren Antheil am

Kriege nehme, für die künftig noch aufzuwendenden Kriegskosten eine Entschädigung verlangen; er erwarte daher, daß ihm dieselbe und zwar in erweitertem Maße in Polen durch Oestreich und Rußland in der Weise zugesichert werde, daß er sich sogleich in deren wirklichen Besitz setzen könne. Geschehe dies nicht, so müsse er sich im nächsten Jahre darauf beschränken, die am 7. Februar versprochenen 20,000 Mann zu stellen, gleichwohl aber in Polen eine wenn auch geringere Schadloshaltung in Anspruch nehmen [1]).

Ueber diese Forderung wurde nun zuerst in Luxemburg, dann in den letzten Monaten des Jahres zwischen Haugwitz, Spielmann und Cobenzl in Wien unterhandelt. Die Oestreicher zeigten sich um so schwieriger, als die preußischen Ansprüche in Polen sich bedeutend gesteigert hatten, dagegen die Ausführung des belgischen Tausches nach der unglücklichen Schlacht bei Jemappes ins Weite und Ungewisse verwiesen war. Nur langsam und allmählich rückte die Verhandlung vor. Am 9. December erklärte Cobenzl, man sei bereit, Preußen die eventuelle Occupation des polnischen Gebietes zu gestatten, müsse aber dafür bis zur Ausführung des belgischen Tausches einen dem preußischen gleichkommenden Antheil in Polen als Pfand selbst in Besitz nehmen. Endlich am 24. December schreibt Haugwitz, der kaiserliche Hof habe nunmehr seine Einwilligung gegeben; man könne sofort von der polnischen Entschädigung Besitz ergreifen, wenn nur Rußland und Preußen für die Ausführung des belgischen Tausches sich verbürgen wollten [2]). Dies Zugeständniß hat später bittere Streitigkeiten hervorgerufen. Es war nicht schriftlich gegeben, und von dem östreichischen Ministerium ist es nachmals ganz in Abrede gestellt; aber auch die verlangte Garantie war Preußen nicht geneigt zu übernehmen. Gleichwohl wurde am 23. Januar 1793, ohne daß Oestreich die geringste Kenntniß gegeben wäre, zwischen Rußland

1) Vgl. die Note bei Hermann, Correspondenzen, 303.

2) Vgl. die Note Cobenzls vom 9. December und das Schreiben des Königs an Goltz vom 29. Dec. bei Hermann, Correspondenzen, 310, 315.

und Preußen der Vertrag über die zweite Theilung Polens unterzeichnet. Preußen erhielt mehr als tausend Quadratmeilen mit ungefähr anderthalb Millionen Einwohnern, freilich nur unter der Bedingung, daß Rußland das Vierfache an Umfang, das Doppelte an Einwohnern sich zueignete; auch mußte der König versprechen, dem bairisch-belgischen Tausche zuzustimmen und bis zu dem Zeitpunkte, daß der Zweck des Krieges gegen Frankreich erreicht sei, die Waffen nicht aus der Hand zu legen.

Schon am 6. Januar 1793 hatte eine königliche Proclamation die in Polen angeblich von den Jakobinern angestifteten Unruhen zum Vorwand genommen, den Einmarsch preußischer Truppen zu rechtfertigen. Beinahe ohne Widerstand wurden die von Preußen angesprochenen Landestheile besetzt. Der Vertrag selbst blieb dagegen in das strengste Geheimniß gehüllt; nicht eher, als am 22. März erhielt man in Wien durch Rasumowski die erste Anzeige. Sie rief, wie sich denken läßt, die größte Bestürzung hervor und bald eine höchst bedeutende Veränderung. Der Kaiser entließ am 27. März Spielmann und Cobenzl, die so arger Ueberlistung nicht vorgebeugt hatten; an ihre Stelle trat Franz Thugut, der Staatsmann, der dann sieben Jahre lang der Leiter der östreichischen Politik und die Seele des Krieges gegen Frankreich geworden ist. So schmerzlich man die Vorgänge in Polen empfand, Oestreich war doch eben jetzt nicht in der Lage, was geschehen war, rückgängig zu machen. Preußen nahm am 25. März, Rußland am 7. April von den besetzten Gebieten förmlich Besitz; ein Reichstag, auf den 17. Juni nach Grodno berufen, sollte der Gewaltthat eine rechtliche Form geben. Selbst dieser schwache Ueberrest polnischer Nationalität sträubte sich länger, als man erwartete, aber erneuerten Gewaltmaßregeln gegenüber war dauernder Widerstand nicht durchzuführen. Am 22. Juli erhielt Rußland und nach langen Streitigkeiten zwei Monate später auch Preußen die erzwungene Einwilligung.

Allerdings ein gewaltiger Machtzuwachs für beide Staaten; daß aber nach solchen Vorgängen die Coalition gegen Frankreich gelockert, die kaum erlangte Einigung zwischen Oestreich und Preußen

aufs tiefſte verletzt war, muß Jeder empfinden; nur zu bald zeigt ſich die Einwirkung auch auf den Fortgang des Krieges.

Der neue Feldzug mochte anfangs zu den beſten Hoffnungen berechtigen. Das Vordringen der Franzoſen nach Belgien hatte bewirkt, daß nun auch England und Holland den Verbündeten ſich näherten; nicht lange nach dem Tode Ludwigs XVI., am 1. Februar 1793, beſchloß der Convent gegen beide Seemächte die Kriegserklärung. So ließ ſich mit doppelter Zuverſicht an die Zurückeroberung des Verlorenen denken, und ſie gelang ſchneller, als man erwartete. Bei Aldenhoven und noch entſchiedener bei Neerwinden am 1. und 18. März wurde Dumouriez von dem kaiſerlichen Feldmarſchall Prinzen Joſias von Coburg völlig geſchlagen, in wilder Flucht eilten die republikaniſchen Schaaren über die franzöſiſche Grenze zurück. Dumouriez, ſchon ſeit längerer Zeit mit dem Convent zerfallen, trat am 5. April ſelbſt zu den Verbündeten über, ſein Heer, wenn es ihm auch nicht folgte, ſchien doch der Auflöſung nahe und zu ausdauerndem Widerſtande unfähig. Nicht minder glücklich waren die Ereigniſſe am Rhein. Freilich von Seiten des Reiches war noch immer nichts zu erwarten, obgleich am 22. März ein Reichsgutachten ſich dahin ausgeſprochen hatte, daß der von Frankreich durch Gewaltſchritte angefangene Krieg als Reichskrieg zu erklären, der Handelsverkehr mit Kriegsbedürfniſſen einzuſtellen und jede offene oder verdeckte Neutralität eines Reichsangehörigen nicht ferner zu geſtatten ſei. Aber die preußiſchen Truppen hatten bereits im December des Jahres 1792 die Franzoſen aus Frankfurt vertrieben, eine Reihe glänzender Gefechte jenſeits des Rheines zeigte dann im Frühling noch unzweideutig die Ueberlegenheit der deutſchen Kriegskunſt. Am 23. Juli wurde nach hartnäckiger Vertheidigung auch Mainz zurückerobert, und in Verbindung mit einem öſtreichiſchen Corps unter Wurmſer konnte man bis über die Gränzen Lothringens und des Elſaß ſich ausdehnen.

Jetzt aber machten die polniſchen Angelegenheiten ihren verderblichen Einfluß geltend. Thugut, wenn er auch dem Vertrag vom 23. Januar nicht mit den Waffen ſich widerſetzen konnte,

war doch noch weniger geneigt, zu ſeiner Ausführung behülflich zu ſein; er verweigerte alſo den von Rußland und Preußen gewünſchten Beitritt, ehe für Oeſtreich die Entſchädigung hinreichend geſichert ſei. Bald glaubte man in Berlin und im Kriegslager zu bemerken, daß er in Petersburg und am polniſchen Reichstage den preußiſchen Intereſſen entgegenarbeite, und je länger nun die Einwilligung der Polen ſich verzögerte, je ſchwieriger es ſchien, zum ſichern und anerkannten Beſitz des preußiſchen Antheils zu gelangen, um ſo lauter wurden die Klagen der Miniſter, daß der König, fern an der franzöſiſchen Grenze in einen unheilvollen Krieg verwickelt, die wichtigſten Intereſſen der Monarchie hintanſetze. Der Sommer verging unter fruchtloſen Verhandlungen, um von der einen Seite Oeſtreichs Zuſtimmung zu der preußiſchen Erwerbung, von der andern eine gleich werthvolle Vergrößerung für den Kaiſer zu erlangen. Auch eine Sendung des Grafen Lehrbach, der Ende Auguſt mit neuen Vorſchlägen in das preußiſche Kriegslager kam, hatte keinen Erfolg [1]). Als aus Groduo die erſehnte Nachricht noch immer nicht eintreffen wollte, faßte Friedrich Wilhelm einen entſcheidenden Entſchluß. Am 23. September erhielt Lehrbach die Mittheilung, der König finde ſich wider Erwarten und ſehr gegen ſeinen Wunſch in der traurigen Nothwendigkeit, ſich perſönlich und durch ſeine eigenen Mittel der gerechten Entſchädigungen, die er in Polen in Beſitz genommen, zu verſichern, er müſſe ſeinen Verbündeten die Sorge überlaſſen, gegenüber Frankreich denſelben Weg einzuſchlagen, und ſich natürlich das Recht vorbehalten, ſeiner Zeit zu den Entſchädigungen Oeſtreichs ſeine Zuſtimmung zu geben. Der König, heißt es weiter, finde ſich in der abſoluten Nothwendigkeit, die letzten Hülfsquellen ſeines Staates zu ſchonen, und deßhalb außer Stande,

1) Etwas Beſtimmtes über dieſe Sendung wüßte ich für jetzt noch nicht anzugeben; die ausführliche Erzählung bei Sybel Rev.-Zeit, II, 349 und der kurze Bericht Häuſſers a. a. O. I, 501 laſſen ſich mit den bei Hermann, Correſpondenzen, 394, 399, abgedruckten Excerpten aus den Briefen des Königs vom 2. September und 27. Auguſt und meinen eigenen Auszügen aus den Briefen Caeſars vom 29. Auguſt und 4. September, ſowie des Miniſteriums vom 2. September nicht vereinigen.

dem Kaiſer fernerhin den Beiſtand anzubieten, den er in den erſten beiden Feldzügen ihm geleiſtet habe. Höchſtens in dem Falle könne er von dieſem Grundſatze abweichen, wenn die verbündeten Mächte die Mittel gewährten, die preußiſche Armee zur weitern Vertheidigung der Sache, die ſie auf ſich genommen, zu erhalten [1]). Am 29. September verließ dann der König den Rhein, um über Berlin ſich nach Polen zu begeben. Freilich fand er den Zweck der Reiſe ſchon erfüllt; am 25. September, beinahe zu derſelben Zeit, als die Note an Lehrbach abging, hatte der polniſche Reichstag unter Rußlands Machtgebot den preußiſchen Forderungen zugeſtimmt, und dem König blieb nur die leichtere Aufgabe, die Huldigung und den officiellen Feſtesjubel in den neu erworbenen Provinzen entgegenzunehmen. Aber man muß zweifeln, ob dadurch die Einigung mit dem Kaiſer und die kriegeriſchen Unternehmungen am Rhein gefördert wurden; denn der Beitritt zum Vertrage vom 23. Januar, zu dem Oeſtreich bald darauf ſich willig zeigte, konnte nun als werthlos abgelehnt und die Rückſichtnahme auf die Coalition, deren man ſchon weniger bedurfte, vermindert werden. „Der Abſchluß der polniſchen Angelegenheit," ſchreibt Lucheſini bereits am 5. September an den Marſchall Möllendorf, „ſetzt den König in den Stand, nun feſt und entſchieden dem Wiener Hofe die Unmöglichkeit darzulegen, den Krieg in einem dritten Feldzug auf ſeine Koſten fortzuſetzen. Mit Ehren aus dem koſtſpieligſten Krieg, den Preußen jemals geführt hat, hervorgehen, aus den neuerworbenen polniſchen Provinzen Nutzen ziehen, die Lücken des Staatsſchatzes ergänzen, das Heer vervollkommnen, die neuen Verbindungen mit Rußland mehr und mehr befeſtigen, im Stillen den Ehrgeiz unſeres natürlichen Rivalen überwachen und von den Launen der engliſchen Politik uns unabhängig erhalten, das iſt nach meiner Anſicht die glorreiche politiſche Laufbahn, die unſerm Könige zu verfolgen übrig bleibt" [2]).

1) Die Worte finden ſich in einer Depeſche Caeſars vom 11. October 1793 im preußiſchen Staatsarchiv. Vgl. auch das Schreiben des Königs an Goltz vom 25. October bei Hermann, Correſpondenzen, 404.

2) Häuſſer a. a. O. I, 516.

Die preußiſchen Truppen unter dem Herzog von Braunſchweig behielten allerdings ihre frühere Stellung, aber wie war unter ſolchen Umſtänden, bei ſolchen Geſinnungen ein kräftiges Zuſammenwirken zu erwarten? Und doch wäre nichts nöthiger geweſen. Denn in den franzöſiſchen Heeren zeigte ſich nach dem erſten Taumel der Revolution wieder der Anfang einer feſten Gliederung und Ordnung; ſie fingen an, nicht nur durch die Zahl, ſondern auch durch Muth und Geſchicklichkeit den Deutſchen gefährlich zu werden. Davon mußte man zuerſt in Belgien ſich überzeugen. Die verbündeten Truppen hatten die günſtigen Erfolge nicht benutzt; ſtatt raſch den Weg gegen Paris zu nehmen, verlor man Zeit und Kraft in der Belagerung einiger Feſtungen. Unterdeſſen erhielten die Franzoſen Zeit, ſich zu ſammeln; beträchtlich verſtärkt erfochten ſie bei Hondſcote am 8. September, bei Wattignies am 16. October bedeutende Vortheile, die zwar den ganzen Gewinn des Feldzugs den Verbündeten nicht rauben konnten, aber die Ausſicht in die Zukunft doch weſentlich verdunkelten.

Noch übler war der Ausgang des Jahres am Rhein. Zwar gelang es den vereinigten Kräften des Herzogs von Braunſchweig und Wurmſers am 13. October, das Bollwerk des Elſaß, die Weißenburger Linien, mit ſtürmender Hand zu nehmen; aber dieſen Vortheil verkümmerte eine Streitigkeit zwiſchen beiden Feldherrn, von denen der eine zu neuen und kräftigen Unternehmungen ſich nicht bewegen ließ, der andere ſeine weit vorgeſchobene Stellung im Elſaß nicht aufgeben wollte. Die Folge war, daß der öſtreichiſche General, von überlegenen franzöſiſchen Heeresmaſſen unabläſſig bedrängt, gegen Ende Decembers nach tapferem Widerſtande geſchlagen und zum Rückzug auf das rechte Rheinufer nach Mannheim genöthigt wurde. Die Einſchließung von Landau mußte aufgegeben werden, nicht einmal die deutſche Gränze ließ ſich unverſehrt behaupten.

An dieſes Mißgeſchick ſchloſſen ſich ſchon in jener Zeit die unerquicklichſten Zänkereien und gegenſeitige Vorwürfe, die noch in den neueſten Schriften einen Wiederhall gefunden haben. Hier

iſt nicht der Ort, näher darauf einzugehen; ſoweit ich urtheilen kann, findet man die entſcheidenden Geſichtspunkte in Häuſſers Darſtellung (I, 495 fg.) am Beſten hervorgehoben. Offenbar waren es weſentlich politiſche Gründe, insbeſondere die Rückſicht auf Polen, welche die preußiſchen Truppen nach der Eroberung von Mainz nicht zu wirkſamer Thätigkeit und den Feldzug nicht zu einem glücklichen Ergebniß gelangen ließen. Die von Häuſſer mitgetheilten Dokumente laſſen darüber keinen Zweifel. Andererſeits darf man jedoch nicht verkennen, daß Wurmſer, der überall als tapfern Soldaten, aber niemals als großen Feldherrn ſich bewährt hat, durch vereinzeltes Vorrücken und eigenwilliges Verbleiben in einer unhaltbaren Stellung das Unglück, das ihn beim Schluſſe des Feldzugs traf, zum großen Theile ſelbſt verſchuldet hat. Vivenot, deſſen Erzählung eigentlich erſt mit dem Jahre 1794 beginnt, hat nachträglich (II, I, 507—546) der Geſchichte des Jahres 1795 auch eine Epiſode über den Krieg von 1793 eingeſchoben. Er theilt im Einzelnen manches Intereſſante mit, aber die ganze Ausführung iſt ſo einſeitig und in einem ſo heftigen Tone gehalten, daß ſie zur Aufklärung des Urtheils nur wenig beitragen kann. So findet er ſogleich als unzweifelhaft erwieſen, „daß der ewig zaudernde, ebenſo unfähige, als wenig bundesfreundliche Herzog von Braunſchweig den redlich geſinnten, thatkräftigen Wurmſer auf eine ebenſo ehrloſe als gewiſſermaßen auf den Untergang der tapfern öſtreichiſchen Armee berechnete Weiſe ſchändlich im Stich gelaſſen habe", und wenn man im preußiſchen Hauptquartier über das eigenwillige Vorgehen Wurmſers klagte, „ſo ſchien es" — dieſe Stelle kann die Ausdrucksweiſe des ganzen Werkes kennzeichnen, — „als ob der erprobte öſtreichiſche Feldherr ſeinen ganzen Beruf darin hätte finden ſollen, die Lakeien- und Kupplerdienſte der Herren Manſtein, Riez und Conſorten gegen den preußiſchen König in das Oeſtreichiſche zu übertragen" (II, I, 523).

Drittes Kapitel.

Der polniſche Aufſtand und die haager Uebereinkunft vom 19. April 1794.

Das Jahr 1794 begann mit wenig günſtigen Ausſichten für die Verbündeten. Der Revolution war Zeit gelaſſen, ſich zu befeſtigen; auf den Trümmern der alten Parteien hatte der Schrecken eine neue Gewalt gegründet, die mit unerbittlicher Energie im Innern jeden Widerſtand zu Boden warf, um nach Außen die geſammte Kraft der Nation gegen die Feinde zu richten. Schon waren die aufgeſtandenen Provinzen im Süden und Weſten überwältigt, im December auch Toulon den Engländern wieder entriſſen; Carnot organiſirte den Krieg, und im Heere wurde zuerſt der Name Bonapartes genannt.

Der Coalition dagegen waren ſchon die letzten Ereigniſſe am Rhein und in Belgien nicht günſtig, und noch gefährlicher ſtellte die Zwietracht der einzelnen Theilnehmer jedem Erfolg der Geſammtheit ſich in den Weg. Die preußiſche Note vom 23. September enthielt ihrer eigentlichen Bedeutung nach die Losſage von der Coalition, und die Mehrheit der preußiſchen Staatsmänner wäre unzweifelhaft ſchon damals geneigt geweſen, die Trennung auch förmlich auszuſprechen, um entweder Preußens Antheil an dem Kriege auf die Pflichten eines bloßen Reichsſtandes zu beſchränken, oder ſogar eine Einigung mit der franzöſiſchen Republik zu verſuchen. Wir haben gehört, wie Luccheſini ſich darüber ausſprach; Oberſt Manſtein [1]), der einflußreiche Adjutant des

1) Vgl. Sybel, Rev.-Zeit, III, 59. Häuſſer a. a. O. I, 558. Hermann, Correſpondenzen, 479.

Königs, war ganz derſelben Meinung, der Marſchall Möllendorf hatte ſchon bei dem Tode Leopolds die Hoffnung geäußert, daß dies Ereigniß das verderbliche Syſtem der preußiſchen Politik erſchüttern werde [1]). Am 1. October 1793 reichte der Miniſter v. Alvensleben ſogar eine eigene Denkſchrift ein, die in den härteſten Worten den ausgeſchiedenen Miniſter, Grafen v. Schulenburg, ſowie das Bündniß mit Oeſtreich und ſeine Folgen beurtheilte. „Ich wiederhole es," ſchreibt er zuletzt, „und dies iſt der Kern meines politiſchen Glaubensbekenntniſſes: jede Maßregel, die darauf ausgeht, den König von der Ligue loszumachen, iſt ein Anfang zur Wiederherſtellung der preußiſchen Monarchie; jede Maßregel aber, die darauf ausgeht, unſere Mitbetheiligung zu verlängern, iſt ein neuer Schritt zu unſerem Untergang. Der einſichtsvolle Patriotismus meiner Collegen iſt mir Bürge dafür, daß ſie mit mir beharrlich ſich bemühen werden, die Mittel und Wege zu finden, durch die unſer Monarch und unſere Monarchie aus dem furchtbaren Labyrinth, in welchem ſie ſich befinden, herausgezogen werden können" [2]). Dieſe Hoffnung war nicht unbegründet, denn der alte Miniſter v. Finkenſtein neigte zu derſelben Anſicht, und Haugwitz, der zu Anfang März als Schulenburgs Nachfolger für die auswärtigen Angelegenheiten in das Miniſterium getreten war, ſetzte ihr wenigſtens keinen entſchiedenen Widerſtand entgegen.

Unzweifelhaft iſt es dem perſönlichen Antriebe des Königs zuzuſchreiben, wenn noch einmal Verhandlungen mit Oeſtreich angeknüpft wurden; freilich auf Bedingungen, deren Annahme die preußiſchen Staatsmänner ſchwerlich erwarteten. Für die Aufſtellung von 100,000 Mann verlangten ſie während des nächſten Jahres 22 Millionen Thaler nach vierteljährigen Raten im Voraus zahlbar. Thugut erklärte ſogleich, als ihm dieſe Forderung durch den preußiſchen Reſidenten Caeſar am 5. November bekannt wurde,

1) Vgl. den Bericht des engliſchen Geſandten Morton Eden in Berlin vom 8. März 1792 bei Hermann, Correſpondenzen, 216.

2) Vgl. Hermann, Correſpondenzen, 408.

bei Oeſtreichs erſchöpften Mitteln ſei es unmöglich, darauf einzugehen; wenn der Kaiſer, ſetzte er ſcherzend hinzu, ſich ſelbſt und ſeinen ganzen Hof verpfänden wolle, er würde eine ſolche Summe nicht aufbringen können [1]). Zu Anfang des folgenden Monats übernahm dann Luccheſini den Geſandtſchaftspoſten in Wien, den er bis zum Frühling 1797, länger als drei Jahre, bekleidet hat, ein Mann von rühriger Thätigkeit, feiner Beobachtung, ſcharfem und ſchnellem Verſtande, aber nach ſeinen Geſinnungen wenig geeignet, zwiſchen Oeſtreich und Preußen ein gutes Einvernehmen herzuſtellen, am wenigſten für den nächſten Feldzug. Er kam mit dem Vorſchlage, von den 22 Millionen ſolle England 9, der Kaiſer 3 bezahlen und zugleich die Garantie übernehmen, daß die noch übrigen 10 vom Reiche aufgebracht würden. Thugut blieb jedoch bei ſeiner Behauptung, daß Oeſtreich für preußiſche Truppen keine Zahlung leiſten könne. Verhandlungen, die der Graf Lehrbach zur ſelben Zeit in Berlin eröffnete, hatten ebenſo wenig Erfolg; auch der Reichstag zeigte ſich keineswegs geneigt, die Unterhaltung eines preußiſchen Heeres zu übernehmen. Aber England, das auf die Sicherung Belgiens den höchſten Werth legte, ſchlug ſich jetzt ins Mittel. Lord Malmesbury, ſchon ſeit mehreren Wochen in Berlin bei den Unterhandlungen thätig, erhielt am 5. Februar 1794 die Vollmacht, für ein Hülfsheer von 100,000 Mann zwei Millionen Pfund Sterling anzubieten. Von der Summe ſollte England zwei Fünftel, Oeſtreich und Holland je eins und Preußen das letzte aufbringen, aber am Schluſſe des Feldzugs dafür entſchädigt werden. In Berlin erhob man zwar Einwendungen gegen die Zahlung des letzten Fünftels, zeigte ſich aber doch geneigt, auf dieſer neuen Grundlage zu unterhandeln [2]), die Zuſtimmung Hollands war unzweifelhaft, die Entſcheidung alſo vornehmlich dem Kaiſer anheim gegeben. Aber ſie fiel nicht zu Gunſten des Antrags. Schon im Februar erklärten Thugut und der Reichsvice-

1) Vgl. Caeſars Bericht vom 12. November 1793.

2) Vgl. das Schreiben des Miniſteriums an Luccheſini vom 8. Februar 1794.

kanzler Fürſt Gundackar Colloredo im Geſpräche mit Lucheſini, und am 6. März Lehrbach in Berlin, der Kaiſer könne zur Bezahlung des einen Fünftels ſich nicht verſtehen; er verlange nur nach dem Februarvertrage das Hülfscorps von 20,000 Mann und als Reichsoberhaupt das preußiſche Contingent für die Reichsarmee, die unter dem Befehl des Herzogs von Sachſen-Teſchen neu gebildet werden ſollte. In Folge dieſer Ablehnung erhielt Möllendorf — der Herzog von Braunſchweig war ſchon zu Anfang des Jahres zurückgetreten — am 11. März den Befehl, mit der preußiſchen Armee vom Rheine abzuziehen; die reichsſtändiſche Verpflichtung wurde nicht anerkannt, nur das vertragsmäßige Hülfscorps von 20,000 Mann ſollte zurückbleiben.

Neuere Geſchichtſchreiber [1]) haben hier Veranlaſſung zu heftigen Vorwürfen gegen Thugut gefunden. Sie motiviren ſeine Weigerung durch die Ausſicht auf einen Krieg mit den Türken, von dem er ſich größere Beute, als von dem franzöſiſchen verſprochen habe. „Thuguts Erregtheit", ſagt Häuſſer, „war bei Verſuchungen dieſer Art ebenſo groß, wie ſeine Neigung zu ſolch abenteuernder Politik. Trotz des ungünſtigen Augenblicks — denn ſchon drohte der Brand vom Weſten das eigene Haus zu ergreifen — trug die fieberhafte Begehrlichkeit des öſtreichiſchen Staatsmanns den Sieg davon. Er ſtieß die preußiſche Hülfe, die den Rhein decken ſollte, leichtfertig zurück und wiegte ſich dafür in Träumen naher Vergrößerung in Serbien und Bosnien." Sollte dieſe Motivirung richtig ſein? Man muß es bezweifeln, bis wenigſtens ein Zeugniß dafür gefunden iſt. Die Gefahr eines Krieges zwiſchen Rußland und der Pforte war allerdings ſeit dem Sommer des Jahres 1793 wieder vorhanden, nicht bloß in den Gelüſten der Kaiſerin Katharina, ſondern auch in der Erbitterung der Türken, die durch Sendlinge des franzöſiſchen Convents in jeder Weiſe gegen Rußland und Oeſtreich gereizt wurden. Aber dieſer Umſtand, wenn er auf die Verhandlung über die Subſidien ein-

1) Vgl. vornehmlich Sybel, Geſchichte der Rev.-Zeit, III, 46 und Häuſſer, a. a. O. I, 544.

gewirkt hat, mußte gerade zur Annahme des engliſchen Vorſchlags drängen, denn nichts war in dieſem Falle wichtiger, als die preußiſchen Truppen am Rhein im Kriege gegen Frankreich feſtzuhalten und dadurch die Gefahr eines preußiſchen Einſpruchs zu beſeitigen. Katharina erkannte das recht wohl; ſie unterließ denn auch nicht, in bittern Worten dem Könige die in Polen geleiſteten Dienſte vorzurücken und ſeine Dankbarkeit ſowie ſein königliches Pflichtgefühl im Intereſſe der Menſchheit gegen die ſcheußliche Secte der Jakobiner aufzurufen [1]). Denſelben Wunſch hätte Oeſtreich empfinden, und die Rückſicht auf den Türkenkrieg alſo gerade das Gegentheil von dem, was Häuſſer vorausſetzt, bewirken müſſen. Aber was bis jetzt vorliegt, insbeſondere die von Vivenot veröffentlichten Briefe Thuguts, Colloredos und Lehrbachs berechtigen gar nicht, einen ſolchen Zuſammenhang anzunehmen [2]). Als die eigentlichen Gründe der Ablehnung erkennt man neben der Schwierigkeit, die nicht unbedeutende Summe von drei Millionen Thalern zu beſchaffen, zunächſt ein Gefühl kaiſerlicher Würde, das ſich verletzt glaubte, wenn der Kaiſer einem Reichsſtand Subſidien zahle, ferner die Abneigung gegen Preußen, welche durch den Vertrag vom 23. Januar 1793 und die jüngſten Ereigniſſe des Krieges noch geſteigert war. Dazu kam die Hoffnung, Preußen auch ohne Beihülfe des Kaiſers durch die Anſtrengungen der Seemächte unter den Waffen zu halten, oder, wenn dies nicht gelänge, den Ausfall durch das reichsgeſetzliche Contingent, das vertragsmäßige Hülfscorps und eine Reichsarmee zu decken, deren Bildung beſonders auf Col-

1) Vgl. insbeſondere die Briefe vom 12. November 1793 im Preußiſchen Staats-Archiv und vom 14. Januar 1794 bei Hermann, Correſpondenzen, 445.

2) Der engliſche Geſandte in Wien Sir Morton Eden ſchreibt am 24. März 1794 ganz im Gegentheil, daß Rußlands drohende Stellung gegen die Türkei in Wien ſehr ungern geſehen würde: Great apprehensions are entertained here of the Russian armaments on the Turkish frontiers... Her (the Empress) conduct and that of the Court of Berlin at this awful period excite the utmost indignation. Journal and Correspondence of Lord Auckland, London 1862, III. 194.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

loredos Betreiben seit dem Februar beschlossen war [1]). Daß mehrere dieser Gründe von Gewicht seien, läßt sich nicht in Abrede stellen; gleichwohl bin ich der Ansicht, daß Thugut, indem er seine Zustimmung weigerte, allerdings eines politischen Fehlers sich schuldig machte. Denn, ob auch nicht unbedeutend, die von Preußen geforderte Summe ließ sich doch nicht unerschwinglich nennen; daß nach der Ablehnung des Antrags auf das preußische Contingent nicht zu rechnen und von einer Reichsarmee nichts Großes zu erwarten sei, war vorauszusehen; dagegen hätte ein preußisches Heer von 100,000 Mann, unter der Führung des Königs rechtzeitig am Rheine aufgestellt, dem neuen Feldzuge von Anfang an eine günstige Wendung geben können. Statt dessen verging nun die unersetzliche Zeit unter langwierigen Verhandlungen. Denn das hatte Thugut allerdings richtig vorausgesehen: England und Holland boten Alles auf, die preußische Armee im Felde zu erhalten. Malmesburys unabläßigen Bemühungen gelang es, den Grafen Haugwitz zu einer neuen Unterhandlung im Haag zu veranlassen und dort am 19. April ein Abkommen zwischen Preußen und den Seemächten zur Unterzeichnung zu bringen. Preußen versprach, bis Ende Mai ein Heer von 62,400 Mann zu stellen, das unter einem preußischen Feldherrn nach einer militärischen Uebereinkunft zwischen England, Holland und Preußen da verwendet werden solle, wo es den Interessen der Seemächte am Vortheilhaftesten erscheinen würde. Dafür versprachen diese vom 1. April ab eine monatliche Subsidie von 50,000 Pfund, beinahe ebensoviel für die Verpflegung der Truppen, außerdem 300,000 Pfund für die Ausrüstung und 100,000 beim Rückmarsch; die Eroberungen sollten im Namen der Seemächte vorgenommen und ihrer Verfügung anheimgegeben werden [2]).

In Folge dieser Uebereinkunft hielt das preußische Heer seine Stellung wie zu Ende des vorigen Jahres besetzt. Möllendorf, der die Ausführung des Befehls vom 11. März nicht beeilt hatte,

---

1) Vgl. den Bericht Lucchesinis aus Wien vom 26. Februar 1794.

2) Vgl. Martens. Recueil des Traités, V, 283, Göttingen 1795.

empfing ſchon am 31. von Haugwitz die Anweiſung, nicht weiter rückwärts zu gehen. Betrachtete man die Streitkräfte, die von allen Seiten, aus Deutſchland, Belgien, Spanien, Sardinien gegen die franzöſiſche Gränze heranzogen, ſo mochte der bevorſtehende Feldzug immerhin einen bedeutenden Erfolg verſprechen.

Aber zu derſelben Zeit, als man im Haag die Feſtigkeit der Coalition noch einmal herzuſtellen ſchien, brach im Oſten aufs Neue eine Bewegung aus, die nicht nur die Wirkungen jenes Vertrags weſentlich beeinträchtigte, ſondern das lockere Band zwiſchen Oeſtreich und Preußen völlig zu zerreißen drohte.

In Polen war durch die Theilung des vergangenen Jahres und die ſchmachvolle Behandlung des Grodnoer Reichstages Alles, was noch einen Funken nationalen Gefühles in ſich trug, zur Verzweiflung gebracht. Der ruſſiſche Befehlshaber in Warſchau, General Igelſtröm, gewaltthätig und unfähig wie er war, hatte die Erbitterung noch geſteigert. Schon im März wurde es unruhig im Palatinate Krakau; als Igelſtröm den ſchwachen Reſt des polniſchen Heeres noch zu vermindern befahl, brach ein allgemeiner Aufſtand aus. Die flüchtigen Urheber der Maiverfaſſung kehrten zurück, und Kosciusko wurde in Krakau zum Generaliſſimus ausgerufen. Am 4. April erfocht er einen nicht unbedeutenden Sieg über die Ruſſen bei Raclawice, am 18. mußte Igelſtröm nach einem blutigen Straßenkampfe Warſchau räumen; wenige Tage ſpäter wurde auch Wilna frei, ſelbſt die neu erworbenen preußiſchen Provinzen blieben vor polniſchen Streifſchaaren nicht geſichert.

So war für die öſtlichen Mächte unerwartet ein neuer Anlaß der ernſteſten Beſorgniß hervorgetreten; nicht der Beſorgniß allein, ſondern zugleich der Zwietracht. Denn mochte auch das Glück die erſten Schritte des Aufſtandes begleiten, es war doch von Anfang an vorauszuſehen, daß er den Untergang, die Theilung des letzten Reſtes der Republik herbeiführen und alſo die Intereſſen der drei Mächte aufs Neue gegenüber ſtellen werde. Hier galt es nun, den Rivalen zuvor zu kommen und möglichſt ſchnell des größeren Theils der Beute ſich zu verſichern. Niemand

erkannte das eher und richtiger als Lucchesini. Schon zu Anfang April rieth er in den dringendsten Worten, den günstigen Augenblick, da Rußland noch nicht gerüstet, Oestreich in Belgien beschäftigt sei, nicht ungenutzt zu lassen [1]). Preußen war denn auch zuerst zur Stelle. Der König, statt wie er wünschte, nach dem Rheine zu gehen, wurde durch Manstein bestimmt, sich nach Polen zu wenden; zu Anfang Juni hatten 50,000 Preußen die Gränze überschritten, Kosciusko wurde am 6. bei Rawka geschlagen, am 15. Krakau erobert; einem raschen Stoße würde selbst Warschau, der Mittelpunkt der Bewegung, nicht leicht widerstanden haben. Statt dessen verlor man die Zeit in langsamen Märschen; erst am 13. Juli begann mit wenig Geschick und Energie eine Belagerung, die Wochen lang ohne Erfolg blieb und das preußische Heer in dem empörten Lande endlich selbst in eine bedenkliche Lage versetzte.

Es läßt sich erwarten, daß diese Ereignisse auf den Feldzug am Rhein nicht ohne Einfluß blieben. Hätte man den polnischen Aufstand vorhersehen können, Preußen würde auf die haager Uebereinkunft schwerlich eingegangen sein. Verträge, die den Verhältnissen nicht mehr entsprechen, sind aber selten zur Ausführung gelangt, und so traten auch hier Uneinigkeit und Mißverständnisse nur zu bald hervor. Die Seemächte wollten das Heer, das sie bezahlten, auch da, wo ihr eigentliches Interesse lag, nämlich in den Niederlanden verwendet sehen. Dazu war aber der Marschall Möllendorf nicht zu bewegen; er behauptete unveränderlich, seine Armee müsse die Rheingränze decken und dürfe in keinem Falle sich nach Flandern wenden. Am 20. Juni kam Malmesbury, begleitet von einem holländischen Bevollmächtigten, selbst in das preußische Hauptquartier nach Kirchheim-Bolanden, wiederholte in hochfahrender Weise seine Forderung und berief sich auf bestimmte Zusagen, die er von Haugwitz im Haag und bei einer späteren Unterredung am 1. Juni in Mastricht erhal-

1) Vgl. den Brief vom 7. Mai bei Hermann, Correspondenzen, 465, der aber nicht aus Warschau, sondern aus Wien datirt werden muß.

ten habe. Möllendorf beharrte jedoch bei seinem Widerstand, und man trennte sich in der äußersten Erbitterung. Umsonst richtete Malmesbury seine Beschwerden an Haugwitz; der preußische Minister stellte in Abrede, daß er eine bestimmte Zusage gegeben habe [1]), und eine Kabinetsordre des Königs billigte am 4. Juli Möllendorfs Verfahren. Der erzürnte englische Diplomat schalt über Treulosigkeit und Wortbruch, drohte die Zahlungen zurückzuhalten, und so entwickelte sich eine der ärgerlichsten Streitigkeiten, die bis heute mit großer Lebhaftigkeit verhandelt und gewöhnlich zu heftigen Vorwürfen gegen Preußen ausgebeutet ist.

Sogar zwischen Sybel und Häusser zeigt sich über diesen Punkt eine Meinungsverschiedenheit. Während Häusser (I, 545, 555) im Wesentlichen die Klagen Malmesburys für berechtigt hält und Haugwitz mit dem Namen eines charakterlosen Intriguanten belegt, kommt Sybel (III, 220) zu dem Ergebniß, die Worte des Vertrages entscheiden durchaus zu Gunsten Preußens, und „Haugwitz' einziges Verschulden bestehe darin, daß er offenbar aus Bequemlichkeit Möllendorf die Erledigung der Frage über den Kriegsschauplatz überlassen habe". Auf dem Wege zu diesem Ziel könnte ich Sybel nicht überall folgen; andererseits scheint mir aber Häussers Auffassung in der That zu hart. Zunächst kann man nicht sagen, daß Preußen durch die haager Uebereinkunft „mit den deutschen Kleinstaaten, die aus solchen Verträgen längst ein Geschäft gemacht, in eine Linie trat". Denn das Verwerfliche jener Verträge liegt gerade darin, daß Staatsangehörige für einen dem Staate ganz fremden Zweck geopfert und verkauft wurden; dies war aber sowohl thatsächlich, als in der Ansicht des Königs und Haugwitzens hier nicht der Fall. Es ist nicht bloße Redeform, wenn im Eingange der Widerstand gegen die französische Umwälzung als Zweck des Vertrages angegeben wird. Preußen verlangte nur — und man kann darin nicht einmal etwas Unbilliges finden — von den Staaten, deren Interessen weit näher und gefährlicher als seine

1) Vgl. das Schreiben vom 28. Juni bei Häusser a. a. O. I, 561.

eigenen bedroht wurden, eine Entſchädigung für die Ausgaben, die es mit eigenen Mitteln nicht mehr beſtreiten konnte. Dann iſt auch der Wortlaut des Vertrages zwar nicht unzweideutig zu Gunſten Preußens, aber er iſt wirklich zweideutig [1]). Er kann bezeichnen, daß über den Schauplatz, auf dem die preußiſche Armee zu wirken habe, die Seemächte ſelbſt entſcheiden, und nur die nöthigen Vorkehrungen einer militäriſchen Uebereinkunft vorbehalten ſind; in dieſem Sinne wünſchte das engliſche Miniſterium den Vertrag abgefaßt, ſo hat ihn Malmesbury ſpäter auffaſſen wollen, und dieſe Auffaſſung iſt ſogar die zunächſtliegende, denn gewöhnlich wird über das, was ihm am Zuträglichſten ſei, auch Jedem ſelbſt das entſcheidende Urtheil zuſtehen. Aber klar ſind die Worte nicht; ſie können eben ſo wohl bezeichnen, daß die militäriſche Uebereinkunft über beide Punkte entſcheiden ſoll. Nun wäre es — nicht für Haugwitz, denn in Preußens Intereſſe lag es, die Ausdrücke ſo unbeſtimmt als möglich zu halten — aber für den engliſchen Diplomaten der unverzeihlichſte Fehler, wenn er ohne Noth eine Zweideutigkeit dieſer Art zugelaſſen hätte. Verfolgt man das Entſtehen des Vertrags, ſo ſieht man auch aus Malmesburys nicht weniger als aus den preußiſchen Berichten, daß ſie keineswegs zufällig iſt. Schon im Februar und März war in Berlin zwiſchen Malmesbury, Haugwitz und dem Könige viel darüber verhandelt, wo die preußiſche Armee zu verwenden ſei; damals war man allerdings einverſtanden, daß es in den Niederlanden zu geſchehen habe. Später, während der Beſprechungen im Haag, hatten aber die Umſtände ſich vielfach verändert, und hier iſt Haugwitz einem bindenden Verſprechen offenbar ausgewichen. Man erkennt dies nicht nur aus den Briefen des preußiſchen Miniſters an Möllendorf [2]), ſondern noch entſchiede-

1) Die ſtreitigen Worte lauten: La dite armée sera employée d'après un concert militaire entre Sa Majesté Brittannique, Sa Majesté Prussienne et leurs Hautes Puissances les Etats Généraux des Provinces-Unies, là où il sera jugé le plus convénable aux intérêts des Puissances maritimes.

2) Vgl. die Briefe vom 31. März, 15. April, 10. Mai bei Häuſſer a. a. O. I, 548.

ner gerade aus dem Umſtande, daß Malmesbury aus London am 28. März die ausdrückliche Weiſung erhielt, er ſolle in dem Vertrage wörtlich ausſprechen, daß die preußiſchen Truppen in den Niederlanden zu verwenden ſeien [1]). Wenn er dieſer Weiſung nun doch nicht nachgekommen iſt, ſo liegt darin ein ſicheres Zeichen, daß er ihr nicht nachkommen konnte.

Auch auf die Unterredung von Haugwitz und Malmesbury in Maſtricht kann ich nicht ſo große Bedeutung legen, wie Häuſſer. Der preußiſche Miniſter mag perſönlich eine große, vielleicht zu große Gefälligkeit an den Tag gelegt haben, aber zu einem beſtimmten Verſprechen iſt es — abgeſehen, daß Haugwitz dazu nicht einmal berechtigt war — allem Anſcheine nach auch in Maſtricht nicht gekommen. Wenigſtens als Haugwitz ſpäter, der heftigen Aufforderung Malmesburys gegenüber, in dem Briefe vom 28. Juni ſich ausdrücklich dagegen verwahrte, hat der Engländer nichts von Bedeutung darauf erwidert [2]). Endlich läßt ſich nicht verkennen: dem Abzuge der preußiſchen Truppen ſtanden in der That ſehr weſentliche militäriſche Bedenken entgegen; ſchon damals waren ſie ſogar von engliſchen und öſtreichiſchen Generalen anerkannt. Auch würden alle Theile ſich ſchon befriedigt haben, wäre nur am Rheine etwas Erhebliches geſchehen. Nicht daß die preußiſchen Truppen am Rheine *blieben*, ſondern daß ſie am Rheine *unthätig* blieben, iſt für den Ausgang des Feldzugs verderblich geworden; ſo hat ſich auch Thugut zu verſchiedenen Malen dem preußiſchen Reſidenten gegenüber ausgeſprochen [3]). An dieſem Uebelſtande tragen nun die Engländer in ſofern ſelbſt die Schuld, als ſie die verſprochenen Subſidien nicht zeitig genug entrichteten; für die ſpäteren Monate laſtet aber auf Preußen al-

1) Vgl. Grenvilles Depeſche vom 28. März in den Diaries and Correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury, edited by his grandson, London 1845, III, 85.

2) Vgl. Malmesburys Schreiben vom 6. Juli, Diaries. III, 117. Den Anfang dieſes Briefes mitzutheilen hat der Herausgeber leider nicht für geeignet erachtet.

3) Vgl. Caeſars Bericht vom 12. Juli.

lerdings der Vorwurf, nicht den Eifer und den guten Willen gezeigt zu haben, den die ehrliche Ausführung des haager Vertrags erforderte. Am 23. Mai erfochten die preußiſchen Truppen einen bedeutenden Erfolg bei Kaiſerslautern, der beinahe die Unglücksfälle des vorigen Decembers wieder gut machte und die Franzoſen vom Haardtgebirge auf die Vogeſen zurückdrängte. Aber er blieb ungenutzt; während eines ganzen Monats geſchah gar nichts mehr, und keine Bemühung des Herzogs von Sachſen-Teſchen vermochte Möllendorf zu einer gemeinſamen Unternehmung mit der Reichsarmee zu bewegen. Vivenot hat vornehmlich dieſen Händeln den erſten Theil ſeines Werkes gewidmet; ich kann hier nicht ausführlich darauf eingehen, auch getraue ich mich nicht, im Einzelnen über das Mehr oder Weniger der Schuld zwiſchen beiden Parteien zu entſcheiden. Im Großen und Ganzen wird es aber für den Unbefangenen unzweifelhaft, daß die Oeſtreicher, ſchon weil es in ihrem höchſten Intereſſe lag, zum Kampfe immer geneigt waren, während Möllendorf abſichtlich jede wirkſame und energiſche Bewegung, die auch den bedrängten Heeren in Belgien hätte Luft machen können, verhindert hat. Es ergibt ſich das aus der Natur der Verhältniſſe, denn der polniſche Aufſtand, die vergebliche Belagerung von Warſchau mußte die ſchon beſtehende Abneigung der preußiſchen Miniſter und Generale gegen den franzöſiſchen Krieg noch verſtärken; auch erkennt man es deutlich aus dem von Häuſſer mitgetheilten Briefwechſel zwiſchen Möllendorf, dem Miniſterium und dem königlichen Hauptquartier in Polen. Endlich erſcheint der Herzog von Sachſen-Teſchen nach Allem, was wir von ihm erfahren, als ein ſo offener und aufrichtiger Charakter, daß man zu ſeinen Gunſten beinahe von der Regel abſehen dürfte, bei ſtreitigen Fragen niemals der einen Partei ausſchließlich zu glauben. Ich füge noch hinzu, daß er, wenn auch nicht gerade ein genialer Kopf und großer Feldherr, doch keineswegs, wie Schloſſer annimmt, zu den unfähigen Prinzen gehört, welche ohne eigenes Verdienſt in ihren hohen Stellen der öſtreichiſchen Armee zum Verderben gereichten. Selbſt Lucheſini nennt ihn in einer Schlußrelation

über den Wiener Hof am 22. Juli 1797 neben dem Fürſten Hohenlohe-Kirchberg, dem Erzherzog Karl und Clerfayt ausdrücklich als einen der wenigen Generale, die nach dem allgemeinen Urtheil den Oberbefehl eines Heeres mit Auszeichnung geführt haben.

Viertes Kapitel.

Der Verluſt Belgiens und des linken Rheinufers.

So wenig die Hoffnungen ſich erfüllten, die man beim Abſchluß des haager Vertrags genährt haben mochte, ſo unheilvoll der polniſche Aufſtand nach Weſten hinüberwirkte, es war doch nicht am obern Rhein, wo der Feldzug entſchieden wurde. Zwar hatten die Franzoſen die Unthätigkeit des preußiſchen Heeres trefflich benutzt, um die Verluſte von Kaiſerslautern zu erſetzen; ſeit dem Anfang des Juli ſtürmten ſie in immer ſtärkerem Andrang gegen die preußiſchen Stellungen, und in Folge blutiger Gefechte am 12. und 13. Juli konnten ſie des im Mai aufgegebenen Landſtriches ſich wieder bemächtigen. Am 9. Auguſt ging auch Trier für uns verloren; indeſſen die glänzenden Erfolge, die der Erbprinz von Hohenlohe abermals vom 17. bis 20. September bei Kaiſerslautern errang, zeigten deutlich genug, daß man noch immer in der Lage war, dem Feinde Stand zu halten.

Nicht am Oberrhein, in Belgien erfolgte die Entſcheidung, die das Jahr 1794 für Deutſchland ſo unheilvoll gemacht hat. Man erinnert ſich, wie der Prinz von Koburg im Frühling 1793 dieſe Provinz in raſchem Siegeszuge dem Kaiſer wieder gewonnen hatte. Selbſt nach den ungünſtigen Ereigniſſen im Herbſte blieb doch noch die Gränze und ein Stück franzöſiſchen Gebietes mit den Feſtungen Valenciennes, Condé und Lequesnoy in der Gewalt der Verbündeten. Im Frühling des folgenden Jahres begab ſich der Kaiſer ſelbſt, in Begleitung Thuguts und des Grafen Franz Colloredo, in die Niederlande an die Spitze des Heeres. Man hegte die umfaſſendſten Pläne; mit Hülfe Preußens hoffte man eine Streitmacht von 200,000 Mann zu vereinigen, die nächſte

Reihe französischer Festungen zu nehmen und dann die Revolution in Paris zu unterdrücken. Statt der gewünschten Zahl waren freilich nur etwa 117,000 Oestreicher zur Stelle, daneben 45,000 Engländer und Holländer unter den Befehlen des Herzogs von York und des Prinzen von Oranien. Gleichwohl nahm auch dieser Feldzug einen glücklichen Anfang, nach einer Reihe glänzender Gefechte wurde am 30. April sogar die wichtige Festung Landrecies zur Uebergabe genöthigt. Nun aber wandte sich das Glück; Koburgs vorsichtige Kriegsführung wußte die erlangten Vortheile nicht rasch zu benutzen; man ließ den Franzosen Zeit, überlegene Streitkräfte heranzuführen; am 18. Mai erlitt das verbündete Herr bei Turcoing bedeutende Verluste, und wenn auch vier Tage später der Sieg bei Tournay die taktischen Vorzüge der deutschen Truppen aufs Neue bewährte, so trat doch die Uebermacht der Franzosen von jetzt an immer entschiedener hervor. Pichegru an der Spitze der Nordarmee fiel in Flandern ein, während Jourdan 50,000 Mann von der Mosel heranführte, die Armee an der Sambre verstärkte, und sofort in wiederholten Angriffen über diesen Fluß an die Maas vorzudringen suchte. Am 13. Juni trat der Kaiser die Rückreise nach Wien an, zwei Wochen später, am 26., erfolgte bei Fleurus die Entscheidung. Das verbündete Heer, das zum Ersatze der Festung Charleroy heranzog, vermochte nicht durchzudringen, Koburg mußte die noch unentschiedene Schlacht abbrechen, langsam und nicht ohne Gefechte zog er sich hinter die Maas zurück. Mehrere Wochen ruhte dann der Krieg; als aber im Herbste die Franzosen mit erneuter Heftigkeit zum Angriff übergingen, konnte auch die Maas nicht behauptet werden. Krank und gebeugt hatte der Prinz von Koburg am 1. September die Armee verlassen, sein Nachfolger Clerfayt wich nach einem unglücklichen Gefecht an der Ourte hinter die Roer, endlich zu Anfang Octobers sogar auf die rechte Seite des Rheins zurück. Der Rest von Belgien und der größte Theil des linken Rheinufers war damit den Franzosen preisgegeben; am 6. October hielten sie in Köln, am 8. in Bonn, einige Tage später auch in Koblenz ihren Einzug.

Schon während des Feldzugs und noch mehr in den nächſten Jahren ſind dieſe für Deutſchland ſo folgenſchweren Ereigniſſe in verſchiedener Weiſe beurtheilt worden. Man konnte nicht faſſen, daß Alles auf ganz natürlichem Wege ſich zugetragen habe; ſo außerordentliche Begebenheiten glaubte man auch durch außerordentliche im Geheimen wirkſame Mittel erklären zu müſſen. Einige nahmen an, daß die Franzoſen verrätheriſchen Verbindungen im öſtreichiſchen Hauptquartier ihre Erfolge verdankten, andere, daß es ſolcher Verbindungen nicht einmal bedurft habe. Denn im Einverſtändniß mit der franzöſiſchen Regierung oder doch abſichtlich ſei der Rückzug vom Kaiſer und ſeinem leitenden Miniſter deshalb angeordnet, weil ſie, durch andere Intereſſen in Anſpruch genommen, für den läſtigen, wenig vortheilhaften Beſitz von Belgien einen ernſtlichen Kampf nicht hätten aufnehmen wollen. Dieſen Gedanken hat in neueſter Zeit neben Häuſſer beſonders Sybel im Einzelnen ausgeführt. Bis in den Mai 1794, nimmt er an, behielt die öſtreichiſche Regierung noch einigen guten Willen; ſobald aber die Nachricht von dem Aufſtande zu Warſchau im belgiſchen Hauptquartiere eingetroffen war, lenkte die Eiferſucht gegen Preußen Thuguts Aufmerkſamkeit von dem weſtlichen Kriegsſchauplatze auf den Oſten. Man ließ die ſchon erreichten Vortheile unbenutzt, der Kaiſer gab ſogar auf dem Schlachtfelde von Tourcoing lieber ſeine Bundesgenoſſen dem übermächtigen Feinde preis, als daß er ſeine öſtreichiſchen Truppen dem Gefechte hätte ausſetzen wollen; ſchon vor der Abreiſe des Kaiſers wurde Alles für die Räumung vorbereitet und Koburg erhielt die Aufgabe, die Armee aus Belgien nach dem Rheine zu ziehen. Unterhandlungen von Seiten Englands bewirkten zwar während des Juli und Auguſt eine Unterbrechung des Rückzugs, als aber das gewünſchte Ergebniß ausblieb, wurde Clerfayt angewieſen, ohne ernſtlichen Widerſtand den Franzoſen das linke Rheinufer zu überlaſſen.

Man ſieht, es wird hier eine ſchwere Anklage ausgeſprochen. Der Feldzug von 1794 bildet die entſcheidende Wendung des Revolutionskrieges, zwanzig Jahre ſind die verlorenen rheiniſchen Länder ſeitdem in franzöſiſcher Gewalt geblieben; es mag alſo

wohl geſtattet ſein, mit einiger Aufmerkſamkeit dem Verlauf der Ereigniſſe nachzugehen und zu unterſuchen, wem für ſo großes Unheil die Verantwortung zur Laſt fällt.

Sybel hat für ſeine Anſicht eine nicht geringe Zahl von Beweisgründen aufgeführt: zunächſt die Begebenheiten ſelbſt, ſowohl was in Belgien als was in Polen geſchah; daneben gleichzeitige Zeugniſſe nicht blos der Zeitungen oder fernſtehender Perſonen, ſondern des preußiſchen Bevollmächtigten im öſtreichiſchen Hauptquartier, der engliſchen Heerführer und Geſandten, die ſich mehr oder weniger in ſeinem Sinne auslaſſen; ſogar der kaiſerliche Geſchäftsträger im Haag, Herr von Pelſer, ſchreibt einmal an Thugut, daß der Schein für Oeſtreich nicht günſtig ſei. Es war alſo gar nicht am Orte, wenn Vivenot eine durch gewichtige Gründe unterſtützte Anſicht von vorn herein als ſchmähende Verläumdung oder abſichtliche Täuſchung auffaßte; weit beſſer hätte er was ſich dafür und dagegen ſagen läßt mit Ruhe abgewogen, um danach ſein und des Leſers Urtheil zu beſtimmen. Wäre dies aber geſchehen, ſo kann ich allerdings nicht glauben, daß Sybels Anſicht ſich beſtätigt hätte, mochte man nun die politiſchen Verhältniſſe an ſich, oder die Ereigniſſe, oder die Zeugniſſe der zunächſt betheiligten Perſonen ins Auge faſſen. Allerdings war der Beſitz Belgiens für Oeſtreich mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden. Das Land war getrennt, weit entfernt von dem Mittelpunkt der Monarchie, die Einwohner zeigten ſich wenig fügſam, voll Eiferſucht auf ihre alten Privilegien, karg in den Beiträgen für die allgemeinen Bedürfniſſe des Staates; noch vor Kurzem in offenem Aufſtande waren ſie nur mit Mühe und Gefahren wieder zum Gehorſam gebracht. Alles das hebt aber nicht auf, daß dieſe Provinz als eine der reichſten, meiſtbevölkerten in Europa, als Verbindung mit Oeſtreichs Bundesgenoſſen im Weſten, als Schutzmauer gegen Frankreich und noch in mancher andern Rückſicht für den Kaiſer von hohem Werthe blieb. Er zeigte ſich wohl geneigt, ſie gegen vortheilhaftere Beſitzungen zu vertauſchen, obgleich doch noch im Jahre 1792 nicht einmal Baiern als genügender Preis erſchienen war; aber gewiß iſt, daß er ſie nicht

umſonſt, nicht ohne dringende Noth verlieren und ebenſo wenig, wenn er einen Tauſch im Auge behielt, das Pfand ohne Sicherheit voreilig aus der Hand geben wollte. Man müßte alſo vorausſetzen, Oeſtreich habe mit den Franzoſen ſich heimlich geeinigt und etwa gegen die Zuſicherung Baierns ihnen Belgien überlaſſen. Dieſer Gedanke iſt denn auch ſchon während des Feldzugs als Tadel oder Befürchtung mehrmals ausgeſprochen, auch von Sybel wird er zuweilen angedeutet. Er entbehrt aber, wie ich noch eingehender zeigen werde, jeder Begründung, und ſo wird man auf dieſem Wege zur Erklärung eines freiwilligen Rückzugs wohl nicht gelangen. Immer bleibt aber die Annahme, und Sybel legt darauf das meiſte Gewicht, der Kaiſer und Thugut hätten die belgiſche Armee deshalb zurückgezogen, um ſie für den Oſten, insbeſondere zu thätigem Eingreifen in die polniſchen Angelegenheiten verfügbar zu machen. Vor Allem iſt daher zu unterſuchen, in wiefern die Ereigniſſe dieſer Annahme ſich günſtig erweiſen.

Darüber ſind alle Parteien einig, daß Oeſtreich bis Ende Mai für die Behauptung Belgiens mit Entſchiedenheit eintreten wollte. Was geſchehen iſt, ſpricht doch gar zu beſtimmt; denn, ſieht man auch ab von den kriegeriſchen Ereigniſſen, wie ſollte der Kaiſer ſich ſelbſt zu einer Armee, in ein Land begeben haben, deren Rückzug, deſſen Räumung eine vorher beſchloſſene Sache war? Erſt nach der Schlacht bei Turcoing zwiſchen dem 24. und 28. Mai, nimmt Sybel an [1]), vier Wochen nach Eröffnung des Feldzugs ſei der Beſchluß zur freiwilligen, wenn auch langſamen Räumung des Landes vom Kaiſer, Thugut und dem Adjutanten des Kaiſers, Prinzen Waldeck, gefaßt worden. Er glaubt dafür in der mangelhaften Kriegführung, insbeſondere in dem Rückzuge nach der Schlacht bei Fleurus eine Beſtätigung zu finden, macht auch zu verſchiedenen Malen auf die Mittel und Wege aufmerkſam, die zu einem günſtigeren Ergebniß hätten führen können. Nun ſcheint es aber ſchon an ſich bedenklich, aus der Nichtbenutzung von mehr als ſechszig Jahre ſpäter entworfenen Feld-

1) Vgl. Hiſtor. Zeitſchrift, XV, 86.

zugsplänen, aus dem Unterbleiben von Bewegungen, die hinterher als nützlich zu erkennen sind, ja, aus einer lässigen, nicht eben geistreichen Art der Kriegführung den Schluß zu ziehen, man habe überhaupt nicht mehr schlagen wollen. Jeder weiß, von wie mannichfachen, unberechenbaren Einzelheiten und Zufällen die Bewegungen und Erfolge eines Feldzugs abhängig sind. Mir ist es nicht gelungen, in dem, was damals geschah, ein irgend erhebliches Anzeichen eines freiwilligen Rückzugs zu finden; weit eher könnte man den Nachweis antreten, daß später York und Oranien den Franzosen Holland absichtlich in die Hände geliefert hätten, was doch im Ernste Niemand behaupten wird. Ohne Bedeutung scheint mir insbesondere der oft hervorgehobene Umstand, daß in Brüssel schon vor der Schlacht bei Fleurus Anordnungen für einen möglichen Rückzug getroffen wurden. Der General Mack, Koburgs Generalquartiermeister, der gewöhnlich gerade als der Gegner Thuguts und Waldecks geschildert wird, hebt schon am 29. Mai in einer Denkschrift [1]) hervor, wie groß die Gefahr und wie schwer es sein würde, gegen die Uebermacht der Franzosen das Land zu behaupten; was ist natürlicher, als daß man auf diesen Fall sich vorbereitete? Ich bescheide mich aber gern, daß mein Urtheil hier nicht ausreicht; um so bedeutender ist, daß auch militärische Schriftsteller, die in letzter Zeit mit genauer Kenntniß alles nöthigen Materials die Einzelheiten prüften, zu demselben Ergebniß gekommen sind. Auf Vivenot darf man sich bei seiner ausgesprochenen Vorliebe für die eine Seite nicht berufen; aber wir haben Koburgs Biographie von Witzleben. Dies Buch ist, wie bisher noch Niemand in Abrede stellte, für die militärischen Dinge musterhaft, genau eingehend, klar, voll Sachkenntniß und, was besonders erfreulich wirkt, durchaus frei von den Fehlern einer einseitig befangenen Parteinahme. Es wäre diesem Schriftsteller, wie er selbst gesteht, in hohem Maße erwünscht gewesen, hätte er für den nicht gerade rühmlichen Rückzug seines Helden Jemand anders verantwortlich gefunden. „Je härter der

1) Abgedruckt bei Witzleben a. a. O. III, 265 fg.

Tadel iſt," ſagt er (III, 403, 401), „welcher den Prinzen wegen der ſchnellen Räumung Belgiens getroffen hat, je mehr ihm der Vorwurf geworden iſt, günſtige Gelegenheiten zur Wiederaufnahme des Angriffs verſäumt zu haben, als Pichegru und Jourdan in der zweiten Hälfte des Juli völlig getrennt manövrirten, um ſo eifriger haben wir in Liebe für unſern Helden geſucht, eine ſtichhaltige Andeutung zu finden, welche ihn der Verantwortung entziehen könnte; doch vergebens."

„Es wäre zwar nicht ſchwer geweſen, den Rückzug einzig und allein als ein Werk der politiſchen Intrigue und des Verrathes darzuſtellen; man brauchte hierzu nur die berühmteſten Geſchichtswerke, welche die Räumung Belgiens allein dem Erfolge der ränkevollen Politik Thuguts zuſchreiben, mit einiger Geſchicklichkeit zu benutzen. Aber wir hätten dann am Schluſſe unſerer Arbeit zum erſten Mal der Wahrheit untreu werden und uns ſo ſelbſt verleugnen müſſen."

„Die Zeitgenoſſen ſchreien Verrath, die Geſchichtſchreiber ſprechen von politiſchen Intriguen, wir aber werden zeigen, daß, wenn auch die Intrigue thätig war, der Kern der Ereigniſſe doch aus der militäriſchen Anſchauung des Oberbefehlshabers hervorgegangen iſt und die natürliche Folge der wirklich vorhandenen Verhältniſſe war."

Sybel iſt durch dieſes Urtheil in ſeiner Anſicht nicht erſchüttert worden; er bemerkt in der Vorrede zur zweiten Auflage ſeines Werkes (December 1860) mit „lebhafter Befriedigung, daß ſeine Darſtellung der militäriſchen Ereigniſſe durch einen ſo competenten Beurtheiler, wie Witzleben, durchgängig gebilligt ſei; in der politiſchen Auffaſſung zeige ſich eine gewiſſe Differenz, oder doch der Schein derſelben in Bezug auf die Frage, ob die öſtreichiſche Regierung aus politiſchen Gründen den Beſchluß zur Räumung Belgiens ſchon im Mai 1794 gefaßt habe.... Sie ſchrumpfe aber zuletzt auf die wenig erhebliche Frage zuſammen, ob Kaiſer Franz dem Syſtem ſeines Miniſters mit freiem Bewußtſein zugeſtimmt oder ſich von demſelben ohne eigene Anſchauung des Zieles habe fortreißen laſſen." Ausführlicher heißt es in dem Aufſatze gegen Vivenot (S. 86): „Witzleben in ſeiner treff-

lichen Biographie des Prinzen Koburg eignete ſich nach genaueſter Reviſion des Quellenmaterials meine Anſicht in ſoweit an, daß er Thugut und Waldeck für die bewußten Urheber der Räumung Belgiens erklärte, nur hätte nach ſeiner Meinung der Kaiſer die Vorſchläge jener Männer nicht genehmigt, vielmehr die fortgeſetzte Vertheidigung des Landes befohlen, und es ſei alſo fortgekämpft worden; Thugut aber hätte ſeinen Zweck dennoch erreicht durch Hinderung aller Maßregeln, ohne welche die Behauptung Belgiens unmöglich war. Man ſieht ſofort, daß dieſe Differenz unſerer Anſichten für die Sache wenig austrägt. Die von Witzleben angenommene Meinungsverſchiedenheit zwiſchen Franz und Thugut wäre erheblich für die perſönliche Charakteriſtik der beiden Männer; für den Verlauf der Ereigniſſe aber, der auch nach Witzleben ſich ganz im Sinne des Miniſters vollzieht, von gar keinem Belang."

So gering, wie Sybel annimmt, ſcheint mir aber die Differenz zwiſchen ihm und Witzleben doch nicht. Was zunächſt die militäriſchen Vorgänge betrifft, ſo erklärt Witzleben, wie wir ſahen, den Verlauf des Feldzugs durch die Natur der Verhältniſſe; Koburg handelt, wie er nach beſtem Ermeſſen als Feldherr handeln muß, und alle Bewegungen ſind aus militäriſchem Geſichtspunkte zu erklären; für Sybel entſcheiden ganz im Gegentheil politiſche Beweggründe; nach ſeiner Anſicht „beſtand Koburgs Aufgabe nicht darin, das Land zu behaupten, ſondern es möglichſt ohne Verluſt zu verlaſſen" (III, 132) und das Heer aus Belgien nach dem Rheine zu ziehen; aus dem militäriſchen Feldzuge wird gewiſſermaßen ein diplomatiſcher. Mich dünkt, es iſt ſchwer, zwei Anſichten zu finden, die von Grund aus weiter von einander abweichen. Um aber die geringere Verſchiedenheit der politiſchen Auffaſſung richtig zu würdigen, muß man vorerſt das Verhältniß beider Schriftſteller zu einander ſich klar machen. Witzleben ging an ſein Werk voll Verehrung für ſeinen Vorgänger, deſſen Buche er mehr als einmal die höchſten Lobſprüche ertheilt und dem er perſönlich ſich verpflichtet erklärt. So zeigt er auch unverkennbar das Beſtreben, ſoweit als irgend möglich ſich ihm anzuſchlie-

ßen, nur daß darunter das unbefangene Urtheil eines fleißigen und redlichen Forſchers ſich nicht beeinträchtigen ließ. Wo er nun ſelbſtſtändig aus eigenen Quellen ſchöpft, findet er beinahe überall von den Anſichten Sybels das Gegentheil; er zeigt, wie man die Operationen im Frühling ſich militäriſch zu erklären hat, er beweiſt insbeſondere, daß das Abbrechen der Schlacht von Fleurus durch die Umſtände geboten war, daß Koburg dafür keinen Tadel verdient, ſondern vielmehr das Lob, die verbündete Armee der wahrſcheinlich bevorſtehenden Niederlage entzogen zu haben (III, 321, 327). Er entwickelt ferner die Nothwendigkeit des Rückzugs an die Maas und vergißt nicht zu bemerken (III, 403), daß der Prinz „in den Monaten Juli und Auguſt körperlich leidend und längere Zeit an das Krankenbett gebunden war, während er doch eines freien Geiſtes und eines geſunden Körpers bedurfte, um durch die niederdrückenden Verhältniſſe hindurch zu einem kühnen Gedanken zu gelangen.“ Das Wichtigſte aber iſt, daß er aus dem Nachlaſſe des Prinzen zwei kaiſerliche Handſchreiben vom 15. und 31. Juli mittheilt, aus denen er mit Recht den Schluß zieht, es könne, wer ſie an den Prinzen gerichtet, ihm unmöglich früher den Befehl zur Räumung Belgiens gegeben haben. Alles, was die allgemeinen politiſchen Verhältniſſe angeht, hat er dagegen beinahe unverändert, zum größeren Theile wörtlich, der „Geſchichte der Revolutionszeit“ und Häuſſers deutſcher Geſchichte entnommen. Man hat alſo, wo Sybel und Witzleben übereinſtimmen, nicht zwei ſelbſtſtändige Forſchungen, die beide auf daſſelbe Ergebniß getroffen wären, ſondern nur zwei Mal die Meinung Sybels, zuerſt in ſeinem eigenen, dann in einem fremden Buche. Dazu gehört nun insbeſondere auch die Anſicht über Thuguts Charakter, ſein politiſches Syſtem und ſeine Wirkſamkeit in Bezug auf Belgien. Auch Witzleben redet an verſchiedenen Orten von dem böſen Willen und den Intriguen dieſes Miniſters; daß er aber dafür irgend einen neuen Beweis geliefert hätte, iſt mir nicht erſichtlich; wenigſtens findet man in ſeinem Buche keine Spur, daß ein ſolcher Einfluß von Seiten Thuguts für die Räumung der Niederlande wirkſam

geworden wäre. Aber auch jenen Gegenſatz zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Miniſter würde er ſchwerlich aufrecht erhalten haben, hätte er gewußt, was jetzt Vivenot im Wiener Staatsarchiv entdeckt hat, daß die Concepte der kaiſerlichen Schreiben vom 15. und 31. Juli, wie überhaupt der Briefwechſel des Kaiſers mit Koburg und ſpäter mit Clerfayt, von Thugut entworfen und von ſeiner eigenen Hand niedergeſchrieben wurden. Sybel hält auch dieſen Briefen gegenüber ſeine Anſicht aufrecht; er bemerkt in der Vorrede der zweiten Auflage, „jene Handſchreiben, in denen der Kaiſer den Plan der Räumung ableugne, ſtammen aus einer Zeit, in welcher bei der Kataſtrophe Robespierres und der Sendung Spencers und Grenvilles der Wiener Hof ſeine bisherige Politik ſuspendirt und für einige Wochen wieder eine kriegeriſche Haltung angenommen habe; ſie beweiſen alſo nichts für die frühern Monate, in denen Thugut eine Vereinigung mit Frankreich erſtrebt und einen politiſchen Druck auf England habe ausüben wollen.“ Vivenot gegenüber ſtellt er (Zeitſchr. XV, 88) die Anforderung, „Dokumente im Sinne der kaiſerlichen Briefe aus der Zeit vom 24. Mai bis zum 15. Juli zu liefern, ſonſt könne er nur die Lachmuskeln ſeiner Leſer reizen.“ Aber die Entgegnung, glaube ich, iſt nicht ausreichend, und die Anforderung nicht berechtigt. Denn die kaiſerlichen Schreiben laſſen es in der That als unmöglich erſcheinen, daß der Prinz früher einen Befehl zur Räumung Belgiens erhalten hätte. Der Kaiſer ſpricht in den entſchiedenſten Ausdrücken ſein Bedauern aus über den Rückzug, der ſo wenig den frühern Hoffnungen und Erfolgen und dem in Braine la Leud noch am 1. Juli vereinbarten Vertheidigungsplane entſpreche [1]); er hofft, „der Prinz werde den Sachen bald eine günſtigere Wendung geben und nicht nur die dermalige Stellung von Antwerpen bis Namur mit Standhaftigkeit behaupten, ſondern ſich unermüdet weiter mit Erwägung und Ausfindigmachung der Mittel beſchäftigen, um bei der erſten thunlichen Gelegenheit, oder ſobald Verſtärkungen anlangten, mit Thätigkeit

1) Vgl. das Schreiben vom 15. Juli bei Witzleben a. a. O. III, 336.

wieder zu offenſiven Operationen vorzuſchreiten, einen ſo viel möglichen Theil der Niederlande aufs Neue von dem Feinde zu befreien und auf eine oder die andere Weiſe dem Verluſte der mit ſo vielem Blute und Koſten eroberten Feſtungen vorzubeugen, von denen beſonders jener von Condé und Valenciennes dem Kaiſer zu Herzen gehen würde." „Der bei den Alliirten ſo tief eingewurzelte Irrwahn von dem vorgeblichen Vorſatze des Kaiſers, die Niederlande zu verlaſſen," wird dann nicht ſowohl „abgeleugnet," als durch die „unüberlegte Leichtſinnigkeit erklärt, mit welcher verſchiedene Officiere bei der Armee ihre übel ausgedachten Vermuthungen und Beurtheilungen über Gegenſtände aller Gattung ganz ungeſcheut auszuſprechen ſich erlauben." Koburg ſoll „dieſem Mißbrauch nachdrücklich ſteuern und erhält unbeſchränkte Vollmacht zur ernſtlichen Beſtrafung aller derjenigen, die ſich diesfalls ſchuldig finden laſſen ſollten."

Endlich erkennt der Kaiſer „als äußerſt dringlich, daß unter den gegenwärtigen mißlichen Umſtänden Koburg Verſtärkung, etwa vom Rheine her erhalte. Es ſei deshalb der Graf von Mercy beauftragt, ſich unverweilt nach London zu verfügen, um zur Beſchleunigung dieſes Gegenſtandes unter den nachdrücklichſten Vorſtellungen mit dem engliſchen Miniſterium Verabredung zu pflegen. Preußen ſcheine entſchloſſen, dem Antrage des Londoner Hofes wegen des Marſches der 62,000 Mann Subſidientruppen nach den Niederlanden auf keine Weiſe beizutreten, und es ſei allerdings zu wünſchen geweſen, daß man ſich engliſcher Seits bei einem ſo vielen leicht vorzuſehenden Schwierigkeiten unterworfenen, unthunlichen Projecte nicht ſo lange aufgehalten hätte; es werde nun darauf ankommen, ob und auf was für andere Art Aushülfe zu ſchaffen möglich ſei."

In ganz ähnlichem Sinne iſt das ſpätere Schreiben vom 31. Juli abgefaßt, auf das ich noch zurückkomme. Ich überlaſſe dem Urtheil jedes unbefangenen Leſers, ob es möglich iſt, daß ein Kaiſer ſo zu einem Feldherrn reden konnte, dem er wenige Wochen früher gerade das aufgetragen hatte, worüber er jetzt ſich beklagt. Mir ſcheint, dies Schreiben kann auch für die Stimmung des unmittelbar vorhergehenden Monats recht wohl als

Zeugniß dienen. Wenn aber Sybel nun an Vivenot die Anforderung richtet, auch aus dieſer frühern Zeit ähnliche Dokumente aufzuweiſen, ſo braucht man ſich nur die Umſtände klar vorzuſtellen, um die Anforderung als unberechtigt, die Erfüllung als beinahe unmöglich zu erkennen. Denn um etwas zu verbieten oder gegen etwas ſich auszuſprechen, muß es doch erſt ernſtlich in Frage kommen. Bis zum 24. Mai, ſagt aber Sybel ſelbſt, dachte man nur an den Angriff; der ganze folgende Monat verging unter unaufhörlichen blutigen Kämpfen, der Rückzug beginnt erſt nach der Schlacht bei Fleurus am 26. Juni. Wie ſoll der Kaiſer Veranlaſſung finden, bis zu dieſem Zeitpunkt beſondere Inſtructionen gegen einen Rückzug zu erlaſſen? An Zeugniſſen für ſeine Stimmung fehlt es gleichwohl nicht. Zuerſt ein negatives: der Befehlshaber des engliſchen Heeres, der junge Herzog von York, ſelbſt im Felde wie im Rathe wenig befähigt, war gerade deßhalb argwöhniſch und leicht aus der Faſſung gebracht. Bald nach der Schlacht bei Fleurus, in jenem Kriegsrath zu Braine la Leud richtete er in Gemeinſchaft mit dem Prinzen von Oranien an die kaiſerlichen Befehlshaber die Frage, was der Kaiſer in Rückſicht auf die Niederlande beabſichtige. Der Erzherzog Karl und die Generale gaben darauf ihr Ehrenwort, „es exiſtire kein Befehl des Kaiſers, die Niederlande zu verlaſſen oder einen beſchleunigten Rückzug anzutreten; als Ehrenmänner fühlten ſie ſich deshalb verpflichtet, das Land, ſoweit es in menſchlichen Kräften liege und bis aufs Aeußerſte zu vertheidigen.“ Der Kriegsrath traf denn auch Maßregeln, die dieſem Vorſatz entſprachen, und gerade Waldeck, deſſen Thugut als Werkzeug für die Räumung der Niederlande ſich bedient haben ſoll, entwickelte in einer Denkſchrift, die Niederlande müßten gehalten, und zu dieſem Zwecke Alles aufgeboten werden [1]). Daß das Ehrenwort eines Officiercorps, in dem ſich Koburg und der Erzherzog Karl befanden, nicht bezweifelt werden kann, wird Niemand in Abrede ſtellen. Es bliebe nun immer noch möglich, daß ein Einzelner, wenn man will, der

1) Witzleben a. a. O. III, 331. Vivenot a. a. O. I, 121.

Prinz von Waldeck, der damals als Generalquartiermeiſter an Macks Stelle getreten war, geheime Intriguen geſponnen hätte; davon iſt ſpäter zu reden; aber ein Befehl zum Rückzug von Seiten des Kaiſers an Koburg wird in jedem Falle ausgeſchloſſen

Ein poſitives Zeugniß, wie Franz II. geſinnt war, liegt in Folgendem: Kaum erhält er zu Brüſſel die Nachricht, daß die Feſtung Ypern vom Feinde bedroht ſei, ſo gibt er am 5. Juni Koburg den Befehl, die ſchleunigſten Maßregeln zur Rettung des bedrängten Platzes zu ergreifen. Koburg, der eben die Franzoſen am 3. in einem heftigen Gefecht über die Sambre zurückgeſchlagen hat, ſchickt unverzüglich bedeutende Verſtärkungen an Clerfayt nach Flandern und rüſtet ſich ſelbſt, zum Entſatz der Feſtung aufzubrechen. Schon am 10. ſchreibt der Kaiſer abermals, er halte den Entſatz von Ypern für ſo wichtig, daß er perſönlich an der Operation Theil nehmen wolle. Unmittelbar dem Briefe folgt der Kaiſer ſelbſt; erſt als ein neues Hervorbrechen der Franzoſen über die Sambre den Zug nach Flandern unmöglich macht, geht er am nächſten Abend wieder nach Brüſſel, um von da am 13. die Rückreiſe anzutreten. Spät am 19. Juni langt er in Wien an; Thugut, der bis zum 24. in Brüſſel verweilte, kommt erſt am 8. Juli zurück[1]); nur wenige Tage ſpäter trifft auch über die Schlacht von Fleurus ein Bericht ein, den Koburg am 4. Juli durch den Oberſten Geringer nach Wien hatte abgehen laſſen[2]). Beinahe umgehend antwortet der Kaiſer am 15. Juli durch das von ſeinem Miniſter entworfene Schreiben, deſſen Inhalt man vorher geleſen hat. Ich wüßte wirklich nicht, wie er bei dem lebhafteſten Wunſche, das Land zu behaupten, ſich in Belgien anders benehmen, wie er anders hätte ſchreiben und wie er Koburgs Bericht anders und entſchiedener hätte beantworten können.

Dagegen iſt nicht abzuſehen, wie Sybel dazu kommt, dieſes vor Allem beweiſende Schreiben vom 15. Juli und das ähnliche

1) Vgl. die Berichte Caeſars vom 21. Juni und 9. Juli.

2) Witzleben, a. a. O. III, 276, 335.

vom 31. Juli als eine Folge der Kataſtrophe Robespierres und der Sendung des Lord Spencer und Thomas Grenvilles nach Wien zu betrachten und in ihnen den Ausdruck einer Veränderung oder Suspenſion der bisherigen Politik des Wiener Hofes zu erkennen [1]). Bekanntlich fällt die Kataſtrophe Robespierres auf den 27. Juli; die beiden Engländer langten am 6. Auguſt in Wien an [2]). Erſt um die Mitte des Juli hatte man ſich in London entſchloſſen, eine Geſandtſchaft dahin abgehen zu laſſen [3]). Thugut mußte doch ein beſonderes Ahnungsvermögen beſitzen, wenn er dieſe Ereigniſſe bereits am 15. Juli oder das erſte nur am 31. Juli in Wien in Betracht ziehen wollte. Aber wozu noch ſuchen nach äußeren Motiven bei einem Dokumente, das ſie ganz unverkennbar in ſich trägt und offen ausſpricht? Das Schreiben vom 15. Juli iſt die deutliche und beſtimmte Antwort auf Koburgs Bericht vom 4., auf die Kunde von der Schlacht bei Fleurus und dem folgenden Rückzuge. Daß die Wiener Politik ſich vorher verändert habe, iſt eine willkührliche Annahme. Was dann die ſpätern Verhandlungen mit England betrifft, ſo ſind ſie nicht einmal von dieſer Macht vornehmlich ausgegangen; es iſt der Kaiſer, der ſchon in dem Briefe vom 15. Juli die Abſicht ausſpricht, den Grafen Mercy nach London zu ſchicken, und zwar in Folge der Schlacht bei Fleurus, nicht weil ſeine Politik ſich verändert hatte, ſondern weil ſie dieſelbe geblieben war, weil er wünſchte, Belgien zu behaupten, den Rückzug zu unterbrechen und deßhalb mit England die dafür nöthigen Maßregeln zu vereinbaren. Welchen Werth Thugut auf dieſe Sendung legte, erkennt man aus dem Eifer, mit welchem Mercy ſie auszurichten ſuchte. Schon ernſt-

---

1) Vgl. Vorrede zur 2. Auflage der Geſch. der Rev.-Zeit und Hiſt. Zeitſchr. XV, 87.

2) Vgl. Caeſars Bericht vom 9. Auguſt 1794.

3) Wenigſtens erſt am 19. Juli zeigt Lord Grenville dem Herzog von Buckingham an, daß der dritte Bruder, Thomas Grenville, die Geſandtſchaft übernommen habe. Vgl. Memoirs of the court and cabinets of George III. by the duke of Buckingham, II, 258, London 1853.

lich unwohl macht er ſich vom Schloſſe Brühl aus auf den Weg, erkrankt heftig in Hellvoetſluys, geht aber gleichwohl am 13. Auguſt zu Schiffe, ſo leidend, daß er die Ankunft in England nur wenige Tage bis zum 26. überlebt. Unterdeſſen hatte aber Thuguts Unterhandlung mit Spencer und Grenville begonnen. Auch Sybel (Zeitſchr. XV, 87) bemerkt, daß man während derſelben die Armee zum Aushalten an der Maas ermahnt und „ſogar Pläne zum Wiedervorbrechen nach Belgien geſchmiedet habe"; den Grund findet er eben in dieſer Unterhandlung und einer anſehnlichen Geldunterſtützung, auf welche England die Ausſicht eröffnete. Man muß dies Argument, ob es auch nicht als ein nothwendiges erſcheint, doch als ein triſtiges gelten laſſen, denn es wäre allerdings das ſonderbarſte Verfahren, wenn Thugut gerade während der Unterhandlung den Gegenſtand, für den man unterhandelte, freiwillig aufgegeben hätte. Dagegen ſehe ich nicht, wie Sybel fortfahren kann: „Als ſich aber im September die Verhandlung zerſchlug, wurde ſofort auch der Rückzug fortgeſetzt und die Armee auf das rechte Rheinufer hinübergeführt." Denn die Geſandten verließen Wien erſt am 7. October [1]), nachdem Clerfayt bereits über den Rhein gezogen war. Noch am 15. September, zwei Tage vor dem Gefecht an der Ourte, welches Clerfayt zum Rückzuge bewog, ging eine Depeſche mit neuen Vorſchlägen nach London ab, deren Beantwortung die Geſandten ſowohl als Thugut mit Spannung erwarteten. Wollte man aber einwenden, daß gleichwohl die Verhandlungen ſchon während der letzten Wochen ſtockten und wenig Hoffnung auf ein günſtiges Ergebniß beſtehen ließen, ſo darf man doch nicht vergeſſen, daß Thugut nicht allein auf das, was in Wien beſprochen wurde, ſondern ein großes Gewicht auch auf die Vorſchläge legte, die Mercy und nach ſeinem Tode der ſtändige Geſandte Graf Starhemberg in London zu vertreten hatte. Nach ſeinen eigenen Worten müßte Sybel daher für unwahrſcheinlich halten, daß während ſolcher Verhandlungen der Befehl zu fernerem Rückzug,

1) Vgl. Luccheſinis Bericht vom 8. October.

der Holland bloßstellte, also die Engländer aufs Aeußerste kränken mußte, von Thugut gegeben sei. Ich wiederhole, man wäre zu diesem Schlusse berechtigt, sogar gezwungen, aber in Wahrheit halte ich ihn nicht für das entscheidende Moment. Der Zusammenhang, wie ihn Sybel zwischen diesen Verhandlungen und den Kriegsereignissen nachzuweisen sucht, scheint mir in seinen Wirkungen überschätzt. Koburg brach die Schlacht bei Fleurus ab und zog zurück, nicht, weil er den Befehl zur Räumung Belgiens empfangen, sondern weil er dem übermächtigen Feinde sich nicht gewachsen fühlte; er konnte sich im Juli und August an der Maas behaupten, nicht, weil Thuguts Ansichten sich geändert, hatten, nicht, weil man in Wien unterhandelte, sondern weil auch die Franzosen der Ruhe bedurften, weil sie ihre Kräfte theilten und eine beträchtliche Truppenzahl zur Belagerung der Festungen verwandten; und der Rückzug hinter die Roer bis hinter den Rhein wurde im Herbste fortgesetzt, nicht, weil die Verhandlungen in Wien abgebrochen waren, sondern weil die Franzosen aufs Neue mit Uebermacht zum Angriff vorgingen, und Clerfayt so wenig als Koburg weder in sich, noch außer sich die Mittel fand, ihnen Widerstand zu leisten. Daß aber auch dieser letzte Rückzug gegen den Willen des Kaisers erfolgte, dafür fehlt es, ganz abgesehen von den Unterhandlungen, an deutlichen Zeugnissen nicht. Zuerst ist hier der Brief vom 31. Juli [1]) zu erwähnen, der am 8. August in Koburgs Hände gelangte und dann auch für Clerfayt, als er zu Ende des Monats den Oberbefehl übernahm, maßgebend sein mußte. Der Kaiser spricht hier noch entschiedener, als in dem früheren Schreiben, sein Bedauern aus über den fortgesetzten Rückzug und die Zustände des Heeres, welche in einem Berichte Koburgs vom 15. Juli in sehr trüben Farben geschildert waren. Er läßt sogar einigen Tadel durchblicken wegen „der unerwartet eilfertigen Räumung der ganzen Niederlande, welche dem Feinde mit dem unbestrittenen Besitz dieser reichen Provinz die erklecklichsten Mittel zur Vergrößerung seiner Macht in die Hände gebe.“ Am unzufriedensten ist er darüber,

1) Witzleben a. a. O. III, 358.

daß Koburg von Wien aus Weiſungen verlangt, da man doch aus der Ferne unmöglich die Bewegungen leiten und die genaue Kenntniß der Localitäten nicht wohl ſich verſchaffen könne. Der Kaiſer dürfe von ſeinem Generalcommando mit Recht erwarten, daß ihm nächſtens in zweifelhaften Fällen ſtatt unbeſtimmter Anfragen beſtimmte Vorſchläge vorgelegt würden; für jetzt könne er nur auf den Geiſt ſeines Schreibens vom 15. verweiſen mit dem gemeſſenen Auftrage, daß, wo auch immer die Armee ſich befinden möge, der Prinz durch Anſtrengung aller Kräfte und durch jene Mittel, welche ihm ſeine Kriegskunſt und Erfahrung an die Hand gebe, ſich dahin zu verwenden habe, dem weitern Vordringen des Feindes Einhalt zu thun.

„Meine Bekümmerniß wegen der eroberten Feſtungen," heißt es weiter, „habe ich Ew. Liebden bereits letzthin zu erkennen gegeben und ich kann nicht bergen, daß ich über die ſchwer zu heilende Wunde, ſo die Monarchie durch den Verluſt ſo vieler Mannſchaft und eines ſo beträchtlichen Theils unſeres Belagerungsgeſchützes überkommen würde, der traurigſten Betrachtungen mich nicht entſchlagen kann." Der Prinz wird dann angewieſen, mit Mercy, den man ſchon in England angelangt glaubte, in Briefwechſel zu treten, um nach dem, was er von dieſem über die Wiedervereinigung mit den Alliirten und gemeinſchaftliche Unternehmungen zur Kenntniß erhielte, das Dienliche ſogleich vorkehren zu können. Er ſoll dabei bemüht ſein, „ſich jederzeit in ſolchen Poſitionen zu erhalten, ſo die Leichtigkeit verſchaffen, mit den Alliirten wieder nähere Kommunication zu öffnen und zu neuen Offenſivoperationen unverweilt vorzuſchreiten, es wäre denn, daß Graf Mercy von London aus ausdrücklich erklärte, daß auf die Geſinnungen und den Beiſtand der Alliirten in keiner Weiſe ferner Rechnung zu machen ſei, in welchem von dem Grafen Mercy namentlich zu beſtimmenden Falle die fernere Aufmerkſamkeit dann zuvörderſt auf die Erhaltung der Armee und die Vertheidigung des Luxemburgiſchen und der deutſchen Gegenden nach den weiter an den Prinzen ergehenden Weiſungen zu richten ſein würde." Endlich wird Verſtärkung durch das nach Trier zurückgezogene

Corps des General Blankenſtein und Geldhülfe durch den Grafen Odonnel in Ausſicht geſtellt.

In dem folgenden Schreiben aus Laxenburg vom 14. Auguſt[1]), das Koburg am 20. zu Händen kam, mag man immerhin einen Einfluß der kurz vorher in Wien eingetroffenen engliſchen Geſandtſchaft erkennen. „Aus einigen von dem Herzoge von Sachſen-Teſchen eingeſchickten Stücken ſeines Briefwechſels mit Ew. Liebden," ſchreibt der Kaiſer, „habe ich ſehr ungern erſehen, daß an mehreren Stellen noch forthin von der Möglichkeit des Rückzuges Meiner niederländiſchen Armee an und über den Rhein die Rede vorkommt. Ob ich nun ſchon mir ſchmeicheln ſollte, daß meine unter dem 16. und 30. (15. und 31.) des verfloſſenen Monats an Sie ergangenen Befehle über meine eigentlichen deßfallſigen Geſinnungen keinen Zweifel übrig gelaſſen haben, ſo will ich dennoch hiermit Ew. Liebden nochmals die Bemerkung wiederholen, daß in dem gegenwärtigen Augenblick aller Gedanken von weiteren Retraiten, die bereits bisher in mancherlei Anbetracht Meinen weſentlichen Intereſſen ſowohl als dem Anſehen der Monarchie und dem Ruhm meiner Waffen ſo nachtheilig geworden ſind, ganz zu entſagen und ſich blos mit der Ausfindigmachung offenſiver Operationen zu beſchäftigen ſei. Da nun zu dieſem Zwecke die Erneuerung eines näheren Einverſtändniſſes und Verbindung mit den Alliirten nothwendig iſt, ſo geht meine Willensmeinung dahin, daß, ſobald Graf Mercy Ew. Liebden in die Kenntniß der zu London an ihn gebrachten Ideen und Anträge zur Wiederherſtellung der ſo mißlichen Lage der Umſtände in den Niederlanden verſetzt haben wird, Ew. Liebden ſich darüber mit den Alliirten unverzüglich einvernehmen, die allenfallſigen Vorſchläge in vertrauliche Ueberlegung ziehen, und auf alle mit den Grundſätzen der Kriegskunſt nur immer vereinbarliche Art zur thätigen allianzmäßigen Beiwirkung ſich bereit finden laſſen, folglich allem Argwohne eines Abganges an gutem Willen ſorgfältig ausweichen

1) Witzleben a. a. O. III, 426.

wollen; als über welchen, wie ich Ihnen nicht bergen will, überdies von Seiten der Alliirten einige beſchwerſame Inſinuationen vorgekommen ſind, die ich ganz ungegründet zu ſein hoffen und wünſchen muß."

So entſchieden aber dieſe Briefe ſich ausdrücken, ſo beſtimmt ſie auf Offenſivoperationen zur Wiedereroberung Belgiens hinweiſen, man darf doch nicht überſehen, daß ſie die letzteren mit den Unterhandlungen Mercys in London in Verbindung bringen, ja gewiſſermaßen davon abhängig machen. Nach dem erſten Briefe ſoll Clerfayt ſich auf die Behauptung der Maas beſchränken, wenn er von Mercy ungünſtige Nachrichten aus London erhielte; nach dem zweiten ſoll er ſogar günſtige erwarten, um neue Angriffsbewegungen mit den engliſchen Generalen zu vereinbaren. Möglich wäre es nun, in dieſer Anweiſung den Grund zu finden, daß Clerfayt zu Anfang Septembers einem neuen, von den engliſchen Generalen angeregten Angriffsplane nicht eben bereitwillig entgegenkam; in dieſem Sinne könnte dann auch Thugut die Klagen der Engländer und die Vorwürfe Sybels, falls ſie überhaupt begründet ſind, veranlaßt oder verdient haben. Ich ſage, es wäre möglich, als wahrſcheinlich kann ich es nicht annehmen; denn wie die Briefe abgefaßt ſind, durften ſie einen fähigen Feldherrn, wenn er wirklich einen bedeutenden Vortheil vor ſich ſah, nicht zurückhalten. Aber auch in dieſem Falle hätten ſie doch nur die Ausführung eines vielleicht erfolgreichen Angriffs gehindert; ſicher iſt dagegen, daß ſie die Behauptung der Maaslinie anbefehlen und, ſoweit es durch Briefe geſchehen kann, jedem Zurückweichen ſich entgegenſtellen.

Auch in den folgenden Ereigniſſen vermag ich nichts zu entdecken, was nicht durch militäriſche Beweggründe ſich erklären ließe. Doch möchte ich auf die Einzelheiten hier nicht eingehen, um ſo weniger, als die Angaben der neueſten Schriftſteller weit von einander abweichen. Sybel legt großen Werth darauf, daß die Clerfayt gegenüberſtehende Armee Jourdans nicht ſtärker als ſein eigenes Heer geweſen ſei, und daß die öſtreichiſche Verluſtliſte vom 23. September bis zum 6. October nur 171 Todte,

28 Verwundete und 468 Vermißte aufweiſe[1]). Dagegen berechnet Vivenot (II, I, 308) die beiderſeitigen Armeen auf 113,600 Franzoſen gegen 60,800 Oeſtreicher, und Louis Blanc, der ſich auf ein ungedrucktes Manuſcript des Marſchall Jourdan beruft, erzählt ſogar, daß allein die Tage vom 2. bis zum 5. October den Oeſtreichern nicht weniger als 6000, den Franzoſen 1200 Mann gekoſtet hätten[2]). Witzlebens Darſtellung endigt leider mit der Abdankung Koburgs, er bemerkt nur kurz (III, 434): „Nach verluſtreichen Gefechten ſah Clerfayt ſich gezwungen, die Vertheidigung der Maas und dann auch die Roer aufzugeben und ſich Anfangs October über den Rhein zurückzuziehen.“ Gelänge es auch, unter ſo widerſprechenden Angaben die richtige zu finden, ſie würde doch nicht ſowohl für Thugut und die öſtreichiſche Regierung, als für Clerfayts Benehmen einen Maßſtab geben. Die Wahrheit ſcheint zu ſein, daß er alt, krank und verſtimmt nur mit Widerſtreben den Oberbefehl über Streitkräfte angenommen hatte, die er ſelbſt als ungenügend erkannte. Dann hat er nicht eben glänzende Talente oder außerordentliche Energie bewieſen; aber der großen Uebermacht, wenn nicht Jourdans, doch der franzöſiſchen Armeen gegenüber, ohne Hoffnung auf bedeutende Verſtärkung, ohne genügenden Unterhalt in einem Lande, wo die Bevölkerung ſich ſtumpf und ſogar widerwillig zeigte, mag er auch nicht eben Tadel verdienen, wenn er nach mehreren unglücklichen Gefechten den Schutz eines großen Fluſſes zwiſchen ſich und den Feind zu bringen wünſchte. Schon am 17. September, in einem Briefe an den Kaiſer zeigt er ſich ſehr niedergeſchlagen durch den Ausgang des Gefechtes an der Ourte und giebt nur wenig Hoffnung für die Zukunft[3]). Am folgenden Tage meldet er dem Herzog von Sachſen: wenn der Feldmarſchalllieutenant Melas die wichtige Stellung von Kaiſereſch, und die preußiſchen Truppen den Hundsrück nicht behaupteten, und wenn der Feind

1) Geſchichte der Revolutionszeit III, 240; Hiſtoriſche Zeitſchrift XV, 103.
2) Histoire de la Révolution Française, Paris 1861, XI, 332.
3) Vivenot a. a. O. III, 285.

dann fortfahre, ſeine ganze Macht gegen ihn zu wenden, ſo könne er ſich gezwungen ſehen, über den Rhein zurück zu weichen, obgleich er dies wegen der mangelhaften Verpflegung, die dort zu befürchten ſei, als das äußerſte Unglück betrachten müſſe. Noch am Tage des Empfanges, am 21. September, antwortet der Herzog: „Ich beſchwöre Ew. Excellenz bei Allem, was wir unſerm Monarchen und unſerm deutſchen Vaterlande ſchuldig ſind, kein Mittel und keine Anſtrengung unverſucht zu laſſen, wodurch wir dieſes unermeßliche Unglück zu vermindern im Stande ſein können“ [1]). Aehnlicher Zeugniſſe ließen aus Vivenots Mittheilungen ſich noch manche anführen. Auch Thugut verſicherte ſpäter, als das Unglück bereits geſchehen war, dem kaiſerlichen Geſandten Pelſer im Haag, daß die rückgängigen Bewegungen ebenſo ſehr den Wünſchen, als den Erwartungen des Kaiſers widerſprochen hätten. Der Kaiſer habe dem Marſchall Clerfayt, nachdem gegen ſeine beſtimmten Befehle die Vertheidigung der Maas aufgegeben ſei, aufs Nachdrücklichſte den Willen kund gethan, ſich an der Roer zu halten und vor allen Dingen nicht über den Rhein zurückzuweichen [2]). Damit ſtimmen die eigenen Erlaſſe des Kaiſers an Clerfayt überein. Noch ein Brief vom 30. September beginnt mit den Worten: „Da ich nicht zweifle, daß gegenwärtiges Schreiben Sie noch an der Roer antreffen werde, ſo ſetze ich auch außer allen Zweifel, daß Sie, inſofern Sie nicht etwa Fortſchritte zu machen möglich finden, dieſe Poſition für jetzt und in der Zukunft behaupten werden“ [3]).

---

1) Vivenot a. a. O. I, 160.

2) Vgl. das Schreiben vom 13. October bei Vivenot a. a. O. II, I, 292.

3) Vivenot a. a. O. I, 161. Freilich iſt dann doch in dem Briefe ſchon von einem möglichen Rückzuge die Rede; es bleibt zu bedauern, daß Vivenot den Inhalt nicht vollſtändig mitgetheilt hat. Er ſagt I, 162: „Das Urtheil ſeines Monarchen beſtärkte Clerfayt darin, ſeine Rückzugslinie nicht nach Holland, ſondern nach dem Rheine zu verlegen,“ aber man muß das Gegentheil ſchließen aus den gleichzeitig angeführten Worten des Handſchreibens: „Der Rückzug nach Geldern legt den Engländern Verbindlichkeiten auf“ [offenbar ein Vortheil für den Kaiſer], und dem Inhalt des Briefes vom 13. October: „Sehr

Aber dieſe Hoffnung erfüllte ſich nicht; ſchon die Antwort oder wenigſtens das nächſte Schreiben Clerfayts iſt vom rechten Rheinufer datirt, aus Meerheim, einem kleinen Ort in der Nähe von Deutz. Nachdem ein Gefecht bei Düren am 2. October abermals einen unglücklichen Ausgang genommen hatte, war der Marſchall in der Nacht vom 5. auf den 6. über den Rhein gegangen. Dem Kaiſer ſpricht er am 7. auch ſeinerſeits das Bedauern aus, daß er dieſen Schritt habe thun müſſen; er begreife nur zu wohl, welche Uebelſtände daraus erwachſen könnten, aber die Verhältniſſe ſeien von der Art, daß er nicht anders habe handeln dürfen [1]).

Faßt man alle dieſe Umſtände und Ausſagen zuſammen, ſo könnte man glauben, es gebe nicht leicht für ein geſchichtliches Ereigniß einen ſo deutlichen Beweis, als dafür, daß Belgien von den Oeſtreichern ernſtlich vertheidigt ſei. Aber dieſen Zeugniſſen ſteht allerdings eine Reihe anderer gegenüber, welche mehr oder weniger im entgegengeſetzten oder doch in einem verſchiedenen Sinne ſich ausſprechen. Sie beginnen, wie man denken kann, mit der Zeit, da in Belgien die ungünſtige Wendung eintritt. Schon als zu Anfang Juni ſtatt des General Mack der Prinz von Waldeck an die Spitze des Generalſtabes trat, wurde dieſe Veränderung von den Engländern ungünſtig aufgenommen. Am 28. Juni, zwei Tage nach der Schlacht bei Fleurus, ſchreibt der Herzog von York an den Kriegsminiſter, Lord Dundas: von dem Augenblicke an, wo des Kaiſers Beſchluß, die Armee zu verlaſſen, bekannt geworden ſei, habe eine große Niedergeſchlagenheit der öſtreichiſchen Truppen ſich bemächtigt; deutlich hätten ſelbſt die Officiere den Wunſch ausgeſprochen, daß der Krieg zu Ende gehen möge, ſollte auch Belgien aufgegeben werden. Auch Waldeck habe vor ſeiner Ernennung zum Generalquartiermeiſter eine gleiche Sprache

---

wünſchenswerth wäre es geweſen, wenn die Armee den Rhein nicht überſetzt und ſich wenigſtens mit der engliſchen Armee vereinigt hätte" (II, I, 293).

1) Vivenot a. a. O. II, I. 285.

geführt und dadurch den Gedanken Thuguts, deſſen Creatur er ſei, Worte gegeben. Schon dieſe Sprache habe Verdacht erregen müſſen, der dann durch die Bewegungen der öſtreichiſchen Armee, die Maßregeln der Regierung in Brüſſel und durch die unglückliche, ohne genügenden Grund abgebrochene Schlacht vom 26. Juni noch vermehrt worden ſei[1]). Auf dieſe Aeußerung wird man freilich kein großes Gewicht legen dürfen; ſie iſt in der erſten Aufregung nach einem unglücklichen Treffen, zudem von einem Manne geſchrieben, der, unfähig wie er war, um ſo leichter Andere mit ungegründeten Vorwürfen überhäufte. Wichtiger iſt, was engliſche Geſandte als eigene Worte des öſtreichiſchen Miniſters nach London berichten. Schon im Dezember 1792 äußerte Thugut, damals noch nicht in ſeiner hohen Stellung, einem engliſchen Diplomaten, dem Oberſt Craufurt, ſein Mißvergnügen über die Unbequemlichkeiten und Gefahren, die für den Kaiſer an den Beſitz von Belgien ſich knüpften[2]). Kurz nach der unglücklichen Schlacht bei Tourcoing am 18. Mai 1794 entſpann ſich zwiſchen ihm und dem heftig erbitterten Lord Elgin ein lebhafter Wortwechſel; der öſtreichiſche Miniſter ſoll dabei jede Verſtärkung des Heeres durch Truppen vom Rheine als unmöglich zurückgewieſen und erklärt haben, es ſcheine zweifelhaft, ob der Beſitz der Niederlande weitere Anſtrengungen überhaupt noch verdiene, ja, es ſei nicht ſeine

1) Witzleben a. a. O. III, 316 datirt dieſen Bericht vom 18. Juni, theilt aber III, 275 ganz ähnliche Worte aus einem Briefe vom 28. Juni mit, und Sybel, III, 111 führt danach zwei Berichte Yorks vom 18. und 28. Juni an. Offenbar handelt es ſich jedoch um ein und dasſelbe Dokument, das Witzleben zweimal erwähnt und einmal unrichtig vom 18. ſtatt vom 28. Juni datirt hat; denn in dem angeblichen Schreiben vom 18. wird ſchon die Schlacht bei Fleurus vom 26. Juni erwähnt.

2) Vgl. den Bericht des Oberſten Craufurd an Lord Auckland vom 29. April 1793 in der Correspondence of Lord Auckland, London 1862, III, 42. Dieſe Stelle wiegt vielleicht ſchwerer als irgend eine, die Sybel für ſeine Anſicht angeführt hat; indeſſen ſteht ihr wie allen übrigen entgegen, daß Thuguts Worte weſentlich darauf berechnet waren, die Engländer zu kräftiger Hülfe in Belgien zu beſtimmen.

Schuld, daß der Kaiſer nicht mit der Räumung Belgiens den Feldzug angefangen habe [1]). Wenn nicht in gleich heftigen Worten, doch in ähnlichem Sinne ſchreiben auch die engliſchen Geſandten Lord Spencer und Thomas Grenville, der Bruder des Miniſters des Auswärtigen, die, wie erwähnt, im Auguſt von London nach Wien kamen. Sie ſind mit dem Gange der Verhandlungen wenig zufrieden, Thugut ſcheint vornehmlich den polniſchen Angelegenheiten ſein Intereſſe zuzuwenden, für den Krieg in Belgien zeigt er wenig Lebhaftigkeit, ſchlägt den Werth und die Einkünfte dieſer Provinz, ſelbſt in ruhigen Tagen, ſehr niedrig an und weigert ſich, auf die Vorſchläge der Engländer einzugehen [2]). Es fragt ſich nur, wie viel man für unſere Frage ſolchen Aeußerungen entnehmen kann. In Thuguts Intereſſe lag es, England zu möglichſt großen Anſtrengungen für die Erhaltung Belgiens zu veranlaſſen: kann es befremden, wenn er ſeinerſeits den Werth dieſer Provinz für Oeſtreich herabſetzte und ebenſo ſehr ein engliſches, als ein öſtreichiſches Intereſſe für ihre Sicherſtellung nachzuweiſen ſuchte? Dies hat auch Grenville recht wohl empfunden und mehrmals ausgeſprochen [3]). Weiter iſt zu erwägen, daß gerade den engliſchen Geſandten Vieles mangelte, um Thuguts Verfahren billig zu beurtheilen. England legte den höchſten Werth darauf, daß die Niederlande nicht an Frankreich

---

1) Vgl. Sybel, Geſchichte der Rev.-Zeit, III, 112.

2) Vgl. Sybel, Geſchichte der Revolutionszeit III, 233 und die Memoirs of the court and cabinets of George III. by the duke of Buckingham, beſonders den Brief Grenvilles vom 24. Auguſt 1794, II, 259.

3) Vgl. in den angeführten Memoiren z. B. II, 262. Ganz ſo urtheilt der ſtändige Geſandte in Wien, Sir Morton Eden am 8. September: The conferences at Vienna go on amicably, though some apprehensions arise from Thuguts often dropping an indifference about regaining possession of the Belgic provinces. I suppose he does this as a means to force us into the alliance, which has ever been and is the great aim of his administration, and on which, I believe, his fame and weight as well with the Emperor as with his fellow subjects depend. Journal of Lord Auckland III, 239.

fielen, von dem ganzen Kriegsſchauplatze hatte es nur Belgien als den wichtigen Punkt im Auge; den öſtreichiſchen Miniſter mußten verſchiedene Intereſſen in Anſpruch nehmen, es fragt ſich, wer die Schuld trug, wenn er der Erwartung der engliſchen Geſandten nicht immer lebhaft und eifrig genug entgegenkam. So viel man urtheilen kann, gingen ihre Anſprüche in der That zu weit. Sie verlangten zunächſt als ausgeſprochenen Zweck des Krieges die Herſtellung der Monarchie in Frankreich und die Anerkennung des Regenten, eine Forderung, die den Krieg verewigen mußte. Ferner ſollte der Kaiſer wenigſtens 100,000 Mann in den Niederlanden aufſtellen, was Thugut nicht verweigerte, aber bei der Erſchöpfung des Staats nur mit Hülfe engliſcher Subſidien für möglich erklärte. Ueber die Höhe derſelben konnte er mit den engliſchen Geſandten in Wien ſich nicht einigen; er legte, wie Grenville ſelbſt bemerkt, beſonderen Werth auf die Unterhandlungen, die er durch Mercy in London angeknüpft hatte. Daß er aber, auch wenn die Unterhandlung nicht zum Ziele führte, Belgien ohne Noth räumen würde, glaubte Grenville nicht, und ſagte Thugut nicht. Er erklärte im Gegentheil, durch die Verträge fühle ſich Oeſtreich verpflichtet, den Krieg nach beſten Kräften fortzuſetzen, die Armee in Belgien habe in dieſem Sinne die beſtimmteſten Befehle erhalten; nur ſprach er zugleich die Befürchtung aus, nach ſo großen Verluſten könne es unmöglich werden, die nöthigen Mittel zu gewinnen, wenn England Unterſtützung verweigere. Die Ereigniſſe nicht weniger, als die bis jetzt erfolgten archivaliſchen Mittheilungen haben ſowohl die Befürchtungen, als die Verſicherung beſtätigt. Es iſt unnöthiger Argwohn, wenn Grenville (am 1. September) ſich Sorge macht, weil Thugut die Befehle an Koburg nicht vorzeige, und es muß befremden, daß Sybel (III, 237) dieſe Klagen als wohlbegründet anerkennt, da wir doch in dem kaiſerlichen Schreiben vom 14. Auguſt den Befehl, auf welchen gerade dieſe Aeußerungen ſich beziehen, vor Augen haben [1]).

1) Der Grund für Thuguts Zurückhaltung könnte darin liegen, daß Koburg, wie ſchon bemerkt, auf Mittheilungen Mercys verwieſen wird.

Es bleibt noch, was preußiſchen Quellen zu entnehmen iſt. Preußen verfolgte in Belgien nicht ſo unmittelbare Intereſſen als England, nahm aber an dem, was dort geſchah, gleichwohl den lebhafteſten Antheil, zunächſt, weil die Ereigniſſe in Belgien auch auf den Krieg am Rheine einwirkten, dann weil die Beziehungen des Kaiſers zu Frankreich, vor Allem die Möglichkeit eines beſonderen Abkommens, überwacht werden mußte. Dieſe letztere Beſorgniß ſteigerte ſich, als der Krieg eine üble Wendung nahm, als von zweideutigen Aeußerungen Thuguts und Waldecks, ſogar von der Ankunft eines franzöſiſchen Unterhändlers das Gerücht ſich verbreitete. Es war dies ein Abentheurer, Jacob Roques, der ſich den Namen eines Grafen Montgaillard beigelegt und nach wechſelnden Schickſalen dem Anhange Robespierres zugeſellt hatte. Wie es ſcheint ſollte er Andeutungen oder Vorſchläge für eine Unterhandlung den Verbündeten übermitteln. Im Hauptquartier zu Valenciennes benahm er ſich mit ſolcher Frechheit, daß der Kaiſer ihn feſtnehmen ließ; er entkam aber oder wurde entlaſſen und konnte ſich zum Herzog von York, darauf nach England begeben [1]). Um über dieſes und Anderes genauere Auskunft zu erhalten, ſchickte das preußiſche Miniſterium einen bewährten Diplomaten, den Geheimenrath Dohm, damals Geſandten am kurkölniſchen Hofe, nach Brüſſel. Dohm gelangte zwar nicht zu vollkommener Klarheit, faßte aber doch einen lebhaften Verdacht. „So viel iſt gewiß," berichtet er nach ſeiner Rückkehr am 8. Juli aus Köln, „daß der Wiener Hof ſeit längerer Zeit den Frieden eifrig wünſcht und ſich der herrſchenden Partei in Frankreich zu nähern ſucht. Die Niederlande ſollen aufgegeben werden; dies iſt kein Verluſt für Oeſtreich, das hier ſeine ſchwache Stelle hat, denn es wird für die Aufopferung ſo blühender Provinzen ſicher andere Entſchädigungen, wahrſcheinlich in Baiern und Polen fordern. Die mäßige Verfolgung des Rückzuges durch den Feind gilt als die Folge eines Uebereinkommens; indeſſen das iſt

1) Vgl. die Schreiben des Miniſteriums vom 22. Juni und Caeſars vom 2. und 12. Juli 1794 im Preußiſchen Staats-Archiv.

ein zuverläſſiges Factum, daß Graf Metternich [der kaiſerliche Miniſter] vor ſeiner Abreiſe aus Brüſſel ſich ganz offen ausgeſprochen und den Grafen Mercy als Unterhändler bezeichnet hat" [1]). Aehnlichen Anſichten begegnet man in mehreren Briefen des Marſchall Möllendorf; endlich hörte Graf Dönhoff, der preußiſche Bevollmächtigte im öſtreichiſchen Hauptquartier, nicht auf, immer von Neuem dieſen Verdacht anzuregen. Er ſieht in den Ereigniſſen nicht blos Unglücksfälle, ſondern berechnete, wohldurchdachte Pläne. Am 18. und 22. Mai hat man bei Tourcoing und Tournay keine Entſcheidung herbeiführen wollen, Ypern und Charleroi abſichtlich nicht entſetzt und durch dies und Aehnliches in der Armee wie im Volke den Glauben erzeugt, daß man mit dem Feinde ein Abkommen wegen der Räumung Belgiens getroffen habe. In einem Schreiben vom 29. Juli möchte er die heimliche Verbindung Oeſtreichs mit dem Feinde bis in den Herbſt 1793 zurückdatiren; endlich am 2. Auguſt meldet er ſogar, Waldeck habe ausdrücklich geſagt, er ſei es, der dem Kaiſer vorgeſchlagen habe, ſeine Truppen aus Belgien wegzuziehen [2]). Vivenot (I, 123) ſpricht dieſem Zeugen jede Bedeutung ab, weil er unzuverläſſig und geiſtig zu wenig befähigt geweſen ſei, um einen Waldeck zu durchſchauen; dagegen bemerkt Sybel (Zeitſchr. XV, 89), es handele ſich hier gar nicht um das Durchſchauen verſteckter Pläne, ſondern um die einfache Fähigkeit, eine ſehr klare und trockene Aeußerung zu hören und zu berichten. Es mag ſein, daß Vivenots Grund nicht ausreicht, das Zeugniß zu entkräften; ebenſo wenig möchte ich aber glauben, es handele ſich hier nur um eine klare und trockene Aeußerung. Es wäre doch mehr als ſeltſam, wenn der öſtreichiſche Generalquartiermeiſter den Plan, den er ſelbſt ausführen wollte, das Geheimniß, das überall ſorgfältig verborgen wurde, durch eine klare und trockene Aeußerung dem preußiſchen Militairbevollmächtigten ſollte verrathen haben. Ich kann einer einzelnen, aus dem Zuſammenhange geriſſenen Aeußerung, der die Umſtände,

1) Witzleben a. a. O. III, 408 fg.

2) Vgl. Sybel, Geſchichte der Rev.-Zeit, III, 111.

eine hinzugefügte Bedingung und ſo Manches, was ſich gar nicht berechnen läßt, eine weſentlich veränderte Bedeutung geben konnten, beſonders aus Dönhoffs Munde kein großes Gewicht beilegen. Denn in den Berichten, die man von ihm kennt, und in den Augen ſeiner eigenen Regierung erſcheint er in der That nicht als ein fähiger Beobachter. Wie vorſchnell und wenig wohlwollend er urtheilte, mag nur ein Beiſpiel bezeugen. Man erinnert ſich, wie großen Werth der Kaiſer auf die Behauptung der Feſtung Ypern legte, wie er zwei Mal in wenigen Tagen ſelbſt an Koburg ſchrieb, ſelbſt beim Entſatze ſich betheiligen wollte und ſpäter nicht aufhörte, an die bedrohten Feſtungen zu erinnern. Gleichwohl berichtet Dönhoff gerade von Ypern, man habe dieſen Platz abſichtlich aufgegeben. Was aber ſeinen, ſowie Möllendorfs und Dohms Aeußerungen die eigentliche Bedeutung nimmt, iſt der Umſtand, daß ſie ſämmtlich auf der Annahme eines geheimen Abkommens zwiſchen Oeſtreich und der Republik beruhen, und mit dieſer haltloſen Vorausſetzung ſelbſt unhaltbar werden. Dies erkannte man auch recht gut in Berlin, wo überhaupt die Verhältniſſe weit richtiger und unbefangener beurtheilt wurden, als von den meiſten auswärtigen Geſandten. Schon am 19. Juli ſchreibt das Miniſterium an Möllendorf: „Thugut hat dem ruſſiſchen Geſandten eidlich verſichert, daß keine Friedensverhandlungen mit dem Feinde ſtattgefunden hätten; dies beſtätigt ſich auch aus allen übrigen Nachrichten und läßt uns vermuthen, daß Mangel an Einſicht und zuſammenhängenden Plänen bei der öſtreichiſchen Armee an allem Unglück Schuld iſt[1]). Noch

1) Vgl. Witzleben a. a. O., III, 412. Am 6. Juli hatte Caeſar aus Wien als das Ergebniß einer langen Nachforſchung berichtet: Malgré les bruits généralement répandus et accrédités aux Pays-bas, en Hollande, en Empire et à Vienne sur une négociation de paix entamée entre la cour de Vienne et le gouvernement actuel en France, j'ose répéter dans le plus profond respect l'assurance déjà contenue dans mes précédentes, que je n'ai pu découvrir le moindre fait qui autorise ces suppositions comme fondées. Aehnliches findet ſich in Caeſars Depeſche vom 12. Juli, auf welche das Schreiben des Miniſteriums an Dönhoff ſich bezieht.

beſtimmter erwiedert man Dönhoff am 5. Auguſt: „Wir haben Ihre beiden Depeſchen aus Fouron-le-Comte vom 28. und 29. Juli empfangen, welche den Verdacht ausſprechen, daß zwiſchen den kaiſerlichen Generalen und den Agenten des Nationalconvents geheime Einverſtändniſſe obgewaltet hätten und noch obwalteten; allein wie widerwärtig und unerklärlich auch in vieler Hinſicht die überſchnelle Räumung Belgiens iſt, ſo beweiſt doch der Ausgang, daß alle Ihre Muthmaßungen irrthümlich ſind. Von Unterhandlungen zu einem Separatfrieden kann nicht die Rede ſein, ſeitdem man in Schwetzingen ein Uebereinkommen getroffen hat, wonach die Verbündeten auf die kräftigſte Mitwirkung der öſtreichiſchen Armee rechnen können, und dem Prinzen von Koburg die Vertheidigung der Maas geboten iſt.“ Möllendorf hatte ſchon am 28. Juli aus eigenem Antriebe ſich ganz in derſelben Weiſe ausgeſprochen.

Es ließen ſich noch einige Berichte Lucheſinis und Caeſars hier anreihen. Der preußiſche Diplomat war zu Anfang Mai vom Könige in das Kriegslager nach Südpreußen berufen. Am 19. Juni ſchreibt er, wie Sybel (III, 112) anführt, dem Miniſterium: der Marſchall Lascy vertrete jetzt offen den Plan, Belgien zu räumen, die Armee zum Theil am Oberrhein zu verwenden, zum Theil in die Erblande zurückzuziehen, dann mit Frankreich Frieden zu ſchließen, und mit geſammelter Macht in Polen zu handeln. So habe ihm Lascy's Freund und Schützling, der General Wallis, geſagt. Dieſe Nachricht iſt aber ſchon deshalb nicht von Bedeutung, weil Lascy ebenſowohl als Wallis nicht, wie Sybel meint, zu den „einflußreichſten Perſonen Wiens“ gehörte, ſondern gerade damals ohne Einfluß war [1]) und ſich dafür durch eine bittere Kritik der Regierung entſchädigte, die dann zum großen Theil in die preußiſchen Berichte überging. Ganz gleichlautende Angaben finde ich in einer Depeſche Caeſars vom 21. Juni aus Wien; hier wird aber ausdrücklich hinzugeſetzt, Thugut und der wirklich einflußreiche

1) Vgl. unter ähnlichen Caeſars Berichte vom 20. November 1793, vom 9. April und 16. Juli 1794.

Adjutant des Kaiſers, der General Rollin, theilten dieſe Anſicht nicht, ſondern ſie hofften, die verbündete Armee werde die Niederlande behaupten und mit Unterſtützung der preußiſchen Truppen ſogar in das franzöſiſche Gebiet vordringen können. Später tritt in den Wiener Depeſchen bald dieſe, bald jene Vermuthung hervor; es würde ſchwer ſein, ein beſtimmtes Urtheil ihnen zu entnehmen.

So verlieren alle dieſe Zeugniſſe, wenn man ſie genauer betrachtet, weſentlich von ihrem Werthe. Ich ſage nicht, daß ſie ohne Bedeutung ſind; aber ſelbſt wenn nicht andere ihnen entgegenſtänden, ſie könnten doch nicht ausreichen, eine Reihe ſeltſamer, unwahrſcheinlicher Ereigniſſe außer Zweifel zu ſetzen. Wie viel weniger, da die Ausſagen der Hauptbetheiligten ſo beſtimmt widerſprechen. Hat man doch noch in keinem öſtreichiſchen Dokument einen Anhaltspunkt für die Hypotheſe finden können. Was Sybel in dieſem Sinne anführt beweiſt nicht, daß er im Suchen glücklich geweſen iſt. So citirt er (III, 115) die Denkſchrift Macks vom 29. Mai, in welcher der Verfaſſer — man kann zugeben, unter der Vorausſetzung, daß ſie verneint werden ſollte — die Frage aufwirft, „ob die combinirten Mächte, um ihrerſeits den Frieden herzuſtellen, etwas Anderes, als den Rückzug ihrer Truppen zu veranlaſſen brauchen.“ Aus der Art und in der Verbindung, wie dieſe Worte angeführt werden, muß man folgern, Sybel betrachte ſie als einen Beweis, daß die öſtreichiſchen Truppen Belgien hätten räumen ſollen. Aber er iſt hier, wie es ſcheint, durch die etwas ſonderbare Sprache der Denkſchrift irre geleitet. Die Stelle bezieht ſich gar nicht auf die öſtreichiſchen, ſondern ausſchließlich auf die engliſchen und holländiſchen Truppen. Mack fragt, ob die combinirten Mächte, d. h., wie man aus der Einleitung des Actenſtückes erſieht[1]), England und Holland, die zwar nicht einſeitig Frieden ſchließen, aber doch ihre Armeen nach eigenem Willen bewegen dürften, ob dieſe nicht etwa den Gedanken haben könnten, zur Erleichterung des Friedens ihre Truppen aus Belgien hinwegzuziehen, wonach dann „das

1) Vgl. den Abdruck bei Witzleben, a. a. O., S. III, 266.

ganze Gewicht der Rache der laſterhaften, aber deſto gefährlicheren franzöſiſchen Nation einzig und allein auf den Kaiſer und das römiſche Reich fallen würde.“ Mack ſetzt alſo nicht den Abzug, ſondern das Verbleiben der öſtreichiſchen Truppen voraus, und Vivenot hätte die Stelle mit größerem Rechte für ſich anführen können, als ſein Gegner.

Weiter beruft ſich Sybel (III, 241) auf den ſchon erwähnten Brief Clerfayts aus Meerheim vom 7. October 1794. Der Marſchall bittet den Kaiſer, ſich überzeugt zu halten, daß er beim Rheinübergange nur das Wohl des Dienſtes im Auge gehabt habe; der Rückzug ſei Angeſichts einer zahlreichen Armee ohne Uebereilung geſchehen und keine Wirkung der Furcht geweſen [1]). „Alſo“, iſt Sybels Folgerung [2]), „er hielt ſich nicht beſiegt, er fürchtete ſich nicht vor dem zahlreichen Feinde, er ging über den Rhein nicht weil er mußte, ſondern weil er wollte, nicht aus militäriſcher Nothwendigkeit, ſondern nach der Politik ſeiner Regierung.“ Aber wer ſieht nicht, daß hier etwas ganz Fremdes in die Worte hineingelegt wird? Sie ſind, wie mir ſcheint, verſtändlich genug. Clerfayt entſchuldigt ſich in dieſem Briefe, daß er trotz der Abmahnung des Kaiſers über den Rhein gegangen ſei; er habe aber, fügt er hinzu, nicht anders gekonnt; er ſei kein furchtſamer Mann, der ſich durch leere Beſorgniſſe zu einem ſolchen Schritt verleiten ließe, ſondern der Rückzug ſei geſchehen, weil er eben nach dem Ermeſſen eines verſtändigen, furchtloſen Soldaten ſich nicht habe vermeiden laſſen.

Das dritte Zeugniß bildet noch insbeſondere eine Controverſe zwiſchen Sybel und ſeinem Gegner. In der intereſſanten Schil-

1) Die Worte lauten im Original: Je sens toute l'importance de cette démarche, et les suites qu'elle peut avoir m'affligent sensiblement; mais si Votre Majesté daigne réfléchir à notre position, j'ose espérer, qu'Elle me rendra la justice d'être persuadé, que je n'ai songé qu'au plus grand bien de Son service, et que cette retraite en présence d'une armée nombreuse s'est faite sans précipitation *et n'a pas été l'effet de la crainte.*

2) Vgl. Geſch. der Rev.-Zeit, III, 241; Hiſtor. Zeitſchr. XV, 105.

derung der holländiſchen Zuſtände im Herbſt 1794 ſpricht Vivenot von einem zwiſchen Pitt und dem Großpenſionär Spiegel verhandelten Plan, Belgien mit Holland zu einem Königreich unter oraniſcher Herrſchaft zu vereinigen. „Vivenot", bemerkt Sybel (Zeitſchr. XV, 111), „findet in dieſem Gedanken einen neuen Beweis für die abſcheuliche Treuloſigkeit, mit der Oeſtreich von ſeinen damaligen Alliirten behandelt worden; während 30,000 Oeſtreicher für die Rettung Hollands geblutet, hätte Holland ſich mit dem Raube einer öſtreichiſchen Provinz zu bereichern geſucht." „Er hat hier", fährt Sybel fort, „auf Seite 295 bereits wieder vergeſſen, was er kurz vorher auf Seite 272 erzählt hat, jene officielle Erklärung Pelſers an Spiegel, daß der Kaiſer Belgien als eine Laſt für Oeſtreich betrachte und das Land nur wegen ſeines Verhältniſſes zu den Seemächten behaupten möchte." Sehen wir nun, was auf dieſer Seite 272 ſteht. Pelſer berichtet an Thugut am 6. Auguſt, er habe im Auftrage Mercys im Anſchluſſe an das, was damals in Wien und im Hauptquartier verhandelt wurde, die holländiſche Regierung von den Geſinnungen des Kaiſers in Bezug auf Belgien in Kenntniß geſetzt. „In Folge deſſen," ſchreibt er, „habe ich dem Greffier bemerkt, der Kaiſer betrachte die Niederlande allerdings als eine läſtige [oder mit Laſten verbundene] Beſitzung (à la verité comme une possession onéreuse), ſie ſeien ihm aber werthvoll aus politiſchen Rückſichten als ein Band, das ihn mit den Seemächten vereinigt halte; er habe nicht die Abſicht gehabt, ſie zu verlaſſen, ſondern er werde ſich ſogar bemühen, ſie auch für die Zukunft zu bewahren und unverzüglich wieder einzunehmen." Die meiſten Leſer würden aus dieſer Stelle ſchließen, der Kaiſer ſage ja, die Niederlande ſeien ihm werthvoll, er wünſche ſie zu behalten und wolle ſie nicht aufgeben, eine Anſicht, die Pelſer gewiß den holländiſchen Staatsmännern gegenüber noch entſchiedener als in jenem Briefe an Thugut zum Ausdruck brachte. Aber, ſchließt Sybel, Pelſer hat doch geſagt, Belgien ſei für den Kaiſer eine Laſt — Seite 90 der Abhandlung heißt es, nur eine läſtige Beſitzung — und deshalb ſoll nach einer ſolchen Eröffnung und nach Thuguts Aeußerungen gegen

Lord Spencer „ein moraliſches Bedenken gegen jene Erwägungen Pitts und Spiegels unerfindlich“ ſein.

Mehr als dieſe drei Zeugniſſe hat Sybel aus öſtreichiſchen Dokumenten nicht angeführt. Ich überlaſſe den Leſern das Urtheil, ob ſie zur Beſtärkung ſeiner Anſicht geeignet ſind. Es bleibt aber noch zu unterſuchen, was den Ereigniſſen im Oſten zur Entſcheidung der ſtreitigen Frage ſich entnehmen läßt. Daß die polniſchen Angelegenheiten gerade im Sommer 1794 einen höchſt bedeutenden Einfluß auf den Krieg am Rheine äußerten, habe ich ſchon hervorgehoben. Wir ſahen, wie die Bewegungen Möllendorfs vornehmlich durch die Rückſicht auf Polen beſtimmt wurden. Noch entſchiedener machte dieſer Einfluß ſich geltend, als der polniſche Feldzug im Herbſt für Preußen einen übeln Ausgang nahm. Nicht genug, daß die Belagerung von Warſchau keine Fortſchritte machte, ſie mußte ſogar am 6. September aufgehoben werden, und um ſo dringender wünſchte man, das am Rheine ſtehende Heer in Polen verwenden zu können. Es trat noch ein Umſtand ein, der dieſen Wunſch verſtärkte und zugleich die Erfüllung zu erleichtern ſchien. Bis zum 1. October waren die im haager Traktat verſprochenen Hülfgelder trotz der wachſenden Mißſtimmung richtig bezahlt worden; aber gegen Ende Septembers eröffnete Pitt dem preußiſchen Geſandten, Baron von Jacobi: in Folge der Unthätigkeit der preußiſchen Truppen müſſe die engliſche Regierung die Zahlungen unterbrechen, Malmesbury werde Vorſchläge zu einem neuen Vertrage machen, der die Armee des Marſchall Möllendorf zur Verfügung Englands ſtelle. Als Jacobi die Befürchtung äußerte, der König könne darin einen Bruch der haager Uebereinkunft finden, erwiederte der engliſche Miniſter, dieſe Bemerkung habe man ſich bereits in London gemacht [1]). Beinahe gleichzeitig mit dieſer Nachricht gab auch der Fürſt Reuß die Erklärung ab, daß Oeſtreich zur Mitwirkung in Polen außer

1) Das Miniſterium an Luccheſini am 12. October. Dieſelbe Erklärung erhielt Hardenberg von Malmesbury in Frankfurt am 11. October. Vgl. Diaries of Malmesbury III, 141.

Stande sei [1]), und sofort erging an Möllendorf der Befehl, die ihm anvertraute Armee, insbesondere die 20,000 Mann, welche in Folge des Bündnisses vom 7. Februar 1792 als Hülfscorps am Rheine standen, nach Preußen zurückzuführen. Noch am 16. October hatte der Prinz Hohenlohe dem Herzog von Sachsen-Teschen aus dem preußischen Hauptquartier die Zusicherung überbracht, Möllendorf werde seine Stellung an der Selz behaupten und, wenn die Franzosen gegen Mainz vorgingen, einer Schlacht nicht ausweichen; aber zwei Tage später kündigte der Marschall an, „politische Verhältnisse könnten ihn nöthigen, den Rhein zu passiren." Am 25. erhielt Malmesbury von Hardenberg zu Frankfurt eine Note, daß Preußen den haager Vertrag durch die Unterbrechung der Zahlungen als aufgehoben betrachte; schon drei Tage früher hatte das preußische Heer bei Mainz den Rückzug auf das rechte Ufer angetreten. Fast wehrlos blieb die wichtige Festung dem nahen Feinde gegenüber; nur der raschen und energischen Thätigkeit des Herzogs von Sachsen-Teschen gelang es, die nothdürftigen Mittel der Vertheidigung zu beschaffen. Nachdem am 25. December die Rheinschanze, Mannheim gegenüber, und im Juni des folgenden Jahres auch Luxemburg verloren war, blieb Mainz das Letzte, was auf der linken Seite des Rheines den Deutschen noch gehörte.

Vivenot, der über diese Ereignisse im ersten Bande seines Werkes (274 fg.) manches Neue und Werthvolle mittheilt, hat nicht unterlassen, neben einzelnen gerechten auch wieder eine Reihe grundloser Anklagen gegen Preußen vorzubringen. Man wird zugeben müssen, daß der Charakter und das Verfahren des Marschall Möllendorf den Erfolg des Feldzugs nicht gefördert habe. Männer wie Hohenlohe oder Blücher hätten das Mißverhältniß zwischen den verbündeten Armeen nicht in solchem Maße sich steigern lassen; aber es ist schon von Sybel mit Recht hervorgehoben, man könne den Marschall nicht für die Befehle, die er von Berlin erhielt, verantwortlich machen. Daß er absichtlich das

1) Das Ministerium an Lucchesini am 14. October.

am 16. October gegebene Wort gebrochen und nur zum Schein durch einen preußiſchen Courier ſich ſelbſt gewiſſermaßen einen Gegenbefehl zugefertigt habe, iſt eine willkührliche Behauptung Vivenots; nach den Berichten, welche zwiſchen dem 10. und 14. October dem preußiſchen Miniſterium aus London und Wien zukamen, iſt es durchaus erklärlich, daß eben am 17. oder 18. der Befehl zum Rückzug Möllendorf erreichen mußte [1]). Die Räumung des linken Rheinufers, die Sorgloſigkeit, mit der man Mainz gerade im Augenblicke großer Gefahr verließ, kann gewiß kein Deutſcher erfreulich oder für Preußen rühmlich nennen; aber es läßt ſich nicht beſtreiten, daß mit der Suspenſion der engliſchen Zahlungen allerdings der Vertrag vom 19. April verletzt war, und daß Preußen eben damals eine Verſtärkung ſeiner Macht in Polen lebhaft wünſchen mußte. Die Anklage, Preußen habe mit Vorbedacht in verrätheriſcher Abſicht das linke Rheinufer und Mainz dem Feinde preisgegeben (I, 310), halte ich für ungefähr ebenſo wahrſcheinlich als Sybels Behauptung (III, 115), Thugut habe ſich geſperrt, die preußiſche Armee nach Belgien kommen zu laſſen, weil er die Franzoſen in das Land hinein zu bringen wünſchte.

Wenn Vivenot nicht Vorwürfe genug auf Preußen häufen kann, ſo weiß Sybel dagegen Oeſtreich für das ganze Unheil verantwortlich zu machen. Das wirkſamſte Mittel dafür bieten eben die polniſchen Ereigniſſe; er ſucht nachzuweiſen, daß der Kaiſer durch den Aufſtand in Warſchau zu dem Entſchluß bewogen wurde, die Niederlande und das linke Rheinufer aufzugeben, daß die Begier nach polniſcher Beute Thuguts ganzes Intereſſe nach dem Oſten lenkte, daß dahin die Kräfte des Staats verwendet und den Heeren im Weſten die Mittel entzogen wurden, die den günſtigen Erfolg des Feldzugs hätten entſcheiden können. Sybel beruft ſich dafür insbeſondere auf eine Angabe Vivenots (I, 39), daß nach einer Liſte des Hofkriegsrathes zu Anfang des Jahres in den

1) Damit ſind auch die von Häuſſer a. a. O. I, 581 mitgetheilten Briefe Möllendorfs an Hohenlohe wohl zu vereinigen.

öſtreichiſchen Provinzen 144,000 Mann Garniſontruppen geſtanden haben, darunter beinahe 40,000 in Böhmen und Mähren; endlich hebt er noch hervor, daß Oeſtreich ſelbſt die Schuld trug, wenn die preußiſche Armee vom Rheine zurückgezogen wurde, indem es böswillig, aus Eiferſucht gegen Preußen, die vertragsmäßige Unterſtützung durch ein Corps von 20,000 Mann in Polen verweigerte. So ergibt ſich für ihn „der evidenteſte Beleg zu dem Satze, daß der Rhein nur deshalb an die Franzoſen verloren ging, weil in der großen Allianz, die ihn zu vertheidigen hatte, Oeſtreich trotz allen Vertragspflichten die polniſchen Wünſche Preußens zu kreuzen ſuchte“ (Zeitſchr. XV, 82, 108).

Aber dieſe Ausführung unterliegt doch erheblichen Bedenken. Ich glaube gezeigt zu haben, daß man in dem, was in Belgien geſchah, wenig Anhaltspunkte zu ihrer Unterſtützung findet; ſehen wir, ob die Ereigniſſe im Oſten ſich ausgiebiger erweiſen. Hier muß es zunächſt befremden, daß Sybel auf die erwähnte Angabe Vivenots ſo überaus großes Gewicht legt, ja, daß er ſie mit ungewohnter Bereitwilligkeit aufgenommen hat, da ſie doch, wie er auch bemerkt, gerade als ein Beiſpiel der ungenauen, zuweilen einander widerſprechenden Zahlen ſeines Gegners dienen kann. Denn nach derſelben Liſte, aus der in einer Anmerkung die Garniſontruppen auf 144,000 ſich berechnet finden, wird im Text neben 87,000 Mann in den Niederlanden, 40,000 in Piemont, 85,000 am Oberrhein die Zahl der im Innern ſtehenden Truppen auf 130,000 Mann angegeben. Außerdem ſcheint Sybel entgangen zu ſein, daß von den 144,000 oder 130,000 Mann 70,000 als Ergänzung für die Feld-Armeen zum Abmarſch bereit ſtanden; daß aber unter dieſen 70,000 Mann die Truppen in Böhmen und Mähren nicht zum geringſten Theil begriffen waren, erſieht man aus einem kaiſerlichen Reſcript vom 17. Februar 1794, nach welchem die belgiſche und die Rheinarmee verſtärkt werden, und in Böhmen und Mähren nur eine mittelmäßige Beſatzung für die Feſtungen Pleß, Thereſienſtadt, Königgrätz und Olmütz zurückbleiben ſoll [1]). Nach Abzug dieſer 70,000 Mann

1) Vgl. Vivenot a. a. O. I, 32.

ſind für die ganze Monarchie noch 74,000 oder, wie die Liſte des Hofkriegsrathes ausdrücklich angibt, noch 60,000 übrig, eine Zahl, die in Anbetracht der Zuſtände in Ungarn und Polen, bei der Gefahr eines türkiſchen Krieges nicht zu hoch, ſondern kaum ausreichend erſcheint und nicht auf die Abſicht ſchließen läßt, dem Krieg in Belgien bedeutende Kräfte zu Gunſten einer Unternehmung im Oſten zu entziehen [1]). Indeſſen dieſe Abſicht ſoll ja auch nicht im Februar, ſondern zu Ende Mai in Folge des polniſchen Aufſtandes hervorgetreten ſein. Wie dieſem Ereigniß gegenüber die Politik Thuguts ſich geſtaltete, darüber ſind die entſcheidenden Urkunden noch nicht veröffentlicht; auch über das, was in Polen von Seiten Oeſtreichs geſchehen iſt, würde ich Hermanns Unterſuchungen, die wir erwarten dürfen, ſehr gern ſchon vor Augen haben. Indeſſen, es iſt doch eine Quelle von großer Bedeutung zugänglich, nämlich die Berichte Caeſars und Lucheſinis, die in Wien Alles, was ſich auf Polen bezog, mit vorzüglicher Aufmerkſamkeit verfolgten und Alles, was nach jener Seite geſchah, eher zu vergrößern als zu verkleinern geneigt ſein mußten. Aber auch in dieſen Berichten habe ich eine Beſtätigung von Sybels Anſicht nicht finden können. Erinnert man ſich, wie die zweite Theilung Polens von Rußland und Preußen vor kaum einem Jahre zur Ausführung gebracht war, erwägt man, wie ſeit jener Zeit die Verhältniſſe ſich entwickelt hatten, wie unſchätzbar wichtige Intereſſen der polniſche Aufſtand aufs Neue in Frage ſtellte, ſo könnte es durchaus nicht befremden, wenn der Kaiſer einen weſentlichen Theil nicht nur ſeiner Sorge, ſondern auch ſeiner militäriſchen Kräfte nach dieſer Seite verwendet hätte. Aber man findet das Gegentheil. Am 2. April ſchreibt Lucheſini, der Ausbruch des polniſchen Aufſtandes rufe

1) Auch der engliſche Geſandte in Wien Sir Morton Eden berichtet beim Anfang der polniſchen Unruhen: It is a most alarming business for this country, as Galicia is not without his malcontents, and there are not 1000 troops left in the whole province. Journal of Lord Auckland, III, 200.

in Wien große Aufregung hervor, einige der für den Rhein bestimmten Truppen sollten zur Vertheidigung der Gränze nach Galizien abgehen. Am 19. April folgt eine ähnliche Bemerkung. Aber schon am 10. Mai berichtet er, es werde alles Verfügbare nach Belgien geschickt, Thugut scheine aus Rücksicht auf England nur für das Heer in Belgien Sorge zu tragen. In der That verhielt sich Oestreich den Polen gegenüber beinahe neutral; nur wiederholte Aufforderungen von Seiten Rußlands konnten bewirken, daß ein wenig zahlreiches Truppencorps in der Nähe von Krakau gesammelt wurde und im Sommer auf einige Zeit die Gränze überschritt. Kosciusko hütete sich weislich, Oestreich durch Feindseligkeiten zu reizen, er suchte sogar der Meinung Eingang zu verschaffen, daß die Oestreicher heimlich mit ihm einverstanden seien, und in Wien geschah so wenig, diese Meinung zu widerlegen, daß Rasumowski und Caesar daran großen Anstoß nahmen. Es kostete beiden nicht geringe Mühe, gegen einige vornehme Polen, die sich in Karlsbad aufhielten, einen Verhaftbefehl zu erlangen, damit sie als Geißeln für die in Warschau zurückgehaltenen Mitglieder der russischen und preußischen Gesandtschaft dienen möchten [1]). Uebrigens wünschte Preußen, wie man sich leicht erklären wird, nichts mehr, als daß Oestreich in dieser wartenden und beobachtenden Stellung verbliebe; noch am 21. Juli, als die Belagerung von Warschau schon einige Tage dauerte, wird Caesar angewiesen, die kaiserliche Regierung durchaus zu keinem aktiven Schritt gegen Polen zu drängen. Erst als die ungünstige Wendung des Krieges eintrat, als die Eroberung Warschaus nicht gelingen wollte, erst da brachten die Mahnungen der Kaiserin von Rußland den König zum Entschluß, Oestreich um Beistand anzugehen. Ende August wurde Luccheſini, ganz gegen seinen Willen, aus dem polnischen Lager nach Wien geschickt, um über die Sendung Spencers und Grenvilles Genaueres in Erfahrung zu bringen und den Beistand östreichischer Truppen zur Belagerung Warschaus in Anspruch zu nehmen. Ueber die

1) Vgl. Caesar vom 22., 28., 30. Juni und 16. Juli 1794.

Verhandlungen erfuhr er nur, daß man ſich geeinigt habe, den Krieg fortzuſetzen, insbeſondere die Linie der Maas mit aller Anſtrengung zu behaupten. Er klagt bitter über die hochmüthigen Inſulaner, welche die preußiſchen Truppen nicht anders denn als Söldner ihrer egoiſtiſchen Politik anſehen wollten. Auch über Polen hörte er den Kaiſer in der erſten Audienz am 21. Auguſt nur in allgemeinen Ausdrücken reden; drei Tage ſpäter eröffnete Thugut ihm und Raſumowski, der Kaiſer beſitze nicht Truppen genug, um ſich an der Belagerung Warſchaus zu betheiligen, allenfalls könnten öſtreichiſche Truppen die ruſſiſchen in Volhynien erſetzen. Luccheſini meint ſpöttiſch, ſie würden ſich auch wohl entſchließen, die Preußen in Krakau zu vertreten. Er iſt durchaus zufrieden mit der öſtreichiſchen Antwort; man habe ſie vorherſehen können, ſchreibt er an das Miniſterium; nur ſehr ungern habe er ſich nach Wien ſchicken laſſen, es ſei auf Betreiben Rußlands geſchehen und von keinem klugen Diener dem Könige angerathen. Uebrigens ſei der Kaiſer wirklich nicht in der Lage, Beiſtand zu leiſten; man wiſſe kaum Mittel zu finden, um den Krieg am Rheine fortzuſetzen, denn Ungarn ſei nach Ausſage des Großkanzlers, des Grafen Palffy ſehr ſchwierig, die Erblande erſchöpft, die Armee unzufrieden, in Polen ſtänden nur 5—6000 Mann; wäre es anders, ſo würde man die Gelegenheit, für die Hülfe gegen Warſchau Krakau fordern zu können, gewiß nicht vorübergehen laſſen [1]). Dieſe letzte Bemerkung iſt vollkommen richtig, und es zeugt von der äußerſten Erſchöpfung des Kaiſerſtaates, daß man auch in der nächſten Zeit gar keine Maßregeln trifft, um in die polniſchen Angelegenheiten kräftig einzugreifen. Wenig Tage, nachdem Luccheſini im preußiſchen Hauptquartier wieder angelangt war, am 6. September, mußte, wie erwähnt, die Belagerung von Warſchau aufgehoben werden. Unter dieſen Umſtänden wandte der König am 9. September aus dem Lager zu Raczin ſich abermals an den Wiener Hof und zwar mit der beſtimmten

1) Vgl. Luccheſinis Berichte an das Miniſterium vom 22. und 25. Auguſt. Am 29. reiſte er in das Hauptquartier wieder ab.

Forderung jener 20,000 Mann, welche das Bündniß vom 7. Februar 1792 jedem der beiden Bundesgenoſſen, falls er angegriffen wäre, von Seiten des Andern zur Verfügung ſtellte. Es war die Drohung beigefügt, der König würde, wenn die öſtreichiſche Hülfe ausbliebe, ſich gewungen ſehen, von der Rheinarmee 20,000 Mann nach Polen abzurufen [1]). Thugut erklärte jedoch ſchon am 17. September, es ſei dem Kaiſer unmöglich, eine Hülfsarmee zu ſtellen, er habe kaum Truppen genug, um nur die Gränze von Galizien zu decken, und abermals iſt es Luccheſini, der dieſe Ausſage aufs Beſtimmteſte beſtätigt. Er kam zu Anfang Octobers wieder nach Wien, hatte ſogleich eine lange Unterredung mit Thugut und berichtet am 4., der Kaiſer weigere das Hülfcorps, ſei aber auch gar nicht vermögend, es zu ſtellen; der General Harnoucourt habe kaum 5000 Mann zuſammengebracht. Luccheſini ſpricht ſeine Freude aus, daß es ſo ſei; er habe deshalb gar nicht verſucht, Thugut zu widerlegen, denn der König erhalte jetzt das Recht, die 20,000 Mann vom Rheine zurückzurufen. Mir ſcheint, dieſe Aeußerungen geben von der Lage der Dinge kein unrichtiges Bild; ich komme ſpäter darauf zurück, für jetzt ziehe ich nur die Folgerung für die belgiſchen Angelegenheiten. Man könnte vielleicht einwenden, Luccheſini, welcher bewaffnete Unterſtützung von Seiten der Oeſtreicher nicht wünſchte, habe leichter als billig den Verſicherungen Thuguts, daß er ſie nicht leiſten könne, Glauben geſchenkt. Dem ſteht aber ſchon entgegen, daß er doch vor Allem wünſchte, den König gegen Oeſtreich aufzubringen und das Bündniß zu zerreißen. Und von dieſem Geſichtspunkte aus hatte er noch weit ſtärkere Gründe, Thuguts Weigerung gerade nicht als die Folge mangelnder Kräfte, ſondern als die Abſicht eines böſen Willens darzuſtellen. Aber mag man auch annehmen, Luccheſinis Angaben über die Truppen in Polen und Galizien ſeien zu niedrig gegriffen, Harnoucourt habe über das Doppelte und noch mehr verfügt, das, ſcheint mir, geht doch aus dem Ganzen unverkennbar hervor, daß Oeſtreichs militäriſche

1) Vgl. die von Vivenot a. a. O. II, I, 621 mitgetheilten Urkunden.

Kräfte nicht vorzugsweiſe nach der polniſchen Seite gerichtet waren, daß die Maßregeln, die dort vorgenommen wurden, auf die Bewegungen der belgiſchen Armee nicht entſcheidend einwirken, die nach dem Rhein abgeſandten Verſtärkungen nicht einmal erheblich ſchmälern konnten, und daß ſie am wenigſten den Plan einer freiwilligen Räumung Belgiens vermuthen laſſen.

Und damit fällt, wenn ich nicht irre, auch das letzte der Argumente, die Sybel für ſeine Anſicht angeführt hat, und ich möchte glauben, auch die Anſicht ließe ſich nicht mehr aufrecht halten. Keineswegs will ich aber behaupten, daß die von Sybel hervorgehobenen Gründe: Belgiens ungünſtige Lage, die ausgeſprochene Abneigung mancher Offiziere gegen den belgiſchen Krieg, endlich die Unruhen in Polen — daß alle dieſe Gründe auf den Verlauf und den Ausgang des Feldzugs ohne Einfluß geblieben ſeien. Hätte es ſich ſtatt um Brüſſel, um Wien gehandelt, ſo würde man wohl andere Anſtrengungen gemacht haben. Daß der belgiſche Feldzug für die öſtreichiſche Kriegführung oder Verwaltung rühmlich geweſen ſei, läßt ſich gewiß nicht behaupten, ſelbſt die Lobſprüche Vivenots können den Mangel an Geiſt und Thatkraft nicht verdecken. Aber es iſt weit von da bis zu einem beſtimmten Plane, Belgien oder gar das linke Rheinufer freiwillig, ohne militäriſche Nöthigung aufzugeben, und ich glaube, nach dem, was bis jetzt vorliegt, iſt man in keiner Weiſe berechtigt, das Beſtehen eines ſolchen Planes bei dem Kaiſer oder bei Thugut vorauszuſetzen.

Sybel äußert in der Vorrede zur zweiten Auflage ſeines Werkes, eine poſitive Entſcheidung über die Differenz zwiſchen ihm und Witzleben werde man wohl bis zur Eröffnung der Wiener Archivalien vertagen müſſen; in dem letzten Aufſatze gegen Vivenot wünſcht er beſonders, den Briefwechſel zwiſchen Thugut und Mercy veröffentlicht zu ſehen. Ich theile dieſen Wunſch, aber was wir Vivenots Buche ſchon verdanken, ſcheint mir, wenn nicht erſchöpfend, doch hinreichend, um die Vermuthung zu rechtfertigen, auch der noch rückſtändige Theil werde für Sybels Anſichten nicht günſtig lauten. Hinſichtlich des Mercyſchen Briefwechſels wird

dies durch zwei Zeugniſſe noch beſonders wahrſcheinlich. Das erſte, deſſen auch Sybel einmal, freilich in anderem Sinne erwähnt, iſt die Aeußerung eines engliſchen Diplomaten, des Lord Auckland, ſein alter Freund Mercy habe ihm noch auf dem Todesbette die Verſicherung gegeben, daß es keineswegs in der Abſicht des Kaiſers liege, Belgien zu räumen. Auckland hat ſich dadurch nicht überzeugen laſſen, er hält nach wie vor an ſeinem Verdachte feſt [1]), aber das, ſagt er, müſſe er doch vorausſetzen, daß Mercy was er verſicherte auch wirklich geglaubt habe [2]). Wichtiger iſt das zweite Zeugniß. Der bekannte Freund Mirabeaus, Prinz Auguſt von Aremberg, Graf de la Marck, hatte ſchon während der erſten Jahre der Revolution mit Mercy in Paris in enger Verbindung geſtanden. In ſeinen Memoiren wird erzählt, wie er dann im Herbſte 1791 zu Brüſſel in Mercys Cabinet gearbeitet und von den geheimſten Briefſchaften Kenntniß erhalten habe. Im Sommer 1794 beim Herannahen der Franzoſen ging er mit Mercy nach dem Schloſſe Brühl und verweilte dort mit ihm, bis der Miniſter nach England abreiſte. Er ſagt ausdrücklich: „Im Jahre 1794 bemühte ſich der Graf Mercy vergeblich, den General Clerfayt vom Rückzug über den Rhein abzuhalten. Es war der verhängnißvolle Entſchluß dieſes Generals, ſich vor den franzöſiſchen Armeen in Eile zurückzuziehen, der die belgiſchen Provinzen auf immer für Oeſtreich verloren gehen ließ“ [3]). Dieſe Memoiren ſind mehr als zwanzig Jahre nach den Ereigniſſen in Wien verfaßt und gerade an dieſer Stelle nicht genau; offenbar wird Clerfayt mit Koburg verwechſelt. Aber daß ein Mann wie la Marck ſolche Worte gerade nur beiläufig aus eigenſter Kenntniß

1) Die von Sybel (III, 117) herausgehobenen Zeilen ſind übrigens, wenn man den Zuſammenhang des ganzen Briefes vor Augen hat, nicht ſo beweiſend, als die Leſer „der Geſchichte der Revolutionszeit“ glauben könnten; denn gleich im folgenden Satze fügt Auckland hinzu, daß er ein beſtimmtes Urtheil gar nicht ausſprechen wolle.

2) Vgl. Journal of Lord Auckland, III, 269.

3) Vgl. Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de la Marck, publiée par M. Ad. de Bacourt, Paris 1851, I, 268.

und Erinnerung niederschreiben konnte, scheint mir für Mercys Ansichten und Thätigkeit ein sehr bedeutendes Zeugniß. Solche beinahe zufällige Andeutungen geben gewöhnlich den richtigen Fingerzeig; folgt man ihm, so erklärt sich auch in diesem Falle Alles durchaus einfach und ungezwungen. Es ist wahrlich mehr als einmal vorgekommen, daß ein Feldzug in einer fernen Provinz, von verschiedenen Staaten mit verschiedenen Interessen unternommen, ohne sonderliche Energie geführt wurde, daß ein bejahrter durch Krankheit geschwächter General zu kräftigen Entschlüssen sich nicht zu ermannen und unter solchen Umständen einer bedeutenden feindlichen Ueberzahl nicht Stand zu halten vermochte. Beinahe eben so oft ist es geschehen, daß dann die öffentliche Meinung den natürlichen Zusammenhang nicht erfaßte, daß insbesondere die zunächst und also am meisten Benachtheiligten in verrätherischen Verbindungen, in geheimen Unterhandlungen und ähnlichen außerordentlichen Umständen den Grund und die Erklärung ihres Mißgeschickes suchten. Nichts anderes begegnet uns hier, nichts, das besonders in Erstaunen setzen könnte, das nicht, um nur das Nächstliegende anzuführen, auch bei dem preußischen Rückzug aus der Champagne sich ereignet hätte. Dagegen muß die Sybelsche Ansicht beständig zu den sonderbarsten Voraussetzungen ihre Zuflucht nehmen, ohne daß sie gleichwohl für das, was geschehen, eine ausreichende Erklärung fände. Denn wozu — um nur Eines hervorzuheben — wozu dies Gaukelspiel der kaiserlichen Briefe an die Generale, die beständigen Bitten und Ermahnungen zum Angriff, wenn man wollte, daß sie das Gegentheil vornehmen sollten? Ich wüßte einen Grund nicht anzugeben; die Engländer zu täuschen kann es nicht geschehen sein, denn Grenville schreibt ja ausdrücklich aus Wien, daß Thugut ihm die Anweisungen, die uns jetzt vorliegen, nicht einmal zeigen wollte.

Vergleicht man übrigens die verschiedenen Ausgaben des Sybelschen Werkes, so wird man leicht erkennen, daß, wenn nicht in der Grundansicht, doch in den Einzelheiten manche Veränderung und, ich glaube, Verbesserung vorgenommen sei. Insbesondere ist

dies auch rücksichtlich des belgischen Feldzuges bei einem, wenn nicht der wichtigsten, doch vielleicht der am meisten auffallenden Punkte geschehen, ohne daß aber Vivenot dadurch abgehalten wäre, dem schon zurückweichenden Gegner gewissermaßen eine volle Salve nachzusenden. Man erlaube darüber noch wenige Worte.

Zuerst als Flugblätter im März 1795, zwei Jahre später in einer Zeitschrift: Das neue, graue Ungeheuer, herausgegeben von einem Freunde der Menschheit, Upsala 1797, erschienen zwei angebliche Schreiben des Prinzen von Koburg, das eine ein Brief an den König von Preußen, das andere das Abschiedsgesuch an den Kaiser. Sie enthalten neben sehr schmeichelhaften Lobsprüchen für die preußische Armee die heftigsten Klagen über die schlechte Verwaltung, die Umtriebe und Intriguen, welche auf Seiten Oestreichs das Unglück des letzten Feldzugs verschuldet und die Armee bis zur Verachtung in den Augen ihrer Rivalen erniedrigt hätten. Ein General von Kopf und Herz, sagt der Prinz, „könne unmöglich seinem deutschen Muthe da entsprechen, wo eine Art von kabalöser Desorganisation die Oberhand gewinne"; er klagt dann in herbem Tone über die Mängel der östreichischen Kriegführung, seine Vorwürfe reichen bis auf die Zeit zurück, da Oestreich in der Champagne die Preußen nicht ausreichend unterstützt habe, auch die Hauptschuld der Unfälle von 1793 wirft er auf Wurmser und seine Gönner; „in einer solchen Lage bleibe einem treuen Diener nichts übrig, als den Stab niederzulegen, den er gern mit Lorbeern umwunden dem Kaiser überreicht hätte."

Von östreichischer Seite unterließ man nicht, mit Bewilligung des Prinzen in einer Reihe von Zeitungen die Unächtheit dieser Aktenstücke hervorzuheben. Diese Anzeigen sind aber, wie es scheint, von Sybel wie von Häusser unbemerkt geblieben, da beide nach einer handschriftlichen Mittheilung längere Auszüge des Abschiedsgesuches ihren Werken einverleibten. Erst Witzleben unterwarf das sonderbare Schriftstück einer sorgfältigen Prüfung und gab den sichersten Beweis für die Unächtheit, indem er (III, 420) aus dem Koburger Archiv das ächte, eigenhändig geschriebene Abschiedsgesuch des Prinzen mittheilte. Er hielt sich aber bei der Bescheidenheit

— oder, muß man in dieſem Falle ſagen, bei der Furchtſamkeit? — die ſein Buch Sybel und Häuſſer gegenüber charakteriſirt, nicht für berechtigt, ein beſtimmtes Urtheil auszuſprechen. Sybel hat darauf ſchon in der zweiten Auflage die bezügliche Stelle ausgelaſſen; in Häuſſers neueſter Auflage (1860, Bd. I, S. 569) findet ſie ſich noch, ich möchte aber annehmen, daß er Witzlebens wenig früher erſchienenen dritten Band noch nicht vollſtändig gekannt habe, obgleich ich ihn S. 550 ſchon angeführt finde.

In die übergroße Vorſicht Witzlebens iſt Vivenot, wie man denken kann, nicht verfallen. Er macht (II, II, 289 fg.) aus dem Wiener Archiv einige recht intereſſante Mittheilungen, aus denen man den Unwillen erſieht, den die Fälſchung in Wien erregte. Dann ergreift er die Gelegenheit, in einer beinahe dreißig Seiten füllenden Peroration (II, II, 590—617) Sybel und Häuſſer und zugleich die Leſer und Käufer ſeines Buchs für die Sünden der „kleindeutſchen Geſchichtsbaumeiſter" büßen zu laſſen, ein Verfahren, das ihm um ſo weniger zuſteht, als er ſelbſt im erſten Bande ſeines Werkes (S. 137) die Aechtheit des Dokumentes nicht beſtritten, ſondern nur in ganz unzuläſſiger Weiſe die Klage „der kabalöſen Desorganiſation", ſtatt auf Oeſtreich, auf Preußen hat beziehen wollen. Und doch trägt das Dokument nach Form und Inhalt ſo unzweifelhaft ſeine Unächtheit zur Schau! Auch vor dem Erſcheinen des Witzlebenſchen Buches war man doch von Koburgs Charakter genugſam unterrichtet, um einzuſehen, daß er ſeinem Kaiſer unmöglich in ſolchem Tone ſchreiben konnte[1]). Dazu kommen noch zwei thatſächliche Angaben über das verſpätete Eintreffen Clerfayts auf dem Schlachtfelde von Valmy und eine Unterredung Koburgs mit dem Kaiſer in Brüſſel, deren Unrichtigkeit dem Prinzen nicht entgehen, die er alſo überhaupt nicht, am wenigſten an den Kaiſer ſchreiben konnte. Es iſt noch nicht lange, daß die angeblichen „Morgenunterhaltungen" Friedrichs des Großen mit dem Anſpruch einer neuen Entdeckung wieder vor-

1) Nach einem Berichte Luccheſinis vom 11. April 1795 hatte er damals ſogar dem Kaiſer ſeine Dienſte wieder angeboten.

geführt, eine unverdiente Aufmerkſamkeit herausforderten. Gewiß iſt es zu bedauern, wenn dies unerfreuliche Machwerk auch nur einen gläubigen Leſer gewonnen hat; aber man fühlt ſich einigermaßen zur Entſchuldigung geneigt, wenn man findet, daß eine nicht ſehr viel geſchicktere Fälſchung ſogar hervorragende Geſchichtskenner täuſchen konnte.

Fünftes Kapitel.

Der Friede zu Baſel.

Wenn die ſchnelle Räumung der Niederlande den öſtreichiſchen Generalen zum Vorwurf geworden iſt, ſo muß ich beinahe den entgegengeſetzten Tadel fürchten, daß ich mich in Belgien zu lange aufgehalten habe. Möchten freundliche Leſer ſich erinnern, daß ich dies Buch nicht als eine Geſchichte, ſondern als Studien bezeichnete, deren größerer oder geringerer Umfang ſich nicht immer ſtrenge nach der hiſtoriſchen Wichtigkeit der Ereigniſſe bemeſſen läßt. Zudem bildet der Feldzug von 1794 doch in der That im Revolutionskriege einen Wendepunkt, den man auch bei den folgenden Ereigniſſen nicht aus den Augen verlieren darf.

Denn der Same der Zwietracht, den ſchon die früheren Jahre hatten anwachſen ſehen, war nun zur vollen Blüthe gezeitigt. Selbſt in glücklichen Tagen halten Coalitionen ſich nicht leicht in Uebereinſtimmung, die Probe des Unglücks hat noch keine beſtanden, und wenn die Uneinigkeit ſchon während des Feldzugs den deutſchen Mächten verderblich geworden war, ſo traten zu Ende des Jahres die Intereſſen noch entſchiedener im Weſten und beſonders im Oſten ſich entgegen. Beinahe zu derſelben Zeit, als die Preußen die Belagerung von Warſchau aufgeben mußten, rückten die Ruſſen von Südoſten in Polen ein [1]). Suworoff errang am 18. September bei Brzesc einen blutigen Sieg, und ſchon am 10. October führte die Schlacht bei Maciejowice Kosciusko verwundet in ruſſiſche Gefangenſchaft; am 4. November folgt das Blutbad von Praga, vier Tage ſpäter zieht Suworoff in Warſchau ein. Ueber die Theilung der polniſchen Beute hatte von da ab

1) Ueber die Ereigniſſe in Polen vgl. Sybel a. a. O. III, 246 fg.

Katharina zu entſcheiden, die deutſchen Mächte waren von ihrem Willen abhängig. Beide ſuchten ihre Gunſt zu gewinnen, aber wie ſie im Jahre vorher Preußen auf Koſten Oeſtreichs gefördert hatte, ſo lag es jetzt in ihrem Intereſſe, ſich des Kaiſers anzunehmen, um ſo mehr, als Preußen durch die läſſige Führung des Krieges gegen Frankreich, bald ſogar durch Unterhandlungen mit der Republik ihren lebhafteſten Wünſchen entgegentrat.

Schon im Auguſt, als der Krieg in Polen und am Rheine immer ungünſtiger ſich geſtaltete, wagte Lucheſini, unterſtützt durch ein Schreiben Möllendorfs, dem Könige vom Frieden mit Frankreich zu reden, den er allenfalls ſelbſt in Wien in Anregung bringen könne. Der König wollte aber noch nichts von einem ſolchen Vorſchlage hören, höchſtens erlaubte er, daß Lucheſini gelegentlich im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung davon reden dürfe. Möllendorf, dem Lucheſini alsbald von dieſen Geſprächen Kenntniß gab, ſah auch darin ſchon einen Erfolg; wenig ſpäter ſandte er ſeinen Adjutanten Meyerink mit neuen Vorſchlägen nach Berlin, und diesmal fand er beſſere Aufnahme. Der König, durch die mißlungene Belagerung Warſchaus niedergebeugt, durch den ſchlechten Erfolg in Belgien verſtimmt, mit Rußland und Oeſtreich wegen der polniſchen Theilung im Zwieſpalt, gab die Erlaubniß, daß Möllendorf zwar noch nicht mit dem Wohlfahrtsausſchuß in Paris, aber doch mit einem franzöſiſchen Diplomaten im Auslande eine Unterhandlung anknüpfen möge, zunächſt wegen Einwechslung der Kriegsgefangenen, aber in der Weiſe, daß er auch Vorſchläge für den Frieden, wenn ſie dabei laut würden, weiter verfolgen könne. Als die geeignete Perſon bezeichnete Lucheſini den franzöſiſchen Geſandten in der Schweiz, Barthelemy, einen Mann durch ſeine Vergangenheit noch der alten Diplomatie angehörig, von gemäßigten Geſinnungen und einnehmenden Formen. Möllendorf ſäumte nicht, einen Kreuznacher Weinhändler Namens Schmerz nach Baden im Aargau abzuſenden, wo Barthelemy damals verweilte[1]); zugleich

1) Vgl. Sybel, Geſch. der Rev.-Zeit III, 243.

wandte er sich an den Kurfürsten von Mainz, setzte ihn von den Gesinnungen des preußischen Hofes in Kenntniß und mahnte ihn, für den Frieden auf dem Reichstage thätig zu werden. Der Kurfürst, jetzt selbst durch die französischen Heere bedroht, säumte nicht, dieser Weisung nachzukommen. Noch am 13. October hatte der Reichstag den Entschluß gefaßt, daß, wie am 23. November 1792 das dreifache, so jetzt das fünffache Reichscontingent zum Kriege aufzubieten sei[1]); indessen waren bei der Abstimmung schon vielfache Klagen und sogar die Wünsche nach Beendigung des Krieges laut geworden. Am 24. October stellte nun der kurmainzische Gesandte, Freiherr v. Strauß, trotz der dringenden Abmahnung des kaiserlichen Concommissars den Antrag, der französischen Republik von Reichswegen den Frieden auf der Grundlage des früheren Besitzstandes anzubieten; er schlug zugleich die Könige von Dänemark und Schweden, letzteren als Bürgen des Westphälischen Friedens zu Vermittlern vor. Dieser Schritt wurde aber in Wien ungnädig aufgenommen; man tadelte das rücksichtslose Verfahren des Mainzer Kurfürsten und fand den Zeitpunkt zu Friedensanträgen sehr übel gewählt. „Der Kaiser," hieß es in einem Schreiben, das am 28. October in Regensburg eintraf, „könne zwar leider nicht verwehren, wenn Muthlosigkeit die Vernunft ersticke, und die Stände Friedensanträge verhandelten, müsse aber in diesem Augenblicke allgemeiner Entmuthigung mehr als je auf nachdrücklicher Fortsetzung der Kriegsrüstung zum künftigen Feldzuge bestehen; denn einen ehrenvollen, annehmbaren Frieden könne Deutschland und Oestreich nur dann eingehen, wenn kein Franzose mehr auf deutschem Boden stünde"[2]). In der beigefügten Bestätigung des Reichsgutachtens vom 13. October war in eindringlichen Worten gemahnt, „das Beschlossene nun auch mit Patriotismus und Gewissenhaftigkeit zur Erfüllung zu bringen, damit nicht dereinst die Geschichte den Ausspruch fällen müsse, daß Deutschland, seiner eigenen Reichsschlüsse ungeachtet, dennoch in

1) Vgl. Vivenot a. a. O. I, 345.
2) Vgl. Vivenot a. a. O. I, 363.

der wichtigſten und dringendſten Angelegenheit, die je in den Jahrbüchern des Reichs erwähnt worden, zur Beſchleunigung ſeines eigenen Umſturzes ohne National-Intereſſe und Gemeinſinn geweſen ſei."

In ähnlichem Sinne ſprach ſich Thugut gegen Luccheſini aus; indeſſen Preußen war bereits entſchloſſen, nöthigenfalls auch ohne Oeſtreich ſeinen Weg zu gehen. Man erinnert ſich, wie Mitte Octobers der Vertrag mit den Seemächten aufgelöſt, das Hülfcorps in Polen von Oeſtreich verweigert wurde, und die preußiſchen Truppen am 22. auf das rechte Rheinufer zurückkehrten. Auch zeigte ſich immer deutlicher, daß bei der polniſchen Theilung Oeſtreich mehr als Preußen von Rußland begünſtigt und der Beſitz von Krakau ernſtlich beſtritten werde. Dagegen fand Meyerink, als er am 12. November in Baſel eintraf, bei dem franzöſiſchen Geſandtſchaftsſecretär Bacher eine ſehr freundliche Aufnahme. Allerdings hat er es auch an ſchönen Worten, weit über den Bereich ſeiner Inſtruction, nicht fehlen laſſen. Er ſetzte als unzweifelhaft voraus, daß der König von der Coalition ſich gänzlich zurückziehen und mit den proteſtantiſchen Reichsſtänden eine Ligue gegen den Kaiſer bilden werde. Weiter könne man an eine Verbindung zwiſchen Frankreich, Preußen, der Pforte, Dänemark und Schweden denken; ſelbſt zur Herſtellung Polens würde Preußen ſich allenfalls verſtehen, um der gefährlichen Ausdehnung Rußlands und Oeſtreichs eine Schranke zu ſetzen. Dagegen wünſchte er, daß man die Gefangenen auswechsle, die preußiſchen Provinzen am linken Rheinufer für neutral erkläre und vorläufig einen Waffenſtillſtand ſchließe [1]). Auf die letzten Vorſchläge gab Bacher keine beſtimmte Antwort, betheuerte aber, daß Frankreich gern auf die Herſtellung des Friedens, ja auf eine noch engere Verbindung eingehen werde, wenn die Reichsglieder ſich gegen den Ehrgeiz des Hauſes Oeſtreich um den König

1) Vgl. Bachers Berichte an den Wohlfahrtsausſchuß vom 12., 23., 25. und 27. November 1794 im Miniſterium des Auswärtigen zu Paris.

ſchaaren wollten [1]); das deutſche Reich könne man in den Frieden mit Preußen allenfalls einſchließen. Während in Berlin dieſe Nachrichten aus Baſel eintrafen, ſuchten mehrere Fürſten, die Landgrafen von Heſſen-Kaſſel und Darmſtadt, der Herzog von Zweibrücken und der Kurfürſt von Trier um Preußens Verwendung bei den ſiegreichen Franzoſen nach; auch aus Holland kamen dringende Bitten, entweder mit den Waffen oder durch Eröffnung einer allgemeinen Friedensverhandlung die bedrängte Republik zu erretten. So gewann die Friedenspartei in Berlin neuen Boden, zur Unterſtützung machte insbeſondere Prinz Heinrich, der Bruder Friedrichs des Großen und von jeher der eifrigſte Gegner des öſtreichiſchen Bündniſſes, ſeinen Einfluß geltend. Am 1. December ließ der König den früheren Geſandten in Paris, Grafen Goltz, nach Berlin berufen, damit er für eine Unterhandlung mit Barthelemy die nöthigen Anweiſungen empfange. Laut der Inſtruction, die am 8. December nach einem Entwurfe des Prinzen Heinrich ausgefertigt wurde, ſollte er zunächſt die Meinung bekämpfen, als ob die preußiſche Unterhandlung nicht aufrichtig gemeint ſei, alsdann einen Waffenſtillſtand erwirken, in den auch Mainz und ſeine Beſatzung eingeſchloſſen wären. Beim Frieden war Preußen bereit, die Republik anzuerkennen und die freundlichſten Beziehungen, nur nicht ein eigentliches Bündniß zu verſprechen; es verlangte aber die Räumung ſeiner Gebiete links vom Rhein, auch Neutralität und Waffenſtillſtand für die deutſchen Fürſten, welche preußiſche Verwendung angerufen hätten oder anrufen würden. Der König wünſchte als Vermittler des Friedens für das deutſche Reich und Holland einzutreten, war auch, wenn die Franzoſen es begehrten, zu ähnlichen Dienſten für Sardinien, Oeſtreich, England und Spanien geneigt. Ferner ſollte Goltz erforſchen, was die Franzoſen von ihren Eroberungen behalten oder zurückgeben wollten, beſonders verlangte man ihre Anſichten über den bairiſch-belgiſchen

1) Vgl. die Depeſchen des Miniſteriums an Lucheſini vom 13. und 22. December 1794.

Tauſch zu erfahren; gegen die Abtretung Belgiens hatte Preußen nichts einzuwenden, als Entſchädigung für Oeſtreich wurde Salzburg in Vorſchlag gebracht. Dazu ließ man der Republik anbieten, ſo wie einſt die franzöſiſche Monarchie eine Bürgſchaft des Weſtphäliſchen Friedens zu übernehmen, und hoffte dadurch die Integrität des deutſchen Gebietes zu erhalten [1]).

Indeſſen lag doch der Gedanke ſo nahe, die Franzoſen würden die Abtretung des linken Rheinufers verlangen, daß Alvensleben ſogleich die Ermächtigung auch zu dieſem Schritt in die Inſtruction aufgenommen wünſchte. Dagegen legte aber Finkenſtein Verwahrung ein, und Haugwitz brachte die Anſicht zur Geltung, daß man doch vorerſt die Forderung der Franzoſen erwarten könne.

Am 28. December langte Goltz in Baſel an; um die Verhandlungen zu beſchleunigen war auf den Wunſch des Wohlfahrts-Ausſchuſſes der Legationsrath Harnier zu derſelben Zeit nach Paris geſchickt. Allein eben jetzt traten Ereigniſſe ein, welche die Lage durchaus zum Nachtheile Preußens und Deutſchlands veränderten. Der unglückliche Feldzug in Belgien hatte ſchon im September die franzöſiſche Nordarmee über die holländiſche Gränze geführt. Während Jourdan den Oeſtreichern bis an den Rhein folgte, überſchritt Pichegru am 18. October auch die Maas, die Feſtungen ergaben ſich, die engliſch-holländiſchen Truppen zeigten ſich völlig unfähig und entmuthigt. Verhandlungen mit dem Wohlfahrtsausſchuß blieben ohne Erfolg, nur die Flüſſe und Kanäle, die das Land durchſchneiden, ſchienen dem Feinde noch ein Hinderniß zu bieten. Da überzog ſeit der Mitte des December der ſtrenge Winter alle Gewäſſer mit einer feſten Decke von Eis; die Franzoſen machten ſogleich den Vortheil ſich zu Nutze, das verbündete Heer zog ſich hinter die Iſſel zurück, unaufhaltſam drang Pichegru in das Innere von Holland ein. Am 20. Januar 1795 beſetzte er Amſterdam, am 23. den Haag, der Erbſtatthalter von Oranien hatte bereits am 18. auf einer Fiſcherbarke mit

1) Vgl. Sybel a. a. O. III, 270. Häuſſer a. a. O. I, 586.

ſeiner Familie nach England ſich eingeſchifft. Die Regierung löſte ſich auf, der Wohlfahrtsausſchuß überließ der Partei der „Patrioten“ die Bildung einer neuen Republik, die aber, wie man denken kann, völlig dem franzöſiſchen Einfluß anheimgegeben und den franzöſiſchen Anforderungen dienſtbar blieb.

Nur zu bald mußte die preußiſche Unterhandlung den Eindruck dieſer Ereigniſſe empfinden. Harnier, der in Paris ſeit dem 7. Januar mit dem Wohlfahrtsausſchuß ſich beſprach, erhielt auf alle ſeine Anträge eine abſchlägige Antwort. Auf einen Waffenſtillſtand vor dem Frieden wollten die Franzoſen in keiner Weiſe eingehen; ſelbſt der Friede war ihnen nicht genug, ſie wünſchten ein Bündniß, denn das allein könne den übermächtigen Kräften Rußlands und des Kaiſers das Gegengewicht halten. Nur machten ſie aus dieſem Verlangen keine unumgängliche Bedingung; dagegen forderten ſie durchaus die Abtretung des linken Rheinufers, ſo daß der Rhein Frankreichs Gränze bilde. Den auf der linken Seite angeſeſſenen Fürſten wollten ſie eine Entſchädigung geſtatten; Preußen wurden bedeutende Gebiete in Norddeutſchland, insbeſondere Hannover in Ausſicht geſtellt [1]).

Man wird ſehen, wie dieſe Gedanken und Anforderungen in den Verhandlungen der ſpäteren Jahre immer wieder hervortreten. Harnier konnte vorerſt nicht darauf eingehen, er ſuchte ſie, dem Inhalt ſeiner Inſtruction gemäß, zu widerlegen; als ſie in Berlin zur Kenntniß gelangten, waren die Anſichten getheilt. Alvensleben wollte ſogleich und in jedem Falle ſich mit Frankreich einigen, Finkenſtein meinte, das Begehren des Rheinufers mache den Frieden unmöglich, dagegen ſtellte Haugwitz eine vermittelnde Anſicht auf. Die Forderungen des Wohlfahrtsausſchuſſes, ſagte er, ſeien zu weitgehend, als daß man ſie annehmen könne, aber ebenſo wenig ſcheine es räthlich, jetzt

1) Vgl. Résultats des explications du Comité de Salut Publique sur les ouvertures pacifiques préparatoires, faites de la part de la Prusse vom 8. Januar, und die Inſtructionen für Barthelemy vom 13. und 15. Januar im Miniſterium des Auswärtigen zu Paris.

mit Frankreich zu brechen; wenn beim allgemeinen Frieden alle Mächte und das deutſche Reich in die Abtretung willigten, ſo würde auch Preußen, vorausgeſetzt, daß hinreichende Entſchädigung geboten würde, ſich nicht dagegenſtellen; einſtweilen könnten jene Beſitzungen in den Händen der Franzoſen bleiben. Der König, entſchiedenen Beſchlüſſen wenig geneigt, gab Haugwitz ſeine Zuſtimmung, und in dieſem Sinne ward am 28. Januar eine neue Inſtruction für den Geſandten in Baſel ausgefertigt [1]).

Sie gelangte nicht mehr in die Hände, für die ſie eigentlich beſtimmt war. Am 6. Februar wurde der Graf Goltz von einem galligen Fieber plötzlich hinweggerafft, als die Unterhandlung kaum einen ernſteren Charakter angenommen hatte. Denn Barthelemy ließ bis zum 12. Januar ſich erwarten, und die erſten Unterredungen ergaben nur einen Wechſel von Artigkeiten, weil man beſtimmteren Weiſungen aus Paris entgegenſah. Harnier, der am 18. Januar nach Baſel zurückgekommen war, trat nach dem Tode des Geſandten einſtweilen an ſeine Stelle, indem er mit Barthelemy auf Grund der letzten Inſtructionen unterhandelte. Dem Wohlfahrtsausſchuß war dadurch nicht genug geſchehen. Blieb auch das linke Rheinufer zunächſt in den Händen der Franzoſen, ſo bot doch die Verweiſung auf den allgemeinen Frieden keineswegs einen Erſatz für die unverzügliche Abtretung, die man gefordert hatte. Man zeigte heftigen Unwillen und ſuchte zuerſt durch kaum verhaltene Drohungen den Gegner einzuſchüchtern. Als aber Harnier bei ſeinen Inſtructionen beharrte, lenkte man ein; denn trotz aller kriegeriſchen Erfolge waren doch Frankreichs innere Zuſtände der Art, daß der Ausſchuß noch mehr als Preußen des Friedens bedurfte; ein Vertragsentwurf, der in der erſten Hälfte des März aus Paris nach Baſel abging, beruhte im Weſentlichen auf Haugwitz' Vorſchlägen [2]). Wäre in Berlin die vortheilhafte Stellung benutzt, vielleicht hätte man für Deutſchland und Preußen, wenn nicht ehrenvolle, doch weit günſtigere Be-

1) Vgl. Sybel, Geſch. der Rev.-Zeit, III, 353 fg.

2) Die einzelnen Artikel findet man bei Sybel, Rev.-Zeit III, 359.

dingungen erlangt, als von den Franzoſen jetzt angeboten wurden. Der Freiherr von Hardenberg, gegen Ende Februar zu Goltz' Nachfolger beſtimmt, erkannte dies recht wohl; er wünſchte auf die urſprünglichen Forderungen Preußens zurückzugehen, den deutſchen Reichsſtänden eine neutrale Stellung zu ſichern und das linke Rheinufer zu behaupten, ſelbſt auf die Gefahr, im äußerſten Falle wieder zu den Waffen zu greifen. Lord Spencer, der damals in Berlin neue Unterhandlungen betrieb, hörte ihn ſogar in einer Weiſe reden, als ob er dem Frieden mit Frankreich entgegen ſei, und Spencer meinte ſpäter, wären nur aus London die geeigneten Anerbieten rechtzeitig eingetroffen, ſo hätte man Preußen bei der Coalition feſthalten können; denn der König habe im Grunde des Herzens gar nicht gewünſcht, daß die baſeler Unterhandlungen zum Ziel gelangten [1]). Aber das engliſche Miniſterium entſchloß ſich zu ſpät, die Partei des Friedens behielt den Sieg, und die Inſtruction, die am 26. Februar für Hardenberg ausgefertigt wurde, band ihm die Hände. In dem wichtigſten Punkte gab Preußen nach. Es bewilligte die eventuelle Abtretung des linken Rheinufers, wenn eine geeignete und ausreichende Entſchädigung ſich ermitteln ließe. Dagegen wurde einem Gedanken, der ſchon früher zwiſchen Barthelemy und Harnier zur Sprache gekommen war, jetzt ein beſtimmter Ausdruck gegeben. Preußen forderte, daß der Norden von Deutſchland, Hannover mit einbegriffen, durch eine Demarkationslinie dem Bereiche des Krieges entzogen und in einer neutralen Stellung erhalten würde. Daneben ſollte Hardenberg in Erfahrung bringen, was die Franzoſen in Bezug auf den allgemeinen Frieden beabſichtigten, welchen Einfluß Preußen auf die Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe ſich verſprechen dürfe, was mit Belgien zu geſchehen habe, und was für Oeſtreich zum Erſatz in Ausſicht genommen ſei. Endlich hatte er für den Schwager des Königs, den aus Holland vertriebenen Erbſtatthalter von Oranien, eine Entſchädigung zu erwirken [2]).

1) Vgl. Spencers Briefe an Lord Grenville vom 10. März und 21. April 1795 bei Hermann, Correſpondenzen, 513, 514.

2) Das Miniſterium an Luccheſini am 31. März.

Am 18. März traf Hardenberg in Basel ein. Trotz des einen wesentlichen Zugeständnisses entsprach doch seine Instruction und insbesondere seine Art zu unterhandeln den Wünschen der Franzosen keineswegs. Die bestimmte Forderung einer Demarkationslinie erregte großen Anstoß; das sei ein ganz neuer Gegenstand, sagte Barthelemy; er begreife nicht, wie man eine Frage von solcher Wichtigkeit am Schlusse der Unterhandlung noch aufwerfen könne, eben wo beide Theile eine schnelle Einigung aufs lebhafteste wünschen müßten. Wenn Hardenberg dann die Bestimmungen über die Rheingränze in einen geheimen Artikel zu verweisen wünschte, so fand Barthelemy darin einen Widerspruch gegen seine Instruction, die der Wohlfahrtsausschuß am 16. März als Ultimatum bezeichnet hatte. Die Briefe des französischen Gesandten lassen recht deutlich erkennen, wie unwillig man das unerwartete Auftreten Hardenbergs empfand. Sie sind voll von Lobeserhebungen für seine Vorgänger; nicht genug können sie rühmen, was für liebenswürdige, vortreffliche Leute Meyerink und Harnier gewesen, wie leicht man mit ihnen einig geworden und zum Ziele gekommen sei. Von Hardenberg heißt es dagegen, mit ihm sei gar nicht zu verhandeln, er finde beständig Schwierigkeiten, stelle neue Bedingungen auf, es scheine, daß er den Frieden gar nicht wünsche; er sei auch ein Hannoveraner und wahrscheinlich von England bestochen. Nicht besser war man mit seinem vertrauten Begleiter, dem Legationsrath Gervinus zufrieden [1]). „Wir sind in schlechte Hände gefallen," ruft Barthelemy aus. „Ich kann nicht verhehlen, ich bin in der äußersten Besorgniß, daß es der Intrigue am Berliner Hofe gelungen ist, Plan und Fortgang der Unterhandlung ganz und gar zu verwirren, und daß das preußische Cabinet, indem es Herrn v. Hardenberg vertraute, mehr die Einflüsterungen unserer Feinde als seine eigenen Interessen

1) Vgl. insbesondere Barthelemys Berichte an den Wohlfahrtsausschuß vom 22., 23. und 24. März und 13. April im Ministerium des Auswärtigen zu Paris. Es ist bemerkenswerth, daß in Berlin von Alvensleben ganz ähnliche Vorwürfe gegen Hardenberg erhoben wurden. Vgl. Häusser a. a. O. I, 594.

zu Rathe gezogen hat." Es kam einige Male zu sehr lebhaften Erörterungen, indessen die Franzosen kannten den unermeßlichen Werth eines Friedens mit Preußen viel zu gut, als daß sie es zum Bruche hätten kommen lassen. Auch scheint Hardenberg in der That seine Ansprüche sehr geschickt verfochten zu haben, denn bald erkennt selbst Barthelemy seine Gründe an, und der Wohlfahrtsausschuß, der noch am 25. März in heftigen Worten seinem Unwillen Ausdruck gibt, findet sich schon vier Tage später zur Nachgiebigkeit bewogen. Aber Hardenberg hatte mittlerweile einen neuen Anspruch vorgebracht. Das französische Ultimatum erklärte zwar einen Waffenstillstand mit den Interessen der Republik für unvereinbar, versprach jedoch, die Verwendung des Königs für diejenigen Reichsstände zu berücksichtigen, welche mit der Republik unterhandeln wollten. Hardenberg nahm jetzt die frühere Forderung in der Weise wieder auf, daß Frankreich diejenigen Reichsstände, welche innerhalb dreier Monate preußische Verwendung nachsuchen würden, nicht als Feinde betrachten dürfe. Das war dem Ausschuß zu viel. „Argwöhnischen Augen," schrieb er am 30. März an Barthelemy, „könnte Hardenberg als ein Minister der Coalition erscheinen. Dieser Zusatz würde unsere Kriegführung am rechten Ufer unmöglich machen, unsere Geduld ist zu Ende, wir fordern ein bestimmtes Ja oder Nein [1])." Als diese Antwort nach Basel kam, hatten aber die Gesandten über alle andern Punkte sich bereits geeinigt. Hardenberg hielt unerschütterlich an seiner letzten Forderung, dagegen gab er zu, daß sie auf Oestreich keine Anwendung finden solle, versprach auch, der König werde Hannover, wenn es die Neutralität nicht beobachte, nöthigenfalls in Verwahrung nehmen. So geschah es, daß Barthelemy ohne Rücksicht auf das Schreiben des Ausschusses seine Zustimmung ertheilte; er sah richtig vorher, man werde in Paris wegen dieses einzigen Punktes den Krieg nicht erneuern wollen.

Am 5. April erfolgte die Unterzeichnung. In den öffent-

1) Vgl. Sybel a. a. O., III, 363.

lichen Artikeln wurde zwiſchen der franzöſiſchen Republik und dem Könige von Preußen, ſowohl als ſolchem, als auch in der Eigenſchaft eines Kurfürſten von Brandenburg und deutſchen Reichsſtandes der Friede geſchloſſen (1); binnen vierzehn Tagen nach der Ratification ſollten die franzöſiſchen Truppen die preußiſchen Gebiete auf dem rechten Rheinufer — das heißt den kleinen Theil von Cleve im Norden der Lippe — räumen (4), dagegen im Beſitz der linksrheiniſchen verbleiben; jede endgültige Entſcheidung darüber wurde bis zum Reichsfrieden vertagt (5). Die Verkehrsverhältniſſe ſollten, ſo wie ſie vor dem Kriege beſtanden, wieder hergeſtellt, und der Schauplatz des Krieges von Norddeutſchland ferngehalten werden (6 und 7); die Gefangenen wurden ausgewechſelt, auch die Sachſen, Mainzer, Pfälzer und Heſſen, welche in der preußiſchen Armee gedient hatten (9 und 10). Endlich folgte der Artikel, der die Urſache ſo heftigen Streites geweſen war. Die franzöſiſche Republik verſprach, die Verwendung Preußens zu Gunſten derjenigen Reichsſtände anzunehmen, die mit ihr in Unterhandlung zu treten wünſchten und zu dieſem Zwecke die Vermittlung des Königs entweder ſchon angerufen hätten oder noch anrufen würden. Alle Stände an der rechten Seite des Rheins, für welche der König von Preußen ſich verwenden würde, ſollten drei Monate nach der Ratification nicht als feindliche behandelt werden (11).

Im geheimen Theile des Vertrags gab Preußen das Verſprechen, weder gegen Holland, noch gegen ein anderes Gebiet, das von den Franzoſen beſetzt ſei, etwas Feindſeliges zu unternehmen (1). Wenn Frankreich im Reichsfrieden die Rheingränze erhielte, wollte der König mit der Republik wegen Abtretung der preußiſchen Beſitzungen am linken Ufer gegen eine territoriale Entſchädigung ſich verſtändigen; Frankreich würde dafür die Garantie übernehmen (2). Um Norddeutſchland, wie im öffentlichen Vertrage ausgeſprochen war, vor den Gefahren des Krieges zu ſichern, wurde eine Demarkationslinie vereinbart. Sie ging von Oſtfriesland hinab über Münſter, Coesfeld, Bockholt an die cleviſche Gränze, weiter den Rhein hinauf bis Duisburg, deckte die Grafſchaft Mark,

erreichte bei Limburg die Lahn und bei Höchſt den Main. Von da ſollte ſie ſich bis zur pfälziſchen Gränze erſtrecken, Heſſen-Darmſtadt und die Gebiete des fränkiſchen und oberſächſiſchen Kreiſes bis nach Schleſien umfaſſen. Die franzöſiſchen Truppen ſollten dieſe Linie nicht überſchreiten unter der Bedingung, daß Preußen innerhalb derſelben eine vollſtändige Neutralität aufrecht erhalte (3).

Ein folgender Artikel (4) ſicherte auch der zu Anſpach gehörigen Grafſchaft Sain-Altenkirchen die Vortheile der Demarkationslinie. Wenn mit dem linken Rheinufer Pfalz-Zweibrücken an Frankreich fiele, ſo verſprach die Republik eine Schuld von 1500,000 Thalern, die Preußen von dem Herzog zu fordern hatte, auf ſich zu nehmen (5). Endlich wird der öffentliche Artikel über die preußiſche Verwendung in Bezug auf Oeſtreich außer Kraft geſetzt (6) [1]).

Es iſt ein weſentliches Verdienſt Sybels und Häuſſers, uns zuerſt aus den preußiſchen Quellen über Fortgang und Abſchluß dieſer wichtigen Verhandlung belehrt zu haben. Für Sybel mußte

1) Der Vertrag mit den geheimen Artikeln iſt jetzt vollſtändig abgedruckt bei De Clercq, Recueil des traités de la France, I, 232, Paris 1864, den Inhalt hat ſchon Fain im Manuscrit de l'an III richtig angegeben. Daß außer den hier genannten noch geheime Beſtimmungen vorhanden ſeien, iſt eine willkürliche Vermuthung Vivenots (II, II, 149). Selbſt die von Häuſſer (I, 596) nach einer Abſchrift Hardenbergs mitgetheilten zwei geheimen Artikel: 1) Preußen werde Hannover nöthigenfalls in Verwahrung nehmen, 2) Frankfurt ſolle weder eine franzöſiſche noch eine öſtreichiſche Beſatzung erhalten, ſind nicht Theile des baſeler Friedens, ſondern des ſpäteren Vertrages vom 17. Mai über die Demarkationslinie (vgl. De Clercq a. a. O., I, 244). In Betreff des Inhalts mag man allerdings ſchon früher ſich geeinigt haben; im Archiv des Miniſteriums des Auswärtigen finden ſie ſich auf einem Blatte, das vom 25. April datirt iſt. Aber daß ſie nicht förmlich in den baſeler Frieden aufgenommen wurden, ergibt ſich aus einem Briefe Barthelemys an den Ausſchuß vom 16. April. Die Beſtimmungen des dritten geheimen Artikels über die Demarkationslinie, ſchreibt er, ſcheinen ihm für Hannover ſchon ausreichend, zudem habe ihm Hardenberg eben die beiliegende Erklärung — vermuthlich den geheimen Artikel — übergeben. Wenn höhere Rückſichten ein oder anderes Mal den Herausgeber der franzöſiſchen Verträge zum Schweigen nöthigten, ſo kann ich nach ſeiner eigenen Mittheilung verſichern, daß dies in Bezug auf den Baſeler Frieden nicht der Fall geweſen iſt.

zudem die ausgedehnte Benutzung der französischen Archive, welche durchgehends einen so großen Vorzug seines Werkes bildet, gerade in diesem Falle sich besonders werthvoll erweisen. Vivenot hat, wie die Beschaffenheit seiner Quellen erwarten läßt, nichts erheblich Neues aufgefunden; er gibt nicht sowohl das Bild des Ereignisses, als das Spiegelbild in dem Eindruck, den es in Wien und bei auswärtigen östreichischen Diplomaten, insbesondere in Regensburg hervorrief; dann beschreibt er in einem eigenen Abschnitt ausführlich die litterarisch-politischen Kämpfe, die sich daran geknüpft haben. Interessante Einzelheiten sind darin mitgetheilt, nur freilich darf man nicht erwarten, in den ersten Aeußerungen, die ein so tief eingreifendes Ereigniß hervorgerufen hat, das gerechte, leidenschaftlose Urtheil der Geschichte zu finden. Den Mittheilungen der zuerst genannten Schriftsteller habe ich auch von dem, was man eben gelesen hat, Manches entnehmen können; über die Bedeutung und die tiefer liegenden Gründe des Vertrags möchte ich eine Bemerkung noch hier beifügen.

Hardenberg nennt in einem Briefe, den er am 6. April an Möllendorf richtete, den Frieden vortheilhaft, sicher und ehrenvoll [1]). Die Geschichte hat dies Urtheil nicht bestätigt; es ist selten ein Vertrag geschlossen, der für den einen Theil weniger sicher, weniger vortheilhaft und zugleich weniger ehrenvoll gewesen wäre. Denn wenn eine Anzahl von Zeitungen und größtentheils officiösen Federn die Segnungen des neuen Zustandes für Norddeutschland zu preisen sich zur Aufgabe stellte, wenn sogar die Bevölkerung hinter dem Schutz der Demarkationslinie in behaglicher Ruhe den Stürmen im südlichen Deutschland zusah, so sprach sich doch gleich anfangs die öffentliche Meinung überwiegend mit Heftigkeit gegen Preußen aus. Und diese Ansicht hat an Stärke zugenommen; von den Gegnern Preußens und nicht blos von den Gegnern ist der baseler Friede als ein politischer Fehler, als ein Unrecht gegen Deutschland, ja als eine Schmach für die Männer, die ihn förderten, und als der schwärzeste Fleck der

1) Vgl. den Brief bei Häusser a. a. O. I, 596.

preußiſchen Geſchichte bezeichnet worden. Auch nicht von Häuſſer, nicht einmal von Sybel iſt dieſer Friede an ſich gut geheißen, obgleich es nicht ſelten ihnen nachgeſagt und ſei es zum Lobe oder Tadel angerechnet worden. Häuſſers Gewohnheit iſt es überhaupt nicht, die preußiſche Politik jener Tage zu rechtfertigen, und Sybel nennt den Vertrag ein „Erzeugniß der Schwäche und Beſchränktheit", ja einen „Akt des politiſchen Selbſtmordes, der Preußen zu politiſcher Nichtigkeit verurtheilte" [1]). Nur in ſofern verſucht er eine Rechtfertigung, als er die Vorwürfe zurückweiſt, die gewöhnlich am lauteſten gegen den Frieden erhoben werden. „Von Verrath am deutſchen Vaterlande," ſagt er (III, 355), „und von Bundesbruch gegen Oeſtreich kann man dabei nicht reden. Nachdem das deutſche Reich in den drei Kriegsjahren außer den engliſchen Söldnern kaum 20,000 Mann geſtellt und ſo eben den Wunſch nach Frieden in der flehentlichſten Weiſe ausgeſprochen hatte, beſaß es keinen Titel mehr zur Beſchwerde über die baſeler Unterhandlung." Noch weniger Oeſtreich, denn gerade „die Haltung des öſtreichiſchen Cabinets drängte das preußiſche zum Frieden beinahe um jeden Preis", einerſeits durch das Auftreten in Polen, „wo eben die ruſſiſche Waffenhülfe gegen die preußiſchen Oſtprovinzen aufgeboten wurde," andererſeits durch die Beziehungen zu Frankreich, welche für Preußen und Deutſchland das Schlimmſte befürchten ließen. Das Eigenthümliche der Sybelſchen Anſicht, wenn ich ſie nicht ſollte mißverſtanden haben, beſteht vornehmlich darin, daß ſie den Grund des Friedens nicht ſowohl in der beſonderen Stellung, die Preußen von Anfang an zum Kriege einnahm, nicht ſowohl in den inneren Zuſtänden des Staates und in den Geſinnungen der leitenden Staatsmänner, als in den feindſeligen, vertragswidrigen und — man kann dieſen Ausdruck nicht vermeiden — verrätheriſchen Maßnahmen Oeſtreichs findet.

So weit ich urtheilen kann, ſcheint mir auch hier in den Auffaſſungen der entgegenſtehenden Parteien Wahres mit Falſchem

1) Vgl. Hiſtor. Zeitſchr. XV, 66 und Geſch. der Rev.-Zeit, III, 356.

mannichfach vermiſcht. Um den Vertrag und zugleich die preußiſche Politik jener Tage, ich meine nicht zu rechtfertigen — denn dies würde immer auf Sophiſtik hinauslaufen — aber richtig aufzufaſſen und billig zu beurtheilen, muß man von einem anderen Geſichtspunkte ausgehen.

Man geſtatte hier eine allgemeine Bemerkung. So weit die Geſchichte reicht, aber vornehmlich ſo lange das Syſtem, das wir neuere Politik nennen, zur Herrſchaft gelangt iſt, wird man ſich der Wahrnehmung nicht verſchließen können, daß es das Intereſſe der Staaten war, was ihre Stellung, ihre freundlichen und feindlichen Beziehungen beſtimmte. Perſönliche Leidenſchaften und Neigungen der Fürſten und Staatsmänner, einzelne gewaltig bewegende Ereigniſſe können darin für einige Zeit einen Wechſel veranlaſſen, aber bald wird doch wieder das unabläſſig wirkende Gewicht der natürlichen Verhältniſſe ſich geltend machen. In dieſen Verhältniſſen und Intereſſen, nicht in dem etwas mehr oder weniger moraliſchen Charakter der Perſonen hat man auch den eigentlichen, tiefer liegenden Grund für das verſchiedenartige Auftreten Oeſtreichs und Preußens während der Revolutionsjahre zu ſuchen. Es iſt ein ungerechtes, ja ein frevelhaftes Wort, wenn man jetzt häufig wiederholen hört, für Deutſchland ſei aus der Verbindung mit Oeſtreich nur Unheil erwachſen, da wir doch dieſem Staat und der habsburgiſchen Dynaſtie ganz beſonders zu verdanken haben, daß unſer Vaterland Jahrhunderte hindurch im Oſten gegen die Herrſchaft der Slaven und gegen die Einfälle der Osmanen geſichert wurde, im Weſten die unendlich zerſplitterten deutſchen Territorien gegen die nie befriedigte Eroberungsluſt eines übermächtigen, centraliſirten Staatsweſens wenigſtens einigen Halt gewannen. Aber ebenſo ungegründet iſt die von Vivenot zum Ueberdruß wiederholte Behauptung, Oeſtreich habe alles, insbeſondere was es im Revolutionskriege geleiſtet, aus reiner Uneigennützigkeit, ohne Rückſichten und Vortheile für ſich ſelbſt, dem deutſchen Reiche zum Opfer gebracht. Daß Oeſtreich ſo wenig wie die übrigen deutſchen Staaten ſeine beſonderen Intereſſen den allgemeinen nachzuſetzen gewohnt war, daß Deutſchland dies ſchmerzlich hat em-

pfinden müſſen, nach Beiſpielen dafür braucht man wahrlich nicht lange zu ſuchen. Aber auch wo die Intereſſen übereinſtimmen, muß man ſagen, daß Oeſtreich vom Reiche nicht weniger Vortheil zog, als das Reich von Oeſtreich, ja daß unter den größeren Staaten dieſer der einzige war, der in der Erhaltung der Reichsverfaſſung noch einen weſentlichen Vortheil für ſich ſelbſt erblicken konnte. Seit Jahrhunderten befand ſich Oeſtreich im Beſitz der höchſten Reichsgewalt. Waren auch die Beziehungen zwiſchen dem Kaiſer und den den Ständen mehr und mehr gelockert, die kaiſerlichen Rechte nur zu ſehr geſchmälert, immer blieb doch noch genug, um die Würde in hohem Grade werthvoll zu machen. Noch immer verlieh die kaiſerliche Krone den erſten Rang in der Chriſtenheit; wenn nicht in den größeren weltlichen Territorien, ſo fand der Kaiſer doch in den meiſten geiſtlichen Würdenträgern, in den kleineren Reichsſtänden, den Städten und der Ritterſchaft ergebene Anhänger; der Antheil an der Beſetzung der geiſtlichen Stühle, der Reichsgerichte wie des Reichshofraths ſicherte immer einen bedeutenden Einfluß, der Beſitz der Niederlande war ohne die Verbindung durch das Reichsgebiet gar nicht zu behaupten. Wenn dann auch das Reich an Geld und Mannſchaft im Kriege unmittelbar nur wenig leiſtete, ſo muß man doch in Anſchlag bringen, daß in den geiſtlichen und kleineren Gebieten ſtets eine bedeutende Zahl von Perſonen dem kaiſerlichen Dienſt erbötig blieb, daß ein großer Theil der öſtreichiſchen Staatsmänner und Generale, unter dieſen nicht die am wenigſten befähigten, dem Reichsadel entnommen wurden, daß die Werbungen im Reiche eine nicht zu erſchöpfende Quelle für die Ergänzungen des Heeres bildeten. Vivenot ſelbſt rechnet (II, I, 309) neben ungefähr 100,000 Oeſtreichern, die in dem Kriege von 1792 bis 1795 umgekommen, wenigſtens 50,000 Mann, die durch Werbungen in der Fremde beſchafft waren, und bedenkt man dann weiter, daß doch die Rüſtungen zum großen Theil durch engliſche Hülfgelder gedeckt wurden, ſo ſieht man, daß mittelbar auch die Einkünfte des Kaiſers aus der Verbindung mit dem Reiche beträchtlichen Vortheil zogen. Und es wäre nicht einmal zutreffend, wollte man hier blos das Intereſſe der äußeren Macht,

des finanziellen Nutzens in Anſchlag bringen. Mit der Kaiſerkrone war Habsburg zur Macht gelangt, Jahrhunderte hindurch war die Stellung und Größe des Hauſes durch den Beſitz dieſes Kleinods beſtimmt worden; man ſagt ſich nicht ſo leicht von Anſchauungen und Ideen los, die für eine lange Reihe von Geſchlechtern den Inbegriff des zumeiſt Verehrten und Wünſchenswerthen gebildet haben. Wie ſollte nun Oeſtreich läſſig geblieben ſein in dem Kampfe, der alle dieſe Verhältniſſe, ja die ganze Exiſtenz des Staates in ihren Grundfeſten zu erſchüttern drohte? Als Bollwerk gegen das Umſichgreifen Frankreichs mußten ſchon die Niederlande ſehr bedeutend an Werth gewinnen; vor Allem aber war die Behauptung des linken Rheinufers ein unumgängliches Erforderniß. Denn Niemand durfte verkennen, daß mit dem Untergange der drei geiſtlichen Kurfürſtenthümer, mit den Veränderungen, die dann auch auf dem rechten Ufer in Ausſicht ſtanden, die Reichsverfaſſung und damit der Staat und die Dynaſtie aufs Aeußerſte gefährdet waren.

Für Preußen findet man beinahe das entgegengeſetzte Verhältniß. Seit fünfzig Jahren hatte ſich dieſer Staat gerade im Gegenſatz zur Reichsgewalt entwickelt; er ſah aus der Reichsverbindung, wenigſtens unmittelbar, nur geringe Vortheile und dazu noch mancherlei Hemniſſe für ſich hervorgehen. Bei der Auflöſung konnte ein weſentlicher Zuwachs von Seiten nicht mehr lebensfähiger Reichsſtände kaum ausbleiben, beſonders wenn man des guten Willens oder gar der Hülfe Frankreichs ſich verſichert halten durfte. Freilich mochte ein lebhaftes Nationalgefühl ſich gegen die Zugeſtändniſſe auflehnen, welche man als Preis dafür den Fremden machen mußte, und eine fernſehende Politik ſich bewußt werden, daß die franzöſiſche Macht, wenn einmal durch preußiſche Unterſtützung oder Zulaſſung gegen Oeſtreich zum Ziele gelangt, dann um ſo gefährlicher ſich gegen Preußen wenden könne. Beide Erwägungen ſind auch den preußiſchen Staatsmännern in jenen Tagen nicht ganz fern geblieben. Nur wirkten ſie nicht ſtark und dauernd genug, um zu einem feſten, entſchiedenen Handeln den Muth zu geben. Wo war denn auch ein politiſches National-

gefühl in Deutſchland damals zu finden? Von allen deutſchen Staaten war vielleicht nur Oeſtreich geneigt, etwas Ernſtliches für die Reichsverfaſſung zu thun, und auch Oeſtreich nicht aus rein nationalem Intereſſe; denn das Reich ſelbſt war ja ſeinem Begriffe nach kein nationales, ſondern ein internationales Inſtitut, auf der Verbindung verſchiedener Nationen gegründet. In Preußen regte ſich wohl mit dem Erſtarken des Staates das Gefühl, daß auch Pflichten gegen Deutſchland zu erfüllen ſeien, aber man glaubte ihnen und der Sorge für die eigene Sicherheit genug zu thun, wenn man wenigſtens Norddeutſchland vor dem Eindringen des Feindes ſchützte. Und indem man ſo, allerdings im Einklange mit den Kräften des Staates, der auch zwiſchen den großen und kleinen in der Mitte ſtand, bald die allgemeinen europäiſchen und deutſchen, bald den nächſtliegenden Kreis von Intereſſen ins Auge faßte, entwickelte ſich jene Politik des Zauderns, Schwankens und der halben Maßregeln, welche die Franzoſen nur zu wohl für ihre Zwecke auszubeuten wußten. Vornehmlich einem aufwallenden dynaſtiſchen Gefühle folgend, hatte ſich der König im Jahre 1792 zur Herſtellung der franzöſiſchen Monarchie in den Krieg geſtürzt, den man zudem nur als einen militäriſchen Spaziergang betrachtete. Sobald aber mit dem mißlungenen Einfall in die Champagne die Schwierigkeit des Unternehmens in ihrem ganzen Umfange hervortrat, regte ſich auch der Wunſch, dieſes läſtigen, koſtſpieligen und doch, wie die Meiſten dachten, beinahe zweckloſen Krieges wieder entledigt zu werden. Im Unterſchiede von Oeſtreich hatte Preußen zunächſt weder eigenes Gebiet, noch eigene werthvolle Intereſſen zu vertheidigen, auch von Eroberungen auf Koſten Frankreichs ließ ſich kein erheblicher Vortheil erwarten. Deßhalb trat man ſchon im Herbſt 1792 mit dem Anſpruche hervor, für die weitere Theilnahme am Kriege eine ſichere Entſchädigung zu erhalten, und gerieth dadurch nothwendig in einen Gegenſatz zu Oeſtreich, welches nicht geneigt war, dem Nebenbuhler vorzeitig eine bedeutende Machterweiterung zu geſtatten, während es die Erfüllung der eignen Wünſche bei der ungünſtigen Wendung des Krieges in immer weitere Ferne gerückt ſah. So traf

nun im Herbſte des Jahres 1794 alles zuſammen, was zum Frieden bewegen konnte: der Mangel eines unmittelbaren eigenen Intereſſes bei der Fortſetzung des Krieges — denn für die wenig umfangreichen Beſitzungen jenſeits des Rheines konnte man, wenn nicht der Rückgabe, doch einer ausreichenden Entſchädigung verſichert ſein — und die verminderte Hoffnung, dem Widerſtande Oeſtreichs gegenüber in Polen ſo viel als man wünſchte zu erhalten. Dazu kam die unglückliche Wendung des Krieges, der an ſich ſchon mit Unluſt erfüllen konnte, endlich die Kündigung des haager Tractats und die Weigerung neuer Hülfgelder von Seiten Englands, während die finanziellen Verhältniſſe Preußens ſchon ſehr ungünſtig ſich geſtaltet hatten. Neben der Grundurſache, daß der Krieg von Anfang an keinen genügenden politiſchen Vortheil bot, hat wohl nichts ſo entſcheidend als eben dieſe finanzielle Rückſicht gewirkt. In den Berliner Aktenſtücken findet ſich noch aus dem Anfang des folgenden Jahres, als es ſich um die bewaffnete Sicherung der Demarkationslinie handelte, eine Denkſchrift des Miniſters von Alvensleben, deſſelben, der ſich am eifrigſten für den ſchleunigen Frieden mit Frankreich, ſelbſt um den Preis des linken Rheinufers, ausgeſprochen hatte. Er iſt auch jetzt — am 21. Februar 1796 — der Anſicht, man ſolle die koſtſpielige Ueberwachung der Demarkationslinie nicht unternehmen, lieber die weſtlichen Beſitzungen der Loyalität der Franzoſen überlaſſen und was von Soldaten übrig bleibe in den öſtlichen Provinzen zuſammenziehen. Dabei kommt er auf die Gründe zurück, die den Abſchluß des baſeler Friedens herbeiführten. Man möge ſich doch erinnern, ſchreibt er, daß es ſich dabei nicht um politiſche Rückſichten, nicht um Sicherung Norddeutſchlands gehandelt habe, ſondern um Geld — er beſtimmt für dies Wort, um es recht nachdrücklich zu machen, immer eine beſondere Zeile — daß man den Frieden habe abſchließen müſſen, weil es durchaus am Gelde gemangelt, den Krieg fortzuſetzen. So möge man auch jetzt durch Aufſtellung des Obſervationscorps ſich nicht in neue Ausgaben ſtürzen und nicht über der Nebenſache die Hauptſache: die Nothwendigkeit zu ſparen, vergeſſen. Alvenslebens Urtheil kann frei-

lich allein nicht maßgebend ſein; er geht hier offenbar zu weit; aber es iſt nicht zu bezweifeln, daß auch für die übrigen Miniſter ähnliche Rückſichten von entſchiedenem Einfluß geweſen ſind. Denn die preußiſchen Finanzen gaben allerdings zu Beſorgniſſen Veranlaſſung. Der von Friedrich dem Großen angehäufte Staatsſchatz war durch die Unternehmungen der letzten Jahre erſchöpft, die Steuern, aufs Aeußerſte geſteigert, keiner Erhöhung mehr fähig; in dem Concept einer Depeſche des Miniſteriums ſind einmal die entſcheidenden Zahlen aufgeführt, aber dann mit aller Sorgfalt wieder unleſerlich gemacht, damit Keiner erfahre, wie übel es mit den Finanzen beſtellt ſei. Man wird vielleicht einwenden, darin liege keine Entſchuldigung, es ſei eines großen Staates unwürdig, ſich unter Verhältniſſen von ſo hoher Bedeutung durch finanzielle Rückſichten leiten zu laſſen, auch habe man während eines ſolchen Krieges die Sparſamkeit beſſer bei der Hofhaltung als bei der Armee bethätigen ſollen. Darauf würde ich zunächſt erwiedern, daß ich nicht die Abſicht habe, den baſeler Vertrag zu rechtfertigen, ſondern richtig aufzufaſſen. Weiter muß man ſagen, daß die Verſchwendung für den Hof und die Begünſtigten des Königs nach den neueſten Unterſuchungen keineswegs ſo weit ging, als man ſo oft in ſo abſchreckenden Farben darzuſtellen ſich gefallen hat, daß ſie wenigſtens für die finanzielle Lage des Staates im Großen und Ganzen nicht von Bedeutung werden konnte [1]). Endlich darf man nicht überſehen, daß dieſe genaue ſparſame Wirthſchaftlichkeit, welche unveränderlich das Prinzip des preußiſchen Finanzweſens geblieben iſt, allerdings häufig in unerfreulicher Geſtalt als Habſucht oder Kargheit ſich geäußert, aber doch ſchließlich zu dem Ergebniß geführt hat, daß ein Staat mit nicht gerade reichen Mitteln einer Ordnung und Sicherheit der finanziellen Zuſtände, eines Credits, eines Verhältniſſes zwiſchen Schuld und Vermögen ſich erfreut, deren kein anderer Staat Europas bisher ſich hat rühmen können. Und nach Allem möchte ich noch

1) Vgl. Riedel, Der brandenburgiſch-preußiſche Staatshaushalt, Berlin 1866, S. 141 fg. 149 fg.

daran erinnern, daß Preußen wirklich damals seiner Macht und seinem Umfange nach zu den großen Staaten gar nicht gehörte, daß es nur so lange dazu gehört hatte, als die Hand eines außerordentlichen Fürsten die beschränkten Mittel zu ergänzen wußte, nach seinem Abscheiden aber ein Staat zurückblieb, der noch kein Großstaat war, aber doch das Gefühl in sich trug, daß er einmal ein Großstaat werden müsse, eine Zwitterstellung, die viele Fehler verursacht hat, aber auch manchen Fehler entschuldigen kann.

Unter diese darf man jedoch den baseler Frieden nicht zählen. Ich halte ihn nicht nur für einen politischen Fehler, der Preußen verderblich wurde, sondern auch für ein formelles Unrecht, für eine Verletzung der Reichsverfassung und der Reichsschlüsse, welche noch vor Kurzem von Preußen selbst genehmigt waren. Einen Reichsverrath im eigentlichen Sinne, wenn man darunter ein Einverständniß mit dem Feinde zum Verderben Deutschlands begreift, darf man ihn allerdings nicht nennen — weder ein solches Einverständniß noch eine solche Absicht war vorhanden — wohl aber ein kleinmüthiges Aufgeben der Sache, zu deren Vertheidigung Preußen verpflichtet war. Denn hatte auch der Reichstag den Wunsch nach Frieden ausgesprochen, so lag darin doch wahrlich nicht die Aufforderung, daß einer der mächtigsten Reichsstände vor Beendigung des Krieges von der gemeinsamen Sache zurücktreten und, ohne jede Sicherheit für die Erhaltung der Reichsintegrität, gesondert mit dem Feinde sich einigen sollte. Leider ist früher und unmittelbar nachher manches Aehnliche geschehen, und man muß wohl für wahrscheinlich halten, daß die Mehrzahl der Reichsstände unter gleichen Verhältnissen nicht anders gehandelt hätte; aber der baseler Friede ist doch nicht ohne Grund der Gegenstand besonderen Unwillens geworden, weil er das am meisten hervortretende Symptom der Uebel war, an denen Deutschland damals zu Grunde ging, weil er ähnliche Schritte, die ihm folgten, erst möglich machte, und weil er in der That den unglücklichen Ausgang des Krieges und das unermeßliche Elend einer langen Reihe von Jahren hauptsächlich verschuldet hat. Wir können auf alles dieses jetzt mit ruhigerem Blicke zurücksehen, weil den Tagen

der Erniedrigung die Tage der Erhebung gefolgt ſind, und weil wir das, was damals für immer verloren ging, die alte Reichsverfaſſung, nicht als ein unerſetzliches Gut zu bedauern haben. Aber man darf nicht vergeſſen, daß das Unglück der nächſten Jahre als die nothwendige Folge des baſeler Friedens beinahe mit Sicherheit ſich vorausſehen ließ, während Niemand vorausſehen konnte, daß ein Winter des Jahres 1812 nach den ſcheinbar vernichtenden Niederlagen noch einmal die Möglichkeit der Rettung und Erneuerung bringen würde.

Wenn man aber den Frieden ſelbſt nicht billigt, ſo braucht man doch diejenigen, die ihn zum Abſchluß brachten, noch nicht als ganz verblendete, gewiſſenloſe Menſchen ſich vorzuſtellen. Vor Allen muß dies von Hardenberg gelten. Es hat ihm nicht zur Ehre gereicht, daß ſein Name unter dieſem Vertrag geleſen und unlösbar damit verbunden wurde. Erwägt man jedoch, mit wie viel Schwierigkeiten er zu kämpfen, nach welchen Vorſchriften er ſich zu bewegen hatte, wie er den Franzoſen, ja ſeiner eigenen Regierung gegenüber ſtand, ſo muß man anerkennen, daß er in der That geleiſtet hat, was unter ſolchen Verhältniſſen ſich erwarten ließ. Aber auch die übrigen preußiſchen Miniſter ſind häufig ungerecht beurtheilt. Sie waren Staatsmänner, die fehlen konnten und in dieſem Falle gefehlt haben, aber ſie ließen ſich von politiſchen Intereſſen leiten, und es iſt kein Zweifel, daß ſie dem Staate, welchem ſie allein ſich verpflichtet fühlten, nach beſten Kräften zu dienen glaubten. Man muß auch zugeben, daß ihre Beweggründe, wenn nicht ausreichend, doch keinesfalls ohne Bedeutung waren. Nur daran muß ich zweifeln, ob die Entſchuldigung, welche man in neueſter Zeit für ſie gefunden hat, die richtige ſei. Denn wenn geſagt worden iſt, das Wiener Cabinet habe Preußen zum Frieden gezwungen, einmal durch ſein Auftreten in Polen, demnächſt durch die Abſicht, mit Frankreich um den Preis des linken Rheinufers ſich zu einigen, ſo kann ich in dem erſten Theil dieſer Angabe keine Rechtfertigung, in dem zweiten nicht einmal eine hiſtoriſche Wahrheit finden. Ueber beide muß ich Einiges bemerken.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sechſtes Kapitel.

Die dritte Theilung Polens.

Die neueſten Forſchungen haben weit ſchärfer und entſchiedener, als es bis dahin geſchehen war, den Zuſammenhang der Ereigniſſe im Oſten und Weſten ins Licht geſtellt, ein unbeſtreitbares Verdienſt, das Niemand bereitwilliger anerkennt als ich. Unzweifelhaft ſind auch die polniſchen Händel auf den Abſchluß des Friedens nicht ohne Einwirkung geblieben; von Lucheſini und in den Depeſchen des preußiſchen Miniſteriums wird zu wiederholten Malen auf den Zuſammenhang der einen mit dem anderen hingewieſen. Nur begegnet es häufig beim Ausſprechen einer neuen Wahrheit, daß man ihr eine zu große und unbedingte Geltung zuzuſchreiben geneigt iſt, und ich möchte glauben, man habe auch jenen Zuſammenhang und Einfluß zuweilen überſchätzt oder wenigſtens zu ſtark hervortreten laſſen. Vor und nach dem polniſchen Streit iſt die preußiſche Politik im Weſentlichen dieſelbe. Schon nach dem Feldzug in die Champagne, im Herbſt 1792 tritt deutlich hervor, wohin ſie führen müſſe, und im Herbſt 1795, als man in Polen vollſtändig ſich geeinigt hatte, bleibt ſie unverändert. Ja es läßt ſich nicht verkennen, gerade in Rückſicht auf Polen mußte die Einigung mit Frankreich allerdings als ein Vortheil, zugleich aber auch als eine Gefahr erſcheinen. Thatſache iſt zunächſt, daß der baſeler Friede den preußiſchen Intereſſen in Polen nicht im Geringſten nützlich, ſondern nur ſchädlich geworden iſt. Preußen mußte nach langen Streitigkeiten ſich den vereinigten Forderungen Rußlands und Oeſtreichs fügen und die Gränzen im Weſentlichen ſo anerkennen, wie ſie ſchon im Winter 1794 von den beiden Kaiſerhöfen feſtgeſtellt war. Nach dem Einzuge Su-

woroffs in Warſchau kam es in Wahrheit auf die Verſtärkung der preußiſchen Armee in Polen gar nicht mehr an, die Entſcheidung lag ausſchließlich in dem Willen Rußlands; nichts hat aber, neben dem Wunſche, die beiden deutſchen Mächte getrennt und bei ungefähr gleicher Kraft zu erhalten, die Kaiſerin günſtiger für Oeſtreich geſtimmt, als die preußiſchen Unterhandlungen mit Frankreich, die ſchon im October 1794 in Petersburg den äußerſten Unwillen erregten. In der That, was konnte für die Pläne der Kaiſerin unbequemer ſein, als ein Vertrag, der, wenn er dem allgemeinen Frieden den Weg bahnte, Frankreich und England zum Schutze Conſtantinopels wieder freie Hände gab und im Falle eines neuen Türkenkrieges vielleicht ſogar Preußen, wie im Jahre 1790, den Ruſſen feindlich gegenüberſtellte? Hatte man in Berlin allein den Erwerb in Polen im Auge, ſo war es, ſtatt Frieden zu ſchließen, weit gerathener, thätigen Antheil an dem Kriege in Ausſicht zu ſtellen und zum Erſatze dafür ſich der ruſſiſchen Unterſtützung zu verſichern.

Auch eine Rechtfertigung des baſeler Friedens iſt, ſo weit ich ſehe, in den polniſchen Angelegenheiten nicht zu finden. Ich kann hier auf das Einzelne nicht ausführlich eingehen, aber man braucht ſich nur der Hauptereigniſſe kurz zu erinnern. Was zunächſt die Theilung des Jahres 1793 anbetrifft, ſo läßt ſich nicht ſagen, daß einer der verbündeten deutſchen Staaten dem anderen Wohlwollen, Vertrauen oder wahrhaft bundesfreundliche Geſinnungen entgegen gebracht hätte; was Geſinnungen angeht, hat Keiner dem Anderen etwas vorzuwerfen. Fragt man aber, wer durch beſtimmte Handlungen an der ſpäteren Uneinigkeit die Schuld trägt, ſo ſcheint mir der größere Theil nicht auf Oeſtreich zu laſten. Denn Preußen hatte trotz der früheren Vereinbarungen, trotz des Bündniſſes vom 7. Februar zuerſt die neue polniſche Theilung befördert und gegen Oeſtreichs Widerſpruch mit den Ruſſen beinahe zum Abſchluß gebracht. Nimmt man auch an, was nicht einmal feſtſteht, daß Haugwitz zu Ende des Jahres 1792 die Einwilligung Oeſtreichs erlangt hatte, ſo bezog ſie ſich doch gewiß nicht auf die Art, in welcher jetzt der Theilungsvertrag

zur Ausführung gelangte. Kein Unbefangener kann in Abrede ſtellen, daß durch dieſe Politik der Kaiſer in empfindlicher Weiſe getäuſcht wurde, und daß gerade in der preußiſch-ruſſiſchen Uebereinkunft vom 23. Januar 1793 eine der weſentlichſten Urſachen aller folgenden Zerwürfniſſe zu ſuchen iſt. Indeſſen auch der Gewinn war in hohem Grade lockend. Es ſind für geringeren Preis ſchon ärgere Dinge geſchehen, und man braucht die preußiſche Politik Oeſtreich gegenüber nicht gerade als einen außerordentlichen Frevel zu bezeichnen. Außerordentlich iſt nur die Anſicht Sybels, daß bei dieſen Vorgängen nicht Oeſtreich, ſondern Preußen der beleidigte Theil ſei, daß die Weigerung Thuguts, den Vertrag über Polen ſofort zu garantiren, und der Verdacht oder, wenn man will, der Beweis, Thugut könne den Petersburger Hof oder den polniſchen Reichstag in ihrem Widerſtreben gegen Preußen beſtärkt haben, es „für dieſen Staat nunmehr zu einer ſelbſtmörderiſchen Handlung machte, Oeſtreich zu entſcheidenden Triumphen über Frankreich zu verhelfen", d. h. am Kriege ferner Theil zu nehmen. Denn, ſagt er (Zeitſchr. XV, 67), „es iſt deutlich, daß ein Bündniß ſchlecht beſtellt iſt, deſſen ſtärkſtes Mitglied jedes Wachsthum des ſchwächeren Genoſſen nicht als Nutzen für die Geſammtheit, ſondern als Schaden und Gefahr für ſich ſelbſt betrachtet." Aber ſchon Waitz hat darauf aufmerkſam gemacht, wie wenig Berechtigung ein ſolcher Maßſtab in ſich trägt [1]). Um es recht deutlich zu empfinden, muß man ſich noch erinnern, daß die politiſche Kunſt jener Zeit gerade darin ihr Ziel fand, mit der äußerſten Sorgfalt auch die geringſte Veränderung der Machtverhältniſſe zu überwachen, daß nur zwei Jahre vorher Preußen jede Vergrößerung Oeſtreichs nach der türkiſchen Seite mit Waffengewalt zu hindern entſchloſſen war, und Kaiſer Leopold wieder die Verbindung mit Preußen davon abhängig machte, daß der König auf die Erwerbung von Thorn und Danzig Verzicht leiſte. Und

1) Vgl. die Recenſion des Vivenotſchen Werkes in den Göttinger Gelehrten Anzeigen, 1866, Nr. 27, S. 1010.

doch hat Thugut die Aneignung Polens nicht verhindert, nicht einmal verhindern wollen, ſondern nur aufſchieben, bis auch für Oeſtreich eine Entſchädigung feſtgeſtellt und dadurch der Zweck des Bündniſſes von 1792 geſichert ſei.

Indeſſen es iſt nicht ſowohl die zweite als die dritte Theilung Polens, auf welche man das meiſte Gewicht legt. Sehen wir, wie es ſich damit verhält. Schon bald nach dem Beginn des polniſchen Aufſtandes waren in Petersburg Berathungen über das künftige Schickſal des Landes gepflogen. Um ſie möglichſt günſtig für Preußen zu geſtalten, wurde ein ausgezeichneter Diplomat, der Graf Tauenzien im Auguſt nach Petersburg geſandt. An Wiederherſtellung der Republik konnte nicht mehr gedacht werden, Tauenzien ſollte eine Theilung des Reſtes zwiſchen Rußland und Preußen vorſchlagen. Nur ein ſchmaler Landſtrich war als Gränzſcheidung zwiſchen beiden Staaten für den Günſtling der Kaiſerin, den Grafen Suboff, als Fürſtenthum beſtimmt. Man ſieht, Oeſtreich wäre nach dieſem Plane wieder ganz leer ausgegangen, aber Thugut war auf ſeinem Poſten; er zeigte ſich mit der Theilung einverſtanden, verlangte jedoch für Oeſtreich die vier, Galizien benachbarten Palatinate, Krakau, Sendomir, Lublin und Chelm, und wußte Rußland auf ſeine Seite zu bringen. Tauenzien fand für ſeine Vorſchläge ſelbſt bei Suboff eine kalte Aufnahme, die ruſſiſchen Miniſter hielten zurück, bis Ende Octobers die Nachricht von Kosciuskos Niederlage und Suworoffs Marſch auf Warſchau eintraf. Sofort empfing dann Tauenzien am 30. October die Antwort: Rußland ſei mit Preußen darin einverſtanden, daß man die Theilung Polens im Intereſſe der eigenen Sicherheit nicht länger verſchieben dürfe; nöthig ſei nun ein Abkommen, das Furcht und Eiferſucht für immer ausſchließe. Die Kaiſerin habe Gelegenheit gehabt, Oeſtreichs Geſinnungen kennen zu lernen; der Kaiſer betrachte die Palatinate Krakau und Sendomir als unentbehrliche Bollwerke Galiziens und werde den preußiſchen Anſprüchen niemals zuſtimmen. Deßhalb bitte die Kaiſerin den König, auf jene Palatinate zu verzichten. Für ſich wünſche ſie die von der Natur gezogenen Gränzen des Bug und

des Niemen, könne auch den von Preußen nach der Seite von Kurland ausgesprochenen Wünschen auf Szamaiten nicht wohl zustimmen. Das preußische Ministerium beantwortete diese wenig erfreuliche Eröffnung durch eine Note vom 28. November, welche Tauenzien anwies, auf den preußischen Forderungen zu bestehen; lieber würde der König, falls sie nicht bewilligt werden sollten, den Theilungsplan ganz aufgeben. Mit diesem Vorschlag, wenn er ernstlich gemeint war, zeigten sich aber, wie man denken kann, Rußland und Oestreich nicht einverstanden; seit dem 18. December kam es zwischen Tauenzien, den russischen Ministern Ostermann und Markoff und dem Grafen Ludwig Cobenzl, der Oestreich seit vielen Jahren in Petersburg vertrat, zu heftigen Erörterungen; in der dritten Conferenz erklärte sich Cobenzl mit Rußland in Allem einverstanden, und Tauenzien schied mit einem Proteste aus. Wie zwei Jahre früher Rußland und Preußen, so schlossen jetzt Rußland und Oestreich am 3. Januar 1795 einen besonderen Vertrag. Rußland erhielt den bei weitem größten Antheil, gegen 2000, Oestreich die vier geforderten Palatinate, etwa 1000 □ Meilen; der Rest, gegen 700—800 □ Meilen, sollte an Preußen fallen unter der Bedingung, daß es dem Vertrage seine Zustimmung gäbe.

Neben dieser öffentlichen unterzeichnete man aber an demselben Tage noch eine geheime Deklaration, die zwar nicht geleistet hat, was sie leisten sollte, aber doch einen tiefen Einblick in die Entwürfe und Wünsche der beiden Kaiserhöfe, insbesondere des russischen eröffnet. Zuerst verpflichtete sich Oestreich, der preußisch-russischen Convention vom 23. Januar 1793 beizutreten, so weit sie sich auf den Tausch der Niederlande gegen Baiern und die russischen Erwerbungen in Polen bezog; eine Garantie für die preußischen sollte erst nachfolgen, wenn dieser Staat der neuen Convention vom 3. Januar 1795 beigetreten wäre. Daneben tauchen die längstgenährten Entwürfe gegen die Türkei wieder auf. Namentlich sollte Oestreich im Falle eines neuen Krieges mit der Pforte nach Kräften beitragen, daß in Gemäßheit der im Jahre 1782 zwischen Joseph und Katharina gewech-

ſelten Briefe[1]) die Moldau, die Wallachei und Beſſarabien von der Türkei getrennt und als ſelbſtſtändiges Fürſtenthum einem Mitgliede des kaiſerlichen Hauſes von Rußland übergeben würden. Dagegen verſprach Katharina, dem Kaiſer die rückſtändige Entſchädigung zu verſchaffen, die ihm nach den anerkannten Prinzipien einer völligen Gleichheit der beiderſeitigen Erwerbungen noch gebühre. Falls dieſe nach franzöſiſcher Seite nicht erlangt werden könne, ſo gab die Kaiſerin im Voraus ihre Zuſtimmung, daß Oeſtreich ſeine Rechte auf verſchiedene Theile des venetianiſchen Gebietes, die von jener Republik uſurpirt ſeien, wieder geltend mache oder in anderer Weiſe ſich zu entſchädigen ſuche; nur daß dadurch in keiner Weiſe die in der erwähnten Correſpondenz, namentlich in den Briefen vom 17. September und 13. November 1782 rückſichtlich der Eroberungen gegen die Türkei enthaltenen Beſtimmungen verletzt würden. Die in dem Briefe Joſephs vom 13. November bezeichneten türkiſchen Provinzen [Bosnien und ein Theil von Serbien] ſollten dagegen mit Oeſtreich vereinigt werden. Wenn eine dritte Macht, namentlich Preußen, einen der beiden Verbündeten angreifen oder den Kaiſer mit Waffengewalt in der Ausführung der für ſeine Entſchädigung erforderlichen Maßregeln hindern würde, ſo verſprachen beide, ſich mit aller Macht dem gemeinſchaftlichen Feinde zu widerſetzen.

Beinahe ſechs Jahrzehnte iſt dieſe Erklärung völlig unbekannt geblieben; erſt im Jahre 1852 wurde ſie von Miliutin[2]) aus dem Petersburger Archiv veröffentlicht; danach iſt ſie häufig benutzt und insbeſondere von Sybel eingehend beſprochen worden. Man darf ſagen, dieſe Beſprechung (III, 260–284) bil-

1) Dieſe wichtigen Urkunden, insbeſondere ein entſcheidender Brief Joſephs II. — er wird aber nicht vom 13. November, ſondern vom 13. October datirt — ſind zuerſt von Hermann in der ruſſiſchen Geſchichte VI, 35 u. 459 veröffentlicht.

2) Vgl. Danilewski-Miliutin, Geſchichte des Krieges Rußlands mit Frankreich im Jahre 1799, überſetzt von Chr. Schmitt, München 1856, I, 296.

det den Höhepunkt ſeines Werkes, ſoweit es auf die polniſchen Angelegenheiten ſich bezieht, und ſie hat ſchon von Seiten der Darſtellung ſo große Vorzüge, daß Niemand ſie ohne Intereſſe leſen wird. Von entſchiedenem hiſtoriſchen Werth ſind auch die aus Tauenziens Depeſchen geſchöpften Mittheilungen über die Abſichten und Verhandlungen Preußens in Petersburg, denen ich ſelbſt hier gefolgt bin. Nur von dem, was ſich auf Oeſtreich und Thugut insbeſondere bezieht, könnte ich nicht daſſelbe ſagen. Sybel hat hier in Ermangelung hiſtoriſcher Urkunden aus verſchiedenartigen Combinationen ein weitumfaſſendes Syſtem zuſammengefügt, das er Thugutſche Politik benennt, geiſtreich und intereſſant genug, aber ohne Bürgſchaft, daß es ſich begründen laſſe, und, ſoweit ich urtheilen kann, ſelbſt von Unrichtigkeiten und Widerſprüchen nicht frei. Ich gehe aber nicht näher darauf ein, um nicht Conjecturen durch Conjecturen zu beſtreiten. Denn mit Beſtimmtheit kann man gar nicht angeben, welche Wege der öſtreichiſche Miniſter eingeſchlagen hat, um Rußland für ſeine Anſprüche in Polen zu gewinnen. Der Briefwechſel zwiſchen ihm und Cobenzl iſt noch nicht veröffentlicht, und gerade Tauenzien wurden die ruſſiſch-öſtreichiſchen Verhandlungen gewiß am ſtrengſten verheimlicht. Nur mit großer Wahrſcheinlichkeit läßt ſich doch vermuthen, daß hauptſächlich ein Dreifaches ihm behülflich geworden iſt: vorerſt das eigene Intereſſe Rußlands, welches keine der deutſchen Mächte ausſchließlich vergrößern, ſondern wechſelweiſe eine durch die andere in Unterordnung halten und auch in Polen beide mit ungefähr gleichen Kräften einander gegenüberſtellen wollte; demnächſt das Verfahren Preußens während des letzten Feldzugs am Rhein, der geringe Eifer gegen Frankreich, ja das deutliche Beſtreben, des läſtigen Krieges ſich wo möglich ganz zu entledigen; endlich Thugnts Geneigtheit, die ruſſiſchen Pläne gegen die Türkei ſich gefallen zu laſſen. Und daß für dies Entgegenkommen Rußland die öſtreichiſchen Anſprüche in Polen begünſtigte, darin liegt wohl die einzige thatſächliche Wirkung der geheimen Deklaration, die man für ihre lange Verborgenheit jetzt gewiſſermaßen entſchädigt, indem man

ihre Bedeutung weit überschätzt. Denn so bezeichnet sie Sybel, als ein tief eingreifendes, weltbewegendes Ereigniß, „welches die Geschicke Europas in neue, völlig ungeahnte Bahnen drängte und den Welttheil einer des Rechtes und der Freiheit beraubten Zukunft entgegenführen mußte“ (III, 272), er macht es Vivenot zum Vorwurf, wenn derselbe sich darüber „wundert, daß Sybel auf Grund dieses Vertrags, d. h. der Erwerbung Venetiens anstatt Belgiens, Thugut den Schöpfer der modernen Weltstellung Oestreichs nennt“ (Zeitschr. XV, 112), und findet dann auch in diesem „Offensivbündniß gegen Preußen, in welchem Oestreich die russische Waffenhülfe gegen die preußischen Ostprovinzen aufgeboten habe, den natürlichen Grund, der Preußen schon durch die Nothwehr zum Frieden mit Frankreich habe bringen müssen“ (Zeitschr. XV, 68. 114). Diese Auffassung erscheint mir unberechtigt. Zunächst bezeichnet der Ausdruck eines Offensivbündnisses nicht den eigentlichen Charakter des Vertrags. Eine Offensive, etwas das zu Feindseligkeiten gegen Preußen führen konnte, liegt in sofern darin, als hier Pläne gegen die Türkei, gegen Venedig und Baiern wieder aufgenommen wurden, von denen sich voraussehen ließ, daß sie Preußen sehr unwillkommen sein müßten, Pläne, denen sich Preußen wenig Jahre vorher mit den Waffen widersetzt und deren Ausführung es in Reichenbach verhindert hatte. Auf diesen Fall, daß Preußen der Ausführung des geheimen Abkommens sich entgegenstellen und einen der beiden Verbündeten angreifen könnte, ist aber auch die zugesagte Unterstützung beschränkt; sie ist wesentlich auf Vertheidigung berechnet. An einen Angriff auf preußisches Gebiet ist dabei gewiß nicht gedacht, und man weiß gar nicht, was man unter diesem „Aufbieten russischer Waffenhülfe gegen preußische Ostprovinzen“ sich vorstellen soll. Denn nach dem gleichzeitigen Theilungsvertrage sind ja Preußen sehr bedeutende Erwerbungen noch zugedacht, und selbst für die im Jahre 1793 erworbenen Provinzen wird wenigstens eine eventuelle Garantie versprochen. Daß Krakau, kaum seit einigen Monaten besetzt, als preußische Ostprovinz bezeichnet werden solle, ist nicht wohl anzunehmen,

aber ſelbſt für dieſen Fall wären die Ausdrücke nicht paſſend gewählt. Denn die Forderung Krakaus für Oeſtreich bedurfte gar keiner bewaffneten Unterſtützung, ſie war hinreichend geſichert durch den Umſtand, daß der wichtigſte Theil des von Preußen geforderten polniſchen Gebietes ſich in ruſſiſcher Gewalt befand, und Rußland den Preußen Warſchau nicht eher auslieferte, als Preußen Krakau in öſtreichiſche Hände gab. Daß es darüber, es ſei denn im Falle eines Bündniſſes zwiſchen Preußen und Frankreich, zu einem Kriege oder gar zu einem Angriff gegen Preußen kommen würde, war aller Wahrſcheinlichkeit entgegen und wird deßhalb in der Uebereinkunft gar nicht in Erwägung gezogen.

Damit iſt aber durchaus nicht geſagt, daß dieſe Deklaration an ſich zu billigen ſei, oder daß ſie nicht einen hohen Grad von Mißwollen gegen Preußen vorausſetze. Es charakteriſirt nur zu deutlich die habſüchtige, gewiſſenloſe Politik jener Zeit, wenn hier ohne den Schein eines Rechtes über fremde Länder und Völkerſchaften verfügt wird, und es iſt das traurigſte Schauſpiel, wenn die deutſchen Mächte eine nach der anderen zur Förderung ruſſiſcher Pläne gegen einander ſich gebrauchen laſſen. Wären die Beſtimmungen in Berlin bekannt geworden, ſie hätten gar wohl den baſeler Frieden beſchleunigen, vielleicht ſogar zu einer engeren Verbindung mit Frankreich führen können. Aber dies iſt nicht der Fall; kein preußiſcher Staatsmann hat, ſo viel bis jetzt ſich erſehen läßt, von dieſer geheimen Deklaration und ihrem Inhalt eine Ahnung gehabt; man iſt deßhalb gar nicht berechtigt, ſie unter den Gründen für den baſeler Frieden in Anſchlag zu bringen. Und hier muß ich wiederholen, daß mir die Bedeutung der Deklaration von Sybel weit überſchätzt zu werden ſcheint. Denn dieſer Vertrag, der angeblich Europa aus ſeinen Fugen gehoben hat, iſt in der That gar nicht in Wirkſamkeit getreten. Niemand hatte eine Ahnung von ſeiner Exiſtenz, als er ſechszig Jahre nach ſeiner Entſtehung veröffentlicht wurde, auch hat er für kein einziges der bis jetzt bekannten Ereigniſſe eine beſſere Erklärung gegeben, als man früher zu geben vermochte. Wahrhaft bedeutende Vorgänge pflegen aber nicht ſechs Jahr-

zehnte verborgen zu bleiben, ohne daß irgend eine Wirkung hervorträte; schon diese eine Wahrnehmung hätte über den thatsächlichen Werth der Deklaration das Urtheil berichtigen können. Keine von ihren Bestimmungen ist zur Ausführung gelangt, nicht der gemeinsame Krieg gegen die Türken, nicht der bairisch-belgische Tausch, nicht die Waffenhülfe gegen Preußen; einzig die venetianischen Provinzen hat Oestreich allerdings erhalten, aber, wie man sehen wird, auf so völlig verschiedenem Wege, daß dieser Erwerb nur zum geringsten Theil auf die Deklaration sich zurückbeziehen läßt. Ich neige zu Vivenots Ansicht: wenn Thuguts Schöpferkraft für die neue Weltstellung Oestreichs keinen besseren Titel aufzuweisen hat, als diesen Vertrag, so ist sie nicht hoch anzuschlagen.

Neben dieser so weit überschätzten geheimen Deklaration hat aber der am selbigen Tage unterzeichnete Theilungsvertrag seine volle Bedeutung. Wie sich erwarten läßt, trat Preußen nach längeren Unterhandlungen am 24. October 1795 den Vorschlägen der Kaiserhöfe bei. Die Berichtigung der Gränze machte noch Schwierigkeiten, wurde aber endlich von einer preußischen und östreichischen Commission unter russischem Schiedsspruch in der Weise festgestellt, daß Preußen noch ein Stück im Westen des Palatinates Krakau erhielt, im Uebrigen die Bestimmungen des Entwurfs vom 3. Januar zur Ausführung kamen, ein Zustand, der so lange gedauert hat, bis durch den Tilsiter Frieden von 1807 und den Wiener von 1809 die von Preußen und Oestreich erworbenen Gebiete beinahe insgesammt an das Großherzogthum Warschau und mit diesem 1815 an Rußland fielen.

Daß dieser Vertrag auch auf die Verhandlungen in Basel nicht ohne Einfluß geblieben sei, habe ich schon früher hervorgehoben. Der Wortlaut wurde freilich erst am 9. August 1795 in Berlin mitgetheilt[1]), aber dies ist kein Grund, um mit Vivenot gegen Sybel zu bestreiten, daß er auf den Frieden vom 5. April

1) Vgl. die Depesche des Fürsten Reuß an Thugut vom 11. August 1795 bei Vivenot a. a. O. II, II, 268 und Sybel, Rev.-Zeit, III, 480.

eine Einwirkung geäußert habe; denn die Geſinnungen der Kaiſerhöfe und den weſentlichen Inhalt hatte man ſchon aus der ruſſiſchen Note vom 30. October 1794 kennen gelernt. Nur eine Nöthigung oder eine erhebliche Entſchuldigung für Preußen kann ich nicht darin finden. Ich wiederhole, was Geſinnungen angeht, ſo hat von den beiden deutſchen Staaten keiner dem anderen etwas vorzuwerfen; ſieht man aber auf das, was geſchehen iſt, ſo waren auch bei dieſer dritten Theilung die öſtreichiſchen Vorſchläge noch nicht ſo verletzend für Preußen, als die preußiſchen für Oeſtreich. Oeſtreich war doch immer geneigt, dem Nebenbuhler einen ſehr bedeutenden Antheil mit der Hauptſtadt Warſchau zuzuwenden, während nach Preußens Verlangen Oeſtreich wie bei der früheren Theilung wieder gar nichts bekommen ſollte. Kein Staatsmann auf der Welt, und wenn er mehr als jeder andere den Namen des Trägen, des Guten oder des Einfältigen verdiente, hätte ſo etwas ſich können gefallen laſſen. Um es zu erkennen, braucht man nicht von „ſpecifiſch-öſtreichiſchem" Standpunkt auszugehen, man muß nur Maß und Billigkeit nicht aus den Augen verlieren. Für den, der zweifeln könnte, führe ich ein einziges Zeugniß an. Das preußiſche Miniſterium, nachdem es kurz vorher, am 18. November 1795, von dem Abſchluß des Vertrages vom 24. October Kenntniß gegeben, ſchreibt darüber am 30. November an Lucheſini: Man müſſe doch zugeſtehen, daß die öſtreichiſchen Anſprüche wirklich triftige Gründe der Billigkeit für ſich hätten, il faut convenir, que les prétensions de l'Autriche avaient par devers elles de puissants motifs d'équité. Ich halte für überflüſſig, einem Zeugniſſe aus ſolchem Munde noch ein Wort hinzuzufügen.

Siebentes Kapitel.

Die Unterhandlung des Ritters Carletti.

In dem vorigen Kapitel glaube ich gezeigt zu haben, welche Einwirkung man den polniſchen Angelegenheiten auf den Abſchluß des baſeler Friedens zuzuſchreiben berechtigt ſei, und wie weit ein Vorwurf für Oeſtreich oder Preußen daraus erwachſen könne. Ich wende mich zu der zweiten Anklage, die auf Veranlaſſung dieſes Vertrags gegen Oeſtreich erhoben und ſogar als das eigentlich entſcheidende Moment in Betracht gekommen iſt. Den „ſchlechthin überragenden Punkt", der Preußen zur Einigung mit Frankreich nöthigte, findet Sybel, wie ſchon bemerkt, „in dem völlig begründeten Argwohn des berliner Cabinets, daß, wenn Preußen ſich wegen der Rheingränze mit Frankreich aufs Neue überworfen hätte, dann Oeſtreich keinen Augenblick zaudern würde, durch die Abtretung des linken Rheinufers ſich die Freundſchaft des Wohlfahrtsausſchuſſes zu erkaufen." Man erinnert ſich, daß ſchon zu Anfange des belgiſchen Feldzuges, als der angebliche Graf Montgaillard im kaiſerlichen Hauptquartier ſich einſtellte, von verſchiedenen Seiten ein ähnlicher Verdacht geäußert, und eben durch geheimes Einverſtändniß mit dem Feinde die freiwillige Räumung Belgiens ſpäter erklärt wurde. Aber nach einer Begründung würde man vergebens ſuchen. Selbſt Caeſar und das preußiſche Miniſterium ſprechen, wie wir ſahen, aufs beſtimmteſte die Anſicht aus, daß man Montgaillards Eröffnungen gar keine Bedeutung beilegen dürfe. Im Herbſt deſſelben Jahres verbreiten ſich abermals Friedensgerüchte, aber wieder ohne jeden beſtimmten Anhalt, und es muß in der That auffallen, daß man Anklagen von ſo außerordentlicher Tragweite, ohne irgend ein Zeugniß dafür anzu-

führen, mit ſolcher Beſtimmtheit hat wiederholen mögen. Nicht einmal, daß ernſte Verhandlungen angeknüpft ſeien, läßt ſich mit Wahrſcheinlichkeit behaupten, wie will man denn wiſſen, daß Oeſtreich das linke Rheinufer abzutreten geneigt war, und noch dazu für den Fall, daß Preußen mit Frankreich *nicht* zum Abſchluß kam, alſo in der Coalition verblieb, alſo die beſtberechtigte Hoffnung gab, man werde die verlornen Gebiete zurückerobern?

Wenn aber der Argwohn nicht begründet war, ſo könnte doch das preußiſche Miniſterium ihn gehegt, und darin einen Antrieb gefunden haben, durch beſchleunigten Abſchluß der Verhandlungen mit Frankreich dem Kaiſer zuvorzukommen. Allein auch dies ſcheint mir entweder gar nicht, oder doch nur in ſehr beſchränktem Maße der Fall zu ſein. Wenigſtens der Depeſchenwechſel mit Lucheſini, der doch die Stimmungen des Miniſteriums ziemlich deutlich wiederſpiegelt, bringt dieſen Eindruck nicht hervor. Es werden von Zeit zu Zeit Friedensgerüchte erwähnt, wie denn auch der Kaiſer und Thugut keine Gelegenheit vorbeigehen laſſen, Lucheſini gegenüber in den herkömmlichen Ausdrücken ihre Friedensliebe zu betheuern; aber daß man in Berlin eine raſche Einigung zwiſchen dem Kaiſer und der Republik erwartet, oder auf Gerüchte dieſer Art einen bedeutenden Werth gelegt hätte, dafür wüßte ich mich aus der Zeit vor dem baſeler Frieden keines Zeugniſſes zu erinnern. Noch weniger glaubte man, Oeſtreich wolle das linke Rheinufer aufgeben. Am 30. November 1794, gerade als über die Sendung des Grafen Goltz nach Baſel die entſcheidenden Beſchlüſſe erfolgten, wird einmal Lucheſini gegenüber die Befürchtung ausgeſprochen, Thugut könne, wenn er von den preußiſchen Verhandlungen erfahre, den Verſuch machen, ihnen zuvorzukommen. Dieſe Vermuthung liegt in der Natur der Verhältniſſe begründet und ſoll nicht einmal einen Tadel enthalten; denn nicht wenn der Kaiſer den beſtimmten Wünſchen des Reichstags gemäß einen Frieden vermittelte, ſondern wenn er einen für Deutſchland ungünſtigen Separatfrieden ſchloß, konnte man ihm einen Vorwurf machen. Von dieſem Gedanken, und insbeſondere von dem Glauben, daß Oeſtreich die Rheinlande aufgeben würde, iſt aber die Depeſche

auch weit entfernt. Denn als ſehr beachtenswerth und aus beſter Quelle läßt ſie die Nachricht folgen, ein Mitglied der gemäßigten Partei im franzöſiſchen Convent habe ſich gerühmt, man könne mit dem Kaiſer Frieden ſchließen, wenn man ihm — nicht etwa Baiern gegen die Rheinlande, ſondern die belgiſchen Niederlande zurückgebe, und zwar in der Weiſe, daß er an die läſtigen Beſtimmungen der früheren Landesverfaſſung künftig nicht mehr gebunden ſei.

Dagegen verbreitete ſich nicht vor, aber kurz nach dem Abſchluß des baſeler Friedens ein Gerücht, welches, wenn es ſich beſtätigte, die öſtreichiſche Politik in einem ſo grellen und zugleich ſo unvortheilhaften Lichte erſcheinen ließe, daß danach ſogar der ſchwärzeſte Argwohn auch gegenüber der früheren Zeit ſich rechtfertigen möchte. Ich meine das Gerücht über die Verhandlungen des Ritters Carletti. Sybel hat den Schrei der Entrüſtung, den es in einem großen Theile Deutſchlands hervorrief, in ſeinem Buche wiederhallen laſſen, er fand darin die entſchiedenſte Beſtätigung ſeiner Anſichten über das Wiener Cabinet, oder wenn wir einen neueren Ausdruck uns geſtatten dürfen, gewiſſermaßen die Krönung des Gebäudes, das er als den Inbegriff Thugutſcher Politik vor unſern Augen aufgerichtet hat. Ich theile den Verlauf dieſer Angelegenheit, denn es wäre nicht leicht, ihn beſſer zu erzählen, vorerſt wie Sybel ihn darſtellt, und ſoweit als möglich mit ſeinen eigenen Worten hier mit.

Schon bei der Erörterung der geheimen Deklaration vom 3. Januar 1795, wo er die Abſichten Thuguts, ſeine Verbindung mit Rußland und England, ſeine umfaſſenden Pläne gegen Polen, die Türkei, Italien und Deutſchland auseinanderſetzt, läßt er (III, 277) die Bemerkung einfließen: durch das Offenſivbündniß gegen Preußen habe Thugut ſeine Aufgabe mit nichten für gelöſt erachtet, ſondern auch jetzt noch inmitten der Beſchlüſſe fortgeſetzten Krieges eine gewiſſe Beziehung zu Frankreich feſtzuhalten verſucht, um vermöge derſelben den aufkeimenden preußiſchen Einfluß in Paris zu überwachen und ihn eintretenden Falles ſogar mit plötzlicher Schwenkung zu überflügeln. Für die deutſchen Reichsſachen habe man in der von Thugut gelenkten Staatskanzlei

nicht das mindeſte Intereſſe gehabt. Thugut wohl wiſſend, daß in Paris der Gedanke an das linke Rheinufer lebendig ſei, habe gegen die Abtretung deſſelben und des längſt aufgegebenen Belgiens von Frankreich die größten Gegendienſte, vielleicht den unumwundenen Beitritt zu dem Syſtem der Kaiſerhöfe, die Zuſtimmung zur öſtreichiſchen Beherrſchung Italiens, zur ruſſiſchen Ausdehnung an der Donau erwarten dürfen.

An einer ſpäteren Stelle (III, 402) wird dann gezeigt, wie nach den Aufſtänden der Jakobiner im Frühling 1795 die gemäßigte Partei des Convents jede Politik der Eroberungen verworfen habe, mit ſo heftigem und zweifelloſem Nachdrucke, daß Hardenberg bei der Unterhandlung in Baſel, wenige Wochen nachdem er das linke Rheinufer ſo gut wie abgetreten, auf einen Reichsfrieden faſt ohne Einbuße am Reichsgebiete habe hoffen dürfen. Dieſer gemäßigten Partei ſei aber eine andere, darunter Sieyes, Rewbell und Tallien, mit der kriegeriſchen Tendenz gegenüber geſtanden, Frankreich von allen Seiten mit Tochterrepubliken zu umgeben und dadurch zur leitenden Macht des Welttheils zu machen. Sie habe für dieſe Neigungen gerade um die Zeit des baſeler Friedens von unerwarteter Seite her einen gewaltigen Stoff bekommen. Der Herzog von Toskana — heißt es weiter — hatte ſchon ſeit dem November 1794 den Ritter Carletti zu einer Friedensunterhandlung nach Paris geſchickt. Nachdem der Friede am 9. Februar 1795 zu Stande gekommen war, blieb Carletti als toskaniſcher Miniſter in der franzöſiſchen Hauptſtadt, gab den einflußreichen Mitgliedern der Ausſchüſſe koſtbare Schmauſereien und knüpfte ſeine Fäden bei den Führern aller Parteien an. Zunächſt ſuchte er der preußiſchen Unterhandlung entgegen zu wirken, machte nach dem baſeler Frieden die Andeutung, daß es für Frankreich viel beſſere Möglichkeiten gebe, und ſprach endlich das inhaltsſchwere Wort aus, daß Oeſtreich zu einem ſofortigen Friedensſchluſſe mit der Republik auf definitive Abtretung Belgiens und des linken Rheinufers bereit ſei, wenn Frankreich ihm dafür zu dem Beſitze Baierns verhelfe. Er ſagte zwar nicht, daß er einen förmlichen Auftrag der öſtreichiſchen Regierung habe, wußte aber

doch den französischen Staatsmännern jeglichen Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit zu nehmen; alle ohne Ausnahme waren überzeugt, daß sie in jedem Augenblick gegen die Ueberlassung Baierns an Oestreich den Frieden und das linke Rheinufer vom Kaiser erhalten könnten.

In Paris — fährt Sybel fort (III, 408)— machten Carlettis Eröffnungen, wie man denken kann, einen nicht geringen Eindruck. Die revolutionären Fractionen empfingen sie mit lebhafter Befriedigung; sie sahen darin die Zusicherung einer stattlichen Kriegsbeute, den Untergang der drei ersten Kurfürstenthümer, das unrettbare Zusammenbrechen der deutschen Reichsverfassung, und bei solchem Umsturze den erwünschten Anlaß zur Verbreitung des revolutionären Einflusses. Auf das tiefste war dagegen die gemäßigte Partei betroffen, deren Friedensprogramm mit dem Verzicht auf die Eroberungspolitik jetzt nicht mehr möglich war. Ihre Ansichten schwankten, vornehmlich kam es ihnen darauf an, den Umsturz des deutschen Reiches, die Verewigung einer schrankenlosen Revolutionspolitik und die Fortsetzung des verderblichen Kriegsstandes zu verhüten. Zu diesen Ansichten bekannte sich damals Merlin von Thionville, der seit der Vertheidigung von Mainz ein unbestrittenes Ansehen in allen Anlegenheiten der Rheinlande genoß. Mitte Mai war er als Conventscommissar in Pichegrus Hauptquartier am Oberrhein, als ihn sein Namensvetter Merlin von Douai, damals Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, zu einem Gutachten aufforderte, ob er die Besitznahme der Rheinlinie für Frankreich nützlich halte oder nicht. Merlin von Thionville antwortete umgehend, die Entscheidung hänge von dem Standpunkt ab, den man bei der Frage nehme. Gehe man von dem Bilde der bisherigen Siege aus, so sei offenbar zu ihrer Ausnützung der beste Weg, eine Unterhandlung mit dem Kaiser zu eröffnen und seine Zustimmung zur Einverleibung Belgiens und der Rheinlande dadurch zu gewinnen, daß man ihm Baiern überlasse. Erinnere man sich aber der Geldnoth Frankreichs, der Entblößung der Armeen, des Haders der Parteien, so scheine ein möglichst rascher Friedensschluß geboten, möge man dafür vom

deutſchen Reiche die Maaslinie erwarten oder ſelbſt mit Frankreichs ſicherer Größe innerhalb der alten Gränzen ſich begnügen. Er ſelbſt halte die letztere Meinung für die einzig heilſame.

„In dieſer Stimmung entſchloß ſich der unruhige Deputirte zu einem eigenmächtigen Schritt. Hardenberg war noch in Baſel und ſtellte dort am 17. Mai mit Barthelemy die norddeutſche Demarkationslinie feſt. Am Tage nach der Unterzeichnung ſpeiſte der preußiſche Miniſter mit Barthelemy und Bacher in Hüningen bei Merlin und Pichegru zu Mittag. Nach Tiſche eröffnete ihm Merlin, Carletti ſetze in Paris alles für einen öſtreichiſch-franzöſiſchen Frieden auf der angegebenen Grundlage in Bewegung, die Sache ſei ſchon ſo weit gediehen, daß Pichegru Befehl erhalten habe, alle Feindſeligkeiten gegen Oeſtreich aufzuſchieben. Barthelemy vermied eine beſtimmte Erklärung zu geben, Pichegru aber beſtätigte die Mittheilung in ihrem vollen Umfange, und Merlin ſchloß mit der Aufforderung, daß Hardenberg die deutſchen Reichsſtände vor Oeſtreichs Ehrgeize warnen möge.“

„Wie ſich verſteht war Hardenberg über eine ſo beſtimmte Enthüllung nicht wenig betroffen. Daß er ſelbſt nach Paris ging, war unmöglich; er beſchloß alſo im Einverſtändniß mit Barthelemy, einen ſeiner Beamten, den Legationsrath Gervinus, hinzuſenden, ſelbſt aber ohne Zaudern nach Berlin zu eilen, um perſönlich dem Könige Bericht zu erſtatten. In Mannheim ſprach er den Herzog Max Joſeph von Zweibrücken, theilte dieſem in fliegender Haſt die ſchwere Neuigkeit mit, und bat ihn, ſeinen Vetter, den Kurfürſten Karl Theodor, unter der Hand davon in Kenntniß zu ſetzen. Des Herzogs Geſchäftsträger, Abbé Salabert, that das in einer amtlichen miniſteriellen Note, welche von der bairiſchen Regierung ſogleich nach Regensburg an ihren Reichstagsgeſandten weiter gegeben wurde. So kam ſie unter die Augen des dortigen kaiſerlichen Botſchafters, und kaum hatte Hardenberg in Berlin ſeine Nachricht vorgelegt, ſo lief auch ein öſtreichiſches Rundſchreiben an alle deutſchen Höfe ein, welches die ganze Erzählung für eine verrückte und kindiſche Fabel erklärte, deren weitere Verbreitung eine beleidigende Verläumdung für den Kaiſer ſein würde. Oeſtreich habe nie an eine

Unterhandlung mit Frankreich und am wenigsten durch den Kanal des sogenannten Grafen Carletti gedacht."

Diesen Vorlagen gegenüber — fährt Sybel fort — habe die preußische Regierung zunächst die schwere Frage prüfen müssen, ob Thuguts oder Merlins Wahrhaftigkeit für die bessere und bewährtere zu achten sei. Haugwitz sei einen Augenblick der Meinung gewesen, Merlin habe nur durch eine kecke Lüge Preußen in ein feindliches und offensives System gegen Oestreich hineinschwatzen wollen; seine officielle Antwort auf das östreichische Rundschreiben habe in diesem Sinne die Versicherung ausgesprochen, daß Hardenberg nur unbestimmte Gerüchte jener Art vernommen und lediglich als solche gegen wenige Personen wiederholt habe. Allein die Berichte Harniers aus Basel und Gervinus' aus Paris haben nur zu deutlich gezeigt, daß es sich um Schwereres handle. In einer Unterredung mit Gervinus am 29. Mai sei Sieyes sehr herb und schneidend aufgetreten, und habe unbedingt die Rheingränze gefordert. Auch der gemäßigte Boissy d'Anglas habe so wenig wie Sieyes die Existenz der östreichischen Unterhandlung mit einer Silbe in Abrede gestellt, sondern im Gegentheile, indem er Gervinus zu beruhigen suchte, geäußert, sie mache nur geringe Fortschritte. Im Allgemeinen sei Gervinus zu der Ueberzeugung gekommen, daß Carletti zwar ohne förmlichen Auftrag, immer aber in Thuguts Sinne gehandelt habe, daß die französische Regierung im Augenblick sich noch nicht aussprechen wolle, und daß man mit einiger Festigkeit das Rheinufer wenigstens zum größeren Theil zurückgewinnen könne.

„Man sieht jetzt," — so schließt Sybel seine Auseinandersetzung — „was der Ausgang des Pariser Parteikampfes für Europa bedeutete. Auf der einen Seite die Möglichkeit, im Wesentlichen den bisherigen Zustand zu erhalten und vor Allem Deutschland nach dem Wunsche Preußens mit sehr geringen Opfern zum Frieden zu bringen, auf der andern eine durch und durch gewitterschwangere Atmosphäre, Veränderung der Besitzverhältnisse in Italien, Einbuße der Rheinlande an Frankreich, völlige Umwälzung des deutschen Reichs, und in der Ferne der Gedanke an

ruſſiſche Herrſchaft bis zur Oder, öſtreichiſche Allmacht im Reſte des Reiches, ländergierige Entwürfe auf die Lande der Etſch und der niederen Donau."

Ich habe mir nicht verſagen dürfen, aus Sybels eingehender Darſtellung dieſen Auszug mitzutheilen. In unſerer hiſtoriſchen Litteratur gibt es gewiß nicht viele Beiſpiele, daß ſo verſchiedenartige Vermuthungen in ſo geiſtreicher Weiſe vereinigt und zu einem beſtimmten Ziele geführt wären. Denn wie ließe ſich ein Ergebniß finden, ſo vollkommen als dieſes geeignet, die abſolute und relative Nichtswürdigkeit der öſtreichiſchen Politik und Thuguts insbeſondere in das ſchärfſte Licht zu ſtellen? In demſelben Augenblick, in welchem er mit Rußland und England ein Bündniß abgeſchloſſen hat, betrügt er beide durch eine Einigung mit Frankreich, deren Zweck ihnen aufs Aeußerſte zuwider ſein mußte. Er verräth Preußen, mit welchem auch nach dem baſeler Frieden doch immer wenigſtens die Form eines Bündniſſes beſteht, er gibt Deutſchland, das er durch die heiligſten Verträge zu ſchützen verpflichtet iſt, im Weſten und Oſten, hier den Franzoſen, dort den Ruſſen preis. In der That, Sybel iſt nach allem dieſem wohl berechtigt, am Schluſſe ſeines Werkes gewiſſermaßen das Ergebniß ſeiner Unterſuchungen in die Worte zuſammen zu faſſen, daß die Wiener Politik nicht beſſer als die Pariſer und die Petersburger geweſen ſei. Nicht allein nicht beſſer, noch weit ſchlechter hätte er ſie nennen dürfen, inſofern ſie mit der Schlechtigkeit den Fehler, der dem Staatsmann nicht geringer angerechnet werden muß, die äußerſte Thorheit und Wankelmüthigkeit verbindet.

Glänzend iſt dies Ergebniß gewiß, es fragt ſich nur, ob es eben ſo ſicher ſei. Ich halte meine Anſicht noch zurück, der Leſer mag aus den Quellen, wie ich ſie vorführe, ſich ein eigenes Urtheil über den Inhalt der Sybelſchen Erzählung bilden. Doch ſollte es mich nicht wundern, wenn ſie ſelbſt ſchon einigen Zweifel wach gerufen hätte. Denn fragt man nach den Zeugniſſen für dieſe Carlettiſche Unterhandlung, ſo ſind ſie doch beinahe einzig in den Ausſagen Merlins bei dem Gaſtmahl in Hüningen zu ſuchen. Eine Mittheilung dieſer Art findet ſich ſchon in den Memoiren,

welche in Frankreich bis auf dieſen Tag, freilich ohne alle Berechtigung dem Fürſten Hardenberg zugeſchrieben werden [1]), aber vermiſcht mit ungenauen und offenbar unrichtigen Angaben, aus denen man erkennt, daß der Erzähler das, worauf es eigentlich ankam, gar nicht begriffen hat. In dieſer Form iſt ſie dann im Weſentlichen in Hormayrs Lebensbilder (III, 143), danach in viele andere Bücher übergegangen. Sybel lag offenbar ein genauerer, der Wahrheit mehr entſprechender Bericht, vermuthlich von Hardenberg vor, obgleich er in ſeiner Darſtellung noch einen oder anderen Zug der erſten Schilderung des ſogenannten homme d'état entlehnt zu haben ſcheint. So hätte man aber doch immer nur einen Bericht dritter Hand. Hardenberg erzählt, daß Merlin ihm erzählt habe, Carletti habe in Paris erzählt, was Thugut ihm aufgetragen habe. Auf einem ſo weiten Umwege konnten einer Mittheilung leicht mancherlei Zuſätze ſich beimiſchen. Ein vorſichtiger Schriftſteller möchte ſogar gegen die Zuverläſſigkeit aller drei Erzähler ſich einen Zweifel erlauben. Sehen wir einſtweilen von Hardenberg und Carletti ab; aber unmöglich kann man ſich verhehlen, daß Merlin, der Hauptzeuge äußerſt verdächtig iſt. Man weiß, der eifrigſte Wunſch der

---

1) Vgl. Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état, Paris 1831, III, 178. Ueber die Verfaſſer und die Entſtehung dieſes Buches denke ich zu anderer Zeit Auskunft zu geben. Es iſt in ſofern von Bedeutung, als es in Frankreich für die deutſchen Verhältniſſe noch immer als die beinahe einzige Quelle benutzt und durchgängig, auch noch von L. Blanc, als eine Aufzeichnung des Fürſten Hardenberg angeſehen wird, obgleich der preußiſche Miniſterialrath Schöll bereits bei der Ankündigung nicht nur in Deutſchland, ſondern am 15. Juli 1827 auch in franzöſiſchen Blättern die Erklärung veröffentlichte, die ächten, in deutſcher Sprache verfaßten Denkwürdigkeiten Hardenbergs befänden ſich im Beſitz des Königs, an dem franzöſiſchen Werke ſei der Fürſt durchaus unbetheiligt. Zum bei Weitem größeren Theile erweiſt es ſich denn auch als eine umfangreiche, nicht einmal geſchickte Compilation aus ſehr bekannten Werken, z. B. Bertrand de Moleville, Fain, der Correspondance inédite, Bourrienne, wie für die beiden erſten Bände ſchon Ranke (Hiſtor. polit. Zeitſchrift, II, 52, Berlin, 1833) dargethan hat.

Franzoſen ging dahin, Preußen und Oeſtreich gegen einander aufzubringen und dann den König zu einem Bündniß mit Frankreich zu bewegen. Es war ihnen nicht verborgen, daß man in Berlin nichts ſo ſehr als die Vereinigung Baierns mit Oeſtreich fürchtete, daß alſo, um Preußen den franzöſiſchen Forderungen gefügig zu machen, kein wirkſameres Mittel zu finden ſei, als die Beſorgniß, Frankreich würde, wenn der König weigerlich bliebe, mit dem Kaiſer ſich einigen und ihm zur Beſitzergreifung von Baiern behülflich ſein. Es iſt kein zu bösartiger Argwohn, wenn wir annehmen, ein franzöſiſcher Repräſentant im Jahre 1795 habe für einen ſo patriotiſchen Zweck ſich eine Unwahrheit erlaubt. Und dieſe Annahme wird für den beinahe zur Gewißheit, der die ſpäteren Verhandlungen zwiſchen Preußen und dem Directorium in den Depeſchen des preußiſchen Geſandten in Paris, Freiherrn von Sandoz-Rollin vor Augen hat. Ich werde dieſe Verhandlungen noch eingehender mittheilen, vorerſt bemerke ich nur, daß die Drohung, der Kaiſer ſolle Baiern erhalten, nicht etwa Einmal oder Zehnmal vorkommt, ſondern unaufhörlich, bei jeder Gelegenheit, wo man Preußen zu einem Schritt bewegen oder ihm eine Unzufriedenheit bezeigen will, ſich wiederholt. Wenige Depeſchen Sandoz' gibt es, die nicht von dieſer Drohung Zeugniß geben, zu einer Zeit, wo ſich mit voller Sicherheit nachweiſen läßt, daß weder von öſtreichiſcher noch franzöſiſcher Seite an ein ſolches Anerbieten im Ernſte auch nur gedacht wurde. Männer aller Parteien ſtimmen in dieſem Verfahren überein; alle wiſſen, daß dieſes Mittel das wirkſamſte iſt, und ſelbſt die beſt beläumdeten nehmen keinen Anſtand, ſich deſſelben zu bedienen.

Ich wiederhole, wer den Briefwechſel des Herrn von Sandoz kennt, wird auf eine derartige Mittheilung von Seiten Merlins, wenn ſie nicht auch anders bezeugt iſt, nicht den geringſten Werth legen können. Indeſſen es gibt noch ein beſſeres Mittel, ſich über die Bedeutung jener Vorgänge in Hüningen ein richtiges Urtheil zu bilden. Im Jahre 1860 hat ein Verwandter Merlins mit einer Lebensbeſchreibung die wichtigeren in ſeinem

Nachlaß gefundenen Briefe veröffentlicht, eine Sammlung auch für Deutſchland von unſchätzbarem Werthe, weil ſie, ſo weit mir bekannt, die erſte und einzige iſt, aus welcher man deutlich erkennt, wie die leitenden Perſönlichkeiten des Conventes über die deutſchen Angelegenheiten gedacht und in vertrauten Briefen ſich ausgeſprochen haben [1]). Ueber die baſeler Verhandlungen erhalten wir mancherlei neue Mittheilungen, insbeſondere über jene Mahlzeit in Hüningen ſind jetzt alle einzelnen Umſtände uns bekannt, wir wiſſen ſogar, daß die Koſten für den bei dieſem grand repas konſumirten Kaffe und Liqueur im Wirthshaus zum Raben auf 320 Livres in Aſſignaten oder 19 Franks in klingender Münze ſich belaufen haben. Danach iſt nun die Anregung zu dieſer Zuſammenkunft nicht ſowohl von franzöſiſcher Seite als von Hardenberg gegeben, wahrſcheinlich gerade in der Abſicht, etwas über die bairiſchen Projekte zu erfahren, die nicht weniger in Berlin, als im Hauptquartier zu Frankfurt, als auch bei der Geſandtſchaft in Baſel große Beſorgniß erregten. Hardenberg lud zuerſt durch Vermittlung Bachers Merlin und Pichegru am 17. Mai zum Mittageſſen nach Baſel ein. Beide lehnten ab, weil ſie nur nach dem allgemeinen Frieden oder an der Spitze eines Heeres das Gebiet der Republik verlaſſen könnten. Nun entſchloß ſich Hardenberg, ſie ſelbſt in Hüningen aufzuſuchen. „Der preußiſche Miniſter," ſchreibt Bacher am 17. Mai (S. 193) an Merlin, „hegt das lebhafteſte Verlangen, Ihre Bekanntſchaft zu machen. Da er Sie nicht bewegen konnte, ſeine Einladung anzunehmen, ſo beabſichtigt er, ſich morgen auf den Weg zu machen, um mit Ihnen und Pichegru zu fraterniſiren." Einige Geſandte der kleineren Höfe, welche damals in Baſel Frieden und Gunſt von Frankreich nachſuchten, ſchloſſen ſich ihm an. „Vorgeſtern gegen zwei Uhr," ſchreibt Merlin am 20. Mai (S. 193), „kamen Barthelemy, Bacher, Herr von Hardenberg, Herr Keppeler [2]), ein Miniſter von

1) Vgl. Vie et correspondance de Merlin de Thionville par Jean Reynaud, Paris, 1860.

2) Ein Agent des Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt.

Heſſen-Kaſſel, ein anderer von Würtemberg und einige Sekretäre hier an. Herr von Hardenberg bat mich eine Ausfertigung der neuen Uebereinkunft [über die Demarkationslinie] anzunehmen, und ſprach während des ganzen Mittageſſens von nichts anderem als von dem Schutze, welchen Frankreich im Verein mit ſeinem Herrn dem Reiche zu gewähren habe, und wie wir uns hüten müßten, den Kaiſer Baiern nehmen zu laſſen. Ich ſagte ihm ſtatt aller Antwort, ich ſei nichts als Soldat, ein Feind mehr oder weniger habe uns nicht gekümmert, einzig meine Regierung könne über ſeine Bemerkungen die Entſcheidung treffen. Die Abgeſandten der Prinzen von Heſſen ſchienen ſehr froh zu ſein, mit heiler Haut davon zu kommen. Ich habe ſie gefragt, ob ihre Contingente zurückgezogen wären, ſie antworteten: allerdings, es gebe kein heſſiſches Contingent mehr in der kaiſerlichen Armee. Sie vereinigten ſich mit Herrn von Hardenberg, mich zu überreden, es ſei Sache der Republik, ſich mit ihnen zu verbünden, dem Reiche den Frieden zu geben, und den Abſichten des Kaiſers auf Baiern ſich zu widerſetzen.“ Man muß bei dieſem Briefe die Ruhmredigkeit Merlins wohl in Anſchlag bringen, nur das ſcheint nach allem, was vorherging, nicht wohl zu bezweifeln, daß die Anregung des Geſpräches über Baiern wenigſtens ebenſo ſehr von Hardenberg als von Merlin ausgegangen iſt. Aber ganz gewiß wird dieſer ihn nach beſten Kräften in ſeinem Argwohn gegen Oeſtreich beſtärkt haben; denn wie er ſelbſt über jene Angelegenheit dachte, darüber geben ſeine Briefe die deutlichſte Auskunft. Sie ſind für den Deutſchen zu belehrend, als daß ich nicht Einiges daraus mittheilen ſollte.

Schon am 21. November 1794, als die Verhandlungen mit Preußen erſt auf geheimen Wegen durch den Kreuznacher Schmerz zwiſchen Merlin und dem General Kalkreuth betrieben wurden, ſchreibt er an den Ausſchuß (S. 119): „Unſer Princip muß ſein, daß die Wölfe ſich unter einander verſchlingen (que les loups se dévorent entre eux). Um ſie aber dahin zu bringen, daß ſie uns noch um Erlaubniß bitten, ſich zu zerreißen, muß man, denke ich, Preußen nöthigen, den letzten Mann von der verbün-

deten Armee zurückzuziehen. Von der anderen Seite habt Ihr auch nicht unterlaſſen, dem Kaiſer den Puls zu fühlen. Man behauptet hier, aus Entrüſtung über das Benehmen der Preußen im letzten Feldzuge ſeien ſeine Räthe nicht abgeneigt, einen beſonderen Frieden mit Euch abzuſchließen. Der Kaiſer hat wenig Schaden, wenn er uns das linke Rheinufer überläßt. Mit Ausnahme des Kurfürſten von Baiern werden nur die Biſchöfe verlieren. Würde nicht dem Kaiſer der Vorwand willkommen ſein, dem Kurfürſten Baiern abzunehmen, das doch der Gegenſtand aller Wünſche des Wiener Kabinettes iſt? Mich däucht wir müſſen den Frieden auf Koſten aller unſerer Feinde machen, aber vornehmlich auf Koſten der ſchwächeren, denn durch dieſe gelangt man dann an die ſtärkeren."

„Es gilt hier für ſicher," ſchreibt er am 4. December (S. 127), „daß Preußen einen Separatfrieden zwiſchen Rußland und Oeſtreich ſowie zwiſchen Oeſtreich und Frankreich fürchtet, daß Oeſtreich der franzöſiſchen Republik Brabant überlaſſen, das Reich preisgeben, und durch Beſitznahme Baierns ſich abrunden wird. Mag dies ſeine Abſicht ſein oder nicht, immer iſt es gut, daß Preußen es fürchte, und ſich durch dieſe Furcht zu einem Separatfrieden bringen laſſe. Ihr wollt doch, wie ich denke, die Rheingränze behalten? Ein Separatfriede auf dieſe Bedingung hin wird mehr für uns thun, als eine Armee. Dahin können wir aber Einen der gegen uns verbündeten Despoten nur dadurch führen, daß wir ihn mit den Anderen entzweien; das muß Euer Plan ſein. Oeſtreich begehrt Baiern und fürchtet, daß Preußen dieſem Entwurfe entgegen ſei. Will Oeſtreich einen Separatfrieden eingehen, ſo muß man ihm ſchmeicheln, man werde keinen Frieden mit Preußen machen, ſondern alle ſeine Kräfte beſchäftigen, während Oeſtreich Baiern nehme. Will man ſich mit dem Preußen vertragen, ſo muß man ihm verſprechen, Oeſtreich in Athem zu halten, während er ſich des Reſtes von Schleſien bemächtigt. In jeder Weiſe bleibt der Rhein uns geſichert." „Du machſt Deine Sache vortrefflich", antwortet Merlin von Douai am 9. December im Namen des Ausſchuſſes (S. 136). „Aus unſerer Depeſche ſiehſt Du, wie weit wir

mit Preußen ſind; es iſt weſentlich, daß wir fortfahren, ihm begreiflich zu machen, wir haben nur zwiſchen ihm und Oeſtreich zu wählen, und eins von beiden werde ganz gewiß zu Grunde gehen. Das iſt ein vortreffliches Mittel, bald zu Ende zu kommen."

Die Stimmung, wie ſie hier hervortritt, blieb durchaus unverändert, als Preußen in dem baſeler Vertrag einen der lebhafteſten Wünſche Frankreichs erfüllt hatte, aber ſich doch längſt nicht ſo weit gegen den Kaiſer fortreißen ließ, als die Franzoſen verlangten, insbeſondere ein Bündniß und ſogar die definitive Abtretung des linken Rheinufers beharrlich verweigerte. Preußen hoffte noch immer, durch Unterhandlungen die franzöſiſchen Anſprüche auf Belgien oder die Maaslinie beſchränken zu können. Dies erkennt man auch aus zwei Berichten Barthelemys über ſeine Unterredungen mit Hardenberg. „Die Preußen," ſchreibt er dem Ausſchuß am 26. April (S. 177), „hören nicht auf uns zu wiederholen, daß der allgemeine Friede mit dem Reiche in unſerer Hand liegt, wenn wir nur die Rheinlinie großmüthig opfern wollen. Sie zweifeln nicht, bei der bloßen Ankündigung eines ſolchen Verzichtes werde ganz Deutſchland die Waffen niederlegen, während die Behauptung dieſer Linie endloſe Schwierigkeiten herbeiführen müße. Ich ſage ihnen, daß die allgemeine Ermüdung der Deutſchen unſeren Entwürfen und der Macht unſerer Waffen vortrefflich zu ſtatten kommt. Sie antworten, wenn nur die Ermüdung den erſehnten Frieden herbeiführe, ſo würden wir den Keim neuer Kriege vorbereiten." „Herr von Hardenberg", ſchreibt er drei Tage ſpäter (S. 179), „glaubt zu wiſſen, daß der Kaiſer und die Kaiſerin bei der Nachricht von dem preußiſchen Frieden Freude bezeugt haben. Die Kaiſerin habe ſogar in die Hände geklatſcht und bravo gerufen; er glaubt nichts deſto weniger, das Wiener Kabinet werde ſeinen ehrgeizigen Grundſätzen getreu nichts vernachläſſigen, um den Fürſten des Reiches über Wirkung und Folgen des Friedens eine falſche Anſicht beizubringen. Ich konnte ihm antworten: da er eine Verlängerung des Krieges von Seiten Oeſtreichs vorausſehe, ſo liege darin ein Grund mehr für den König von Preußen, ſich um ſo enger an uns anzuſchließen; er

könne dann überzeugt ſein, den Krieg im Reiche alsbald zu beendigen und ſich einen unermeßlichen Einfluß auf Koſten des Hauſes Oeſtreich zu verſchaffen. Herr von Hardenberg hat mir geantwortet, der König von Preußen ſei, um dem Kriege ein Ende zu machen, bereit, alle dahin zielenden Maßregeln mit uns zu vereinbaren und auf alle unſere Vorſchläge einzugehen, nur dürften ſie nicht offenſiver Natur ſein. „„Der Wohlfahrtsausſchuß““, fügte er bei, „„muß ſelbſt fühlen, daß Preußen anſtändiger Weiſe keine feindſeligen Maßregeln gegen andere Mächte eingehen kann, mit denen es leider noch vor Kurzem und ſehr gegen ſein Intereſſe gemeinſchaftliche Sache machte. Etwas anderes wäre es, wenn in Folge des Friedens vom 5. April der König von Preußen ſelbſt angegriffen und beunruhigt werden ſollte, etwa durch ein Bündniß zwiſchen den Höfen von Wien, Petersburg und London.““ „Ich bemerke,“ ſetzt Barthelemy hinzu, „daß Herr von Hardenberg über die Abſichten Oeſtreichs unruhig iſt; er weiß, daß es Alles aufbieten wird, um ſich Bayern und einen Theil Polens anzueignen. Ich denke, die polniſchen Ereigniſſe und vorzüglich Oeſtreichs Entwürfe auf Baiern werden das Berliner Kabinet dahin bringen, ſich enger mit uns zu verbinden.“ Dieſe beiden Depeſchen nebſt einigen Briefen mit ähnlichen Vorſchlägen, welche, wie es ſcheint, von preußiſcher Seite kurz vorher aus Regensburg nach Paris gekommen waren, ſchickt der Wohlfahrtsausſchuß am 8. Mai an Merlin (S. 175), hauptſächlich um ſeine Anſicht über die Beſitznahme und den Werth des linken Rheinufers zu erfahren. Es iſt ſehr merkwürdig, daß dieſer Mann, ſo entſchieden er ſich auch früher für die Erwerbung ausgeſprochen hat, jetzt doch in ſeinem Urtheile bedenklich wird. Er antwortet am 12. Mai (S. 182). Zuerſt behandelt er die Frage, ausgehend von der allgemeinen Lage Europas und unter der Vorausſetzung, daß Frankreich die zum Kriege nöthigen Mittel beſitze. Preußen, meint er, hat von Anfang der Verhandlungen dahin geſtrebt, ſich zum Protektor des Reiches zu erheben. Jetzt will der König ſeinen Ruhm und ſeine Macht ſichern und der Friedensſtifter Europas werden. Sollen wir ihm dieſe ſtolze Rolle überlaſſen,

gebührt ſie nicht uns ganz allein? Ich ſage offen, wir müſſen mit Oeſtreich Frieden machen, ihm verſprechen, es bei der Eroberung Baierns nicht zu beunruhigen, wenn wir dagegen die Niederlande und das linke Rheinufer erhalten. Dieſe Unterhandlung darf aber nicht durch unſere baſeler Geſandten geführt werden; keiner von ihnen hat den Willen, die Fackel der Zwietracht in das Reich zu ſchleudern, und das iſt doch gerade, worin unſer größter Vortheil liegt. Was kümmern uns die Kurfürſten, die Preußen ſo eifrig beſchützt? Es iſt der Kaiſer, der viel von uns zu fordern hat, denn wir haben ihm viel genommen. Bezahlen wir ihn alſo, wenn es möglich iſt. Aber der Preuße darf nichts von dieſer Unterhandlung erfahren, wenigſtens nicht eher, als nach Abſchluß des Vertrages. Dann iſt der Krieg zwiſchen ihnen unvermeidlich und wir haben den Frieden. Ein anderer Weg, ſetzt er hinzu, wäre, ſich mit Preußen, Baiern und Heſſen gegen den Kaiſer zu einigen, und in Verbindung mit ihnen die öſtreichiſchen Heere an die Donau zurückzuwerfen. Aber davon verſpricht er ſich weniger Vortheile und größere Koſten; „in der Politik", ſagt er, „muß man immer den Schwächeren verlaſſen und ſich mit dem Mächtigeren verbinden." Er kommt darauf zurück: man muß die Armee verſtärken, und den Rhein überſchreiten, ferner „Oeſtreich ſondiren und mit ihm wegen Baiern Verhandlungen anknüpfen; dabei könnte vielleicht der toskaniſche Geſandte ſehr nützlich ſein. Gibt der Kaiſer ſeine Einwilligung, ſo verhandelt man mit ihm ganz ohne Rückſicht auf Preußen oder auf das Reich, denn wir erhalten in dieſem Falle die Niederlande und das linke Rheinufer."

Merkwürdig iſt nun aber, was er nach allem dieſem und nach dem, was er früher über die Frage geäußert, als ſeine Privatmeinung zu erkennen gibt: „Wir eilen von Unruhe zu Unruhe," ſchreibt er, „wir unterliegen ſo zu ſagen unter dem Gewicht unſerer eigenen Siege. Eingeſchloſſen in Frankreich leiden wir an Allem Mangel, unſer Handel iſt vernichtet, die Aſſignaten werthlos, unſere Hülfsquellen beinahe erſchöpft. Wir haben weder Verfaſ-

ſung noch Regierung, der Royalismus richtet ſich empor, der Fanatismus zündet ſeine Fackeln wieder an, die Verräther, die ihr Vaterland verließen, ſchöpfen wieder Hoffnung, und doch liegt Europa zu unſeren Füßen. Die Welt verlangt nach Frieden, während ein einziger Schlag uns in einem Augenblick um all unſeren früheren Glanz bringen könnte. Und nun frage ich, warum haben wir die Waffen ergriffen? doch um Frieden, Ueberfluß und Glück wieder bei uns heimiſch zu machen. Laßt uns Europa rufen, den Frieden zu empfangen, und ſeiner ſelbſt wieder froh werden. Man ſcheint geneigt, uns Speier, Trier, Luxemburg zu überlaſſen, ſo daß die Maas unſere Gränze wird; nehmt das als Entſchädigung an und gebt uns den Frieden."

„Gebt uns den Frieden, müßten wir ſelbſt in unſere alten Gränzen zurückkehren. Wir ſind immer noch groß genug, vielleicht noch größer, weil wir der Welt beweiſen, daß wir die Waffen nur für die Freiheit ergriffen, und daß wir die Freiheit gegen unſere Feinde im Innern wie nach Außen erkämpft haben. Das iſt meine Meinung, ich glaube die einzig heilſame. Möchte ſie die gigantiſchen Entwürfe der Menſchen überwiegen, welche vergeſſen, woran die Schickſale der Reiche geknüpft ſind."

Dieſe Worte ſind beſonders deßhalb bemerkenswerth, weil ſie zu den wenigen gehören, in welchen ein deutliches Bewußtſein von den innern Uebelſtänden Frankreichs und den Gefahren der Freiheit zum Ausdruck gelangt. Zugleich geben ſie den Beweis, daß man auch den weiteſt gehenden Anſprüchen franzöſiſcher Selbſtüberſchätzung gegenüber immer noch hoffen durfte, vernünftigen Gründen Eingang zu verſchaffen. Nur freilich was Merlin hier geäußert hat, konnte für den Wohlfahrtsausſchuß eine unmittelbar praktiſche Bedeutung nicht leicht gewinnen; man weiß kaum, wohin es eigentlich zielt. Gewiß iſt, daß die Republick gegen Rückgabe ihrer Eroberungen von allen Mächten Europas den Frieden hätte erlangen können, aber Merlin ſelbſt durfte ſchwerlich glauben, einem ſolchen Gedanken in Paris Eingang zu verſchaffen. Das Anerbieten der Maaslinie kann nicht wohl anders, als auf die Verhandlungen mit Preußen ſich beziehen. Aber war es geeignet, den Frie-

den herbeizuführen? würde der Kaiſer darauf eingegangen ſein? wollte man ihm auch in dieſem Falle Baiern anbieten? Fragen dieſer Art ſcheint Merlin ſich gar nicht geſtellt zu haben. Die ganze Tirade war leider nicht viel mehr als eine vorübergehende Anwandlung. Schon wenige Tage ſpäter, in demſelben Briefe vom 20. Mai, der über das Mittageſſen in Hüningen Auskunft gibt, bewegt er ſich durchaus wieder in den alten Anſchauungen. „Hardenberg und die heſſiſchen Miniſter," ſchreibt er (S. 194), „verfolgen das Syſtem, dem Kaiſer das Reich abwendig zu machen, und eine Vereinigung wenn nicht ſchriftlich doch thatſächlich zu bilden, um ihn vom Erwerbe Baierns abzuhalten; nur für dieſen Fall wollen ſie auf ein Angriffsbündniß mit Frankreich, deſſen ſie dann benöthigt wären, eingehen. Sie möchten ſich aus dem Krieg zurückziehen, alles oder doch beinahe alles, was ſie früher beſaßen, behalten, damit dann die Republik mit dem Kaiſer ſich in den Haaren liege. Vor Allem fürchten ſie einen Frieden der Republik mit dem Kaiſer ohne das Reich; das, ſagen ſie, ſei das ſichere Mittel, uns zu Grunde zu richten. Sie beſorgen, man könne ohne ſie in dieſem Sinne unterhandeln, und wünſchen, um Vertrauen zu gewinnen, daß wir über den Rhein gingen."

„Nach meiner Anſicht folgt aus allem dieſem: Wenn der Kaiſer uns für Bayern die Niederlande und das linke Rheinufer überlaſſen will, ſo muß man nicht zögern, darauf einzugehen. Denn nach Allem, was dieſe Leute mir geſagt haben, iſt dann der Krieg im Herzen von Deutſchland. Preußen wird im Zaume gehalten durch Rußland, das der Kaiſer für ſeine Entwürfe ſchon gewonnen haben wird, und der Kaiſer kämpft mit Vortheil gegen die Reichskreiſe, während wir ruhig die Frucht unſerer Siege genießen. Haben wir den Rhein als Gränze, ſo ſehe ich nicht, wie der Kaiſer uns jemals gefährlich werden könnte, wäre er auch Herr von Baiern."

„Aber Alles kommt darauf an, zu wiſſen, ob Verhandlungen auf dieſen Punkt hin möglich ſind. Könnte man den Kaiſer nicht dazu bewegen, daß er auf eine Verhandlung ohne Wiſſen Preußens und an einem andern Orte als in Baſel einginge, ſo müßte man mit dem Reiche ab-

ſchließen, welches fußfällig um Gnade bittet, und in ſolcher Weiſe den Kaiſer vom Reiche trennen."

Dieſe Anſichten ändert er nicht mehr; auch im Wohlfahrtsausſchuß gelangen ſie durchaus zur Geltung. So ſchreibt Merlin von Douai im Namen des Ausſchuſſes noch am 25. Auguſt (S. 238): „Dein Brief, mein lieber Freund, vom 1. Fructidor (18. Auguſt) iſt mir zugekommen; gleich meinen Collegen Sieyes, Boiſſy ꝛc. habe ich mit größtem Intereſſe geleſen, was Du über Deine Conferenzen zu Baſel darin mittheilſt. Alle, oder doch beinahe Alle, denken wir über das linke Rheinufer gerade wie Du, und wenn die künftige Regierung von unſeren jetzigen Grundſätzen nicht abweicht, ſo ſtehe ich dafür ein, daß dies Ufer uns verbleiben wird. Aber es iſt nöthig, den Rhein zu überſchreiten und ſchnell zu überſchreiten, dann wird man mit Oeſtreich leicht fertig werden; iſt es nöthig, Baiern zu opfern, meiner Treu, ſo müſſen wir den Sprung thun; wir behalten unſere Eroberungen, das iſt Vortheil genug, um uns darüber hinwegzuſetzen."

Ich habe alle dieſe Aeußerungen mitgetheilt, weil in ihnen vollkommen deutlich die Politik hervortritt, welche während des ganzen Krieges unveränderlich von Frankreich gegen Deutſchland eingehalten wurde. Sie hat einen doppelten Geſichtspunkt: vorerſt Deutſchland in Uneinigkeit zu erhalten oder, wie Merlin ſich ausdrückt, zu ſorgen, daß die Wölfe ſich unter einander zerreißen; demnächſt die Niederlande und das linke Rheinufer zu erwerben. Um das Erſtere zu erreichen regt man unabläſſig die Beſorgniß Preußens an, Oeſtreich könne, falls es nicht von Frankreich gehindert würde, ſich Baierns bemächtigen, eine Beſorgniß, die um ſo ſtärker wirkte, als Preußen, durch den Vertrag vom 23. Januar 1793 gebunden, einen offenen Widerſtand gegen dieſen über Alles verhaßten Plan in Wien oder Petersburg gar nicht erheben konnte. Während man aber in ſolcher Weiſe Preußen zum Bündniß mit Frankreich und zu offener Feindſeligkeit gegen Oeſtreich fortzudrängen ſuchte, nahm man nicht den mindeſten Anſtand, dem Kaiſer dies ſelbige Baiern, nöthigenfalls auch ein Bündniß gegen Preußen anzubieten, wenn er das linke Rheinufer an

Frankreich überlaſſen wollte. Ich deute hier nur den Grundſatz an, wo er eben in voller Friſche uns entgegentritt; ihn anzuwenden wird ſich noch mannichfache Gelegenheit bieten.

Irre ich nicht, ſo hat Sybel das Verdienſt, zuerſt auf das wichtige Buch Reynauds aufmerkſam gemacht zu haben; auffallend bleibt nur, daß es für die ſpäteren Auflagen ſeines Werkes nicht in höherem Maße nutzbar geworden iſt. Denn mich däucht, es ſpringt in die Augen: was er über die Carlettiſchen Unterhandlungen, ihre Wirkung auf die gemäßigte Partei des Convents, ihren Zuſammenhang mit dem Gaſtmahl in Hüningen mittheilt, läßt ſich mit dieſem Briefwechſel Merlins durchaus nicht vereinigen. Wir ſehen allerdings, daß man in Frankreich von den Abſichten Oeſtreichs auf Baiern Kenntniß erhalten hatte, die ja auch gar kein Geheimniß bleiben konnten. Denn ſie werden noch in dem preußiſch-ruſſiſchen Vertrage vom 23. Januar 1793 ausdrücklich erwähnt; und ſchon durch die trefflich unterrichteten Agenten in Polen, vor Allem aber durch die wiederholten ſorgenvollen Anfragen der preußiſchen Diplomaten mußten ſie den Franzoſen bekannt werden. Daß aber Carletti ſolche Andeutungen gemacht, daß er in Paris über die Abſichten des Kaiſers auf Baiern geſprochen oder gar für Baiern das linke Rheinufer geboten hätte, davon findet ſich in jener ganzen Correſpondenz nicht die leiſeſte Andeutung. Carletti wird darin nur ein einziges Mal erwähnt und nicht als Jemand, welcher für den Kaiſer Unterhandlungen eingeleitet hätte, ſondern durch welchen man vielleicht in Zukunft mit dem Kaiſer Unterhandlungen einleiten könnte; es wird ſogar wiederholt die Frage aufgeworfen, ob es möglich ſein würde, den Kaiſer zu einer beſonderen Verhandlung zu beſtimmen. Und dies iſt hier entſcheidend. Daraus, daß nahbetheiligte Perſonen von einem Ereigniß nichts wiſſen oder es nicht erwähnen, darf man freilich nicht immer ſchließen, es könne überhaupt nicht geſchehen ſein. Wenn aber, wie hier der Fall iſt, gerade die Perſonen, denen eine Mittheilung gemacht ſein müßte, ſich darüber unterhalten, ob ſie vielleicht noch gemacht werden könnte, und ob gerade die Perſon, welche ſie gemacht haben

müßte, von ihnen zu einer ähnlichen Mittheilung ſich benutzen ließe, ſo liegt darin allerdings ein ſicheres Zeichen, daß dieſe Mittheilung bisher und insbeſondere durch dieſe Perſon nicht gemacht worden iſt. Es bleibt zu bemerken, daß Merlin gerade Anfang Mai einige Zeit in Paris verweilte, alſo von Allem, was ſich auf die preußiſche Verhandlung und etwaniges Eingreifen Carlettis bezog, auch durch mündliche Mittheilungen und eigene Anſchauung die genaueſte Kenntniß beſitzen mußte. Wollte man ſich aber mit dem negativen Beweiſe doch nicht begnügen, ſo fehlt in dieſer ſelbigen Correſpondenz auch der poſitive nicht. „Einer unſerer Kollegen," ſchreibt Merlin von Douai am 20. September (S. 257), „hat mir den Brief eines Militairs mitgetheilt; wie es ſcheint, ſagt man Dir nach, Du hätteſt im Rauſch bei Barthelemy zu Baſel die Friedensunterhandlungen mit dem Kaiſer abgebrochen; dies Gerücht findet vielen Glauben und erregt Unzufriedenheit und Deſertionen." „Und doch," ſchaltet er ein, „hat der Kaiſer, wie Du weißt, bisher noch nicht einen Schritt für den Frieden gethan" (l'empereur cependant, comme tu sais, n'a pas encore fait un pas pour la paix). Man begreift kaum, wie ſich mit dieſen Worten vor Augen von Carlettis einflußreicher Wirkſamkeit für Oeſtreich ferner reden läßt.

Mich dünkt, man hätte danach für die richtige Würdigung der Merlinſchen Erzählungen und deſſen, was daraus gefolgert worden, genügende Anhaltspunkte. Ich bemerke nur noch, daß auch die übrigen Gründe, welche Sybel für ſeine Anſichten aufführt, insbeſondere der Bericht des Legationsrathes Gervinus nicht von Bedeutung ſcheinen. Wäre es den franzöſiſchen Machthabern gelungen, ihn völlig von der Exiſtenz Carlettiſcher Anerbietungen zu überzeugen, ſo läge ſelbſt darin, wenn man die Umſtände in Betracht zieht, noch keineswegs auch für uns ein überzeugender Beweis [1]). Nun aber, wenn Sieyes und Boiſſy jene ihnen höchſt

1) Gerade am 2. Juni (S. 207) ſchreibt Merlin ausdrücklich an den Wohlfahrtsausſchuß, man ſolle doch Gervinus durch die Hinweiſung auf einen Frieden mit Oeſtreich zur ſchnellen Nachgiebigkeit beſtimmen.

willkommenen Gerüchte nur nicht widerlegen, wenn Gervinus ſelbſt die Ueberzeugung gewinnt, Carletti habe nicht förmlich im Auftrage Thuguts gehandelt, ſo heißt das, ſcheint mir, ungefähr ſo viel, als daß er überhaupt nichts von Bedeutung darüber in Erfahrung bringen konnte. Fände ſich nur ein Zeugniß, daß auch Franzoſen an dieſe Unterhandlung geglaubt hätten! Aber es ſcheint zu fehlen. Sybel führt allerdings (III, 410) die Aeußerungen Merlins vom 12. Mai in einem Zuſammenhange an, daß die meiſten ſeiner Leſer glauben werden, Merlin ſetze die Anträge Carlettis als etwas Bekanntes voraus; wer aber das Original vor Augen hat, erſieht ſogleich, daß hier zwar von Abſichten Oeſtreichs auf Baiern die Rede iſt, ohne daß ſie jedoch in irgend einer Weiſe auf Carletti zurückgeführt würden. Und ſo findet man auch in Paris auf dem Miniſterium des Auswärtigen nicht den geringſten Anhaltspunkt. Die Papiere des Wohlfahrtsausſchuſſes ſind allerdings nicht vollſtändig dort erhalten, aber von dem Briefwechſel mit Barthelemy habe ich doch den bei Weitem beträchtlichſten Theil gerade aus dem Frühling 1795 vor Augen gehabt. In ſämmtlichen Briefen des Ausſchuſſes wird nicht einmal Carlettis Name genannt, von Intriguen des Kaiſers iſt allerdings häufig die Rede, aber niemals in dem Sinne, daß er für Baiern das linke Rheinufer anbiete, ſondern daß er den Krieg fortſetzen und deßhalb die deutſchen Reichsſtände verhindern würde, dem Syſtem der preußiſchen Neutralität ſich anzuſchließen. Und was noch auffallender iſt, auch Barthelemy erwähnt Carlettis nicht einmal in ſeinem Briefe vom 19. Mai, der zuerſt über das Gaſtmahl in Hüningen Auskunft gibt. Nicht eher, als am folgenden Tage, dem 20. Mai, theilt er die oft erwähnten Gerüchte mit, ungefähr in der Form, wie ſie dann auch in Deutſchland verbreitet wurden, aber nicht als Etwas, das er ſelbſt glaubte, oder das ihm aus Paris früher ſchon mitgetheilt oder dem Ausſchuß dort bekannt wäre, ſondern als Etwas, das er durch Hardenberg erfahren hat, ohne nur eine Bemerkung über Carletti beizufügen. Die nächſte Antwort des Ausſchuſſes iſt leider nicht vorhanden; in den folgenden Briefen wieder gänzliches Schweigen, gerade

wie Merlin gegenüber. Nicht einmal als Schreckmittel für Hardenberg hat der Ausschuß Carletti für geeignet oder bedeutend genug erachtet.

Auf den Wiener Archiven ist, wie man auch ohne Vivenots Versicherung glauben dürfte, nicht die geringste Spur eines Auftrags zu unterhandeln für Carletti vorgefunden, freilich um so mehr über die Wirkung, welche das plötzliche Bekanntwerden einer solchen Anschuldigung im Reiche und insbesondere in Wien hervorgerufen hat. Erwägt man, daß sich die Anklage des Reichsverrathes nicht schärfer aussprechen ließ, daß es der Kaiser war, gegen den sie erhoben wurde, so kann man denken, wie sehr der Wiener Hof sich verletzt fühlen mußte. Denn Jeder sieht, die Absichten auf Baiern erhielten hier eine ganz andere Bedeutung, als in früherer Zeit, insbesondere in den Verträgen vom 23. Januar 1793 und selbst vom 3. Januar 1795. Dort ist die Rede von einem Tausch; man hoffte den Kurfürsten zu bewegen, für Baiern Belgien, also ein nach Einkünften und Bewohnern weit größeres Gebiet zu übernehmen; jetzt aber war Belgien in Feindeshand, sollte auch darin bleiben, der Kurfürst durch einen Raub, gegen seinen Willen, vielleicht ganz ohne Entschädigung seine Länder verlieren. Schon früher hatte man die in Berlin, Frankfurt oder Regensburg auftauchenden Gerüchte, daß Carletti mit Verhandlungen für Oestreich betraut sei, mit Unwillen zurückgewiesen. Noch die Wiener Zeitung vom 6. Mai bringt eine officielle Erklärung, der Kaiser halte es unter seiner Würde, die Gerüchte über den Grafen Carletti zu widerlegen, für die auch nicht der Schein einer Veranlassung sei[1]). Denn obgleich in solchen Aufträgen an sich nicht einmal etwas Außerordentliches oder Unrechtmäßiges gelegen hätte, so hielt man doch in Wien sehr fest an dem Grundsatze, daß der Kaiser nicht ohne seine Bundesgenossen und nur in Verbindung mit dem Reiche auf Verhandlungen mit der Republik sich einlassen könne. Nun kam plötzlich diese schwere Anklage. Hardenberg hatte sogleich dem preußischen Gesandten

1) Luccheſini an das Miniſterium am 9. Mai 1795.

Grafen Görtz in Regensburg von seiner Entdeckung Kenntniß gegeben [1]). Der Herzog von Zweibrücken säumte, wie man denken kann, noch weniger, Alles, was in seinen Kräften stand, gegen einen Plan aufzubieten, der ihn der reichen Erbschaft völlig zu berauben drohte. So geschah es, daß der alte Kurfürst Karl Theodor seinen Gesandten am wiener Hofe, den Freiherrn von Reichlin, mit der Uebergabe eines wenig ehrfurchtsvollen Promemorias beauftragte. Es war darin die Befürchtung ausgesprochen, die kurpfälzischen Lande seien von der östreichischen Heeresmacht weit mehr als von dem Reichsfeinde bedroht, da ja der Graf Carletti, welcher in Paris für das durchlauchtigste Erzhaus Oestreich unterhandle, die Einwilligung Frankreichs zu dem Ueberfalle Baierns als einen geheimen und besonderen Artikel zur Grundlage seiner Unterhandlungen mache, Baiern daher auf dem Rückzuge der östreichischen Heere von ihnen besetzt, und dagegen die k. k. Niederlande abgetreten werden sollten. Für diesen Dienst biete der Graf Carletti die Genehmigung Sr. k. k. Majestät zur Ausdehnung der Gränzen des französischen Staates bis an den Rhein an." Als Quelle für diese Nachricht wurde Hardenberg und der Hessen-Kasselsche Minister von Weitz genannt und beigefügt, es sei dem Kurfürsten Rettung von allen diesen Gefahren unter der Bedingung zugesagt, daß er dem von Preußen geschlossenen Frieden mit Berufung auf den 11. Artikel desselben beitrete. Der Kurfürst, hieß es weiter, sei weit entfernt, diese Nachrichten mit den so oft wiederholten freundschaftlichen Versicherungen, den reichspatriotischen Gesinnungen, mit der hohen und ehrwürdigen Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit Sr. k. k. Majestät in den mindesten Kontrast zu stellen, könne aber doch nicht bergen, daß er durch diese Gerüchte in eine Verlegenheit gesetzt werde und durch eine schriftliche, kategorische und beruhigende Antwort des kaiserlichen Ministeriums davon befreit zu sein wünsche [2]). Thugut säumte

1) Vgl. Hügels Bericht vom 6. Juni an Colloredo und Kargs Bericht an den Kurfürsten von Köln vom 25. Mai bei Vivenot a. a. O. II, II, 319.

2) Vgl. Kurpfälzisches Promemoria vom 30. Mai 1795 bei Vivenot a. a. O. II, II, 308.

nicht, noch am ſelbigen Abend dieſe Antwort zu ertheilen: „Der k. k. Hof," ſchreibt er, „habe weder während des Krieges mit dem Reichsfeind in was immer für Unterhandlungen ſich eingelaſſen, ſtehe weder dermalen mit ihm in direkten oder indirekten Unterhandlungen, noch werde er je in was immer für einer Eigenſchaft einſeitig mit demſelben ſich einlaſſen, ſondern ſeinen reichsſtändiſchen Verbindungen getreu Alles, was auf die Beförderung eines anſtändigen Friedens Bezug habe, mit dem Reiche gemeinſchaftlich behandeln" [1]). Schon am Tage vorher, am 29. Mai, war einem Circular an die kaiſerlichen Miniſter im Reiche die officielle Erklärung beigegeben, jenes Gerücht über die Unterhandlungen des Grafen Carletti in Paris ſei eine abgeſchmackte kindiſche Fabel, deren weitere Verbreitung um ſo mehr für eine Verläumdung angeſehen werden müſſe, als der kaiſerliche Hof ſeit dem Anfange des gegenwärtigen Krieges niemals und am wenigſten durch den ſogenannten Grafen Carletti in eine Friedensverhandlung mit den Franzoſen einzugehen ſich habe einfallen laſſen [2]). Dieſe Erklärung wurde in eine große Zahl von Zeitungen eingerückt, und aller Orten gaben ſich die kaiſerlichen Geſandten alle erdenkliche Mühe, das für den Kaiſer ſo nachtheilige und beleidigende Gerücht zurückzuweiſen. Vivenot (II, II, 293—327) hat darüber aus dem Wiener Staatsarchiv manches ſehr Dankenswerthe mitgetheilt. So entſcheidend, wie er annimmt, ſind übrigens alle dieſe Aeußerungen doch nicht, denn es wäre nicht das erſte Mal, daß ein Miniſter der Nachricht von einer ihm ungünſtigen Thatſache durch Läugnung zu begegnen ſuchte. Selbſt die Briefe Thuguts an den Reichsvicekanzler Colloredo und den Concommiſſar von Hügel verlieren dadurch an Beweiskraft, daß gerade in Bezug auf Baiern allerdings eine verſchiedene Anſicht zwiſchen dem öſtreichiſchen und dem Reichsminiſterium beſtand, und ein ſo äußerſt verſchwiegener Mann wie Thugut immerhin eine Verhandlung einleiten konnte, ohne auch nur ſeine Kollegen davon in Kenntniß

1) Vgl. Thuguts Schreiben vom 30. Mai bei Vivenot a. a. O. II, II, 310.
2) Vgl. Vivenot a. a. O. II, II, 300.

zu ſetzen. Aber als Aeußerungen der einflußreichſten öſtreichiſchen Staatsmänner über die Reichsangelegenheiten ſind ſie an ſich ſchon bedeutend genug und in Verbindung mit allem Uebrigen auch für die Beurtheilung der Carlettiſchen Händel eine weſentliche Ergänzung.

Dieſe kann auch das preußiſche Archiv noch bieten. Das Miniſterium hatte allerdings von dem Aufenthalt Carlettis in Paris nicht ohne Sorge Kenntniß genommen; Haugwitz äußerte ſich einige Male dem kaiſerlichen Geſandten Fürſten Reuß gegenüber in dieſem Sinne. Aber die gewaltige Aufregung, die durch Hardenbergs unvorſichtiges Benehmen in Deutſchland hervorgerufen wurde, konnte man auch in Berlin nicht anders als unangenehm empfinden. Trotz des baſeler Friedens wünſchte man ein leidliches Verhältniß zu Oeſtreich zu bewahren. Nun berichtete aber Lucheſini aus Wien am 3. Juni, der Schritt des Freiherrn von Reichlin habe dort in allen Kreiſen die äußerſte Entrüſtung gegen Preußen hervorgerufen; man nenne dieſe Anſchuldigung den Gnadenſtoß des guten Einvernehmens; umſonſt verſuche er den Sturm zu beſchwichtigen und zu Hardenbergs Entſchuldigung Etwas vorzubringen. Haugwitz gab mit umgehender Poſt Lucheſini den Auftrag, Thugut das Bedauern des preußiſchen Hofes über dieſe Angelegenheit auszuſprechen; nicht Hardenberg, ſondern Merlin ſei der Urheber jener Erdichtungen; die preußiſchen Geſandten, insbeſondere der Graf Görtz, ſeien angewieſen, der irrigen Meinung entgegenzuwirken; Hardenberg habe ſie gewiß nicht als Thatſache, ſondern nur als Gerücht und in dieſer Form ſelbſt dem Grafen Lehrbach in Frankfurt mitgetheilt. In ganz gleichem Sinne ſpricht ſich der ausſchließlich für Lucheſini in Chiffern geſchriebene Theil der Depeſche über jene „apokryphen Gerüchte“ aus; ſie ſcheinen nur auf Erzählungen Merlins zu beruhen, etwas Sicheres über Carletti wiſſe man gar nicht [1]). Dieſe Anſicht hat ſich auch nach Allem, was Lucheſinis Briefwechſel zu entnehmen iſt, nicht geändert. Noch am 28. October ſchreibt

1) Vgl. das Schreiben des Miniſteriums vom 12. Juni.

der Geſandte: „Unterſtützt durch das erleuchtete und tiefgehende Urtheil des Miniſteriums Ew. Majeſtät befeſtige ich mich von Tag zu Tage mehr in der Anſicht, welche ich derjenigen des Freiherrn von Hardenberg entgegenzuſetzen wagte, daß eine geheime Verhandlung über den Frieden und den Tauſch von Baiern zwiſchen dem Wiener Hofe und der franzöſiſchen Regierung gar nicht exiſtirt.“ Das beſte Zeugniß bietet aber ein eigenhändiger Brief des Königs an die Miniſter vom 16. Juli, in welchem er, offenbar weſentlich durch dieſe Angelegenheit bewogen, den Befehl ertheilt, daß Lucheſini und Hardenberg mit einander in Briefwechſel treten und insbeſondere der Erſtere die aus Frankreich kommenden Gerüchte über öſtreichiſche Anerbietungen an Ort und Stelle unterſuchen ſolle. „Denn“, ſetzt der König hinzu, „man kann überzeugt ſein, daß eine Menge von Neuigkeiten und falſchen Gerüchten in Frankreich geſchmiedet wird, um die Mißverſtändniſſe zwiſchen uns und Oeſtreich wo möglich bis zum Bruche zu ſteigern, einerſeits in der Abſicht, uns dadurch zu einem Bündniß mit ihnen zu zwingen, andererſeits in der Ueberzeugung, ſie würden vermittelſt eines allgemeinen Krieges zwiſchen den Hauptmächten Europas ihren Lieblingsplan, den ſie bisher noch nicht durchſetzen konnten, nämlich in den verſchiedenen Staaten Europas Anarchie zu ſäen, zur Ausführung bringen“ [1]).

---

1) Man wird dieſen Brief, welcher dem Fürſten, der ihn geſchrieben hat, zur großen Ehre gereicht, mit Vergnügen in der Urſprache leſen: Vous aurez soin de votre côté d'instruire le marquis par la poste de samedi des points essentiels de l'instruction du baron de Hardenberg, pour qu'il soit au même de l'assister depuis Vienne de tous les avis et nouvelles de cette ville, qui peuvent être utiles au baron; et vous avertirez celui-ci, que de son côté il avertisse le marquis de tout ce qu'il apprendra à Bâle par les Français de menées Autrichiennes, pour que celui-ci, tâche de les vérifier sur les lieux et d'en apprendre le vrai ou le faux. Car l'on peut être persuadé, que l'on forge bien des nouvelles et des faux bruits en Franoe pour augmenter, s'il est possible, même jusqu'à une rupture les mésintelligenoes entre nous et l'Autriche, tant par l'idée de nous forcer à une alliance avec

Nach allem dieſem möchte ich glauben, es gebe nicht leicht ein Gerücht, deſſen völlige Nichtigkeit ſich ſo überzeugend darthun läßt, als die Sage von Carlettis Unterhandlungen. Bedenkt man, daß dieſer Diplomat doch den Bruder des Kaiſers in Paris zu vertreten hatte, ſo kann es beinahe auffallen, daß er von Seiten der öſtreichiſchen Regierung ſo wenig benutzt wurde, als nach Merlins Briefwechſel anzunehmen iſt. Dies findet aber darin ſeine Erklärung, daß man in Wien trotz der Wünſche des Reichstags zu Unterhandlungen wenig geneigt, auch mit dem Frieden, welcher Toskana von der Coalition trennte, durchaus nicht einverſtanden war, und daß Thugut eben deßhalb zu dem leitenden Miniſter des Großherzogs, dem Marcheſe Manfredini, nicht, wie Sybel (III, 352) angibt [1]), in freundlichem, ſondern in ſehr geſpanntem Verhältniſſe ſtand, ſo daß er ſich gewiß jedes anderen Agenten in Paris lieber als Carlettis bedient hätte. Dadurch erklärt ſich auch die auffallende Rückſichtsloſigkeit der öſtreichiſchen Kundgebung vom 29. Mai gegen den ſogenannten Grafen Carletti, und in dieſer Rückſichtsloſigkeit liegt wieder ein neuer Beweis für die Nichtigkeit der Unterhandlung; denn Thugut hätte eine ſolche Abfertigung ſicher nicht gewagt, Carletti nicht ruhig hingenommen, hätte ſich etwas dagegen ſagen laſſen. Daß aber, wie Vivenot behauptet, die ganze Erzählung von Hardenberg abſichtlich erfunden ſei, iſt auch wieder nicht zu glauben. Man könnte vielleicht anführen, daß Merlin in ſeinem Briefe über das Mittageſſen in Hüningen gar nicht von einer Erzählung, durch die er Hardenberg getäuſcht habe, Nach-

---

eux, que par l'assurance qu'en occasionant une guerre générale entre les principales puissances de l'Europe ils réussiraient dans leur projet favori, qu'ils n'ont pas encore pu mettre en éxécution, de semer l'anarchie dans les différents états de l'Europe.

1) Wahrſcheinlich nach Lucheſinis Bericht vom 29. November 1794. Schon am 17. December ſchreibt er aber, man wiſſe über Thuguts Beziehungen zu Manfredini gar nichts Beſtimmtes. Im April 1796 kam der toskaniſche Miniſter ſelbſt nach Wien, um ſich und ſeinen Fürſten zu rechtfertigen, wurde jedoch ſehr ungnädig aufgenommen. Vgl. Lucheſinis Berichte vom 13. und 16. April 1796.

richt gibt, daß er zu jener Zeit einem Bündniß mit Preußen nicht einmal geneigt war. Aber dagegen muß man in Anſchlag bringen, daß er nach dem Bericht eines Augenzeugen [1]) ſeiner Gewohnheit gemäß bei Tiſche „ſehr heiter“ wurde, ſo daß er ſpäter vielleicht ſelbſt kaum noch wußte was er geſagt hat. Preußen gegen Oeſtreich aufzuregen war zudem auch für ihn, wie wir ſahen, das Grundprinzip der franzöſiſchen Politik. Daneben bleibt zu berückſichtigen, daß nach Allem, was hier erörtert wurde, gleichwohl nicht zu berechnen iſt, was für Reden von Carletti oder bei ſeinen Gaſtmählern geführt worden ſeien; übertriebene Gerüchte mochten Hardenbergs Beſorgniß ſchon vor dem Zuſammentreffen mit Merlin wach gerufen und ihn für jede Andeutung des Franzoſen empfänglicher gemacht haben. Von Unvorſichtigkeit und Uebereilung kann man Hardenberg nicht freiſprechen, aber daß er mit Abſicht Unwahrheiten erzählt haben ſollte, entſpricht weder ſeinem Charakter, noch den Schritten, die er vorgenommen hat. Nur das iſt wahrſcheinlich, daß die Anregung wie zu dem Mittagsmahl ſo auch zu der Unterredung mehr von ihm als von Merlin ausging, und daß er durch eifrige Fragen ſelbſt eine Beſorgniß kundgab, die dann der ſchlaue Franzoſe ſogleich aufs Geſchickteſte zu beſtärken und auszubeuten wußte. Daneben thut man ihm ſchwerlich Unrecht, wenn man annimmt, daß er mit einigem Behagen ein Gerücht verbreitete, welches dem öſtreichiſchen Hofe nachtheilig und daher dem Unterzeichner des baſeler Friedens mit Rückſicht auf die öffentliche Meinung doppelt willkommen ſein mußte. Auffallend iſt aber, daß eine ſo leicht erkennbare Täuſchung noch jetzt, nach mehr als ſiebenzig Jahren, in einem ernſten geſchichtlichen Werke Glauben finden, ja als Mittelpunkt und Grundlage für ausgedehnte hiſtoriſche Combinationen benutzt werden konnte. Sybel geht ſo weit, daß er ſogar „die völlige Stockung der kriegeriſchen Operationen“ während des Sommers von dieſer nichtigen Vorausſetzung abhängen läßt. Denn, ſagt er (III, 414),

1) Vgl. Degelmanns Bericht an Thugut vom 22. Mai 1795 bei Vivenot a. a. O. II, II, 626.

„so lange die französische Regierung einen Abschluß mit dem Wiener Hofe nach Carlettis Angaben erwog, hätte es keinen Sinn gehabt, am Oberrheine das zweifelhafte Glück der Waffen zu erproben. Bei der Entblößung und Schwäche der republikanischen Heere hatte man im besten Falle die Aussicht, den Rhein zu überschreiten und durch Schwaben vielleicht bis nach Baiern vorzubrechen, nach dem Lande, welches man nach Carlettis System eben den Oestreichern überlassen würde. Nicht einmal zur Einschüchterung, sondern höchstens zur Abschreckung des friedesuchenden Gegners hätte solch eine Operation führen können. So standen die französischen Truppen in völliger Waffenruhe in den eroberten und ausgesogenen Landstrichen des linken Rheinufers." Für alle diese Annahmen ergibt sich aus dem Briefwechsel zwischen Merlin und dem Wohlfahrtsausschuß das Gegentheil. Wir finden Beide, den Ausschuß sowohl als den Repräsentanten, eifrig bemüht, den Uebergang über den Rhein so viel als irgend möglich zu beschleunigen. Von wirklichen Unterhandlungen mit dem Kaiser zeigt sich für diese Zeit keine Spur, aber selbst die Aussicht, daß man dergleichen in Zukunft einmal anknüpfen werde, verstärkt zunächst nur den Wunsch, vor Allem auf das andere Ufer zu gelangen, um dann dem Feinde Gesetze vorschreiben zu können. Wir sehen aber auch, wie die üble Lage der französischen Armee, der gänzliche Mangel an Geld, an Pferden und anderen Kriegsbedürfnissen immer neuen Aufschub verursacht, wobei allerdings noch in Anschlag zu bringen ist, daß der Obergeneral Pichegru, schon damals im Einverständniß mit den Ausgewanderten, die eifrige Thätigkeit des Repräsentanten mehr hemmt als unterstützt [1]). Erst im September sind am Ober- und Niederrhein die dringendsten Bedürfnisse befriedigt, und sogleich wird auch der Feldzug mit dem Uebergange über den Fluß eröffnet.

1) Vgl. Correspondance de Merlin p. 166. 181. 182. 190. 199. 201. 219. 221. 224. 229. 240. Mit den Umtrieben Pichegrus steht das Benehmen Aubrys im Wohlfahrtsausschuß (223, 230) in Verbindung.

Zweites Buch.

Die Praeliminarien von Leoben.

Erſtes Kapitel.

Die ſpäteren Ereigniſſe des Jahres 1795.

Die eben erwähnten Vorfälle in Deutſchland, dann die letzten Tage des franzöſiſchen Convents, welcher im Herbſte 1795 dem Directorium Platz machte, bilden den Schluß des Sybelſchen Werkes. Auch Vivenot geht nur in einzelnen Streifzügen über die Gränzen dieſes Jahres hinaus. Für die ſpätere Zeit iſt Häuſſers deutſche Geſchichte dasjenige Buch, welches vorzugsweiſe die allgemeine Anſchauung beſtimmt, alſo vor andern Berückſichtigung verlangt. Wenn ich aber an dieſem Werke allerdings Einiges ausſetzen muß, ſo bleibt mir vorerſt hier anzuerkennen, daß ich ihm Vieles verdanke. Von allen Büchern, die mit jener Zeit ſich beſchäftigen, iſt es das gründlichſte und brauchbarſte, beſonders ſeitdem es in der dritten Auflage durch die umfaſſende Benutzung des preußiſchen Staatsarchivs an Werthe weſentlich gewonnen hat. Bei einer Erzählung, die über einen langen Zeitraum und eine Fülle der bedeutendſten Ereigniſſe ſich verbreitet, wird im Einzelnen immer Einiges auszuſtellen ſein. Dazu kommt noch, daß gerade der Abſchnitt über „Leoben und Campo Formio“ vielleicht die meiſten Schwächen zeigt und zeigen muß, weil man ohne Benutzung der öſtreichiſchen Archive über jene Verhandlungen eine genügende Kenntniß ſich gar nicht erwerben konnte. Im Uebrigen

mache ich die Erfahrung, daß dies Buch bei längerem Studium eher gewinnt als verliert. Gerade da ich jetzt zum Zweck dieser Zeilen nach längerer Zeit, und nachdem ich selber das Berliner Archiv benutzen konnte, die ersten Bände wieder durchgehe, finde ich, daß sie meistens diese Probe recht wohl ertragen. Es sind nicht so sehr die Thatsachen selbst, als die Beurtheilung der Thatsachen, und nicht ganze Abschnitte, sondern einzelne Stellen, die, soweit ich entscheiden kann, der Verbesserung bedürften, und auch diese verlieren insofern an Gefährlichkeit, als Häusser durch genaue Angabe seiner Quellen und längere Auszüge dem Leser eigenes Urtheil und Untersuchung wenigstens erleichtert hat.

Hervorspringend ist auch bei diesem Schriftsteller eine leidenschaftliche, häufig ungerechte Abneigung gegen Alles, was von der östreichischen Regierung ausgeht, ein Fehler, der jedoch einigermaßen durch den Mangel ausreichender Quellen entschuldigt wird. Denn abgesehen von dem Wenigen, was gedruckt vorliegt, mußte die Darstellung beinahe gänzlich auf Caesars und Luccheſinis Berichte gegründet werden. Allerdings sind nun diese Berichte von hoher Bedeutung. Mag Jemand von Luccheſinis Charakter halten, was er will, es läßt sich nicht bestreiten, daß er ein ausnehmend kluger Mann, ein feiner und scharfer Beobachter gewesen ist. Seine zahlreichen Verbindungen führten ihm von allen Seiten bedeutende Nachrichten zu, man darf sagen, daß nicht leicht ein politisches Ereigniß vorüberging, bei dem er sich nicht thätig erwiesen, oder von dem er nicht wenigstens Nachricht erhalten und gegeben hätte. Alle diese Vorzüge erkennt man bald in seinen Mittheilungen; für den, der sie zu gebrauchen versteht, sind sie von unschätzbarem Werth. Nur darf man ihm nicht unbedingten Glauben schenken und insbesondere nicht vergessen, daß er, seit vielen Jahren Oestreichs entschiedener Feind, das Bündniß sobald als möglich zu zerreißen wünschte, um dann nicht allein den Frieden, sondern auch eine engere Vereinigung mit der Republik, selbst auf die Gefahr eines offenen Krieges gegen den Kaiser herbeizuführen. Gerade für diesen Zweck sind seine Mittheilungen wesentlich berechnet, und es läßt sich denken, daß sie dadurch weder zu-

verläſſiger noch für den Wiener Hof günſtiger geworden ſind. Dazu kommt noch, daß Thugut ſeine politiſche Thätigkeit, insbeſondere die ſpäteren Verhandlungen mit Frankreich ſo geheim zu halten wußte, daß ſelbſt Luccheſini nur wenig, oder doch wenig Zuverläſſiges davon zu erfahren möglich war. Um ſo mehr hat er dann auf bloße Gerüchte und Muthmaßungen ſich beſchränken müſſen, und wie ſollten ſie zum Vortheile ſeines perſönlichen und politiſchen Gegners ausgefallen ſein? Alles, was er nun Ungünſtiges zu melden weiß, findet in Häuſſers Darſtellung einen Wiederhall, nur daß der Bearbeiter die in einer Fluth von Depeſchen zerſtreuten Ingredienzen zu einem Extract zuſammengezogen hat, kräftig genug, um, wie wir zuweilen in Mährchen leſen, einen gewöhnlichen Menſchen, geſchweige einen Miniſter, in ein Ungeheuer zu verwandeln. Denn ſo zeigt er uns Thugut, gleich wo er ihn zum erſtenmale auftreten läßt [1]), „zwar als einen Mann von Geiſt und Talent, aber ohne ſittliche und politiſche Grundſätze, cyniſch in der Schätzung der Menſchen wie in der Wahl ſeiner Mittel, der die Neigungen eines orientaliſchen Veziers mit der jacobiniſchen Rückſichtsloſigkeit eines plebejiſchen Emporkömmlings verbindet. Die Neigung zur Gewaltthätigkeit bis an die Gränze des Frevels und Verbrechens, die unverhüllteſte Selbſtſucht und ein unüberwindlicher Hang zur Intrigue, eine Art von Leidenſchaft für künſtliche Verſtrickung der Verhältniſſe, das Alles war nach Häuſſers Anſicht zugleich in dieſem Manne repräſentirt, und drängte ſich auf eine Reihe von Jahren in die öſtreichiſche Politik ein, bis dieſe Staatskunſt Kataſtrophen herbeiführte, welche die Exiſtenz des Staates ſelbſt in Frage ſtellten." Aus dieſem Zuſtande der Verdammniß gibt es auch keine Erlöſung; ſo vielmals von Thugut ſpäter noch die Rede iſt, mit ſehr wenigen Ausnahmen muß er dieſe Ehre durch heftige Vorwürfe entgelten; man könnte glauben, er würde nur deßhalb wieder aufgeführt, um allen ſeinen Nachfolgern als abſchreckendes Beiſpiel zu dienen.

Ich habe dieſen Mann auf den vorſtehenden Seiten ſchon ſo

1) Vgl. Deutſche Geſchichte, I, 483.

oft genannt, und auf den folgenden tritt er so sehr in den Vordergrund, daß man einigen Bemerkungen über seine Persönlichkeit hier wohl eine Stelle gönnt.

Er war 1736 zu Linz geboren, in niederm Stande, es heißt als der Sohn eines armen Schiffmeisters, dessen Namen Thunichtgut Maria Theresia später in Thugut veränderte. Seine gelehrte Bildung erhielt er von den Jesuiten, trat 1754 zu Wien in die orientalische Akademie und wurde ein Jahr später bei der Internuntiatur in Constantinopel angestellt. Glänzende Fähigkeiten verschaffen ihm rasche Beförderung, schon 1770 wird er zum Residenten, 1771 zum Internuntius ernannt, 1774 in den Freiherrnstand erhoben. Im folgenden Jahre gelang es seiner diplomatischen Geschicklichkeit, die Pforte zur Abtretung der Bukowina zu bewegen und dadurch Ungarn und die neu erworbene Provinz Galizien abzurunden. Nach Deutschland zurückgekehrt wurde er von Maria Theresia mit mehreren wichtigen Sendungen betraut; er war es, der 1778 ohne Wissen Josephs II. mit Friedrich dem Großen eine Unterhandlung führte, welche den Streit um die bairische Erbfolge zum Austrag bringen sollte. Dann findet man ihn als Gesandten in Paris, Warschau und Neapel, 1790 während des Türkenkrieges erscheint er als Hofcommissar bei der Armee des Prinzen von Koburg. Gerade befand er sich in den Laufgräben der Citadelle von Giurgewo, als die Türken am 9. Juni den Ausfall machten, der das Ende der Belagerung herbeiführte. Während Koburg abwesend, die obersten Befehlshaber getödtet, und Alles in Schrecken und Verwirrung befangen war, behielt einzig Thugut Ruhe und Geistesgegenwart; mit gezogenem Degen ermuthigte er die Seinigen und gab die treffendsten Anordnungen. Im nächsten Jahre rief ihn die französische Revolution auf einen anderen Schauplatz. Mit wichtigen Aufträgen nach Brüssel und Paris gesendet, setzte er sich dort mit Mirabeau in Verbindung; Pellenc, den vertrauten Secretär des französischen Staatsmannes, nahm er später in seine Dienste. Nach dem Ausbruch des Krieges, 1792 begleitet er das preußische Heer, nimmt Theil an den Verhandlungen in Merle und Luxemburg, endlich

im folgenden Frühjahr wird ihm, wie man ſich erinnert, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen.

Beinahe acht Jahre iſt er dann, mit einer kurzen Unterbrechung im Frühling 1798, in dieſer hohen Stellung geblieben; kurz vor dem Frieden zu Luneville, zu Ende des Jahres 1800, trat er zurück und beſchränkte ſich ſeitdem auf einen kleinen Kreis von Freunden in Preßburg und zuletzt in Wien, vornehmlich mit orientaliſchen Studien, beſonders der perſiſchen Litteratur beſchäftigt. So erlebte er noch die Niederlagen der folgenden und den Umſchwung des Jahres 1813; erſt am 28. Mai 1818 iſt er der Schwäche eines zunehmenden Alters erlegen.

Ich entnehme dieſe Einzelheiten dem Nekrolog, der nicht lange nach ſeinem Tode im „Oeſtreichiſchen Beobachter“ vom 9. September durch den Grafen Franz Dietrichſtein veröffentlicht wurde. „Thuguts große Eigenſchaften,“ heißt es am Schluß, „wird die Geſchichte würdigen. Alle, die ihn kannten, beſonders die unter ihm arbeiteten, leiſten ihm das Zeugniß eines unermüdeten Dienſteifers, der äußerſten Sorgfalt bei Verwaltung der ihm übertragenen Staatsgeſchäfte, ſowie der verſchiedentlich damit verbundenen Staatsgelder, und einer Thätigkeit, die ihn für alle, ſeinem großen Wirkungskreiſe fremden Gegenſtände, ſelbſt für ſein eigenes Intereſſe unempfänglich machte... Die, welche dereinſt die Geſchichte des Zeitraums, in welchem er gewirkt hat, der Nachwelt zu überliefern berufen ſind, werden die Aufgabe, die er zu löſen, die Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hatte, den Zweck, der ihm vor Augen ſchwebte, und ſein beharrliches, wenn auch nicht immer vom Glücke gekröntes Streben nach großen und würdigen Reſultaten mit Gerechtigkeit darzuſtellen wiſſen.“

Dieſe Hoffnung iſt bisher nicht in Erfüllung gegangen; es ſtände übel um Thugut, wenn das Wenige, das über ihn geſchrieben iſt, eine gerechte Beurtheilung enthielte. Nicht viele Staatsmänner haben in der neueren Geſchichte ein ſo ungünſtiges Andenken hinterlaſſen. Die Urſache kann man, abgeſehen von ſeiner eigenen Verſchuldung, ſchon in äußern Umſtänden finden. Die ganze Zeit, in welcher er die Staatsgeſchäfte leitete,

beinahe acht Jahre sind ausgefüllt durch einen wechselvollen, aber meistens für Oestreich unglücklichen Krieg. Thugut schien und war in der That die eigentliche Triebfeder der kriegerischen Politik; er mußte zurücktreten, als die letzte Hoffnung glücklichen Erfolges geschwunden war, und so hat sich alles Unheil eines langen Zeitraums beinahe mit Nothwendigkeit an seinen Namen geknüpft. Ihm, der aus niederem Stande zu den höchsten Würden emporgestiegen war, der die Macht und das unbegränzte Vertrauen des Kaisers mit Niemandem theilen wollte, hat der Adel niemals verziehen. Er selbst, wie es scheint, hat auf das Urtheil seiner Zeitgenossen nur geringen Werth gelegt und Nichts gethan, um die Nachkommen günstiger für sich zu stimmen. Abgesehen von dem Zeitungsblatte, dessen ich erwähnte, blieb bis vor wenigen Jahren eine Episode in Hormayrs Lebensbildern (I, 317) beinahe das Einzige, was ausführlicher von ihm Nachricht gäbe. Diese Aufzeichnung ist in der That nicht ohne Lebendigkeit und von eigenthümlicher Schärfe der Charakteristik; sie wird in einzelnen Punkten, zuweilen beinahe wörtlich bestätigt durch die Bruchstücke der Memoiren, die aus dem Nachlasse des geistvollen Fürsten von Ligne vor einigen Jahren herausgegeben wurden. Nur zeigt doch gerade die Vergleichung, wie grelle Farben Hormayr aufzutragen geneigt ist. „Wenn Heinrich IV.," sagt einmal der Fürst von Ligne [1]), „nicht König von Frankreich und Navarra, sondern König der Juden gewesen wäre, wenn statt eines freien, liebenswürdigen und heiteren Lächelns Bitterkeit und Spott, Uebermuth und Verachtung auf seinen Lippen gewohnt hätten, so würde der Freiherr von Thugut ihm geglichen haben." Hormayr sagt dafür, er habe ausgesehen wie ein „faunischer Mephistopheles". Was beide Schriftsteller ihm am Heftigsten vorwerfen, ist die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er seinen Willen zur Geltung gebracht und den unglücklichen Krieg gegen Frankreich fortgesetzt habe. Durch seine „weltverheerende, unsinnige Hartnäckigkeit," äußerte auch der Fürst Karl

1) Vgl. Mémoires du prince de Ligne par Albert Lacroix, Bruxelles, 1860, S. 130 fg.

Schwarzenberg, ſei Oeſtreich an den Rand des Verderbens geführt. In neueſter Zeit iſt ihm, wie man geſehen hat, gerade der entgegengeſetzte Vorwurf gemacht, er habe bei jeder Gelegenheit und ſogar auf die ſchmachvollſten Bedingungen mit Frankreich ſich einigen wollen. Es wird ſpäter deutlich werden, welche von beiden Anſichten und in wiefern ein Vorwurf gegen Thugut dadurch begründet iſt; nur über ſeine perſönlichen Eigenſchaften, ſo weit ſie auf die diplomatiſche Wirkſamkeit ſich beziehen, möchte ich noch ein Wort hier beifügen.

Nach dem, was mir aus Büchern über ihn bekannt geworden war, muß ich geſtehen, daß ich ſelbſt mit einem ungünſtigen Vorurtheil die Arbeit angefangen habe. Aber je weiter ich gekommen bin, je mehr ich von Thuguts Hand geleſen habe, um ſo mehr hat die ungünſtige einer günſtigeren Meinung weichen müſſen. Schon die Form der Depeſchen gewinnt für ihn; ſie ſind meiſtens vortrefflich geſchrieben, klar, beſtimmt, kein Wort zu viel oder zu wenig; nie, auch in der gefährlichſten Lage nicht, mangeln ihm Faſſung und Geiſtesgegenwart, immer, ſei es im ſchriftlichen Ausdruck oder im Geſpräche, zeigt er die Ruhe und Gemeſſenheit, die im diplomatiſchen Verkehr vor Allem unentbehrlich ſind. Man könnte ſchon daraus ſchließen, daß er vielſeitig, insbeſondere auch litterariſch gebildet war, daneben hat es auch Hormayr bezeugt, und es finden ſich noch manche Beweiſe. Gleich ſeinem preußiſchen Collegen Diez war er Einer der Erſten, welche in Deutſchland orientaliſche Litteratur geſchätzt und gefördert haben. Johannes v. Müller, der im December 1792 nach Wien in die Staatskanzlei berufen war, hat während der folgenden Jahre zahlreiche Briefe an den jungen Hammer nach Konſtantinopel gerichtet. Immer von Neuem redet er ſeinem Freunde zu, nur recht viel über orientaliſche Litteratur mitzutheilen, es gebe keinen beſſeren Weg, ſich die Gunſt und Unterſtützung des Miniſters zu erwerben.

In ſeiner Art zu arbeiten war manches Eigenthümliche; Einiges hat noch der berühmteſte ſeiner Nachfolger ſich zum Muſter genommen. Man erinnert ſich vielleicht aus Varnhagens Denkwür-

digkeiten der Unterredung mit Metternich, in welcher der Fürſt ausführlich über ſeinen Charakter, ſeine politiſchen Anſichten, insbeſondre auch über die Art, wie er Depeſchen anzufertigen gewohnt war, ſich verbreitete. „Iſt in dem Niedergeſchriebenen eine Dunkelheit," ſagte er, „fühle ich, daß dem Leſer eine Stelle nicht ganz deutlich ſein könnte, ſo folge ich hiebei dem Rath eines alten gewiegten Praktikers, des Barons Thugut, der mir einſt die Lehre gegeben, in ſolchem Falle ſolle ich nicht verſuchen, eine andre und neue Wendung zu finden, den Gedanken umzuſtellen, oder von einer andren Seite vorzudringen, ſondern lediglich darauf bedacht ſein, in der dunkeln Stelle alles nur irgend Entbehrliche wegzuſtreichen, gewöhnlich drücke das Uebriggebliebene den verlangten Sinn vollſtändig und ſicher aus. Und ſo find' ich es in der That; das Einfache ſteht auf ſich ſelbſt, die Stützen und Hülfsmittel ſind meiſt das Verdunkelnde [1])."

Am Meiſten ſetzte mich in Verwunderung, daß ich von der Treuloſigkeit und Verſtellung, die für neuere Schriftſteller beinahe ſprichwörtlich geworden iſt, keine Beweiſe finden konnte. Alles, was Lucheſini von ihm hörte, was in ſpäteren Zeiten engliſche und franzöſiſche Diplomaten berichten, ſtimmt völlig mit dem überein, was er ſelbſt thut und im Geſpräch oder in ſeinen eigenen Depeſchen als ſeine Geſinnung kund gibt. Dieſer wegen ſeiner Falſchheit verrufene Mann iſt beinahe der einzige Diplomat in jener Zeit, dem ich eine Unwahrheit nachzuweiſen nicht im Stande wäre. Daraus folgt gewiß nicht, daß er niemals einen Fehler dieſer Art ſich habe zu Schulden kommen laſſen; ich kenne zu wenig von ſeiner Wirkſamkeit, um mir ein ſolches Urtheil zu erlauben, und zu viel von der Diplomatie des vorigen Jahr-

1) Vgl. Denkwürdigkeiten und vermiſchte Schriften von Varnhagen von Enſe, Leipzig 1859, VIII, 112. Varnhagen bemerkte dagegen, „auch er habe die unvergleichliche Lehre von Thugut unbewußt ſchon oft mit Erfolg angewandt, die jetzt zum Bewußtſein erhobene werde ihm nur um ſo fruchtbarer ſein." Noch in ſeinen letzten Lebensjahren wiederholte Metternich einmal, daß er von Thugut dieſe Regel angenommen habe, wollte ihn aber im Uebrigen nicht als Muſter gelten laſſen.

hunderts, um es für wahrſcheinlich zu halten, aber für einen beträchtlichen Zeitraum, unter ſchwierigen, gefährlichen Verhältniſſen iſt er mir gerade von dieſer Seite nicht zu ſeinem Nachtheil erſchienen. Wir ſind ſchon auf den früheren Blättern zwei Fällen begegnet, in denen eher eine zu raſche, rückſichtsloſe Offenheit, als verſtecktes Weſen und zweideutiges Hinhalten auffallen könnte. Im Herbſte 1793, als Preußen für das Verweilen ſeiner Truppen am Rhein von Oeſtreich, oder durch ſeine Vermittlung vom Reiche Subſidien forderte, was hätte vortheilhafter ſcheinen können, als die Sache hinzuziehen, Preußens Geneigtheit durch halbe Verſprechen zu täuſchen, die ſich dann ſpäter unter den endloſen Formen einer Reichsverhandlung mit Leichtigkeit rückgängig machen ließen? Wir finden Nichts von Allem; gleich in der erſten Unterredung mit Caeſar erklärt Thugut eben ſo offen als beſtimmt, er wünſche zwar aufs lebhafteſte Preußens Beihülfe, aber zur Bezahlung von Subſidien ſei der Kaiſer ſchlechterdings außer Stande, man ſolle darauf keine Rechnung machen; genau wie dann auch Reuß und Lehrbach in Berlin, und endlich Thugut abermals ſich ausſprachen. Ganz ähnlich verfährt er, als im Auguſt 1794 Preußen ein Hülfcorps von 20,000 Mann zur Belagerung Warſchaus forderte. Auch hier wäre doch Nichts leichter und nützlicher geweſen, als zu zögern, zu verſprechen, die Truppen des General Harnoncourt, etwas verſtärkt, für die vertragsmäßige Unterſtützung auszugeben, vor- und rückwärts zu gehen, ohne etwas Entſcheidendes vorzunehmen, ungefähr wie der Marſchall Möllendorf am Rhein. Aber auch hier ſchwankt und zögert er nicht einen Augenblick mit der Erklärung, das Corps könne nicht aufgeſtellt werden, ſelbſt auf die Gefahr, durch den Rückzug der preußiſchen Truppen vom Rheine ſich einem höchſt empfindlichen Nachtheil auszuſetzen. Aehnliche Beiſpiele ließen ſich aus Lucheſinis Berichten noch manche aufführen; insbeſondere befeſtigt mich auch Häuſſer in meiner Anſicht, denn ich glaube in den ſicherſten Dokumenten den Beweis zu finden, daß wenigſtens für die ſchwere Zeit von 1795 bis 1797 ſeine Anſchuldigungen beinahe ſämmtlich auf Mißverſtändniſſen oder mangelhafter Kenntniß beruhen.

Hormayr hat ſchon getadelt und Häuſſer mit großer Bitterkeit wiederholt, er habe nur unſelbſtſtändige, geiſtloſe Menſchen, Creaturen, die er nach Willkür wieder habe ſtürzen können, zu Geſchäften herangezogen und in ſeiner Nähe geduldet. Dabei ſollte man doch in Anſchlag bringen, daß der öſtreichiſche hohe Adel dem bürgerlich geborenen Miniſter ſich immer fern hielt, und ſchon deßhalb keine große Auswahl bleiben konnte. Es würde zu weit und über den Kreis meiner Kenntniſſe hinaus führen, den Vorwurf in Beziehung auf die geſammte Staatsverwaltung zu prüfen; für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten finde ich ihn nicht beſtätigt. Der Mann, den Thugut am meiſten begünſtigte und zu den wichtigſten Geſchäften verwandte, der auch auf ſeine Entſchließungen von ſehr bedeutendem Einfluß geweſen iſt, war der Graf Franz von Dietrichſtein, unſtreitig einer der talentvollſten Staatsmänner Oeſtreichs und vielleicht der unabhängigſte Charakter der geſammten öſtreichiſchen Ariſtokratie [1]). Auf der Höhe der Macht, und was mehr bedeutet, nach der Abdankung blieb Thugut für ihn der Gegenſtand beinahe enthuſiaſtiſcher Verehrung; unter keinem Andern wollte er ein Amt annehmen, und nicht zufrieden mit jenem ſchriftlichen Denkmal, deſſen wir erwähnten, hat er ihm auch auf ſeinen Gütern in ſeiner eigenen Familiengruft eine Grabſtätte bereitet. In Petersburg finden wir den Grafen Ludwig Cobenzl. in Brüſſel den Grafen Mercy, beide zwar nicht von Thugut erhoben, aber durch ſein vollſtes Vertrauen geehrt; den erſteren werden wir noch kennen lernen, der zweite iſt durch ſeine Verhandlungen mit der Königin von Frankreich bekannt genug, und, ſo viel ich weiß, ſeine Befähigung und ſein Charakter noch von Niemandem angegriffen. Den Freund Mercys und Mirabeaus, den Grafen von la Mark, habe ich ſchon einmal genannt. Nach Mercys Tode im Auguſt 1794 wurde er von Thugut nach Wien berufen und mit Vorliebe für diplomatiſche Sendungen verwendet. Es wird intereſſant ſein zu hören, wie dieſer Mann mehr

1) Vgl. die Abhandlung: Das fürſtliche und gräfliche Haus Dietrichſtein von Hoffinger, Oeſtreichiſche Revue 1866, Heft II, S. 33; und die Biographie des Bruders, Grafen Moritz v. Dietrichſtein, von Weidmann, Wien 1867.

als zwanzig Jahre ſpäter, nachdem ſeine Stellung, ſeine Verhältniſſe ſich völlig geändert hatten, über Thugut urtheilte. „Ich hatte den Freiherrn von Thugut," ſchreibt er, „in meiner Jugend kennen gelernt, in Brüſſel bei meinem Vater, zu dem er häufig kam. Damals hatte ich mich an ihn angeſchloſſen, er war ein Mann von Geiſt und Charakter. Trotz der Verſchiedenheit des Alters ſuchte er mich auf und ſchien Gefallen zu finden, mit mir umzugehen und ſich mit mir über Frankreich zu unterhalten, für das er eine Vorliebe hegte. Er empfing mich ſehr gut, als ich gegen Ende 1794 in Wien anlangte. Der Freiherr von Thugut, welcher unter dem Kaiſer Franz zum Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten aufſtieg, genoß das vollkommene Vertrauen ſeines jungen Souveräns, und man kann ſagen, daß er in den acht Jahren von 1793—1800 eben ſo mächtig war, als der Kaiſer ſelbſt. Seit vielen Jahrhunderten giebt es in der Geſchichte Europas keine Epoche, die dieſen acht Jahren rückſichtlich der Wichtigkeit der politiſchen Ereigniſſe gleichkommt. Trotz ſeines umfaſſenden Geiſtes und trotz der Stärke ſeines Charakters kann man Herrn von Thugut vorwerfen, daß er viele Fehler gemacht hat, aber man muß zugleich anerkennen, daß er damals der einzige energiſche Kopf (tête forte) in ganz Oeſtreich war. Er wurde verabſcheut von allen Großen des Landes, die, was er that, beinahe immer mit Unrecht tadelten, und die zu ſeinem Sturze im Jahre 1800 mehr beigetragen haben, als die Unglücksfälle, von welchen die öſtreichiſche Monarchie damals heimgeſucht wurde [1])."

Mir ſcheint dies ruhig verſtändige Urtheil eines weder zu nahe noch zu fern ſtehenden Mannes durchaus beachtenswerth. Und es iſt keineswegs das einzige dieſer Art. Ich erwähnte ſchon einmal einen engliſchen Diplomaten, den Oberſten Craufurd; ſo viel ſeinen Briefen ſich entnehmen läßt, iſt er ein unbefangener Beurtheiler. Am 29. April 1793, kurz nachdem die Ernennung Thuguts ihm zu Ohren kam, ſchreibt er aus Brüſſel an Lord

1) Vgl. Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de la Mark I, 269. La Mark nennt jedoch irrig die Jahreszahlen 1794—1802.

Auckland: „Ich bin seit mehreren Jahren genau mit ihm bekannt. Seine Talente und seine Befähigung als Minister werden Ihnen, ich getraue mich, es auszusprechen, nicht lange verborgen bleiben. In seinem Privatcharakter erschien er mir beständig als ein aufrichtiger, durchaus ehrenhafter Mann, zurückhaltend gegen Fremde, aber seinen Freunden gegenüber mittheilsam genug“ [1]). Unerschöpflich in seinem Lobe ist der langjährige englische Gesandte in Wien, Sir Morton Eden; er nennt Thugut den Pitt Oestreichs, den fähigsten Mann im Lande, vielleicht den einzigen, welcher den Schwierigkeiten der Lage gewachsen sei. Er lebt mit ihm in den besten Verhältnissen; ihre Freundschaft, schreibt er, werde immer inniger [2]), niemals sei er von Thugut getäuscht worden. Diese Aeußerungen mögen weniger bedeutend scheinen; ein Diplomat wird immer geneigt sein, denjenigen günstig zu beurtheilen, welcher mit ihm gleiche Interessen fördert, und Eden hatte gewiß allen Grund, sich dem Manne verpflichtet zu fühlen, der mit unbeugsamer Festigkeit beinahe allein die Verbindung mit England zusammenhielt. Aber die Art, wie Eden sich ausdrückt, zeugt in der That von einer warm empfundenen Hochachtung, auch stand er doch in so mannichfachen Beziehungen, zuweilen mit so verschiedenen Interessen dem östreichischen Minister gegenüber, daß ihm die Gelegenheit, sich ein richtiges Urtheil zu bilden, nicht fehlen konnte. So weit ich sehen kann, ist er auch von Thugut niemals hintergangen; er zeigt sich vortrefflich unterrichtet, und man muß nur bedauern, daß in der Correspondenz des Lord Auckland, seines Bruders, nicht mehr Briefe von ihm zur Mittheilung gekommen sind.

Selbst in den Berichten politischer Gegner, in Luccheſinis Depeschen und in der Charakteristik des Fürsten von Ligne tritt doch bei aller Abneigung gegen Thugut die Anerkennung seiner bedeutenden geistigen Eigenschaften hervor. Sie tadeln seine verderbliche Hartnäckigkeit, seinen Eigenwillen und seine Herrschsucht, die Undankbarkeit gegen seine Freunde, denen er das Vertrauen des

1) Vgl. Correspondence of Lord Auckland, III, 44.

2) Vgl. Correspondence of Lord Auckland, III, 106, 144, 316.

Kaiſers und jeden Einfluß auf die Geſchäfte entzogen habe; Ligne nennt ihn gewöhnlich den Vezier; er iſt noch perſönlich erbittert, weil der Befehl des italiäniſchen Heeres nicht ihm, ſondern ſtatt ſeiner drei wenig befähigten Invaliden übertragen ſei. Aber Ligne ſowohl als Lucheſini und Caeſar erkennen doch ſeine Vorzüge, ſeine Charakterfeſtigkeit, ſeinen überlegenen Verſtand, ſeine Uneigennützigkeit in Geldſachen; „mit nicht mehr Geiſt als er beſitzt“ und freilich viel übeln Eigenſchaften weniger, ſagt Ligne, „hätte er ein großer Miniſter ſein können.“

Am meiſten haßten ihn die neuen Gebieter Frankreichs, denen er auch ſeinerſeits ein unverſöhnlicher Gegner war. Es giebt keine Beſchuldigung, die ſie nicht gegen ihn geſchleudert hätten. Vor Allem groß war ihr Frohlocken, als ſie in alten Geſandtſchaftspapieren den Beweis zu finden glaubten, er ſei beſtechlich, er habe als Internuntius zu Konſtantinopel in den Jahren 1772 und 1773 dem franzöſiſchen Botſchafter St. Prieſt und dem Herzog von Aiguillon Papiere und ſogar die Chiffern ſeiner Geſandtſchaft verkauft. In einer großen Zahl von Depeſchen wird dieſe Angelegenheit beſprochen; ſie erlangt nicht nur eine perſönliche, ſondern eine politiſche Bedeutung. Denn zu wiederholten Malen wird der Miniſter bedroht, man werde die Papiere veröffentlichen und ihn zu Grunde richten, wenn er den Anſprüchen der Franzoſen ſich ferner widerſetze. Es iſt nicht möglich, über dieſe Beſchuldigung ein beſtimmtes Urtheil auszuſprechen, ohne die entſcheidenden Urkunden vor Augen zu haben, die vielleicht in einem franzöſiſchen Archive noch verborgen liegen. Offenbar glaubten die Franzoſen in der That etwas Anſtößiges, für Thugut Gefährliches gefunden zu haben. Aber Jeder weiß, wie leicht und wie leichtfertig ſie dergleichen Anklagen gegen die verſchiedenſten Perſonen vorzubringen pflegten. Und warum ließen ſie es Thugut gegenüber immer bei bloßen Drohungen bewenden? Warum iſt niemals von jenen Papieren Etwas veröffentlicht, auch dann nicht, als während des Raſtadter Congreſſes jede Schranke und Rückſicht gefallen war, und die franzöſiſchen Blätter von den heftigſten Schmähungen gegen Thugut wiederhallten? Nur dem Bruder des Kaiſers, dem Großherzog von

Toskana, iſt einmal von dem Inhalt der Papiere Kenntniß gegeben, und durch dieſen hat dann höchſt wahrſcheinlich auch der Wiener Hof davon erfahren. Aber ohne allen Erfolg. Im Gegentheil, Freunde und Gegner ſtimmen darin überein, daß dem Miniſter Gewinnſucht und Geldintereſſen etwas ganz Fremdes waren. Vielleicht mit Rückſicht auf die oft wiederholte franzöſiſche Beſchuldigung hebt der Nekrolog beſonders hervor, er habe in der Verwaltung öffentlicher Gelder die äußerſte Sorgfalt gezeigt und über den öffentlichen Angelegenheiten ſei er für ſeine eigenen Intereſſen ganz unempfänglich geworden. „Dieſe Gemüthsſtimmung," fährt Dietrichſtein fort, „dauerte auch bis zu ſeinem Tode. Nur den treuen und aufmerkſamen Händen, denen die Verwaltung ſeines durch Sparſamkeit erworbenen Vermögens anvertraut war, iſt es zuzuſchreiben, daß dieſes nicht noch mehr herabgeſchmolzen iſt, als es nach ſeinem Tode ſich gezeigt hat." In der That lebte der Miniſter ohne jeden Aufwand, einfach, in einem beſcheidenen Privathauſe; nicht einmal die Hofkanzlei wollte er beziehen. Es iſt nichts in ſeinem Weſen, das auf Habſucht oder nur auf den Wunſch und das Bedürfniß großen Beſitzes hindeuten könnte. Auch Hormayr meint, die Anſchuldigung, daß er ſich unrechtmäßig bereichert habe, verdiene keine Widerlegung. „Er hat das Glück gehabt, verläumdet zu werden," ſchreibt der Fürſt Ligne, „vielleicht iſt er der Einzige, dem es nützlich geweſen iſt. Man hat geſagt, bald er ſei durch England, bald er ſei durch Frankreich beſtochen; er hat über die unwiſſende Bosheit gelacht, und Alles hat nur zum Beweiſe gedient, daß er, ſtatt gewinnſüchtig zu ſein, zweihunderttauſend Gulden nicht einmal angenommen hat, die ſein Herr ihm ſchenken wollte."

Ich weiß, alles dies ſind nur einzelne Bemerkungen, vielleicht zum Verſtändniß des Folgenden nicht ohne Nutzen, aber zu einer Charakteriſtik keineswegs hinreichend. Auch bin ich ein abſchließendes Urtheil auszuſprechen nicht im Stande, weil meine eigenen Unterſuchungen den letzten Theil ſeiner Wirkſamkeit noch nicht umfaſſen. So viel iſt aber doch unzweifelhaft, daß man in dieſem Manne eine Perſönlichkeit von entſchiedener Bedeutung, einen

Geiſt von ſeltener Schärfe und einen Willen von eiſerner Feſtigkeit erkennen muß. Daß er Fehler gemacht habe, iſt auch von La Mark nicht verſchwiegen, und ich ſelbſt habe ſchon einige hervorheben müſſen; doch ſcheint mir, im Allgemeinen iſt es mehr Oeſtreichs innere Verwaltung, als die äußeren Angelegenheiten, über die man einen Tadel auszuſprechen berechtigt iſt. Hier bliebe nun immer noch zu unterſuchen, inwiefern man Thugut dafür verantwortlich machen darf, ob er wirklich die Allmacht beſaß, die ihm gewöhnlich zugeſchrieben wird. Indeſſen in dieſem Punkte ſtimmen doch alle Zeugniſſe, La Mark, Lucheſini, Ligne und Hormayr mit einander überein, und es ſcheint allerdings in Thuguts Charakter ein entſchiedener Zug alleingebietenden Willens nicht verkennbar. Der lange Aufenthalt in den Hauptſtädten zuerſt des türkiſchen Despotismus, dann der franzöſiſchen Demagogie konnte ihm unmöglich Neigung und Verſtändniß für eine frei und ſelbſtſtändig geſtaltende nationale Entwicklung einflößen. Nicht daß er verkannt hätte, man müſſe den leidenſchaftlich aufgeregten Kräften Frankreichs auch ein nationales Element entgegenſetzen. Er hat es recht wohl eingeſehen, in Deutſchland, ſo weit er vermochte, dahingeſtrebt, und in Oeſtreich mit Entſchiedenheit danach gehandelt. Aber darin liegt noch keine, wenigſtens keine ausreichende Entſchuldigung für ihn. Wer die Geſchichte Oeſtreichs in den letzten Jahrhunderten verfolgt, wird ſich nicht verbergen können: was dieſem Staate von Allem am meiſten geſchadet hat, iſt der Druck, der auf dem geiſtigen Leben laſtete, der jede freie Entwicklung verhinderte, durch die Abſonderung von deutſcher Wiſſenſchaft und Litteratur die fruchtbarſten Keime der Bildung erſtickte, und die Empfänglichkeit für würdige und ernſte Dinge in dem Behagen eines ſinnlichen Wohlſeins mehr und mehr verſchwinden ließ. Unter Maria Thereſia hatte dies Syſtem wenigſtens mildere Formen angenommen, von Joſeph II. war es in ſeinem Grunde erſchüttert. Erſt unter Franz II. konnte es wieder zur vollen Herrſchaft gelangen und hat dann, je länger deſto verderblicher, mit kurzen Unterbrechungen der Monarchie tiefere Wunden als irgend ein verlorener Feldzug geſchlagen. Es kann nicht

für Thugut einnehmen, wenn man findet, daß ſein Miniſterium während dieſer unheilvollen Rückwendung ins Leben trat; ſollte er ſie, wie es wenigſtens den Anſchein hat, nicht gehindert ſondern ſogar gefördert haben, ſo laſtet vollends auf ſeinem Namen ſchwere Schuld. Indeſſen es gehört nicht zur Aufgabe dieſes Buches, die innern Verhältniſſe Oeſtreichs im Einzelnen darzuſtellen. Was die äußere Politik betrifft, ſo muß man vor Allem die heftige Abneigung gegen Preußen beklagen, welche in Thuguts und in noch höherem Maße in den Briefen und Berichten der übrigen öſtreichiſchen Diplomaten hervortritt, eine Abneigung, die nach den Erlebniſſen der Jahre 1792 und 1793 in ihrem Urſprunge wohl erklärlich iſt, aber doch länger anhielt und heftiger ſich äußerte, als es mit den Intereſſen Deutſchlands und ſogar des Wiener Hofes vereinbar ſcheint.

Dieſe Bemerkung finden wir ſogleich beſtätigt, da wir den Faden der Erzählung wieder aufnehmen. Denn leider waren die Ereigniſſe in Baſel und die Erörterungen, die ſie am Reichstage zur Folge hatten, nur zu ſehr geeignet, das gegenſeitige Mißtrauen noch zu ſteigern und die gereizte Stimmung auch nach Außen in der unerquicklichſten Weiſe hervortreten zu laſſen. In Folge des ſchon erwähnten mainzer Antrages hatte ein Reichsgutachten vom 22. December 1794 den Kaiſer erſucht, in Verabredung mit dem Könige von Preußen Schritte zur Herſtellung eines anſtändigen Friedens zu thun. Der Kaiſer hatte darauf unter dem 10. Februar 1795 erwidert, daß er den Wünſchen des Reichstags gemäß mit Rückſprache des Königs von Preußen die reichsoberhauptliche Einleitung antreten werde. Statt dieſer Rückſprache und Einleitung erfolgte nun aber der preußiſche Einzelfriede. Es fragte ſich, wie der Reichstag dem gegenüber ſich verhalten würde.

Schon vor der förmlichen Anzeige hatte die preußiſche Regierung unter dem 18. April dem Grafen Görtz eine vorläufige Mittheilung zugehen laſſen, welche Preußens neutrale Stellung zu rechtfertigen und die übrigen Reichsſtände für dieſelbe zu gewinnen

ſuchte. Darauf hatte auch der Kaiſer nicht geſäumt, vorerſt als Reichsſtand durch den erzherzoglich öſtreichiſchen Reichstagsgeſandten von Separatverträgen abzumahnen und ſämmtliche Stände um eine Erklärung zu bitten, ob ſie ohne Rückſicht auf die daraus nothwendig entſtehende Anarchie dem Syſtem der einzelnen Friedensunterhandlungen beitreten wollten, oder nicht. Im erſteren Falle würde der Kaiſer ſich ſtark genug fühlen, ſeine Staaten, zu deren Vertheidigung er ſeine Macht dann allein anzuwenden gedächte, gegen den gemeinſchaftlichen Feind zu ſichern[1]). Am 7. Mai langte die officielle Anzeige Preußens in Regensburg an, begleitet von einer ausführlichen Denkſchrift, welche vom 1. Mai datirt war. Dies Aktenſtück verkündigte zwar zunächſt den glücklich abgeſchloſſenen Frieden als eine Begebenheit, deren frohe und heilſame Folgen das geſammte deutſche Vaterland ſehr nahe mit angingen, wandte ſich aber bald zu Entſchuldigungen und Anklagen. Insbeſondere ſuchte es hervorzuheben, daß der Kaiſer trotz ſeines Verſprechens dem Reichsgutachten vom 22. December nicht nachgekommen ſei; die verſprochene Einleitung ſei ebenſo wenig, als eine eigentliche Rückſprache mit Preußen erfolgt; aus dieſem Grunde habe denn auch der König dem Reiche einen förmlichen, wirklichen Frieden nicht verſchaffen können. Der König hege nun keinen heißeren Wunſch, als nach ſeinem Vorgange die Segnungen des Friedens weiter zu verbreiten, müſſe aber auch für den Fall fortdauernden Krieges aller Theilnehmung daran und aller Mitwirkung durch Stellung eines Contingentes und Entrichtung von Römermonaten ausdrücklich entſagen[2]).

Eine Erklärung von ſolchem Inhalt blieb, wie ſich denken läßt, nicht ohne Erwiderung. Dieſe war gleichwohl in einem ruhig gemäßigten Tone gehalten, denn ſo bitter auch die Stimmung in Wien geworden war, man erkannte doch deutlich genug, daß

1) Vgl. die Erklärung im Kölniſchen Kurier V, 333 in einem Bericht aus Regensburg vom 4. Mai.

2) Vgl. Geheime Geſchichte der Raſtadter Friedensverhandlungen von einem Schweizer (Haller), Germanien 1799, II, 15; die öſtreichiſche Erwiderung vom 19. Mai ebenda S. 32.

man Preußen nicht hindern, und durch einen förmlichen Bruch, wie die Dinge einmal lagen, das Uebel nur verschlimmern konnte. Es fiel nicht schwer, das Ungesetzmäßige eines Separatfriedens mit dem Reichsfeinde nach den Reichsgesetzen zu erweisen, zugleich suchte man den Vorwurf, das Reichsgutachten vom 22. December nicht ausgeführt zu haben, gerade gegen Preußen zu richten. „Schon am 14. Februar," sagte der Kaiser, „also nur vier Tage nach dem Erlaß des kaiserlichen Commissionsdecretes" — aber freilich vier und fünfzig Tage nach dem Beschluß vom 22. December — „sei eine in Abschrift beiliegende Note an das preußische Ministerium abgegangen, um auf der Grundlage des ratificirten Reichsgutachtens die Rücksprache der kaiserlichen Regierung einzuleiten. Man habe um so mehr Förderung und Erleichterung erwartet, als laut eines allgemein verbreiteten Rufes Preußen schon Einleitungen zum Friedensgeschäft getroffen habe. Die preußische Erwiderung vom 26. Februar sei am 14. März am kaiserlichen Hofe eingetroffen, aber sie habe einerseits den vom Kaiser genehmigten Ausdruck einer allgemeinen Sehnsucht nach einem der Reichsconstitution und dem Zweck des westphälischen Friedens entsprechenden, billigen und annehmlichen, nach einem gerechten und anständigen Frieden blos als den Ausdruck der allgemeinen Sehnsucht nach einem leidlichen Frieden dargestellt, andererseits über die vom Kaiser so sehr gewünschte Erleichterung und Förderung des Friedenswerkes nichts wahrnehmen lassen. Indessen sei der preußische Minister Hardenberg wenige Tage später mit einer vom 28. Februar datirten Vollmacht zur Fortsetzung der Unterhandlungen in Basel abgereist, deren Resultat nun allgemein bekannt sei."

Ich gehe auf diese Streitigkeit im Einzelnen nicht weiter ein; freilich Häussers Darstellung läßt davon noch weniger erkennen. In dem Auszuge, den er aus der preußischen Denkschrift gibt, wird der Schluß, daß Preußen von der Theilnahme am Kriege sich lossage, gar nicht erwähnt. Statt der Beschuldigung: die vom Kaiser versprochene Einleitung des Friedens und die Rücksprache mit Preußen sei gleichwohl nicht erfolgt, läßt er die Denkschrift sagen: die vom Kaiser versuchte Einleitung sei er-

folglos geblieben. Durch dieſe Veränderung wird der Satz, welcher gerade als die Spitze der preußiſchen Deduction hervortritt, beinahe in das Gegentheil verkehrt, und die kaiſerliche Erwiderung verliert ihren Inhalt, von welchem man denn auch bei Häuſſer beinahe gar nichts erfährt.

Oeſtreichiſcher und preußiſcher Einfluß kämpften nun, auf dem Reichstage die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Preußen wünſchte mit der Vermittlung des Friedens von Seiten des Reiches beauftragt zu werden. Der Kaiſer fand ſchon durch die Erwähnung Preußens in dem Reichsgutachten ſeine Würde verletzt. Es war zweifelhaft, ob er in einem ſolchen Falle die Ratification geben würde; nach Lucheſinis Bericht vom 27. Juni ſollte er dem würtembergiſchen Geſandten, Baron Görlitz gegenüber geäußert haben: wenn die Stände ihm nicht ein unbedingtes Vertrauen zeigten, ſo bleibe ihm nichts übrig, als die Krone niederzulegen und das Reich ſeinem Schickſale zu überlaſſen. Zugleich wollte der Kaiſer als Grundlage des Friedens die Integrität des Reiches genannt wiſſen, während das preußiſche Miniſterium dieſe Erwähnung zu vermeiden wünſchte, weil ſie gewiſſermaßen als ein Tadel gegen den baſeler Frieden und als Garantie für den zum burgundiſchen Kreiſe gehörigen Beſitz Oeſtreichs in Belgien gedeutet werden konnte [1]). Nach langen mit großer Bitterkeit geführten Berathungen kam endlich am 3. Juli ein Reichsgutachten zu Stande, welches im Weſentlichen den Wünſchen des Kaiſers gemäß, doch zwiſchen Oeſtreich und Preußen zu vermitteln ſuchte. Es erklärte zunächſt, „der beharrliche Wunſch des Reiches bleibe dahin gerichtet, in unwandelbarer Vereinigung mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Conſtitution und durch denſelben Wiederherſtellung der Integrität ſeines Gebietes und Sicherheit ſeiner Verfaſſung je eher je beſſer auf eine dauerhafte Art zu erhalten. Zu dieſem Ende ſei die Bereitwilligkeit des Reiches zur Eröffnung von Friedensunterhandlungen an Frankreich zu erklären, und dieſe erſte Einleitung lediglich dem Kaiſer anheim zu ſtellen.

1) Das Miniſterium an Lucheſini am 19. Juni 1795.

Zur gewiſſern Erreichung des Zieles ſolle man aber dem Könige von Preußen den Antrag des Reiches zu erkennen geben, daß derſelbe zur Erlangung eines allgemeinen, die Integrität und die Verfaſſung des Reiches ſichernden Friedens nach ſeinen öfteren freiwilligen Verſicherungen ſeine beihülfliche Verwendung und Mitwirkung gewähren möge. Dieſe Faſſung ließen beide Theile ſich gefallen; Preußen erklärte ſich bereit, für den Frieden zu wirken, am kaiſerlichen Hofe erhob, wie es ſcheint, der Fürſt Colloredo einigen Widerſpruch, wurde aber, wenn man Luccheſinis Bericht vom 8. Juli glauben darf, durch Lehrbach zum Schweigen gebracht. Das Ratificationsdecret vom 29. Juli erkannte zunächſt mit Befriedigung, daß der Reichstag in dem Wunſche nach ungetheilter Vereinigung der Reichsſtände mit dem Reichsoberhaupte, ſo wie nach einem die Integrität und Verfaſſung des Reiches ſichernden Frieden wieder auf die Grundlage des Reichsgutachtens vom 22. December 1794 zurückgegangen ſei. Das deutſche Reich in ſeiner Vereinigung beſitze zwar Anſehen und Macht genug, um durch ſich ſelbſt einen gerechten und annehmlichen Frieden zu erlangen; da aber die Mehrheit der Stände in der Mitwirkung des Königs von Preußen eine beſondere Beruhigung ſuche, ſo wolle der Kaiſer auch darin dem Wunſche der Reichsſtände nachgeben, unter der Vorausſetzung, daß der König von Preußen ſich auch ſeinerſeits bei Frankreich nach ſeinen öfteren freiwilligen Verſicherungen auf die vom Reiche bedingte und beſtimmte Baſis verwenden und ſo zur Erlangung eines allgemeinen, die Integrität und Verfaſſung des Reiches ſichernden Friedens beihülflich mitwirken wolle[1]).

Am 21. Auguſt wurde dann endlich eine Reichsfriedensdeputation ernannt. Mitglieder waren Kurmainz, Kurſachſen, Oeſtreich, Bremen, (Hannover), Baiern, Heſſen-Darmſtadt, Würzburg, Baden und die Reichsſtädte Augsburg und Frankfurt. Eine Reichsinſtruction kam erſt am 7. October zur Ausfertigung.

Unterdeſſen hatte Preußen in Baſel ſich bemüht, als Vor-

1) Vgl. Geheime Geſchichte der Raſtadter Friedensverhandlungen, II, 41, 43.

bereitung des Friedens zuerſt einen Waffenſtillſtand zu erlangen; aber die Verhandlung, auf die ich noch zurückkomme, blieb ohne Erfolg. In Ausführung des Reichsgutachtens vom 3. Juli hatte dann auch der Kaiſer zu Ende des Monats durch däniſche Vermittlung einen Waffenſtillſtand und die Berufung eines allgemeinen Congreſſes vorſchlagen laſſen. Aber auch dieſe Anträge wurden in ſchroffer Form am 13. October zurückgewieſen, und man muß zweifeln, ob am kaiſerlichen Hofe ein anderes Ergebniß erwartet oder nur gewünſcht wurde. Denn am 4. Mai war zu Wien zwiſchen Thugut und Eden ein neuer Vertrag abgeſchloſſen, der am 28. September in Petersburg zu einer Tripelallianz zwiſchen Oeſtreich, Rußland und England erweitert wurde. England verſprach aufs Neue bedeutende Hülfgelder, ſelbſt Catharina zeigte ſich bereit, durch ein ruſſiſches Heer an dem Kriege thätigen Antheil zu nehmen. Unter ſolchen Verhältniſſen muß man geſtehen, daß die Zeit zu Unterhandlungen noch gar nicht gekommen war. Denn die Franzoſen hatten zu große Erfolge erlangt, die Verbündeten noch zu bedeutende Kräfte zur Verfügung, als daß die Einen ſo viel zurückgeben, die Anderen ſo viel hätten verlieren wollen, als von der Gegenſeite gefordert wurde. Es war nicht unrichtig, wenn ein franzöſiſches Blatt zu jener Zeit die Anſicht ausſprach, in den Heeren beſitze man die einzig geeigneten Diplomaten der Republik.

Gleichwohl ſollen nach Häuſſers Meinung im Sommer und Herbſt neben jenen öffentlichen auch noch geheime Unterhandlungen und in einem ganz anderen Sinne zwiſchen Oeſtreich und Frankreich ſtattgefunden haben. Er erwähnt ſchon (II, 14) aus den früheren Monaten jener berufenen Umtriebe des Ritters Carletti, deren wahre Bedeutung der vorgehende Abſchnitt feſtzuſtellen ſuchte. Häuſſer hat ſie jedoch keineswegs zur Grundlage bedeutender Ereigniſſe gemacht, nicht einmal als feſtſtehende Thatſache mitgetheilt, ſondern nur die Meinungen Hardenbergs und Gervinus' in Kürze angedeutet. Bei dem außerordentlichen Aufſehen, welches die Carlettiſche Angelegenheit damals hervorgerufen hat, war dies gar nicht zu vermeiden, und Vivenots heftige

Polemik iſt deßhalb Häuſſer gegenüber zum größeren Theile unberechtigt.

Hier möchte aber eine Bemerkung allgemeineren Inhalts erlaubt ſein. Der Hiſtoriker, ſcheint mir, ſollte bei der Mittheilung ſolcher Gerüchte einige Vorſicht nicht außer Acht laſſen. Denn werden ſie nicht ausdrücklich als unwahr erklärt, ſo bleibt für den Leſer nur zu leicht der Eindruck eines wirklich Geſchehenen, alſo ein falſcher Eindruck zurück. Noch übler iſt es, wenn der Schriftſteller ſelbſt ſich verleiten läßt, das, was er früher nur unbeſtimmt als Gerücht oder Vermuthung angedeutet, ſpäter als Thatſache in Rechnung zu bringen und neue Folgerungen dadurch zu begründen. Die auffallendſten Beiſpiele dieſer Art würde ich freilich nicht dem Häuſſerſchen Werke entnehmen, aber auch bei ihm ſcheint größere Vorſicht an mehr als einer Stelle wünſchenswerth. Ich weiſe nur auf die Eine hin, die zu dieſer Bemerkung gerade an dieſem Orte Veranlaſſung gegeben hat. Nachdem er die Streitigkeiten über den baſeler Frieden aus einander geſetzt, fährt Häuſſer (II, 26) fort: „Während die öſtreichiſche Diplomatie einen ſo verwegenen Ton anſchlug, tauchte immer von Neuem das Gerücht auf, daß die Politik des Wiener Hofes fortwährend nur von dem einen Gedanken beherrſcht ſei, ſich durch den Erwerb von Baiern zu arrondiren. Man nannte die Perſonen und die Orte, die zur Wiederaufnahme des wiederholt geſcheiterten Planes gebraucht worden ſeien. Agenten der zweideutigſten Art wurden als die Unterhändler zwiſchen Wien und Paris namhaft gemacht, die im Namen Oeſtreichs die Abtretung des linken Rheinufers angeboten hätten, wenn Oeſtreich den Lech als Grenze erhalte.“ „Es wird immer ſchwer bleiben“, heißt es in einer Anmerkung, „das Detail ſolcher ganz im Dunkeln und Geheimen betriebenen Verhandlungen genau zu ermitteln, wir wagen daher auch nicht, aus dem, was die Mémoires d'un homme d'état III, 153, 154, 174, Fains Manuscrit de l'an III, p. 279 und Hurters Denkwürdigkeiten aus dem letzten Decennium des 18. Jahrhunderts S. 51 f. erzählen, Einzelnheiten als zuverläſſig mitzutheilen; daß aber die Sache wieder lebhaft von Thugut betrieben ward, darüber, ſcheint

uns, kann sowohl nach diesen zusammenstimmenden Zeugnissen, als nach dem, was vorangegangen und nachgefolgt ist, billiger Weise nicht gezweifelt werden."

Es würde doch schwer sein, ein Beispiel zu finden, daß Beschuldigungen dieser Art auf leichtere Zeugnisse angenommen wären. Mir scheint, gerade aus diesen Zeugnissen, denn er wird doch die besten ausgewählt haben, hätte Häusser auch auf den Werth und die Bedeutung des Gerüchtes schließen können. In den an sich schon so wenig zuverlässigen Memoiren des angeblichen Staatsmannes liest man auf den angeführten Seiten 153 und 154 über Oestreich nicht ein einziges Wort; das Einzige, was sich auf das linke Rheinufer bezieht, ist die Bemerkung, der König von Preußen habe nur geringe Abneigung gezeigt, seine linksrheinischen Besitzungen an Frankreich abzutreten. Seite 174 oder vielmehr 173 findet sich die Angabe, der Kaiser habe mehreren Höfen erklärt, er sei zum Frieden mit Frankreich geneigt, aber nicht zu Separatverhandlungen, namentlich nicht ohne Zuziehung Englands und des deutschen Reiches; der Wiener Hof habe auch in der Zeitung vom 6. Mai die Gerüchte von Separatverhandlungen mit Frankreich ausdrücklich für unwahr erklärt. Ob in diesen Worten, die sich zudem nicht einmal auf den Herbst sondern auf die im Mai verbreiteten Gerüchte über Carletti beziehen, ein Zeugniß für die Häusserſche Ansicht zu finden ist, mögen Andere entscheiden [1]). Mit Fains Manuscript des Jahres III (1795)

1) Ich habe gedacht, die von Häusser angeführten Seitenzahlen könnten sich vielleicht auf eine von der meinigen verschiedene Ausgabe beziehen. Die beiden ersten Bände des Werkes sind in der That zwei Mal, und zwar zuerst bei Ponthieu Paris 1828 erschienen. Dann ist es aber in den Verlag von L. G. Michaud übergegangen, der 1831 die beiden ersten Bände noch einmal abdrucken ließ und von dem dritten, der hier in Frage kommt, sowie von den folgenden seit 1831 die einzige Ausgabe besorgte. — Ein Druckfehler ist bei Häusser auch nicht anzunehmen. Man könnte nur noch an S. 163 und 164 denken. Aber auch hier findet sich nicht die Bestätigung, sondern vielmehr die Widerlegung der Häusserschen Ansicht, nämlich die aus Fains Manuscript (S. 109 der deutschen Uebersetzung) entlehnte Angabe, die ich sogleich im Texte folgen lasse.

ſteht es gerade ſo. Ein Zeugniß dieſes Mannes wäre allerdings von großer Bedeutung, weil er, ſelbſt zu Paris im Miniſterium des Auswärtigen beſchäftigt, über die diplomatiſchen Wendungen jener Zeit ſich die genaueſte Kenntniß verſchaffen konnte. Aber ich habe das Buch in der deutſchen Ueberſetzung, die mir zuerſt allein zur Hand war, ganz durchgeleſen, ohne nur ausfindig zu machen, was Häuſſer bei ſeiner Anführung im Sinne haben könne. In der einzigen hierher bezüglichen Stelle S. 109 der deutſchen Ausgabe heißt es: Oeſtreich habe nach dem baſeler Frieden einige Luſt zum Unterhandeln verſpürt, Lehrbach ſei nach Berlin und von da nach Baſel gekommen. Dieſe Stimmung ſei jedoch plötzlich verſchwunden, als er bei den erſten Nachforſchungen die Gewißheit erlangt habe, Frankreich beſtehe auf der Abtretung des linken Rheinufers. Aber dieſe Worte, abgeſehen von dem, was ſie Ungenaues enthalten, beſagen doch beinahe das Gegentheil von dem, was man bei Häuſſer lieſt; auch hat er ſie nicht im Sinne gehabt. An der von ihm bezeichneten Stelle S. 279 der franzöſiſchen Ausgabe findet ſich, wie ich jetzt ſehe, Folgendes: Merlin von Thionville habe nach der Uebergabe von Luxemburg dem öſtreichiſchen General Bender bei einem Mittageſſen geſagt, man müſſe ſich verſtändigen; der alte General, nachdem er eine Flaſche nach der anderen geleert, habe Feuer gefangen und ſich vorgenommen, dieſe Eröffnung ſeiner Regierung mitzutheilen; er ſei aber kurz nachher geſtorben, und das Geſpräch ohne Folge geblieben. Später habe Boiſſy d'Anglas als Präſident des Ausſchuſſes für die auswärtigen Angelegenheiten einen gewiſſen Poterat an Thugut geſchickt, indeſſen einem Feinde wie Oeſtreich gegenüber ſeien Siege das beſte Mittel, um bald zu einem Vertrage zu gelangen. Häuſſer redet von der Uebereinſtimmung ſeiner Zeugniſſe. Dieſe Stelle ſtimmt allerdings mit den früheren überein, aber hauptſächlich darin, daß ſie das Gegentheil ſagt von dem, was man nach ſeinen Angaben erwarten ſollte. Bemerken muß ich jedoch, daß dieſe Unterredung des franzöſiſchen Repräſentanten mit Bender nicht ganz ſo erfolglos geblieben iſt, als Fain hier annimmt.

Merlins Briefwechsel giebt uns auch darüber Nachricht. „Ich schicke Ihnen," schreibt er am 11. September aus Straßburg an Barthelemy, „einen Brief des Herrn v. Bender, damit Sie ihn Herrn v. Hardenberg zum Lesen geben. Sie erinnern sich, was ich Ihnen in Basel erzählte. Als Bender Luxemburg verließ, hatte ich mit ihm eine ziemlich lange Unterredung; ich sagte ihm viel Böses von den Preußen, er sagte noch mehr; er befestigte mich in meiner Meinung, wenn Frankreich, ohne sich einzumischen, Baiern von dem Kaiser besetzen lasse, so würde der Kaiser die Kurfürsten preisgeben. In diesem Sinne muß er später seinem Hofe geredet haben [1])." Daß übrigens der Brief Benders nichts von Bedeutung enthalten hat, kann man schon aus Merlins Worten schließen. Auch würde Hardenberg gewiß nicht verfehlt haben, davon Gebrauch zu machen. Selbst in Verbindung mit diesem Briefe, den Häusser nicht gekannt, also auch nicht berücksichtigt hat, läßt sich demnach in Fains Aeußerungen nicht viel zu Gunsten seiner Ansicht, wohl aber ein bedeutendes Zeugniß dagegen finden.

Das sonderbarste Citat bleiben jedoch die Hurterschen Denkwürdigkeiten. Denn man glaube ja nicht, daß es sich hier um eigene Erinnerungen des bekannten Geschichtschreibers handele. Es sind hinterlassene Aufzeichnungen eines Ungenannten, welcher nur als der Sohn eines Emser Arztes bezeichnet wird. Diese beinahe werthlose kleine Schrift enthält S. 51—60 auch einen Abschnitt: „Condé — Poterat — Enghien" überschrieben, voll der widersinnigsten Fabeln; so liest man unter Anderem, der Herzog von Condé habe durch Poterat gefordert, und das Directorium im Frühling 1796 genehmigt, daß er, der Herzog von Condé, constitutioneller König von Schwaben würde. In solcher Nachbarschaft findet sich auch als Erklärung des am 1. Januar geschlossenen Waffenstillstands die Angabe, Poterat sei um diese Zeit als geheimer Agent von Paris nach Wien geschickt und auf der Rückreise im Februar 1796 bei einem gewissen Georg List,

1) Vgl. Correspondance de Merlin, p. 248.

der die Verbreitung franzöſiſcher Grundſätze in den Rheinlanden ſich zur Aufgabe machte, eingekehrt. Er habe ihm eröffnet, von Oeſtreich ſei der Republik ſchon mehrmals die Abtretung des linken Rheinufers angeboten. Etwas Aehnliches, ſetzt der Verfaſſer hinzu, habe ihm früher auch Merlin von Thionville erzählt, der Plan ſei aber dadurch vereitelt, daß Frankreich die vom Kaiſer geforderte Lechgränze nicht zugeſtanden habe. Man erkennt hier deutlich einen Nachzügler der bekannten Gerüchte über Carletti. Ich ſtelle Jedem, der des Früheren ſich noch erinnert, das Urtheil anheim, ob eine Nachricht aus ſolchem Munde in einer ſolchen Schrift ernſtlicher Berückſichtigung würdig iſt.

Zudem läßt ſich jetzt aus den entſcheidenden Dokumenten mittheilen, wie Thugut wirklich über die Sache gedacht hat. Denn ganz nach Merlins Vorſchlägen hatte der Wohlfahrtsausſchuß, kurz bevor man am 1. October 1795 die öſtreichiſchen Niederlande und Lüttich dem franzöſiſchen Gebiete einverleibte, mit Thugut Unterhandlungen anzuknüpfen verſucht. Man bediente ſich eines vormals preußiſchen Beamten, Namens Theremin, der, wie es ſcheint, demokratiſcher Neigungen verdächtig, aus Berlin ſich nach Paris gewendet hatte. Er fand dort im Miniſterium des Auswärtigen Beſchäftigung, arbeitete mit Eifer den preußiſchen Intereſſen entgegen und iſt ſpäter dem preußiſchen Geſandten, Freiherrn von Sandoz oft ſehr unbequem geworden. Als im Sommer 1795 ein Deutſcher, ein Kaufmann des linken Rheinufers, den Preis von 4000 Franken für die Schrift ausſetzte, welche die Nothwendigkeit, das linke Rheinufer mit Frankreich zu vereinigen, am treffendſten nachzuweiſen vermöchte, war es Theremin der durch die beſte Arbeit die Summe verdiente [1]). Dieſer Mann wurde

---

1) Vgl. darüber den Moniteur vom 22. Auguſt und 23. September 1795. Die Frage lautete: Est il de l'intérêt de la République Française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin? Es waren 4000 Francs als erſter, 2000 als zweiter Preis geſetzt, die Zahl der Bewerber aber ſo groß, daß der erſte Preis verdoppelt, der zweite verfünffacht wurde. Die elf beſten Abhandlungen ſind zuſammengedruckt unter dem Titel:

jetzt nach Baſel geſchickt, um ſich mit dem kaiſerlichen Reſidenten, Freiherrn von Degelmann, in Verbindung zu ſetzen und Baiern anzubieten, wenn Oeſtreich in die Abtretung Belgiens und des linken Rheinufers an Frankreich willige. Gleichzeitig begab ſich ein anderer Agent von ſehr zweideutigem Charakter, Namens Poterat, mit ähnlichen Vorſchlägen nach Wien. Er zeigte ſich dort mit dem Ludwigskreuz und galt für einen Edelmann aus der Vendee, welcher an Ludwig XVIII. nach Verona geſchickt ſei [1]). Lucheſinis Argwohn konnte er gleichwohl nicht entgehen, auch hat er in der That mit Thugut eine Unterredung gehabt. Der Inhalt läßt ſich aus dem einzigen Briefe, den er noch während ſeines Aufenthaltes in Wien am 5. October [2]) an den Miniſter richtete, nicht deutlich erkennen, ſicher iſt jedoch, daß man zu keinem Ergebniß, wie es ſcheint, nicht einmal zu einem ſchriftlichen Ausdruck der gegenſeitigen Anſprüche und Wünſche gelangte. Noch geringeren Erfolg hatte Theremins Sendung nach Baſel. Degelmann nahm ihn höflich auf, hatte mehrere Unterredungen mit ihm, verwies aber, wie er mußte, lediglich auf das Wiener Miniſterium, und Thugut ging nicht einmal auf eine Erörterung ein. Am 13. November muß Degelmann in höflicher Weiſe antworten, man wiſſe zwar die friedlichen Geſinnungen der Franzoſen zu

---

La rive gauche du Rhin limite de la République Française ou recueil de plusieurs dissertations jugées dignes des prix proposés par un négociant de la rive gauche du Rhin, publiées par le citoyen Georges, Guilleaume Böhmer, Exdeputé à la convention Rhéno-germanique, Paris, an IV. Theremin hat noch eine Schrift verfaßt: De la situation intérieure de la République par Charles Theremin, citoyen Français, fils de protestant sorti de France pour cause de réligion, Paris, Pluviôse an V.

1) Vergl. Lucheſinis Bericht an das Miniſterium vom 14. October 1795.

2) Dieſer Brief iſt, wie es ſcheint, das einzige Aktenſtück, das über jene Sendung im Miniſterium des Auswärtigen ſich erhalten hat. Daneben findet ſich noch ein Brief vom 18. September mit der Unterſchrift Gérard de Raineval, der gleichfalls Unterhandlungen mit Thugut anknüpfen möchte.

ſchätzen, halte es aber für nicht an der Zeit, über die vorgeſchlagenen Bedingungen in Unterhandlung zu treten[1]).

Etwas größere Vorſicht in der Mittheilung unbeſtimmter Gerüchte und etwas ſchärfere Prüfung der dafür angebrachten Zeugniſſe möchte danach auch für das Häuſſerſche Werk zuweilen wünſchenswerth erſcheinen. Und es kann in der That befremden, daß wir zwar die Angaben mittelalterlicher Schriftſteller mit der ſorgfältigſten Kritik zu wägen gewohnt ſind, dagegen in Rückſicht auf die neueſte Zeit gemeiniglich weit leichter uns befriedigen laſſen. Das angeführte Beiſpiel iſt in Häuſſers Werke nicht das einzige dieſer Art, ich muß noch einige und ich könnte noch manche anführen; gleichwohl darf ich mit reiflicher Ueberlegung nur wiederholen, daß, Alles zuſammengenommen, mir kein anderes Buch über jene Zeit bekannt geworden iſt, das ſo gründlich und ſorgfältig gearbeitet wäre.

Auch verſucht Häuſſer die Ereigniſſe des Jahres 1795, insbeſondere die lange Waffenruhe im Frühling und Sommer keineswegs durch jene luftigen Gründe zu erklären, ſondern vollkommen richtig ſchildert er die Hinderniſſe, die der Eröffnung des Feldzugs beſonders auf Seiten der Franzoſen immer von Neuem ſich entgegenſtellten. Gegen Ende des Auguſt waren dieſe beſeitigt, und alsbald brach auch über Deutſchland das Ungewitter herein, welches drei Jahre früher bei dem Zuge Cuſtines' nur gedroht hatte. Es hielt damals Jourdan an der Spitze der Maas-Sambre-Armee das linke Rheinufer von Cleve bis Coblenz beſetzt, daran ſchloß ſich die Rhein- und Moſel-Armee unter Pichegru, dem die Einſchließung von Mainz und die Beſetzung des Oberrheines bis nach Hüningen hinauf übertragen war. Die Armeen zählten,

1) Vgl. Theremins Berichte aus Baſel vom 26. September und 9. October 1795 und Degelmanns Antwort vom 13. November im Miniſterium des Auswärtigen in Paris. Dazu führt Vivenot II, II, 485 Degelmanns Depeſchen vom 25. und 30. September, 10. und 23. October und 3. November an. Thuguts ablehnende Antworten ſind vom 11. und 31. October datirt, alſo nicht, wie man zufolge Sybels Darſtellung III, 487 glauben könnte, erſt nach den glücklichen Erfolgen der kaiſerlichen Heere.

die eine 85,000, die andere gegen 90,000 Mann. Ihnen gegenüber ſtand eine ungefähr gleiche Zahl von kaiſerlichen und Reichstruppen unter Clerfayt, welchem auch die Reichsarmee überwieſen war, nachdem der Herzog von Sachſen-Teſchen unzufrieden und verſtimmt im April ſich vom Oberbefehl zurückgezogen hatte. Erſt Ende Auguſt wurde auch dem Heere am Oberrhein der General Wurmſer wieder als beſonderer Anführer vorgeſetzt. Die preußiſchen Truppen waren im Frühjahr nach Weſtphalen abgezogen, um die Gränze oder die Demarcationslinie zu decken, nur eine nicht ſehr beträchtliche Abtheilung blieb unter dem Prinzen von Hohenlohe als Beſatzung in Frankfurt zurück. In der Nacht vom 5. auf den 6. September ging ein Theil der franzöſiſchen Maas-Sambre-Armee bei Neuß, Uerdingen und Eichelkamp über den Rhein, am letzten Orte, ohne die preußiſche Demarcationslinie zu beachten. Düſſeldorf, befeſtigt, mit großen Vorräthen verſehen, wurde von den kurpfälziſchen Behörden ſchmachvoll dem Feinde ausgeliefert, die öſtreichiſchen Truppen, nach dem Cordonſyſtem der damaligen Zeit zerſplittert, trotz tapferer Gegenwehr zurückgetrieben. Am 15. September erfolgte auch bei Neuwied ein Uebergang, die Franzoſen drangen bis an die Lahn, weit und breit wurde Alles, was ſie erreichen konnten, geplündert und verheert. Wenige Tage ſpäter ging Mannheim verloren. Die kurpfälziſche Regierung hatte die öſtreichiſchen Bataillone, welche zum Schutze heranzogen, vor den Thoren zurückgewieſen und ſich beeilt, die ſtark befeſtigte Stadt auf die bloße Drohung, ſie ſolle beſchoſſen werden, am 20. September an Pichegru zu übergeben. Unbeſchreiblich war das Entſetzen am Rhein; die Fürſten flohen zuerſt; wer konnte, folgte ihnen, um in der Ferne oder hinter der Demarcationslinie Schutz zu ſuchen. Unter dem Vorwande, die eigene Heimath vertheidigen zu müſſen, verließ das ſächſiſche Contingent, 15,000 Mann der beſten Reichstruppen, zur Nachtzeit, als man eben eine Schlacht erwartete, Clerfayts Lager bei Bobenheim [1]). Der Tag allgemeinen Abfalls und ſchmachvoller Selbſtvernichtung ſchien be-

1) Vivenot a. a. O. II, II, 489.

vorzuſtehen. Aber zum Aeußerſten kam es nicht. Die Siege Clerfayts bei Bergen und an der Nidda am 11. und 12. October nöthigten Jourdan zum Rückzug, der ſich bald in eilige Flucht verwandelte und den größeren Theil ſeines Heeres bei Neuwied über den Rhein, den andern hinter die Sieg zurückwarf. Kaum war der eine Gegner unſchädlich gemacht, als Clerfayt ſich gegen den anderen wandte. Die Franzoſen hatten ſeit einem Jahre Mainz mit einem Kreiſe der ſtärkſten Verſchanzungen umgeben, die durch zahlreiche Redouten, 150 Geſchütze, und mehr als 30,000 Mann vertheidigt wurden. Hier gelang dem öſtreichiſchen Feldherrn, ſie am Morgen des 29. Octobers zu überraſchen. In wenigen Stunden waren die Schanzen erobert, beinahe ſämmtliche Geſchütze genommen, mit großem Verluſte an Todten und Gefangenen zog das franzöſiſche Heer ſich eiligſt hinter die Pfriem zurück. Unterdeſſen hatte auch Wurmſer ſeit dem 17. October eine Reihe erfolgreicher Kämpfe beſtanden; am 22. November mußte ſich ihm Mannheim mit unermeßlichen Kriegsvorräthen und einer Beſatzung von 10,000 Mann ergeben. Es folgten glückliche Gefechte auf dem linken Ufer, die Franzoſen waren über die Nahe und bis an die Gränze des Elſaß zurückgetrieben, als am 1. Januar 1796 ein Waffenſtillſtand zwiſchen Clerfayt und Jourdan dem Blutvergießen ein Ende machte. Die öſtreichiſchen Truppen hielten das linke Ufer von der Queich bis zur Nahe, das rechte von Baſel bis zur Sieg beſetzt.

Man findet über dieſe glänzenden Thaten Ausführliches in den Kriegsgeſchichten und bei Häuſſer (II, 35 ff.), welcher Clerfayt und dem öſtreichiſchen Heere die wohlverdiente Anerkennung nicht vorenthält. Nur hat er auch hier die Gelegenheit nicht vorbeigehen laſſen, ſich dafür an der öſtreichiſchen Regierung gewiſſermaßen zu entſchädigen; ich glaube nicht in der glücklichſten Weiſe. Schon die Uebergabe Luxemburgs, das nach langer Einſchließung am 7. Juni 1795 den Franzoſen ſeine Thore öffnen mußte, wird, wie es ſcheint, wieder nur auf Grund eines leeren Gerüchts dem Hofkriegsrath zur Laſt gelegt. „Es galt als ausgemacht," lieſt man II, 29, „daß ſie hätte verhindert

werden können, wenn der Hofkriegsrath Clerfayts Rath befolgt und ihm die Ermächtigung ertheilt hätte, den Platz zu entsetzen. Aber die Niederlande wurden als aufgegebenes Gebiet betrachtet, und die östreichische Politik hatte andere Erwerbungen im Auge." Vivenot (II, II, 479) nennt es — und, so weit man urtheilen kann, nach besseren Quellen und mit besserem Grunde — gerade umgekehrt eine der vollkommen berechtigten Klagen gegen Clerfayts Kriegführung, daß man ihm in Wien vorwarf, keinen Versuch zum Entsatze Luxemburgs gewagt zu haben. Der ganze Erfolg der kaiserlichen Waffen im Herbste wird dann von Häusser der jugendlichen Frische und Raschheit Clerfayts zugeschrieben; „die Wiener Staatsmänner," sagt er, „befanden sich in einem bedenklichen Irrthum, wenn sie sich selbst das Verdienst der jüngsten Erfolge beilegten. Dieselben waren nur errungen worden, weil man endlich einmal einem Feldherrn, nicht den Diplomaten die Kriegsleitung überlassen hatte." „Dieser Feldherr theilte denn auch das Schicksal aller Männer von Talent, die während Thuguts Verwaltung das Obercommando führten; er mußte weichen, weil er eine eigene Meinung und einen eigenen Willen zeigte. Thugut und sein Hofkriegsrath konnten nur Kreaturen brauchen (II, 28, 44, 41)."

Man muß bedauern, daß Vivenot aus den reichen Quellen, die ihm vorlagen, nicht mehr über den Feldzug von 1795 mitgetheilt hat. Aus dem Wenigen, was ich bei ihm (II, II, 477 fg.) finde oder den Berichten Luccheſinis entnehmen kann, scheint sich wieder gerade das Gegentheil dieser Häusserschen Ansichten zu ergeben. Ich bin weit entfernt, Clerfayts Feldherrnruhm schmälern zu wollen, Luccheſini nennt ihn noch im Jahre 1797 in dem schon angeführten Schlußbericht vom 22. Juli als den General, welcher vor allen anderen Achtung und Vertrauen sich erworben habe. Fragt man aber, wer zu den letzten Kriegesthaten die Anregung gegeben, so ist doch nicht zu vergessen, daß er, bereits in vorgerücktem Alter und durch andauernde Krankheit geschwächt, schon in Belgien den Oberbefehl nur mit äußerstem Widerstreben übernommen hatte. Zu wiederholten

Malen war ſeit dieſer Zeit der Wunſch nach Entlaſſung von ihm ausgeſprochen; Vivenot bemerkt (II, I, 299), er habe mehr als zwanzig ſolcher Geſuche vor Augen gehabt, auch Lucheſini berichtet darüber noch am 3. September. Daß ein Feldherr in ſolcher Stimmung zu kühnen und ausgedehnten Unternehmungen geringe Neigung zeigte, läßt ſich erwarten, und ſo befand er ſich in ſtetem Widerſpruch zu ſeiner Regierung, da Thugut, von den Engländern gedrängt, durchaus entſcheidende Bewegungen und kräftigen Angriff forderte. Clerfayt klagte dagegen über die Mängel der Ausrüſtung und Verpflegung, vielleicht nicht ohne Grund, obgleich der Erfolg ſpäter bewieſen hat, daß ſie doch kein unüberwindliches Hinderniß bildeten. Als er ſich den ganzen Sommer hindurch nicht in Bewegung ſetzen ließ, die Klagen der Engländer, beſonders nach dem unglücklichen Unternehmen der Emigranten auf Quiberon (21. Juli) ſich verdoppelten, wurde ihm der Oberbefehl über einen Theil des Heeres entzogen, und der immer ſchlagfertige Wurmſer noch einmal an den Oberrhein geſchickt, wie es ſcheint, mit den beſtimmten Befehlen für ihn und Clerfayt, ſogleich zum Angriff überzugehen. Wenigſtens berichtet Lucheſini am 7. October, nach der Verſicherung des ruſſiſchen Geſandten ſei zwiſchen dem 6. und 8. October eine bedeutende Schlacht am Rheine zu erwarten. Ein ſolches Wagniß werde freilich beinahe allgemein widerrathen, aber Thugut und Wurmſer hätten mit Entſchiedenheit dafür geſprochen. Demgemäß erwiedert auch das preußiſche Miniſterium am 19. und 26. October, Thuguts Vorausſagen über den Feldzug in Deutſchland ſeien vollkommen beſtätigt durch die geſchickten und glücklichen Bewegungen des Marſchall Clerfayt; es ſcheine, daß dieſer in Folge beſtimmter Befehle aus Wien zum Angriffe ſich entſchloſſen habe. Danach könnte man beinahe glauben, die Wiener Staatsmänner ſeien gar nicht ſo ſehr im Unrecht geweſen, wenn ſie wirklich, wie Häuſſer, ich weiß nicht nach welchen Quellen, anzunehmen ſcheint, einen Theil des glücklichen Erfolges ſich beigemeſſen haben. Und ſo kann ich es auch nicht billig finden, wenn man Clerfayts Entlaſſung, die nicht lange darauf bekannt wurde, ausſchließlich Intriguen und anderen unedlen Beweggründen,

der engherzigen Selbſtſucht Thugut's, dem Neide Waldeck's, dem Ehrgeiz des Erzherzogs Karl zuſchreiben will [1]). Es mußte allerdings einen ſehr auffallenden und keineswegs günſtigen Eindruck machen, als der Feldherr, dem zuerſt nach einer langen Reihe von Unglücksfällen ein entſchiedener Erfolg zu Theil geworden war, am 7. Februar von der Leitung des Heeres zurücktrat, und ſeine Stelle von einem jungen Erzherzog eingenommen wurde. Auch will ich nicht für unglaublich halten, daß von den Beweggründen, die Lucheſini anführt, der eine oder andere mehr oder weniger wirkſam geworden ſei. Nur darf man diejenigen nicht ganz überſehen, die in der Natur der Verhältniſſe ſchon gegeben ſind. Clerfayt war nach Allem, was wir von ihm wiſſen, damals der Anſicht, eine Fortſetzung des Krieges ſei für den Kaiſer nicht vortheilhaft; die Mittel reichen nicht mehr aus, man müſſe auch am Rheine von weitgehenden Angriffsplanen abſtehen und auf die Vertheidigung des rechten Ufers ſich beſchränken. Es war darüber ſchon im Heere zu Streitigkeiten gekommen, da Wurmſer die Vortheile gegen die franzöſiſche Armee ungeſäumt zu verfolgen wünſchte, während Clerfayt ſich mit Jourdan über einen Waffenſtillſtand einigte. Thugut, der den Krieg fortſetzen wollte, der durch Verträge gebunden und unabläſſig von den Engländern zu energiſchen Schritten, zur Wiedereroberung des linken Rheinufers, zur Befreiung von Holland und Belgien gedrängt wurde, konnte mit dieſer Auffaſſung nicht einverſtanden ſein. Möglich, daß Clerfayt daneben durch ſeine Klagen über die mangelhafte Ausrüſtung des Heeres, über das Unzureichende der ihm zur Verfügung geſtellten Mittel den Unwillen einflußreicher Perſonen auf ſich gezogen hat, möglich, daß er — obgleich ich nicht darüber urtheilen kann — zu ſolchen Klagen berechtigt war, denn bekanntlich iſt die Verpflegung des Heeres niemals die glänzende Seite der öſtreichiſchen Kriegsverwaltung geweſen; aber man muß anerkennen, daß es in der That nicht wohl anging, an die Spitze des Heeres einen Feld-

1) Vgl. Lucheſinis Bericht vom 10. Februar 1796 bei Häuſſer a. a. O. II, 45.

herrn zu ſtellen, deſſen Anſichten über das Ziel und die Vortheile des Krieges und die zweckmäßige Art der Kriegsführung den Abſichten ſeiner Regierung ganz und gar entgegenſtanden. Es ſcheint mir überhaupt das, was Häuſſer über die Wirkſamkeit des Hofkriegsrathes ausſchließlich nach Lucheſinis Berichten mittheilt, der Berichtigung und Ergänzung zu bedürfen; der Berichtigung, weil er das Eingreifen des Hofkriegsrathes in die militäriſchen Angelegenheiten überſchätzt, und der Ergänzung, weil er den, wie ich glaube, ſehr wirkſamen Einfluß des Grafen Franz von Dietrichſtein nicht einmal erwähnt. Ich kann darauf aber für jetzt nicht eingehen, weil man, um ſich ein ſicheres Urtheil zu bilden, vor Allem die Kenntniß amtlicher Aufzeichnungen aus dem öſtreichiſchen Kriegsarchive wünſchen müßte.

Man ſieht, die letzten Monate des Jahres 1795 waren durchaus mit kriegeriſchen Ereigniſſen angefüllt. Selbſt bei den Reichsſtänden hatten die Erfolge der kaiſerlichen Waffen ein Gefühl des Muthes und der Entſchloſſenheit wieder aufgeweckt. Der Reichstag ſandte ein beſonderes Dankſchreiben nach Wien, der Landgraf von Heſſen-Kaſſel, welcher trotz der ausdrücklichen Abmahnung des Kaiſers am 28. Auguſt einen Separatfrieden zu Baſel abgeſchloſſen hatte, ſuchte jetzt durch einen demüthig ausgeſprochenen Glückwunſch Verzeihung zu erhalten. Aehnliche Schreiben liefen von Kur-Köln und Trier ein, mit dem beſtimmten Verſprechen, man werde auf keine vom Reich geſonderte Unterhandlung ſich einlaſſen; ſogar der Kurfürſt von Mainz gab ſeine Friedenspläne wenigſtens einſtweilen wieder auf [1]). In dieſem Sinne iſt denn auch das kaiſerliche Hofdecret verfaßt, welches am 19. November die vom Reichstag gewählte Friedensdeputation beſtätigte, aber zugleich eben ſo ernſt und kräftig als würdig und gemeſſen die immer ſteigenden Gefahren, die übermäßigen Anſprüche der Franzoſen und die Nothwendigkeit hervorhob, durch vereinte Kraft und feſtes Zuſammenſtehen die Gränzen und die

1) Vgl. Lucheſinis Bericht vom 7. November und das Schreiben des Miniſteriums vom 16. November 1795.

Verfaſſung des Reiches vor Verletzung und gänzlicher Zerrüttung zu bewahren. Was der Reichstag bewilligte — hundert Römermonate, die man auf etwa eine Million Gulden veranſchlagte — ſtand freilich wieder zu den Bedürfniſſen eines ſolchen Krieges außer allem Verhältniß. Dagegen wurde zwiſchen England und dem Kaiſer das Bündniß nur feſter geſchloſſen und mit aller Anſtrengung gerüſtet, um im nächſten Feldzuge, ſowohl von Italien als vom Rheine aus, der auch im Innern vielfach gefährdeten Republik entſcheidende Schläge zu verſetzen.

Zweites Kapitel.

Feldherrn und Diplomaten im Jahre 1796.

Das Jahr 1796 iſt in der Kriegsgeſchichte aller Jahrhunderte eines der bedeutendſten. Zwei hochbegabte Heerführer konnten damals zuerſt in Unternehmungen ſich hervorthun, welche an Genialität und Schärfe der ſtrategiſchen Berechnung von ihnen nicht wieder übertroffen wurden. In Deutſchland zeigte der junge Erzherzog Karl noch einmal für lange Zeit, was eine kräftige Führung zu leiſten vermag, und Italien wurde der Schauplatz des Mannes, welcher den folgenden zwanzig Jahren den weſentlichſten Inhalt geben ſollte. In Italien iſt denn auch zugleich das Geſchick unſeres Vaterlandes damals verfochten und entſchieden worden. Schon ſeit dem Jahre 1792 hielten franzöſiſche Heere die Gränzprovinzen Savoyen und Nizza beſetzt; der Friede mit Spanien, der in Baſel am 22. Juli 1795 zum Abſchluß kam, ſtellte größere Streitkräfte nach jener Seite zur Verfügung; das Wichtigſte war, daß ſie den Händen anvertraut wurden, welche beſſer, als irgend andere ſie zu benutzen verſtanden. Der General Bonaparte war bereits in den früheren Jahren auf die Unternehmungen gegen Italien nicht ohne Einfluß geweſen, im März 1796 trat er an die Spitze des franzöſiſchen Heeres, und alſobald war das Uebergewicht zu Gunſten Frankreichs entſchieden. Die Treffen von Montenotte, Milleſimo und Dego (12.—15. April) öffneten ihm den Weg über den Apennin nach Piemont, die Gefechte bei Ceva und Mondovi (16.—21. April) trennten das ſardiniſche Heer von den Oeſtreichern. Schon am 28. April ließ ſich der erſchreckte König zu einem Waffenſtillſtand verleiten, durch welchen er von der Coalition ſich losſagte, ſeine wichtigſten Feſtungen, in Wahrheit ſich ſelbſt und ſein ganzes

Gebiet den Franzoſen überlieferte. Seitdem vermochten die Oeſtreicher nicht mehr Stand zu halten; ſchon am 15. Mai zog Bonaparte in Mailand ein. Die kleinen italiäniſchen Fürſten beeilten ſich, durch große Opfer an Geld und Kunſtſchätzen eine kurze Friſt ihres Daſeins zu erkaufen, der Friede mit Sardinien am 15. Mai überließ Nizza, Savoyen und die wichtigſten Feſtungen den Franzoſen; noch in den letzten Tagen des Monats überſchritten ſie auch den Mincio, und die Belagerung von Mantua drohte den Kaiſer des letzten Stützpunktes in Italien zu berauben.

Dieſe unglückliche Wendung des Feldzuges wirkte bald auch nach Deutſchland hinüber. Hier war von den Oeſtreichern der Waffenſtillſtand am 21. Mai gekündigt, und Alles für einen lebhaften Angriff vorbereitet. Wurmſer befehligte am Oberrhein, an Clerfayts Stelle war der Erzherzog Karl getreten. Aber der Verluſt Mailands, die Beſorgniß, auch Mantua zu verlieren und dann einem Angriff von Italien her ausgeſetzt zu ſein, ließen es in Wien als nöthig erſcheinen, vor Allem die Unfälle in der Lombardei wieder auszugleichen. Ende Mai erhielt Wurmſer den Befehl, mit 25,000 Mann vom Rhein durch Tyrol ſich nach dem Süden zu wenden. Zwei Mal ſuchte er in Italien einzudringen, aber dem Kriegsglück und den überlegenen Fähigkeiten Bonapartes war er nicht gewachſen. Zuerſt wurde er im Sommer durch die Schlachten bei Lonato und Caſtiglione (3.—5. Auguſt) nach Tyrol zurückgetrieben; als er im September von Baſſano aus den Verſuch wiederholte, verlor er ſogar die Rückzugslinie und mußte es noch als einen Erfolg betrachten, daß er mit dem Reſte ſeiner Truppen in Mantua ſich einſchließen konnte.

Die Schwächung des deutſchen Heeres machte es auch dem Erzherzog Karl unmöglich, der franzöſiſchen Uebermacht die Spitze zu bieten. Zu Anfang Juni ging Jourdan bei Neuwied über den Rhein und trieb die Oeſtreicher bis hinter die Lahn zurück; während der Erzherzog ſich gegen ihn wandte und nach mehreren glücklichen Gefechten die verlorenen Stellungen wieder einnahm, gelang es auch der franzöſiſchen Rheinarmee unter Moreau, am 24. Juni bei Straßburg den Fluß zu überſchreiten. Beiden feindlichen

Heeren war der Erzherzog nicht gewachſen; er zog ſich zurück nach einem Plane, der zwar den glücklichen Ausgang des Feldzugs vorbereitete, aber doch vorerſt die Rheingegenden, Schwaben und Franken dem Feinde überließ. Es wiederholten ſich nun die kläglichen Scenen des vorigen Herbſtes. Wer fliehen konnte, floh hinter die preußiſche Demarcationslinie, ſo die geiſtlichen Kurfürſten, der Landgraf von Heſſen-Darmſtadt und der Kurfürſt von Baiern; der Herzog von Würtemberg erkaufte ſchon am 17. Juli für vier Millionen Livres einen Waffenſtillſtand; zu ähnlichen Verträgen unter ähnlichen Opfern drängten ſich Baden, der ſchwäbiſche und der fränkiſche Kreis; der Kurfürſt von Sachſen rief abermals ſein Contingent vom kaiſerlichen Heere zurück. Ja, am 7. Auguſt kam mit Würtemberg, fünfzehn Tage ſpäter auch mit Baden ein förmlicher Friede zum Abſchluß. Beide Fürſten traten von der Coalition zurück, entſagten ihren linksrheiniſchen Beſitzungen und verſprachen, keiner mit der Republik verfeindeten Macht ferner Hülfe zu leiſten, ſelbſt wenn ſie von Seiten des Reiches dazu aufgefordert würden. Auch machten ſie ſich anheiſchig, beim Reichsfrieden für die Abtretung der deutſchen Anſprüche auf Italien und das linke Rheinufer, ſowie für den Grundſatz der Säculariſationen zu wirken; als Entſchädigung für alles dieſes ließen ſie ſchon im Voraus bedeutende geiſtliche Beſitzungen ſich zuſichern. Selbſt Preußen bequemte ſich unter ſolchen Verhältniſſen am 5. Auguſt zu einer neuen Uebereinkunft. Sie iſt zwar, wie man ſpäter ſehen wird, niemals in Wirkſamkeit getreten, ſchloß aber doch für den Augenblick jeden Widerſtand Preußens gegen die franzöſiſchen Pläne in Deutſchland aus. Und ſo ſchien das Reich gänzlicher Auflöſung verfallen, und die Franzoſen mochten hoffen, bei dem unaufhaltſamen Vordringen ihrer Heere bald auch dem Kaiſer in ſeiner Hauptſtadt den Frieden vorzuſchreiben.

Aber plötzlich trat ein Wechſel ein. Der ſtrategiſche Plan des Erzherzogs beruhte darauf, daß die beiden Abtheilungen ſeines Heeres in einem ſpitzen Winkel gegen einander zurückweichend mehr und mehr ſich näherten, während die verfolgenden feindlichen Feldherrn weit von einander getrennt blieben. Er hatte dieſen Plan

mit Festigkeit zur Ausführung gebracht, indem er langsam vor Moreau durch Schwaben nach Baiern zurückziehend, seinen rechten Flügel unter Wartenburg von der Lahn her durch Franken herankommen ließ. Jetzt benutzt er den günstigen Augenblick; ein Theil seiner Truppen bleibt Moreau gegenüber in Baiern, er selbst mit dem anderen vereinigt sich mit Wartenburg, so daß er Jourdan plötzlich mit überlegenen Streitkräften gegenüber steht. Am 22. August werden die Franzosen bei Teining zurückgeworfen, am 3. September bei Würzburg gänzlich geschlagen und unaufhaltsam in wilder Flucht über die Lahn bis an den Rhein verfolgt. Moreau hatte unterdessen in Baiern sich verweilt und noch am 7. September die in München zurückgebliebene Regierung zu dem schmachvollen Vertrag von Pfaffenhofen genöthigt. Jetzt wurde auch seine Lage gefährdet; er trat jenen viel gerühmten Rückzug an, der ihn doch nicht ohne bedeutende Verluste am 25. October bei Hüningen auf das linke Rheinufer zurückführte. Der Feldzug in Deutschland endigte mit der Belagerung der stark befestigten Brückenköpfe von Hüningen und Kehl, welche im Anfange des folgenden Jahres dem Erzherzog sich ergeben mußten.

So gewaltigen kriegerischen Ereignissen gegenüber erscheint, was von Verhandlungen zu melden ist, von weit geringerer Bedeutung. Doch darf man die Fäden nicht aus den Augen verlieren, und sie lassen sich in der That das ganze Jahr hindurch verfolgen. In Frankreich war mit dem 27. October 1795 die Directorial-Regierung an die Stelle des Convents getreten. Fünf Directoren, Rewbell, Larevelliere-Lepeaux, Barras, Letourneur und Carnot theilten mit ihren Ministerien die Geschäfte, deren Verwaltung vordem den Ausschüssen des Convents übergeben war. Die gesetzgebende Gewalt sollte von zwei Versammlungen, dem Rath der Alten und der Fünfhundert, gemeinschaftlich geübt werden. Zu Mitgliedern des Directoriums waren nur solche Männer gewählt, die für den Tod des Königs gestimmt, also ihren Gegensatz zu den schon mächtig sich regenden royalistischen Bestrebungen

unzweifelhaft und unwiderruflich kundgegeben hatten. Zwei unter ihnen, Carnot und Letourneur, hegten gleichwohl gemäßigte Gesinnungen; aber gerade die auswärtigen Angelegenheiten leitete vornehmlich Rewbell, ein Mann von energischem Charakter, schroffen Formen und großem persönlichem Ehrgeiz, der eine ausgedehnte Erweiterung des französischen Gebietes und eine gränzenlose Verbreitung der revolutionären Grundsätze sich zur wesentlichsten Aufgabe stellte. Ihn überbot noch an Leidenschaft und Heftigkeit der Minister des Auswärtigen, Charles Delacroix. Alles, was man von seiner Hand, oder von Anderen über ihn geschrieben findet, zeugt von einer Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel, einer Selbstüberhebung und einem Uebermuth gegen Schwächere, daß man Aehnlichem selbst auf den Höhen Napoleonischer Macht nicht leicht begegnen wird. Mit einem ruhig verständigen Mann wie Barthelemy fand er sich durchaus nicht in Uebereinstimmung, weit lieber wirkte er auf geheimen Wegen, und so kann es nicht befremden, daß noch einmal die Gestalt jenes schon mehrfach erwähnten Marquis Poterat uns entgegen tritt. Allerdings in keineswegs erfreulicher Weise, aber doch interessant genug, um einen Blick auf seine Thätigkeit zu werfen. Dieser Mensch hat außerordentlich viel geschrieben; Briefe und Denkschriften, die sich von seiner Hand erhalten haben, füllen mehr als zweihundert Folioseiten; man lernt ihn vollkommen daraus erkennen, und in ihm zugleich ein Musterbild jener geheimen Agenten, welche damals für den diplomatischen Verkehr eine so vorzügliche Wichtigkeit erlangt haben. Frech und herausfordernd zeigt er sich, aber schmeichelnd und zudringlich zu gleicher Zeit, immer geneigt, das Gemeine aufzusuchen und seinen Briefen als Würze beizumischen, geldgierig, und man könnte glauben, stets bereit, eine Partei an die andere zu verkaufen, aber dabei nicht ohne Fähigkeiten, unermüdlich thätig, selbst nicht ohne Geist und Scharfsinn, so daß seinen Mittheilungen, ob sie auch nichts weniger als unbedingten Glauben verdienen, doch immerhin Manches sich entnehmen läßt. Die erste Reise nach Wien scheint ihm und seinem Minister nicht alle Hoffnung eines glücklicheren Erfolges geraubt zu haben; am 27. November

1795 erhält er eine förmliche Vollmacht, am Tage darauf ausführliche Instructionen und sogar eine bedeutende Geldsumme zur Verfügung. Die Anträge lauteten wie vorhin, daß Oestreich Belgien und das linke Rheinufer an Frankreich überlassen, zudem auf die schwäbischen Besitzungen verzichten, dafür aber durch Baiern entschädigt werden sollte. Alles komme darauf an, vorerst einen Sonderfrieden zwischen beiden Mächten zum Abschluß zu bringen, später könne dann ein Congreß zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten in Hamburg stattfinden. Mit diesen Aufträgen begab sich Poterat Mitte Decembers nach Basel, von da über München nach Wien, wo er am 30. December anlangte. Aber er fand sich in seinen Erwartungen völlig getäuscht. Man habe ihn, schreibt er später an Delacroix, schon an der Gränze wie einen Monarchen in Empfang genommen, auf der Post bereits im Voraus für Pferde und Begleitung gesorgt, aber nur zu dem Zwecke, ihn beständig zu überwachen, so daß er mit keinem Menschen ein Wort frei habe reden können. Auch in Wien wurde er unter strengster Aufsicht gehalten; man wies ihn zuerst an den Herrn von Blumendorf, vormals Secretär der kaiserlichen Gesandtschaft in Paris, dann hatte er auch zwei Unterredungen mit Thugut, er will sogar zwei ganze Tage mit ihm in seiner Wohnung verlebt haben. Erlangt hat er aber nichts. Thugut zeigte sich keineswegs geneigt, auf die französischen Angebote und Forderungen einzugehen; er bestand vorerst auf einem allgemeinen Congreß. Aus Poterats Berichten erkennt man deutlich, wie viel Worte er vergebens an den östreichischen Minister verschwendet hat. „Von allen Seiten," schreibt er, „suchte ich ihm beizukommen, um ihn zu einer besonderen Uebereinkunft zu bewegen; umsonst habe ich alle möglichen Mittel erschöpft: Interessen der Ehre, Interessen der Menschlichkeit, Geldinteressen; ich konnte nichts aus ihm herausbringen als: die verbündeten Mächte wünschten eifrig den Frieden, der Kaiser sei erbötig, nach besten Kräften jedes Hinderniß einer allgemeinen Uebereinkunft aus dem Wege zu räumen, aber die Verpflichtungen gegen seine Verbündeten machten ihm durchaus unmöglich, auf gesonderte Verhandlungen ein-

zugehen." Als das Gespräch sich auf die Rheingränze und die Säculariſationen wandte, sprach Thugut, wie Poterat sich ausdrückt, mit Emphaſe von Moral und Gerechtigkeit und von den strengen Pflichten des Kaisers als Reichsoberhaupt; unmöglich könne er einwilligen, daß man die geistlichen Fürsten und andere Reichsstände ihrer Besitzungen beraube. Poterat will darauf erwiedert haben, nachdem man vor Kurzem Polen getheilt und die Beute ohne Gewissensbisse in Besitz genommen, seien dergleichen Redensarten nicht mehr angebracht; er setzt aber hinzu, der östreichische Minister sei bei seinem Widerspruch und seinen verkehrten Ansichten verharrt, auch die triftigsten Gründe hätten ihn nicht auf einen bessern Weg geführt.

Für jetzt kam gar nichts zu Stande, höchstens erlaubte Thugut, daß in der Folgezeit vertrauliche Eröffnungen an Degelmann in Basel gerichtet werden könnten. Schon nach wenigen Tagen zog Poterat sehr mißvergnügt wieder ab. Nur mit Mühe erhielt er die Erlaubniß, seine Rückreise durch Deutschland über München und Regensburg anzutreten, wo er mit dem Grafen Görtz sich in Verbindung setzen wollte [1]). In Basel verkehrte er dann mit Degelmann, aber gleichfalls ohne Erfolg. Er erfahre gar nichts von Bedeutung, schreibt er am 4. März an seinen Minister, Degelmann erhalte auch aus Wien keine Anweisung und versichere beständig, der Kaiser werde nur auf ehrenvolle Bedingungen und in Verbindung mit England Frieden schließen. Nun griff Delacroix zu einem Mittel, das für ihn und die Zeit charakteristisch ist. Ich habe früher erzählt, daß man in Paris Papiere aus dem Jahre 1772 zu besitzen glaubte, deren Veröffentlichung für Thugut nachtheilig werden könne. Delacroix setzt am 19. Februar Poterat von diesem Besitz in Kenntniß, und dieser richtet dann am 8. März an Thugut in seiner Weise einen Brief. Halb freundschaftlich schmollend, halb drohend beklagt er sich über die Zurückhaltung des östreichischen Ministers; am

1) Vgl. Poterats Briefe an Delacroix aus Basel vom 15. December, München 23. December 1795, Wien 4. Januar, München 11. Januar, Basel 28. Januar 1796 im Ministerium des Auswärtigen.

Schluſſe läßt er die Bemerkung einfließen, es ſeien ihm in Paris Papiere zu Geſicht gekommen, die Thuguts Stellung gefährden könnten; bisher habe er noch verhindert, daß ſie in die Oeffentlichkeit gekommen ſeien, aber als ein Mann, dem Thuguts Wohl aufrichtig am Herzen liege, müſſe er ihm dringend rathen, die franzöſiſche Regierung nicht länger durch eine abweiſende Haltung zu reizen. Thugut würdigte, wie man denken kann, dieſen Brief ſo wenig, wie mehrere frühere einer Antwort. Am 27. April ſchreibt Poterat abermals an Delacroix, aus Wien ſei gar nichts zu erwarten, engliſcher Einfluß herrſche dort allmächtig.

Gleichwohl blieb er während dieſer Monate in Baſel nicht ohne mannichfaltige Beſchäftigung. Er iſt unermüdlich, neue Vorſchläge und Denkſchriften an den Miniſter und das Directorium zu ſenden, ſowohl über die Grundlagen des Friedens als über die zweckmäßigen Wege, beim Wiederausbruch des Krieges nach Deutſchland, insbeſondere in den Schwarzwald vorzudringen. Für den Geſchichtſchreiber des Sommerfeldzugs könnte es intereſſant ſein, zu unterſuchen, wie weit dieſe Vorſchläge auf Carnot bei der Entwerfung des Planes von Einfluß geweſen ſind. Sodann bemühte er ſich in Verbindung mit einem Elſaſſer, Georg Liſt, und einem franzöſiſchen Agenten Baſſal, deſſen Thätigkeit er beſonders rühmt, den Grundſätzen der Revolution in Schwaben Eingang zu verſchaffen und dadurch den franzöſiſchen Heeren im Voraus die Wege zu ebnen. Selbſt mit deutſchen Fürſten ſetzt er ſich in Verbindung, um ſie zu Kundgebungen gegen den Kaiſer im Sinne des Friedens anzuregen. Es findet ſich auch ein höfliches Antwortſchreiben des Herzogs Georg von Sachſen-Meiningen vom 24. Mai, welches aber doch mit der Bemerkung ſchließt, ehe man auf derartige Schritte ſich einlaſſe, müſſe man vor Allem genau wiſſen, welche Grundlage für den Frieden die Franzoſen denn zugeſtehen wollten. Endlich trat Poterat noch mit den Ausgewanderten, insbeſondere mit dem Condéſchen Corps in Verbindung und rühmt ſich, ihre Geheimniſſe ihnen abgelockt zu haben. Lange Zeit war Delacroix mit dieſem Treiben einverſtanden; es finden ſich mehrere Briefe, in denen er Poterats Leiſtungen anerkennt und zu friſcher Thätigkeit

ermuntert. Endlich ſchöpfte er aber, wie es ſcheint, Verdacht, er ſelbſt könne von dem zweideutigen Menſchen betrogen werden; im Mai wird zuerſt der erprobte Gehülfe Baſſal zu großem Leidweſen Poterats entlaſſen, und am 19. dieſer ſelbſt ſeines Dienſtes enthoben. Als er, wahrſcheinlich um ſich zu rechtfertigen, nach Paris zurückkehrte, wurde er dort ſpäter als Doppelſpion verhaftet [1]); das Letzte, was mir über ihn zu Geſicht gekommen iſt, ſind die Berichte des Polizeiminiſters über die in ſeiner Wohnung in Beſchlag genommenen Papiere.

Wenn die Unterhandlungen dieſes geheimen Agenten erfolglos blieben, ſo iſt, was die anerkannten Diplomaten vornahmen, von noch geringerer Bedeutung. Ehe die Feindſeligkeiten wieder anfingen und als ſie gerade von Neuem eröffnet waren, brachten die Verbündeten noch einmal ihre Friedensliebe und Verſöhnlichkeit in allgemeinen Ausdrücken zur Anzeige. Der engliſche Geſchäftsträger Wickham in Bern richtete am 8. März an das Directorium die Frage, ob Frankreich geneigt ſei, mit England zu unterhandeln und die allgemeine Grundlage eines Friedens vorzuſchlagen; Thugut ließ durch Degelmann am 21. Mai verſichern, auch der Wiederausbruch des Krieges könne die Geneigtheit des Kaiſers zu billigen Unterhandlungen nicht verändern. Unzweifelhaft würde man auch zu einem Frieden, der dem Hofdecret vom 19. November gemäß auf der Grundlage des früheren Beſitzſtandes die Integrität des Reiches bewahrt hätte, gern die Hand geboten haben. Aber das Directorium lehnte jede ernſtliche Annäherung ſchon dadurch ab, daß es England gegenüber die conſtitutionellen Gränzen der Republik, in welche auch die neun belgiſchen Departements aufgenommen waren, als durchaus unveränderlich und außerhalb der Verhandlung liegend bezeichnete [2]).

1) Vgl. Sandoz' Bericht an das preußiſche Miniſterium vom 6. Auguſt 1796. Baſſal wird ſpäter noch häufig als Agent des Directoriums in Italien genannt, beſonders Rom hatte viel von ihm zu leiden. Vgl. Barante, Histoire du Directoire, Paris 1855, III, 361.

2) Vgl. die Briefe Thuguts an Degelmann vom 9. Mai 1796, Degelmanns an Barthelemy vom 21. Mai im Oeſtr. Staats-Archiv, Barthelemys an

Häuſſer weiß freilich Manches von den „Schwankungen" zu berichten, „welche die öſtreichiſche Regierung im Laufe dieſes Jahres durchgemacht habe." Aber dieſer Ausdruck kann doch allein für die dem leitenden Miniſter feindliche Partei Berechtigung finden. Eine Politik, die ſo große Gefahren und Unglücksfälle herbeiführte, mag allerdings auch in Wien Gegenſtand lebhafter Angriffe geworden ſein und manche Stimme für den Frieden wach gerufen haben. Ein witziges Wort des Fürſten Ligne, der im Gegenſatze zu dem neuerhobenen ſpaniſchen „Friedensfürſten" (prince de la paix) den öſtreichiſchen Miniſter als baron de la guerre charakteriſirte, fand damals außerordentlichen Beifall. Aber Thugut ſtand, wie man am Beſten aus Lucheſinis eigenen Berichten erkennt, ungebeugt und unerſchütterlich. „Der Miniſter des Auswärtigen," ſchreibt der Geſandte [1]), „ſcheint die Feinde des Staates eben ſo wenig, als ſeine eigenen zu fürchten; er hat dem Grafen von St. Prieſt und anderen fremden Geſandten angezeigt, daß, ſo lange er Miniſter bleibe, kein anderer als ein ehrenvoller Friede geſchloſſen würde; denn er habe dem Kaiſer erklärt, in dem Augenblicke, wo Andere eine furchtſame und niedrige Maßregel rathen könnten, würde er den Platz verlaſſen, auf den er gegen ſeinen Willen erhoben ſei." Auch der Kaiſer, wenngleich er in ſo bedenklicher Lage zuweilen den Rath anderer Miniſter zu hören verlangte, hat doch ſein Vertrauen ihm niemals entzogen, und niemals zu einem Schritte ſich bewegen laſſen, der mit dem ausgeſprochenen Entſchluſſe, nur auf ehrenvolle Bedingungen einzugehen, im Widerſpruch ſtände. Häuſſer (II, 91) erzählt nach Lucheſinis Bericht vom 16. Juli: in Folge der unglücklichen Ereigniſſe in Italien und Deutſchland ſei die Schale zu Gunſten des Friedens geſunken; „Colloredo und Lascy ſtellten die Unmöglichkeit vor, den Krieg länger fortzuführen; der Fürſt Roſenberg, ein bekannter Gegner Thuguts wurde in die Burg beſchieden,

---

Delacroix vom 21. Mai, deſſen Antwort vom 26. und Barthelemys Antwort an Degelmann vom 30. Mai im Miniſterium des Auswärtigen zu Paris.

1) Vgl. Lucheſinis Berichte vom 23. Juli und 3. Auguſt 1796.

um ſeinen Rath über die Friedensverhandlungen abzugeben. Es galt in der diplomatiſchen Welt als ausgemacht, daß Kaiſer Franz Roſenbergs Vorſchläge gebilligt und am Abend des 14. Juli einen Courier nach Baſel abgeſendet habe, um durch Degelmann eine Friedensverhandlung mit Barthelemy anzuknüpfen." Nach dieſer Darſtellung könnte man glauben, der Courier ſei vom Kaiſer ohne Wiſſen Thuguts abgeſchickt, worüber denn nicht leicht mit Sicherheit ſich etwas ſagen ließe. Aber Lucheſini berichtet ausdrücklich, der Kaiſer habe durch ein Handſchreiben Thugut beauftragt, einen Courier mit Roſenbergs Vorſchlägen nach Baſel abzuſenden. Und danach ſcheint mir die ganze Mittheilung, obgleich Lucheſini ſeines Gewährmanns Glaubwürdigkeit beſonders hervorhebt, auf einem leeren Gerücht oder einer Verwechslung zu beruhen. Denn nicht nur, daß vom 14. Juli gar keine Depeſche Thuguts an Degelmann ſich findet, auch der Inhalt der vorhergehenden und nachfolgenden läßt ſich mit Lucheſinis Angaben nicht vereinigen. Schon nach den erſten raſchen Erfolgen der Franzoſen in Italien ſuchte Neapel ſich durch ein Abkommen zu ſichern. Der neapolitaniſche Geſandte in Wien, Marcheſe de Gallo, der geſchickteſte italieniſche Diplomat, in hohem Anſehen bei der Königin von Neapel und nicht ohne Einfluß auf ihre Tochter, die Kaiſerin, erhielt den Auftrag, ſich nach Baſel zu begeben und mit Barthelemy eine Unterhandlung zu eröffnen. Thugut gibt am 2. Juni Degelmann von der baldigen Ankunft de Gallos Nachricht, bemerkt aber zugleich, der Kaiſer ſehe dieſe Reiſe mit Bedauern und ſei ſeinerſeits feſt entſchloſſen, auf Einzelverhandlungen ohne Zuziehung Englands niemals einzugehen. Degelmann ſolle deßhalb an den diplomatiſchen Schritten de Gallos keinen Antheil nehmen, ſondern ſich begnügen, ihm ſoweit als möglich in andern Dingen behülflich zu ſein. Als dann Degelmann am 22. Juli aus eigenem Antriebe auf die Möglichkeit hindeutet, ſich mit Barthelemy in Verbindung zu ſetzen, gibt Thugut am 14. Auguſt zur Antwort, es liege durchaus nicht in der Abſicht des Kaiſers, Anträge zu machen oder Unterhandlungen herbeizuführen, die unter den vorliegenden Verhältniſſen doch

keinen Erfolg verſprächen und der Mißdeutung ausgeſetzt wären. Degelmann ſolle ſich, wie bisher, ſo auch in Zukunft genau an ſeinen Inſtructionen halten, Alles vermeiden, was den Feind zu reizen im Stande ſei, aber durchaus keine Zuvorkommenheit zeigen, welche Eröffnungen oder Unterredungen veranlaſſen könne[1]).

Man ſieht, durch Degelmann iſt während des Sommers nichts von Bedeutung geſchehen. Immerhin könnte aber de Gallo, der bis zum 18. Juli[2]) in Baſel den Frieden zwiſchen Frankreich und Neapel vorbereitete, auch für den Kaiſer thätig geweſen ſein. Es liegt beinahe in der Natur der Sache, daß Thugut die Gelegenheit benutzt habe, durch einen ſo nahe befreundeten Diplomaten ohne Aufſehen von Barthelemys Geſinnungen ſich Kenntniß zu verſchaffen. Eine Beſtätigung dafür könnte man in einem Schreiben des Generals Bonaparte finden, welcher eben mit dem für Paris beſtimmten neapolitaniſchen Geſandten, dem Fürſten Belmonte Pignatelli, am 5. Juni zu Brescia einen Waffenſtillſtand abgeſchloſſen hatte. Der Fürſt, berichtet er am 26. Juni an das Directorium, habe ihm eröffnet, daß der Wiener Hof die Vermittlung Neapels wünſche; gerade darin liege der Grund, weßhalb er ſeinen Weg nach der franzöſiſchen Hauptſtadt über Baſel nehmen werde, um dort mit dem Marquis de Gallo zuſammen zu treffen. Aehnliches erzählte Delacroix in Paris dem preußiſchen Geſandten[3]). Dagegen ſchreibt Lucheſini am 18. Auguſt, de Gallo habe ſich bemüht, vor der Abreiſe einen Auftrag von Thugut an Barthelemy zu erwirken, aber nur eine nichtsſagende Aeußerung des Kaiſers aufgefangen und über ihren Werth in Baſel angebracht. Darauf ſei eine Antwort Barthelemys erfolgt, welche aber de Gallo bei Thugut wenig Dank verdient habe. Beſtimmtes iſt mir darüber noch nicht bekannt, und nur ſo viel gewiß, daß in keinem Falle ein Ergebniß gewonnen wurde.

Dagegen kann ich Genaueres über eine andere Verhandlung

1) Die angeführten Depeſchen finden ſich im Oeſtr. Staats-Archiv.
2) Vgl. Degelmanns Bericht an Thugut vom 20. Juli 1796.
3) Vgl. Sandoz' Bericht vom 24. Juli 1796.

mittheilen, die bei Häuſſer keine Erwähnung gefunden hat, aber doch unter den minder wichtigen als die wichtigſte erſcheint, auch ſchon zu Anfange dieſes Jahrhunderts ſogar einem öffentlichen Blatte nicht ganz unbekannt geblieben iſt. Im Sommer 1796, nach dem Eindringen Moreaus in Süddeutſchland, war der geheime Rath Zwanziger aus Nürnberg Namens des fränkiſchen Kreiſes nach Paris geſchickt, um über die auferlegten Contributionen ein Abkommen zu treffen. Er trat dort in nähere Beziehungen zu den Mitgliedern des Directoriums, beſonders zu Carnot und dem General Clarke, der unter Carnots Leitung im Kriegsminiſterium beſchäftigt war. Man ſchenkte ihm Vertrauen, wünſchte ihn als Vermittler beim kaiſerlichen Hofe zu benutzen, und übergab ihm, als er zurückkehrte, eine Grundlage der Friedensbedingungen. Danach ſollte Frankreich das linke Rheinufer und auf dem rechten die Brückenköpfe von Düſſeldorf, Ehrenbreitſtein, Kaſtel, Kehl, Alt-Breiſach und Hüningen erhalten, Oeſtreich auf die linksrheiniſchen, ſchwäbiſchen und italiäniſchen Beſitzungen verzichten, aber einen Erſatz in Baiern finden. Das bairiſche Haus wäre nach Italien verpflanzt, der Herzog von Modena wie auch der Erbſtatthalter von Holland durch neu gebildete Kurfürſtenthümer in Deutſchland entſchädigt, die Erzkanzlerwürde von Mainz auf ein Bisthum des rechten Ufers übertragen worden. Preußen wird nur im Allgemeinen für die Provinzen am linken Rheinufer Entſchädigung zugeſagt.

Aber Zwanziger fand bei der Rückkehr die Verhältniſſe in Deutſchland durch die Siege des Erzherzogs völlig verändert. Nach mühevoller Reiſe langte er am 5. October in Wien an, wo ſogleich Luccheſinis Wachſamkeit und Beſorgniß rege wurden. Ihm ſelbſt erſchien die Stimmung der leitenden Perſonen ſo ungünſtig, daß er, wenn man einem ſeiner ſpäteren Briefe an Clarke glauben darf, ſchon darauf verzichtete, die franzöſiſchen Aufträge auszuführen. Da erhielt er am 11. October eine neue dringende Mahnung Clarkes. Der Brief, am 20. September, kurz nach den neuen Siegen Bonapartes über Wurmſer abgefaßt, wies auf die Ereigniſſe in Italien und das vor Kurzem geſchloſſene Bündniß mit

Spanien hin, um daraus für Oeſtreich die Nothwendigkeit herzuleiten, auf die an Zwanziger übergebene unveränderliche Grundlage einzugehen. Als Nachſchrift findet ſich die Drohung, nehme der Kaiſer dieſe Bedingungen nicht an, ſo werde das Directorium Trieſt und die öſtreichiſchen Hafenplätze am adriatiſchen Meer zerſtören laſſen [1]).

Dieſe Nachſchrift iſt beſonders deßhalb von Intereſſe, weil gerade zur ſelbigen Zeit dieſelbe Drohung auch auf einem anderen Wege nach Wien gelangte. Am Morgen des 10. Octobers hielt vor der Kriegskanzlei ein franzöſiſcher Courier, man ſagte, ein Adjutant Bonapartes, angethan mit der dreifarbigen Schärpe, die der Bevölkerung Wiens ein nie geſehenes Schauſpiel bot. Er erregte, wie man denken kann, die lebhafteſte Neugier, Jeder fragte, was er könne überbracht haben; die Depeſchen Lucheſinis und des preußiſchen Miniſteriums zeigen immer neue Vermuthungen [2]), aber alle Mühe des gewandten Diplomaten, in das Geheimniß einzudringen, blieb vergeblich. Jetzt wiſſen wir, daß der Bote eine kurze Mittheilung Bonapartes an den Kaiſer überbringen ſollte [3]). „Ich beehre mich, Ew. Majeſtät anzuzeigen," ſo lautet der erſte Brief des jungen Generals an den künftigen Schwiegervater, „daß, wenn Sie keinen Bevollmächtigten nach Paris ſenden, um Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, das Directorium mir vorſchreibt, den Hafen von Trieſt auszufüllen und die öſtreichiſchen Anlagen am adriatiſchen Meere zu zerſtören. Bis jetzt habe ich die Ausführung dieſes Planes verzögert, um die Zahl der unſchuldigen Opfer des Kriegs nicht zu vermehren. Möchten Ew. Majeſtät empfindlich ſein für das Unglück, welches Ihre Unterthanen bedroht, und der Welt Ruhe und Frieden wiedergeben."

Napoleon ſelbſt hat auf St. Helena geäußert, man habe von ſo

1) Vgl. den Brief Clarkes aus Zwanzigers Nachlaſſe in Häberlins Staatsarchiv VII, 514, Helmſtedt, 1802.

2) Vgl. Lucheſini am 12., 15., 16., 19., 22. October, 9. November; das Miniſterium am 21., 24., 30. October, 18. November, 19. December. Die Mémoires d'un homme d'Etat IV, 17 nennen den franzöſiſchen Agenten Chauſel und wiſſen noch mancherlei von ihm zu erzählen.

3) Correspondance de Napoléon, II, 34. Der Brief iſt vom 2. Oct. datirt.

unziemlichen Schritten ſich nichts verſprechen dürfen; auch kann man ihn nicht wohl dafür verantwortlich machen, da die Drohung, wie ſchon die ganz gleichlautende Stelle jenes Briefes von Clarke zeigt, aus Paris vom Directorium ihm an die Hand gegeben wurde[1]). Daß ſie keinen Erfolg hatte, iſt zu erwarten. Thugut ließ den Courier, obgleich er längere Zeit in Wien verweilte, nicht einmal vor ſich, gab auch Bonaparte keine Antwort, ſondern begnügte ſich, Barthelemy durch Degelmann in Kenntniß zu ſetzen, daß der Kaiſer auf keinen Vorſchlag eingehen könne, der nicht in den herkömmlichen diplomatiſchen Formen gehalten ſei. „Ein unerträglicher Stolz herrſcht in Allem, was dies öſtreichiſche Miniſterium vornimmt," ſagte Carnot ärgerlich dem Freiherrn v. Sandoz in Paris, als er ihm von dieſer Mittheilung Kenntniß gab[2]).

Ebenſo würdig als entſchieden war denn auch die Erwiederung, welche den Anträgen Clarkes zu Theil wurde. „Herr Zwanziger," heißt es in einer ſchriftlichen Anweiſung für dieſen Unterhändler, „kann ſeinem Correſpondenten bemerklich machen, es zeuge von Unredlichkeit, wenn man Zweifel vorgebe an dem aufrichtigen Wunſche des Kaiſers, einem für alle kriegführenden Theile verderblichen Kampfe ein Ziel zu ſetzen; als Oberhaupt des Reiches habe der Kaiſer vor mehr als einem Jahre durch den Hof von Kopenhagen ſeine friedlichen Geſinnungen kund gegeben, auch als Mitglied der Coalition theils für ſich, theils im Anſchluß an England zu wiederholten Malen aufs beſtimmteſte ausgeſprochen, daß er mit Vergnügen über die Mittel zur Wiederherſtellung des allgemeinen Friedens verhandeln würde; der Kaiſer verharre unveränderlich bei dieſen Geſinnungen, er fahre fort, offen und ehrlich den Frieden zu wünſchen, aber er wolle ihn auf einer gerechten Grundlage, vereinbar mit ſeiner Würde und den Verpflichtungen gegen ſeine Verbündeten." „Herr Zwanziger," heißt es weiter, „kann hinzufügen, man habe ſich überraſcht

1) Vgl. die Briefe der Directoren Carnot vom 19. September, und Larevelliere-Lepeaux vom 20. September 1796 in den Mémoires de Napoléon VI, 317 und der Correspondance inédite II, 42, 45.

2) Vgl. Sandoz am 2. December 1796.

gezeigt durch die Drohungen, welche das Directorium ſeinen friedlichen Anträgen einmiſche; der Kaiſerliche Hof habe geglaubt, man würde in Paris nicht verkennen, daß Drohungen, wenn auch auf ſchwache und kleine Fürſten von Einfluß, doch niemals einer Macht wie Oeſtreich gegenüber das Mittel ſein könnten, die Geiſter zu verſöhnen und näher zu bringen. Was aber die Anträge und Bedingungen betreffe, die Herrn Zwanziger in Paris angedeutet worden, ſo laſſe ſich nicht glauben, daß ein ſolcher Plan zum Frieden ernſtlich gemeint ſei; er ſei offenbar unzuläſſig und würde ſelbſt in dem Falle verworfen ſein, daß ihn Moreau, wie man in Paris voreilig ſich geſchmeichelt zu haben ſcheine, unter den Mauern von Wien habe überbringen können" [1]).

Man ſieht, bei dieſer wie bei den früheren Verhandlungen geht die Anregung ausſchließlich von Seiten Frankreichs aus; Oeſtreich verharrt in einer kühl zurückweiſenden Haltung. Freilich ſind die Vorſchläge immer der Art, daß der Kaiſer ſich genau dem Willen Frankreichs fügen ſollte, aber es läßt ſich nicht bezweifeln, daß unter dieſer Vorausſetzung der Friede in Paris ſehr lebhaft gewünſcht wurde. Faßt man die politiſchen Verhältniſſe ins Auge, ſo erkennt man auch, daß Frankreich nur auf dem gewieſenen Wege weiter ſchreitet. Das Ziel des Krieges war die Rheingränze, das wirkſamſte Mittel geſonderte Verhandlungen mit den einzelnen Gegnern. Nachdem man nun mit Preußen und den größeren deutſchen Staaten wenigſtens ſoweit ſich geeinigt hatte, daß ein kräftiger Widerſtand nicht mehr zu befürchten war, kam Alles darauf an, auch dem Kaiſer durch Verhandlungen, Drohungen oder im äußerſten Falle durch Gewalt die franzöſiſchen Forderungen annehmlich zu machen, ihn von England, ſeinem treueſten Verbündeten, zu trennen und gegen dieſen, den zuletzt übrig bleibenden Gegner, die ganze Gewalt der franzöſiſchen Waffen zu richten. In den Augen der Franzoſen trat jetzt Oeſtreich in Bezug auf England ungefähr in die Stellung, welche Preußen

1) Dieſe Antwort ſowie die franzöſiſchen Anträge und mehrere Briefe Zwanzigers an Clarke finden ſich im Oeſtr. Staats-Archiv.

vordem in Bezug auf Oeſtreich eingenommen hatte, und es kann nicht befremden, wenn die Republik ſchon ſeit dem Jahre 1795 immer neue, beinahe aufdringliche Friedensanträge an den Kaiſer gelangen läßt. Das engliſche Miniſterium machte zu derſelben Zeit, ſei es im Ernſte oder um der Oppoſition im Parlamente zu begegnen, in Paris zuvorkommende Anerbietungen, aber ſie wurden mehrmals in ſchroffer Form zurückgewieſen. Ein ſo ausgezeichneter Diplomat, wie Lord Malmesbury, erhielt nur mit Mühe endlich im October 1796 die Erlaubniß, ſich nach Paris zu begeben und dort eine Unterhandlung anzuknüpfen. Da man jedoch über Belgien und die Rückgabe der beiderſeitigen Eroberungen ſich nicht einigen konnte, brach das Directorium plötzlich am 19. December in beleidigender Weiſe ab, und Malmesbury erhielt die Aufforderung, innerhalb acht und vierzig Stunden Paris zu verlaſſen. Dagegen wünſchte man nichts mehr, als dem Kaiſer einen Unterhändler ſogar nach Wien zu ſenden, beſonders ſeitdem die Siege des Erzherzogs noch einmal die Kraft der deutſchen Waffen glänzend bewährt hatten, und in Tyrol Alvinzy, mit ſchnell geſammelter Heeresmacht zum Einfall nach Italien bereit, ſelbſt den General Bonaparte mit Beſorgniß erfüllte. Zum Abgeſandten wurde Clarke beſtimmt. Am 16. November, eben als Alvinzy durch die Schlacht von Arcole nach den erſten glücklichen Erfolgen wieder nach Vicenza zurückgedrängt wurde, erhielt er ſeine Vollmachten. Er ſollte vorerſt in Turin, Mailand, Modena und anderen italiäniſchen Städten über die Zuſtände und Wünſche der Bevölkerung ſich Kenntniß verſchaffen, auch unterſuchen, inwiefern die venetianiſchen Beſitzungen auf dem Feſtlande zum Vortheil der neu geſtifteten lombardiſchen Republik ſich verwenden ließen; demnächſt einen allgemeinen Waffenſtillſtand ſowohl in Deutſchland als in Italien anbieten; endlich ſich nach Wien begeben, um Unterhandlungen über den Frieden einzuleiten, welche man dann in Baſel oder Paris, allenfalls mit Zuziehung der beiderſeitigen Verbündeten, zum Abſchluß bringen könne [1]). Um den Preis des linken Rheinufers hätte Oeſt-

1) Vgl. die Documente in den Mémoires de Napoléon, VI, 347 fg.,

reich damals auf einen vortheilhaften Frieden rechnen dürfen. In einem Entwurfe für Clarke wird nicht nur die Rückgabe der italiäniſchen Beſitzungen, ſondern als Entſchädigung für die Niederlande auch Salzburg, Bertholdsgaden, Paſſau und die Oberpfalz angeboten. Vielleicht hätte man in Paris ſogar mit Belgien ſich begnügt, denn das Directorium war in Folge der ſteigenden Noth im Innern und durch die letzten Ereigniſſe in Deutſchland mehr als jemals zum Nachgeben geneigt. Bonaparte, obgleich er einen Waffenſtillſtand in Italien vor dem Falle Mantuas für unvortheilhaft erachtete, konnte doch den beſtimmten Anordnungen ſeiner Regierung ſich nicht widerſetzen; am 28. November[1]) bittet er für Clarke um die nöthigen Päſſe, und als Alvinzy vorerſt Weiſungen aus Wien erwartet, wendet ſich Clarke ſelbſt am 5. December mit derſelben Bitte an den Kaiſer.

Aber gerade die Umſtände, welche das Directorium für den Frieden ſtimmten, mußten auch das Wiener Kabinet bei den oft ausgeſprochenen Grundſätzen beharren laſſen. Freilich, es iſt nicht zu verkennen, daß Manches zu Gunſten der franzöſiſchen Anträge ſprach. Die Kräfte des Staates waren aufs äußerſte angeſpannt, und immer entſchiedener trat die Schwierigkeit hervor, den Krieg aus eigenen Mitteln weiter fortzuführen. Das Verhältniß zu England war gelockert, ſo ſehr auch in Wien Sir Morton Eden ſich bemühte. Thugut war unzufrieden über die Kargheit, mit welcher die Subſidien bewilligt und ausgezahlt würden; er machte den Engländern den Vorwurf, ſie hätten Corſika voreilig geräumt und den Frieden, der zwiſchen Frankreich und Neapel am 10. October 1796 zum Abſchluß kam, eher gefördert, als gehindert. Unangenehm empfand er dann, daß das brittiſche Miniſterium ohne ſein Wiſſen im Auguſt eine neue Unterhandlung in Berlin anknüpfte, beſonders als dabei der Plan verlautete, die belgiſchen

---

Correspondance inédite, II, 397; auch S. 393 ein undatirtes Schreiben des Directoriums an den Kaiſer mit denſelben Vorſchlägen: Waffenſtillſtand und Congreß, wie es ſcheint, die Beglaubigung für Clarke.

1) Der ungedruckte Brief findet ſich im Oeſtr. Staats-Archiv.

Provinzen, wenn Oeſtreich ſie gegen Baiern vertauſchen wolle, Preußen zuzuwenden. „Was ſoll denn aus dem Kurfürſten werden?“ fuhr er Eden an; „wollen Sie ihn ſtranguliren oder nach Botanybay ſchicken?“ [1]) Vor Allem zürnte er aber, als Malmesbury im Herbſt ſich nach Paris begeben hatte. Er weigerte ſich durchaus, auch ſeinerſeits Bevollmächtigte zu ſenden oder Malmesbury eine Vollmacht für den Kaiſer zu übertragen; mit großer Lebhaftigkeit wies er Eden auf die üblen Folgen dieſes Schrittes hin, der unter den vorliegenden Verhältniſſen doch nicht zum Frieden führen, dagegen der Kaiſerin von Rußland Gelegenheit bieten könne, ihre ſo lange verzögerten Verſprechungen abermals zurückzuziehen [2]). Vollkommen richtig vermuthet denn auch Luccheſini: was Thugut gegen die Pariſer Unterhandlung einnehme, ſeien nicht etwa Rückſichten der Eitelkeit, nicht die Furcht, durch Abſendung eines Bevollmächtigten eine Anerkennung der Republik auszuſprechen, — über ſolche Kleinlichkeiten ſei der Charakter dieſes Miniſters erhaben — ihn beſtimme vor Allem die Beſorgniß, der Unterſtützung Rußlands wieder verluſtig zu gehen [3]). Denn es war dem öſtreichiſchen Staatsmanne in der That gelungen, die Kaiſerin zu einem wirkſamen Eingreifen zu bewegen. Beinahe ein Jahr lang hatte ſie die Erfüllung ihrer Verſprechungen hinausgeſchoben, immer neue Bedingungen aufzuſtellen gewußt, endlich im Herbſt 1796 ſchienen alle Hinderniſſe beſeitigt, und das Eintreffen eines mächtigen ruſſiſchen Heeres auf dem Kriegsſchauplatz in ſichere Ausſicht geſtellt. Am Mittwoch, den 16. November, ſollte eine Conferenz bei der Kaiſerin zuſammentreten, die Miniſter über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erſtatten, und die letzten Einzelnheiten des

---

1) Vgl. das Schreiben des preußiſchen Miniſteriums an Luccheſini vom 15. Auguſt, und Edens an Lord Auckland vom 9. December 1796, Correspondence of Lord Auckland, III, 368.

2) Vgl. den Brief Edens an Lord Auckland vom 16. November 1796 a. a. O. III, 360.

3) Vgl. Luccheſinis Bericht an das Miniſterium vom 16. November.

Vertrages mit England geordnet werden[1]). Noch am Abend vorher zeigte sich die Kaiserin wohl und heiter, wie man sie jemals gesehen hatte. Am andern Morgen in der Frühe war sie mit litterarischen Arbeiten beschäftigt, einige Stunden später fand man sie in ihrem Privatcabinet regungslos auf dem Boden liegen. Ein Schlagfluß hatte sie getroffen, am Abend des 17. gegen 9 Uhr hörte sie auf zu leben[2]).

Was folgt, erinnert an die Veränderungen nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth. Der neue Czar, Paul I., theilte den Haß seiner Mutter gegen die Revolution, war aber durchaus nicht geneigt, seine Regierung mit einem Kriege zu eröffnen, und ließ daher die schon befohlene Aushebung wieder rückgängig machen. Gleich seinem Vater zeigte er alsbald eine entschiedene Vorliebe für Preußen. Schon am Morgen nach der Thronbesteigung erschien er in preußischer Uniform, mehrere der eifrigsten Anhänger Preußens wurden in das Ministerium berufen, und Graf Tauenzien konnte selbst von denen, die ihn früher gemieden hatten, die Versicherung unbegränzter Freundschaft und Ergebenheit entgegennehmen. Nichts schien gewisser, als daß der Czar in Allem der preußischen Politik sich anschließen und in vollkommener Neutralität dem furchtbaren Kampfe zusehen werde.

Am 10. December, beinahe gleichzeitig mit Clarkes Anträgen, brachte ein Courier Cobenzls die Nachricht von diesem Todesfalle nach Wien. Thugut soll erkrankt sein, als er die Mittheilung erhielt, die ihn der reifen Frucht jahrelanger Bemühungen gerade im Augenblicke dringender Noth mit einem Schlage wieder beraubte. Er übersah sogleich die Folgen des Ereignisses, in ganz Wien herrschte Bestürzung; auch Lucchesini meint, der östreichischen Politik könne jetzt eine Wendung bevorstehen. Aber Thugut hielt sich noch nicht für überwunden. Es lag in dem Charakter dieses

---

1) Lucchesini am 28. September. Das preußische Ministerium an Lucchesini am 8. October und 5. December 1796.

2) Lord Whitworth an Grenville am 18. November 1796 bei Hermann, Correspondenzen der Revolutionszeit, 590.

Mannes, äußeren Hinderniſſen zum Trotz nur um ſo entſchiedener ſeinem Ziele nachzuſtreben. Noch war Mantua nicht gefallen, es lebte die Erinnerung an die ruhmreichen Erfolge des Erzherzogs, die Hoffnung auf Alvinzys neuverſtärkte Heeresmacht. So blieb man den früheren Grundſätzen und dem engliſchen Bundesgenoſſen treu. In Wien wollte der Kaiſer nicht mit Frankreich unterhandeln; er zog es vor, ſeinen General-Adjutanten, den Baron St. Vincent, nach Italien zu ſchicken. Zwiſchen ihm und Clarke fand am 3. Januar des folgenden Jahres eine Unterredung zu Vicenza ſtatt, aber ſie blieb ohne Ergebniß. Weder das linke Rheinufer wollte Oeſtreich an Frankreich überlaſſen, noch geſondert von England unterhandeln, noch einmal die Republik förmlich anerkennen; auch daß Clarke nach Wien käme, verbat ſich Thugut, er wies ihn ſtatt deſſen an den kaiſerlichen Geſandten, Marcheſe Gherardini in Turin; ein neues Schreiben Clarkes vom 3. Januar wurde nicht einmal beantwortet.

Aber hier iſt recht deutlich zu erkennen, wie ſehr man in Frankreich damals mit dem Kaiſer ſich zu einigen wünſchte. Selbſt dieſe kalte Zurückweiſung konnte weder Clarke noch das Directorium abſchrecken, ſie verdoppelte nur ihre Anſtrengungen. Blieb Thugut unbeugſam, ſo verſuchte man ohne ihn zum Ziele zu kommen, oder in dem Miniſter ſelbſt das größte Hinderniß des Friedens zu beſeitigen. Nichts ſchien daher vortheilhafter, als daß die nächſten Angehörigen des Kaiſers eine Vermittlung übernähmen. Schon im November 1796 hatte man in dieſer Abſicht dem Fürſten Belmonte Pignatelli in Paris eine Note für die Königin Karoline von Neapel eingehändigt. Es hieß darin — berichtet Sandoz, der ſie ſelbſt vor Augen hatte[1]) — wenn der Kaiſer nur auf Belgien und das linke Rheinufer verzichten wolle, ſo könne er einen ſehr ehrenvollen Frieden ſchließen; die Königin möge doch dieſe Mittheilung, ohne daß man in England davon erführe, unmittelbar und ausſchließlich an ihren Neffen, den Kaiſer, gelangen laſſen. Jetzt wandte ſich Clarke an den Bruder. Verkleidet, unter einem ange-

1) Vgl. Sandoz' Depeſche vom 14. November 1796.

nommenen Namen begab er ſich nach Florenz, wurde dort von Manfredini und dem Großherzog empfangen und gab ihnen von den oft erwähnten Papieren Kenntniß, die Thugut als unredlich und unzuverläſſig darſtellen ſollten. Eifrig ſetzte er die Nothwendigkeit und die Vortheile eines baldigen Friedens auseinander, zeigte, wie gefährlich es ſei, daß der Kaiſer einem Manne wie Thugut ſein Vertrauen ſchenke, und erhielt auch vom Großherzog das Verſprechen, er würde Alles, was in ſeinen Kräften liege, in Wien zur Förderung des Friedens aufbieten [1]).

Daneben unterließ der franzöſiſche Geſandte aber nicht, ſich Thuguts Anweiſung gemäß mit Gherardini in Verbindung zu ſetzen. Das Directorium war ganz mit dieſem Schritte einverſtanden und fertigte am 17. Januar neue Inſtructionen aus [2]), die man im Vergleich zu früheren außerordentlich gemäßigt nennen muß. Nicht einmal das linke Rheinufer wird unbedingt gefordert, ſondern nur was der Republik durch die Conſtitution, Geſetze und Verträge bereits einverleibt ſei, und unter dieſer Bezeichnung außer den öſtreichiſchen Beſitzungen nur das Bisthum Lüttich, die Abteien Stablo und Malmedy, ferner Pruntrut und Montbelliard namentlich aufgeführt. Zugleich ſoll Clarke noch einmal verſuchen, ob er nicht unmittelbar auch mit Thugut in Unterhandlung treten könne. Aber alle dieſe Schritte hatten ſo wenig Erfolg, als die früheren. Clarke eilte zwar im März ſelbſt nach Turin, aber Gherardini fand ſich gar nicht im Beſitz der nöthigen Vollmachten [3]), bald wurde er durch eine andauernde Krankheit jeder diplomatiſchen Thätigkeit entzogen. Auch der Großherzog von Toskana meldet am 29. März, alle Bemühungen in Wien ſeien vergeblich geblieben. Unterdeſſen hatte jedoch der uner-

1) Der Bericht Clarkes über dieſe Unterredung, undatirt, im Miniſterium des Auswärtigen.

2) Wenn ich nicht irre diejenigen, welche man, aber ohne Angabe eines Datums, in der Correspondance inédite, II, 412 findet. Ein Nachtrag, noch ungedruckt, im Miniſterium des Auswärtigen.

3) Der wenig bedeutende Briefwechſel zwiſchen Beiden im Miniſterium des Auswärtigen.

müdliche Friedensſtifter am 13. März ſich abermals an Thugut gewendet. Er klagt bitter, daß man ſeine Anerbietungen nicht einmal einer Erwiederung würdige; die franzöſiſche Republik ſei wohl berechtigt, darüber öffentlich Beſchwerde zu führen; „aber," fügt er im republikaniſchen Style jener Zeit hinzu, „eine große Nation darf nur von den Gefühlen allgemeiner Menſchenliebe beſeelt ſein. Ihre politiſche Berechnung muß weſentlich das allgemeine Wohl zum Zielpunkte nehmen, und je größere Vortheile ſie erhalten hat, um ſo mehr geziemt es ihr, mit dem Schleier des Edelmuthes die Thaten ihrer Feinde zu bedecken." Deßhalb erklärt er ſich aufs Neue bereit, nach Wien zu kommen, oder auch mit Gherardini ſich weiter zu benehmen, wenn man nur endlich eine Vollmacht für Separatverhandlungen wolle abgehen laſſen [1]).

Am 5. April antwortet Thugut auf dieſe Mahnung. „Er habe," ſchreibt er, „Clarkes erſten Brief ſogleich dem Kaiſer vorgelegt; indeſſen bei einer ſo wichtigen Sache könne es nicht auffallen, daß die Antwort einigermaßen verzögert ſei, um ſo weniger als man in Folge einer ſchweren Erkrankung des Marcheſe Gherardini an die Wahl eines anderen Unterhändlers habe denken müſſen. In der Zwiſchenzeit ſeien aber nun vom General Bonaparte einige Anerbietungen ähnlicher Art gemacht, und der Kaiſer habe eben zwei ſeiner Generale, die Grafen Bellegarde und Merveldt beauftragt, ſich mit ihm zu beſprechen. Clarke würde ſich wohl auch dabei einfinden, und es ſei daher nicht mehr nöthig, auf den Inhalt ſeines Briefes näher einzugehen. Es möge die Verſicherung genügen, daß der Kaiſer ernſtlich und aufrichtig die baldige Rückkehr des Friedens wünſche und allen Anträgen die Hand bieten werde, die mit ſeiner Ehre und den wichtigſten Intereſſen der Monarchie ſich vereinigen ließen. Man dürfe daher auf die Entfernung aller Schwierigkeiten rechnen, wenn nur jede Seite von gleich verſöhnlichem Geiſte beſeelt werde."

1) Das Original des Briefes im Oeſtr. Staats-Archiv.

Drittes Kapitel.

Die Präliminarien von Leoben.

Niemand wird in Thuguts ruhig gemeſſener Antwort, die wir eben mittheilten, ein Anzeichen finden, daß zur Zeit, als ſie erlaſſen wurde, der gefährlichſte Feind nur wenige Stunden entfernt die Thore der Hauptſtadt bedrohte. Und doch war es dahin gekommen. Nicht diplomatiſche Verhandlungen, ſondern die Gewalt der Waffen hatte noch einmal die Entſcheidung herbeigeführt. Bald nach jener erfolgloſen Zuſammenkunft in Vicenza hatte Alvinzy einen neuen Angriff auf Italien gewagt, aber mit noch weit minderem Glück als den erſten. Die Schlacht bei Rivoli am 14. Januar 1797 koſtete ihn mehr als die Hälfte ſeines Heeres und warf den Reſt völlig entmuthigt nach Friaul und in die Tyroler Gebirge zurück. Für den Entſatz von Mantua war damit die letzte Hoffnung geſchwunden, am 2. Februar mußte die Stadt ſich den Franzoſen übergeben. Wenige Tage genügten, um das päpſtliche Kriegsvolk auseinander zu treiben und am 19. Februar den Frieden von Tolentino zu erzwingen, der außer beträchtlichen Geldſummen und Kunſtſchätzen dem Papſte die Legationen Bologna, Ferrara, die Romagna und den Beſitz von Ancona raubte. Alle Kräfte konnten ſich jetzt gegen die öſtreichiſchen Erblande wenden, und nachdem eine beträchtliche Verſtärkung von der Rheinarmee in Italien eingetroffen war, ließ Bonaparte ungeſäumt den Angriff beginnen.

Die Lage Oeſtreichs konnte damals auch dem Muthigſten als hoffnungslos erſcheinen. Nach ſo langem Krieg und ſo vielen Niederlagen war das Heer aufs äußerſte geſchwächt und nicht mehr im Stande, dem überlegenen Feinde die Spitze zu bieten;

Alvinzys ſchnell zuſammengeraffte Truppen ließen ſchon in den letzten Gefechten die Tüchtigkeit früherer Jahre nur zu ſehr vermiſſen. Wo ſollte man Erſatz finden? Mehr als die Hälfte des deutſchen Reiches hatte ſich vom Kriege losgeſagt, auch Kurſachſen und beinahe der ganze ſächſiſche Kreis am 29. November 1796 der preußiſchen Neutralität ſich angeſchloſſen [1]), von der kläglichen Unfähigkeit des Reichstags war kaum das Geringſte, von Rußland gar Nichts zu erwarten. Beinahe ſchutzlos lagen die ſüdlichen Erblande dem übermächtigen Feinde geöffnet. Nur der glückliche Führer des Rheinheeres mochte in ſolcher Lage eine beſſere Wendung vielleicht noch herbeiführen. So wurde der Erzherzog Karl vom Rheine nach Italien gerufen, der Kern ſeiner Truppen ſollte ihm folgen, um gegen den gefährlichſten der feindlichen Heerführer wenigſtens die Hauptſtadt zu vertheidigen.

Hätte man dem Erzherzog erlaubt, in Tyrol in einer feſten Stellung Verſtärkungen zu erwarten, ſo möchte der Angriff des Feindes ſich haben abwenden laſſen. Statt deſſen wurde er gezwungen, mit unzulänglichen Kräften den Franzoſen nach Friaul entgegenzugehen, und dieſe widerſinnige Anordnung, die von allen Kriegskundigen mit Recht den härteſten Tadel erfahren hat, entſchied im Voraus über das Schickſal des Feldzugs. Am 16. März wurde der Erzherzog am Tagliamento geſchlagen, ſechs Tage ſpäter fiel Trieſt in franzöſiſche Gewalt; am 28. ſtand Bonaparte bereits in Villach, am 30. in Klagenfurt mitten in Kärnthen. Aber dies raſche Vorgehen, wie es ihn der feindlichen Hauptſtadt näherte, brachte zugleich ihm ſelbſt nicht geringe Gefahren. Sein Heer war, auch wenn eine durch Tyrol entſandte Abtheilung ſich wieder mit der Hauptmacht vereinigte, nicht ſtark genug, um einen Kampf gegen die Kräfte der geſammten öſtreichiſchen Monarchie dauernd auszuhalten. In Tyrol erhob ſich die Bevölkerung

1) Vgl. Article additionnel au traité de neutralité du 5. Août 1796 entre la France et la Prusse, signé à Berlin le 29. Novembre 1796, pour consacrer l'accession des princes de la maison de Saxe à la neutralité du Nord de l'Allemagne, unterzeichnet von Haugwitz und Caillard, bei De Clercq, Traités de la France, I, 311.

mit aller Lebhaftigkeit, die dieſen Bergbewohnern eigen iſt; auch im Venetianiſchen mußte man einem Aufſtande des Landvolkes entgegenſehen. Alles dies wäre vielleicht nicht entſcheidend geweſen, hätte Bonaparte auf kräftige Unterſtützung von Seiten der Rheinarmeen hoffen dürfen. Immer von Neuem hatte er die dringende Nothwendigkeit eines ſolchen Zuſammenwirkens hervorgehoben [1]), aber das Directorium, entweder, wie Bonaparte argwohnte, aus Abneigung, alle drei Armeen der Republik in ſeiner Hand zu vereinigen, oder, wie man nach Carnots Berichten [2]) glauben muß, weil die Mittel in der That nicht zu beſchaffen waren, konnte den Rheinübergang nicht in nahe Ausſicht ſtellen. Bonaparte mußte erwarten, daß die ganze Macht des Feindes ſich gegen ihn wandte, und durfte nicht hoffen, mit ſeinen durch Kampf und Anſtrengung geſchwächten Truppen den Krieg mit Vortheil an der Donau fortzuſetzen. So entſchloß er ſich, noch einmal den Weg der Unterhandlung einzuſchlagen. Am 31. März ſchrieb er an den Erzherzog jenen berühmten Brief, welcher der Bürgerkrone für das Leben *eines* geretteten Menſchen einen höheren Preis zuerkennt, als dem traurigen Ruhm, den alle kriegeriſchen Erfolge geben können. Der Erzherzog, wünſcht er, möge durch Herſtellung des Friedens Wohlthäter der Menſchheit und der wahre Retter Deutſchlands werden. Der öſtreichiſche Prinz antwortete am 2. April, er wünſche den Frieden nicht weniger, als der franzöſiſche General, ſeine Stellung berechtige jedoch nicht zu Unterhandlungen, vorerſt müſſe er Weiſungen aus Wien erwarten. Während deſſen dauerten die Gefechte fort, immer zum Nachtheil der Oeſtreicher. Die Franzoſen rückten aus Kärnthen in Steyermark ein und beſetzten Neumarkt. Vergebens bat der Erzherzog um Waffenſtillſtand, damit er Bonapartes Brief in Ueberlegung nehmen könne; er erhielt die Antwort, man könne unterhandeln und den Kampf doch fortſetzen. Seitdem zogen die Oeſtreicher ſich eilig zurück, um vor der Hauptſtadt alle Kräfte für eine letzte Entſcheidung

1) Vgl. Correspondance de Napoléon, II, 394, 410, 418, 420.

2) Carnot, Réponse à Bailleul, Londres 1799, p. 89.

zu ſammeln. Ungehindert drangen die Franzoſen vor, über Judenburg und Knittelfeld gelangten ſie am 7. April nach Leoben. An dieſem Tage erſchienen im franzöſiſchen Hauptquartier zu Judenburg der Chef des öſtreichiſchen Generalſtabs, Graf Bellegarde, und der Generalmajor von Merveldt als Geſandte. Nach einer Unterredung mit Bonaparte erklärten ſie ſchriftlich, dem Kaiſer liege nichts mehr am Herzen, als dem Kriege ein Ende zu machen, er habe ſie deßhalb auf Veranlaſſung des Briefes vom 31. März an Bonaparte abgeſchickt. Da man überzeugt ſein dürfe, daß beide Theile zum Frieden geneigt ſeien, ſo wünſche der Erzherzog einen Waffenſtillſtand von zehn Tagen zur Beſchleunigung der Unterhandlungen [1]). Bonaparte bewilligte dieſen, nachdem er ſich lange hatte bitten laſſen, aber nur auf ſechs Tage, vom Abend des 7. bis zum Abend des 13. April, und unter der Bedingung, daß ihm Marburg, Gratz, Bruck, Leoben und das Drauthal überlaſſen würden.

Was war bis zu dieſem Zeitpunkte in Wien vorgegangen? Die Nachrichten darüber ſind weniger ausgiebig, als man wünſchen möchte. Lucheſini war nicht mehr anweſend. Er hatte zu Anfang des Jahres Urlaub erbeten, um in ſeiner Heimat Lucca häusliche Verhältniſſe zu ordnen, die durch den italiäniſchen Krieg vielfach berührt und zerrüttet waren. Am 10. Februar reiſte er ab, über Trieſt nach Bologna, wo er zu Ende des Monats Gelegenheit nahm, ſich mit Bonaparte in Verbindung zu ſetzen. Der General kehrte eben von dem Zuge gegen den Papſt zurück, in ſeiner Umgebung befanden ſich Clarke, Manfredini, der über die Beſatzung von Livorno, und der Marcheſe von St. Marſan, der über ein Bündniß Sardiniens unterhandelte. Lucheſini wurde zur Tafel gezogen, er ſchreibt entzückt von der Feinheit, dem Scharf-

---

1) Vgl. die Note in den Mémoires de Napoléon IV, 84; offenbar unrichtig wird der Erzherzog Altesse impériale genannt, ein Titel, der den öſtreichiſchen Prinzen erſt durch die Patente vom 11. Auguſt 1804 und 27. December 1806 verliehen iſt.

blick, dem weitumfaſſenden Geiſte des großen Mannes [1]). Gewiß wird er nicht unterlaſſen haben, die Intereſſen Preußens zu fördern, ſeine eigenen Verdienſte hervorzuheben und die Abſichten des Generals, der jetzt auch die wichtigſten Fäden der Diplomatie in ſeinen Händen hielt, zu erforſchen. Zu einem irgend bedeutenden Ergebniß iſt es aber nicht gekommen, obgleich in den nächſten Wochen noch einige Briefe zwiſchen Beiden gewechſelt wurden. Gleichwohl machte, wie man denken kann, dieſe Zuſammenkunft des preußiſchen Diplomaten mit dem franzöſiſchen Feldherrn das größte Aufſehen. Es lag ſchon im Intereſſe Bonapartes, den Eindruck zu verſtärken, um durch den Schein eines Einverſtändniſſes mit Preußen das Wiener Cabinet in neue Beſorgniß zu verſetzen. Und wie denn Diplomaten ſelten einen Schritt thun, dem man nicht weitberechnete politiſche Beweggründe unterlegte, ſo ſollte auch dies Zuſammentreffen den eigentlichen Zweck der Reiſe gebildet haben, und Lucheſini eben deßhalb vom preußiſchen Miniſterium nach Italien geſchickt worden ſein [2]). In den Urkunden findet ſich dafür nicht die geringſte Beſtätigung. Als Lucheſini Urlaub forderte — es war am 14. Januar — konnte man die Bedeutung Bonapartes für den Abſchluß des Friedens noch gar nicht vorherſehen. Die wirklichen Verhandlungen zwiſchen Preußen und Frankreich lagen, wie ſich bald zeigen wird, damals in ganz anderen Händen; Lucheſinis Unterredung hat darauf, ſo weit ſich erkennen läßt, gar keinen Einfluß ausgeübt; in Bonapartes Briefen an das Directorium wird ſie nicht einmal erwähnt. Aber für Lucheſini hatte dies Zuſammentreffen allerdings eine Folge. Er, der Geſandte am kaiſerlichen Hofe, war mit dem feindlichen Generale, der gegen Wien zog, in eine ſo auffällige Verbindung getreten. Thugut, welcher ſchon mehrmals vergebens

1) Vgl. den Brief Lucheſinis an das Miniſterium aus Lucca vom 3. März.

2) Beſonders die Mémoires d'un homme d'Etat, IV, 214 haben bei dieſer Gelegenheit wieder eine Menge von Vermuthungen als Thatſachen mitgetheilt, die dann in zahlreiche andere Bücher, vgl. z. B. Barantes Histoire du Directoire, II, 99, übergegangen ſind.

auf Lucchesinis Abberufung angetragen hatte, wiederholte seinen Wunsch, diesmal in so dringender Form, daß das preußische Ministerium ihn nicht wohl ablehnen konnte. Schon am 17. April war in Berlin der Beschluß gefaßt, und als Lucchesini nach Beendigung seines Urlaubs am 12. Mai nach Wien zurückkehrte, hatte er nur noch die Schreiben seiner Abberufung zu übergeben, um dann am 21. den Schauplatz einer so bedeutenden Wirksamkeit zu verlassen. Er hat später sein Benehmen in einer eigenen Denkschrift zu rechtfertigen versucht, und die Minister bemerken in einem Bericht an den König, daß in der That kein begründeter Vorwurf sich gegen ihn erheben lasse [1]); aber man konnte doch nicht daran denken, dem Wiener Hofe eine so unliebsame Persönlichkeit wieder aufzunöthigen.

Mit seinem Ausscheiden versiegt eine der ergiebigsten Quellen unserer Kenntnisse. Cäsar, der ihn während seines Urlaubs zu vertreten hatte, war ein äußerst fleißiger, sorgfältiger Berichterstatter, er gibt sich alle erdenkliche Mühe, durch ausführliche Mittheilungen die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten zu erwerben. Aber er besaß weder den eindringenden Scharfblick, noch die mannichfaltigen Verbindungen Lucchesinis und vermochte also noch weniger als dieser in das Innere des Wiener Cabinets und die eigentlichen Absichten Thuguts einzudringen. Wer am besten hätte Auskunft geben können, war Thuguts Freund, der englische Gesandte Sir Morton Eden; ein Schreiben, das er am 12. April an seinen Bruder nach England richtet, beweist, daß er von dem, was in Wien vorging, sehr genau unterrichtet war. Aber leider ist dies Schreiben das einzige aus jenen Tagen, was in der Briefsammlung des Lord Auckland Aufnahme gefunden hat.

Alle diese Zeugen stimmen nun darin überein, daß, wie schon in früherer Zeit, so insbesondere seit den letzten Monaten des

---

1) Vgl. das Schreiben von Haugwitz an die übrigen Minister vom 18., und den Bericht des Ministeriums an den König vom 22. Mai im preußischen Staats-Archiv. Lucchesinis Vertheidigungsschrift, die über sein Verhältniß zu Bonaparte interessanten Aufschluß geben müßte, ist leider nicht mehr aufzufinden.

Jahres 1796 eine mächtige Partei in Wien ſich zu Gunſten des Friedens und gegen Thugut[1]) ausſprach. Sie mußte an Stärke gewinnen, als Alvinzy geſchlagen, Mantua genommen wurde, und vom Heere immer bedenklichere Nachrichten eintrafen. Der Erzherzog, der zu Anfang Februar, ohne Wien zu berühren, ſich vom Rheine nach Italien begeben hatte, fand die Armee der Auflöſung nahe, Ordnung und Muth beſonders unter den neuausgehobenen Croaten und Galiziern völlig verſchwunden, er mußte zu den äußerſten Mitteln ſeine Zuflucht nehmen. Kurz vor dem Beginn des Feldzuges, am 20. Februar, langte er unerwartet, nur von ſeinem Adjutanten, dem Grafen Bellegarde, begleitet in Wien an, wie Cäſar zu wiſſen glaubt, mehr in der Weiſe eines Siegers, der Rechenſchaft fordert, als eines Generals, der Befehle erwartet, mit lebhaften Klagen über die Zuſtände des Heeres und die Art, wie man den Krieg in Italien geführt habe. Thuguts Gegner erwarteten ſchon ſeinen Sturz und einen Wechſel des politiſchen Syſtems. Aber ſei es, daß man die Abſichten des Erzherzogs unrichtig aufgefaßt hat, oder daß ſie ſich veränderten, es gelang Thugut, ſowohl Bellegarde als den Erzherzog zu gewinnen und das Verderbliche einer Trennung von England ſo wie die Nothwendigkeit ausdauernden Widerſtandes ihnen begreiflich zu machen. Als Generaliſſimus der kaiſerlichen Heere, mit den ausgedehnteſten Vollmachten verſehen, reiſte der Erzherzog zu Ende des Monats wieder ab. Bald aber häuften ſich die böſen Nachrichten, der Krieg wälzte ſich von Italien in die deutſchen Provinzen, am 27. März kam der Oberſt Zach aus dem Hauptquartier nach Wien, mit dem Geſtändniß, die vorhandenen Kräfte reichten nicht aus, den Andrang des Feindes zurückzuweiſen. Mehrere Miniſterialcon-

1) Dagegen haben die Mémoires tirés des papiers d'un homme d'Etat, IV, 151 fg., 203 fg., 211 fg. die widerſinnige Behauptung ausgeſprochen: Thugut in geheimem Einverſtändniſſe mit Bonaparte habe abſichtlich den Verluſt Mantuas und die fehlerhafte Aufſtellung des öſtreichiſchen Heeres herbeigeführt, um den Kaiſer zum Frieden zu zwingen; der Feldzug von 1797 ſei nur zum Scheine geführt und vorher in Wien und Mailand verabredet worden.

ferenzen wurden abgehalten, der alte Graf Starhemberg, der Marſchall Lascy und andere hohe Beamte riethen aufs dringendſte, den übermächtigen Gegner durch Nachgiebigkeit zum Stillſtand zu bewegen. Nur Thugut hielt ſeine Meinung aufrecht; er zeigte mit der ihm eigenen klaren Beredſamkeit, daß Bonapartes ſchnelles Fortſchreiten dieſen ſelbſt in die größte Gefahr verſetze, daß er rechts von Croaten und Ungarn, links von dem tiroler Aufſtand bedroht, weit und weiter von ſeinen Hülfsquellen ſich entferne, während der Erzherzog immer leichter Verſtärkungen vom Rheine her an ſich ziehen könne. Der geringſte Unfall müſſe ihm verderblich ſein, und man werde ihm dann mit größerem Erfolge als im Herbſte Moreau den Rückzug verlegen können. Zugleich drängte er aber auf die entſchiedenſten Maßregeln des Widerſtandes; man müſſe die Rüſtungen verdoppeln, überall die Bevölkerung zu den Waffen rufen, insbeſondere in Ungarn, wie im Jahre 1741 die Inſurrection erklären, um den geſammten Adel für die Rettung der Monarchie in Bewegung zu ſetzen. Der Kaiſer pflichtete dieſer Anſicht bei, im Uebrigen begegnete ſie heftigem Widerſtande. Lascy wollte ſich von den Leiſtungen wenig disciplinirter Maſſen nicht viel verſprechen, die anweſenden ungariſchen Magnaten, auch der Primas Cardinal Batthyany und der Kanzler Graf Palffy hielten die Inſurrektion bei der Stimmung des Landes für äußerſt bedenklich, ſelbſt die Bevölkerung Wiens ließ wenig Hülfe und ausdauernde Feſtigkeit erwarten. Die letzten Schläge, das unaufhaltſame, raſche Herankommen des Feindes hatten Alles mit lähmendem Schrecken erfüllt. Eden ſowohl als Caeſar ſind der Meinung, die Stadt würde einem plötzlichen Anfall nicht widerſtanden haben. Die vornehme Welt zeigte ſich ganz muthlos, und die niederen Klaſſen machten ihrem Unwillen in heftigen Verwünſchungen gegen den Miniſter Luft. Wenn er Abends aus der Staatskanzlei in ſeine Wohnung zurückkehrte, wurde ſein Wagen mit Schimpfworten und Drohungen verfolgt; ſein Freund, der Polizeipräſident Graf Saurau, erklärte ihm, es ſtehe ein Ausbruch der Volkswuth gegen ſeine Perſon zu befürchten, man könne für die Aufrechthaltung der Ordnung nicht mehr einſtehen.

„Trotz alledem," ſchreibt Caeſar, „man muß es ausſprechen: ſei es nun die feſteſte Beſonnenheit oder die hartnäckigſte Verblendung, der Miniſter hat bei dieſem Sturm ſeine Ruhe nicht verloren" [1].

Inmitten dieſer heftig bewegten Verhältniſſe empfing man den Brief, welchen Bonaparte am 31. März an den Erzherzog gerichtet hatte. Noch am Abend des 2. April wurde eine Conferenz in die Hofburg berufen. Ueber die Einzelheiten weiß ich Beſtimmtes noch nicht anzugeben; indeſſen es mußte Jedem einleuchten, und ſelbſt Thugut wird kaum widerſprochen haben, daß die franzöſiſche Eröffnung nicht ganz von der Hand zu weiſen ſei. Denn gelang es nur, einen Waffenſtillſtand auszuwirken, ſo wurde jedenfalls die unmittelbare Gefahr für die Hauptſtadt entfernt, und Zeit gewonnen, die Kräfte, über die man noch verfügte, zur Vertheidigung zu rüſten. Am 4. April erging ein Aufruf, in welchem der Kaiſer zunächſt die Verſicherung gab, er würde, wie er ſtets das Ende des Kriegs herbeigewünſcht, ſo auch jetzt ſich eifrig mit den Mitteln beſchäftigen, die den Frieden beſchleunigen könnten. Wenn aber der Feind gegen alle Erwartung jeden Weg zur Ausſöhnung ausſchlüge oder auf unmäßigen, der öſtreichiſchen Nation läſtigen Forderungen beſtünde, ſo erwarte dann auch der Kaiſer, daß Jeder ſeiner getreuen Unterthanen die Verfügungen, welche im verzweifeltſten Falle nöthig werden könnten, unterſtützen, und daß die Bewohner Wiens nicht weniger Muth und Treue zeigen würden, als ihre glorreichen Voreltern, welche unter Ferdinand und Leopold I. die Wälle der Hauptſtadt ſiegreich vertheidigten [2].

Am 5. April ſchrieb dann Thugut, wie man ſich erinnert, an Clarke, der Kaiſer habe eben die Grafen Bellegarde und Merveldt mit Unterhandlungen beauftragt, und ſo geſchah es, daß beide Generale am 7. April im Hauptquartiere Bonapartes anlangten.

Unterdeſſen behielt man aber in Wien gar wohl den Fall im Auge, daß die Sendung erfolglos bliebe. Mit der äußerſten

1) Caeſar am 2. April 1797.

2) Kölniſcher Kurier vom 18. April, XIII, 104.

Anſtrengung wurde Alles für eine kräftige Vertheidigung vorbereitet, und ſelbſt dann die Rüſtungen nicht unterbrochen, als Merveldt am Morgen des 9. April die Erwiederung Bonapartes und die erwünſchte Nachricht von der ſechstägigen Waffenruhe überbrachte. Und wie es wohl zu geſchehen pflegt, daß in aufgeregten Zeiten die Stimmung einer Bevölkerung von einem Aeußerſten ſich zum Anderen wendet, ſo hatte auch in Wien die muthloſe Verwirrung der letzten Tage beinahe plötzlich einer feſten Zuverſicht und einer thatkräftigen Hoffnung Raum gegeben. Am Morgen des 10. wurde der Landſturm für Oeſtreich aufgeboten, und mit einer in Deutſchland beiſpielloſen Begeiſterung drängte ſich Alles zu den Fahnen. „Die weichliche und üppige Kaiſerſtadt," ſchreibt Caeſar an demſelben Tage, „dieſer Mittelpunkt der Vergnügungen hat ſich mit einem Male in ein gewaltiges Kriegslager verwandelt, die Theater ſind geſchloſſen, die Straßen hallen wieder von dem Geräuſch militäriſcher Zurüſtungen. Zahlreiche Schaaren waffnen ſich zu Fuß und zu Pferde. Adel, Studenten, Kaufleute eilen zur Vertheidigung ihres väterlichen Heerdes. Der Prinz Ferdinand von Würtemberg iſt zum Anführer dieſes nationalen Heeres ernannt, man ſchätzt die Zahl der Eingeſchriebenen bereits auf 40,000. Feuerwaffen und Pferde werden freiwillig geliefert, die Wälle ſollen mit Artillerie beſetzt werden, ſeit Mittag fährt man ſchon Kanonen auf. Die öffentliche Stimmung hat die glücklichſte Wendung genommen und ſich aufs Neue der Regierung angeſchloſſen, um den Mittelpunkt der Monarchie gegen die drohende Gefahr zu vertheidigen." Noch lebhafter wirkte die Begeiſterung auf dem Lande; der Vorrath der Zeughäuſer reichte nicht aus, um alle, die kamen, zu bewaffnen; in einzelnen Gemeinden wollte kein Mann zurückbleiben. Auch aus Böhmen und Mähren erfolgte beträchtlicher Zuzug, und in Ungarn wurde Alles vorbereitet, um ſogleich, wenn die Unterhandlung nicht zum Ziele führe, die allgemeine Inſurrection aufzurufen. Ob freilich alle dieſe Anſtrengungen einem Feldherrn wie Bonaparte gegenüber von Erfolg geweſen wären, könnte man doch bezweifeln, wenn man lieſt, daß der Erzherzog Karl an den Rhein zurückkehrte, und der Ober-

befehl der bei Wien verſammelten Kräfte in die Hände des General Mack gelegt wurde. Spätere Jahre haben gezeigt, wie enge ſeine Fähigkeiten ſich begränzten, in jener Zeit wurde er noch als ein militäriſches Genie bewundert, und ſeine Leiſtungen fanden in der That bei Freunden und Gegnern zu einſtimmige und zu unbedingte Anerkennung, als daß ſie ſich ganz in Abrede ſtellen ließen. Das Verdienſt muß man ihm für damals zuerkennen, daß er Muth und Selbſtvertrauen anzufeuern und zu befeſtigen verſtand. Er ließ vor Wien ein verſchanztes Lager errichten und zog dort die Armee und die Volksbewaffnung zuſammen. Tag und Nacht wurde geübt und an den Befeſtigungen gearbeitet, dann, meinte er, ſolle man nur ruhig warten; wenn die Franzoſen die Unvorſichtigkeit begingen, ſich bis vor Wien zu wagen, ſo würden ſie dort unfehlbar von allen Seiten umringt ihren Untergang finden [1]).

So gerüſtet konnte man mit ruhigerem Blicke der Zukunft entgegenſehen. Verhandlungen wollte man nicht ablehnen, denn der Erfolg mochte ſein, welcher er wollte, ſie konnten die Lage nur verbeſſern. Aber eben ſo feſt ſtand der Entſchluß, keineswegs auf Bedingungen einzugehen, die mit dem Wohl und der Ehre des Staates unvereinbar wären.

Zum Bevollmächtigten wurde der General Merveldt ernannt, ein geſchickter Offizier, aber damals in diplomatiſchen Geſchäften noch wenig geübt, ſo daß er eines erfahrenen Gehülfen bedurfte. Man erkennt hier wieder, wie vereinſamt Thugut und wie geſpannt ſein Verhältniß zu dem einheimiſchen Adel war. Ein fremder Geſandter, ein Italiäner, der Marquis de Gallo wurde auserſehen. Freilich entſchieden für ihn noch manche Rückſichten. Er war ſchon von ſeinem eigenen Hofe zu Unterhandlungen mit der Republik verwendet, ſeit langer Zeit ich weiß nicht ob der Vertraute, aber doch der dienſteifrige Anhänger Thuguts, daneben der einflußreiche Berather der Königin von Neapel, und nicht minder durch die Gunſt des Kaiſers und der Kaiſerin geehrt [2]).

1) Caeſar am 12. und 15. April 1797.

2) Ganz genau wird ſich über ſeine Stellung und ſeinen Einfluß

Am 11. April wurden die Vollmachten vom Kaiſer unterzeichnet, am Morgen des 13., kurz vor dem Ende der Waffenruhe, gelangte Merveldt in das franzöſiſche Hauptquartier, welches damals zu Göß, einem Schloße des Biſchofs von Leoben, aufgeſchlagen war. Nach Einſicht der Vollmacht, die zugleich auf de Gallo lautete, weigerte ſich der franzöſiſche General, ihn als Unterhändler zuzulaſſen; denn dem Geſandten einer ſo nahe betheiligten Macht gegenüber könne man nicht mit voller Unbefangenheit ſich ausſprechen und des Geheimniſſes nicht verſichert ſein. Er zeigte ſich ſo entſchieden, daß Merveldt, indem er davon Nachricht gibt, den Wunſch ausſpricht, Thugut möge doch einen anderen Bevollmächtigten ernennen; nur mit Mühe habe er Bonaparte dahin gebracht, ſich mit de Gallo wenigſtens zu beſprechen; dieſer dürfe aber nicht im Auftrage des Kaiſers, ſondern nur als Geſandter des Königs beider Sicilien ſich vorſtellen, etwa unter dem Vorwande, für die Reiſe einer Erzherzogin nach Neapel das Nöthige zu vereinbaren [1]). Im Verlaufe der Unterredung äußerte Bonaparte, er könne die Feindſeligkeiten nicht wohl einſtellen, wenn er nicht nach den erſten Eröffnungen auf ein glückliches Ergebniß hoffen dürfe. Es biete ſich nun folgende Alternative:

entweder der Kaiſer erkenne den Rhein als Gränze der Republik, und gebe Mainz ſogleich in die Gewalt der Franzoſen. Dafür würde Frankreich die italiäniſchen Beſitzungen des Kaiſers, Mailand und Mantua räumen und nur die cispadaniſche Republik mit Modena aufrecht halten, ferner zur Entſchädigung für Belgien venetianiſche Beſitzungen bis zum Tagliamento mit Dalmatien und Iſtrien dem Kaiſer überliefern;

oder Frankreich verzichte auf das linke Rheinufer und beſchränke ſich auf die durch die franzöſiſchen Geſetze feſtgeſtellten Gränzen, welche Belgien umfaſſen, behalte aber die Lombardei

---

erſt urtheilen laſſen, wenn ſeine eigenen Berichte nach Neapel bekannt geworden ſind.

1) Vgl. hiefür und für das Nächſtfolgende Merveldts Bericht an Thugut vom 13. April im Oeſtr. Staats-Archiv.

und Mailand, um daraus eine Republik zu bilden. Der Kaiser könne wieder durch venetianische Besitzungen entschädigt werden, die sich in diesem Falle bis an die Etsch oder den Mincio ausdehnen, vielleicht noch Bergamo und Brescia umfassen könnten. Merveldt erwiederte darauf vorerst in allgemeinen Ausdrücken, fügte aber hinzu, die Gesinnungen des Wiener Hofes seien ihm bekannt genug, um versichern zu dürfen, der Kaiser würde keinen Frieden schließen, der nicht die Integrität des deutschen Reiches zur Grundlage habe und die Rückgabe der italiänischen Besitzungen sowie für die Abtretung Belgiens einen Ersatz in Italien verspräche. Bonaparte erklärte sich mit Heftigkeit gegen diese ganz unmöglichen Bedingungen, ließ sich aber schließlich herbei, den Waffenstillstand bis zur Mitternacht des 16. April zu verlängern [1]).

Am andern Tage, dem 14., langte de Gallo an. Bonaparte erhob zuerst noch Einwendungen; er hat in St. Helena wohl mit Behagen erzählt, wie es ihm gelungen sei, den neapolitanischen Höfling durch die verstellte Drohung, er werde ihn abweisen, einzuschüchtern, nützliche Nachrichten aus ihm herauszulocken und ihn für immer dem Einfluß seiner geistigen Ueberlegenheit zu unterwerfen [2]). Spätere Ereignisse scheinen dies einigermaßen zu bestätigen, in Leoben ist noch keine Spur davon bemerkbar. Bonaparte gab sich zufrieden, und man verabredete, die Verhandlungen am folgenden Morgen förmlich anzufangen. In einem Garten bei Leoben, der zu diesem Zwecke für neutral erklärt war, kam man am 15. April zusammen. Ueber die Verhandlungen des Tages gibt ein Brief Bonapartes Auskunft. Die kaiserlichen Gesandten waren danach bereit, auf Belgien zu verzichten und die Gränzen der Republik gemäß dem Beschluß des Convents anzuerkennen, sie forderten aber Rückgabe Mailands und zur Ent-

1) Vgl. Merveldts angeführten Bericht und das Protokoll vom 13. April in der Correspondance de Napoléon, II, 484.

2) Vgl. Las Cases Mémorial de St. Hélène vom 10. October 1816, VI, 348.

ſchädigung für Belgien einen Theil des venetianiſchen Gebietes oder die Legationen; in Deutſchland wollte der Kaiſer keine Entſchädigung. Bonaparte ging darauf nicht ein, er bot als Erſatz für Belgien die Räumung der Lombardei; damit waren aber die Geſandten nicht zufrieden. Endlich einigte man ſich, drei Entwürfe nach Wien zu ſenden und die Antwort Thuguts zu erwarten. In Bezug auf Deutſchland ſtimmten alle überein; der Kaiſer verzichtete auf Belgien und erkannte die conſtitutionellen Gränzen an; über die von den Franzoſen am linken Rheinufer beſetzten Länder ſollte der Reichsfriede entſcheiden. Für Italien dagegen finden ſich drei verſchiedene Vorſchläge. Nach dem erſten erhielt der Kaiſer das venetianiſche Gebiet zwiſchen dem Mincio, dem Po und den öſtreichiſchen Ländern. Der Herzog von Modena ſollte durch Brescia und die venetianiſchen Beſitzungen zwiſchen Mincio und Oglio entſchädigt werden. Bergamo, Crema und Mailand bildeten eine, Modena, Bologna, Ferrara, die Romagna eine andere Republik, Venedig blieb mit den Inſeln unabhängig. Nach dem zweiten Vorſchlag wurde ſtatt dieſer Veränderung von den Franzoſen die Räumung Mailands und der Lombardei angeboten; nach dem dritten verzichtete der Kaiſer auf die Lombardei, erhielt jedoch für Mailand und Modena vollen Erſatz, der zum Gegenſtand einer Verhandlung werden, aber ſpäteſtens binnen drei Monaten in ſeinen Beſitz gelangen ſollte. Man ſieht, wie beträchtlich dieſe Artikel von früheren Forderungen des Directoriums abweichen. Erſt ein Congreß ſoll über das Schickſal des linken Rheinufers entſcheiden. Mainz und die Rheingränze werden gar nicht mehr erwähnt, weder in den Entwürfen, noch in dem Begleitſchreiben, welches Bonaparte am folgenden Tage an das Directorium ſendet. Bonaparte ſelbſt empfindet dieſen Mangel; um ſich zu rechtfertigen, klagt er bitter über die Unthätigkeit der Rheinarmeen. Wenn einer der drei Vorſchläge in Wien angenommen würde, ſchreibt er, ſo könne man bis zum 20. die Präliminarien unterzeichnen, ſonſt müſſe er, weil Moreau noch immer unbeweglich bleibe, einfach einen allgemeinen Waffenſtillſtand auf drei Monate beantragen. Würde auch dieſer verworfen, ſo müſſe man ſich ſchlagen, und es

komme dann Alles auf die Rheinarmeen an. Ein Fluß sei niemals ein wirkliches Hinderniß; wenn Moreau wolle, so könne er ihn überschreiten; die Rheinarmeen müßten kein Blut in den Adern haben. Wenn man ihn verlaße, so werde er nach Italien zurückkehren, und ganz Europa möge dann über das verschiedene Verfahren beider Heere urtheilen [1]).

Noch am Abend des 15. schickte de Gallo die drei Entwürfe nach Wien. In einem begleitenden Schreiben Merveldts wird bemerkt, der General Bonaparte sei bereit, unter diesen Bedingungen das Vorrücken gegen Wien einzustellen. Er habe die Waffenruhe bis zum 20. verlängert, fordere aber durchaus bis dahin eine Antwort, weil es ihm schwer werde, sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Von den drei Entwürfen stimme zwar keiner mit den von Thugut angegebenen Grundzügen völlig überein, sie scheinen aber doch der Erwägung werth, da der dritte zu Nichts verpflichte und doch die Möglichkeit gewähre, durch einen dreimonatlichen Waffenstillstand die sehr geschwächten Armeen wieder auf besseren Fuß zu bringen. Bonaparte habe nur nach langem Weigern de Gallo als Unterhändler angenommen; im Grunde besitze der französische General selbst keine genügende Vollmacht, man könne aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon absehen, um so mehr, als ja der wichtigste Theil des Vertrages, der Waffenstillstand und die Räumung der östreichischen Provinzen, in seinen Händen liege [2]).

Nach dem, was wir von den Gesinnungen des Wiener Hofes kennen, bleibt es doch zweifelhaft, ob man auf solcher Grundlage zum Abschluß gelangt wäre. Daß die Zukunft des linken Rheinufers ungewiß und ungesichert von der Entscheidung eines Congresses abhängen sollte, würde in Wien schwerlich genügt haben. Man erkennt dies am Bestimmtesten aus den Instructionen, die Thugut gerade am 15. April für die Gesandten ausfertigte [3]).

1) Vgl. Bonapartes Brief vom 16. April in der Correspondance de Napoléon, II, 489.

2) Vgl. Merveldts Bericht vom 15. April im Oestr. Staats-Archiv.

3) Sie finden sich im Oestr. Staats-Archiv.

Dies merkwürdige Actenſtück iſt nicht nur als ein Zeugniß für die Geſinnungen des Kaiſers von Wichtigkeit, ſondern auch für den Inhalt des Friedens von der weſentlichſten Bedeutung. Ich darf nicht unterlaſſen, es vollſtändig mitzutheilen.

Die Geſandten, heißt es, ſollen zunächſt auf die Nothwendigkeit eines Präliminarfriedens hinweiſen, damit man Zeit erhalte, den Definitivfrieden vorzubereiten und bis dahin die Verhandlungen, ohne ſie zur Kenntniß des geſetzgebenden Körpers zu bringen, geheim halten könne. Als Grundlage dürfe man die folgenden Artikel nehmen:

„I. Der Kaiſer tritt aus Liebe zum Frieden die belgiſchen Provinzen an Frankreich ab, unter folgenden Bedingungen: 1) Frankreich übernimmt alle auf jenen Provinzen ruhenden hypothekariſchen Schulden; 2) allen Einwohnern, die das Land verlaſſen wollen, bleibt ein Zeitraum von drei Jahren, ihre beweglichen und unbeweglichen Beſitzungen zu veräußern; 3) der Kaiſer erhält eine verhältnißmäßige, oder, wenn dieſer Ausdruck zu großen Schwierigkeiten begegnen ſollte, wenigſtens eine billige Entſchädigung.

II. Die Abtretung der Reichsgebiete auf dem linken Rheinufer kann man nicht zugeſtehen; dieſe Weigerung gründet ſich auf die vom Kaiſer bei der Krönung eingegangenen Verpflichtungen, welchen entgegen zu handeln nicht in ſeiner Macht iſt. Uebrigens würden ſich auch die Reichsſtände mit Recht dieſer Abtretung widerſetzen, wie es ſchon die von Preußen unter dem 19. März angebotene Vermittlung genugſam beweiſt. Man muß deßhalb nothwendig in den Präliminarien feſtſtellen, daß über den Frieden mit dem Reich auf der Baſis ſeiner Integrität verhandelt wird. Aber man kann den Umſtänden nach ſich der Formel „allgemeine Baſis“ bedienen, die nicht ausſchließt, daß man über eine oder andere Parzelle des Reichsgebietes den Wünſchen Frankreichs gemäß ſich verſtändige.

III. Es iſt Sache der franzöſiſchen Bevollmächtigten, die Entſchädigungen für die belgiſchen Provinzen anzugeben. Bieten ſie, wie angedeutet iſt, Theile des venetianiſchen Gebietes, ſo muß man ihnen vorſtellen, daß der Kaiſer Entſchädigungen dieſer Art unmög-

lich annehmen könne, ehe ſie Frankreich gehören; man müſſe alſo wiſſen, welche Mittel Frankreich anzuwenden habe, um die Abtretung zu bewirken. Man kann einige Verwunderung äußern, daß Frankreich nicht lieber die vom Papſte abgetretenen Provinzen anbiete, die doch wenigſtens durch einen förmlichen Friedensvertrag in ſeinen Beſitz gelangten.

Man mag andeuten, die drei Legationen würden eine geeignete Entſchädigung für die Republik Venedig ſein.

Man ſoll vorſtellen, daß Modena unmöglich als Republik beſtehen könne, und daß der Kaiſer es zurückfordern müſſe als ein Beſitzthum, welches einmal ſeinem Onkel gehören würde; zudem habe der Souverain ſeinen Frieden mit Frankreich theuer erkauft, und man könne nicht vorausſetzen, daß der Kaiſer jede Verbindung mit Toskana ſich wolle abſperren laſſen.

IV. Mit Ausnahme der belgiſchen ſind alle öſtreichiſchen Provinzen zurückzufordern; dadurch wird aber eine Vereinbarung über Mailand, falls ſich eine paſſende Entſchädigung findet, nicht völlig ausgeſchloſſen. Man muß daher zu erfahren ſuchen, wie weit die Pläne und Mittel Frankreichs rückſichtlich der Entſchädigungen, über die bis jetzt nur Unbeſtimmtes zur Kenntniß gekommen iſt, ſich erſtrecken. Erſt dann laſſen genaue Vollmachten und Inſtructionen ſich ausſtellen. Man kann darin einen Grund finden, die Waffenruhe zu verlängern, damit Nichts übereilt zu werden braucht.

V. Nach Unterzeichnung der Präliminarien räumen die Franzoſen unverzüglich zum wenigſten Tyrol, Kärnthen, Krain und das öſtreichiſche Friaul. Man ſchließt einen Waffenſtillſtand von drei Monaten als Vorbereitung für den Definitivfrieden einerſeits mit dem Kaiſer als Inhaber ſeiner Hausmacht, andererſeits mit dem Reiche. Die Ehre des Kaiſers verlangt, daß auch ſeine Verbündeten dazu eingeladen werden. Man kann den Franzoſen zu verſtehen geben, der Ausgang der Verhandlungen zwiſchen dieſen Verbündeten und Frankreich würde auf die einmal unterzeichneten Präliminarien und den Definitivfrieden keinen Einfluß üben. Als Sitz des Congreſſes könnte man einen neutralen Ort, wie Bern, vorſchlagen oder Augsburg, das dann für neutral erklärt würde.

Was die Anerkennung der franzöſiſchen Republik betrifft, ſo unterliegt ſie keinem Bedenken, vorausgeſetzt, daß Frankreich erklärt, dieſe Anerkennung würde das Ceremoniell nicht verändern, das bisher zwiſchen dem Kaiſer und der vormaligen monarchiſchen Regierung in Uebung war.

Die Kürze der Zeit erlaubt für jetzt nicht, andere als dieſe allgemeinen Grundſätze aufzuſtellen; mehr eingehende Inſtructionen werden folgen, ſobald die Anſichten der Franzoſen genauer bekannt ſind."

Am 15. reiſte der Baron von St. Vincent mit dieſen Inſtructionen von Wien ab und kam am folgenden Tage nach Leoben. Die Wirkung auf den Gang der Verhandlungen iſt unverkennbar. Bonaparte gab in mehreren Hauptfragen nach. Er verzichtete auf die Rheingränze und die Abtretung von Mainz, nur der öſtreichiſche Beſitz in den Niederlanden nebſt dem, was gemäß der Conſtitution mit Frankreich vereinigt war, ſollte unter den von Thugut geſtellten Bedingungen gegen eine billige Entſchädigung der Republik verbleiben. Auch in Betreff des Ceremoniells wurde Thuguts Forderung bewilligt. Eine förmliche Anerkennung der Republik ſucht man jedoch in dem Vertrag vergebens, nicht als ob der Miniſter ſie abgeſchlagen hätte, ſondern weil Bonaparte, gleich als de Gallo davon redete, ſie mit Stolz zurückwies. Die franzöſiſche Republik, rief er aus, will nicht anerkannt ſein; ſie iſt für Europa, was die Sonne am Horizonte. Um ſo ſchlimmer für den, der ſie nicht ſehen und von ihr nicht Vortheil ziehen will[1]). Was Italien angeht, ſo blieb man dem erſten der nach Wien geſandten Entwürfe zunächſt. Mailand und die Lombardei wurden, wie auch Thugut nicht weigerte, von Oeſtreich abgetreten; dafür erhielt es aber eine reichliche Entſchädigung in dem geſammten venetianiſchen Gebiet zwiſchen Oglio, Po und dem adriatiſchen Meere nebſt Iſtrien und Dalmatien. Venedig ſollte unabhängig bleiben und ganz nach Thuguts Vorſchlag durch die drei Legationen entſchädigt

1) Vgl. den Brief vom 16. April in der Correspondance de Napoléon, II, 489.

werden. In dem Entwurfe war das Gebiet zwiſchen Mincio und Oglio dem Herzog von Modena beſtimmt. Nachdem es für den Kaiſer gewonnen war, ſuchten die Geſandten auch für den Herzog Wiedereinſetzung in ſeine Staaten zu erlangen. Aber hierzu ließ ſich Bonaparte nicht bewegen. Er behauptete, der Herzog von Modena verdiene keine Entſchädigung; er habe die kaiſerliche Armee mit Lebensmitteln verſehen, alſo ſelbſt den Waffenſtillſtand gebrochen, und ſein Land gehöre nach Kriegsrecht der franzöſiſchen Republik. Höchſtens zeigte er ſich geneigt, in Zukunft beim allgemeinen oder beim Reichsfrieden dem Herzog eine Entſchädigung zuzuwenden. Er kam immer darauf zurück, daß der Kaiſer für Belgien eigentlich gar keinen Erſatz in Italien verlangen könne; denn man dürfe nicht überſehen, daß Frankreich auf das linke Rheinufer und auf die übrigen Reichsgebiete, die es im Beſitz habe, nicht zu Gunſten der Reichsſtände, ſondern blos in der Rückſicht und mit dem Wunſche Verzicht leiſte, daß der Friede mit dem Kaiſer zum Abſchluß komme. Deßhalb ſei die Entſchädigung für die Niederlande ſchon in Deutſchland gegeben. Wolle der Kaiſer aufhören, vom Reich und ſeiner Integrität zu ſprechen, ſo würde Frankreich in Italien Alles thun, was er verlange. Nun aber, da der Norden ſchon für den Norden eintrete, brauche auch der Süden nur den Süden zu entſchädigen. Ueber die Maßregeln, welche Venedig zur Abtretung eines ſo großen Gebietes veranlaſſen ſollten, wurde kein beſonderer Artikel in die Präliminarien aufgenommen. Bonaparte verſprach jedoch, er würde eine Zwiſtigkeit der franzöſiſchen Republik mit Venedig benutzen, um den Krieg zu erklären und das geſammte Territorium im Namen Frankreichs zu beſetzen. Auf Oeſtreichs Dazwiſchenkunft würde man dann Venedig die Legationen, und dem Kaiſer als Eigenthum Frankreichs die venetianiſchen Beſitzungen übergeben [1]). Auch in den minder wichtigen Fragen zeigte ſich Bonaparte durchaus entgegenkommend. Sobald der Kaiſer die Präliminarien genehmigt habe, ſollten die franzöſiſchen Truppen Steier-

1) Vgl. den merkwürdigen Bericht Merveldts vom 19. April 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

mark, Kärnthen, Tyrol, Krain und das öſtreichiſche Friaul räumen, auch die Kriegsgefangenen zurückkehren; die von den Franzoſen beſetzten Feſtungen Palmanova, Mantua, Peschiera, Porto-Legnago, die Schlöſſer von Verona, Oſopo und Brescia ſogleich nach der Ratification des Definitivfriedens, oder, wenn man ſich einigen könne, noch früher übergeben werden, und zwar mit unzerſtörten Feſtungswerken, die venetianiſchen Plätze mit der Artillerie, die man darin vorgefunden, Mantua mit hundert zwanzig Geſchützen. In allen dieſen Beſtimmungen erkennt man Bonapartes Wunſch, unverweilt zu einem Abſchluß zu gelangen. Man wird nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß außer den bedeutenden politiſchen Vortheilen auch perſönliche Beweggründe einen weſentlichen Einfluß auf ihn geltend machten. Kam eine Einigung zu Stande, ſo ſah er ſich mit dem doppelten Ruhme des Kriegers und des Friedensſtifters geſchmückt, ihm allein hatte Frankreich alle glücklichen Erfolge zu danken, alle Parteien mußten ſich ihm verpflichtet fühlen, und die Entwicklung der Ereigniſſe beinahe unvermeidlich ſeine Stellung noch verſtärken. Brach dagegen der Krieg von Neuem aus, ſo konnte er ſelbſt im günſtigſten Falle kaum ſo viel wieder gewinnen, als er aus den Händen gab. Die Armeen am Rheine ließen nach den letzten Depeſchen des Directoriums ſobald kein Zuſammenwirken hoffen. Er ſah ſich allein in einem fremden Lande, inmitten einer aufgeregten Bevölkerung, den vereinten Angriffen der öſtreichiſchen Heere ausgeſetzt. Der geringſte Unglücksfall drohte ihm den Untergang, aber ſelbſt wenn ein neuer Sieg ihn an die Thore und ſogar in die kaiſerliche Burg nach Wien führte, konnte er doch allein nichts Entſcheidendes unternehmen; wahrſcheinlich mußte er den Rückzug nach Italien antreten, jedenfalls die Mitwirkung der Rheinarmeen erwarten. Der Glanz ſeiner Stellung ging damit zum großen Theile verloren; er mußte aufgeben oder theilen, was er jetzt uneingeſchränkt in ſeinem Alleinbeſitze ſah. Soll man ſich wundern, wenn er auf den Abſchluß des Friedens den höchſten Werth legte und den Forderungen Thuguts ſo weit als irgend möglich entgegen kam? Die kaiſerlichen Geſandten durften an dem gün-

ſtigen Erfolge der Verhandlung nicht mehr zweifeln. Man bildete aus den Bedingungen, wie ſie hier angegeben wurden, einen doppelten Vertrag. Der eine, für die Oeffentlichkeit berechnet, enthielt die Beſtimmungen über das Ceremoniell (Art. 2), über den Congreß in Bern (Art. 4), über den Reichsfrieden auf Grundlage der Reichsintegrität (Art. 5), die Abtretung Belgiens und die Anerkennung der geſetzlichen Gränzen Frankreichs (Art. 6), endlich über die Räumung der öſtreichiſchen Provinzen und die Auswechslung der Kriegsgefangenen (Art. 7—9); der zweite, geheime Theil in elf Artikeln das, was ſich auf Italien bezieht. Um zu unterzeichnen blieb nur die Rückkehr des Couriers zu erwarten, der am 15. die drei Entwürfe nach Wien gebracht hatte. Es trat aber ein Umſtand ein, der dem franzöſiſchen General jeden Tag und jede Stunde koſtbar machte. Er ſelbſt war zur Abſchließung eines ſolchen Vertrages eigentlich nicht berechtigt, es war Clarke, der die nöthigen Vollmachten beſaß. Bonaparte hatte, als die Friedensverhandlungen in Ausſicht ſtanden, einen Eilboten nach Turin abgehen laſſen, und Clarke ſäumte nicht, dem Rufe aufs Schleunigſte zu folgen. Kam er noch vor dem Abſchluß nach Leoben, ſo konnte er vielleicht gegen die Bedingungen einen Widerſpruch und jedenfalls den Anſpruch erheben, in eigenem Namen den Vertrag abzuſchließen oder wenigſtens mit zu unterzeichnen. Ein weſentlicher Theil des Erfolges ging damit für Bonaparte verloren, vielleicht gerade derjenige, den er ſelbſt am höchſten ſchätzte. Hat er doch vom erſten Augenblicke ſeines Auftretens eben ſo ſehr als Staatsmann wie als Feldherr ſeinen Ruhm geſucht, und jeder weiß, daß hervorragende Menſchen eine Eigenſchaft, die allenfalls ihnen noch beſtritten werden könnte, gerade am eifrigſten in das helle Licht zu ſetzen geneigt ſind. So drängte er unabläſſig, daß man nicht länger zögere, und die Geſandten, die alle Forderungen Thuguts bis auf eine einzige, und auch dieſe wenigſtens zum Theil erfüllt ſahen, thaten ihm den Willen. Am 18. April Nachmittags drei Uhr wurde unterzeichnet [1]). Um

1) Ueber Ort und Zeit des Abſchluſſes ſei hier, ſo vielen ſich widerſprechenden Angaben gegenüber, eine Bemerkung verſtattet. Als Bonapartes Haupt-

die Stunde der Mahlzeit hatte ſich eine große Anzahl franzöſiſcher Generale und Stabsoffiziere im Schloß des Biſchofs von Leoben verſammelt. Man wußte, es ſeien Unterhandlungen im Werke, aber Wenige dachten, daß ſie ſchon an dieſem Tage beendigt werden könnten. Nach langem Warten öffnete ſich die Flügelthür eines Nebenzimmers, Bonaparte trat mit de Gallo und Merveldt herein. „Die Grundlage des Friedens iſt unterzeichnet," rief er mit lauter Stimme. „Es lebe die Republik! Es lebe der Kaiſer!" Mit Jubel und Händeklatſchen von den Anweſenden aufgenommen

---

quartier diente das Schloß zu Göß, vordem ein Stift von Benedictinerinnen, darauf Reſidenz der Biſchöfe von Leoben, eine halbe Stunde oberhalb der Stadt an der Mur gelegen. Er bezog die Gaſtzimmer des Biſchofs Alexander, Grafen von Engel, mit dem er in freundlichen Verkehr getreten war. Auch Merveldt und de Gallo wohnten in einem Gaſthofe des anſtoßenden Burgfriedens. Zum Zweck der Unterhandlung wählte man eine Beſitzung an der Oſtſeite von Leoben, einem Herrn Joſeph Eggenwald gehörig. Es befand ſich dabei ein Garten mit einem Pavillon, der für neutral erklärt wurde. Bonapartes Brief vom 16. April ſpottet mit Recht über dieſe Neutralität inmitten des franzöſiſchen Heeres. In dem Pavillon hat man auch am 15. — wie Bonaparte am folgenden Tage ſchreibt — die Verhandlungen geführt; am 16. und 17. aber nach dem Bericht eines Augenzeugen im Politiſchen Journal, Jahrgang 1797, S. 747, Göß nicht verlaſſen, ſondern dort im Schloſſe die Verhandlungen eigentlich zum Abſchluß gebracht. Ein Brief Berthiers an Hoche vom 18. April, der übrigens noch eine Unrichtigkeit enthält — abgedruckt im Moniteur vom 29. April — gibt an, man habe ſchon um zwei Uhr Morgens unterzeichnet. Dies wird aber nur ſo zu verſtehen ſein, daß man bis um jene Zeit ſich vollſtändig geeinigt hatte. Nachmittags begab man ſich laut dem Bericht des erwähnten Augenzeugen noch einmal in den Eggenwaldſchen Garten, und hat dort, wie der Armeebefehl vom 19. April (Correspondance de Napoléon, II, 503) ausdrücklich bemerkt, um drei Uhr die förmliche Unterzeichnung der bis dahin angefertigten Exemplare des Vertrages vorgenommen. Sie führen das Datum: Chateau d'Eckenwald près de Leoben, eine verſchönernde Bezeichnung, denn ein Schloß dieſes Namens gab es gar nicht (Polit. Journal, 1797, S. 629 u. 749). Der Beſitzer des Gartens hat die Erinnerung an dies bedeutende Ereigniß durch ein marmornes Denkmal verewigt (Kölniſcher Kurier vom 12. Mai 1797, XIII, 255).

wurde die Botſchaft ſogleich im Schloſſe verbreitet. Bonaparte blieb auch bei Tiſche in der heiterſten Laune. Der Marſchall Marmont, damals ſein Adjutant und ſelbſt zugegen, erzählt, daß er ſich zu jener Zeit noch in republikaniſchen Reden gefiel. Scherzend ſagte er den kaiſerlichen Geſandten: „Sie haben eine ſchöne Belohnung zu erwarten, meine Herren; Sie werden Kreuze und Ketten bekommen.“ „Und Sie, General,“ erwiederte St. Vincent, „Sie erhalten ein Decret mit der feierlichen Erklärung, Sie hätten ſich um das Vaterland verdient gemacht. Jedes Land hat ſeine Sitte, und jedes Volk ſeine Steckenpferde.“ Marmont fügt hinzu, der öſtreichiſche Offizier habe die Lacher auf ſeiner Seite gehabt[1]).

Noch am Abend beeilte ſich St. Vincent, den Wortlaut der Präliminarien nach Wien zu überbringen. Am nächſten Tage ſetzte Merveldt in einem beſonderen Schreiben die Gründe auseinander, welche die Unterzeichnung des Vertrags noch vor der Rückkehr des Wiener Couriers herbeiführten. Er weiſt darauf hin, daß die Forderungen der von St. Vincent überbrachten Inſtruction beinahe ſämmtlich erfüllt ſeien, dann erwähnt er beſonders die Ungewißheit der Ereigniſſe am Rhein, von denen nichts Gutes zu erwarten ſtehe. Auch aus der Ankunft des General Clarke hätten Hinderniſſe erwachſen können; denn, ſetzt Merveldt hinzu, es wären dann alle die Vortheile verloren gegangen, die ſich aus der Eigenliebe des General Bonaparte ziehen ließen, welcher ſeinen Stolz darin ſetze, Europa den Frieden zu geben. Endlich habe man noch beſorgen müſſen, der nächſte Courier aus Paris könne weit unbilligere Forderungen überbringen, und aus allen dieſen Gründen lieber ſogleich unterzeichnet. In Wien fand denn auch die Ratification des Vertrags keinen Anſtand. Schon am 20. ſchreibt Thugut an Merveldt: über den Inhalt der Präliminarien ſei zwar Manches zu bemerken, aber der Kaiſer habe ſich gleichwohl entſchloſſen, ſie zu genehmigen; der General Bonaparte möge nur Anſtalten treffen, ſogleich das kaiſerliche Gebiet zu räumen[2]).

1) Kölniſcher Kurier vom 13. Mai 1797, XIII, 261, und Mémoires du Maréchal Marmont, Paris 1857, I, 275.

2) Das Schreiben findet ſich im Oeſtr. Staats-Archiv.

Schwieriger waren die Verhältniſſe in Frankreich. Am 19. April ſchickte Bonaparte durch den Generaladjutanten Deſſoles den eben abgeſchloſſenen Vertrag nach Paris und ſuchte zugleich in einem ausführlichen, höchſt merkwürdigen Schreiben das, was er gethan, zu rechtfertigen. Ueber die deutſchen Angelegenheiten geht er kurz hinweg, er bemerkt nur, Alles, was durch das Geſetz des Convents zum Departement gemacht ſei, verbleibe der Republik. Um ſo länger verweilt er bei den Beſtimmungen über Italien. „Die lombardiſche Republik," ſchreibt er, „iſt nicht nur erhalten, ſondern auch bedeutend verſtärkt durch Bergamo, Crema, Modena, Reggio, Maſſa und Carrara. Wir haben alſo im Herzen von Italien einen Freiſtaat, mit dem wir durch das Gebiet von Genua und das Meer in Verbindung ſtehen; für alle künftigen Kriege in Italien ſind unſere Verbindungen geſichert, der König von Sardinien völlig von uns abhängig. Was den Verzicht auf Bologna, Ferrara und die Romagna angeht, ſo bleiben dieſe Provinzen doch immer in unſerer Gewalt; gelingt es uns, in Vereinigung mit dem Kaiſer den Senat von Venedig zum Austauſch zu bewegen, ſo wird die venetianiſche Republik von der lombardiſchen und dadurch von unſerem Willen abhängig. Kommt der Austauſch nicht zu Stande, beſetzt der Kaiſer einen Theil des venetianiſchen Gebietes, ohne daß der Senat eine Entſchädigung annehmen will, die in der That unpaſſend und ungenügend iſt, ſo bleiben die Legationen in unſerer Gewalt, und wir vereinigen Bologna und Ferrara mit der lombardiſchen Republik. Die Regierung von Venedig iſt die unſinnigſte und am meiſten tyranniſche auf der Welt; ſie hat offenbar den Augenblick, da wir mitten in Deutſchland ſtanden, benutzen wollen, uns zu verderben. Wir haben keinen Feind, der heftiger erbittert, Ludwig der XVIII. und die Emigrirten keinen Freund, der ihnen herzlicher ergeben wäre. Ihr Einfluß wird nun beträchtlich geſchmälert, durchaus zu unſerem Vortheil. Außerdem wird der Kaiſer dadurch an Frankreich gebunden und gezwungen, während der erſten Zeit nach dem Waffenſtillſtand uns in Allem gefällig zu ſein. Dies gemeinſchaftliche Intereſſe zwiſchen uns und dem Kaiſer gibt uns die Wage in die Hand.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wir ſtehen zwiſchen Preußen und Oeſtreich, mit Beiden durch die wichtigſten Intereſſen in Verbindung. — Uebrigens dürfen wir uns nicht verhehlen, daß, ſo glänzend unſere militäriſche Stellung auch erſcheint, wir den Frieden doch nicht dictirt haben. Der Hof hatte Wien geräumt, der Prinz Karl zog ſich auf die Rheinarmee zurück, Ungarn und die Erbſtaaten erhoben ſich in Maſſe. Schon in dieſem Augenblicke bedrohen ſie uns von der Seite. Der Rhein war nicht überſchritten, der Kaiſer ſtand auf dem Punkte, Wien zu verlaſſen und ſich an die Spitze ſeines Heeres zu ſtellen. Hätten ſie die Unklugheit begangen, mich zu erwarten, ſo hätte ich ſie geſchlagen, aber ſie hätten ſich immer vor uns zurückgezogen, mit den Truppen vom Rhein ſich vereinigt und mich erdrückt. Dann wurde der Rückzug ſchwierig, und der Untergang der italiäniſchen Armee hätte den der Republik nach ſich ziehen können. Auch war ich feſt entſchloſſen, in den Vorſtädten von Wien eine Contribution zu erheben und weiter keinen Schritt zu thun. Ich habe in Allem nicht mehr als 4000 Mann Cavallerie, und ſtatt der 40,000 Mann, die ich gefordert hatte, ſind mir nicht 20,000 zugekommen."

„Hätte ich zu Anfang des Feldzuges nach Turin gehen wollen, ſo hätte ich den Po niemals überſchritten; hätte ich nach Rom gehen wollen, ſo hätte ich Mailand verloren; hätte ich nach Wien gehen wollen, vielleicht hätte ich die Republik zu Grunde gerichtet. Der richtige Feldzugsplan gegen den Kaiſer war der, den ich befolgt habe, aber ich hätte 6000 Mann Reiterei und 20,000 Mann zu Fuß mehr haben, oder man hätte, als ich den Tagliamento überſchritt, den Rhein überſchreiten müſſen. So, dachte ich, würde es geſchehen, da zwei Couriere mir die Eröffnung des Feldzuges anbefahlen."

„Sobald ſich vorausſehen ließ, daß ernſte Unterhandlungen bevorſtänden, habe ich einen Courier an den General Clarke geſchickt. Mit Ihren beſonderen Anweiſungen betraut, würde er ſie beſſer als ich zur Ausführung gebracht haben. Da er aber nach zehn Tagen noch nicht angekommen war, da der günſtige Moment vorbeizugehen drohte, habe ich jede Bedenklichkeit bei Seite ſetzen

müſſen und unterzeichnet. Sie haben mir Vollmacht ſogar für alle diplomatiſchen Geſchäfte gegeben, und in dieſer Lage der Dinge ſind Friedenspräliminarien ſelbſt mit dem Kaiſer nicht mehr als eine militäriſche Angelegenheit."

„Für die franzöſiſche Republik wird dieſer Vertrag ein Ruhmesdenkmal ſein und ein untrügliches Vorzeichen, daß ſie in zwei Feldzügen das Feſtland unterwerfen kann. Ich habe in Deutſchland keine einzige Contribution erhoben, es gibt keine einzige Klage gegen uns. Ich werde bei der Räumung ebenſo zu Werke gehen, und, ohne Prophet zu ſein, fühle ich doch, dies kluge Verfahren wird uns einmal zu Statten kommen. In ganz Ungarn wird es Wurzel ſchlagen und dem Wiener Hof verderblicher werden, als alle Siege, die den Kampf der Freiheit verherrlichen."

„Was mich betrifft, ſo bitte ich um Ruhe. Ich habe das Vertrauen gerechtfertigt, mit dem man mich bekleidet hatte; auf mich ſelbſt habe ich bei allen meinen Unternehmungen niemals Rückſicht genommen. Mit mehr Ruhm als man zum Glücke braucht, und hinter mir die herrlichen Ebenen von Italien, bin ich jetzt gegen Wien gezogen, wie ich zu Anfang des vorigen Feldzuges ausgezogen bin, als ich Brod ſuchte für die Armee, welche die Republik nicht mehr ernähren konnte."

„Vergebens wird die Verleumdung mir treuloſe Abſichten unterſchieben; meine bürgerliche Laufbahn wird wie die kriegeriſche ſein; nur eine und einfach. Aber Sie werden fühlen, daß ich Italien verlaſſen muß; ich bitte dringend, mit der Ratification der Präliminarien zugleich Anweiſung zu geben, wie man die italiäniſchen Angelegenheiten vorerſt ins Geleiſe bringt, und mir einen Urlaub zu ertheilen, damit ich nach Frankreich zurückkehren kann" [1]).

Um den Eindruck des Briefes zu verſtärken, ſchreibt kurz darauf auch Clarke in demſelben Sinne. Durch Bonapartes Eilboten in Turin benachrichtigt, war er nicht ſäumig geweſen, aber doch erſt in der Nacht vom 19. auf den 20. April in Leoben eingetroffen. Er mag nicht eben angenehm überraſcht worden ſein,

1) Correspondance de Napoléon, II, 500.

als er die lang erſehnte Frucht ſo eifriger Bemühungen von dem jungen General vorweggenommen ſah. Indeſſen wie er überall als ein verſtändiger und beſcheidener Mann erſcheint, ſo faßte er ſich bald, erkannte, daß hier perſönliche Rückſichten nicht den Ausſchlag geben und was geſchehen war nicht mehr ändern könnten. Auch ſtand er ſeit ſeiner Ankunft in Italien zu ſehr unter dem Einfluß des gewaltigen Feldherrn, als daß er einen Widerſtand hätte wagen mögen. Jemand, der von perſönlichen Intereſſen ſich leiten ließe, ſchreibt er am 22. April an das Directorium, könnte es übel empfinden, daß ein ſo bedeutender Act wie die Präliminarien ohne ihn vollzogen worden. Aber dieſe Art zu denken ſei ihm fremd, er müſſe ſich zu Gunſten des Geſchehenen erklären. Zunächſt finde er in ſeinen Vollmachten keinen genügenden Grund, um Einſpruch zu erheben, dann ſei auch der Friede an ſich vortheilhaft und ehrenvoll. Wenn man nicht Alles erlangt habe, was man wünſchen könne, ſo ſei die bedenkliche Lage des franzöſiſchen Heeres in Rechnung zu bringen, das vom Rheine her keine Unterſtützung habe erwarten dürfen. Er bittet deßhalb dringend, das Directorium möge die Genehmigung nicht verſagen [1]).

Ob ſie erfolgen würde, konnte gleichwohl zweifelhaft erſcheinen. Wenn die Präliminarien auch nicht ungünſtiger lauteten, als die im Winter an Clarke ertheilten Inſtructionen, ſo hatte ſich doch ſeitdem die Lage weſentlich zum Vortheil Frankreichs verändert. Damals waren die kaiſerlichen Waffen in Deutſchland ſiegreich und Mantua noch nicht erobert; jetzt ſtand ein franzöſiſches Heer nahe an den Thoren Wiens, und beinahe gleichzeitig mit der Botſchaft von Leoben trafen auch vom Rheine Nachrichten ein, die ſelbſt den General Bonaparte, wären ſie ihm bekannt geweſen, vom Abſchluß des Vertrages wahrſcheinlich zurückgehalten, jedenfalls den Inhalt zum Nachtheile des Kaiſers verändert hätten. Am 18. April, an demſelben Tage, an welchem man in Leoben unterzeichnete, überſchritt der General Hoche bei Neuwied den Rhein, ſchlug die weit ſchwächere öſtreichiſche Armee bei Heddersdorf und trieb ſie

1) Der Brief Clarkes findet ſich im Miniſterium des Auswärtigen.

bis hinter die Nidda zurück. Eine andere Abtheilung zog von Mainz her gegen Frankfurt und bedrängte schon die Thore der Stadt, als gerade rechtzeitig der Courier mit der Botschaft von den Präliminarien am 22. April dem Kampfe ein Ziel setzte. Die französische Armee am Oberrhein hatte in der Nacht vom 19. auf den 20. wenig unterhalb Straßburg den Uebergang gewagt. Auch hier konnten die Oestreicher sich nicht behaupten; Kehl, das im letzten Feldzuge dem Erzherzog so große Mühe verursacht hatte, wurde rasch zur Uebergabe genöthigt. Die Franzosen drangen bis an die Rench und Kinzig vor; eben bereitete man sich zu einer neuen Schlacht, als auch hier die Friedensboten eintrafen. Leider hatte der kurze Feldzug schon mehrere Tausend Mann an Todten und Gefangenen gekostet und den französischen Heeren abermals deutschen Boden für neue unaufhörliche Erpressungen preisgegeben.

Nach so bedeutenden Erfolgen mochte der Inhalt der Präliminarien den Directoren nicht mehr genügen. Schon am 11. Februar, sobald die Nachricht von Mantuas Falle eingetroffen war, hatte man Clarke die Weisung ertheilt, bei den veränderten Verhältnissen auch größere Forderungen zu erheben. Mantua dachte man dem Kaiser auf immer zu entziehen und als Entschädigung für den König von Sardinien zu verwenden, welcher dafür die Insel gleichen Namens an Frankreich überlassen, den Titel eines Königs von Piemont annehmen und das französische Heer durch zwanzig tausend Mann verstärken sollte. Clarke wird angewiesen, auf diese Bedingungen hin einen Vertrag mit Sardinien zum Abschluß zu bringen[1]). Jetzt, nach so viel Siegen, hörte man aus Leoben, daß die Festung an den Kaiser, das linke Rheinufer an Deutschland zurückfallen würde. Auch der allgemeine Congreß in Bern war gar nicht was man wünschte. Daneben empfand man aufs bitterste, daß der junge General ohne Vollmacht über die höchsten Angelegenheiten eigenwillig zu ent-

1) Vgl. die Instruction für Clarke vom 11. Februar 1797 im Ministerium des Auswärtigen.

ſcheiden wagte. Befriedigt waren nur Carnot und der von ihm abhängige Letourneur, die mehr und mehr der Partei der Gemäßigten ſich zuwandten. Sie ſtellten vor, es ſei ein Vortheil, daß man den Kaiſer nicht zum Aeußerſten gebracht habe; man könne unmöglich dem ſiegreichen Feldherrn mit Undank lohnen und dem allgemeinen Wunſch nach Frieden durch einen neuen Krieg entgegentreten. Aber nur ſchwer gelangte dieſe Anſicht zur Geltung. Rewbell war, wie Carnot ſpäter erzählt [1]), in Verzweiflung, Larevelliere vor Entrüſtung außer ſich, Barras tadelte bitter den Vertrag, begriff aber wenigſtens, daß er nicht zu ändern ſei. So entſchied die Mehrheit für Carnot. Am 4. Mai ſchreibt das Directorium an Bonaparte, es habe den Präliminarien zugeſtimmt, und lobt die Umſicht, mit welcher die Verhandlungen geführt ſeien. Es fügt aber die ſehr verſtändliche Bemerkung hinzu: „Europa wird anerkennen, wie mäßig wir verfahren inmitten des Erfolges der drei franzöſiſchen Armeen, welche Deutſchland beſetzt halten.“ Das Entlaſſungsgeſuch konnte man nicht als ernſtlich gemeint betrachten. Das Directorium antwortet, man ſehne ſich zwar, den General in Frankreich zu ſehen, und bedaure, ſeinen Wünſchen ſich widerſetzen zu müſſen, aber ſeine Anweſenheit in Italien ſei unentbehrlich, um die neue Ordnung der Dinge zu begründen, die lombardiſche Republik zu befeſtigen und gegen Venedig kriegeriſche Maßregeln zu ergreifen [2]).

1) Vgl. Carnot, Réponse au rapport de Bailleul, Londres 1799, S. 93.

2) Correspondance inédite, II, 567.

Viertes Kapitel.

Inhalt und Bedeutung der Präliminarien.

Das Directorium, wenn auch mit dem Inhalt der Präliminarien wenig einverstanden, zögerte doch nicht, ihn in der förderlichsten Weise bekannt zu machen. Am 29. April war Desfoles in Paris angekommen, gleich am folgenden Tage wurde der Abschluß des Vertrags durch eine feierliche Botschaft beiden Räthen angezeigt. Als Hauptbedingungen nennt man:

Verzicht des Kaisers auf Belgien,

Anerkennung der Gränzen Frankreichs, so wie sie durch die Gesetze der Republik festgesetzt worden,

Gründung einer unabhängigen Republik in der Lombardei.

Bonapartes wird in dieser Botschaft kaum gedacht, sondern nur im Allgemeinen angegeben, man verdanke jene so mäßigen als rühmlichen Bedingungen der Liebe zur Freiheit, der Tapferkeit der Heere und den Talenten der Generale, die sie seit sechs Jahren zum Siege geführt hätten [1]).

Lange Zeit blieb diese Mittheilung beinahe das Einzige, was man auch in Deutschland über den Frieden erfahren konnte. Ein Aufruf des Grafen Saurau machte zwar am 28. April im Auftrage des Kaisers den Abschluß der Präliminarien bekannt, hieß den Landsturm aus einander gehen, und versprach den freiwilligen Landesvertheidigern eine Denkmünze [2]); von den Bedingungen gibt er aber nicht die leiseste Andeutung. Thugut hielt den Vertrag in Wien vollkommen geheim; man sagte, selbst das Exemplar,

1) Moniteur vom 1. Mai 1797.

2) Kölnischer Courier vom 9. Mai 1797, XIII, 237.

welches dem Kaiſer zur Ratification vorlag, habe er durch drei verſchiedene Schreiber anfertigen laſſen [1]). Nicht einmal der Fürſt Colloredo hat, wie es ſcheint, von den geheimen Artikeln Kenntniß erhalten. Nur erging an die kaiſerlichen Geſandten im Reich am 23. April die Mittheilung: man dürfe zwar die Friedenspräliminarartikel nicht eher öffentlich machen, als nach erfolgter beiderſeitiger Ratification; zur Beruhigung der Reichsſtände und zu ihrer Beſtärkung in dem auf den kaiſerlichen Hof geſetzten Vertrauen könne aber vorläufig mündlich ſo viel geäußert werden, daß auch bei dieſen Unterhandlungen der Kaiſer ſich von dem Grundſatze, den Reichsfrieden auf dem Fuß der Integrität des Reiches zu gründen, niemals entfernt habe. Auch ferner werde er hierauf zu beſtehen durch keine Nebenrückſichten auf blos eigenen Vortheil abzubringen ſein. Zur weiteren Nachricht findet ſich noch bemerkt: einſtweilen ſeien alle Feindſeligkeiten zwiſchen dem Reich und Frankreich eingeſtellt, von den Reichsſtänden werde aber erwartet, daß ſie bis zum Abſchluß des Friedens für den Unterhalt der kaiſerlich königlichen Armee mit Willfährigkeit alles Thunliche beizutragen fortfahren würden [2]).

Am 27. April wurde dieſe Erklärung von dem kurböhmiſchen und dem erzherzoglich öſtreichiſchen Geſandten, Herrn v. Linker und Herrn v. Fahnenberg, dem Kurfürſten- und Fürſten-Collegium verkündet, und der Reichstag beeilte ſich, in überſchwänglichen Worten den Empfindungen der Freude und des Dankes für die Erhaltung der Reichsintegrität einen Ausdruck zu geben. Aber nicht nur in Regensburg, im ganzen Reiche, beſonders in Süddeutſchland, wurde die Nachricht aus Leoben mit der lebhafteſten Freude begrüßt. Bedenkt man, wie viel Elend dieſe Länder in beinahe ſechsjährigem Kriege zu befahren hatten, welches Schickſal gerade im Frühling 1797 in Ausſicht ſtand, ſo kann man ſich

1) Caeſars Bericht vom 24. April 1797.

2) Schreiben des Fürſten Colloredo an den kaiſerlichen Concommiſſar, Freiherrn v. Hügel, in Regensburg vom 24. April mit den Beilagen im Oeſtr. Staats-Archiv.

vorstellen, mit welchen Gefühlen die Bewohner nun endlich wieder einer besseren Zukunft entgegen sahen. Besondere Genugthuung fand die kaiserliche Partei darin, daß der Friede und die Integrität des Reiches allein durch den Kaiser wieder gewonnen seien. „Es ist der schönste Triumph des durchlauchtigsten Erzhauses Oestreich," schreibt Hügel am 6. Mai an den Erzherzog Karl, „ohne preußische Vermittlung zu Friedensverhältnissen mit Frankreich gekommen zu sein und seine gerade Handlungsweise, seine politische Treue und die Tapferkeit seiner Krieger selbst vom Feinde anerkannt und mit Hochachtung und Vertrauen erwiedert zu sehen" [1]).

Aber Wochen und Monate vergingen, ohne daß aus Wien über den Inhalt des Vertrages weitere Nachricht eintraf. Dagegen erregte jene Mittheilung des Directoriums nebst Anderem, was in französischen Zeitungen zu lesen war, selbst für die versprochene Reichsintegrität lebhafte Besorgnisse, und die Franzosen hörten nicht auf, sogar das rechte Rheinufer mit allen Uebeln einer feindlichen Besetzung heimzusuchen. So bemächtigte sich mehr und mehr ein dumpfes Mißvergnügen der Gemüther. Hügel, welchen die Mittheilung der Staatskanzlei so Großes hoffen ließ, mußte schon bald nachher dem Fürsten Colloredo von der veränderten Stimmung Nachricht geben. Besonders lebhaft hatte der kurmainzische Gesandte v. Steigentesch seine Empfindlichkeit ausgesprochen, daß sogar dem Reichserzkanzler der Inhalt der Präliminarien noch immer nicht bekannt geworden sei [2]).

Diese andauernde Verheimlichung hat das Urtheil über Inhalt und Bedeutung der Präliminarien lange Zeit verwirrt und bis heute nicht zu vollkommener Klarheit gelangen lassen. Besonders ungünstig wirkte in diesem Sinne der Friede von Campo Formio. Die Präliminarien mußten als Vorbereitung jener späteren Verhandlungen aufgefaßt werden; so lag die Vermuthung

---

1) Bericht Hügels an Colloredo vom 6. Mai mit der Beilage im Oestr. Staats-Archiv.

2) Berichte an Colloredo vom 8. und 16. Mai im Oestr. Staats-Archiv.

nahe, ſie würden, von denſelben Grundſätzen ausgehend, im Weſentlichen auch daſſelbe enthalten haben. Man erkennt, es ſind die Abſichten gegen Venedig, die verheimlicht werden mußten; im Uebrigen hätte es dem kaiſerlichen Hofe nur erwünſcht ſein können, daß Alles, was zu Leoben verhandelt wurde, zur öffentlichen Kenntniß gelangte. Denn weit entfernt, die allgemeine Ungunſt zu verdienen, ſind die Präliminarien in der That vortheilhafter, als nach den Ereigniſſen der letzten Jahre ſich erwarten ließ. Nur das Zuſammentreffen mehrerer beſonders günſtiger Umſtände konnte bewirken, daß keine erhebliche Schmälerung an Macht und Umfang nach einem ſolchen Kriege von Deutſchland gefordert wurde. Allerdings ging Belgien verloren; aber dieſe Provinz, wenn auch gewiß kein werthloſes Beſitzthum, war doch dem Reiche ſchon ſo ſehr entfremdet und von dem Sitze der öſtreichiſchen Monarchie ſo weit entfernt, daß ſie nicht als ein lebendiges Glied und keineswegs als eine ihrer Größe und Bevölkerung entſprechende Verſtärkung anzuſehen war. Dagegen wird im fünften Artikel der Präliminarien die Reichsintegrität ausdrücklich gewahrt, und man hat aus dem Vorhergehenden ſich überzeugen können, daß ſie keineswegs vom Kaiſer als ein leeres Wort betrachtet wurde. Aber hatte nicht der ſechſte Artikel die geſetzlichen Gränzen Frankreichs anerkannt? An das Verhältniß beider Beſtimmungen zu einander hat ſich allerdings ein heftiger Streit geknüpft. Es iſt lohnend genug, ja zum Verſtändniß des Folgenden unerläßlich, daß wir ein richtiges Urtheil darüber vorerſt hier feſtzuſtellen ſuchen [1]).

---

1) Die beiden Artikel lauten:

Art. 5. Il sera tenu un congrès formé de plénipotentiaires respectifs, pour y traiter et conclure la paix définitive entre les deux puissances sur la base de l'intégrité de l'Empire Germanique.

Art. 6. Sa Majesté l'Empereur et Roi renonce à tous ses droits sur les provinces Belgiques, connues sous le nom de Pays-Bas Autrichiens, et reconnait les limites de la France décrétées par les lois de la République Française. La dite renonciation est faite aux conditions suivantes:

1. Que toutes les dettes hypothécaires attachées au sol des pays cédés seront à la charge de la République Française.

2. Que tous les habitans et possesseurs des provinces Belgiques

Im Laufe der ſpäteren Verhandlungen legten die Franzoſen einmal ein langes Verzeichniß der Länder vor, die durch Beſchlüſſe des Convents, Verträge oder Proclamationen mit Frankreich vereinigt ſeien. Sie forderten nicht nur die neun belgiſchen Departements und die vom Elſaß eingeſchloſſenen Beſitzungen verſchiedener Reichsſtände, ſondern auch die Pfalz mit Mainz, Worms und Speier; denn alles dies ſei den franzöſiſchen Gränzen einverleibt, alſo durch den Wortlaut der Präliminarien an Frankreich abgetreten. Dagegen behaupteten die Oeſtreicher, jene Anerkennung im ſechſten Artikel könne einzig die Beſitzungen des Kaiſers in Belgien betreffen; denn nur was ihm gehöre, habe der Kaiſer abtreten, nicht über die Beſitzungen anderer Reichsſtände verfügen können. Danach wäre alſo nicht einmal das Bisthum Lüttich mit den Abteien Stablo und Malmedy und der Grafſchaft Logne, die doch den neuen Departements angehörten, in die Abtretung einbegriffen worden. Aber dieſe Anſprüche gehen nach beiden Seiten zu weit. Ich glaube, trotz der ungenauen Faſſung der Artikel läßt die richtige Bedeutung mit Beſtimmtheit ſich nachweiſen.

Schon bis zu Ende des Jahres 1793 war von den geſetzgebenden Verſammlungen Frankreichs eine Anzahl von Reunionsdekreten ausgegangen.[1] Sie bezogen ſich theils auf größere Gebiete, theils auf einzelne Gemeinden. Die deutſchen Beſitzungen im Elſaß, das Bisthum Baſel, Avignon, Savoyen, Nizza, Monaco, Theile Belgiens und während des vorübergehenden Beſitzes von Mainz auch dieſe Stadt und das weite Gebiet der rheiniſch-deutſchen Republik waren mit Frankreich vereinigt worden [1]). Ein Theil dieſer Län-

---

qui voudront sortir du pays seront tenus de le déclarer trois mois après la publication du traité de paix définitif, et auront le tems de trois ans pour vendre leurs biens meubles et immeubles;

3. Que la République Française fournira à la paix définitive un dédommagement équitable à S. M. J. l'Empereur et Roi qui soit à sa convenance.

1) Die Decrete finden ſich im ſechſten Bande der Sammlung von Martens, ein Verzeichniß in dem kleinen, aber ſehr nützlichen Buche von Lancizolle: Ueberſicht der deutſchen Reichsſtandſchafts- und Territorialverhältniſſe vor dem franzöſiſchen Revolutionskriege, Berlin 1830, S. 62.

der, Avignon, Savoyen, die Erwerbungen im Elſaß, war in franzöſiſche Departements verwandelt und in der franzöſiſchen Conſtitution vom 22. Auguſt 1795 als integrirender Theil der Republik ſchon aufgeführt. Dazu kamen ſpäter noch das holländiſche Flandern, die öſtreichiſchen Niederlande mit Lüttich und den erwähnten Abteien; ſie wurden am 21. September in neun Departements getheilt, am 1. October förmlich mit der Republik vereinigt und am 6. October der franzöſiſchen Conſtitution wie allen ſpäteren franzöſiſchen Geſetzen unterworfen. Der Inbegriff jener in der Conſtitution genannten 89 und der 9 belgiſchen Departements iſt es, was, außer den Colonien, die geſetzlichen oder conſtitutionellen Gränzen Frankreichs beſtimmte, und über dieſen Beſitz erklärte die Republik von Anfang an, nicht unterhandeln zu wollen. Auf dieſe Gränzen bezieht ſich auch die Anerkennung, welche im ſechſten Artikel der Präliminarien ausgeſprochen wird. Allein man hat dabei offenbar nicht die conſtitutionellen Gränzen überhaupt, ſondern ausſchließlich den Theil im Sinne gehabt, der ſich auf die belgiſchen Departements erſtreckt. Denn nur in dieſer Weiſe iſt zu erklären, daß die Anerkennung unmittelbar in demſelben Satze an die Abtretung Belgiens ſich anſchließt, und gleich darauf wieder Beſtimmungen folgen, welche einzig Belgien betreffen. Hätte man eine allgemeine Anerkennung der franzöſiſchen Gränzen ausſprechen wollen, ſo würde man aus einer ſo wichtigen Beſtimmung einen beſonderen Artikel gebildet haben. Die Oeſtreicher machten dies nicht mit Unrecht geltend. Und da nun der fünfte Artikel für den bevorſtehenden Frieden die Grundlage der Reichsintegrität ausdrücklich anerkennt, ſo ſchloſſen ſie auch ſpäter, als ſie die Abtretung Lüttichs und der Abteien ſchon zugeſtanden, es müßten wenigſtens alle übrigen vormals deutſchen Gebiete, auch wenn ſie einem Departement ſchon einverleibt waren, an das Reich zurückgegeben werden. Allein wenn auch der ſtrenge Wortlaut dafür einige Anhaltspunkte bietet, es hieße die Lage der Dinge und den Geiſt der Präliminarien verkennen, wollte man dieſen Anſpruch für begründet erklären. Unmöglich konnte der General Bonaparte daran denken, die vom Elſaß eingeſchloſſenen deutſchen Ge-

bietstheile, welche ſelbſt nach den Ereigniſſen des Jahres 1815 bei Frankreich verblieben ſind, im Jahre 1797 wieder zurückzugeben. Zuverläſſig hat man an dieſe Theile in Leoben gar nicht gedacht, ſondern, wie bemerkt, die conſtitutionellen Gränzen und die Reichsintegrität nur auf Belgien und die übrigen Gebiete des linken Rheinufers bezogen. Dies kann nicht befremden. Der größere Theil des außerdem noch Einverleibten: Savoyen, Nizza, Avignon, war von dem Willen des Kaiſers unabhängig, das Uebrige nicht von ſo großer Bedeutung, daß es beſondere Beſtimmungen ſchon in Leoben erfordert hätte. Denn man darf nicht vergeſſen, daß hier nicht ein langſam mit Wohlbedacht und in den Einzelnheiten ausgearbeiteter Friedensſchluß, ſondern nur in übergroßer Eile abgefaßte Präliminarien vorliegen. Dem Geiſte dieſes Vertrags war es offenbar gemäß, daß ſpäter bei dem Reichsfrieden jene kleineren Gebiete den Franzoſen abgetreten wurden. Darauf deutet ſchon Thugut hin, wenn er in der Inſtruction vom 15. April zwar im Allgemeinen die deutſchen Gebiete am linken Rheinufer zurückfordert, aber doch nicht ausſchließt, daß einzelne Parzellen, die den Franzoſen beſonders gelegen wären, bei der Republik verbleiben könnten. Deutſchland erlitt dann immer einige Einbuße, aber doch nicht in dem Maße, daß man nicht mit Fug von der Integrität des Reiches noch hätte reden können, und der fünfte und ſechſte Artikel nebeneinander einen verſtändigen Sinn behielten. Dies wäre aber nicht möglich, wollte man, wie ſpäter die Franzoſen verſuchten, unter die conſtitutionellen Gränzen auch die geſammte rheiniſch-deutſche Republik, alſo das Land von der Nahe bis zum Elſaß mit Mainz, Worms, Speier und ſo vielen anderen wichtigen Beſitzungen einbegreifen. Mit dem Wortlaut und Zuſammenhang der Präliminarien iſt dieſe Auffaſſung unvereinbar. Denn ein ſolches Zugeſtändniß — man denke nur an die Auslieferung von Mainz — wäre geradezu der wichtigſte Punkt des ganzen Vertrages. Iſt es denkbar, daß man ihn nur beiläufig in einem allgemeinen Ausdruck zwiſchen den beſonderen Beſtimmungen über Belgien erwähnt haben ſollte? Und wie hätte man nach ſolcher Einbuße noch von der Integrität des Reiches

reden können? Weder die äußere noch die innere ließ ſich erhalten. Es war vorauszuſehen, daß die weltlichen Fürſten für die auf dem linken Ufer verlorenen Beſitzungen einen Erſatz fordern, daß die Reichsverfaſſung eine weſentliche Veränderung erleiden, kurz gerade das geſchehen würde, was Oeſtreich durch den Vertrag von Leoben am meiſten zu verhindern ſuchte.

Daß dieſe Auffaſſung die richtige ſei, wird nicht nur durch den Wortlaut des Vertrages beſtätigt, ſondern demnächſt durch die Thatſache, daß man vor dem Frieden von Campo Formio das Land zwiſchen der Nahe und dem Elſaß gar nicht als einen Theil Frankreichs angeſehen und behandelt hat. Es wurde der Conſtitution und den franzöſiſchen Geſetzen nicht unterworfen, auch nicht zum Departement gemacht, ſondern es behielt ſeine eigene Geſetzgebung und Verwaltung und theilte durchaus das Schickſal der übrigen deutſchen Gebiete am linken Rheinufer, welche nicht zu den mit Frankreich vereinigten, ſondern zu den eroberten Ländern (pays conquis) gerechnet wurden[1]). Selbſt die franzöſiſche Regierung hat dem völlig wirkungsloſen Vereinigungsdekret vom 30. März 1793 in den folgenden Jahren keine Bedeutung beigelegt. Damit ſtimmen denn auch alle Nachrichten überein, welche über die Vorgänge in Leoben, über frühere Verhandlungen und die ſpäteren Streitigkeiten auf uns gekommen ſind. Bereits im Frühling des Jahres 1796, in Erwiederung auf die Friedensanträge Englands, hatte das Directorium vor Allem die Anerkennung der conſtitutionellen Gränzen gefordert. Es wurde ſchon damals der eigentliche Sinn des Ausdrucks vielfach erörtert; auch im preußiſchen Miniſterium. Haugwitz legt im April 1796 einem Schreiben, das ſich mit dieſer Angelegenheit beſchäftigt, eine damals viel geleſene Zeitung, den Hamburger unparteiiſchen Correſpondenten vom 19. April 1796 bei. Darin

1) Man vergleiche darüber: Perthes, Politiſche Zuſtände und Perſonen in Deutſchland zur Zeit der Fremdherrſchaft, Gotha 1862; meine Abhandlung: Die Stadt Bonn unter franzöſiſcher Herrſchaft, in den Annalen des hiſtor. Vereins für den Niederrhein, Köln 1863, XIII, 118; und insbeſondere Remling, die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, Speyer 1865, II, 333 fg.

iſt der Notenwechſel Wickhams und Barthelemys nebſt einigen Stücken ähnlichen Inhalts mitgetheilt, und es folgt dann, dem Anſcheine nach, aus einer officiellen Feder die Bemerkung:

„Die Länder, welche nach der franzöſiſchen Conſtitution das franzöſiſche Territorium ausmachen, ſind:

1) Frankreich, wie es beim Anfange des Krieges war,
2—6) die Kolonien,
7) Avignon und Venaiſſin,
8) Mömpelgard und Pruntrut,
9) Savoyen, Nizza, Monaco,
10) Oeſtreichiſch Flandern und Brabant und was ſonſt dem Kaiſer an der linken Seite des Rheins gehört,
11) Maſtricht, Venlo und das holländiſche Flandern,
12) das Bisthum Lüttich."

Dieſelbe Auffaſſung kehrt auch in Malmesburys Berichten über ſeine Verhandlungen im Jahre 1796 wieder, nicht weniger in Dokumenten franzöſiſchen Urſprungs. Selbſt der Director Barras nennt in der ſchon angeführten Inſtruction für Clarke vom 17. Januar 1797 [1]) als die mit der Republik vereinigten Länder außer den öſtreichiſchen Beſitzungen nur Pruntrut, Mömpelgard, Lüttich, Malmedy und Stablo. Er führt ſie zwar nur beiſpielsweiſe und nicht ausſchließlich als die einzigen an, aber Jeder wird zugeſtehen, daß ein franzöſiſcher Director nicht Mömpelgard und Pruntrut nennen würde, wenn er Mainz, Worms und Speier zu nennen ſich für berechtigt hielte. Noch entſcheidender ſind die Aeußerungen des franzöſiſchen Geſandten in Berlin, Caillard, kurz vor dem Abſchluß der Präliminarien. Frankreich wünſchte damals, wie man bald ausführlicher leſen wird, daß Preußen die Vermittlung zwiſchen der Republik und dem deutſchen Reich übernähme. Der König erklärte ſich dazu bereit, aber nur unter der Bedingung, daß vorerſt die Integrität des Reiches geſichert ſei, und die Franzoſen ihre Abſichten auf das linke Rheinufer aufgäben. Darauf erwiederte Caillard in einer Unterredung mit

1) Correspondance inédite, II, 414.

Haugwitz um die Mitte Februars und am 28. im Auftrage des Directoriums auch schriftlich: die französische Regierung würde kein Gebiet wieder aufgeben, das bis dahin gesetzlich mit der Republik vereinigt sei. Dies begreife die östreichischen Niederlande, das vormals holländische Flandern, Lüttich, Savoyen und Nizza. Was die Franzosen sonst noch am linken Rheinufer besetzt hielten, könne Gegenstand der Verhandlung werden. Von eigentlich deutschen Provinzen, meinte Caillard, sei doch bisher allein Lüttich mit Frankreich vereinigt worden, über den Rest würde eine Verständigung sich schon erreichen lassen. Man sieht, alle diese Zeugnisse laufen bei mancher Ungenauigkeit im Einzelnen doch im Wesentlichen auf dasselbe hinaus; und wenn hier Caillard unter den deutschen, mit Frankreich vereinigten Besitzungen Lüttich als die allein wesentliche hervorhebt, so begreift sich, wie man auch in Leoben die constitutionellen Gränzen nur in Bezug auf Belgien besonders zu erwähnen Veranlassung fand.

Wir haben gesehen, daß Thuguts Instruction an der Grundlage der Reichsintegrität strenge festhielt, nur daß er einzelne, besonders gelegene Parzellen des Reichsgebietes den Franzosen nicht verweigerte. Wenn nun Merveldt am 19. April die Antwort gibt, diese Forderung sei zugestanden und in den Präliminarien zur Geltung gekommen, so liegt auch darin der Beweis, daß er unter den gesetzlichen Gränzen das verstand, was er darunter verstehen mußte, und was wir hier als das Richtige nachzuweisen versuchten. Noch bestimmter sprechen die eigenen Aeußerungen Bonapartes. Er stellte, wie wir sahen, die Alternative, daß Frankreich entweder Mainz und die Länder des linken Rheinufers behalte, oder nicht behalte. Er berief sich später auf das Eintreffen dieses zweiten Falles, auf den Verzicht Frankreichs am Rhein, um die Entschädigung des Kaisers in Italien zu vermindern; ja er zeigte sich bereit, alle Wünsche Oestreichs in Italien zu erfüllen, wenn der Kaiser nur aufhören wolle, von dem linken Rheinufer und der Integrität des deutschen Reiches zu sprechen [1]).

1) Diese merkwürdigen Worte verdienen hier im Original gelesen zu werden. Le refrain du général Bonaparte, schreibt Merveldt, était tou-

Man wird vielleicht einwenden, daß die conſtitutionellen Gränzen auch nach der Auslegung der Franzoſen nicht das geſammte linke Rheinufer umfaßten, daß alſo immer ein bedeutender Theil ihrer Eroberungen zurückgegeben wurde, und auf dieſen die Ausdrücke Bonapartes ſich beziehen konnten. Allein die Abtretung der ganzen Rheinpfalz, des unſchätzbaren Beſitzes von Mainz wäre doch immer von Seiten des Kaiſers ein ſo großes Zugeſtändniß geweſen, daß er dafür auch in Italien andere Zugeſtändniſſe und gewiß nicht eine Schmälerung ſeiner Anſprüche hätte erwarten können.

Ebenſo deutlich äußert ſich Bonaparte in den Briefen an das Directorium. Für mich ſind ſie gerade das Mittel geweſen, die richtige Bedeutung des Vertrages zu erkennen. Stufenweiſe ſieht man, wie das, was der franzöſiſche General zu erreichen dachte, ſich vermindert. In dem Briefe vom 8. April ſpricht noch die Hoffnung, der Kaiſer würde die Rheingränze mit Mainz abtreten; am 16. werden beide nicht mehr erwähnt, man findet ſtatt deſſen Klagen über die Unthätigkeit der Rheinarmee und die ſchwierige Lage des eigenen Heeres. In dem Briefe vom 19. heißt es ganz ausdrücklich: „Alles, was Departement iſt, verbleibt der Republik.“ Es iſt denn auch bei den ſpäteren Streitigkeiten ſelbſt von den Franzoſen nicht geläugnet worden, daß der Artikel der Präliminarien urſprünglich nur auf die belgiſchen Departements ſich bezogen habe. Man wird ſich davon ſpäter im Einzelnen über-

---

jours, que Sa Majesté l'Empereur ne pouvait plus prétendre de dédommagement des Pays-Bas, vu qu'Elle ne pouvait ignorer, que la cession, que faisait la France de la rive gauche du Rhin et des pays qu'elle possédait à l'Empire, n'était due, qu'à la considération et au désir de rétablir la paix avec Sa Majesté l'Empereur et non avec les membres de l'Empire, et que par conséquent les Pays-Bas se trouvaient compensés déjà en Allemagne; que si Sa Majesté l'Empereur voulait se désister de parler de l'Empire et de son intégrité, la France ferait en Italie tout ce que Sa Majesté Impériale pourrait désirer; que donc le Nord ayant compensé le Nord, le Midi ne pouvait plus compenser que le Midi.

zeugen, ich hebe hier nur eine Aeußerung hervor. Merveldt fragte einmal den General Bonaparte ausdrücklich, ob er ſich nicht erinnere, daß einer der erſten Punkte, über die man in Leoben ſich geeinigt habe, gerade der geweſen ſei, es dürfe weder von Mainz noch von dem kleinſten Theile des linken Rheinufers ferner geredet werden. Und Bonaparte hat die Richtigkeit dieſer Ausſage nicht beſtritten.

Selbſt die Machthaber in Paris, ſo ſehr ſie auch gerade jener Beſtimmung widerſtrebten, ſtellten ſie doch, wenigſtens in erſter Zeit, nicht in Abrede. Die Mittheilung des Directoriums an den geſetzgebenden Körper ging allerdings in ſo weit über den Text der Präliminarien hinaus, als ſie die Anerkennung der conſtitutionellen Gränzen, welche der ſechſte Artikel nur in Bezug auf die Abtretung Belgiens und die neun belgiſchen Departements erwähnt, als eine allgemeine in einem beſonderen Artikel hinſtellt. Aber nach der richtigen Bedeutung jenes Ausdrucks wäre dadurch der Geiſt des Vertrages nicht erheblich verändert, auch für Deutſchland nicht gar zu viel verloren worden. Und dieſe Bedeutung wurde von den Directoren unverhohlen anerkannt. Man erſieht es am beſtimmteſten aus den Verhandlungen des preußiſchen Geſandten, Freiherrn v. Sandoz in Paris, die ich ſpäter im Zuſammenhange darſtellen werde, aber ſchon hier für die vorliegende Frage zu Hülfe nehmen muß. Unter dem Wenigen, was man Sandoz über den Inhalt der Präliminarien mittheilte, befand ſich die Verſicherung, daß die Republik durch die Abtretung Belgiens und ſeiner Dependenzen das Ziel des Krieges erreicht und weiter Nichts mehr von Deutſchland zu fordern habe. In den Inſtructionen für Clarke ſei das linke Rheinufer zwar noch als ein Gegenſtand der Unterhandlung bezeichnet, nun aber, da der General Bonaparte in den Präliminarien beinahe gänzlich verzichtet habe, könne man nicht mehr darauf zurückkommen. Es ſei dies ein Beweis von der Mäßigung des Directoriums. So drückten, Sandoz gegenüber, Carnot, Letourneur und ſogar Rewbell ſich aus, obgleich der letzte ſein Mißvergnügen, daß es dahin gekommen, nicht verhalten konnte. Nur der Miniſter Delacroix war anderer Mei-

nung; er wollte trotz der Präliminarien das linke Rheinufer behaupten und ſuchte darin ſogar einen Vortheil für Preußen nachzuweiſen. „Aber", fügt Sandoz hinzu, „es iſt ein Glück, daß er keinen Einfluß hat" [1]).

Die Nachrichten des Geſandten lauteten ſo beſtimmt, daß man in Berlin ſogar für möglich hielt, ohne Aufſchub wieder in den Beſitz der preußiſchen Provinzen am linken Rheinufer zu gelangen [2]). Aber nur zu bald erlitten die Anſichten oder wenigſtens die Abſichten der Directoren eine Veränderung. Schon am 15. Mai muß Sandoz mittheilen, ſie ſprächen über die Rheingränze mit jedem Tage anders, er wiſſe nicht, was er davon denken ſolle. Rewbell und Barras äußerten gelegentlich, es ſtehe noch gar nicht feſt, daß Frankreich auf das linke Rheinufer verzichte, und Delacroix verſicherte, die Beſtimmung darüber hänge ganz von dem Willen des Directoriums ab. Auch in Berlin wurde man unruhig; am 29. Mai gibt das Miniſterium Sandoz den Auftrag, ſich genau zu erkundigen, was denn unter den geſetzlichen Gränzen zu verſtehen ſei. Die Zeitungen reden von einem Decret des Convents, welches am 30. März 1793 Mainz, Worms und andere Gebiete mit Frankreich vereinigt habe; Sandoz möge in Erfahrung bringen, ob auch dieſe in die geſetzlichen Gränzen einbegriffen werden ſollten, oder ob, wie Caillards Aeußerungen annehmen ließen, nur von den Niederlanden, Savoyen, Nizza, Lüttich und Mömpelgard die Rede ſei. Aber immer mehr entſchied man ſich in Paris für die erſtere Meinung. Am 6. Juni ſchreibt Sandoz, Tages vorher habe auch Carnot zum erſten Male unbeſtimmt über die Rückgabe des linken Rheinufers ſich ausgelaſſen. Einige Zeit darauf führte Sandoz eine beſtimmtere Erklärung herbei [3]). „Sie behaupten immer," ſagte er zu Carnot, „die Gränzen Frankreichs ſeien noch ungewiß und Gegenſtand der Verhandlung, der Kaiſer in ſeiner Eröffnung an den Reichstag

1) Sandoz' Bericht vom 7. Mai 1797.

2) Das Miniſterium an Sandoz am 15. Mai.

3) Vgl. Sandoz' Bericht vom 8. Juli.

ſpricht von der Reichsintegrität wie von einer feſtſtehenden Thatſache. Wie läßt ſich das vereinigen?“ „Das Wiener Cabinet,“ erwiederte der Director, „hat nicht erwogen, daß es durch die Anerkennung der conſtitutionellen Gränzen zugleich das linke Rheinufer bewilligte. Selbſt Mainz könnte, wenn man es ganz genau nehmen wollte, in dieſe Gränzen einbegriffen werden.“ „Nicht blos der Kaiſer,“ verſetzte Sandoz, „hat es nicht ſo verſtanden, ſondern ebenſo wenig der geſetzgebende Körper und kein Politiker in der Welt.“ Carnot erwiederte Nichts darauf, er fing an zu lachen.

Es wird aus dieſen Anführungen deutlich genug, wie die Stimmung in Paris ſich veränderte. Was in Leoben nicht durchgeſetzt werden konnte, ſuchte man auf einem anderen Wege zu erhalten, indem man den Präliminarien eine fremde Bedeutung unterlegte; und leider hatten ſich die Verhältniſſe während des Sommers in der Weiſe geſtaltet, daß die Franzoſen ihren Willen durchſetzten. Aber Nichts berechtigt, dieſe Auffaſſung auf die früheren Verhandlungen zu übertragen. Wären die Präliminarien dem wahren Sinne gemäß zur Ausführung gekommen, ſo hätte Deutſchland im Weſentlichen die Gränzen des Jahres 1815 erhalten, immer eine Schmälerung im Vergleich zum früheren Beſitz, aber ein großer Vortheil im Vergleich zu dem, was man befürchten mußte, und was ſpäter wirklich erfolgt iſt. Das deutſche Reich hatte alle Urſache, für einen ſolchen Frieden, zu dem es ſelbſt ſo wenig beigetragen, dem Kaiſer ſeine Dankbarkeit zu bezeigen.

Nachtheilig war allerdings, daß Oeſtreich für den Augenblick von ſeinen Verbündeten getrennt wurde. Indeſſen ein Erſatz lag darin, daß Frankreich den Congreß zu Bern mit Zuziehung der Verbündeten, alſo Englands bewilligte, ein Zugeſtändniß, zu welchem das Directorium nur äußerſt ungern im Herbſt nach den Siegen des Erzherzogs ſich entſchloſſen hatte. Kam der Congreß zu Stande, ſo trat eine feſte, mächtige Vereinigung den franzöſiſchen Anſprüchen gegenüber, und gewiß ein großer Theil derſelben wurde unausführbar. Es iſt erklärlich genug, daß die franzöſiſche Diplomatie ſich ſpäter bemühte, ſtatt dieſes Congreſſes wieder geſonderte Verhandlungen mit Oeſtreich herbeizuführen.

Endlich waren auch die italiäniſchen Angelegenheiten, will man den Maßſtab des Nutzens anlegen, günſtiger geordnet, als ſich erwarten ließ. Oeſtreich erhielt ein weites, zuſammenhängendes Gebiet, durchaus verbunden mit den alten Provinzen, geſchützt durch Mantua, Peschiera und die Linien des Oglio und Mincio, in militäriſcher Beziehung für Oeſtreich und Deutſchland vom höchſten Werth. Dazu kamen die unentbehrlichen Küſtenſtriche von Iſtrien und Dalmatien, die Verbindung mit dem adriatiſchen Meere, die Möglichkeit, ſich als Seemacht zu entwickeln. Mailand ging allerdings verloren, es entſtand eine neue Republik, vorausſichtlich von Frankreich abhängig. Dagegen war die venetianiſche Ariſtokratie eben ſo entſchieden an Oeſtreich gewieſen. Es war ein außerordentlicher Gewinn, wenn Thugut Frankreich bewog, zu Gunſten dieſes Staates auf die Legationen zu verzichten. Kamen die Präliminarien zur Ausführung, ſo behielt der Kaiſer, in Verbindung mit Venedig, Rom, Toskana und Neapel, in Italien eine Stellung, welche zum mindeſten dem Einfluß der Franzoſen die Spitze bot und bei einer neuen Wendung des franzöſiſchen Staatsweſens leicht ſtärker werden konnte, als ſie jemals geweſen war.

Das Verfahren gegen Venedig zu rechtfertigen haben dieſe Blätter weder die Abſicht noch die Fähigkeit. Wer könnte ſie auch rechtfertigen, die Beraubung eines kleinen Staats durch zwei große Mächte, die ſich auf Koſten des Schwachen zu bereichern ſuchen? Nur darf man, um billig zu urtheilen, die Anſchauungen und Verhältniſſe jener früheren Zeit nicht außer Acht laſſen. In den letzten fünfzig Jahren hat ſich in Italien ein mächtiges Nationalgefühl entwickelt, welches jeden fremden Einfluß ſchmerzlich empfindet und mit Anſtrengung fernzuhalten ſucht. Nach langen blutigen Kämpfen ſcheint dies endlich gelungen; Franzoſen und Oeſtreicher, die damals den italiäniſchen Boden theilten, haben ihn wieder verlaſſen müſſen, und ich gehöre wahrlich nicht zu denen, die es beklagen. Wenn ich in italiäniſchen Städten öſtreichiſche Fahnen und Soldaten ſah und in deutſcher Sprache befehligen hörte, ich habe niemals Etwas wie Stolz oder Genugthuung empfun-

den, ſondern eher Scham und ein Gefühl, als müßte ich dem nächſten Italiäner Abbitte thun, daß meine Landsleute ſein Hausrecht verletzten. Als Deutſchen kann mich die Art, wie die Entſcheidung erfolgt iſt, nicht erfreuen, und ich muß bedauern, daß Oeſtreich mit den italiäniſchen Provinzen beinahe den ganzen Erſatz unendlicher Anſtrengung in den Revolutions- und Freiheitskriegen wieder verloren hat. Auch verkenne ich nicht die Gefahren, die das Entſtehen eines mächtigen Staates am Fuße der Alpen für Deutſchland einmal nach ſich ziehen mag. Aber dies Alles kann mich jetzt nicht, und konnte mich niemals wünſchen laſſen, daß ungerechte, in ſich unhaltbare Zuſtände länger fortdauern ſollten. Ich freue mich, daß einer großen, herrlich begabten Nation nach Jahrhunderte langer Unterdrückung endlich wenigſtens die Möglichkeit geboten iſt, ſich frei zu entwickeln und als ein ſelbſtſtändiges, förderndes Mitglied dem großen Vereine europäiſcher Staaten und Völker ſich zuzugeſellen. Wollte Jemand in unſerer Zeit einen Vertrag wie die Präliminarien abſchließen, ſo könnte nur das Widerſinnige der That den Frevel überbieten. Aber es wäre unbillig und vor Allem der Aufgabe des Hiſtorikers entgegen, wollte man dieſen Maßſtab für das Ende des vorigen Jahrhunderts zur Anwendung bringen. Ein lebendiges Nationalgefühl war damals noch das ausſchließliche Eigenthum einzelner hervorragender Männer, im Uebrigen läßt kaum irgendwo ein nationaler Widerſtand gegen öſtreichiſchen oder franzöſiſchen Einfluß ſich wahrnehmen; ja, nach den Briefen Bonapartes ſcheint nicht zu bezweifeln, daß die größere Menge der Bevölkerung auf Seiten Oeſtreichs gegen die Franzoſen ſtand. Man hat die Beſtimmungen von Leoben der Theilung Polens gleichgeſtellt, und beide haben allerdings gemein, daß man ohne Recht über fremde Beſitzungen verfügte. Aber noch auffälliger ſind die Unterſchiede. In Polen wurde eine durch Sprache, Sitten, religiöſe Ueberzeugung und durch eine, wenn auch lockere, doch bildſame Verfaſſung zu einem Staat vereinigte Nation gewaltſam und treulos aus einander geriſſen, drei verſchiedenen Herren und allem Elend eines religiöſen und politiſchen Druckes überantwortet. Venedig

beſaß die Provinzen des Feſtlandes eben als Provinzen; ſie hatten an der Staatsgewalt keinen Antheil; es läßt ſich bezweifeln, ob ſie die neue Herrſchaft viel härter als die alte empfanden. Darin liegt noch keine Rechtfertigung für Thugut, aber wenn man den ſittlichen Maßſtab der damaligen Zeit anlegt, ſo darf man fragen, ob irgend ein Staatsmann, dem ſo außerordentliche Vortheile als Entſchädigung für unvermeidlichen Verluſt geboten wurden, blos aus Gewiſſenhaftigkeit ſie von der Hand gewieſen hätte. War es doch nicht einmal der Kaiſer, der Venedig beraubte, er empfing die Provinzen aus der Hand der Franzoſen als franzöſiſches Eigenthum, aber er war es, der wenigſtens eine Entſchädigung auswirkte, freilich nicht dem Werth der verlorenen Provinzen an ſich, aber vielleicht völlig dem Werthe entſprechend, den ſie in jenem Augenblick noch für Venedig hatten. Denn man vergeſſe nicht, daß ſie bereits in franzöſiſcher Gewalt und zum großen Theil von franzöſiſchen Truppen beſetzt waren, daß ſich mit Gewißheit vorausſehen ließ, ſie würden nicht ungeſchmälert unter venetianiſche Herrſchaft zurückkehren. Griff Oeſtreich nicht zu, ſo geriethen ſie durch Vereinigung mit der lombardiſchen Republik oder durch Veränderung ihrer Verfaſſung mittelbar oder unmittelbar unter franzöſiſchen Einfluß, Oeſtreichs Stellung in Italien und am adriatiſchen Meere war vielleicht für immer aufgegeben, und bei einem neuen Kriege die Gefahr um ein Bedeutendes näher gerückt. Auch für Deutſchland. Der ungeübteſte Blick erkennt, wie enge bei einem Kriege mit Frankreich die Unternehmungen am Rheine und an der Donau mit dem, was in Italien geſchieht, zuſammenhängen. Alle Kriege Napoleons, vornehmlich das Jahr 1809 haben es bewieſen. Von dieſem Geſichtspunkte aus läßt ſich nicht in Abrede ſtellen, daß die Erwerbung der venetianiſchen Provinzen auch für Deutſchland von entſchiedenem Vortheil war und in jener Zeit für die Abtretung Belgiens einigermaßen entſchädigen konnte.

Haltlos iſt die Behauptung, man habe ſchon zu Leoben die völlige Vernichtung des venetianiſchen Staatsweſen beabſichtigt. Keine Aeußerung, weder der Franzoſen, noch der kaiſerlichen Ge-

ſandten ſpricht dafür. Dagegen läßt ſich der Plan, die venetianiſchen Beſitzungen um ein Beträchtliches zu ſchmälern, allerdings ſeit Langem verfolgen. Schon zu Anfang des Jahres 1796 bei Poterats zweitem Aufenthalt in Wien hatte der franzöſiſche Unterhändler eine Vergrößerung für Oeſtreich am ſchwarzen oder adriatiſchen Meer auf Koſten der Türkei oder Venedigs in Ausſicht geſtellt. Aber Thugut gab zur Antwort, er könne das eben ſo gut mit Unterſtützung ſeiner gegenwärtigen Verbündeten erhalten [1]). Die Schwäche und Unentſchloſſenheit der alternden Republik war nur zu ſehr geeignet, ſolche Plane zu erwecken. Im Frühling desſelben Jahres, als Bonaparte nach der Eroberung Mailands gegen Mantua vorrückte, hatte er, ohne die Neutralität zu achten, Brescia in Beſitz genommen. Die Folge war, daß die Oeſtreicher, um nicht umgangen zu werden, Peschiera beſetzten. Statt ſich einem der beiden Gegner anzuſchließen, oder in bewaffneter Neutralität wenigſtens den eigenen Boden zu ſchützen, ſchwankte der venetianiſche Senat muthlos und unentſchieden, und überließ ſein Gebiet als Tummelplatz den feindlichen Heeren. Durch ein Bündniß mit Oeſtreich fürchtete man in gänzliche Abhängigkeit vom Kaiſer zu gerathen, eine Verbindung mit der franzöſiſchen Republik wäre das Ende der ariſtokratiſchen Vorrechte geworden. Bonaparte ſchrieb ſchon damals dem Directorium, er werde mit Venedig Streitigkeiten unterhalten, deren man ſich bei günſtiger Gelegenheit bedienen könne [2]), und Clarke erhielt, wie man ſich erinnert, im November den Auftrag, er ſolle unterſuchen, ob ſich wohl die venetianiſchen Provinzen zum Vortheil der lombardiſchen Republik verwenden ließen. Einſtweilen begnügte man ſich, die demokratiſchen Bewegungen in Venedig und auf dem Feſtlande zu fördern.

1) Vgl. Poterats Brief an Delacroix vom 4. Januar 1796. Von Planen des Wohlfahrts-Ausſchuſſes, Venedig wie Holland zu behandeln (di olandizzare gli stati Veneti), berichtet der venetianiſche Geſchäftsträger in Baſel, Graf Rocco Sanfermo ſchon zu Anfang des Jahres 1795; vgl. Romanin, storia documentata di Venezia, IX, 238, 228, 520, Venedig, 1860.

2) Vgl. den Brief vom 7. Juni 1796 in der Correspondance de Napoléon, I, 372.

Ende Dezembers wurde auch Bergamo beſetzt, die Klage des venetianiſchen Proveditors zurückgewieſen, dort ſowie in Brescia und Crema Alles für den Abfall von der Hauptſtadt vorbereitet. Gleichwohl mochte ſich Bonaparte noch nicht zum offenen Kriege entſchließen; während er im März gegen Wien zog, bot er noch einmal ein Bündniß an. Aber der Senat gab eine ablehnende Antwort. Wenig ſpäter, als eben die Unterhandlung mit dem Kaiſer begonnen hatte, kam der Aufſtand des Landvolks gegen die franzöſiſchen Truppen zum Ausbruch, und der Senat, wenn er nicht förderte, that doch Nichts, ihn zu unterdrücken. Seitdem war Bonapartes Entſchluß nicht mehr zweifelhaft. Schon am 5. April ſchreibt der franzöſiſche Geſandte aus Venedig, der Kaiſer könne durch venetianiſche Beſitzungen reichlich für Alles, was er den Franzoſen abtreten müſſe, entſchädigt werden [1]). Wie es ſcheint, hat Bonaparte gleich bei der erſten Beſprechung Gedanken dieſer Art das Wort geliehen; in der Thugutſchen Inſtruction werden ſie bereits vorausgeſetzt. Daß die erſte Anregung von den Franzoſen ausging, muß ich für wahrſcheinlich halten, doch iſt darauf kein großes Gewicht zu legen; denn gewiß hat man auch in Wien ſich nicht lange dagegen geſträubt. Hatten doch die Streitigkeiten über den Beſitz von Dalmatien ſchon mehr als ein Jahrhundert überdauert; wir ſahen, wie dann Joſeph II. auf das venetianiſche Feſtland begehrliche Blicke warf; endlich ließ Thugut noch in der geheimen Declaration vom 3. Januar 1795 ſich die Zuſtimmung Rußlands verſprechen, daß der Kaiſer Beſitzungen, die von den Venetianern uſurpirt ſein ſollten, wieder an ſich nehme.

1) Vgl. Daru, Histoire de Venise, Paris, 1819, VII, 295.

Fünftes Kapitel.

Urtheile neuerer Schriftſteller.

So gewiß ich glaube, daß meine Auffaſſung der Präliminarien die richtige ſei, ich könnte doch daran zweifeln, wenn ich ſehe, wie wenig ſie mit den Anſichten beinahe aller älteren und neueren Schriftſteller übereinſtimmt. Ich erwähne nur einige der bekannteſten, welche für die übrigen den Maßſtab geben. Vor Allen den, der ſelbſt für Frankreich die Präliminarien abgeſchloſſen hat. In Napoleons Denkwürdigkeiten findet man gerade die erſten Jahre ſeiner Laufbahn ausführlich beſchrieben [1]), und was er mittheilt iſt für alle ſpäteren franzöſiſchen Schriftſteller die Grundlage geworden. Gewiß ſind dieſe Denkwürdigkeiten von entſchiedenem Werthe, ſchon weil ſie zeigen, wie ein ſo außerordentlicher Mann ſeine Thaten aufgefaßt und beurtheilt wiſſen wollte. Nur ſtrenge Genauigkeit der Angaben und Unbefangenheit des Urtheils darf man von ihnen nicht erwarten. Ihr Zweck iſt vor Allem, zu rechtfertigen und die Dinge in das vortheilhafteſte Licht zu ſtellen. Da nun die Präliminarien von Leoben in Wahrheit nicht als ein vollkommener Triumph erſcheinen, ſo mußte die Erzählung in eben dem Maße, in welchem ſie an glänzenden Farben gewann, an Wahrheit einbüßen. Vorerſt ſoll die bedrängte Lage

---

1) Vgl. Mémoires de Napoléon, Paris, 1824, IV, 76 fg. Die neue Ausgabe der Commentaires de Napoléon I., Paris, 1867 iſt mir, da ich dies ſchreibe (September 1867), noch nicht zugänglich. Eine dem Grafen Las Caſes dictirte Aufzeichnung über den Feldzug und die Verhandlungen in Deutſchland (Mémorial de St. Hélène IV, 82 fg.) enthält Nichts von ſonderlicher Bedeutung.

des französischen Heeres ausschließlich durch die Unthätigkeit des Directoriums und der Rheinarmee verschuldet sein. Noch in einem Briefe vom 23. März, erzählen die Memoiren, habe die Regierung zu dem Siege am Tagliamento Glück gewünscht und versichert, die Rheinarmee würde sich unverzüglich in Bewegung setzen. Aber wenige Tage später, am 26., habe sie geschrieben, Moreau sei noch nicht bereit, zum Rheinübergang fehlen die Schiffe, die italiänische Armee dürfe nur auf ihre eigenen Kräfte zählen. Am 31. März soll diese entscheidende Nachricht in Klagenfurt eingetroffen und zwölf Stunden später der Brief an den Erzherzog abgegangen sein. Daß die ausweichenden Antworten des Directoriums Bonaparte in Verlegenheit setzten und auf seine Entschließungen von Einfluß gewesen sind, läßt sich nicht bezweifeln; auch Marmont hat es bezeugt und im Einzelnen ausgeführt [1]). Aber Napoleons Darstellung scheint, wie er es liebt, wesentlich auf die glänzende Wirkung berechnet. Denn wenn auch eine Depesche vom 26. März bis zum 31. von Paris nach Klagenfurt gelangen konnte, so wird durch Bonapartes eigene Briefe doch sehr unwahrscheinlich, daß er sie am letzteren Tage schon erhalten hatte. Am 1. April kündigt er selbst dem Directorium an, er habe dem Prinzen Karl geschrieben, und werde es auf sich nehmen, geeigneten Falles einen Präliminarfrieden abzuschließen. Von dem Empfang einer Depesche findet sich aber in diesem Briefe gar Nichts, auch wird die Anknüpfung mit dem Erzherzog keineswegs durch die Unthätigkeit der Rheinarmee begründet, sondern es heißt gerade im Gegentheil, der Rhein sei ohne Zweifel bereits überschritten, und die Nachricht werde mit der größten Ungeduld erwartet [2]).

Gleich in diesem Werke findet sich der Grundirrthum, welcher dann in so viele andere übergegangen ist: die kaiserlichen Gesandten hätten ohne Widerstreben in die Abtretung der Rheingränze gewilligt. Auch an Ungenauigkeiten fehlt es nicht. St. Vin-

1) Vgl. Mémoires du Maréchal Marmont, I, 272.

2) Vgl. Correspondance de Napoléon, II, 440.

cent ſoll am 17. April Thuguts Antwort auf die drei am 15. aufgezeichneten Entwürfe aus Wien überbracht haben; in Wahrheit überbrachte er die am 15. ausgefertigte Inſtruction für die Geſandten, und der Abſchluß erfolgte noch, bevor man Thuguts Antwort auf die Entwürfe erhalten hatte. Auch der General Deſſoles überbrachte nicht, wie wenig ſpäter angegeben wird, die Nachricht vom Anfang der Unterhandlungen, ſondern den Text der Präliminarien nach Paris [1]).

Die Scene bei der Ankunft de Gallos mag in der Hauptſache richtig erzählt ſein, in den Einzelnheiten iſt offenbar Manches, wie der Zweck erforderte, ausgeſchmückt. Sicher wurde Napoleon nicht ſo leicht mit de Gallo fertig, wie ſeine Darſtellung glauben läßt; denn in Wahrheit haben die kaiſerlichen Geſandten nicht nachgegeben, ſondern beinahe ſämmtliche Anforderungen ihrer Inſtruction durchgeſetzt. Ob die oft wiederholte Aeußerung, welche die Anerkennung der Republik zurückweiſt, richtig nach Leoben verlegt iſt, könnte man bezweifeln, da ſie ſpäter (IV, 216) auch bei den Verhandlungen von Campo Formio ſich erzählt findet; aber der Brief Bonapartes vom 16. April beweiſt, daß ſie wirklich nach Leoben gehört [2]). Eine förmliche Anerkennung der Republik, erklären die Denkwürdigkeiten, ſei gefährlich geweſen; denn wenn einmal das franzöſiſche Volk eine Monarchie habe errichten wollen, ſo hätte der Kaiſer ſagen können, er habe die Republik anerkannt. Neuere Schriftſteller wollen in dieſer Aeußerung, vielleicht nicht mit Unrecht, den Beweis eines vorher berechnenden Ehrgeizes erkennen. Uebrigens iſt der Gedanke nicht neu, Bonaparte hat ihm nur die glänzende Form gegeben. Schon als Harnier im Januar 1795 mit dem Wohlfahrtsausſchuß unterhandelte, wurde in ganz gleicher Weiſe ihm erwiedert, daß die Republik eine beſondere Anerkennung von Seiten Preußens in den Friedensvertrag nicht auf-

---

1) Vgl. Mémoires de Napoléon IV, 88, 91, 87, 89, und den Moniteur vom 1. Mai 1797.

2) Sie wird auch ſchon angeführt im Moniteur vom 28. April 1797.

nehmen könne; denn sie bestehe bereits thatsächlich, und wie sie selbst sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Regierungen mische, so müsse sie auch jede Einmischung in die ihrigen sich verbitten [1]).

Unter den neueren französischen Schriftstellern hat Barante den Vorzug, daß er am nächsten an den Wortlaut des Vertrages sich anschließt. Wo er den Aufzeichnungen Napoleons folgt, hat er auch einige Irrthümer herüber genommen. Weniger Gutes ist von Thiers Geschichte der Revolution zu sagen, wie überhaupt dies Buch nach Darstellung und Forschung dem großen Werke über das Consulat und das Kaiserreich nicht gleichkommt. Ueber deutsche Verhältnisse zeigt er sich, wie die meisten seiner Landsleute, nur ungenügend unterrichtet. Mit völliger Sicherheit spricht er zweimal den Satz aus, der Kaiser habe als Reichsstand den Franzosen die Rheingränze bewilligt, und erzählt dann mit besonderer Genugthuung, wie Napoleon den Artikel über die Anerkennung der Republik zurückgewiesen, auch hinsichtlich des Ceremoniells die Gesandten auf spätere Zeit vertröstet habe. Will man aber solche Einzelnheiten der Erwähnung werth achten, so muß man sagen, daß Bonaparte im Wesentlichen den Forderungen der Gesandten sich fügte; denn der zweite Artikel der Präliminarien bestimmt ausdrücklich, daß zwischen dem Kaiser und der Republik das früher beobachtete Ceremoniell gelten, also der Kaiser den Vorrang behaupten solle. Nichts ist zudem unrichtiger, als die Meinung, Napoleon habe dergleichen Dinge als eines Mannes unwerth mit Gleichgültigkeit behandelt. Er hat sein ganzes Leben hindurch und noch in den letzten Jahren auf die Formen des diplomatischen und persönlichen Verkehrs einen beinahe übertriebenen Werth gelegt; auch im Laufe der folgenden Verhandlungen werden sich davon deutliche Spuren finden.

Dann wie viel Ungenaues in der Beurtheilung der Friedens-

---

1) Vgl. Résultats des explications du comité de Salut publique sur les ouvertures pacifiques préparatoires faites de la part de la Prusse im Ministerium des Auswärtigen.

bedingungen! Der Grund, weßwegen der Kaiſer lieber in Italien, als in Deutſchland eine Entſchädigung verlangte, wird darin geſucht, daß die deutſchen Staaten ohnehin ſeinem Einfluß ſchon unterworfen waren, alſo ihre Beſitznahme ſeine Macht nicht erheblich vermehrt haben würde. Gegen Rückgabe der Lombardei ſoll der Kaiſer bereit geweſen ſein, ſogleich den Frieden zu unterzeichnen; aber Frankreich habe einen ſolchen Gedanken als ſchmachvoll zurückweiſen müſſen. In Wahrheit wurde die Rückgabe der Lombardei in dem erſten der drei Entwürfe von Bonaparte angeboten, aber, wie ſich aus Thuguts Inſtructionen ſchließen läßt, vom Kaiſer nicht für genügend erachtet.

Alles Gehäſſige der Beraubung Venedigs fällt, wie man denken kann, den Oeſtreichern zur Laſt. Der Vergleich mit der Theilung Polens wird zwar im Allgemeinen zurückgewieſen, aber doch in Rückſicht auf das öſtreichiſche Verfahren für zuläſſig erklärt. Dagegen muß der Gedanke, Venedig durch die Legationen — und ſonderbarer Weiſe durch Maſſa, Carrara und die Bucht von Spezia — zu entſchädigen, den Franzoſen zu Gute kommen, während er in Wahrheit von Thugut ausging. Man wird mir erlaſſen, kleinere Irrthümer beſonders hervorzuheben. Aus franzöſiſchen Memoiren iſt wenig über die Verhandlungen zu lernen, ſelbſt nicht von den Schriftſtellern, die zugegen oder in der Nähe waren. Bourrienne traf am Tage nach dem Abſchluß in Leoben ein, um dann als erſter Sekretär Bonapartes zu arbeiten; er hat Nichts mitgetheilt, was hier von Bedeutung wäre; Lavalette, damals Bonapartes Adjutant, bemerkt nur, die Präliminarien ſeien von Bonaparte und Clarke am 18. October unterzeichnet worden[1]). Marmont gibt werthvolle Bemerkungen über den Feldzug und die Lage des franzöſiſchen Heeres, aber ſelbſt dieſer Schriftſteller, den man zu den ſcharfſichtigſten und genaueſten zählen muß, iſt in den Einzelnheiten ſo wenig ſorgfältig, daß er den Abſchluß des Vertrages auf den 19. April verlegt.

Deutſche Quellen ſind bisher über dieſe Ereigniſſe nicht be-

1) Vgl. Mémoires du comte Lavalette, Leipzig, 1831, I, 181.

kannt geworden. So haben auch unſere Geſchichtſchreiber ihr Material und ſelbſt die Darſtellung und Beurtheilung zum größten Theile den Franzoſen entlehnt. Der Sieg wurde damals mit den Waffen nicht entſchiedener errungen, als ſeitdem mit der Feder, und um ſo reichlicher von franzöſiſcher Seite die Quellen floſſen, um ſo mehr hat das Uebergewicht auf jener Seite ſich geſteigert.

Der älteſte Geſchichtſchreiber, der hier zu nennen iſt, der Berner Karl Ludwig von Haller kannte den Wortlaut der Präliminarien noch nicht, als er im Jahre 1799 ſeine „Geheime Geſchichte der Raſtadter Friedensverhandlungen“ herausgab. Hätte er ihn gekannt, ſo würde er gewiß nicht in die Fehler ſeiner Nachfolger gefallen ſein. Denn ſoweit es ihm möglich war, urtheilt er richtig, nur geht er nach der anderen Seite zu weit, wenn er die Lage des franzöſiſchen Heeres als eine ganz verzweifelte ſchildert [1]). Aber ſeitdem iſt die Anſicht, daß in Leoben das linke Rheinufer abgetreten ſei, auch in Deutſchland beinahe zum Axiom geworden. Wachsmuth, der Verfaſſer des „Zeitalters der Revolution“ [2]), hatte nicht allein den Wortlaut der Präliminarien vor Augen, ſondern faßt ihn auch richtig auf. Denn er bemerkt, der Ausdruck, Oeſtreich erkenne die durch die Geſetze der Republik decretirten Gränzen an, ſcheine dem Zuſammenhange nach nur auf Belgien zu gehen, da die Vereinigung der Landſchaften des linken Rheinufers mit Frankreich noch nicht decretirt worden ſei. Aber ſo ſehr iſt dieſer Schriftſteller in dem allgemeinen Vorurtheil befangen, daß er, um es aufrecht zu halten, den Zuſatz macht: „aber noch geheimer als die geheimen Artikel hatte Bonaparte die Abtretung des linken Rheinufers zu einem Hauptartikel der Präliminarien gemacht und Oeſtreich eingewilligt.“ Zum Beweiſe dieſer ſonderbaren Entdeckung beruft er ſich auf die Correspondance inédite II, 551, wo Bonaparte am 8. April, alſo zehn Tage vor dem Abſchluß der Präliminarien, dem Directorium

1) Vgl. Geheime Geſchichte der Raſtadter Friedensverhandlungen I, 117.
2) Vgl. Das Zeitalter der Revolution, Leipzig, 1848, II, 458.

ſchreibt, er habe die Abtretung des linken Rheinufers als Vorbedingung des Friedens aufgeſtellt, von den kaiſerlichen Geſandten die Antwort erhalten, wenn der Kaiſer Alles verlieren ſolle, ſo würde er ſich aus Wien entfernen und das Aeußerſte wagen. Das zweite Beweismittel bildet die ſchon erwähnte in Napoleons Memoiren (IV, 91) hingeworfene Aeußerung.

Das Buch, welches am ausführlichſten über die Präliminarien ſich verbreitet, iſt wieder Häuſſers deutſche Geſchichte. Es gibt aber auch, ich muß es mit Bedauern ſagen, kein anderes, das ſo zahlreiche Irrthümer enthielte und mit ſolcher Gehäſſigkeit Alles, was dabei vorgegangen, zum Nachtheile des Kaiſers zu wenden ſuchte. Gleich zu Anfange des Abſchnittes, der die Verhandlungen von Leoben und Campo Formio zur Darſtellung bringt (II, 97), findet ſich der Satz: „Bei denen, die Thugut kannten, galt es als ausgemacht, daß man den Frieden", d. h. daß Frankreich die Rheingränze „erlangen könne, wenn nur die Entſchädigung für Oeſtreich an der rechten Stelle ausgeſucht war, z. B. in Baiern." Dieſe Aeußerung gilt noch dazu der Zeit vor Mantuas Eroberung, als gerade Baiern, wie wir ſahen, von Frankreich unabläſſig dem Kaiſer angeboten, aber eben ſo oft von ihm zurückgewieſen wurde. Ueber Thuguts Abſichten auf dieſes Land und den Verſuch, ſie zur Ausführung zu bringen, ſind mir die entſcheidenden Aktenſtücke nicht genugſam bekannt, um eine genaue Darſtellung dieſer vielbeſprochenen und langgedehnten diplomatiſchen Verwicklung geben zu können. Aber das getraue ich mir mit Beſtimmtheit auszuſprechen, daß die Erwerbung Baierns nicht in dem Maße, wie Häuſſer annimmt, Mittelpunkt und Ziel der öſtreichiſchen Politik geweſen iſt, und daß man nicht geneigt war, das linke Rheinufer dafür zu opfern. Häuſſer hat dieſe Behauptung bis zum Ueberdruß immer und immer wiederholt, während ſie in Wahrheit durch alle Verhandlungen, von denen wir Nachricht haben, durch die Antworten an Theremin, Zwanziger, Clarke und durch das Auftreten des Kaiſers in Leoben aufs Beſtimmteſte widerlegt wird. Und nun bliebe doch die Frage, was berechtigt uns, die Erwerbung Baierns, vorausgeſetzt, daß ſie nicht durch

Gewalt, ſondern auf friedlichem Wege ſich vollzog, dem Wiener Cabinet als ein ſo übergroßes Verbrechen vorzuwerfen? Wenn es gelang, wie allerdings zuweilen nicht ferne ſchien, den alternden Kurfürſten Karl Theodor zum Tauſch gegen Belgien zu bewegen, ſo erhielt das Kaiſerthum eine Verſtärkung, welche die längſtverlorene Macht und Bedeutung ihm wiedergeben konnte. Nach der Vereinigung mit Baiern war das deutſche Element in Oeſtreich den übrigen nationalen Beſtandtheilen entſchieden überlegen. Im Süden Deutſchlands bildete ſich wohlzuſammenhängend ein ausgedehnter Länderbeſitz. Die Bedingungen für den Ausgang der folgenden Kriege wurden völlig verändert, der Rheinbund unmöglich, und die Aufrechthaltung des Reichsverbandes nicht unwahrſcheinlich. Wenn Jemand, wie die Verhältniſſe ſpäter zur Entwicklung gekommen ſind, ſich freut, daß Alles dies nicht geſchehen iſt, wenn Häuſſer dieſem Gefühle Ausdruck gibt, ſo iſt es erklärlich genug; nur begreife ich nicht, wie man einem deutſchen Kaiſer des achtzehnten Jahrhunderts zum Vorwurf machen kann, dahin geſtrebt zu haben. Ich glaube, weit eher könnte man ihm vorwerfen, daß er nicht Alles, was ihm an Kräften zu Gebote ſtand, an die Erreichung dieſes Zieles gewendet hat.

Wenige Seiten ſpäter, wo eine Ueberſicht der Verhandlungen gegeben wird, heißt es dann, auch wieder für die Zeit, wo eben Alvinzy zum Entſatze Mantuas ſich anſchickte: „Selbſt Thugut verbarg ſeinen Vertrauten nicht mehr, daß ihm um den Preis der Rheingränze der Friede nicht zu theuer erkauft ſcheine; die Integrität des deutſchen Reiches war eine gleichgültige Sache, wenn eine tüchtige Entſchädigung für Oeſtreich herausſprang.“ Dann folgt nach Cäſars wenig beſtimmten Vermuthungen Manches über das heimliche Wirken einer Friedenspartei in Wien, ohne daß recht deutlich würde, ob Thugut dieſer Partei angehört haben ſoll oder nicht. Wie es ſcheint im Anſchluß an die Mémoires d'un homme d'état wird ſogar dem Verdachte Raum gegeben, dieſe Partei habe durch die fehlerhafte Aufſtellung des Heeres in Friaul abſichtlich eine Niederlage herbeigeführt. Wo die Bedingungen des Vertrages (II, 109) zuſammengeſtellt werden, leſen wir

zuerſt: „Die Präliminarien von Leoben traten an Frankreich Belgien und die durch die conſtitutionellen Geſetze der Republik bewilligte Gränze, d. h. die Rheingränze, ab.“ Und wenige Zeilen ſpäter: „Man verfügte hier, wie bei der Theilung Polens, über venetianiſche Gebiete, ohne Venedig ſelbſt zu hören; man beſtimmte ihm Entſchädigungen, während es doch ſo gut wie beſchloſſene Sache war, den ganzen venetianiſchen Staat aufzulöſen und zu vertheilen. Ein Theil des linken Rheinufers ward Frankreich mit unzweideutigen Worten abgetreten und wie zum Hohne die „„Integrität des Reiches““ als Baſis des Friedens beſtimmt; Bonaparte verſprach den Oeſtreichern die Rückgabe von Mantua und Peſchiera, und doch war kein Zweifel, daß Frankreich nie geneigt war, dies Verſprechen zu erfüllen.“

Von allen dieſen Behauptungen iſt, ſoweit ich ſehen kann, nur die zweite richtig. Für Venedig wurde eine Entſchädigung beſonders von Seiten Oeſtreichs nicht blos zum Scheine beſtimmt. Die Ereigniſſe waren damals noch gar nicht ſo weit gediehen, daß die Auflöſung des ganzen Staates eine beſchloſſene Sache hätte ſein können. Daß auch nur ein Theil des linken Rheinufers — wenige Zeilen früher hieß es die Rheingränze — mit unzweideutigen Worten den Franzoſen abgetreten ſei, iſt eine Behauptung, die ſelbſt in einem Manifeſt des Directoriums auffallen müßte. Aber Häuſſer verficht die Schmälerung Deutſchlands beinahe eben ſo eifrig, als nur ein franzöſiſcher Unterhändler ſie hätte verfechten können. In einer unbeſtimmt hingeworfenen Aeußerung des maßloſen Miniſters Delacroix, die er dem Directorium zuſchreibt, findet er die authentiſche Interpretation der Präliminarien [1]), während doch aus Sandoz' Mittheilungen ſich ergibt, daß die Anſichten dieſes Mannes nicht einmal von den Directoren getheilt wurden. Eben ſo grundlos iſt die Behauptung, daß Bonaparte, als er den Vertrag unterzeichnete, Peſchiera und Mantua

1) Vgl. Häuſſer a. a. O., II, 110 die Anmerkung. Der Brief Delacroix' vom 19. Mai findet ſich in der Correspondance inédite, IV, 31. Er nimmt ſogar Aachen in Anſpruch.

nicht zurückzugeben ſchon entſchloſſen war; in ſeinen Briefen an das Directorium findet ſich davon nicht die geringſte Andeutung, ſondern nur Bemerkungen, wie man den unangenehmen Verluſt durch die Befeſtigung von Pizzighettone erſetzen könne. Als Lucheſini Anfang Mai nach Mantua kam, hörte er von dem General Miollis, der dort befehligte, die Herſtellung der Feſtungswerke ſei gerade deßhalb aufgegeben, weil die Stadt in den Beſitz des Kaiſers zurückkehren werde [1]). „Aber," fährt Häuſſer fort, „bei beiden Mächten beſtand kaum eine Selbſttäuſchung. Was beiden als Hauptſache galt, war erreicht, alles Uebrige nur berechnet, die Welt zu täuſchen"; und „die Welt ließ ſich wirklich eine Zeit lang dupiren; die Vernichtung Venedigs warf das erſte grelle Schlaglicht auf den wirklichen Sinn des Vertrages, der Congreß zu Raſtatt brachte allmählich auch über die Integrität des Reiches die volle bittere Wahrheit an den Tag."

In ſolchem Tone und in ſolchen Trugſchlüſſen bewegt ſich die Darſtellung immer weiter. Die Anerkennung der Reichsintegrität iſt für Häuſſer „eine nichts bedeutende Phraſe", Thugut „hat zu Leoben die Politik von Baſel und die Sonderbündniſſe von 1796 noch überboten," und wenn der Kaiſer in Berlin die Unterzeichnung der Präliminarien anzeigen und durch den Fürſten Reuß die Hoffnung auf einen anſtändigen und rühmlichen Reichsfrieden ausſprechen läßt, ſo erkennt Häuſſer (II, 121) in dieſer ganz wahrheitsgemäßen Mittheilung „eine in der Miene des Biedermanns auftretende Verſchlagenheit, gegen welche die Berliner Diplomaten, ſo ſchlau ſie ſich dünkten, doch nur Stümper waren."

Nicht weniger als für die Grundanſicht hat auch für die Beurtheilung der Einzelheiten jene gehäſſige Stimmung den Standpunkt bezeichnet. Doch es iſt gar zu unerfreulich, bei den Schwächen eines Werkes zu verweilen, deſſen Vorzügen die deutſche Wiſſenſchaft ſo vielfach ſich verpflichtet fühlt, vor Allem jetzt, da wir das vorzeitige Ende des trefflichen Mannes, der ſeine beſte Kraft darauf verwendet, noch in friſcher Erinnerung beklagen. Nur einen

1) Vgl. Lucheſinis Bericht aus Wien vom 12. Mai 1797.

Punkt darf ich nicht übergehen, weil er mit Manchem, was ich früher ſagte, unmittelbar zuſammenhängt. Schon zu Anfange des Jahres 1794, in einem Commiſſionsdekret an den Reichstag vom 20. Januar, hatte der Kaiſer eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorſchlag gebracht. In Wien förderte insbeſondere der Fürſt Colloredo dieſen Plan, einerſeits in dem Wunſche, die Hülfe Preußens entbehrlich zu machen und den preußiſchen Forderungen ein Hinderniß entgegenzuſtellen, andererſeits in der richtigen Erkenntniß, daß unter ſo gefährlichen Verhältniſſen, bei dem gewaltſamen Andrang eines leidenſchaftlich erregten Volkes nicht die gewöhnlichen, langſam ſchleppenden Vorſchriften der Reichskriegsverfaſſung, ſondern nur eine außerordentliche Anſtrengung das erwünſchte Ziel erreichen könne. Zu Regensburg in der Sitzung am 1. April ſprachen die kaiſerlichen Geſandten Freiherr v. Hügel und v. Buol ſehr beſtimmt in dieſem Sinne ſich aus. Aber der Antrag begegnete einer kalten, ungünſtigen Aufnahme. Mehrere Reichsſtände, unter dem Vorgange von Mainz, hätten am liebſten für das Reich ſchon damals eine vollſtändige Neutralität erwirkt; von einer Bewaffnung verſprachen ſie ſich Nichts als Aufregung und Gefahren. Preußen konnte ſchon mit Rückſicht auf ſeine eigenen Wünſchen ſich dem Plane nicht günſtig zeigen. Auch erklärte der König bereits am 13. März in einem Briefe an den Kurfürſten von Mainz: Unter allen Maßregeln würde wohl keine ſo unwirkſam, gefahrvoll und bedenklich ſein, als die Aufbietung und Bewaffnung des ganzen Volkes; ſie werde noch beſonders durch den Umſtand völlig unrathſam, daß ſie mit der ferneren Vertheidigung des Reiches durch preußiſche Truppen ſich ſchlechterdings nicht vereinbaren laſſe, vielmehr deren Zurückziehen zur unfehlbaren Folge haben müßte [1]).

Was aber beim Reichstage ſich nicht durchſetzen ließ, ſuchte Oeſtreich wenigſtens für ſeinen Theil zur Ausführung zu bringen, und es waren, wie man aus Lucheſinis Berichten [2]) erkennt, gerade

1) Vgl. Vivenot a. a. O. I, 22, 27, und das Schreiben des Miniſteriums an Lucheſini vom 30. Januar 1794 im preußiſchen Staats-Archiv.

2) Vgl. den Bericht vom 13. Auguſt 1796.

Thugut und Dietrichſtein, welche dafür im Gegenſatze zum Hofkriegsrath die lebhafteſte Theilnahme zeigten. Unter den Flugſchriften, die Johannes von Müller damals im Auftrage des öſtreichiſchen Miniſteriums verfaßte, iſt eine, welche auf „die Gefahren der Zeit", und auf die Volksbewaffnung als das unumgängliche Mittel, ihnen wirkſam zu begegnen, in den nachdrücklichſten Worten hinweiſt[1]). Die Denkſchrift eines Grafen Fugger, der ſich in ähnlichem Sinne ausſprach, fand bei Thugut günſtige Aufnahme, der Verfaſſer bald darauf in kaiſerlichen

1) Vgl. Die Gefahren der Zeit. Anfangs Auguſt 1796, in Müllers Werken, Stuttgart 1835, XL, 102. Es ſei geſtattet hier nachträglich zu bemerken, daß Müller auch perſönlich zu Thugut in dem beſten Verhältniß ſtand. Thugut war es, dem er im Jahre 1800 die ſo ſehr erwünſchte Stellung eines erſten Cuſtos an der Wiener Bibliothek verdankte. „Ich werde dem Baron Thugut," ſchreibt er am 4. October ſeinem Bruder, „nie vergeſſen, wie gefällig er ſich die Befriedigung meines Wunſches angelegen ſein ließ" (Werke, XXXII, 137). Dieſe freundlichen Beziehungen überdauerten Thuguts Abdankung. Noch zu Anfang des Jahres 1802 ging Müller, eigens um den Miniſter zu beſuchen, nach Preßburg. „Dieſe Reiſe," ſchreibt er am 4. Januar, „iſt ein Opfer, das ich dem Talent gebracht und auf die freundliche Einladung nicht verſagen konnte, ſo gern ich bei meiner Hausarbeit geblieben wäre." Und im Juli 1802: „Baron Thugut iſt ungemein freundſchaftlich, daß, der ihm nie die Cour gemacht, im Unglück ſein Freund wurde. Das finden die meiſten Kinder dieſer Welt unbegreiflich, und ich ganz ſimpel, weil ich nie den Platz, ſondern den Mann von Talent und Beharrlichkeit cultiviren wollte; für alles Große habe ich eine Art abgöttiſcher Verehrung." Als Müller im Mai des folgenden Jahres durch die Einbuße ſeines Vermögens in Bedrängniß gerieth, war es wieder Thugut, der unaufgefordert ihm zu Hülfe kam. „In einem wunderbaren Unfall," lieſt man in Müllers kurzer Selbſtbiographie, „da er um eine ſehr beträchtliche Geldſumme betrogen worden, erfuhr er Theilnahme und Gunſt auch eines berühmten Mannes, deſſen Geiſt und Kraft gegen den Unſtern lange ſtandhaft gekämpft." Bei Thugut pflegte er denn auch für ſeine perſönlichen Angelegenheiten ſich Rath zu holen. „Morgen gehe ich nach Preßburg," ſchreibt er am 20. Juli 1803, „um über einige Privatſachen mit Baron Thugut mich zu berathen, weil unter den Miniſtern er derjenige iſt, welcher mir doch immer die meiſte Freundſchaft zeigt." Endlich im Auguſt deſſelben Jahres: „Ich habe den Baron Thugut in Preßburg wieder beſucht,

Dienſten eine Anſtellung [1]). Und es blieb nicht bei Worten. In der Noth des Krieges war der Wiener Hof der erſte und lange Zeit der einzige nicht nur in Deutſchland ſondern auf dem europäiſchen Feſtlande, welcher gegen das Andringen republikaniſcher Begeiſterung die nationalen Gefühle im eigenen Lande wach zu rufen den Muth und das Verſtändniß zeigte. Als Jourdan im Auguſt 1796 ſich den Gränzen Böhmens näherte, wurde ſogleich der Landſturm aufgerufen, in Wien bildeten ſich Freicorps, denen die Kaiſerin ſelbſt die Fahne ſtickte, und Lucheſini, wie er denn nicht gern eine Billigung ertheilt, findet es äußerſt bedenklich, daß man in ſolcher Weiſe die franzöſiſchen Nationalgarden nachzuahmen ſich erdreiſten könne [2]). Als dann feindliche Heere die kaiſerlichen Erblande betraten, hat man, wie wir ſahen, nicht geſäumt, die nationale Begeiſterung ſowohl in Ungarn als in den deutſchen Provinzen aufzurufen. Und es wirft doch kein ſchlechtes Licht auf die Regierung, daß dieſer Ruf eine Wirkung hatte, Anſtrengungen hervorrief, die, hätten ſie im übrigen Deutſchland Nachahmung gefunden, unſer Vaterland bald genug von den fremden Drängern befreit haben würden.

Statt dies anzuerkennen, ſtatt ſich zu freuen, daß noch in einem Theile von Deutſchland friſche Kräfte ſich lebendig zeigten, und eine Regierung ſie zu nutzen wußte, findet Häuſſer auch darin nur den Stoff zu neuen Vorwürfen. Die Erhebung des Volkes hat er allerdings nicht unerwähnt gelaſſen, aber er entſchädigt ſich durch die Bemerkung, „daß die officielle Welt, ſtatt ſo treffliche Mittel zu benutzen, ſich ſchlaff und muthlos gezeigt habe.“ „Solch ſittliche Hebel anzuwenden,“ ſchreibt er, „lag nicht in der Art der Männer, die Oeſtreich regierten; die Erinnerung an Maria The-

---

und war ſehr zufrieden mit des Empfangs väterlicher Freundlichkeit, mit der rührenden Zärtlichkeit des Abſchieds, der vielfachen Einladung. Er iſt in ſeiner Einſamkeit, wo er doch viele Geſellſchaft ſieht, ſehr vergnügt, ſieht wohl aus und überläßt, wie ich, der Vorſehung, was auch er nicht ändern kann.“

1) Vgl. Lucheſinis Bericht vom 24. September 1796.

2) Vgl. Lucheſinis Bericht vom 13. Auguſt.

reſia und an den Aufſchwung, womit ſie einſt die Monarchie gerettet, war für die Leute vom Bureau und von der diplomati-Routine nicht vorhanden. Dem ſiegreichen Feinde — ſoll ſich Graf Colloredo ausgelaſſen haben — ſtopfe ich mit einer Provinz den Mund, aber das Volk bewaffnen heißt den Thron umſtürzen“ (II, 104). Alles, was ich früher mittheilte, was Häuſſer doch in Lucheſinis Berichten finden konnte, läßt er völlig außer Acht, um ſtatt deſſen eine durch Nichts verbürgte Aeußerung [1]) des Grafen Franz Colloredo anzuführen, eine Aeußerung, die, ſelbſt wenn ſie gemacht wäre, nicht einmal große Bedeutung hätte, da dieſer Mann auf die kriegeriſchen Maßregeln gar keinen Einfluß übte. Man ſieht, wer mit ſolcher Willkür die charakteriſtiſchen Züge auswählt, kann, ſelbſt ohne im eigentlichen Sinne eine Unwahrheit zu ſagen, doch jedes Ereigniß ſo darſtellen, daß von der wahren Beſchaffenheit nicht eine Spur mehr übrig bleibt.

1) Sie iſt der Biographie des Feldmarſchalllieutenants von Hotze entnommen, die ohne Namen des Verfaſſers in Zürich 1853 erſchien.

Sechstes Kapitel.

Der Berliner Vertrag vom 5. Auguſt 1796 und die preußiſche Vermittlung.

Hätte der öſtreichiſche Schriftſteller, den ich öfters nennen mußte, einerſeits ſeine Unterſuchungen bis auf die Verträge von Leoben und Campo Formio weiter ausgedehnt, andererſeits ſich darauf beſchränkt, die ungerechten Vorwürfe gegen ſein Vaterland zurückzuweiſen, ſo hätte er ſich, wie mir ſcheint, jeden Freund der Geſchichte, insbeſondere aber jeden Deutſchen, welcher Partei er auch angehöre, zum Danke verpflichten müſſen. Unſtreitig war damals in dem Kriege gegen die Revolution Oeſtreich Haupt und Vorkämpfer des deutſchen Reiches, und mir ſcheint, es könnte für uns Alle nur erfreulich ſein, wenn wir erfahren, daß Vorwürfe, die von Oeſtreich auf unſere ganze Geſchichte zurückfallen, ſich als unbegründet erweiſen, und daß dieſer Staat in einer ſchweren, ereignißvollen Zeit wenn nicht glücklich, doch nicht unehrenvoll deutſchen Namen dem Auslande gegenüber vertreten hat. Zunächſt iſt aber zu bedauern, daß Vivenot durch die leidenſchaftliche Heftigkeit ſeiner Sprache ſelbſt das Wahre und Treffende ſeiner Ausführungen zweifelhaft, und durch eine beinahe prahlende Ueberhebung auch die wirklichen Verdienſte Oeſtreichs wieder verdächtig macht. Zugleich verfällt er dann in unmäßiges Schmähen gegen das deutſche Reich und die einzelnen Reichsſtände, damit der Kaiſer als der einzige Gerechte um ſo glänzender erſcheine. Hier iſt ihm begegnet, daß er in Wahrheit gegen ſich ſelber ſpricht. Denn nehmen wir an, daß ſeine Darſtellung der deutſchen Zuſtände begründet ſei, daß in dem Chaos der Reichsverfaſſung weder Energie des Handelns, noch Redlichkeit der Geſinnung, weder Treue

gegen das Oberhaupt, noch Aufopferung für das Allgemeine zu finden waren, was folgt daraus? Sicher kann man dieſe Eigenſchaften dem deutſchen Volke, wie es in den Schriften und der Wirkſamkeit einer Reihe der ausgezeichnetſten Männer, in der Verfaſſung und Entwicklung der bedeutenderen Territorien zur Erſcheinung kommt, nicht abſprechen. Es folgt alſo, daß die deutſche Nation und das deutſche Reich nicht ein und daſſelbe waren. Es folgt weiter, da Oeſtreich ſeit Jahrhunderten an der Spitze dieſes Reiches ſtand, daß es — ich laſſe dahin geſtellt, ob mit oder ohne Schuld — dieſen Mängeln durch eigene Kraft nicht abhelfen und der Nation das nicht gewähren konnte, was doch zu ihrem Gedeihen unentbehrlich war. Es folgt endlich, daß man ſich nicht wundern darf, wenn ein emporſtrebender Staat wie Preußen, der ſchon eine bedeutende Entwicklung hinter ſich und noch höhere Ziele vor ſich ſah, nicht ſeine ganze Kraft aufbieten mochte, um mit großen Opfern einen an ſich werthloſen, ja für ſeine eigenſten Intereſſen mehr hemmenden als fördernden Zuſtand aufrecht zu halten. Darin liegt noch keine Rechtfertigung des baſeler Friedens, denn Preußen ſetzte ſich, indem es ihn abſchloß, nicht nur in Widerſpruch mit den Reichsgeſetzen, die doch auch wenigſtens in formeller Gültigkeit beſtanden, ſondern zugleich mit ſeinen eigenen Intereſſen und mit den allgemeinen Intereſſen des deutſchen Volkes. Ich glaube aber gezeigt zu haben, daß es, wenn nicht ausreichende doch wenigſtens bedeutende, politiſche Gründe für den baſeler Frieden gab. Nach Vivenots Anſchauung war es dagegen ausſchließlich die perſönliche Nichtswürdigkeit der leitenden Staatsmänner in Preußen, die alles Unglück verſchuldet hat; auf dieſe, insbeſondere auf den König, häuft er mit ſteigender Lebhaftigkeit immer neue Vorwürfe. Nicht genug, daß Preußen an der Vertheidigung des Rheins und der Reichsverfaſſung ſich nicht eifrig betheiligte, Vivenot iſt überzeugt, daß die preußiſchen Staatsmänner im Einverſtändniß mit Frankreich in boshafter Freude ſelbſt an der Erniedrigung Deutſchlands arbeiteten, daß ſie das linke Rheinufer in franzöſiſche Gewalt zu bringen und mit franzöſiſcher Hülfe die Reichsverfaſſung umzuſtürzen ſich zum Ziele ſetzten. Hier

mußte er nun in den entſchiedenſten Widerſpruch zu Häuſſer gerathen, der eben aus den Documenten des preußiſchen Staatsarchivs zu beweiſen ſuchte, daß die Verbindung zwiſchen Preußen und Frankreich auch nach dem baſeler Frieden nicht ſo enge und ſo freundſchaftlich geweſen ſei, als man bisher anzunehmen ſich gewöhnt hatte. Aber Häuſſers Ausführungen waren für Vivenot kein Hinderniß; es koſtet ihm wenig Ueberwindung, ſeinen Gegner auch in dieſem Falle der Geſchichtsfälſchung, wenn nicht der Urkundenfälſchung anzuklagen und allen ſeinen Folgerungen durch einfache Verneinung zu antworten. Welche von beiden Anſichten die Probe hält, kann nicht zweifelhaft ſein. Vivenot lagen nur die heftig gereizten Berichte einzelner öſtreichiſchen Geſandten vor, während Häuſſer im preußiſchen Archiv die ächten Quellen zu Gebote ſtanden. Einzelnheiten ließen ſich daraus deutlicher und lebhafter hervorheben; in allem Weſentlichen hat er ſie richtig und unbefangen benutzt, wie denn überhaupt die Neigung, preußiſche Politik über ihr Verdienſt zu erheben, gar nicht zu Häuſſers Eigenheiten gehört. Preußen hegte in der That in Baſel und nach dem baſeler Frieden den lebhaften Wunſch, das linke Rheinufer Deutſchland zu erhalten; man hat niemals aufgehört, durch alle diplomatiſchen Mittel und zuweilen nicht ohne gegründete Hoffnung dies Zugeſtändniß von Frankreich zu verlangen. Der Fehler lag nur darin, daß das Verlangen nicht energiſcher ausgeſprochen wurde, daß man, ſtatt die Franzoſen durch Hinweis auf die Waffen zur Nachgiebigkeit zu ſtimmen, in allen Erklärungen den Satz vorausgehen oder folgen ließ, Preußen würde in keinem Falle, auch nicht wenn das linke Rheinufer darüber verloren gehen ſollte, an dem Kriege ſich wieder betheiligen. Noch weiter war man aber entfernt, auf ein Bündniß mit der Republik gegen Oeſtreich ſich einzulaſſen. Kein Mittel, weder Drohung noch Verſprechung, blieb von den Franzoſen unverſucht; aber alle begegneten in Berlin entſchiedener Zurückweiſung. Insbeſondere ſpricht was von der eigenen Hand des Königs herrührt ſich am beſtimmteſten in dieſem Sinne aus. Um ſo unerfreulicher empfindet man, daß Vivenot gerade die Perſon Friedrich Wilhelms II.

zu verunglimpfen liebt, der doch offenbar mehr als ſeine ganze Umgebung dem Kaiſer und einem freundlichen Zuſammengehen mit Oeſtreich geneigt war. Was mir von der eigenen Hand dieſes Fürſten bekannt geworden iſt, beſtätigt überhaupt nicht die ungünſtige Meinung, die beinahe allgemein gegen ihn herrſchend geworden war, ehe ſie durch Sybel und Häuſſer wieder einigermaßen günſtiger ſich geſtaltete. Es würde nicht gelingen, wollte man ihn als einen großen Charakter oder ausgezeichneten Regenten darſtellen, aber noch weniger darf man glauben, daß er den Staatsgeſchäften ganz fremd geblieben ſei, oder gar kein Verſtändniß ihnen entgegen gebracht hätte; es zeigt ſich im Gegentheil, wo er ſelbſt urtheilt, gewöhnlich ein richtiger Verſtand und ein guter Wille, von dem man nur wünſchen muß, daß er mit größerer Feſtigkeit und Ausdauer ſich Geltung verſchafft hätte. Von allem dieſem wird am deutlichſten die folgende Ueberſicht der Verhandlungen mit Frankreich überzeugen.

Wir haben ſchon früher aus dem Briefwechſel Merlins von Thionville erſehen, wie wenig Neigung dieſer einflußreiche Volksrepräſentant für Preußen, oder nach ſeinem Ausdruck für den Preuß, le prussien, im Herzen trug. Barthelemy und Bacher waren allerdings freundlicher geſinnt, ſie wünſchten eine enge und dauerhafte Verbindung. Als aber der König auf ein Bündniß gegen die Coalition, wie die Franzoſen verlangten, ſich nicht einlaſſen wollte, wurden auch ſofort die ſchönen Verſprechen und freundlichen Bezeugungen mit Klagen und Drohungen untermiſcht. Ganz dieſelbe Erfahrung machte Gervinus, der ſeit dem Mai 1795 in Paris verweilte und am 25. Auguſt zum Geſchäftsträger ernannt wurde. Seine zu offene Art, über Perſonen und Verhältniſſe ſich auszudrücken, brachte ihn ſogar bald zu den republikaniſchen Machthabern in einen entſchiedenen Gegenſatz. Weder in Paris noch in Baſel zeigte ſich denn auch Bereitwilligkeit, den preußiſchen Wünſchen nachzukommen. Preußen ſuchte auszuwirken, daß die Feſtung Mainz für neutral erklärt und einſtweilen etwa durch Reichstruppen beſetzt würde. Die Neutralität war den Franzoſen nicht zuwider, nur verlangten ſie, daß ſtatt der Reichscontingente franzöſiſche Truppen die Stadt in Ver-

wahrung nähmen, bis der Friede endgültig ihr Schickſal beſtimme[1]). Man erinnert ſich, daß der Reichsſchluß vom 3. Juli Preußens Vermittlung angeſprochen hatte. In Folge deſſen übergab Hardenberg bei ſeiner Rückkehr aus Berlin am 24. Juli eine Note, welche als Einleitung zum Reichsfrieden zunächſt eine Waffenruhe auf Grund des gegenwärtigen Beſitzſtandes, demnächſt einen Congreß der Friedensdeputation mit den franzöſiſchen Geſandten in Frankfurt vorſchlug[2]). Aber dieſer Vorſchlag hatte, wie die preußiſche Politik überhaupt, das Loos, keiner von beiden Parteien genug zu thun. In Wien erregte er das heftige Mißfallen des Fürſten Colloredo, weil Preußen gar nicht berechtigt ſei, einſeitig für das Reich einen Waffenſtillſtand vorzuſchlagen, und ebenſo lautete die franzöſiſche Antwort ablehnend; ein Waffenſtillſtand, meinte man, liege nicht im franzöſiſchen Intereſſe, auch könne ja das Reich mit der Republik eine directe Verhandlung anknüpfen. Auf ferneres Andringen wurde Gervinus in Paris bedeutet, man könne überhaupt auf die preußiſche Vermittlung kein großes Gewicht legen, weil der Reichsſchluß vom 3. Juli vorerſt dem Kaiſer Vollmacht gegeben und Preußen nur zur Beihülfe zugezogen habe[3]).

Im Herbſte wurde dann eine regelmäßige diplomatiſche Vertretung in beiden Hauptſtädten hergeſtellt. Der König hätte ſie lieber vermieden. Noch zu Ende Juli ſuchte Hardenberg auseinanderzuſetzen, daß man beſondere Geſandtſchaften in Berlin und Paris eigentlich gar nicht bedürfe; das Nöthige laſſe ſich wie bisher wohl in Baſel vereinbaren. Aber dieſe ausweichende Haltung wurde von Barthelemy und noch mehr im Wohlfahrtsausſchuß ſehr übel aufgenommen[4]). Schon am 11. Juli war ein Herr

1) Vgl. den Bericht Barthelemys an den Wohlfahrtsausſchuß vom 19. Mai im Miniſterium des Auswärtigen.

2) Vgl. das Schreiben Hardenbergs vom 24. Juli und Barthelemys Antwort vom 10. Auguſt 1795 im politiſchen Journal, 1795, S. 911 fg.

3) Vgl. Häuſſer a. a. O. II, 24.

4) Vgl. Barthelemys Bericht an den Wohlfahrtsausſchuß vom 27. Juli und die Antwort des Ausſchuſſes vom 3. Auguſt 1795 im Miniſterium des Auswärtigen.

Caillard für den Berliner Geſandtſchaftspoſten ernannt; wollte Preußen nicht ganz abbrechen, ſo war es unmöglich, den Wünſchen der Franzoſen ſich zu entziehen. So viel Rückſicht nahm man doch in Paris, daß für die preußiſche Hauptſtadt eine Perſönlichkeit beſtimmt wurde, deren Vergangenheit keine unerfreuliche Erinnerung weckte. Caillard gehörte, wie Barthelemy, der alten franzöſiſchen Diplomatie an; er hatte früher in Holland gewirkt, freilich den preußiſchen Intereſſen entgegen, aber doch nicht ſo, daß er perſönlich mißfällig geworden wäre. Auch in ſeinen Depeſchen, ſo weit ich ſie kenne, äußert er ſich mit Ruhe und Verſtand als ein Mann, der offenbar, ſo viel an ihm lag, zu einem aufrichtigen, für beide Theile vortheilhaften Einvernehmen beizutragen wünſchte. Am 20. October langte er in Berlin an und wurde am 29. vom König empfangen. Die Bevölkerung, ſchreibt er einige Wochen ſpäter, habe lebhaft den Frieden gewünſcht und ihn recht wohl aufgenommen. Der Prinz Heinrich zeige ſich als Frankreichs eifrigen Freund, nur der König, unter dem Einfluß der Emigranten, ſei der Republik noch immer heftig entgegen. Caillard hofft jedoch, ihn allmählich umzuſtimmen, und er wäre in der That dafür der geeignete Mann geweſen. Aber gerade ſeine Beſonnenheit und Mäßigung konnten ihm die Zufriedenheit Delacroix' nicht verdienen. Bald nach ſeiner Ankunft ging ſchon die Rede, er ſolle zurückgerufen werden, und das volle Vertrauen des Miniſters ſcheint er niemals, wenigſtens nicht ungetheilt beſeſſen zu haben. Vor ihm und nach ſeiner Ankunft befand ſich in Berlin ein franzöſiſcher Agent, Namens Parandier, ein leidenſchaftlich aufgeregter Mann von jacobiniſcher Geſinnung und von dem bitterſten Haß gegen Preußen, vor Allem gegen den preußiſchen Hof erfüllt. Unabläſſig iſt er bemüht, den Miniſter gegen Preußen einzunehmen und ſein Mißtrauen wach zu halten. Beſonders weiß er zu dieſem Zwecke die polniſchen Angelegenheiten zu benutzen; vielleicht darf er das Verdienſt anſprechen, das Wenige, was damals von Seiten der Republik für Polen geſchehen iſt, nicht zum geringſten Theile angeregt zu haben. Alles, was von Intriguen und anſtößigen Geſchichten des Hofes und

der Gesellschaft ihm zu Ohren kommt, säumt er nicht, mit schadenfroher Ausführlichkeit zu berichten, während Caillard, wenn er auch dergleichen Vorgänge nicht durchaus übersehen kann, doch einmal die Bemerkung hinzufügt, der Kreis, in dem sie sich bewegten, sei äußerst beschränkt, auf den Gang der großen politischen Ereignisse hätten sie gar keinen Einfluß [1]). Ein Mann, wie Parandier, war der preußischen Regierung, wie man denken kann, sehr unbequem. Man that mehrmals Schritte in Paris, um seiner ledig zu werden, aber Delacroix ging darauf nicht ein. Wie er in Basel lieber Poterat als Barthelemy vertraute, so wollte er auch in Berlin neben Caillard Parandier nicht entbehren. Er führt mit ihm sehr eifrig einen besonderen Briefwechsel, und es ist an nicht wenigen Stellen unverkennbar, daß der Agent bei dem Minister mehr als der Gesandte gegolten und auf den Gang der Verhandlungen wesentlichen Einfluß geübt hat.

Nicht lange nach dem Eintreffen Caillards wurde Hardenberg von Basel zurückgerufen; der frühere Gesandte in Madrid, Freiherr von Sandoz-Rollin aus Neuenburg, war mit der Vertretung Preußens in Paris betraut. Nach einer langen, mühevollen Reise erreichte dieser erste preußische Gesandte bei der französischen Republik am 16. December den Ort seiner Bestimmung, ein schon bejahrter etwas kränklicher Herr, aber voll Zuversicht und Selbstvertrauen, obwohl ihm Luccheſinis Scharfblick und Gewandtheit nicht in gleichem Grade eigen waren. Die Geschäfte betrieb er nicht mit übermäßigem Eifer; häufig erhält er von Berlin aus einen Verweis, daß er nicht regelmäßig genug und nicht, wie die meisten übrigen Gesandten, zweimal in der Woche Nachricht gäbe. Seine Depeschen sind zuweilen weitschweifig, seine politischen Urtheile, besonders seine Prophezeihungen treffen selten zu. Gleichwohl ist er für die ihm übertragenen Verhandlungen, dann für manches bedeutende Ereigniß, insbesondere für die Art des diplomatischen Verkehrs in Paris ein Zeuge von entschiedenem Werth. Seine

1) Vgl. den Bericht vom 13. Juli 1796 im Ministerium des Auswärtigen.

Instructionen lauteten dahin, Frankreich vor dem Wiederanfang des Krieges zu förmlicher Anerkennung der im letzten Feldzug so oft überschrittenen Demarcationslinie zu vermögen und dadurch Norddeutschland und Hannover vor feindlichem Einfall zu sichern. Daneben sollte er für die preußischen Provinzen am linken Rheinufer, welche, wenn auch in französischer Gewalt, doch keineswegs ganz aufgegeben waren, eine weniger rücksichtslose Behandlung erwirken; endlich die etwa eingeleiteten Verhandlungen zwischen der Republik nnd Oestreich überwachen, insbesondere, ob nicht etwa Baiern ganz oder theilweise dem Kaiser preisgegeben würde. Offenen Widerstand dagegen hätte Preußen in Wien und Petersburg nicht leicht erheben können, weil der russisch-preußische Vertrag vom 23. Januar 1793 als Ersatz für die zweite Theilung Polens dem Kaiser die Erwerbung Baierns versprochen hatte. Nach wie vor wurde aber die Ausführung dieses Planes in Berlin und beinahe noch mehr von den einzelnen preußischen Gesandten als das gefährlichste Unheil für die Monarchie betrachtet. Es sollte daher auch Sandoz nach Kräften dagegen wirken, nur wird ihm dabei Vorsicht und die Vermeidung jeder öffentlichen Aeußerung zur Pflicht gemacht.

Am letzten Tage des Jahres 1795 überreichte der neue Gesandte bei einer feierlichen Vorstellung im Luxembourg dem versammelten Directorium seine Beglaubigungsschreiben; von beiden Seiten ließ man an schönen Worten und Versprechungen nichts fehlen. Aber es fehlte viel, daß ein freundliches oder gar vertrauliches Verhältniß sich entwickelt hätte. In der französischen Regierung befaßten sich Rewbell und Delacroix, wie schon bemerkt, mit den auswärtigen Angelegenheiten, Carnot und der General Aubert Dubayet mit dem Kriegswesen; mit diesen hatte Sandoz vornehmlich wegen der Demarcationslinie zu verhandeln. Die Verletzung während des Herbstfeldzuges hatte schon in Basel und Berlin zu wenig erfreulichen Klagen und Erklärungen Veranlassung gegeben [1]). Um so weniger fand Sandoz die Franzosen

1) Vgl. die Note Hardenbergs an Barthelemy vom 12. November und

jetzt zu einem Zugeständniß bereit; sie wünschten vorerst, Preußen zu entschiedenen Schritten gegen Oestreich, zu einem Bündniß mit Frankreich und zu einem vorläufigen Vertrag über die künftige Gestaltung Deutschlands zu drängen, wobei die förmliche Abtretung des linken Rheinufers als unumgänglich betrachtet wurde. Gleich folgt schon hier die Andeutung, man könne nöthigen Falls auch mit Oestreich sich einigen. „Wissen Sie," äußerte Delacroix am 6. Januar[1]), „daß der Kaiser morgen Frieden schließen würde, wenn wir in den Bairischen Tausch einwilligten, und wissen Sie auch noch, daß der Kaiser in demselben Augenblick ohne Umstände die Reichsfürsten ihrem unglücklichen Schicksale überlassen würde? Nichts in der Welt ist gewisser!" Der Anerkennung der Demarcationslinie suchte man auszuweichen, wiederholten Anträgen Sandoz' traten immer neue Einwürfe entgegen, wahrscheinlich deßhalb, weil der Feldzugsplan noch nicht festgestellt war. In Berlin zeigte sich dagegen eben so wenig Neigung, auf die französischen Anträge einzugehen. „Die Gründe und die Anerbietungen des Herrn Caillard," schreibt der König eigenhändig am 6. Februar an die Minister, „sind wenig stichhaltig; es scheint, man will nur Zeit gewinnen und uns mit ganz Europa veruneinigen." Diese Sprödigkeit Preußens, von Parandier in den übelsten Farben ausgemalt, erregte wieder großen Unwillen in Paris; man sprach den Verdacht aus, der König wolle zur Coalition zurücktreten; Carnot erging sich in übertriebenen Schilderungen der französischen Hülfsquellen, wie zwei große Armeen, jede von 320,000 Mann, in Deutschland und Italien jeden Widerstand vernichten würden. Auf Sandoz' Beschwerden über das Verfahren in Cleve und Geldern erfolgten nur ausweichende Antworten, die Bedrückung des Landes steigerte

---

Barthelemys Antworten vom 13. und 20. November im Ministerium des Auswärtigen, ferner die Klage Caillards über die Oestreicher vom 21. November und die sehr entschiedene Abfertigung durch das preußische Ministerium vom 25. November 1795 im preußischen Staats-Archiv.

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 7. Januar 1796.

ſich ſogar; „ſelbſt der Wohlfahrtsausſchuß,“ ſchreibt das Miniſterium am 28. März, „ſei nicht ſo willkürlich und rückſichtslos zu Werke gegangen.“ Als der Legationsrath Gervinus ſich in ſeinem Verhalten den Wünſchen des Directoriums nicht völlig anbequemte, ſollte er, wie kurz vorher der Ritter Carletti, ſofort aus Paris verwieſen werden. Das kündigte Delacroix eines Tages ohne Umſtände dem Geſandten an; nur mit Mühe erwirkte Sandoz einigen Aufſchub, ſo daß Gervinus wenigſtens ein Abberufungsſchreiben erwarten und in üblicher Form überreichen konnte[1]). Beinahe drei Monate vergingen unter dieſem erfolgloſen Hin- und Herreden; endlich als man aus den Briefen Poterats und den Noten Wickhams erſehen hatte, daß zunächſt von Oeſtreich und England nichts zu hoffen ſei, äußerte Delacroix am 24. März, unmittelbar nach jener Eröffnung über Gervinus, man ſei jetzt geneigt, auf Sandoz' Wünſche einzugehen. Er ſprach heftig gegen die beiden verbündeten Mächte; das Directorium wolle dagegen Preußen groß machen und biete dem König — dieſe Idee ſtammte eigentlich aus Parandiers Kopfe — Mecklenburg, das er entweder mit ſeinen Staaten vereinigen, oder zu einem Kurfürſtenthum erheben und zur Entſchädigung für den Prinzen von Oranien benutzen könne. Noch vor Mitternacht traf denn auch die von Delacroix verſprochene Antwortsnote ein, die Sandoz eiligſt nach Berlin ſchickte, in der Hoffnung, ſetzt er hinzu, daß ſie dort in jeder Beziehung genügen würde. Aber in Berlin erregte ſie gerade im Gegentheil das äußerſte Mißfallen, und ſieht man ſie an, ſo begreift man kaum, wie der Geſandte ſo leicht ſich befriedigen oder täuſchen laſſen konnte. Denn unter dem gewöhnlichen Wortſchwall von franzöſiſcher Uneigennützigkeit und Loyalität ſpricht ſie nur in allgemeinen Ausdrücken die Geneigtheit aus, demnächſt über die Feſtſtellung der Demarcationslinie, aber in Anſchluß daran über ein Bündniß zwiſchen Frankreich und Preußen zu unterhandeln. Sehr ungehalten läßt der König am 8. April an Sandoz ſchreiben: „Man hört nicht

1) Sandoz am 24. März und 12. April 1796.

auf, Ihnen Freundſchaftsverſicherungen für Preußen zu geben, aber man ſollte ſie lieber bei Seite laſſen, wenn man ſie nicht beſſer als durch ein ſo abſurdes Anerbieten, wie die Erwerbung Mecklenburgs, beweiſen mag. Wie kann man, von allem Anderen abgeſehen, ſich einbilden, ich würde mich entſchließen, in ſolcher Weiſe ein Fürſtenhaus zu berauben, das mit mir aufs Engſte verbunden iſt und mir niemals den geringſten Anlaß zum Mißvergnügen gegeben hat. Sie haben dem Herrn Delacroix ſehr gut auf dieſen lächerlichen Vorſchlag geantwortet, und ich hoffe, man wird nicht wieder auf dieſen Plan und auf keinen andern derſelben Art zurückkommen. Ich wiederhole, es iſt die ſchleunige, unbedingte Annahme der Demarcationslinie, wodurch mir Frankreich ſeine guten Geſinnungen hätte beweiſen können und beweiſen kann. Aber ich geſtehe, ich kann Ihr Vertrauen in dieſem Punkte nicht theilen. Die ewigen Winkelzüge dieſer Regierung müſſen nothwendig den Verdacht beſtärken, ſie wolle nur Zeit gewinnen und ſich für den Fall eines Feldzugs die Freiheit vorbehalten, den Umſtänden und ihren militäriſchen Entwürfen gemäß zu verfahren."

Das Mißvergnügen des Königs ſteigerte noch ein Bericht, der wenige Tage ſpäter eintraf. Bei einer Zuſammenkunft am 4. April hatte Delacroix dem erſtaunten Geſandten plötzlich zwei fertige Verträge vorgelegt, mit der Anmuthung, ſie ſogleich zu unterſchreiben. Der eine betraf die Demarcationslinie, der andere enthielt eine Reihe höchſt wichtiger geheimer Artikel über die künftige Geſtaltung Deutſchlands. Sandoz entſchuldigte ſich, daß er dazu gar keine Ermächtigung beſitze, beſonders rückſichtlich der geheimen Artikel. Aber der Miniſter entgegnete heftig, beide Verträge gehörten untrennbar zuſammen. Man konnte ſich nicht einigen und ging nicht in der freundlichſten Stimmung aus einander. Sandoz gibt ſogleich durch einen Courier von dieſen Vorfällen Nachricht; er klagt bitter über die Unzuverläſſigkeit, über den Hochmuth und die Eitelkeit der Franzoſen, meint aber doch, ſie ſeien im Grunde Preußen freundlich geſinnt.[1]). In

1) Sandoz am 5. April 1796.

Berlin erregte dies Verfahren den äußerſten Unwillen, man lobte Sandoz, daß er ſich nicht habe überraſchen laſſen, doch fand der König es unverzeihlich, daß er gar nichts, nicht einmal aus dem Gedächtniß über den Inhalt der Aktenſtücke, die er doch geleſen habe, mittheile [1]). Allerdings wurde man bald aufgeklärt. Am Abend des 20. legte Caillard Haugwitz den Vertrag über die Demarcationslinie und die geheimen Artikel vor. Der erſtere ging im Allgemeinen auf die preußiſchen Wünſche ein, enthielt aber doch mehrere Abweichungen, die nachtheilig werden konnten, insbeſondere die Beſtimmung, Preußen ſolle zum Schutz von Ansbach und Baireuth ein Corps von 10,000 Mann aufſtellen und ſich verpflichten, Oeſtreich, wenn es die Demarcationslinie verletze, ſogleich den Krieg zu erklären. In den geheimen Artikeln wurde zuerſt das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten, und der Grundſatz der Säculariſationen anerkannt. Dafür ſollte Preußen das Bisthum Paderborn und das Herzogthum Weſtphalen erhalten, um es nach Belieben gegen Mecklenburg zu vertauſchen. Der Erbſtatthalter von Oranien ſollte durch Würzburg und Bamberg eine Entſchädigung finden, den Heſſiſchen Häuſern waren kirchliche Beſitzungen, Heſſen-Kaſſel zudem die Kurwürde zugedacht. Für alle deutſchen Fürſten, welche mit der Abtretung des linken Rheinufers ſich einverſtanden erklärten, wurde die preußiſche Vermittlung angenommen [2]).

In Berlin waren die Miniſter einer Anſicht, daß man auf ſolche Bedingungen nicht eingehen könne. In dem Bericht, welchen ſie am 21. April an das Cabinet ſenden, bemerken ſie, der König werde die Artikel ſogleich als unannehmbar erkennen, da man die preußiſchen Provinzen jenſeits des Rheines abtreten und durch Säculariſationen die Verfaſſung Deutſchlands zerſtören ſolle. Auch dem Vertrag über die Demarcationslinie ſei nicht zuzuſtim-

1) Das Miniſterium am 15. und 18. April an den König, der König eigenhändig am 18.

2) Vgl. Haugwitz' Bericht an das Miniſterium vom 20. April; der beiliegende Vertrag iſt von den Directoren am 12. Germinal IV (1. April 1796) unterzeichnet.

men, da er mehrere Theile des preußiſchen Gebietes unbeſchützt laſſe und das Verſprechen fordere, Oeſtreich, falls es die Linie verletze, den Krieg zu erklären. Zudem würde die Aufſtellung eines Corps von 10,000 Mann in Franken Norddeutſchland nur noch mehr entblößen. Beſonders unangenehm empfand man, daß Preußen der Verzicht auf das linke Rheinufer zugemuthet würde, während noch vor wenigen Tagen, am 26. März, das franzöſiſche Miniſterium in der Antwort an Wickham erklärt habe, die nicht geſetzlich mit Frankreich vereinigten Länder könnten Gegenſtand der Verhandlung ſein. Die Miniſter ſchlagen vor, man ſolle ausweichend antworten und Zeit gewinnen, bis Dohm, der eben mit Hannover und anderen norddeutſchen Staaten wegen eines Vertheidigungsbündniſſes unterhandelte, nähere Nachricht gegeben habe.

Dieſer Anſicht war auch der König. „Ganz gewiß", ſchreibt er ſchon am 22. April eigenhändig zurück, „man muß auf die franzöſiſchen Vorſchläge, in denen eben ſo viel Argliſt als Unwiſſenheit in politiſchen Dingen hervortritt, eine hinhaltende Antwort geben. Ich hoffe, Herr von Dohm empfängt von dem hannöverſchen Miniſterium bald einen Beſcheid, wonach man die geeigneten Maßregeln ſchleunig in Vollzug ſetzen kann. — Auch müſſen wir ſo bald als möglich die Gränzberichtigung im Palatinate Krakau zum Abſchluß bringen; wir erlangen dadurch den doppelten Vortheil, die Koſten für die Truppen zu ſparen, die wir dort auf Kriegsfuß unterhalten müſſen, und könnten ihrer, ſo weit die durch Herrn Caillard eingereichten Depeſchen urtheilen laſſen, ſehr leicht nach anderer Seite hin benöthigt ſein."

Als nun Sandoz in dieſem Sinne in Paris antwortete und eine beſondere Denkſchrift einreichte [1]), war wieder der Unwille auf Seiten der Franzoſen. Vornehmlich erbitterte, daß Preußen die Demarcationslinie durch ein Obſervationscorps decken wollte. Der glückliche Anfang des italiäniſchen Feldzugs ſteigerte den

1) Vgl. die Schreiben des Miniſteriums an Sandoz vom 9. und 10. Mai 1796.

Uebermuth. Carnot erging ſich aufs Neue in prahlenden Schilderungen der franzöſiſchen Heeresmacht; in Deutſchland behauptete er über nicht weniger als 450,000 Mann zu verfügen. Sogleich ließ ſich auch wieder die alte Drohung vernehmen, man werde mit Oeſtreich ein Abkommen treffen und ihm Baiern überlaſſen. „Wir lieben den König von Preußen," äußerte Rewbell Anfangs Mai in ſeiner barſchen Weiſe, „und wir verabſcheuen Oeſtreich. Aber wenn man unſere Freundſchaft nur als Nothbehelf gebrauchen will, wenn man uns mit Verachtung behandelt, ſo müſſen wir uns anderswo umſehen; Andere werden auf unſere Freundſchaft größeres Gewicht legen, und wir werden uns an ſie wenden, ſo wenig wir ſie auch achten können." „Nach meiner Meinung," bemerkte er einige Tage ſpäter, „kommt Alles auf die folgende Alternative hinaus: will der König von Preußen mit Frankreich Freundſchaft halten, ſo ſind wir entſchloſſen, dem Kaiſer geringe oder gar keine Entſchädigung zuzugeſtehen, alſo jeden Gedanken an den Bairiſchen Tauſch zurückzuweiſen. Will aber der König von Preußen ſich darauf nicht einlaſſen, ſo ſind wir gezwungen, dem Tauſche Baierns gegen Belgien zuzuſtimmen und dann die Intereſſen Sr. Preußiſchen Majeſtät außer Acht zu laſſen[1])."

Auch Sandoz ſchrieb in dieſem Sinne. Er meinte, Preußen müſſe mit Frankreich ſich einigen, um die öſtreichiſchen Entwürfe zu verhindern. Oeſtreich könne Preußen den Baſeler Frieden nie vergeſſen und werde gewiß eine Entfremdung zwiſchen Frankreich und Preußen ſogleich benutzen, um den über Alles gefährlichen Tauſch durchzuſetzen. Es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß die Anſichten und Befürchtungen des Geſandten auch auf das Miniſterium Einfluß übten; größeres Gewicht hatten wohl die unerwarteten Erfolge Bonapartes in Italien, welche den Frieden mit Sardinien alsbald herbeiführten und auch den Kaiſer in heftige Bedrängniß verſetzten. Vor Ende Mai gibt ſich in den Geſinnungen der preußiſchen Regierung ein Wechſel kund. Eine Depeſche an Sandoz vom 23.

1) Sandoz am 6. und 10. Mai 1796.

enthält zunächſt die Betheuerung, daß Preußen in keiner Weiſe mit Oeſtreich oder England ſich wieder einlaſſen oder den Intereſſen Frankreichs entgegentreten werde; man ſei ſogar nicht abgeneigt, über die Grundlage des künftigen Friedens in Erörterungen einzugehen; nur dürfe nicht von dem König verlangt werden, daß er zuerſt öffentlich für Maßregeln ſich ausſpreche, die der gegenwärtigen Verfaſſung des Reiches zuwiderliefen. Nachdem Sandoz noch mehrmals das Kriegsglück und die großen Hülfsquellen der Franzoſen hervorgehoben und von ihrem beſtändigen Drängen Nachricht gegeben hat, erfolgt am 6. Juni die Antwort: „Sie wiſſen, daß es keineswegs meine Abſicht iſt, einer Vereinbarung mit der franzöſiſchen Regierung auszuweichen; nur muß dieſe ihrerſeits anerkennen, daß es nicht anders, als in einer eventuellen Weiſe geſchehen kann, die von den Bedingungen und Grundſätzen des künftigen Friedens abhängt.“ Während dieſer Zeit wurde denn auch lebhaft in Berlin zwiſchen Haugwitz und Caillard verhandelt, und man wäre wohl ſchon damals zum Abſchluß gekommen, hätte nicht plötzlich eine Depeſche Sandoz' in erwünſchter Weiſe die Lage verändert.

Am 21. Mai wurde, wie erwähnt, von Seiten Oeſtreichs der Waffenſtillſtand am Rheine gekündigt. In Paris war die Aufregung über dieſen Schritt ſehr groß; ſie bewog auch Sandoz zu entſchiedenem Vorgehen. Statt an Delacroix, von dem doch Nichts zu erlangen war, wandte er ſich unmittelbar an Rewbell und Carnot, überzeugte ſie aus den Depeſchen des preußiſchen Miniſteriums, daß man keinerlei feindliche Abſicht gegen Holland hege, und drang dann abermals auf Anerkennung der Demarcationslinie. Es gebe kein anderes Mittel, fügte er hinzu, einen großen Theil des Reiches zu beruhigen und den Weg zum Frieden zu ebnen; zur Vorberathung der geheimen Artikel ſei keine Zeit mehr, ſo müſſe man wenigſtens über die Demarcationslinie ungeſäumt ſich einigen. Er fand diesmal für ſeine Vorſchläge beſſeres Gehör, hauptſächlich aus dem Grunde, weil der Feldzugsplan der zwei franzöſiſchen Heere gegen Süddeutſchland ſchon feſtgeſtellt, und dafür die preußiſchen Forderungen

kein Hinderniß waren. „Wir können", erwiederte Carnot, „keinen öffentlichen Vertrag über die Demarcationslinie ſchließen, ohne ihn mit einer geheimen Uebereinkunft zu verbinden, die uns wenigſtens Preußen gegenüber ſicher ſtellt. Wir können auch nicht auf die Gelegenheit verzichten, unſern erbittertſten Feind, den König von England, durch vorgebliche Entwürfe auf Hannover einzuſchüchtern; aber wir können dem König von Preußen gegenüber die heimliche Verpflichtung eingehen, während dieſes Krieges Nichts gegen Norddeutſchland und insbeſondere gegen Hannover zu unternehmen; es war dies ohnehin unſer Plan, und der König darf verſichert ſein, daß das Directorium aufs gewiſſenhafteſte ſich daran halten wird. Iſt dieſe Uebereinkunft dem Könige genehm, ſo können wir die Einigung über die geheimen Artikel bis auf den Frieden verſchieben; wir geben einander eine ſtillſchweigende Verſicherung: der König, daß er die Obſervationsarmee innerhalb der Gränzen des neutralen Gebietes halten, die Franzoſen, daß ſie die Demarcationslinie nicht verletzen werden. [1])

In Berlin griff man mit beiden Händen zu. Finkenſtein und Haugwitz ſprechen am 11. Juni dem König ihre lebhafte Freude aus, daß man mit Caillard noch nicht abgeſchloſſen habe und die ſchwierige Verhandlung über die geheimen Artikel bis zum Frieden vertagen könne. Aber man war im Irrthum, wenn man ſo leicht der Zudringlichkeit des Directoriums ſich überhoben glaubte. Es bezeichnet Sandoz' ſchwierige und zweifelhafte Stellung, daß er längere Zeit gar nicht wagte, dem Miniſter Delacroix von dem Vorgefallenen Kenntniß zu geben. Er fürchtete, dieſer ſehr reizbare, hochfahrende Mann werde ſpäter Rache nehmen, daß Sandoz ſich unmittelbar an die Directoren gewendet habe. Während deſſen hatte Caillard zu Anfang Juni den günſtigen Fortgang der Verhandlungen in Berlin gemeldet, und als Sandoz endlich am 11. Muth faßte, mit dem Miniſter über die Demarcationslinie zu reden, kam ihm dieſer mit der

1) Sandoz' Bericht vom 1. Juni 1796; am Abend des 30. Mai hatte die Unterredung ſtattgefunden.

Nachricht entgegen, ſo eben ſei ein Schreiben Caillards eingetroffen; man ſtehe auf dem Punkte, die beiden Verträge in Berlin zu unterzeichnen [1]). Um ſo heftigeren Unwillen zeigte er, als er bald darauf erfuhr oder erfahren haben wollte, er ſei übergangen, und die Verhandlung in Berlin kurz vor dem Abſchluſſe wieder ausgeſetzt; dringend verlangte er, man müſſe wenigſtens jetzt ſich unverzüglich einigen. In demſelben Sinne ſprach Carnot, und noch entſchiedener Rewbell. Aufs Neue wurde hervorgehoben, daß Frankreich zwiſchen Oeſtreich und Preußen zu wählen habe, daß man für jetzt noch günſtige Bedingungen anbieten, aber ſpäter den bairiſchen Tauſch ſchwerlich würde verhindern können. „Warum wollen Sie nicht Hannover nehmen?“ fragte Carnot. „Wir wollen die Beſchützer Deutſchlands ſein, nicht die Eroberer,“ war Sandoz' Antwort. Im Uebrigen theilte er den Wunſch der Directoren; ohne Unterlaß drängt er, man ſolle im Voraus mit Frankreich ſich einigen, nicht erſt den allgemeinen Frieden erwarten, bei welchem Oeſtreichs Widerſtand zu befürchten ſtehe. Nach der Wendung des Feldzuges ſei das linke Rheinufer doch nicht mehr zu retten, der Zeitpunkt, Preußen zu vergrößern, einzig in ſeiner Art und vielleicht für immer verloren, wenn man ihn nicht ſchleunig benutze [2]).

Es läßt ſich nicht verkennen, daß bei der damaligen Stellung Preußens dieſe Gründe von Gewicht ſein mußten; ſie erhielten noch beſondere Verſtärkung durch die außerordentlichen Erfolge der franzöſiſchen Heere, die in Italien Wurmſer nach Tyrol, in Deutſchland den Erzherzog Karl bis nach Baiern zurückdrängten. Man hatte zu eben dieſer Zeit das unerfreuliche Schauſpiel, daß ein ſo mächtiger Reichsſtand wie Preußen die äußerſte Bedrängniß des Reiches benutzte, um in Franken zweifelhafte und verjährte Rechtsanſprüche, angebliche Pertinenzen der Fürſtenthümer Ansbach und Baireuth, gegen die ſchwachen geiſt-

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 11. Juni. Am ſelbigen Tage ſchreibt Delacroix in ſehr aufgeregtem Tone an Caillard.

2) Vgl. den Bericht vom 20. Juni 1796.

lichen und weltlichen Reichsstände der Nachbarschaft geltend zu machen. Selbst zwei Nürnberger Vorstädte wurden auf diesen Grund am 4. Juli von preußischen Truppen förmlich in Besitz genommen. Ein solches Verfahren mußte die bevorstehende Auflösung der Reichsverfassung voraussetzen, und Nichts schien dringender, als sich für diesen Fall des französischen Beistands zu versichern. Eine Denkschrift des Ministers Alvensleben, vom 6. Juli datirt, ist denn auch durchaus in diesem Sinne abgefaßt. Er meint, schon in Basel hätte man sich mit Frankreich einigen sollen; unter den vorliegenden Verhältnissen müsse jede Zögerung verderblich sein. Als Entschädigungen für Preußen faßt er Münster, Recklinghausen, Osnabrück, Werden, Essen, Herford, Dortmund, Gehmen und andere kleine Gebiete ins Auge. Finkenstein urtheilt an demselben Tage, durch solche übertriebene Forderungen könne man sich in Gefahr setzen, Nichts zu erhalten; auch müsse man den Unwillen fürchten, der im Reiche besonders gegen die Besitznahme von Osnabrück und Herford sich erheben werde; im Uebrigen wünscht er doch auch mit den Franzosen zum Abschluß zu kommen. Nur der König war, wie es scheint, allen diesen Plänen abgeneigt. Noch am 9. Juli schreibt er eigenhändig an Haugwitz: „Nach meiner Ansicht ist Zeit gewinnen, Alles gewinnen. Der Charakter und die Absichten Delacroix' scheinen deutlich unter dem Schleier hervor, mit welchem er sie bedecken möchte; es kommt ihm vor Allem darauf an, mich völlig mit dem Wiener Hofe zu entzweien. Die Gründe, die mich zum Abschluß eines Vertrages veranlassen sollen, sind mit Sophismen untermischt. Wenn das Directorium sich nicht stark genug fühlt, um beim Frieden den Absichten des Wiener Hofes in einer so wichtigen Angelegenheit [als die bairische] entgegenzutreten, wie will es verhindern, daß auch die Entschädigungen, die man uns jetzt verspricht, später erschwert und bestritten werden? Wenn die Franzosen die Offenheit Preußens rühmen, warum ist sie nicht gegenseitig? warum machen sie uns ein Geheimniß aus ihren Verhandlungen mit dem Kaiser, damit wir unsere Interessen in Einklang bringen könnten? Die Franzosen

ſind es, welche allein bei der jetzigen Kriſe gewinnen wollen, und deßhalb bleibe ich feſt bei der Meinung, die ich ausgeſprochen habe."

Gleichwohl ſcheint beinahe unmittelbar nachher ein Umſchlag eingetreten zu ſein. Denn ſchon am 10. Juli berichtet Caillard äußerſt befriedigt nach Paris, Haugwitz zeige ſich ſehr entgegenkommend, und am folgenden Tage ergeht auch an Sandoz die Mittheilung, man ſei nicht gewillt, die Unterhandlungen mit Caillard abzubrechen; das Kriegsglück der Franzoſen werde auch den Kaiſer bald zum Frieden nöthigen. Die Entfernung des Königs, der ſich am 13. in das Bad von Pyrmont begab, mochte den Abſchluß noch erleichtern; ſchon am 16. war man über beide Verträge einig; nur der Umſtand, daß Caillard eine fehlende Ermächtigung bis zum 4. Auguſt erwarten mußte, war Urſache, daß der förmliche Abſchluß bis zum 5. verzögert wurde.

Ganz ſo weit, wie die Franzoſen verlangten, kam man ihnen doch nicht entgegen. Die Demarcationslinie wurde im Weſentlichen den Vorſchlägen Preußens gemäß gezogen; auch das Verſprechen einer Kriegserklärung gegen Oeſtreich, wenn es die Linie verletze, war weggefallen. Dagegen nähert ſich der geheime Vertrag nur zu ſehr dem Entwurfe, welchen Caillard ſchon im April übergeben hatte. Die Entſchädigung für Oranien und die heſſiſchen Fürſtenhäuſer bleibt dieſelbe. Preußen verſpricht, ſich beim Frieden der Abtretung des linken Rheinufers nicht zu widerſetzen, und das Prinzip der Säculariſationen anzuerkennen, ſofern auch das Reich ſich in dieſem Sinne entſcheide. Und wie kärglich war der Erſatz für dieſes Zugeſtändniß! Außer dem kleinen Gebiet Recklinghauſen ſollte Preußen nur den größeren Theil des Bisthums Münſter erhalten, der Reſt — ſo weit war es mit Deutſchland gekommen! — zur Entſchädigung der bataviſchen Republik für ihre Verluſte an Frankreich dienen. [1])

1) Vgl. den Vertrag über die Demarcationslinie und die geheimen Artikel bei De Cercq a. a. O. I, 275 fg. Die wichtigſte Stelle lautet: Sa Majesté Prussienne pour donner à la République Française une

Preußen war alſo in dieſem Vertrage einen wichtigen Schritt weiter als in Baſel gegangen; nicht nur vorläufig blieb das linke Rheinufer der Gewalt der Franzoſen überlaſſen, ſondern auch für die Zukunft verſprach Preußen ſeinerſeits ſich der Erwerbung durch Frankreich nicht zu widerſetzen. Zu einer förmlichen Abtretung der preußiſchen Provinzen ließ man aber auch jetzt ſich nicht herbei; man betrachtete, wie ſich ſpäter noch deutlicher zeigen wird, den Vertrag nur als einen eventuellen, der erſt beim Reichsfrieden zur Gültigkeit gelangen könne.

Unterdeſſen verlebte Sandoz ſchwere Tage in Paris; unaufhörlich wurde er bedrängt, den Abſchluß der Verträge zu beſchleunigen. Verſprechen wechſelten mit Drohungen; man ſtellte den Frieden mit dem Kaiſer in nächſte Ausſicht, bald ſollte Baiern erhalten werden, bald als ein unvermeidliches Opfer fallen. Der arme Geſandte wußte oft ſelbſt nicht, was er zu glauben habe. Sagten Delacroix oder Carnot einmal im Aerger die Wahrheit, daß Oeſtreich auf eigentliche Verhandlungen ſich noch gar nicht habe einlaſſen wollen, ſo fürchtete er erſt recht, getäuſcht zu werden. Auch wäre es ein Irrthum, anzunehmen, nun, nach Unterzeichnung der Verträge, ſei das Verhältniß ein freundliches geworden. Keiner von beiden Theilen war befriedigt. Preußen empfand bald, daß es ein ſehr bedeutendes Zugeſtändniß um einen verhältnißmäßig geringen Preis ſich habe entwinden laſſen;

preuve de ses sentiments d'amitié, déclare que lorsqu'il sera question de la cession do la rive gauche du Rhin à la France, elle ne s'y opposera pas, et comme alors pour dédommager les Princes séculiers, qui perdront à cet arrangement, le principe des sécularisations devient absolument indispensable, S. M. consent à accepter le dit principe et elle recevra en dédommagement desdites provinces transrhénanes, y compris l'enclavo de Sevenaer, lesquelles dans ce cas seront cédées à la France, le reste de l'evêché de Munster avec le pays de Recklinghausen, déduction faite de la partie énoncée ci-dessus et moyennant leur sécularisation préalable; se reservant toutefois S. M. d'y ajouter ce qui pourrait être de sa convenance pour compléter son indemnisation, objet sur lequel les deux puissances s'entendront amicalement.

es ſuchte deshalb, ſeine Erwerbungen weiter auszudehnen. Da ſchon der erſte unter den geheimen Artikeln einen vollſtändigeren Erſatz in Ausſicht genommen hatte, ſo wurde Sandoz beauftragt, Osnabrück, Hildesheim und Paderborn in Vorſchlag zu bringen [1]). Andererſeits glaubten die Franzoſen kaum des linken Rheinufers ſich verſichert, als ſie ſchon auf das rechte hinübergriffen. Im Frieden mit Baden am 22. Auguſt ließen ſie ſich Kehl und den Brückenkopf gegenüber Hüningen abtreten [2]), in einem Geſpräche mit Sandoz (am 20. Auguſt) verlangte Carnot nicht blos die Mitte des Rheins als Gränze, ſondern auch einen Strich auf dem rechten Ufer, um dort Feſtungen anzulegen; der Geſandte wußte dagegen keinen beſſeren Einwand, als daß ein ſo bedrohliches Vorgehen Frankreichs die deutſchen Fürſten dem Kaiſer in die Arme treiben würde. Wenn Sandoz zu Gunſten von Regensburg oder für das mit ſchweren Contributionen heimgeſuchte Frankfurt, für das Gebiet der Prinzen von Hohenlohe und Hohenzollern oder für einzelne Emigranten ſeine Verwendung eintreten ließ, ſo erhielt er entweder abſchlägige oder gar keine Antwort [3]). Sogar die Ratification des Vertrages ließ in Paris auf ſich warten; man wußte allerhand Ausſtellungen zu machen, unter Anderem, daß der König den Titel eines Herzogs von Oranien noch fortgeführt habe. Dazwiſchen äußerte man von Zeit zu Zeit den Argwohn, Preußen wolle in die Coalition wieder eintreten, beſonders nachdem zwei brittiſche Diplomaten, Hammond und Lord Elgin, freilich ohne das Geringſte zu erreichen, Ende Auguſt in Berlin ſich gezeigt hatten. Das Hauptaugenmerk ging aber dahin, Preußen zu einem feindlichen Schritt gegen Oeſtreich zu drängen. Ohne Unterlaß wurden dafür die oft

1) Vgl. die Schreiben des Miniſteriums vom 25. Juli u. 5. Auguſt.

2) Vgl. Sandoz' Bericht vom 31. Auguſt 1796, und die geheimen Artikel des Friedens mit Baden bei De Clercq a. a. O. I, 296.

3) Vgl. die Schreiben des Miniſteriums vom 19. Juli, 26. Juli, 19. Auguſt, und Sandoz' vom 12. Auguſt im preußiſchen Staatsarchiv, ferner Barthelemys Schreiben an Delacroix vom 28. Juli, und Sandoz' an das Directorium vom 2. Auguſt 1796 im Miniſterium des Auswärtigen.

benutzten Mittel in Anwendung gebracht. Ueber eine merkwürdige Unterredung mit Carnot berichtet Sandoz am 17. Auguſt. Nachdem er noch vor Kurzem aus demſelben Munde gehört hatte, der Kaiſer ſolle für den Verluſt Belgiens nur durch die Rückgabe der italiäniſchen Provinzen und in keinem Falle durch Baiern entſchädigt werden, hieß es jetzt, der Drang nach Freiheit in Italien ſei zu mächtig, als daß man daran denken könne, dies Land dem Kaiſer wieder zu unterwerfen. Auch Belgien und den Breisgau müſſe der Kaiſer verlieren, und ſo bleibe zur Entſchädigung Nichts, als ein Theil von Baiern. Das Directorium habe nur mit äußerſtem Widerſtreben an dieſen Gedanken ſich gewöhnt, aber wenn man nicht den Krieg bis ins Unendliche fortſetzen wolle, ſo bleibe nichts Anderes übrig; das Directorium bedürfe des Friedens und müſſe ſich zu dem ſchweren Opfer entſchließen. „Gleichwohl", fügte er hinzu, „gibt es ein Mittel, über die Schwierigkeit hinwegzukommen. Wenn der König von Preußen ein beträchtliches Truppencorps an der öſtreichiſchen Gränze verſammelt und eine drohende Stellung gegen Oeſtreich annimmt, ſo wird dies ſogleich ſeine Wirkung thun; der Kaiſer iſt zum Abſchluß gedrängt, und wir können ihm dann jede bedeutende Entſchädigung verweigern. Der König von Preußen mag nur ermeſſen, ob er einen ſolchen Schritt vornehmen will, der ihn in der That in keiner Weiſe blosſtellt". Die Reichsverfaſſung, meinte er weiter, ſei ein Chaos, das ſich überlebt habe; ſie bedürfe durchaus der Veränderung, und das Directorium wünſche nichts mehr, als ſie für den König von Preußen recht vortheilhaft zu geſtalten. Dagegen könne der König das Directorium lebhaft verpflichten, wenn er ohne Verzug, noch vor dem Frieden, die Republik Holland anerkenne. Preußen würde dafür Handelsvortheile erhalten, welche die beſondere Aufmerkſamkeit eines ſo erleuchteten und wohlthätigen Monarchen verdienten.

Aber Friedrich Wilhelm war gar nicht geneigt, des ihm geſpendeten Lobes ſich würdig zu machen; er zeigte ſich im Gegentheil äußerſt ungehalten über die beſtändigen Schwankungen des Directoriums und die immer wechſelnden Pläne für Italien und

Deutſchland. „Der bataviſchen Republik," erwiederte man Sandoz am 9. September, „wird Preußen beim künftigen Frieden, ſobald das Haus Oranien entſchädigt iſt, die Anerkennung nicht weigern; damit können die Franzoſen, wenn ſie ehrlich ſind, zufrieden ſein. Der Vorſchlag, die öſtreichiſche Gränze zu bedrohen, bedarf keiner Antwort; Sandoz wird ſich ſelbſt ſagen, daß der König dazu nicht die geringſte Neigung fühlt." Uebel empfand man auch, daß die Franzoſen, wo es auf die Vergrößerung Preußens ankam, ſich keineswegs eifrig zeigten. Bei dem Vorgehen der preußiſchen Truppen in Franken, bei der Beſitznahme Nürnbergs äußerten Delacroix und Carnot große Beſorgniß, ob ſolche Schritte auch mit den Reichsgeſetzen ſich vereinigen ließen, und der König, wenngleich er ſchon am 11. September, wahrſcheinlich in Folge der Siege des Erzherzogs, den Unterwerfungsantrag der Nürnberger Bürger abgelehnt hatte, fand es doch eigenthümlich, daß dieſelben Leute, die eben erſt das ganze Reich umſtürzen wollten, plötzlich den Reichsgeſetzen eine ſo zärtliche Sorgfalt widmeten [1]). Noch weniger Vertrauen konnte es einflößen, daß über die Verhandlungen mit dem Kaiſer ſich gar Nichts erfahren ließ, nicht einmal über die Sendung jenes Couriers, deſſen Ankunft in Wien ſo großes Aufſehen erregt hatte; Carnot läugnete ſogar, daß das Directorium nur im Geringſten dabei betheiligt ſei [2]). Von dem Anerbieten Englands hörte man nicht viel eher, als Malmesbury in Paris eingetroffen war; über Clarkes Aufträge nur, was Lucheſini aus Wien berichtete. Erregte ſchon dieſe Verſchloſſenheit tiefe Mißſtimmung, ſo war durch die Siege des Erzherzogs auch die Furcht vor dem Andrang der franzöſiſchen Heere weſentlich gemindert. Hoffnung und Wunſch, das linke Rheinufer für Deutſchland zurück zu erwerben, erwachten mit neuer Stärke, und um ſo lebhafter auch die Erinnerung, daß Cleve und Geldern nicht förmlich abgetreten, ſondern in Wahrheit noch Eigenthum Preußens ſeien. Eine ganze Reihe von

1) Vgl. die Schreiben des Miniſteriums vom 12. und 26. September, und Sandoz' vom 17. September 1796.

2) Vgl. den Bericht Sandoz' vom 8. November 1796.

Noten ging darüber in den letzten Monaten des Jahres an das Directorium: Klagen und Beschwerden über das verderbliche Verfahren der französischen Commissare, über die Einziehung der geistlichen Güter, das Auferlegen großer Contributionen, die Verwüstung der Waldungen. Insbesondere war es eine Lindenallee in der Nähe von Cleve, deren Beschädigung beinahe den Krieg wieder entzündet hätte. Sandoz berichtet am 12. Januar 1797, Rewbell und Carnot seien aufs Aeußerste entrüstet. In der Weise, wie bisher, könne man den Schriftwechsel nicht mehr fortsetzen, wenn man nicht jede Verbindung abbrechen wolle; man möge doch nicht wegen so miserabler Streitigkeiten die großen Interessen der Monarchie gefährden. Wie aber ein festes Auftreten den Franzosen gegenüber gewöhnlich zum Ziel führte, so konnte er doch schon einige Tage später, am 17. Januar, berichten, daß wenigstens die ärgsten Beschwerden ungefähr so, wie man wünschte beseitigt seien.

Es war damals der günstige Zeitpunkt, mit Frankreich zu unterhandeln. Trotz der außerordentlichen Erfolge Bonapartes war Oestreich selbst in Italien noch keineswegs besiegt; die Niederlage der französischen Heere in Deutschland hatte einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen; die inneren Zustände Frankreichs, die unsichere Stellung des Directoriums machten den Frieden dringend wünschenswerth. Wir haben gesehen, wie viel zu eben dieser Zeit Clarke Oestreich anzubieten beauftragt war; für die preußischen Verhandlungen wurde auch der Tod der Kaiserin Katharina ein günstiger Umstand, indem die lebhaft ausgesprochene Freundschaft Pauls I. den König aus seiner vereinsamten Stellung befreite und allen seinen Schritten größere Bedeutung gab. Mitte Decembers, kurz nachdem das Ereigniß in Paris bekannt geworden war, hatte Sandoz darüber mit Carnot eine Unterredung. Der Director hob die Nachtheile hervor, die dieser Todesfall für den Kaiser, die günstigen Folgen, die er für Frankreich haben müsse; die Möglichkeit freundlicher Beziehungen mit Rußland sei jetzt gegeben, man würde dem König besonders verpflichtet sein, wenn er seinen Einfluß auf den neuen Czaren benutzen und die ersten Worte der

Annäherung ihm übermitteln wolle [1]). Wenige Tage ſpäter wurde ein Gegenſtand von noch größerer Bedeutung angeregt. Carnot klagte über die Unzugänglichkeit des Kaiſers: man habe den neapolitaniſchen Geſandten, Prinzen Belmonte bei ſeiner Abreiſe erſucht, in Wien für den Frieden zu wirken, aber der Erfolg ſei ungewiß; eine Note könne das Directorium nicht mehr übergeben laſſen, weil Oeſtreich gegen franzöſiſche Schriftſtücke zu große Gleichgültigkeit an den Tag lege. Er kam dann auf die deutſchen Verhältniſſe, äußerte aufs Neue den Wunſch, daß Preußen durch eine Bewegung gegen die öſtreichiſche Gränze ſein Gewicht zu Gunſten des Friedens in die Wagſchale werfe, und knüpfte daran den Vorſchlag, der König möge zwiſchen dem deutſchen Reich und der Republik als Vermittler auftreten. Er ſei dann in der Lage, dem Einfluß des Kaiſers gegenüber die Friedensbedingungen zu ſeinen Gunſten zu geſtalten. Sandoz geht mit Lebhaftigkeit auf dieſen Gedanken ein. Die Zurückhaltung Oeſtreichs, meint er, werde nur ſo lange dauern, bis Frankreich Baiern anbiete; dann werde der Kaiſer zugreifen, ſogleich die Sprache gegen Preußen in eine hochfahrend herriſche verwandeln und Preußens Einfluß im Reich zu vernichten ſuchen. Dies könne nicht wirkſamer verhindert werden, als wenn der König ſich zum Vermittler des Friedens erkläre und in Verbindung mit den deutſchen Fürſten die Bedingungen vorſchreibe. Der Beſitznahme Baierns durch Oeſtreich müſſe man nöthigenfalls mit bewaffneter Hand ſich widerſetzen. „Ich fühle," fährt er fort, „daß ſich viel dagegen ſagen läßt; der ſtärkſte Einwand iſt, daß wir dem Kaiſer verſprochen haben, in den bairiſchen Tauſch zu willigen. Man hegt ſogar hier einigen Argwohn nach dieſer Seite, und ich habe den Erſtaunten und Ungläubigen geſpielt, als man mir davon hat reden wollen. Gibt es ein Mittel, die Beſitznahme zu verhindern, ohne förmlich unſerem Verſprechen untreu zu werden, ſo beſteht es darin, ſich des Friedens zu bemächtigen und unter der Hand den Widerwillen des Directoriums und beider Räthe gegen die

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 16. December 1796.

Preisgebung Baierns zu unterſtützen. „„Helfen Sie uns den Kaiſer ſchwächen,““ ſagte mir noch vorgeſtern der Herr Boiſſy d'Anglas, „„indem Sie verhindern, daß man ihm Baiern überläßt [1]).““

In Berlin war gleichwohl wenig Neigung, dieſem Anſinnen leichthin Folge zu geben. Eine Vermittlung Preußens, erwiderte das Miniſterium, verſpreche keinen Vortheil, ſo lange die Abſichten der ſtreitenden Mächte ſo weit auseinander gingen. Es ſei an Frankreich, den Weg zu ebnen, indem es ſeine Forderungen beſchränke und ſo viel als möglich dem Beſitzſtand vor dem Kriege annähere. Für Deutſchland könne der König in keinem Falle als Vermittler auftreten, wofern nicht die Integrität des Reiches vorher geſichert ſei. Von einer Bewegung gegen Oeſtreich wollte man gar Nichts wiſſen; der König war ſchon ſehr ungehalten, daß die Franzoſen an verſchiedenen Orten, insbeſondere in Turin, das Gerücht ausſtreuten, ſie ſtünden mit Preußen im Bündniß [2]). „Ich weiß nicht," läßt er am 15. Januar 1797 ſchreiben, „auf welchen Grund hin der Herr Carnot Oeſtreich meinen Feind nennt. Ich habe doch ſehr beſtimmt für das Syſtem der genaueſten Neutralität mich ausgeſprochen, und Nichts berechtigt zu der Annahme, ich beabſichtige, mich davon zu entfernen." Die Franzoſen ließen ſich dadurch nicht abſchrecken; ſie brachten zunächſt wieder die gewöhnlichen Mittel zur Anwendung, als dieſe erfolglos blieben, kamen ſie wirklich einen Schritt entgegen. In einer Unterredung mit Haugwitz am 15. Februar eröffnete Caillard im Auftrage des Directoriums: wenn Preußen die Vermittlung übernehmen wolle, ſo würde Frankreich dem Grundſatz ſeine Zuſtimmung geben, daß mit Ausnahme der durch Geſetz mit der Republik ſchon vereinigten Länder das Uebrige, was die Franzoſen beſetzt hielten, Gegenſtand einer Verhandlung werden könne. Als Haugwitz erwiederte, der König müſſe vorerſt ſicher ſein, daß das Reich bei dem künftigen Frieden ſeine Integrität bewahre, gab

1) Vgl. Sandoz' Berichte vom 25. December 1796 und 12. Januar 1797.

2) Das Miniſterium am 13. Januar 1797.

Caillard zu verstehen, von eigentlich deutschen Gebieten sei doch einzig das Bisthum Lüttich durch Gesetz mit der Republik vereinigt worden, in Betreff der übrigen würde man sich schon verständigen. Haugwitz machte noch den Einwand, daß in den Reichsfrieden auch der Kaiser einbegriffen sei, daß aber die preußische Vermittlung ganz gewiß erfolglos bleiben würde, wenn man nicht alle kriegführenden Theile, insbesondere auch England, hinzuziehen könne. Caillard schien von der Nothwendigkeit eines solchen Verfahrens, wenigstens wie Haugwitz meinte, überzeugt; er versprach, darüber an das Directorium zu berichten und neue Instructionen zu erbitten. „Immer ist es," schreibt Haugwitz am nächsten Tage an den König, „ein großer Fortschritt und ein unzweideutiger Beweis, wie nöthig Frankreich des Friedens bedarf, daß wir von seiner Seite das stillschweigende Zugeständniß erhalten, alle Eroberungen mit Ausnahme Lüttichs dem Reiche zurückzugeben [1])." Der König war ganz dieser Ansicht. „Ich bin sehr zufrieden", schreibt er eigenhändig zurück, „mit der festen Antwort, die Sie Caillard gegeben haben. Das ist der einzige Weg, auf dem man hoffen darf, zum Ziel zu gelangen."

Einige Zeit darauf, am 28. Februar, sprach Caillard seine Vorschläge auch schriftlich aus. Er klagt über England und den Kaiser, welche übermäßige Forderungen gestellt, alle Anerbietungen Frankreichs zurückgewiesen und dadurch den Frieden vereitelt hätten. Um den Preis Baierns würde Oestreich allerdings bald zu gewinnen sein; das Directorium habe lange gezögert und zögere noch, ein solches Zugeständniß zu machen; indessen um den Krieg nicht zu verewigen, werde endlich doch nichts Anderes übrig bleiben. Nur Preußen könne dies verhindern, wenn es, etwa in Verbindung mit Sachsen, durch energische Schritte in Wien den Kaiser zum Frieden bestimme. Er sei ermächtigt, zu erklären, daß Frankreich zwar die mit der Republik schon vereinigten Gebiete, die Niederlande, Lüttich, Savoyen und Nizza nicht wieder aufgeben könne,

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 17. Februar, und Haugwitz' an den König vom 16. Februar 1797.

das Uebrige aber als Gegenstand einer Verhandlung betrachte. Wie die französische Aufforderung, so hielt sich auch die preußische Antwort in den Gränzen des früher Besprochenen. Der König, schreibt man am 18. März zurück, nehme zwar die Erklärung des Directoriums mit Vergnügen auf, vermöge sie aber nicht für ausreichend zu halten. Nur wenn die Integrität des Reiches nicht blos Gegenstand der Verhandlung, sondern fest gesichert sei, werde er Friedensvorschläge, die von dieser Grundlage ausgingen, übermitteln. Bis dahin könne er allerdings in Wien, Petersburg und London die friedlichen Absichten der Republik und die Bedingungen, an welche die preußische Vermittlung geknüpft sei, zur Kenntniß bringen, müsse sich dabei aber auf allgemeine Ausdrücke beschränken.

So weitgehend diese Forderungen sind, man mochte doch in Berlin einen günstigen Erfolg erwarten, wenn man Sandoz' Berichte, die eben eingelaufen waren, vor Augen sah. Die öffentliche Meinung, schreibt er am 20. Februar, neige durchaus zum Frieden und zu mäßigen Bedingungen; selbst in der Regierung gewinne sie das Uebergewicht. Carnot und Letourneur, dazu sämmtliche Minister, mit Ausnahme Delacroix's und des Marineministers Truguet, seien bereit auf das linke Rheinufer zu verzichten. Auch Rewbell, heißt es einige Tage später[1]), und somit die Mehrheit des Directoriums sei jetzt für diese Ansicht gewonnen; wolle nur Preußen ohne Verzug die Vermittlung übernehmen, so werde man in Paris jeder Vergrößerung auf Kosten des Reiches entsagen. „Der Vortheil, die bedeutendsten Mitglieder des Directoriums so gestimmt zu wissen, schien mir," fährt Sandoz fort, „noch nicht genügend. Ich habe mich auch an die einflußreichsten Mitglieder beider Räthe gewandt, an Portalis im Rath der Alten, an Cambaceres unter den Fünfhundert. Alle Beide waren vollkommen einig über dies Prinzip. Der erstere hat mir offen erklärt, wenn mein Vorschlag Schwierigkeiten oder Widerspruch erführe, so möge ich mich an ihn wenden; er werde dann,

1) Vgl. den Bericht vom 25. Februar 1797.

indem er mir das ſtrengſte Geheimniß bewahre, in beiden Räthen einen Antrag ſtellen und die Frage im bejahenden Sinn entſcheiden laſſen. „„Es koſte, was es wolle,““ fügte er wörtlich hinzu, „„wir wollen einen edelmüthigen und dauerhaften Frieden, und die Vereinigung Belgiens mit Frankreich iſt mehr als hinreichende Entſchädigung für uns.““ Sandoz iſt denn auch durchaus der Anſicht, der König möge auf die Vermittlung eingehen und etwa in einem offenen Briefe dem Directorium davon Kenntniß geben. Dieſer würde in Frankreich den beſten Eindruck machen und den Kaiſer in die Lage verſetzen, daß er nicht ohne großen Nachtheil die preußiſche Vermittlung zurückweiſen könne.

In Berlin wurden dieſe Berichte mit lebhafter Freude aufgenommen; ſie erregten ſogar die Hoffnung, der Erbſtatthalter könne in Holland wieder eingeſetzt werden. Nur war man doch vorſichtig genug, den von Sandoz angerathenen offenen Brief zu verſchieben, bis erſt beſtimmtere Anträge aus Paris eingetroffen ſeien[1]). Und dieſe Vorſicht war wohl angebracht. Es ſcheint, daß Sandoz' Berichte mehr ſeinen Wünſchen, als den wirklichen Verhältniſſen entſprachen, oder daß man ihn durch ſchöne Worte zu gewinnen ſuchte. Für die Franzoſen blieb immer das weſentliche Ziel, Preußen zunächſt in eine vermittelnde, dann in eine gegen Oeſtreich feindliche Stellung zu bringen, gerade ſo, wie ſie von anderer Seite her den Sultan zu einer Vermittlung und einem Druck auf den Kaiſer zu beſtimmen ſuchten. Das linke Rheinufer zurückzugeben, war die herrſchende Partei, insbeſondere Rewbell, ſchwerlich geneigt, wenigſtens nicht anders, als unter dem Drucke der äußerſten Noth.

Nun trafen aber aus Italien, bald auch aus den deutſchen Provinzen Oeſtreichs ununterbrochen die Nachrichten von neuen glänzenden Erfolgen Bonapartes ein. Man kann denken, daß ſie die Nachgiebigkeit der Franzoſen nicht erhöhten und ihre Anſprüche nicht verminderten. Die preußiſche Antwort an Caillard erregte großes Mißvergnügen; man begriff nicht, warum der König ſo

1) Vgl. das Schreiben des Miniſteriums an Sandoz vom 6. März 1797.

lange zögere, die Vermittlung zu übernehmen [1]). Von den Bedingungen Preußens redete man nicht, nur immer heftiger drängte Carnot, daß endlich eine energiſche Bewegung gegen die öſtreichiſche Gränze vorgenommen würde.

Zu dieſem Zweck wußte man einen an ſich geringfügigen Vorgang in franzöſiſcher Weiſe auszubeuten. Bei dem Vordringen nach Kärnthen waren dem General Bonaparte einige Briefe in die Hände gefallen, die von neapolitaniſchen Diplomaten aus Petersburg an ihren Hof gerichtet wurden. Es war darin von einer Veränderung in der Stimmung des Kaiſers Paul die Rede; er ſei gegen Preußen erbittert, mit Oeſtreich wieder aufs engſte verbunden, und die Tripelallianz zwiſchen beiden Mächten und England beſtehe noch in voller Kraft. Dem preußiſchen Miniſterium waren Schwäche und Hinneigung zu Frankreich vorgeworfen, auch insbeſondere gegen Sandoz einige Ausfälle beigefügt. Kaum hat Delacroix die Briefe erhalten, als er Sandoz zu einer Conferenz einladen läßt, um Dinge von der höchſten Wichtigkeit ihm mitzutheilen. Er legt die Briefe vor; jetzt, meint er, werde der König nicht mehr anſtehen, geeignete Maßregeln für die Ruhe und Sicherheit ſeiner Staaten zu ergreifen. Denn die beiden Kaiſerhöfe ſeien eben ſo ſehr gegen ihn, als gegen Frankreich verſchworen. Niemals, ſetzte er hinzu, gab es für Preußen eine ſo günſtige Gelegenheit, ſich zu erklären. Der König von Preußen dictirt den Frieden, ja, ich ſage mehr im Namen des Directoriums: es ſteht bei ihm, den erſten Platz in Deutſchland einzunehmen, ſich Hannovers zu bemächtigen und die Kaiſerkrone aufzuſetzen [2]).

Sogleich wurden die Briefe nach Berlin geſchickt, Caillard wollte ſie in beſonderer Audienz dem König überreichen und wurde nur mit Mühe von Haugwitz zurückgehalten. Dagegen ließ er ſich nicht nehmen, mit pomphaften Worten in einer eigenen Note auseinander zu ſetzen, was Delacroix ſchon dem Geſandten vor-

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 3. April 1797.

2) Vgl. Sandoz' Bericht vom 7. April.

getragen hatte[1]). Er knüpfte daran die Aufforderung, der König ſolle einen Theil ſeines Heeres mit der franzöſiſchen Armee vereinigen und gemeinſam mit Frankreich dem Kaiſer den Frieden vorſchreiben.

Wäre es nur auf Sandoz angekommen, vielleicht daß die Franzoſen ihren Willen erhalten hätten. Denn dieſer leicht bewegliche Mann hörte nicht auf, unter allen Bedingungen eine enge Verbindung mit Frankreich zu empfehlen. Selbſt das Aufgeben des linken Rheinufers würde ihm keine große Sorge gemacht haben; er wünſchte vor Allem, daß die Uebereinkunft vom 5. Auguſt zur Ausführung gelange. Aber in Berlin war man anderer Anſicht. „Ich komme", läßt der König am 10. April ihm antworten, „von Neuem auf die Rückgabe des linken Rheinufers, welche ich zur weſentlichen Vorbedingung meiner Vermittlung für den Frieden gemacht habe. Auffällig war mir, daß Sie den Wunſch ausſprechen, die geheime Uebereinkunft vom 5. Auguſt möchte zur Ausführung kommen. Ich weiß, es iſt Ihr Eifer für die Größe meiner Monarchie, der Ihnen dies Gefühl eingibt, aber ich bin weit entfernt, es zu theilen, und wünſche Nichts, als die Herſtellung des Friedens auf der Grundlage der Reichsintegrität, der Erhaltung Baierns für ſeine rechtmäßigen Herren und der Wiedereinſetzung des Hauſes Oranien in Holland. Ganz abgeſehen von den endloſen Schwierigkeiten, welche die Ausführung der geheimen Artikel dem Frieden in den Weg legen würde, abgeſehen von der gefährlichen Umwälzung, welche in Deutſchland daraus erfolgen müßte, ſogar die Rückſicht auf das gute Einvernehmen zwiſchen mir und der Republik flößt mir den lebhaften Wunſch ein, daß ſie meinen Gränzen nicht zu nahe komme. Ich kann mir die Gefahren nicht verbergen, die unumgänglich aus der Nachbarſchaft einer ſo unruhigen und furchtbaren Macht entſtehen müßten. Ich betrachte deshalb die Zulaſſung jener Prinzipien

1) Vgl. Haugwitz' Aeußerungen am 15. April bei Ueberſendung der Briefe an die übrigen Miniſter und den Bericht der Miniſter an den König vom 22. April. Dazu das Schreiben Delacroix' an Caillard vom 6. April und Caillards Note vom 16. April 1797. im preußiſchen Staats-Archiv.

als ein großes Unglück, und obgleich ich mich ihr nicht widersetzen kann, so erfordern doch meine wesentlichsten Interessen, alle Mittel der Unterhandlung und Ueberredung anzuwenden, um wo möglich Frankreich selbst davon abzubringen."

Den von Bonaparte aufgefangenen Briefen legte man gar kein Gewicht bei; Haugwitz bemerkt schon, als er sie den übrigen Ministern zuschickt, sie scheinen sehr stark aufzutragen und bringen nicht einmal etwas Neues. Dagegen konnte man nur zu leicht sich überzeugen, was von der französischen Aufrichtigkeit zu halten sei. Aus Paris hörte man, daß Delacroix ohne Anstand verschiedenen Gesandten zu verstehen gab, Frankreich habe sich mit Preußen völlig geeinigt; von anderer Seite lief aus Turin die Nachricht ein, daß Clarke und sein Secretär Perret in der Unterhandlung mit Gherardini wiederholt sich dahin aussprächen, das Directorium könne nur mit Abneigung und Besorgniß die preußische Macht in Deutschland sich vergrößern sehen. Sehr unwillig empfand man auch, daß die Franzosen noch immer nicht abließen, Preußen zum Krieg gegen Oestreich zu reizen und das Aufgeben Baierns als ein unumgängliches Zugeständniß zu bezeichnen, da doch nach den Erfolgen des letzten Feldzuges die Bedingungen des Friedens in ihrer Hand lägen und die Verhandlungen mit dem Kaiser vielleicht schon dem Abschluß sich näherten [1]).

Zu diesen Verhandlungen müssen wir uns zurückwenden.

Preußen hatte das in der Note vom 18. März gegebene Versprechen erfüllt. Schon am folgenden Tage war an Caesar ein Schreiben abgegangen, das ihm und Thugut von den Wünschen des Directoriums und von den Bedingungen, an welche der König seine Vermittlung knüpfte, Nachricht gab. Es ist unzweifelhaft, daß der östreichische Minister nichts weniger wünschte, als eine Einmischung Preußens in die Friedensverhandlungen; hatte doch schon vor zwei Jahren der Kaiser nur mit Widerstreben dem Verlangen des Reichstags sich gefügt. Gleichwohl meinte Caesar

1) Vgl. das Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 24. April.

zu bemerken, daß die entſchiedene Erklärung des Königs zu Gunſten der Reichsintegrität einen ſehr guten Eindruck hervorgerufen habe. Als er am 26. März von dem preußiſchen Anerbieten Kenntniß gab, erbat der Miniſter ſich zunächſt einige Zeit, um eine ſo wichtige Angelegenheit in Erwägung zu ziehen und dem Kaiſer Mittheilung zu machen; wenige Tage ſpäter, am 2. April, ſprach er die Abſicht aus, mit Oeſtreichs Verbündeten Rath zu nehmen, wies übrigens die Sache nicht von der Hand. In Wien war bei der bedrängten Lage die allgemeine Stimme für die preußiſche Vermittlung; ſelbſt Thugut, berichtet Caeſar, habe dem engliſchen Geſandten geſagt, man ſehe nun doch, daß der König rückſichtlich der Rheingränze Frankreich gegenüber nicht gebunden ſei und ſeinem Vortheil gemäß für oder gegen die Integrität des Reiches ſich ausſprechen könne. Wäre das eigentliche Verhältniß Preußens zum Directorium bekannt geweſen, vielleicht daß die deutſchen Mächte ſich geeinigt und großes Unheil unſerem Vaterlande erſpart hätten. Leider ging die Entſcheidung doch wieder nach der entgegengeſetzten Seite, wenn man Caeſars Berichten glauben dürfte, in Folge eines eigenthümlichen Zwiſchenfalls.

Es iſt erinnerlich, wie nach dem Tode der Kaiſerin Katharina die Geſinnungen des ruſſiſchen Hofes zu Gunſten Preußens ſich veränderten. Paul I. ließ dem Könige ſogleich die wärmſten Freundſchaftsverſicherungen übermitteln und ſchien ſeine Politik durchaus mit der preußiſchen vereinigen zu wollen. Dies entſchiedene Entgegenkommen blieb von Seiten des Königs nicht unerwiedert; als ein Beweis des engſten Vertrauens wurden ſogar die geheimen Artikel des Vertrages vom 5. Auguſt dem Czaren mitgetheilt. Aber dieſer Schritt hatte ganz andere Folgen, als man erwartete. Paul nahm die Mittheilung ſehr unfreundlich auf, fand in dem Vertrage einen Beweis der Schwäche und Treuloſigkeit und wandte ſich, ſeinem leidenſchaftlichen Charakter entſprechend, gerade nach der entgegengeſetzten Seite. Seine Mißſtimmung gegen Preußen wurde unverkennbar; ſie iſt es, die eben jene von Bonaparte aufgefangenen Briefe veranlaßt hatte;

der Graf von Dietrichſtein, damals als außerordentlicher Geſandter in Petersburg, ſah ſich augenſcheinlich bevorzugt, und wie man ihn kennt, iſt anzunehmen, daß er Pauls Unwillen gegen Preußen nicht gemildert habe. Es kam dahin, daß auch ihm und Cobenzl von den geheimen Artikeln Kenntniß gegeben wurde, und ſie beeilten ſich, durch einen Courier Thugut davon zu benachrichtigen. Am Palmſonntag, dem 9. April, als eben Merveldt und Bellegarde aus dem franzöſiſchen Lager zurückkehrten, ſoll auch dieſe Botſchaft nach Wien gelangt ſein und in Bezug auf die preußiſche Vermittlung den Ausſchlag gegeben haben. Ein Mitglied der engliſchen Geſandtſchaft ſuchte einige Tage ſpäter Caeſarn auf und beklagte aufs lebhafteſte die plötzlich eingetretene üble Wendung. Der günſtige Eindruck, welchen die preußiſche Erklärung hervorgerufen habe, ſei verwiſcht; man glaube, Preußen beabſichtige nichts Anderes, als den Umſturz der Reichsverfaſſung und die Schmälerung der Reichsgränzen; das ganze Mißtrauen des Wiener Hofes, der ſchon die Vermittlung Preußens unter den gegenwärtigen Verhältniſſen habe anrufen wollen, ſei in alter Stärke wieder erwacht [1]).

Ich wiederhole, das war der Lauf der Ereigniſſe, wie Caeſar ihn darſtellt. Er findet einige Beſtätigung in dem Umſtande, daß Thugut gerade am 9. April eine entſcheidende Antwort an den Grafen Cobenzl abgehen ließ. Gleichwohl kann Caeſars Bericht zum Beweiſe dienen, wie vorſichtig auch die ſcheinbar ſicherſten Zeugniſſe aufzunehmen ſind. Immerhin mag Cobenzls Courier am Palmſonntage eine Mittheilung über den Auguſtvertrag und deſſen Aufnahme in Petersburg überbracht haben. Aber die erſte Nachricht von dieſen Ereigniſſen hat er nicht überbracht, Thugut war davon bereits unterrichtet, ehe nur der preußiſche Vermittlungsvorſchlag von Berlin abgehen konnte. Es erhellt dies mit Sicherheit aus einem Briefe Sir Morton Edens an

1) Vgl. Caeſars Berichte an das Miniſterium vom 28. März, 3. April, 12. April und das Schreiben des Miniſteriums an Caeſar vom 17. März 1797.

Lord Grenville vom 15. März. Schon an dieſem Tage gibt der engliſche Geſandte ſeinem Miniſter in Thuguts Auftrage von den Vorgängen in Petersburg genaue Nachricht [1]). Thuguts Stellung zu dem preußiſchen Anerbieten hat alſo durch die Kenntniß des Auguſtvertrages gar nicht verändert werden können. Daß ſie dadurch im Voraus beſtimmt oder wenigſtens befeſtigt ſei, unterliegt freilich keinem Zweifel, nur würde man doch zu weit gehen, wollte man darin, wie Caeſar, das einzig entſcheidende Moment erblicken. Thugut hatte ohnehin Gründe genug, jede Einmiſchung Preußens in die Friedensverhandlungen zu ſcheuen. Auch wird in jener Depeſche vom 9. April, welche Cobenzl das preußiſche Anerbieten zur Kenntniß bringt und es zugleich mit heftigen Worten zurückweiſt, der Vertrag vom 5. Auguſt, ſo weit ich mich erinnere, nicht beſonders hervorgehoben. Thugut meint, die Vermittlung des Königs ſei nur angeboten, um vor England und Deutſchland in beſſerem Lichte zu erſcheinen. Die Reichsintegrität werde Preußen allein in der Wiederherſtellung der äußeren Gränzen ſuchen, nicht in der Fortdauer der Verfaſſung. Unbedingt vertraue der Kaiſer der Gerechtigkeit und Freundſchaft ſeines ruſſiſchen Verbündeten, er werde gern jedes Mittel der Verſöhnung zur Anwendung bringen, das der ruſſiſche Hof mit dem Ruhm und den Intereſſen des Kaiſers für vereinbar erachte; aber nichts könne betrübender ſein, als wenn das Berliner Cabinet ſich durch Einmiſchung in die Verhandlungen wirkſame Mittel ſichere, ſeinem eingewurzelten Haß gegen Oeſtreich Raum zu geben und ſeine Ländergier durch neue Erwerbungen zu befriedigen. Am Beſten ſei es, der Petersburger Hof biete ſeine Vermittlung an; dadurch werde der zudringlichen Einmiſchung Preußens ein Riegel vorgelegt, oder ſein Einfluß, wenn man es nicht ausſchließen könne, wenigſtens in Schranken gehalten.

Auch eine folgende Depeſche vom 30. April, welche den

1) Die Kenntniß dieſer Depeſche verdanke ich der zuvorkommenden Güte E. Herrmanns, eben da ich dieſen Bogen der letzten Verbeſſerung zu unterwerfen habe.

Inhalt der Präliminarien mittheilt und zu rechtfertigen ſucht, ſchließt mit der Bemerkung: vornehmlich müſſe man jetzt gegen Preußen und die Türkei auf der Hut bleiben. Der Kaiſer Paul möge doch in Berlin wie in Conſtantinopel ankündigen, daß er jeder gegen Oeſtreich gerichteten Maßregel ſich widerſetzen würde; ſehr wünſchenswerth ſei die Aufſtellung eines Hülfscorps in Böhmen oder Mähren, um Preußen und Franzoſen in Achtung zu halten und auf den Abſchluß des Friedens günſtig einzuwirken. Durchaus müſſe Preußen den Unterhandlungen fern bleiben, denn es beabſichtige nichts Anderes, als die Zertheilung des Reichs[1]).

Nach dem, was in den letzten Jahren vorgegangen, nach der Anſicht, die über das Verhältniß Preußens zu Frankreich ſich gebildet hatte, iſt Thuguts Stimmung zu erklären, aber deßhalb nicht minder zu bedauern. Denn es begegnet eben hier der ſeltene Fall, daß die wahren Abſichten beider Staaten ſich mit einander vereinigen ließen. Preußen wünſchte wie Oeſtreich die Integrität des Reiches zu behaupten, auch gegen die Entſchädigung des Kaiſers in Italien hätte es ſchwerlich etwas eingewendet, weil dadurch die läſtige Verbindlichkeit in Bezug auf den bairiſchen Tauſch gehoben wäre[2]). Beide Staaten vereinigt hätten damals unzweifelhaft die deutſche Gränze behaupten und die Präliminarien von Leoben zur Ausführung bringen können. Daß ſie getrennt und mißtrauiſch einander gegenüberſtanden, wurde noch

---

1) Vgl. die Depeſchen vom 9. und 30. April im Oeſtr. Staats-Archiv. Bruchſtücke finden ſich bei Danileſski-Miliutin, Der Krieg von 1799, I, 319 und 321. Der Depeſche vom 30. April gehört auch das Bruchſtück an, das Miliutin oder ſein Ueberſetzer irrig vom 11. Mai (30. April alten Styls) datirt. Eine Depeſche Thuguts an Cobenzl vom 11. Mai 1797 findet ſich nicht.

2) Bei Daru (Histoire de Venise, V, 264) findet ſich ein Bericht des venetianiſchen Geſandten Querini aus Paris vom 23. December 1796: Sandoz habe ihm in beinahe aufdringlicher Weiſe den Beiſtand Preußens und eine Garantie des venetianiſchen Gebietes gegen die gefährlichen Gelüſte Oeſtreichs angeboten; die Mémoires d'un homme d'Etat, IV, 222, laſſen ihn ſogar für eine Hülfsarmee von 20,000 Mann 20 Millionen fordern. Ein ſolches

für viele Jahre das Unheil Deutſchlands und zunächſt das Unheil der Verhandlungen, welche im folgenden Buche darzuſtellen ſind.

Anerbieten widerſpricht aber durchaus dem Geiſte der preußiſchen Politik, auch wird es, ſoweit ich mich erinnere, in Sandoz' Briefwechſel gar nicht erwähnt. Sollte der Geſandte derartige Reden geführt haben, ſo handelte er gewiß nicht im Auftrage ſeines Miniſteriums.

Drittes Buch.

Der Friede von Campo Formio.

Erſtes Kapitel.

Die Uebereinkunft zu Montebello am 24. Mai 1797.

Die Unterhandlungen, welche dem Frieden von Campo Formio vorhergingen, muß ich nach der Wichtigkeit ihres Gegenſtandes, nach dem Charakter der Perſonen, welche dabei betheiligt waren, und der Ereigniſſe, welche darauf einwirkten, für die merkwürdigſten halten, die jemals zu meiner Kenntniß gekommen ſind. Es iſt nicht die Schuld der hier zuerſt benutzten Documente, wenn die folgenden Abſchnitte meiner Erzählung nicht einige Theilnahme ſich gewinnen ſollten.

Ich habe gezeigt, daß die Präliminarien von Leoben für Oeſtreich und Deutſchland günſtiger lauteten, als nach einem ſo ſchweren, unglücklichen Kriege ſich erwarten ließ. Wären ſie nur ihrem vollen Inhalte nach zur Ausführung gekommen! Aber man könnte den Vorzug beinahe für einen Fehler halten. Denn ſobald die Verhältniſſe, unter denen ſie abgeſchloſſen wurden, nicht mehr beſtanden, mußte der Gegner ſich verſucht fühlen, an den Beſtimmungen des Vertrages Aenderungen vorzunehmen. Schon in der Depeſche an Cobenzl vom 30. April ſpricht Thugut dieſe Befürchtung aus; unheilvoller, als er ſich vorſtellen konnte, ging ſie in Erfüllung. So manche Vortheile aus den Präliminarien für den franzöſiſchen Heerführer erwuchſen, ſie konnten ihm doch nicht völlig genehm ſein. Bourrienne, ſein Jugendfreund, der am Tage nach dem Abſchluß im Hauptquartiere eintraf, fand ihn keineswegs mit dem, was er erlangt hatte, zufrieden; er verbarg nicht,

daß er ungern den Zug gegen Wien aufgegeben habe. Schon ſeit dieſem Tage kreuzen ſich neue Entwürfe, immer weniger mit dem Inhalt der Präliminarien vereinbar. Der Brief, den er am 22. April an das Directorium richtet, gibt davon Zeugniß. Die Präliminarien, ſchreibt er, ſeien in Wahrheit nur eine erſte Beſprechung zwiſchen zwei Mächten, die ſeit ſechs Jahren, die Waffen in der Hand, ſich als unverſöhnlich betrachtet hätten. Beim Definitivfrieden könne man nach Gutbefinden ändern, einſtweilen habe man wenigſtens dem Kaiſer gegenüber eine günſtige Stellung erlangt. Das beſte Mittel ſei jetzt, zur Unterſtützung der Verhandlungen noch 30,000 Mann nach Italien zu ſchicken; dadurch würde man wahrſcheinlich die Rheingränze oder etwas Aehnliches, und die drei Legationen für die lombardiſche Republik erhalten.

Seine Unzufriedenheit wuchs, als er wenige Tage ſpäter erfuhr, die Armeen am Rhein hätten den Fluß überſchritten und auf dem rechten Ufer bedeutende Erfolge erlangt. Bourrienne erzählt, die Nachricht habe ihn dermaßen aufgeregt, daß er einen Augenblick Willens geweſen ſei, unter irgend einem Vorwande die Verhandlungen abzubrechen; nur mit Mühe haben Berthier und andere Generale ihn davon abgehalten[1]). An die Erfüllung des Vertrages war ſeitdem nicht mehr zu denken.

In ähnlicher Weiſe verfuhr das Directorium. Bei allem Widerwillen gegen die Präliminarien wagte es doch nicht, die Zuſtimmung zu verweigern, aber ebenſo wenig war es geneigt, an ihren Inhalt ſich zu binden. Schon die Form der Veröffentlichung ließ vermuthen, man werde das Zugeſtändniß der geſetzlichen Gränzen über ſeine eigentliche Bedeutung ausdehnen. Beſtimmte Plane zeigen ſich wenige Tage ſpäter in der Inſtruction für Bonaparte und Clarke, welche am 6. Mai gemeinſchaftlich zu Bevollmächtigten für den Frieden ernannt wurden. Man wünſchte

---

1) Mémoires de Bourrienne, I, chap. XI, Brüſſel, 1829, nur iſt es offenbar irrig, wenn dort angegeben wird, Bonaparte habe die Nachricht am 20. April, beim Rückmarſch des Heeres auf einer Inſel im Tagliamento erhalten.

vor Allem den läſtigen Congreß in Bern zu umgehen und nach dem alten Syſtem der franzöſiſchen Politik durch Einzelverhandlungen mit dem Kaiſer das Ziel zu erreichen. Als ſolches tritt gleich wieder der Beſitz des linken Rheinufers hervor; beſonders wünſchenswerth ſcheint es zu dieſem Zwecke, den Kaiſer dahin zu bringen, daß er ſeine Truppen aus den rheiniſchen Feſtungen und aus dem Reiche in die Erbſtaaten zurückziehe; nicht eher, als dies geſchehen, ſollen die Entſchädigungen in Italien den öſtreichiſchen Truppen eingeräumt werden. Eine Vergrößerung in Deutſchland darf dem Kaiſer nicht zu Theil werden, wenn er nicht ein Gebiet von gleichem Werthe in Italien ſich abziehen läßt. Sie wäre ſchon deßhalb gefährlich, weil der König von Preußen dann ähnliche Anſprüche erheben würde. In Bezug auf Venedig wird die Grundlage der Präliminarien zwar im Allgemeinen noch anerkannt, jedenfalls ſoll aber die Stadt durch eine demokratiſche Verfaſſung dem franzöſiſchen Einfluß unterworfen, oder mit der lombardiſchen Republik vereinigt, oder wenigſtens des verſprochenen Beſitzes der Legationen nicht theilhaftig werden. Im Uebrigen bleiben die Einzelnheiten Bonaparte und Clarke überlaſſen, die an Ort und Stelle Alles am Beſten erwägen könnten[1]).

Der Einzige, welcher die Ausführung der Präliminarien ſo genau und ſo raſch als möglich wünſchen mußte, war der Kaiſer. Wir ſahen denn auch, wie bald die Genehmigung erfolgte. Wenige Tage darauf, am 24. April, werden Merveldt und de Gallo zu Bevollmächtigten ernannt, der Eine, um die Räumung der öſtreichiſchen Provinzen zu überwachen, der Andere, um die politiſchen Maßregeln zur Ausführung der Präliminarien zu vereinbaren[2]).

De Gallo hatte noch vor dem 28. April zu Gratz eine Unterredung mit Bonaparte, dem er die Geſinnungen des Kaiſers auseinanderſetzte und die Geneigtheit kund gab, ſchon vorläufig in

1) Vgl. Correspondance inédite IV, 15.

2) Vgl. die Vollmachten im Oeſtr. Staats-Archiv und Bonapartes Brief vom 22. April in der Correspondance de Napoléon, III, 1.

einer italiäniſchen Stadt über die wichtigſten Punkte, welche dereinſt an den Congreß gelangen könnten, ſich zu einigen. Dieſe Unterredung iſt ſpäter zum Gegenſtande heftigen Streites geworden; denn Bonaparte behauptete, der Kaiſer habe durch ſein Anerbieten auf einen der weſentlichſten Artikel der Präliminarien, auf die Berufung des allgemeinen Congreſſes in Bern Verzicht geleiſtet und zu einem beſonderen Friedensſchluß mit Frankreich ſich verpflichtet. Vom Wiener Cabinet wurde dieſe Auffaſſung mit Entſchiedenheit zurückgewieſen; niemals, ſagte man, habe der Kaiſer den Congreß in Bern aus dem Auge verloren, wenn er auch gern bereit geweſen ſei, die Zeit, die bis dahin verſtreichen mußte, zu vorläufigen Beſprechungen zu benutzen. Daß dieſe Auffaſſung thatſächlich die richtige iſt, läßt ſich nicht bezweifeln. Selbſt aus dem Briefe Bonapartes vom 30. April erkennt man, daß zu Gratz eine förmliche Verhandlung gar nicht ſtattgefunden hat, alſo noch weniger ein diplomatiſch wirkſamer Verzicht geleiſtet werden konnte. Wer nur einigermaßen verfolgt hat, wie Napoleon in ſolchen Dingen zu verfahren pflegte, weiß, wie leicht es ihm wurde, Aeußerungen eines Gegners ſeinen Abſichten und Wünſchen gemäß zurechtzulegen. Bei den ſpäteren Verhandlungen (am 29. Auguſt) gab de Gallo ſelbſt, Bonaparte gegenüber, ohne daß dieſer etwas hätte erwidern können, die beſtimmteſte Erklärung, daß vom Aufgeben des Congreſſes und von anderen als vertraulichen Beſprechungen in Gratz niemals Rede geweſen ſei. Dem Wiener Cabinet geſchieht indeſſen ſchwerlich Unrecht, wenn man annimmt, daß Thugut vor Sonderverhandlungen nicht zurückgeſchreckt wäre, hätte er hoffen dürfen, in ſolcher Weiſe raſch und ſicher die Ausführung der Präliminarien oder noch günſtigere Bedingungen zu erhalten. Statt deſſen nahmen aber die italiäniſchen Angelegenheiten eine Wendung, die den Wiener Hof mit der ernſteſten Beſorgniß erfüllen mußte. Sobald der Waffenſtillſtand mit Oeſtreich ihm freie Hand gab, hatte Bonaparte die ganze Heftigkeit ſeines Zornes gegen Venedig gewendet. Schon am 9. April richtete er an den Senat eine Note, welche über den Mord franzöſiſcher Bürger in drohendem Tone ſich beſchwerte.

Der Inhalt der Präliminarien verpflichtete ihn dann gewiſſermaßen zu Feindſeligkeiten gegen die Republik, und ein blutiger Aufſtand, der am 17. April gegen die franzöſiſchen Truppen in Verona ausbrach, gab ihm den erwünſchten Anlaß. Nicht die demüthigſten Bitten und Verſprechungen konnten ihn beſänftigen; am 3. Mai erließ er aus Palmanova eine Kriegserklärung gegen die rathloſe, beinahe wehrloſe Regierung, und wenige Tage reichten hin, das ganze venetianiſche Feſtland in ſeine Gewalt zu bringen. Der Sieger wartete den Ausgang nicht einmal ab, er begab ſich weiter nach Mailand und nahm auf dem nahen Luſtſchloſſe Montebello ſeinen Wohnſitz. Hier ſchloß er am 16. Mai, gerade an dem Tage, an welchem eine franzöſiſche Diviſion Venedig beſetzte, mit den Abgeſandten des ſchon vernichteten Staatsweſens zum Scheine noch einen Vertrag ab[1]), der die vielhundertjährige ariſtokratiſche Verfaſſung in eine demokratiſche verwandelte oder in Wahrheit Hauptſtadt und Gebiet den Händen der Franzoſen überlieferte. Sogleich wandte er ſich dann zur Bildung der italiäniſchen Republik. Aus ſeinen Briefen erſieht man, daß die Stimmung der Bevölkerung ihm keineswegs entgegenkam, aber dem eiſernen Willen, dem unvergleichlichen Organiſationstalent dieſes Mannes mußte jedes Hinderniß ſich fügen. Nicht lange, und der neue Staat war wenigſtens der Form nach ins Daſein gerufen, freilich im Weſentlichen immer von der Willkür ſeines Stifters abhängig.

Unterdeſſen war aus Paris am 14. Mai die Ratification der Präliminarien nebſt der Vollmacht für Bonaparte eingetroffen, wenige Tage ſpäter kamen auch Merveldt und kurz nach ihm de Gallo an. Merveldt kehrte in Folge eines Geſpräches über die Räumung von Trieſt nach Wien zurück, mit de Gallo begann eine Verhandlung. Und hier ſcheint es nun, daß der friedliebende, geſchmeidige, aber nicht eben ſtarkgeſinnte Diplomat völlig dem Einfluß ſeines gewaltigen Gegners unterlegen iſt. Ein übler Umſtand, der ſchon in Leoben von Thugut vorhergeſehen und von Bonaparte

1) Vgl. Correspondance de Napoléon, III, 49.

aufs geſchickteſte benutzt wurde, lag noch darin, daß de Gallo als neapolitaniſcher Geſandter immer beſondere Zwecke, vornehmlich die Erwerbung der Mark Ancona für ſeinen Herrn, im Auge behielt. Ohne zu berückſichtigen, daß er gar nicht die nöthige Vollmacht beſitze, ließ er ſich am 24. Mai zu einer Uebereinkunft verleiten, die in Allem den Wünſchen der Franzoſen genehm war. Danach wollte man am nächſten Tage die Unterhandlungen zwiſchen Frankreich und Oeſtreich in Montebello eröffnen und vor dem Anfange des Reichscongreſſes zu Ende führen, aber vorerſt Alles noch geheim halten und ſelbſt dem geſetzgebenden Körper in Frankreich nur nach gemeinſamer Uebereinkunft zur Kenntniß bringen (Art. 1). Die Verhandlungen mit dem Reich ſollten am 1. Juli in Raſtatt ihren Anfang nehmen (Art. 2), und keine fremde Macht zugezogen werden; der Kaiſer könne dann mit Genehmigung der Republik durch einen Artikel des Definitivfriedens ſich als Vermittler zwiſchen ſeinen Verbündeten und Frankreich anbieten (Art. 3). Man ſieht, es iſt genau das, was Bonaparte und das Directorium wünſchten; de Gallo machte nur den Vorbehalt, die letzte Beſtimmung innerhalb vierzehn Tagen dahin verändern zu können, daß zu dem Congreß in Raſtatt auch die Verbündeten des Kaiſers und der franzöſiſchen Republik eingeladen würden [1]).

Die eigentliche Bedeutung dieſes Vorgangs erkennt man noch beſſer aus einem Briefe, den Bonaparte wenige Tage ſpäter (am 27.) an das Directorium richtet. Gleich in der erſten Beſprechung hatte man ſich über einen Entwurf geeinigt, nach welchem Frankreich die Rheinlinie für ſich, und in Italien Mantua, Brescia und das Gebiet bis zur Etſch für die neue Republik in Beſitz nahm. Dafür ſollte der Kaiſer durch das Venetianiſche mit der Hauptſtadt, und in Deutſchland durch Salzburg und Paſſau entſchädigt werden; für Cleve wollte man Preußen einen Erſatz, oder, wenn es zu hohe Anſprüche erhöbe, die Rückgabe anbieten, im Uebrigen das Reich in ſeinem Beſtande erhalten. „Die deutſche

1) Vgl. den Vertrag in der Correspondance de Napoléon, III, 63.

Reichsverfaſſung umſtoßen", bemerkt Bonaparte, „heißt die Vortheile Belgiens und der Rheingränze einbüßen, heißt zehn oder zwölf Millionen Einwohner zwei Mächten überliefern, denen wir in gleichem Grade mißtrauen. Wenn die deutſche Reichsverfaſſung nicht beſtände, man müßte ſie für unſeren Vortheil erſt erſchaffen."

„Venedig", fährt er fort, „geht rückwärts ſeit der Entdeckung des Caps der guten Hoffnung und dem Emporkommen von Trieſt und Ancona. Es wird die Schläge, die wir ihm beibringen, ſchwerlich überdauern. Die Bevölkerung iſt unbrauchbar, feig, durchaus nicht geſchaffen für die Freiheit, ohne Land, ohne Waſſer; es ſcheint natürlich, daß ſie denen überliefert wird, denen wir das Feſtland geben."

„Wir nehmen alle Schiffe, leeren das Arſenal, führen alle Kanonen mit, zerſtören die Bank und behalten Corfu und Ancona für uns. Corfu wird durch den Vertrag uns zugeſichert, Ancona, das wir ſchon im Beſitz haben, wird alle Tage furchtbarer; wir behalten es, bis es durch den Wechſel der römiſchen Angelegenheiten unwiderruflich uns überliefert wird."

Dieſer Brief iſt deßhalb ſo merkwürdig, weil er die letzten Ziele Bonapartes ſchon beinahe vollſtändig ausſpricht. Die folgenden Ereigniſſe geben nur die Geſchichte, wie er ſeinen Willen dem Widerſtande der Italiäner, des Kaiſers, der Parteien in Frankreich, ja ſeiner eigenen Regierung zum Trotze dennoch im Weſentlichen zur Ausführung bringt. Man muß gerade an dieſer Stelle recht lebhaft empfinden, wie ſchwer es einem Deutſchen wird, die Geſchichte dieſes und der folgenden Jahre zu beſchreiben, weil die Geſtalt des Gegners ſo weit jedes gewöhnliche Maß überragt, daß Alles, was von Perſonen in ſeiner Nähe ſich bewegt, dagegen zwerghaft erſcheint, daß die Handlung im Weſentlichen immer von ihm ausgeht, und das höchſte Intereſſe unabweislich auf ihn ſich vereinigen muß.

Damals freilich glaubte er nicht einmal, daß ſo viele Schwierigkeiten ihm entgegenſtänden; er hoffte in einigen Wochen den Frieden zum Abſchluß zu bringen. Ueber Thugut hegte oder

äußerte er wenigſtens eine ſehr geringe Meinung. „Das Wiener Cabinet, ſchreibt er, ſteht bis auf dieſe Stunde unter der Leitung eines einzigen Mannes, wie es ſcheint, wenig geſchickt, entſetzlich langſam, ohne alle Vorausſicht, und bei jeder Gelegenheit abſchweifend. Er befolgt nicht einmal ein Syſtem, ſondern ſchwankt inmitten der Intriguen von ganz Europa; im letzten Grunde hat er nur eine Idee, die ich für aufrichtig halte, nämlich den Krieg nicht erneuern zu wollen[1])."

Aber dieſen Gegner hatte er unterſchätzt. Thugut hörte mit dem äußerſten Unwillen von einer Uebereinkunft, die ſo weſentlich von den Präliminarien und ſeinen Wünſchen ſich entfernte. Die Rückgabe des linken Rheinufers an das deutſche Reich, Mantuas an den Kaiſer, allgemeine Friedensverhandlungen zu Bern, drei Punkte, auf die man in Wien den höchſten Werth legte, waren beſeitigt, beinahe ohne Erſatz. Denn die Vortheile, welche der Beſitz Venedigs erwarten ließ, wurden weſentlich durch den Umſtand beeinträchtigt, daß die drei Legationen, ſtatt, den Präliminarien gemäß, der venetianiſchen Ariſtokratie, alſo dem Einfluſſe Oeſtreichs anheim zu fallen, nunmehr als Theile der italiäniſchen Republik in Wahrheit franzöſiſche Provinzen wurden, den Papſt von jeder Verbindung mit Oeſtreich abſchnitten und das Uebergewicht der Franzoſen in Italien vollendeten. Mochte man in Deutſchland Paſſau und Salzburg als willkommene Zugabe des öſtreichiſchen Gebietes betrachten, ſo war doch damit der Grundſatz der Säculariſationen anerkannt und der Reichsverfaſſung ein ſchwer zu verwindender Stoß gegeben. Gleich am 5. Juni, ſobald der öſtreichiſche Miniſter von der Convention und den Forderungen Bonapartes Kenntniß erhielt, ſpricht er gegen de Gallo ſeinen Unwillen aus. Er klagt über die Treuloſigkeit der Franzoſen, befiehlt dem Geſandten, ſtreng an den Präliminarien feſtzuhalten und verſagt der Uebereinkunft vom 24. Mai durchaus die Genehmigung. De Gallo wird angewieſen, keinen Schritt mehr ohne Rath des öſtreichiſchen Geſchäftsträgers in Venedig, Herrn

1) Correspondance de Napoléon, III, 73.

von Homburg, vorzunehmen, und Merveldt aufs Neue als Bevollmächtigter ihm an die Seite gestellt [1]). Weil aber beide einer so wichtigen und schwierigen Verhandlung nicht zu genügen schienen, richtete Thugut sein Augenmerk auf den ersten und geschicktesten Diplomaten des Kaiserstaats, den Grafen Cobenzl in Petersburg. Schon am 12. Juni ergeht an ihn die Weisung: er solle sich bereit halten, in vier bis fünf Tagen Petersburg zu verlassen, wo der Graf Dietrichstein einstweilen ihn vertreten könne. Unter so gefährlichen Verhältnissen bedürfe der Kaiser seines Rathes; insbesondere habe man ihn ausersehen, in Bern an dem allgemeinen Friedenscongresse Theil zu nehmen [2]). Auch dem Reichstag wurde durch ein Hofdecret vom 18. Juni die frühere Versicherung der Reichsintegrität ausdrücklich erneut, und sogar der fünfte Artikel der Präliminarien wörtlich mitgetheilt. Dabei wird die Hoffnung ausgesprochen, die zum Reichscongreß „deputirten Stände werden demnächst, vereinigt unter ihrem Reichsoberhaupte, nach überlebten vielen Stürmen, im Geiste patriotischer Eintracht und Standhaftigkeit das große Werk beginnen, auf der Basis der Integrität, Deutschlands Verfassung und Wohlfahrt mittelst eines sichern und billigen Friedens zur bleibenden Wonne der friedliebenden Menschheit auf Jahrhunderte zu befestigen [3])." Aber man machte sich auch auf den anderen Fall gefaßt; die Lücken des Heeres wurden ergänzt, die festen Plätze ausgebessert und neue Rüstungen mit aller Anstrengung betrieben. Ueber die Gründe dieser Maßregeln, die man einen Wechsel der Politik nennt, sind mancherlei Vermuthungen aufgestellt: nach dem Abzug der Franzosen soll der Wiener Hof sich frei gefühlt, den plötzlichen Schrecken und den Abschluß der Präliminarien bereut haben; Thuguts Einfluß sei wieder gestiegen, englische Noten und Versprechungen haben den Ausschlag gegeben [4]). Einzelne dieser Gründe mögen mit-

1) Vgl. die Briefe vom 5., 8. und 10. Juni im Oestr. Staats-Archiv.
2) Vgl. den Brief Thuguts vom 12. Juni im Oestr. Staats-Archiv.
3) Vgl. geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen, II, 85.
4) Vgl. Häusser a. a. O. II, 119.

gewirkt haben, die einfachſten und kräftigſten liegen in den Ereigniſſen. Man hatte die Präliminarien abgeſchloſſen, weil ſie für den Kaiſer und Deutſchland vortheilhaft waren, man verwarf die neuen Anträge, weil ſie den Präliminarien wie den Intereſſen des Kaiſers widerſprachen, und man rüſtete, weil nach den neuen Gewaltſchritten der Franzoſen das Aeußerſte zu erwarten ſtand.

Am 17. Juni gelangte Merveldt nach Ceſano; ſo heißt ein kleiner Ort nicht weit von Montebello, wo die kaiſerliche Geſandtſchaft im Palaſt Borromeo Wohnung genommen hatte. Am nächſten Morgen begab er ſich mit de Gallo zu Bonaparte, der eben von einem Ausfluge nach dem Comerſee zurückkehrte. Er theilte ihm mündlich und ſchriftlich mit, der Wiener Hof müſſe auf einem Friedenscongreß mit Zuziehung der Verbündeten beſtehen und im Uebrigen ſich genau an den Präliminarien halten. Bonaparte zeigte aber wenig Neigung, darauf einzugehen; er berief ſich insbeſondere auf die Verhandlungen, die eben damals von Lord Malmesbury mit Bevollmächtigten des Directoriums zu Lille wieder angeknüpft wurden; nach dieſem Vorgehen Englands beſtehe auch für den Kaiſer kein Grund mehr, warum er nicht geſondert unterhandeln könne. Auch Merveldt iſt der Anſicht, die Zuſammenkunft in Lille ſei die weſentliche Urſache, weshalb die Franzoſen die beſtimmte Verpflichtung der Präliminarien zu einem allgemeinen Congreß nicht halten wollten. Denn ſie fürchten, daß England dann die Unterhandlungen abbrechen und Frankreich die Gelegenheit verlieren werde, den Frieden mit England und Oeſtreich gewiſſermaßen an den Meiſtbietenden zu verhandeln. Man verberge nicht, daß man in ähnlicher Weiſe rückſichtlich des deutſchen Reichs zwiſchen Oeſtreich und Preußen zu wählen habe[1]).

Drei Tage ſpäter, am 21. Juni, fand die öſtreichiſche Note eine ausführliche Beantwortung. Bonaparte klagt mit bittern Worten über die Zögerung des Kaiſers, der plötzlich ſeine Geſinnungen geändert und das Ergebniß ſo vieler früheren Ver-

1) Vgl. Merveldts Berichte vom 18. und 23. Juni, wie die früheren und folgenden, im Oeſtr. Staats-Archiv.

handlungen vernichtet habe. Ein allgemeiner Congreß werde überlange Zeit erfordern und insbeſondere rückſichtlich der italiäniſchen Angelegenheiten niemals zum Ziele führen. Nach dem vierten Artikel der Präliminarien müſſe der Friede innerhalb dreier Monate, alſo vor dem 18. Juli zum Abſchluß kommen; geſchehe dies nicht, ſo trage die franzöſiſche Republik keine Verantwortung, wenn die Präliminarien nicht in Allem zur Ausführung gelangten; deßhalb fordere ſie ungeſäumte Fortſetzung der Verhandlungen, die man am 24. Mai begonnen habe [1]).

Der heftig leidenſchaftliche Ton dieſer Note beweiſt deutlich, wie unangenehm der franzöſiſche General den Widerſtand empfunden hatte. Die Verhandlungen nehmen ſeit dieſer Zeit einen immer weniger freundlichen Charakter an; Bonaparte verſchmähte nach ſeiner Art auch kleinere Mittel nicht, indem er de Gallo im Gegenſatz zu Merveldt mit Artigkeiten überhäufte und die beiden Geſandten gegen einander aufzureizen ſuchte. Wenn dieſe mit Beziehung auf die Präliminarien in diplomatiſchen Aktenſtücken an dem Vorrang des Kaiſers feſthielten, ſo forderten dagegen die republikaniſchen Bevollmächtigten, daß man ſie nicht mehr Messieurs, ſondern Citoyens titulire, ein Anſpruch, welchem bereitwillig Folge geleiſtet wurde. Die Geſandten antworten auf die franzöſiſche Note am 28. Juni; ſie ſuchen nachzuweiſen, daß die Verzögerung des Friedens allein durch Frankreich verſchuldet ſei; als geeigneten

1) Dieſe merkwürdige Urkunde vom 21. Juni 1797 oder 3 messidor an V iſt noch nicht gedruckt. Das Original mit der eigenhändigen Unterſchrift Bonapartes und Clarkes findet ſich im Oeſtr. Staats-Archiv, eine Abſchrift zu Paris im Miniſterium des Auswärtigen. Statt deſſen lieſt man in der Correspondance de Napoléon, III, 136 eine andere Note, nicht vom 21., ſondern vom 20. Juni (2 messidor) ähnlichen Inhalts, aber der Form nach völlig abweichend, vielleicht ein Entwurf, der irrthümlich nach Paris geſchickt wurde. Sicher iſt, daß er niemals nach Wien gelangte. Wenn in der Correspondance in einigen ſpäteren Documenten, z. B. in der Uebereinkunft vom 30. Juni (III, 154) in der Note vom 28. Juli 1797 (III, 210) auf eine Note vom 2. ſtatt vom 3. messidor Bezug genommen wird, ſo geſchieht dies, wie es ſcheint, nur in Folge einer unberechtigten Veränderung von Seiten der Herausgeber.

Ort für die von Bonaparte geforderten Unterhandlungen bringen sie Udine in Vorschlag. Die Franzosen zeigten sich mit der Wahl des Ortes einverstanden, verlangten dagegen die ausdrückliche Erklärung, daß daselbst der Definitivfriede verhandelt werden solle[1]). Dies wünschten wieder die kaiserlichen Gesandten zu umgehen, weil man darin einen Verzicht auf den Congreß zu Bern hätte finden können. Man einigte sich endlich, unverfängliche Ausdrücke zu wählen, und so enthält das Protokoll vom 30. Juni[2]) nur die Erklärung, man sei übereingekommen, sich sofort nach Udine zu begeben, um näher bei Wien zu sein und dadurch den Abschluß des Definitivfriedens zu beschleunigen.

1) Vgl. den Bericht der Gesandten vom 1. Juli 1797.
2) Vgl. Correspondance de Napoléon, III, 154.

Zweites Kapitel.

Die Zeit der Zögerungen.

Schon zwei Tage ſpäter, am 2. Juli, reiſten Merveldt und de Gallo nach Udine ab. Clarke folgte am 9., Bonaparte erwartete vorerſt in Mailand, daß für die Geſandten neue Vollmachten und Inſtructionen einträfen, die zu erwirken de Gallos Secretär, Herr von Baptiſt, bereits am 23. Juni von Montebello ſich nach Wien begeben hatte. Aber es dauerte lange, ehe er zurückkehrte. Die Verhandlung ſtockte unterdeſſen, Woche auf Woche verging, ohne daß man nur einen Schritt vorwärts gekommen wäre. Augenſcheinlich war es Thugut, der mit Abſicht zögerte, und was er wollte iſt nicht ſchwer zu errathen.

Der Kampf der Parteien in Frankreich hatte ſich eben damals aufs Heftigſte geſteigert. Nach der leidenſchaftlichen Aufregung der Revolution war der Rückſchlag eingetreten; eine große, an Macht immer wachſende Partei wünſchte endlich ruhig geſicherte Zuſtände zu erlangen, alſo vor Allem den Frieden; denn trotz der äußeren Siege nahmen im Innern Noth und Zerrüttung der geſellſchaftlichen Verhältniſſe in immer weiteren Kreiſen überhand. Mit dieſen Gemäßigten vereinigte ſich die nicht geringe Zahl von Perſonen, welche der gewaltigen Umwälzung von Anfang an nicht geneigt, eine Rückkehr zu den früheren Zuſtänden, ja zu der Monarchie der Bourbonen wünſchten, und ſo bildete ſich nicht nur unter der Bevölkerung, ſondern auch in den öffentlichen Blättern und in den geſetzgebenden Verſammlungen eine heftige Oppoſition gegen die revolutionäre Politik der Regierung. Selbſt das Directorium, wie wir geſehen haben, war getheilt; Carnot, Letourneur und nicht weniger Barthe-

lemy, der Anfangs Juni an des letzteren Stelle trat, neigten zu den Anſichten der gemäßigten Partei, während Rewbell, Larevelliere-Lepeaux und Barras nach wie vor in unbegränzten Herrſchaftsgelüſten ſich ergingen. Mit jedem Tage wuchs die Leidenſchaft der Streitenden, es war vorauszuſehen, daß eine gewaltſame Entſcheidung bald erfolgen müſſe. Der Sieg wäre den Gemäßigten nicht leicht entgangen, hätten ſie eine Verſtärkung durch neue Wahlen erwarten und ſich enthalten wollen, die Armeen durch mancherlei Vorwürfe gegen ſich aufzubringen, insbeſondere dem General Bonaparte ſein Verfahren in Italien, vor Allem die Vernichtung Venedigs als eine unberechtigte Gewaltthat zur Laſt zu legen. Siegte die gemäßigte Partei, ſo konnte Oeſtreich vortheilhafter Bedingungen gewiß ſein; Sandoz meldet ſchon am 19. März nach Berlin, die Conſtitutionellen und die Royaliſten ſeien die wahren Parteigänger Oeſtreichs; ſie würden gern am nächſten Tage Frieden ſchließen, ſelbſt Baiern opfern und weit lieber mit dem Kaiſer, als mit Preußen ſich vereinigen. Es iſt natürlich, daß Thugut ſo günſtige Ausſichten nicht unbenutzt laſſen, daß er eine Entſcheidung erwarten und daher ſo lange als irgend möglich zögern wollte, beſonders da mit jedem Tage der Winter näher kam und die Gefahr eines neuen Angriffes von Italien aus verminderte. Um ſo unwilliger war aber Bonaparte, deſſen Scharfblick der eigentliche Grund dieſes Zögerns keineswegs verborgen blieb. In den heftigſten Worten ſpricht er gegen das Directorium, gegen den Miniſter des Auswärtigen, gegen Clarke ſeinen Unwillen aus [1]). Am 15. Juli ſchickt er dem Directorium die Proclamation, welche er am Tage vorher, dem Jahresfeſte des Baſtillen-Sturmes, gegen die feindliche Partei erlaſſen hatte, und zugleich einen Brief des General Clarke aus

1) Nichts iſt ungerechter als der Vorwurf Miots (Memoiren des Grafen Miot von Melito, Stuttgart, 1866, I, 124), Bonaparte habe abſichtlich die Verhandlungen verzögert, um ſeine glänzende Stellung in Italien länger zu behaupten. Aus Allem, was er geſchrieben und gethan hat, ergibt ſich das Gegentheil.

Udine. „Sie ſehen", ſetzt er hinzu, „daß man immer in die Länge zieht; offenbar will der Kaiſer die Wendung der Dinge in Frankreich erwarten; das Ausland iſt bei dieſen Intriguen mehr betheiligt, als man glaubt. Mit einem einzigen Schlage können Sie die Republik erretten und in vierundzwanzig Stunden Frieden ſchließen. Laſſen Sie die Emigranten verhaften, vernichten Sie den Einfluß des Auslands; iſt Gewalt nöthig, ſo rufen Sie die Armeen."

„Herr Baptiſt", ſchreibt er zwei Tage ſpäter, „iſt am 5. Meſſidor [23. Juni] von Montebello abgereiſt; vier Tage vorher hatten die Bevollmächtigten einen Courier abgehen laſſen, der ungefähr daſſelbe überbrachte; alſo beinahe einen Monat läßt der Wiener Hof die Bevollmächtigten ohne Antwort. Es iſt offenbar, daß er nicht ehrlich iſt, daß er zögert, um die Entſcheidung der inneren Angelegenheiten zu erwarten, die man in Europa für ſehr nahe hält."

Am folgenden Tage empfing er endlich von Clarke die Nachricht, Baptiſt ſei angekommen; jedoch ohne Vollmachten. „Herr Baptiſt", ſchreibt er am 18. Juli abermals an das Directorium, „iſt am 5. Meſſidor von Montebello abgereiſt, er bringt noch keine Entſcheidung; offenbar will man uns hintergehen [1])."

Gleichwohl faßte er den Entſchluß, ſich nach Udine zu begeben, und ſtand ſchon im Begriffe abzureiſen, als neue Nachrichten von Seiten Clarkes ſeinen Plan veränderten. Der lang erwartete Baptiſt hatte ſtatt der gewünſchten Vollmachten bittere Klagen und Beſchwerden Thuguts überbracht. Am 18. Juli war eine Conferenz in Udine zuſammengetreten, und bald darauf de Gallo nach Wien abgereiſt, wie man ſchließen darf, um ſeinen perſönlichen Einfluß zu Gunſten des Friedens zu verwenden. Ein ſolcher Schritt kann allerdings nöthig erſcheinen, wenn man eine Reihe von Schriftſtücken vor Augen hat, die von den Geſandten damals übergeben wurden. Sie ſind zwar aus Udine vom 18. Juli datirt, aber offenbar in Wien verfaßt [2]). Das eine beſchwert ſich lebhaft

1) Correspondance de Napoléon, III, 183, 186, 189.

2) Sie finden ſich in der Correspondance inédite VII, 157, fg.; vgl.

über die Verletzung der Präliminarien, welche Bonaparte in immer weiterem Umfange in Italien sich erlaube, über die Umwälzungen, die er in Venedig und wenig später in Genua vorgenommen hatte. Denn auch hier war unter dem Einfluß französischer Drohungen die aristokratische Verfassung in eine demokratische umgewandelt, darauf am 6. Juni zu Montebello ein Bündniß geschlossen, das die wichtige Stadt ganz und gar dem Willen Bonapartes unterwarf. Dabei hatte man auch über Lehnsrechte, welche das deutsche Reich auf italiänischem Boden noch besaß, in willkürlicher Weise verfügt, außerdem einige besondere Gewaltthätigkeiten gegen den Herzog von Modena und den östreichischen Geschäftsträger in Venedig sich zu Schulden kommen lassen. Die Gesandten forderten, daß diesen Beschwerden abgeholfen, die widerrechtlichen Maßregeln zurückgenommen, und die Präliminarien künftig genau beobachtet würden. Ein anderes Schriftstück versucht die in der französischen Note vom 22. Juni enthaltene Behauptung zu widerlegen, daß nach dem vierten Artikel der Präliminarien der Definitivfriede vor dem 18. Juli zu Stande kommen müsse. Eine solche Bedeutung, schreiben die Gesandten, könne durchaus in den Worten des Artikels nicht gefunden werden; die Frist von drei Monaten sei nicht vom Abschluß der Präliminarien, sondern vom Anfange des Congresses zu berechnen. Denn erst nach Auswechslung der Ratificationen, also höchstens nach einem Zeitraum von vier Wochen, habe man die Verbündeten zum Congreß einladen können; so wären also selbst in dem Falle, daß die französischen Bevollmächtigten nicht neue Schwierigkeiten erhoben hätten, höchstens zwei Monate für die Absendung der Couriere nach Petersburg, London und Madrid, für die Ernennung der Gesandten, für die Ausfertigung der Instructionen, für die weite Reise nach Bern und für die Berathungen des Congresses übrig geblieben. Was würde erst erfolgt sein, wenn die Bevollmächtigten der französischen Republik wirklich, wie sie in der Sitzung vom 24. Mai

auch das Protokoll der Conferenz vom 18. Juli a. a. O. VII, 156 und Bonapartes Brief an Clarke vom 18. Juli in der Correspondance de Napoléon, III, 189.

erklärt, die Abſicht gehabt hätten, auch die Türken dazu einzuladen. Wie wäre es möglich, daß die Geſandten des Großherrn, die zudem an allen Gränzen der Chriſtenheit eine Quarantaine von vier bis fünf Wochen aushalten müßten, von Conſtantinopel rechtzeitig zu den Berathungen eines Berner Congreſſes hätten eintreffen können. In Folge dieſer Erwägungen ſchmeicheln ſich die kaiſerlichen Bevollmächtigten mit der vertrauensvollen Hoffnung, daß die franzöſiſchen Geſandten der Berufung jener beiden Congreſſe in Bern und Raſtatt ſich nicht länger widerſetzen würden, und laden ſie aufs dringendſte ein, über Alles, was die Einberufung betreffe, ſo bald als irgend möglich, das Nöthige zu vereinbaren.

Der Ton dieſer Note, indem ſie einem zweideutigen Ausdruck der Präliminarien einen Sinn beilegt, den man wahrſcheinlich nicht beabſichtigt hatte[1]), ſtreift beinahe an Hohn; auch wurde ſie von den franzöſiſchen Bevollmächtigten mit der äußerſten Erbitterung aufgenommen; ſelbſt Clarke iſt jetzt der Anſicht, Thugut wolle den Krieg und werde ſchon von den Engländern dafür ſeine Belohnung erhalten[2]). Bonaparte gab, als er die Nachricht erhielt, die Reiſe nach Udine auf, die nun, da Merveldt ohne Vollmachten und de Gallo gar nicht anweſend war, keinen Zweck mehr hatte. Mit der Heftigkeit, die allen ſeinen Unternehmungen eigen war, greift er ſtatt deſſen zu einer Vielzahl von Mitteln, um den Kaiſer zum Frieden zu nöthigen. Das Directorium ſoll im eigenen Namen an Thugut die Erklärung abgehen laſſen: wenn man bis Mitte Auguſt ſich nicht geeinigt habe, ſo ſeien die Präliminarien

---

1) Der vierte Artikel der Präliminarien lautet wörtlich: Les deux Puissances contractantes enverront au plutôt des Plénipotentiaires dans la ville de Berne pour y traiter et conclure dans l'espace de trois mois, ou plutôt si faire se peut, la paix définitive entre les deux Puissances. A ce congrès seront admis les Plénipotentiaires des Alliés respectifs, s'ils accèdent à l'invitation qui leur en sera faite.

2) Vgl. Clarkes Brief an Bonaparte vom 20. Juli in der Correspondance inédite VII, 168.

nichtig und der Krieg werde wieder anfangen. Clarke erhält die Weiſung, ſeinen Secretär Perret nach Wien zu ſchicken, um dort ſelbſt zu drängen und zugleich über die militäriſchen Vorkehrungen des Kaiſers auf dem Wege Kundſchaft einzuziehen. Den Genueſern ſchlägt er ein Bündniß vor, welches ihm 2—3000 Mann Verſtärkung liefern ſollte; auch in den venetianiſchen Provinzen wurden Rüſtungen, angeblich zum Schutze der nationalen Freiheit angeordnet. Noch an demſelben 23. Juli, an welchem alle dieſe Verfügungen getroffen wurden, hatte er auch wieder einen Brief an den Kaiſer entworfen in jenem eigenthümlichen Styl, der ſchon das Schreiben an den Erzherzog Karl charakteriſirt[1]). Bei längerem Nachdenken fand er jedoch gerathener, ihn zurückzuhalten, damit man nicht, wie er dem Directorium ſchreibt, in Paris darüber Gloſſen mache. Um ſo heftiger war eine Reihe von Noten, die er am 28. Juli als Antwort auf die öſtreichiſche Aeußerung vom 18. in Udine durch Clarke überreichen ließ. Die eine ſucht das Recht des Kaiſers auf den Berner Congreß zu beſtreiten, die andere weiſt die Klagen über die Umwälzungen in Italien zurück und hebt mit bittern Worten hervor, wie eigenmächtig der Kaiſer ſeinerſeits in Iſtrien und Dalmatien verfahren ſei. Denn dieſe beiden Provinzen hatten öſtreichiſche Truppen im Laufe des Juni und Juli ohne erheblichen Widerſtand in Beſitz genommen und dabei ſogar der kleinen, bisher ganz unbetheiligten Republik Raguſa ſich bemächtigt, ohne daß für dieſen letzteren Schritt ſelbſt den Franzoſen gegenüber nur der Schein einer Berechtigung ſich nachweiſen ließ[2]). Die Räumung der Stadt wird denn auch von Bonaparte in einer eigenen Note nachdrücklich gefordert.

---

1) Correspondance de Napoléon, III, 203.

2) Beide Noten ſind in der Correspondance de Napoléon, III, 210 aus Udine vom 28. Juli datirt und ſowohl von Bonaparte als von Clarke unterzeichnet; dadurch iſt bei Häuſſer a. a. O. II, 124 die irrthümliche Annahme entſtanden, Bonaparte ſei damals ſelbſt in Udine geweſen; man ſieht aber aus dem undatirten Briefe in der Correspondance de Napoléon, III, 199, daß ſie einige Tage früher aus Mailand nach Udine geſchickt wurden, nebſt zwei Unterſchriften Bonapartes auf weißem Papier. Es ſei erlaubt,

Alle dieſe Vorkehrungen mögen doch in Wien nicht ohne Einfluß geblieben ſein; man mußte begreifen, daß man mit einem Gegner zu thun hatte, der in ungeduldiger Erwartung aufs heftigſte gereizt, durch Verträge wenig gebunden, vor dem Aeußerſten nicht zurückſchrecken würde. Wollte man nicht nachgeben, ſo mußte man doch ſuchen, ihn vorerſt zu beſchwichtigen, um die gehoffte Umwälzung in Paris und das Eintreten des Winters zu erwarten. Dazu kam, daß die Verhandlung zwiſchen Frankreich und England in Lille auch Oeſtreich zu einem ähnlichen Verfahren zu berechtigen ſchien. Verzichten wollte man noch nicht auf den Congreß, aber man war bereit, förmliche Friedensverhandlungen in Italien, geſondert von England, ſich gefallen zu laſſen. Am 31. Juli ſetzt Thugut den franzöſiſchen Miniſter des Auswärtigen von dieſem Entſchluß in Kenntniß in einer meiſterhaft geſchriebenen Note, die das Verfahren des Kaiſers ſeit den Präliminarien gegen jeden Vorwurf vertheidigt, das Recht auf den Berner Congreß vorbehält, ſchließlich aber die Geneigtheit ausſpricht, die Geſandten in Udine mit den gewünſchten Vollmachten zu verſehen. Dieſe Note fand am 11. Auguſt ihre Beantwortung durch eine Hand, welche ſeitdem die Fäden der diplomatiſchen Verbindungen in Europa lange Zeit gehalten, zum Theil geleitet hat. Am 16. Juli war der wenig geſchickte, mit den Formen der Diplomatie ganz unbekannte Miniſter Delacroix endlich von ſeinem Amt entfernt. An ſeine Stelle trat Talleyrand, der frühere Biſchof von Autun, der vornehme Herr der alten Zeit. Man bemerkt denn auch ſofort, ſchon in dem Ton und der äußeren Form der Depeſchen, daß hier ein feinerer Sinn zum

---

aus dieſem Briefe eine irrige Lesart anzumerken. Man lieſt: d'après ce que disent quelques journaux, il paraît qu'il y a eu quelques divisions entre Carnot et Barthélemy: d'un côté est Barras; Rewbell et Revellière-Lépeaux de l'autre. Offenbar iſt ſtatt der letzten Zeile zu leſen entre Carnot et Barthélemy d'un côté, et Barras, Rewbell et Revellière-Lépeaux de l'autre. — Auch die Note über Raguſa iſt vom 10. Thermidor V (28. Juli 1797), nicht, wie in der Correspondance de Napoléon, III, 212 angegeben wird, vom 11. datirt.

Ausdruck gelangt. Freilich neben den verbindlichſten Worten hält er doch in der Sache durchaus den franzöſiſchen Standpunkt feſt. Er verſäumt auch nicht, den Kaiſer für die Verzögerung des Friedens und, falls der Krieg wieder ausbräche, für das aufs Neue fließende Blut verantwortlich zu machen, worauf dann Thugut am 31. Auguſt eben ſo verbindlich, aber eben ſo entſchieden dieſelbe Verantwortlichkeit dem Directorium zurückſchiebt [1]). Seine Anſichten ſind noch wenig verändert. Er hatte am 13. Auguſt de Gallo nach Udine abreiſen laſſen und ihm ſeinen vertrauten Secretär Hoppe als Begleiter mitgegeben. Da vorausſichtlich auch die deutſchen Angelegenheiten zur Sprache kommen mußten, ſo erhielt noch der öſtreichiſche Geſchäftsträger in Baſel, der ſchon mehrfach erwähnte Freiherr Ignaz von Degelmann, die Anweiſung, bei den Verhandlungen in Udine gegenwärtig zu ſein. Aber ſchon die Inſtructionen, welche Thugut am 12. Auguſt für die Geſandten ausfertigen ließ [2]), zeigen deutlich genug, daß er wenig geneigt war, den Franzoſen viele Schritte entgegen zu thun. Sie faſſen im Weſentlichen die Ideen zuſammen, die man in den früheren Briefen im Einzelnen hervortreten ſieht. Leider hatte die Lage ſich in der Weiſe geändert, daß ſie nicht ſo entſcheidend wirken konnten, als die ähnliche Urkunde, in welcher Thugut vor den Präliminarien von Leoben ſeine Forderungen ausſprach. Doch muß ich wenigſtens den Hauptinhalt hier mittheilen.

Die Geſandten ſollen zuerſt auf genaue Ausführung der Präliminarien dringen, Alles, was dagegen vorgenommen wurde, rückgängig zu machen ſuchen, auch für Venedig die alte Verfaſſung oder eine ähnliche und die Legationen in Anſpruch nehmen. Wollen die Franzoſen dies nicht zugeſtehen, ſo iſt der Kaiſer bereit, auf das Breſcianiſche Gebiet bis zur Chieſa zu verzichten, wenn er dafür die Stadt Venedig, Bologna und Ferrara, und für den

1) Die Noten Thuguts und Talleyrands finden ſich im Oeſtr. Staats-Archiv.

2) Die Abſchrift im Oeſtr. Staats-Archiv iſt undatirt, aber eine beſondere Anweiſung trägt das Datum des 12. Auguſt 1797.

Herzog von Modena die Romagna erhalten kann. In die deutſchen Angelegenheiten ſollen die Geſandten gar nicht eingehen, ſondern ſich darauf berufen, daß der Friede zu Udine nicht mit dem Oberhaupt des deutſchen Reiches, ſondern mit dem König von Ungarn und Böhmen abgeſchloſſen würde. Thugut beweiſt dann ausführlich, daß der ſechſte Artikel der Präliminarien bei Anerkennung der franzöſiſchen Gränzen nicht auf Deutſchland, ſondern nur auf die öſtreichiſchen Niederlande ſich beziehe. „Der Kaiſer", ſagt er, „kann und konnte nur über ſein Eigenthum verfügen, er hat gar kein Recht, über andere Theile des deutſchen Gebietes Beſtimmungen zu treffen, nur das Reich verfügt darüber nach gemeinſchaftlicher Berathſchlagung, auf welche dem Kaiſer in der Eigenſchaft eines Königs von Ungarn und Böhmen kein anderer Einfluß als der eines Reichsſtandes zuſteht." Nur äußerſten Falles und unter der Bedingung, daß die italiäniſchen Angelegenheiten nach Wunſch geordnet ſind, kann man in einem geheimen Artikel verſprechen: wenn gegen alle Erwartung die Unmöglichkeit, ſich beim Reichsfrieden über das Gebiet von Lüttich, Stablo, Logne und Malmedy zu verſtändigen, die Erneuerung des Krieges zwiſchen dem Reich und der Republik herbeiführe, ſo würde Oeſtreich ſein Contingent zur Reichsarmee nicht ſtellen, was der Kaiſer in jedem anderen Falle ſich vorbehalten muß. Die Bevollmächtigten ſollen überhaupt ſorgfältig vermeiden, ſich zu irgend Etwas herbeizulaſſen, was die Ehre des Kaiſers Europa und ſeinen Mitſtänden in Deutſchland gegenüber beeinträchtigen könnte. Sie mögen ſich unveränderlich an der Erklärung halten, daß Alles, was ſich auf das Reich und nicht auf die Erbſtaaten bezieht, auf dem deutſchen Friedenscongreß verhandelt und entſchieden werden müſſe."

„Sollten etwa die Franzoſen auf den Argwohn zurückkommen, Oeſtreich, wenn einmal im Beſitz jener Erwerbungen in Italien, werde auf dem Reichsfriedenscongreß einen Vorwand ſuchen, den Krieg zu erneuern, ſo iſt der Kaiſer unter der Vorausſetzung, daß Frankreich ſich nicht von dem fünften Artikel der Prälimarien rückſichtlich der Reichsintegrität entfernt, zu dem Verſprechen bereit, bei einem gleichwohl fortgeſetzten Reichskriege gegen Frankreich

nicht mehr als das Contingent zu liefern, zu welchem er als Reichsſtand verpflichtet iſt. „Dieſer Artikel“, fährt Thugut fort, „muß aber paſſend gewendet werden, etwa ſo, daß es auch bei fortdauerndem Kriege dem Kaiſer geſtattet ſei, ſein Contingent zu ſtellen; auch ſoll er nur im äußerſten Falle, wenn es ſich um einen entſcheidenden Erfolg in Italien handelt, zugeſtanden werden.“ Das Recht auf die Reichslehen verlangt der Kaiſer gegen Genua unmittelbar geltend zu machen; für die Grafſchaft Falkenſtein fordert er eine beſondere Entſchädigung [1]); das Recht auf den Congreß zu Bern wird, falls man in Udine nicht zum Ziel gelange, ausdrücklich vorbehalten.

Mit dieſen Anweiſungen traf de Gallo am 17. Auguſt in Udine ein. Er fand dort Merveldt und Clarke; Degelmann kam zwei Tage ſpäter; Bonaparte, durch die Beſichtigung militäriſcher Vorkehrungen auf dem Wege aufgehalten, ließ bis zum 27. auf ſich warten. Zu Paſſariano, einem Luſtſchloſſe des letzten Dogen Manini, nahm er ſeinen Aufenthalt. Es war damals Sitte, daß unter diplomatiſchen Bevollmächtigten gleichen Ranges der zuletzt Ankommende den erſten Beſuch empfing; ſo begaben ſich die kaiſerlichen Geſandten am 29. Auguſt nach Paſſariano. Bonaparte empfing ſie höflich, aber mit ernſtem, nachdenklichem Geſicht; er ſah angegriffen aus und ſagte ihnen, daß er auf der Reiſe in Padua nicht unbedeutend erkrankt ſei. Man ſprach zuerſt von gleichgültigen Dingen, lenkte dann auf die Unterhandlungen, und Bonaparte äußerte ſich mißvergnügt über den Vorbehalt des Congreſſes in Bern. De Gallo entgegnete, ein ſolcher Vorbehalt ſei natürlich und fügte hinzu, er finde ſich zu der Bemerkung verpflichtet, daß die von Talleyrand aufgeſtellte Behauptung, als habe er in jenem Geſpräche zu Graz auf einen Separatfrieden mit Ausſchluß des Berner Congreſſes angetragen, keineswegs begründet ſei. Bonaparte erwiederte hierauf Nichts; er

1) Dieſe Beſitzung war außerhalb Belgiens inmitten der Rheinpfalz gelegen, nahe bei Kaiſerslautern. Die vorher erwähnte Grafſchaft Logne gehörte der Abtei Stablo.

ſprach den Wunſch aus, daß die Verhandlungen ſtatt in Udine in Paſſariano ſtattfänden, worauf jedoch die Geſandten nicht eingehen wollten; man beſchloß daher, ſich abwechſelnd in Udine und Paſſariano zu verſammeln [1]).

Aber wie konnten, wo die Anſprüche noch ſo weit aus einander gingen, Verhandlungen leicht und raſch zum Ziele führen? Die Schwierigkeit zeigte ſich ſogleich, da man am 31. Auguſt in de Gallos Wohnung zur erſten Sitzung zuſammentrat [2]). Als die kaiſerlichen Geſandten den Vorbehalt des Congreſſes in Bern zu Protokoll geben wollten, erhob ſich Bonaparte mit Heftigkeit dagegen. Die Verhandlungen zu Udine, ſagte er, ſeien alſo nur ein Spiel, das man, wie die Engländer den Congreß zu Lille, bei erſter Gelegenheit abbrechen könne. Die Geſandten bemerkten bald, daß er ſich auch perſönlich durch dieſen Vorbehalt verletzt fühlte und darin ein Mißtrauen oder die heimliche Abſicht zu erkennen glaubte, ihn von den Verhandlungen zu entfernen. Als einer der Geſandten darauf hindeutete, ſagte er: „Nun ja, ich fühle mich dadurch beleidigt. Jeder Mann hat ſeinen Stolz; man behandelt mich, als wäre ich nicht werth, an dieſem Tiſch zu ſitzen, mich, der ich dem Kaiſer ausgezeichnete Dienſte erwieſen, der ich eine Partei gegen mich in Frankreich hervorgerufen habe, um ihn Präliminarien abſchließen zu laſſen, die er nicht beſſer erhalten hätte, wenn das Kriegsglück auf beiden Seiten gleich geweſen wäre.“ Die Geſandten beharrten indeß bei ihren Inſtructionen; man redete fünf Stunden gegen einander, ohne daß es zur Einigung gekommen wäre. In das Protokoll konnte man nur aufnehmen,

1) Vgl. die Berichte de Gallos vom 18., Degelmanns vom 20., und den gemeinſchaftlichen Bericht vom 29. Auguſt im Oeſtr. Staats-Archiv.

2) Die Protokolle der folgenden Sitzungen finden ſich im Oeſtr. Staats-Archiv und zu Paris im Miniſterium des Auswärtigen. Da ſie von Bonaparte vereinbart und unterzeichnet wurden, ſollten ſie auch in der Correspondance de Napoléon nicht fehlen. Abgedruckt ſind ſie in der Correspondance inédite, VII, 236 fg., aber nicht ohne Fehler und ſo weit von dem Orte, wo man ſie erwarten ſollte, nämlich hinter den Briefen über den Feldzug in Aegypten, daß ſie bis heute beinahe völlig unbekannt oder doch unbenutzt geblieben ſind.

die beiderſeitigen Vollmachten ſeien ausgewechſelt und richtig befunden [1]).

Nicht viel lohnender war am Tage darauf das Ergebniß der zweiten Sitzung zu Paſſariano. Um nicht gleich abzubrechen, ſchlug man endlich den Weg ein, beiden Anſichten, ſowohl dem Vorbehalt der kaiſerlichen, als dem Proteſt der franzöſiſchen Geſandten im Protokoll einen Ausdruck zu geben und einſtweilen die Verhandlungen fortzuſetzen. Die Unterſchriften dieſes Protokolls ſind in ſonderbarer Weiſe durch einander gemiſcht. Die Geſandten bemerken, Bonaparte habe abſichtlich nicht am gehörigen Orte, hinter den kaiſerlichen Bevollmächtigten, unterzeichnet, ſondern geſagt, er ſchreibe ſeinen Namen, wo er Platz finde; dann habe er wieder auf den Unterſchied des Kaiſers und des Königs von Ungarn und Böhmen ſich berufen. Ihre Hoffnungen ſind nicht die beſten. Bonaparte, ſchreiben ſie am folgenden Tage, verlange Mainz, widerſpreche der Beſitznahme Cattaros, habe die franzöſiſche Flotte mit zehn tauſend Mann nach Venedig kommen laſſen und treffe auch ſonſt noch kriegeriſche Maßregeln. Gerade dieſe Beſorgniß war, was Bonaparte erwecken wollte. „Die gegenwärtige Geſchichte des Wiener Hofs“, ſchreibt er am 3. September an Talleyrand, „liegt in den zwei Worten: der Kaiſer und die Nation wollen den Frieden, Thugut will den Frieden nicht, aber er wagt nicht, den Krieg zu wollen. Durchhauen Sie mit dem Degen alle Sophismen, in die er ſich einzuwickeln ſucht, zeigen Sie ihm den Krieg wie das Haupt der Meduſe, und wir werden Herrn Thugut zur Vernunft bringen.“

In der nächſten Sitzung am 3. September gaben die franzöſiſchen Geſandten die Erklärung ab: die Republik habe alle Vortheile ihrer Stellung zu Leoben der Hoffnung geopfert, daß der Separatfriede mit dem Kaiſer ihr bald die Möglichkeit bieten werde, alle ihre Kräfte gegen ihre übrigen Feinde zu wenden. Da nun in Folge der Zögerungen des Wiener Cabinets

1) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 1. September 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

fünf Monate verfloſſen ſeien, ohne daß man zum Ziel gekommen wäre, ſo finde ſich die franzöſiſche Republik aller Vortheile beraubt, welche die Präliminarien ihr dargeboten hätten. In Folge deſſen erklären ſie: wenn bis zum 1. October der Friede nicht zum Abſchluß gekommen ſei, ſo werde man nicht mehr auf Grundlage der Präliminarien, ſondern des beiderſeitigen Beſitzſtandes unterhandeln. Die kaiſerlichen Geſandten entgegneten: der Kaiſer beurtheile nicht die Beweggründe, welche Frankreich beſtimmt hätten ſich Oeſtreich zu nähern; ſeinerſeits werde er nur durch die Rückſicht auf das Wohl ſeiner Unterthanen beſtimmt. Der Kaiſer habe ohne Unterlaß darauf gedrungen, daß die Präliminarien zur Ausführung kämen, namentlich der vierte Artikel, welcher in dem Congreß zu Bern das ſicherſte Mittel zum Frieden an die Hand gebe. Die Friſt von drei Monaten könne nur von der Eröffnung des Congreſſes an gerechnet werden. In Folge deſſen ſehen die Bevollmächtigten des Kaiſers ſich in der Lage, ausdrücklich gegen die Friſt des 1. Octobers zu proteſtiren.

Da ſchon die Förmlichkeiten ſo heftigen Widerſpruch hervorriefen, war für die weſentlichen Beſtimmungen noch weniger eine Einigung zu erwarten. Zur Grundlage der Berathung wurden die Präliminarien genommen. Als man zum fünften Artikel, alſo zu den deutſchen Angelegenheiten kam, legten die Franzoſen die Frage vor, wann und wo der Congreß für den Reichsfrieden gehalten werden ſolle; ſie ſprachen den Wunſch aus, daß er gleich nach dem Frieden zwiſchen Frankreich und Oeſtreich in Raſtatt zuſammentrete. Aber die Geſandten erwiederten, ſie hätten in Udine nur den Frieden des Kaiſers in ſeiner Eigenſchaft als König von Ungarn und Böhmen zu verhandeln; über Zeit und Ort der Conferenzen für den Reichsfrieden wüßten ſie nichts Beſtimmtes anzugeben; und mit dieſer nichtsſagenden Bemerkung mußte man am 4. September das Protokoll der vierten Sitzung ſchließen.

Es läßt ſich denken, wie Zögerungen dieſer Art Bonaparte berühren mußten. Die Geſandten berichten, der Ton der Verhandlungen werde immer mehr gereizt, der franzöſiſche Bevollmächtigte

finde in Allem, was ſie ſagen, eine perſönliche Beleidigung [1]). Von der äußerſten Verſtimmung zeugen denn auch die Briefe, welche er am 6. September nach Paris abgehen ließ. Sie ſind voll von heftigen Worten gegen Thugut und die Geſandten, die nach ſeinem Ausdruck vor keinem Widerſpruch zurückſchrecken, über keine Dummheit erröthen und den beſten Gründen gegenüber Nichts als ihre Inſtructionen im Munde führen. „Wollen Sie den Frieden", ſchreibt er, „ſo laſſen Sie ganz Frankreich den Krieg athmen, ſonſt werden Sie ihn noch lange nicht bekommen. Man muß ſich ſchnell und ſogleich entſcheiden; beginnt der Feldzug nicht in den erſten Tagen des Octobers, ſo iſt nicht darauf zu rechnen, daß ich vor Ende März in Deutſchland einrücken kann [2])."

Mit dieſen drängenden, kriegeriſchen Worten ſtimmten die Thaten überein; den Satz: „ganz Frankreich muß den Krieg athmen", brachte er zuerſt in Italien zur Ausführung. Schon am folgenden Tage erhielt das Heer Befehl, ſich für den 23. September zum Aufbruch zu rüſten; überall wurden die Truppen gemuſtert, Vorräthe geſammelt und Alles für den Krieg in Bereitſchaft geſetzt; die Geſandten ſollten eingeſchüchtert und dadurch willfähriger werden. In Beſorgniß geriethen ſie allerdings, aber ſie ließen ſich doch nicht abhalten, bei den Inſtructionen zu beharren. In der nächſten Sitzung, der fünften, hatte man den Artikel der Präliminarien zu beſprechen, welcher von der Abtretung Belgiens und den geſetzlichen Gränzen Frankreichs handelt. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten forderten, daß er in dem Friedensvertrag genau beſtimmt würde, und reichten zu dieſem Zwecke eine lange Reihe von Conventsbeſchlüſſen, Verträgen, Proclamationen und anderen Aktenſtücken ein, um zu beweiſen, daß nicht nur die belgiſchen Departements, ſondern auch Worms, Speier und ſogar Mainz als integrirende Theile der Republik durch die Anerkennung der geſetzlichen Gränzen an Frankreich abgetreten ſeien. Die Geſandten zeigten dagegen durch Gründe, die

1) Vgl. den Bericht vom 5. September 1797.

2) Correspondance de Napoléon, III, 265, 262.

ſchon angegeben wurden, daß dieſe Anerkennung nur auf Belgien ſich beziehen könne. Zwei Sitzungen, am 6. und 7. September, vergingen unter lebhaften Streitigkeiten, ohne daß man am Schluſſe nur ein Protokoll hätte aufnehmen können[1]). Und kein beſſerer Erfolg, als man am 9. September zu den italiäniſchen Angelegenheiten kam. Wenn die Franzoſen dagegen proteſtirten, daß die Oeſtreicher außer Iſtrien und Dalmatien auch die Inſeln des adriatiſchen Meeres beſetzt hielten, ſo klagten die Geſandten, daß die Franzoſen ſich ſogar der Hauptſtadt und des ganzen Gebiets, ſowie der joniſchen Inſeln bemächtigt hätten. Wiederum, wenn die Oeſtreicher forderten, man ſolle die alte venetianiſche Regierung herſtellen und ihr die Legationen übergeben, ſo behauptete Bonaparte, er habe auf die venetianiſchen Angelegenheiten gar keinen Einfluß, und drohte ſogar, zum höchſten Aerger der Geſandten, einen Bevollmächtigten der neuen demokratiſchen Regierung an den Verhandlungen Theil nehmen zu laſſen[2]). Offenbar waren dieſe Behauptungen von beiden Seiten gleich wenig ernſt gemeint; weder den Oeſtreichern, die Venedig erwerben, noch Bonaparte, der es opfern wollte, konnte in Wahrheit in den Sinn kommen, die alte Regierung wieder herzuſtellen oder die neue an den Verhandlungen Theil nehmen zu laſſen. Nach ſieben Conferenzen war man zu nichts Anderem, als gegenſeitigen Proteſten, ja noch nicht einmal dahin gelangt, das, was man forderte, ernſtlich auszuſprechen. Wollte man in dieſer Weiſe fortfahren, ſo ließ kein Ende, am wenigſten ein günſtiges ſich vorherſehen.

1) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 12. September. Das Protokoll der fünften Sitzung vom 6. September trifft man in den Archiven von Wien und Paris, und, mit vielen Fehlern, in der Correspondance inédite VII, 242. Ueber die ſechſte Sitzung vom 7. September finde ich ſtatt eines Protokolls die Bemerkung: La sixième séance s'étant entièrement passée en discussions particulières et confidentielles, il n'a point été tenu de protocole.

2) Vgl. das Protokoll der ſiebenten Sitzung in der Correspondance inédite VII. 247, und den Bericht der Geſandten vom 12. September.

Drittes Kapitel.

Der Staatsſtreich des 18. Fructidor und ſeine Wirkungen.

Die Entſcheidung kam von einer anderen Seite. Am 11. September erhielt man im Hauptquartier zu Paſſariano wichtige Nachrichten aus Paris. Was Bonaparte lange gewünſcht und wiederholt gerathen hatte, war endlich geſchehen. In der Nacht vom 3. auf den 4. September, am 18. Fructidor, hatte die Mehrheit des Directoriums, Barras, Rewbell und Larevelliere-Lepeaux, ihre Gegner in der Regierung und im geſetzgebenden Körper überfallen. Carnot entkam nach Genf, Barthelemy wurde verhaftet, außer ihm eine beträchtliche Zahl von Volksvertretern, Zeitungsſchreibern, früheren Beamten und anderen Perſonen, die den Gewalthabern unbequem oder gefährlich ſchienen. In den folgenden Tagen mußte der geſetzgebende Körper die Gefangenen zur Deportation verurtheilen, die Wahlen von einundfünfzig Departements wurden für ungültig erklärt, die Geſetze zu Gunſten der Prieſter und Ausgewanderten zurückgenommen, Merlin von Douay und Franz von Neufchateau traten in das Directorium. Am 8. September ſchleppte man die Geächteten in Käfigen nach Rochefort und weiter nach Cayenne, auch die letzten Mitglieder der königlichen Familie, die Herzoginnen von Orleans und Bourbon mußten Frankreich verlaſſen. Die Partei der Royaliſten und Gemäßigten war völlig niedergeworfen, der Club der Oppoſition geſchloſſen, mehr als dreißig Zeitungen unterdrückt, und das Directorium nebſt der alten Bergpartei herrſchte wieder mit ſchrankenloſer Willkür.

Nicht allein für die inneren Verhältniſſe Frankreichs, auch für die äußere Politik, insbeſondere die Friedensunterhandlungen,

wurden dieſe Ereigniſſe von weſentlichem Einfluß. Bonaparte bemerkte ſogleich, welchen Vortheil er erlangt hatte; er beeilte ſich, den Geſandten die Nachricht mitzutheilen, und ließ erkennen, wie ſehr die Lage ſich verändert habe. Vom Kriege ſprach er mit großer Zuverſicht; beim erſten Kanonenſchuß, äußerte er, würde Oeſtreich Italien für immer verlieren[1]). Auch die kaiſerlichen Bevollmächtigten konnten die Bedeutung der neuen Umwälzung ſich nicht verhehlen. Sogleich wurde ein Eilbote nach Wien geſandt und beſchloſſen, Merveldt ſelbſt ſolle dahin abgehen, um neue Anweiſungen einzuholen und eine ſchnelle Entſcheidung des kaiſerlichen Hofes zu veranlaſſen. Am Morgen des 13. reiſte er ab; er nahm zwei Entwürfe für den Frieden mit, deren Inhalt Bonaparte als das äußerſte Zugeſtändniß bezeichnete[2]). Danach ſollten die conſtitutionellen Gränzen, wie ſie in der fünften Sitzung von den Franzoſen gedeutet wurden, mit Mainz, und in Italien Mantua in ihrem Beſitze bleiben, der Kaiſer entweder das Land bis zur Etſch mit Venedig, oder bis zum Oglio ohne die Hauptſtadt erhalten. Bonaparte zweifelte nicht, daß dieſe Vorſchläge angenommen würden; er meinte, bis zum 1. October könne der Friede geſchloſſen ſein, wenn nur das Directorium ſich kräftig und gemäßigt zeige. „Was wir hier vornehmen", ſchreibt er am 12. September an Talleyrand, „iſt nur ein Spiel; die wahren Verhandlungen werden zu Paris geführt. Gewinnt die Regierung endlich die Feſtigkeit, deren ſie bedarf, wird dieſe Handvoll Leute, die durch engliſches Gold erkauft oder durch die Schmeicheleien einer Sclavenbande verführt ſind, endlich in die Unmöglichkeit verſetzt, zu agitiren, ſo haben Sie den Frieden, wie Sie wollen und in zweimal vierundzwanzig Stunden."

Aber bald mußte er wahrnehmen, daß die Ereigniſſe in Paris, wenn Sie auf der einen Seite Oeſtreich nachgiebiger

1) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 12. September.

2) Man erkennt den Inhalt aus Bonapartes Briefen vom 12. und 13. September, Correspondance de Napoléon, III, 290 und 295, und aus einem ſpäteren Bericht der kaiſerlichen Geſandten vom 7. October.

ſtimmten, doch auf der anderen ein Hinderniß des Friedens, ja für ſeine eigene Stellung gefährlich werden konnten. Er hatte vordem den Staatsſtreich begünſtigt, weil die Wiederherſtellung des Königthums ſeinen perſönlichen Wünſchen und Hoffnungen entgegen war, zudem die unterlegene Partei ſeinen Plänen in Italien ſich widerſetzt und ſeinen Unwillen durch unvorſichtige Angriffe gereizt hatte. Aber auch die Sieger konnten einem Manne, der ſeit ſeinem erſten Auftreten gegen jede maßloſe, ungeordnete Verwaltung, gegen jede unnöthige Grauſamkeit einen ſo entſchiedenen Widerwillen zeigte, unmöglich genehm ſein. Mit den Gewaltthaten des Directoriums war er keineswegs einverſtanden. „Daß Männer von der höchſten Begabung und wahrem Patriotismus, die erſten Beamten der Republik, ohne Anklage, ohne Urtheil verdammt, in vergitterten Käfigen nach Rochefort und dann in die tödtlichen Sümpfe von Sinamari geſchleppt wurden, ein ſolches Verfahren erſchien ihm grauſamer und willkürlicher als das Tribunal des Fouquier Tinville, der doch die Angeklagten wenigſtens hörte.“ So hat er ſpäter zu St. Helena ſich ausgeſprochen[1]), und ſo war ſeine Geſinnung unmittelbar nach dem Ereigniß. Er enthielt ſich zwar, ſeine Mißbilligung öffentlich an den Tag zu legen, den Geſandten des Kaiſers gegenüber nahm er gern den Anſchein, als ſei die Umwälzung weſentlich durch ihn herbeigeführt. Aber in ſeinem Briefwechſel mit dem Directorium vermeidet er — man muß es ihm zur hohen Ehre anrechnen — auch jeden Schein einer Zuſtimmung; ſo ſehr, daß ſein Benehmen in Paris nicht weniger Beſorgniß als Unwillen erregte. Den General Clarke, welchen das Directorium als Freund Carnots gleich am Tage des Staatsſtreiches ſeines Amts enthoben hatte[2]), behielt er bei ſich und nahm ihn auch ſpäter in edelmüthiger Weiſe gegen alle Angriffe in Schutz[3]).

1) Mémoires de Napoléon IV, 191.

2) Vgl. das Decret vom 18. Fructidor in der Correspondance inédite IV, 216.

3) Nichts deſto weniger wird er von dem Grafen Miot (Memoiren I, 149) beſchuldigt, er habe aus Ehrgeiz, weil er keinen andern Namen neben dem

Auch ſeine Abſichten in Bezug auf den Frieden blieben unverändert; er läßt es nicht an Drohungen, auch nicht an Rüſtungen fehlen, um nöthigenfalls den Krieg mit Erfolg wieder anzufangen; aber ſein Wunſch iſt offenbar, ſowohl von Paris als von Wien die Genehmigung ſeiner Friedensvorſchläge zu erhalten.

Ob dies gelingen werde, mußte aber zweifelhaft erſcheinen.

Denn die ſiegende Partei in Paris kannte nach Außen wie nach Innen keine Schranke. Gerade die äußeren Angelegenheiten hatten im Directorium vornehmlich einen Gegenſtand des Streites gebildet, und Nichts wurde Carnot mit größerer Heftigkeit zum Vorwurf gemacht, als daß er den Frieden auf mäßige Bedingungen gewünſcht und die Präliminarien von Leoben als annehmbar bezeichnet hatte. Selbſt dem ſiegreichen General konnte die Mehrheit des Directoriums kaum verzeihen und ſuchte ihn nur in ſoweit zu entſchuldigen, als er durch die gefährliche Lage des Augenblicks zum Abſchluß gezwungen ſei. Freilich war nun durch Bonaparte ſelbſt der Vertrag vom 18. April in weſentlichen Punkten verändert; aber auch der Entwurf von Montebello, den wir aus dem Briefe vom 27. Mai kennen lernten, war den Wünſchen des Directoriums nicht mehr entſprechend. Gleich nach dem Staatsſtreich treten die wahren Abſichten mit Entſchiedenheit hervor. Schon der erſten Anzeige vom 4. September fügt Barras die Nachſchrift hinzu: „Den Frieden! den Frieden! aber ehrenvoll und dauerhaft! nicht die ſchmachvollen Vorſchläge Carnots!“ Am 8. ſchreibt er abermals: „Schließe Frieden, aber einen ehrenvollen Frieden. Der Rhein ſei unſere Gränze, Mantua für die ciſalpiniſche Republik und Venedig nicht für das Haus Oeſtreich. Das iſt der Wunſch des gereinigten Directoriums, das wollen alle Republikaner, das verlangt das Intereſſe der Republik und der wohlverdiente Ruhm des Generals und ſeiner unſterblichen Armee.“ Und das genügte nicht einmal; man verlor ſich in maß-

---

ſeinigen habe dulden wollen, Clarke von der Unterzeichnung des Friedens in Campo Formio ausgeſchloſſen, obgleich Clarke als Bevollmächtigter Frankreichs damals zur Stelle geweſen ſei.

loſen Planen, ganz Europa zu unterwerfen und überall Tochterrepubliken unter der Leitung und zum Vortheile der großen franzöſiſchen Mutter zu begründen.

Die Folgen dieſer Stimmung zeigten ſich zunächſt bei der Unterhandlung, welche dem Einfluß des Directoriums anheimgegeben war. In Lille hatte Lord Malmesbury nebſt den franzöſiſchen Bevollmächtigten Maret und Letourneur mit Ernſt und nicht erfolglos für die Herſtellung des Friedens ſich bemüht. Nach den Präliminarien von Leoben konnte England die Erwerbung Belgiens den Franzoſen nicht ferner ſtreitig machen, auch in Bezug auf die Colonien zeigte es zu weitgehenden Zugeſtändniſſen ſich bereit. Man durfte hoffen, den Frieden in kurzer Zeit zum Abſchluß zu bringen. Aber wenige Tage nach dem Staatsſtreich wurden die franzöſiſchen Bevollmächtigten zurückberufen, und ſchon durch die Wahl ihrer Nachfolger die veränderte Geſinnung der franzöſiſchen Regierung an den Tag gelegt. Am 13. September kamen Treilhard und Bonnier in Lille an, zwei Tage ſpäter ſtellten ſie ein unannehmbares Ultimatum, und am 16. erhielt Malmesbury, wie im December des vorigen Jahres, die Aufforderung, innerhalb vierundzwanzig Stunden den Ort der Verhandlungen zu verlaſſen [1]).

Schon in dieſen Ereigniſſen mochte man für das, was in Udine geſchehen ſollte, die Vorzeichen erblicken. Selbſt jener kurzſichtig leidenſchaftlichen Regierung konnte nicht entgehen, daß der plötzliche Bruch mit England auch die Einigung mit Oeſtreich weſentlich erſchweren müſſe. Aber man wünſchte ſie gar nicht mehr; es ſchien völlig vergeſſen, wie eifrig man im letzten Winter den Frieden aufzudringen ſich bemüht hatte. Oeſtreich ſollte nur Iſtrien und Dalmatien und in Deutſchland Salzburg und Paſſau erhalten, aber gänzlich aus Italien vertrieben, die Halbinſel bis nach Sicilien hinunter aufgeregt und dem franzöſiſchen Einfluß unterworfen werden. Dahin lauten ſchon die neuen Inſtructionen, welche am 16. September für Bonaparte ausgefertigt wurden.

1) Vgl. Diaries of Lord Malmesbury III, 548.

Man überläßt freilich seiner Einsicht, ob er sie durchführen könne, und erlaubt ihm, wenn es unmöglich sei, dem Directorium andere Vorschläge zu machen; „aber", fügt Talleyrand hinzu, „ich kann Ihnen nicht genug sagen, wie sehr das Directorium wünscht, und wie sehr es im Interesse Frankreichs liegt, daß diese Artikel zur Ausführung kommen. Will der Kaiser sich nicht fügen, und ist Ihre Stellung stark genug, dann verfolgen Sie den Plan, ihn mit Gewalt zu vertreiben." [1])

Indem man aber deutlich genug die Absicht kund gab, den Bruch mit Oestreich unvermeidlich zu machen, ließ man doch in leidenschaftlicher Erregung die Mittel, den Krieg zu führen, außer Acht. Am 5. April hatte Clarke auf Veranlassung Bonapartes mit Sardinien ein Bündniß zum Abschluß gebracht. Beinahe auf noch günstigere Bedingungen, als das Directorium im Februar gefordert hatte. Denn ein geheimer Artikel verpflichtete den König, die Insel Sardinien an Frankreich abzutreten; dafür soll er aber nicht mehr Mantua, sondern nur eine noch unbestimmte Entschädigung von gleichem Werthe erhalten. In dem öffentlichen Vertrage wird ihm der Besitz seiner Staaten von Frankreich gesichert, aber die Verpflichtung auferlegt, 9000 Mann und vierzig Geschütze zum französischen Heere stoßen zu lassen [2]). Bonaparte erachtete die Verstärkung für äußerst werthvoll, wiederholt drängte er, das Bündniß zu genehmigen, aber das Directorium zögerte den ganzen Sommer hindurch; jetzt endlich, gerade da sie von der höchsten Wichtigkeit gewesen wäre, entschloß man sich, die Genehmigung zu verweigern. „Denn", heißt es in dem Briefe, welchen Talleyrand am 16. September den Instructionen beilegt, „wir können Königen keine Sicherheit gegen die Völker geben; eine solche Verbindlichkeit wäre ein Krieg gegen dieselben Grundsätze, für welche wir bis jetzt gekämpft haben. Piemont mag werden, was es zwischen zwei freien Ländern, wie Frankreich und Italien, werden kann." Bonaparte erhält den Rath, die gehoffte Ver-

1) Correspondance inédite VII, 254.

2) Vgl. De Clercq, Traités de la France I, 316.

ſtärkung dadurch zu erſetzen, daß er die ſardiniſchen Truppen zur Deſertion verleite und ſpäter für die cisalpiniſche Republik anwerben laſſe [1]). Als dann Bonapartes Depeſchen vom 12. und 13. September den letzten Friedensentwurf nach Paris brachten, wurde er nicht angenommen. Talleyrand verweiſt am 23. abermals auf die Inſtruction vom 16. September und läßt ſogar, nicht ohne Bezug auf Venedig, die ſcharfe Bemerkung einfließen: „Wir ſind nicht nach Italien gekommen, um mit Völkern Handel zu treiben; es iſt kein Menſch im geſetzgebenden Körper und im Directorium, der daran dächte, Völker und Städte zu verſchenken [2])."

Noch entſchiedener ſind die Briefe, durch welche man wenige Tage ſpäter, am 29. September, auf einen erneuten Vorſchlag Bonapartes vom 19. antwortete. Er wird abermals verworfen; Oeſtreich ſoll Venedig aufgeben und nur Dalmatien und Iſtrien erhalten; dies kündigt man als unabänderliches Ultimatum an. Mit dem ganzen Pomp der republikaniſchen Redeweiſe — ja nicht ohne Beredtſamkeit, und wer könnte ſagen ohne Wahrheit? — wird die Nothwendigkeit, den Italiänern die Freiheit zu geben, die Schmach und der Nachtheil, Venedig den Oeſtreichern zu überlaſſen, von Talleyrand und Larevelliere-Lepeaux auseinander geſetzt [3]). Wüßte man nicht aus gar zu vielen Beiſpielen, was das Directorium unter Freiheit verſtand, und wie es die befreiten Völker zu behandeln pflegte, man könnte ſo edelmüthige Geſinnungen allen Gewalthabern zur Nachahmung empfehlen. Offenbar wurde aber auf dieſem Wege die Einigung mit Oeſtreich unmöglich, und die Erneuerung des Krieges unvermeidlich.

Unter ſolchen Verhältniſſen mußte eine engere Verbindung mit der anderen deutſchen Macht wieder doppelt wünſchenswerth erſcheinen. Auch meldet Talleyrand ſchon am 16. September, man ſtehe im Begriff, mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß, mit Rußland Frieden zu ſchließen; der Kaiſer werde bald einen Feind

1) Correspondance inédite IV, 213.
2) Correspondance inédite IV, 221.
3) Correspondance inédite IV, 233; VII, 278.

mehr, und einen Verbündeten weniger haben. Es ist hier der Ort, auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen seit dem Abschluß der Präliminarien einen Blick zu werfen[1]).

Man erinnert sich, wie gerade in der Mitte des April die Franzosen den Berliner Hof mit Anträgen und Forderungen bestürmten, wie jedoch der König zwar zu einer Vermittlung auf Grundlage der Reichsintegrität, aber keineswegs zu einem Bündniß oder zu feindlichen Schritten gegen den Kaiser sich bereit finden ließ. Diesen Entschluß befestigte die Nachricht von der Unterzeichnung der Präliminarien; man zürnte über den rücksichtslosen Eigennutz, der gerade, während Frankreich seinen Frieden schloß, Preußen noch zum Bruch mit Oestreich und Rußland drängen wollte[2]). Das Urtheil war sogar in diesem Falle strenger als billig, weil man nicht wissen konnte, daß durch Bonapartes eigenmächtiges Vorgehen das Directorium selbst überrascht worden sei. „Es bedarf kaum der Bemerkung", erwiedern die Minister am 2. Mai dem französischen Gesandten, „daß durch den Abschluß der Präliminarien, den glücklichen Vorboten des ersehnten allgemeinen Friedens, der nicht durch die Schuld des Königs so lange verzögert ist, die jüngsten Vorschläge der Republik ihren Zweck und Gegenstand verloren haben, und daß dem Könige von diesem Augenblicke an nichts übrig bleibt, als von ihrem Inhalte ganz und gar Abstand zu nehmen."

In Paris war man nicht dieser Ansicht. Je weniger das Directorium mit den Präliminarien zufrieden war, je lebhafter es wünschte, mit Preußens Unterstützung eine Aenderung herbeizuführen, um so eifriger bemühte es sich, diesen Staat zu Oestreich in ein gespanntes, zu England wo möglich in ein feindliches Verhältniß zu bringen. In den ersten Tagen des Mai, als die späteren Pläne noch nicht gereift waren, wurde dem preußischen Gesandten von dem Inhalt des Vertrages wenigstens

---

1) Die in dem Folgenden benutzten Actenstücke finden sich, wenn die Quelle nicht besonders angegeben wird, im preußischen Staats-Archiv.

2) Das Ministerium an Sandoz am 1. Mai 1797.

mündlich Einiges mitgetheilt, freilich die Umstände, wie es eben dem franzöſiſchen Intereſſe entſprach, verändert. Wir haben geſehen, wie der Kaiſer das Anerbieten einer Entſchädigung in Deutſchland zurückwies und nur in Italien ſeinen Erſatz finden wollte, wie dann, allen Wünſchen der Franzoſen entgegen, die Berufung eines Congreſſes in Bern durch die Präliminarien ausgeſprochen war. Sandoz wurde jetzt erzählt, es ſei Frankreich, das den Kaiſer zur Annahme einer Entſchädigung in Italien gezwungen habe, um Preußens Wünſchen gemäß Baiern unverletzt zu erhalten. Der Kaiſer fordere durchaus geſonderte Unterhandlungen, und Frankreich, hätte es nur ſeinen eigenen Vortheil im Auge, könne wohl darauf eingehen. Denn da man einmal auf den Erwerb des linken Rheinufers verzichtet und das Ziel des Krieges, Belgien mit ſeinen Dependenzen, erlangt habe, ſo bleibe weiter Nichts zu fordern. Aber um Preußen Gelegenheit zu geben, ſich durch Säculariſationen zu vergrößern, ſeinen Einfluß in Deutſchland auszudehnen und dem Prinzen von Oranien eine geeignete Entſchädigung zu verſchaffen, habe man gleichwohl die Berufung eines Congreſſes durchgeſetzt. Preußen werde bald eine förmliche Einladung erhalten, und Alles komme darauf an, daß man Hand in Hand mit Entſchiedenheit dem Kaiſer entgegentrete. Denn allerdings, es werde nicht leicht ſein, Preußens Wünſche für den Prinzen von Oranien zu erfüllen. Der General Bonaparte habe ſich in Leoben aufs eifrigſte ſeiner angenommen; aber von den kaiſerlichen Geſandten ſei unter Verwünſchungen gegen Preußen jede Beſtimmung zu ſeinen Gunſten zurückgewieſen. Die beſte Entſchädigung könne immer Hannover bieten, der König möge nur geſtatten, daß es einſtweilen von franzöſiſchen Truppen beſetzt würde; von der Freundſchaft Englands habe er ja ohnehin nicht den geringſten Vortheil. Hiergegen erlaubte ſich Sandoz eine Einwendung; unmöglich, meinte er, könne man von dem König erwarten, daß er bei dem Ausgange eines langen Krieges ſeine Grundſätze in Rückſicht auf England und die Neutralität Hannovers ändern ſolle. Auch auf dem Congreß werde man die zahlreichen Schwierigkeiten und Hinder-

niſſe nicht dadurch überwinden, daß man ſchroff den öſtreichiſchen Geſandten entgegentrete, ſondern — dieſe Aeußerung ſucht ihres Gleichen — indem man ſich beſtrebe, in Verbindung mit ihnen für das allgemeine Wohl und die Befeſtigung des Friedens zu wirken. Weit nützlicher ſei es, ſie zu gewinnen, als ſie ſchwierig und unverſöhnlich zu machen; nur möchten die Franzoſen ſorgen, daß Baiern unverletzt bleibe." [1])

In Berlin wurden dieſe Nachrichten mit großer Befriedigung aufgenommen. Man war erfreut, daß der Kaiſer in Italien abgefunden, Baiern in ſeinem Beſtande, und das linke Rheinufer für Deutſchland erhalten ſei. Für den Prinzen von Oranien, meinte man, würde wenigſtens im Prinzip eine Entſchädigung durch die Präliminarien geſichert ſein, und, falls das Directorium ſich nur ernſtlich bemühe, in ausreichenden Säculariſationen gefunden werden. Ja man gab ſich der Hoffnung hin, die Franzoſen könnten, da ſie doch einmal auf das linke Rheinufer verzichtet hätten, ſich herbeilaſſen, die preußiſchen Provinzen ſogleich zu räumen oder wenigſtens in preußiſche Verwaltung zurückzugeben. Sandoz wird dieſe Angelegenheit beſonders warm empfohlen; nöthigenfalls kann er anbieten, der Reinertrag der Einnahmen ſolle auf eine beſtimmte Summe — bis auf 70,000 Livres monatlich — veranſchlagt und der franzöſiſchen Regierung ausgezahlt werden [2]).

Aber die frohe Zuverſicht dauerte nicht lange; keine von den Hoffnungen erfüllte ſich. Eine Einladung zum Congreß wollte nicht erfolgen, die Aeußerungen der franzöſiſchen Machthaber über das linke Rheinufer wurden, wie wir ſahen, von Tag zu Tage bedenklicher, über den Inhalt der Präliminarien ließ ſich mit Beſtimmtheit gar Nichts in Erfahrung bringen. Nur jene Botſchaft des Directoriums an den geſetzgebenden Körper vom 30. April legte Caillard, nachdem man ſie in allen Zeitungen geleſen, zum Beweiſe unbegränzten Vertrauens und wärmſter Freundſchaft am 15. Mai dem Miniſterium vor. Sandoz war in großer Beſorgniß; er fürchtete, es ſei in Wahrheit eine Einigung

1) Sandoz am 29. April und 7. Mai 1797.

2) Das Miniſterium am 15. Mai 1797.

Frankreichs mit dem Kaiſer erfolgt, beſonders als man ihm ſagte, Oeſtreich beſtehe nach wie vor auf Separatverhandlungen, ſei aber jetzt zu Säculariſationen ganz geneigt. Dieſe Beſorgniß wurde auch in Berlin noch verſtärkt durch eine Note, die Caillard am 9. Juni einreichte. Im Auftrage ſeines Miniſters forderte er abermals die unverweilte Anerkennung der bataviſchen Republik; jetzt, da die Präliminarien des Friedens unterzeichnet worden, falle auch das letzte Hinderniß hinweg. Das preußiſche Miniſterium erhebe zwar den Einwand, daß der Inhalt des Vertrags von Leoben noch nicht bekannt ſei; aber er dürfe nicht verhehlen: das Directorium ſei erſtaunt, daß nach ſo vielen Beweiſen der Loyalität, Zuvorkommenheit und Rückſicht, die es dem Könige gegeben, noch ein Zweifel an ſeiner Treue für die eingegangenen Verbindlichkeiten ſich erhalten könne. Er ſei ausdrücklich ermächtigt, im Namen und mit den Worten des Directoriums zu erklären, die Unterzeichnung der Präliminarien ſtehe der Ausführung der geheimen Uebereinkunft vom 5. Auguſt 1796, *wenigſtens ſoweit die Umſtände und die weſentlichen Intereſſen der Republik es zugäben*, nicht im Wege, insbeſondere ſei die Entſchädigung des Hauſes Oranien nicht in Vergeſſenheit gerathen. Die Unbeſtimmtheit dieſer Ausdrücke, welche die mit Rückſicht auf Oranien beſtimmt eingegangene Verpflichtung des Auguſtvertrages an willkürliche Bedingungen knüpften, mußte in Berlin nicht wenig befremden. Gleich am 13. Juni, in der Antwort an Caillard, gibt das Miniſterium dieſem Gefühle einen Ausdruck und lehnt die Forderung ab. Um aber doch das Directorium nicht zu reizen, erklärte man ſich bereit, ſchon einſtweilen den Legationsſecretär von Bielefeld als Vertreter Preußens in den Haag zu ſchicken, ſo daß wenigſtens eine thatſächliche Anerkennung der neuen Regierung ſogleich erfolge; die förmliche ſollte verſchoben werden, bis die Entſchädigung für Oranien geſichert ſei. Seinen ganzen Unwillen läßt der König drei Tage ſpäter in einem Briefe an Sandoz aus. „Die Republik“, ſchreibt er, „hat am 5. Auguſt 1796 die feierliche Verpflichtung übernommen, dem Hauſe Oranien eine Entſchädigung zu verſchaffen; ſie hat ſich verbindlich gemacht, *alle*

ihre Kräfte dafür einzusetzen; und heute sagt man mir ganz trocken, die Entschädigung des Statthalters sei nicht in Vergessenheit gerathen, und der Friede mit Oestreich soll nur insofern kein Hinderniß sein, als die Umstände und die wesentlichen Interessen der Republik es gestatten. So haben wir nicht gerechnet; ich fordere die genaue Erfüllung der Verbindlichkeiten, welche die Republik gegen mich eingegangen ist." Sandoz soll vom Directorium eine bestimmte Erklärung verlangen und zugleich sich darüber Auskunft verschaffen, was denn die französische Regierung gethan habe, um die Einwilligung des Kaisers für die Entschädigung des Hauses Oranien zu erwirken. Denn eben war dem Könige aus guter Quelle die Nachricht zugekommen, zwischen den östreichischen Bevollmächtigten und dem General Bonaparte sei bisher von dieser Entschädigung noch nicht einmal Rede gewesen. Auch die Note an Caillard spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der König nun endlich vom Inhalt der Präliminarien Kenntniß erhalten werde.

Aber auch diese Hoffnung blieb unerfüllt, obgleich eben zu jener Zeit im Directorium eine Veränderung eingetreten war, welche die preußischen Interessen zu fördern versprach. Nach dem Ausscheiden Letourneurs hatte der gesetzgebende Körper den Gesandten in Basel, Barthelemy, zum Nachfolger erwählt. Er war, wie man sich erinnert, der gemäßigten Partei angehörig und zugleich einer engen Verbindung mit Preußen zugethan. In Basel hatte er sich so wohlwollend und gefällig erwiesen, als die Umstände irgend gestatteten; Merlin von Thionville wollte ihn eben deßhalb gar nicht zu Unterhandlungen mit dem Kaiser verwenden, und von Delacroix mußte er sich wegen seiner Neigung für den Herzog von Zweibrücken empfindliche Zurechtweisung gefallen lassen. Sandoz war noch dadurch empfohlen, daß er schon zu Barthelemys Onkel, dem Verfasser des Anacharsis, in freundschaftlichen Beziehungen gestanden hatte. Auch ließ der neue Director bald nach seiner Ankunft ihm mittheilen, er würde gern über die politischen Verhältnisse sich vertraulich mit ihm besprechen. Indessen gleich bei der ersten Unterredung, am 14. Juni, bemerkte

der preußiſche Geſandte, daß nicht viel von ihm zu erwarten ſei. Barthelemy hatte nur widerſtrebend auf dringendes Zureden ſeiner Freunde eine Stelle angenommen, für die er weder Neigung noch ausreichende Befähigung in ſich trug. Sandoz fand ihn ganz niedergeſchlagen und muthlos. „Man denkt gut von mir in Preußen", ſagte er, „und ich glaube es zu verdienen. Aber was ſoll ich hier anfangen? jeden Tag finde ich mich aufgehalten und geplagt von Menſchen, mit denen ich gar nichts gemein habe. Das Opfer, das ich meinen Freunden brachte, iſt übermäßig; ich werde meine Ruhe und Exiſtenz darüber verlieren und kann nicht einmal hoffen, Etwas zu Stande zu bringen. Was ſoll ichs Ihnen verhehlen", fuhr er nach einer Pauſe fort, „wir gehen in die Unterhandlungen, wie wir in den Krieg gegangen ſind, wie Abenteurer. Nichts iſt vorher bedacht, weder für den Frieden mit dem Kaiſer, noch mit England. Als ich über die Verhandlung mit Oeſtreich Kenntniß erhalten wollte, habe ich mich überzeugen müſſen, daß kein Mitglied des Directoriums recht wußte, wie weit ſie gekommen ſei und was ſie für ein Ende nehmen werde. Alles iſt unbeſtimmt und bedingt; Gegenſtände der höchſten Wichtigkeit ſind ganz und gar der Entſcheidung eines jungen Generals anheim gegeben. Erwarten Sie nicht", ſchloß er, „daß ich Ihnen vertrauliche Mittheilungen machen kann; ich brauche noch drei Monate, um nur Menſchen und Geſchäfte erſt kennen zu lernen." In der That blieb er unthätig beobachtend und gelangte niemals zu einigem Einfluß. Rewbell wußte ihn von der Leitung des Auswärtigen fern zu halten, und ſelbſt zu Carnot, dem ſeine Anſichten am nächſten ſtanden, trat er nicht in ein vertrauliches, förderndes Verhältniß[1]).

Jedoch auch ohne ſeine Vermittlung konnten die Beziehungen zu Preußen ſich in den nächſten Wochen freundlicher geſtalten. Schon die Sendung des Herrn von Bieleſeld in den Haag wurde in Paris als ein erwünſchtes Zugeſtändniß, ja als ein diplomatiſcher Sieg betrachtet. Bald fand Preußen Gelegenheit, den Fran-

1) Sandoz am 10. und 16. Juni 1797.

zoſen abermals einen Dienſt zu erzeigen. Um die Abtretung des linken Rheinufers zu erleichtern, mußte dem Directorium daran gelegen ſein, den Grundſatz der Säculariſationen auch vom Kaiſer anerkannt zu ſehen. Deßhalb wünſchte man, Preußen möge ſich zuerſt in dieſem Sinne ausſprechen, damit dann der Kaiſer weniger Bedenken trüge, einer derartigen Erklärung ſich anzuſchließen. Delacroix griff die Sache in ſeiner Weiſe an. Am 17. Juni beauftragte er Caillard, in Berlin zu verſichern: Oeſtreich ſei durchaus zu Säculariſationen geneigt, und erwarte nichts ſehnlicher, als eine Erklärung Preußens, um die ihm gelegenen geiſtlichen Beſitzungen ſich anzueignen; nur könne der Kaiſer in Rückſicht auf ſeine Würde nicht wohl zuerſt davon reden. Der König war damals, ſchon auf den Tod erkrankt, mit Haugwitz nach Pyrmont gereiſt; Caillard wandte ſich daher zuerſt an Finkenſtein. Dieſer ging aber, wie es ſcheint, nicht bereitwillig genug auf ſeine Vorſchläge ein; er meinte, wenn Oeſtreich eine ſolche Erklärung wünſche, könne es ſich ja ſelbſt an Preußen wenden; auch ſei es für den König nicht weniger bedenklich, auf dieſem Wege vorzugehen, als für den Kaiſer[1]).

Darauf richtete Caillard am 27. Juni ein ausführliches Schreiben an Haugwitz. Preußen, ſagt er, müſſe endlich aus der Nichtigkeit heraustreten, die ihm weder in Wien noch in Paris zu Statten komme; die ganze Welt erkenne die Nothwendigkeit der Säculariſationen, ganz Deutſchland betrachte ſie als den einzig möglichen Endpunkt des Krieges; es gebe kein anderes Mittel, dem Hauſe Oranien die gewünſchte Entſchädigung zu verſchaffen, Baiern zu erhalten und den Einfluß Preußens im Reiche auszudehnen. „Geben Sie uns", ſo ſchließt er, „ein Document, das uns zeigt, wie weit wir auf Sie rechnen, das wir Oeſtreich vorlegen können. Aber vor Allem, bitte ich, eine feſte Entſchließung, eine beſtimmte Erklärung, nicht eingehüllt in Ungewißheiten, Bedingungen, Eventualitäten, kurz eine Erklärung, ſo einfach, wie unſere Geſinnungen gegen den König. Bezeigen

1) Finkenſtein an den König am 27. Juni 1797.

Sie uns volles Vertrauen, ſo wird Alles gut gehen für Sie und für uns. Im entgegengeſetzten Falle — aber ich will an dieſen Fall gar nicht denken und lieber glauben, daß er unmöglich iſt.“ In einer Nachſchrift erbietet er ſich noch „aus Beſorgniß, den ehrwürdigen Finkenſtein zu ermüden“, zu einer Zuſammenkunft Mitte Weges zwiſchen Berlin und Pyrmont.

Auch Haugwitz würde nicht ſo leicht auf dieſe Forderung eingegangen ſein, wenn ſie nicht zugleich im Intereſſe Preußens gelegen hätte. Aber die völlige Dunkelheit, in welche ſowohl Thugut als das Directorium den Inhalt der Präliminarien hüllten, konnte allerdings eine Einigung zwiſchen beiden zum Nachtheile Preußens befürchten laſſen; um den Prinzen von Oranien zu entſchädigen, gab es kein anderes Mittel, als die geiſtlichen Beſitzungen; endlich waren Säculariſationen für Preußens Stellung in Deutſchland ſo augenſcheinlich vortheilhaft, daß frühere Aeußerungen, man wünſche ſie zu vermeiden, nicht gerade als unwahr, aber doch noch weniger als der Ausdruck eines unwandelbaren Grundſatzes gelten dürfen. Schon am 3. Juli wurde in Pyrmont die gewünſchte Erklärung ausgeſtellt. Im Eingange verſchanzte man ſich vorſichtig hinter der Verſicherung, auch der Kaiſer ſei derſelben Anſicht und erwarte nur die preußiſche Erklärung, um ſich offen auszuſprechen. Dann wurde aber ausdrücklich anerkannt, daß ſchon die Convention vom 5. Auguſt das Prinzip der Säculariſationen als unumgänglich bezeichnet habe, daß der König bei dieſer Anſicht beharre und gern in Gemeinſchaft mit Frankreich und dem Kaiſer ſich öffentlich darüber äußern werde; nur möge man ihm vorläufig von dem Inhalt der Verhandlungen zwiſchen beiden Mächten Kenntniß geben [1]).

Sandoz erhielt den Auftrag, dieſe Erklärung ſofort in Paris zu überreichen. Er konnte hinzufügen, daß die erſte Annäherung

1) Die Erklärung findet ſich in der Correspondance inédite IV, 83. Wenige Tage ſpäter, am 20. Juli, wurde auch zwiſchen Preußen und Heſſen-Kaſſel ein Vertrag unterzeichnet, der das Prinzip der Säculariſationen anerkannte und beſtimmte Entſchädigungen ſicherte. Vgl. Häuſſer a. a. O. II, 123.

Frankreichs an Rußland, von Preußen übermittelt, in Petersburg freundlich aufgenommen ſei. Delacroix empfing dieſe Nachrichten, wie man denken kann, mit großer Befriedigung. Aber wie erſtaunte der preußiſche Geſandte, als er mit Barthelemy über die Sache ſprach. Der Director zeigte ſich völlig überraſcht durch die preußiſche Erklärung; er ſagte, von der Zuſtimmung des Wiener Cabinets zu den Säculariſationen wiſſe er gar Nichts; er erwarte ſie nicht einmal, und erinnere ſich nicht, daß im Directorium jemals davon Rede geweſen ſei. Als die Declaration am 1. Auguſt an Clarke nach Udine abging, verfehlte man denn auch nicht, in dem Begleitſchreiben als Anweiſung für die franzöſiſchen und wohl noch mehr für die kaiſerlichen Geſandten hinzuzuſetzen: der Berliner Hof habe Sorge getragen, die Einwilligung des Kaiſers, die man ihm nur als wahrſcheinlich in Ausſicht geſtellt, ſchon als beſtimmte Thatſache aufzuführen; obgleich die preußiſche Erklärung in Wahrheit Nichts enthält, was nicht durch Worte und Briefe Caillards ſich rechtfertigen ließe.

Dies Begleitſchreiben war jedoch nicht mehr von Delacroix verfaßt, er hatte — und man könnte darin den Einfluß Barthelemys erkennen — am 16. Juli ſeinen Platz räumen müſſen. Daß Talleyrand ihn erſetzte, mochte immerhin für eine friedliche Entwicklung und jedenfalls in Rückſicht auf den diplomatiſchen Verkehr als ein Vortheil betrachtet werden. Der neue Miniſter ſprach ſich zuerſt ſo friedliebend aus, daß Sandoz ſchon fürchtete, der Kaiſer möchte etwa zu günſtige Bedingungen erhalten. Aber bald änderte ſich ſeine Sprache, die kriegeriſche Strömung im Directorium gewann mehr und mehr das Uebergewicht. Talleyrand, von Barthelemy gar nicht unterſtützt, mußte ſich von Rewbell in heftigen Worten zurechtweiſen laſſen und beſaß weder die Macht noch den feſten Willen, ſeinen Anſichten Geltung zu verſchaffen. Mit Preußen ruhten die Verhandlungen während der beiden nächſten Monate beinahe ganz; das Intereſſe des Directoriums war vornehmlich auf die Ereigniſſe in Italien und die innern Streitigkeiten gerichtet, die immer heftiger auf eine gewaltſame Entſcheidung drängten.

Als aber der Schlag nun gefallen und die ſiegende Partei entſchloſſen war, ſowohl mit England als mit dem Kaiſer abzubrechen, mußte man zu Preußen zurückkehren. Niemals war das Verlangen nach einem Bündniß ſo inſtändig und dringend ausgeſprochen. Zwar unmittelbar nach dem Staatsſtreich erhielt Sandoz die irrige Nachricht, man wolle jetzt mit dem Kaiſer auf jede Bedingung Frieden ſchließen; er äußert ſchon die Beſorgniß, daß dabei auch Baiern als Opfer fallen könnte. Aber nach wenigen Tagen wurde er über die Lage aufgeklärt. „Alles iſt hier verändert", ſchreibt er am 12. September, „die Regierung iſt ſtark geworden, ſie hat den Ton angenommen, der ihren Intereſſen und den Intereſſen Europas gemäß iſt. „„Erfahren Sie"", ſagte mir geſtern Rewbell, „„daß es während eines Monats nur vom Hauſe Oeſtreich abhing, den Frieden auf unmäßige Bedingungen zu unterzeichnen; es konnte Iſtrien, Dalmatien, Baiern und Salzburg erhalten. Erfahren Sie auch, daß Carnot und Barthelemy dieſen Frieden guthießen und dem Directorium als Capitalverbrechen vorwarfen, daß es ihn nicht unterzeichnen wollte. Die Verräther! es gab eine geheime Verbindung zwiſchen ihnen und Wien durch die Vermittlung Clarkes, dieſer Creatur Carnots. Man kann nicht daran zweifeln, wenn auch die ſchriftlichen Beweiſe uns noch fehlen. Jetzt, da das Directorium in ſich einig und gekräftigt iſt, haben wir die Bedingungen des Friedens auf das richtige Maß zurückgeführt, feſt entſchloſſen, die Unterhandlung abzubrechen, wenn ſie nicht angenommen werden. Ich haſſe das Haus Oeſtreich mehr als je und bin entſchloſſen den König von Preußen von Neuem aufzufordern, die Friedensbedingungen mit dem Directorium feſtzuſtellen. Er muß uns helfen, den überwiegenden Einfluß des Kaiſers in Deutſchland und überhaupt Oeſtreichs Macht zu ſchwächen, ohne das iſt keine Ruhe für Europa zu hoffen; er muß uns in den Stand ſetzen, die Bedingungen von Leoben und Udine zu verändern, was wir noch nicht öffentlich als unſere Abſicht ausſprechen können. Preußens Intereſſe iſt dabei noch dringender als Frankreichs; denn wir wiſſen unzweifelhaft, und der General Bonaparte kann es Ihnen beweiſen, daß Oeſtreich gleich

nach dem Frieden zu einem Angriff auf Preußen entſchloſſen war. Man weiß nicht einmal, ob es eine Entſchädigung für das Haus Oranien zugeſtehen wollte. Jetzt iſt die Zeit, daß man es büßen läßt und zu einer Macht dritten Ranges erniedrigt, damit es nicht ferner ſchaden kann.““

In ganz gleichem Sinne ſprachen Larevelliere-Lepeaux und am folgenden Tage Talleyrand ſich aus. Der Miniſter wollte ſofort einen Courier mit geeigneten Vorſchlägen nach Berlin ſenden; Preußen müſſe helfen, den Präliminarien und den Verhandlungen in Udine eine beſſere Wendung zu geben; ſchon eine drohende Bewegung an der böhmiſchen Gränze würde genügen, den Kaiſer, Thugut und ihre Unterhändler zur Vernunft zu bringen. Auch Sandoz ließ von der allgemeinen Aufregung ſich fortreißen. Er iſt der Meinung, die neue Regierung ſtehe feſt; innerhalb ſieben Jahren ſei keine Umwälzung zu beſorgen, es liege alſo im höchſten Intereſſe Preußens, ſich über die Friedensbedingungen vorerſt mit ihr zu einigen.

Noch weiter gehend waren indeß die Forderungen, welche Caillard am 24. September in einer Note entwickelte. Er preiſt die glücklichen Folgen, welche die Staatsveränderung in Paris auf den Abſchluß des Friedens ausüben müſſe. Freilich könne das Directorium jetzt, wenn es die Intereſſen ſeiner Verbündeten aus den Augen ſetze, von Oeſtreich und England erhalten, was es nur wünſche. Das Einzige, wogegen der Kaiſer ſich noch ſträube, ſeien die Säculariſationen, weil er dadurch auf dem Reichstage die Mehrheit der Stimmen zu verlieren fürchte. Wenn man aber die drei geiſtlichen Kurfürſtenthümer auf fränkiſche und bairiſche Bisthümer — die von Preußen für Oranien gewünſchte Entſchädigung — übertrage, ſo werde der Kaiſer ſelbſt zur Abtretung des linken Rheinufers ſich geneigt zeigen. Die Republik könne damit zufrieden ſein, aber es widerſpreche ihrem Edelmuthe, die Intereſſen ihrer Freunde durch eine ſelbſtſüchtige und treuloſe Politik preiszugeben. Nach einer ſo freimüthigen Auseinanderſetzung würden aber auch die deutſchen Verbündeten, denen Frankreich ſeine eigene Ruhe opfere, gewiß nicht

anſtehen, alle ihre Kräfte mit den ſeinigen zu verbinden. Er beantragt deßhalb förmlich ein Angriffs- und Vertheidigungsbündniß, deſſen Gegenſtand das Haus Oeſtreich, deſſen Ziel der Friede und die Herſtellung des europäiſchen Gleichgewichts, deſſen Grundlage die Uebereinkunft vom 5. Auguſt 1796 bilden ſolle. Man werde dann die norddeutſchen Fürſten zum Beitritt auffordern; der Augenblick ſei entſcheidend, die Vortheile unermeßlich, das Directorium zweifle nicht, daß ſeine Vorſchläge bereitwillig angenommen würden.

Aber die Franzoſen hatten ſich verrechnet, wenn ſie nach den beiden Erfolgen im Juni und Juli auch dies größte Zugeſtändniß von Preußen erwarteten. Die Unwahrheiten und Widerſprüche zwiſchen den letzten und ihren früheren Ausſagen ſprangen zu deutlich in die Augen. Schon am 25. September läßt der König an Sandoz ſchreiben: „Die Geſpräche der drei Directoren, von denen Sie mir Nachricht geben, müſſen nothwendig zu der Betrachtung führen, wie wenig den Verſicherungen des Directoriums zu glauben iſt. Vor dem 4. September betheuerte der Herr Carnot ſeine Ergebenheit für Preußen, und es ſchien, man könne doch ſoweit auf ihn rechnen, daß er Baiern nicht preisgeben würde. Jetzt wird Ihnen verſichert, daß gerade er es war, der jenes Herzogthum und meine weſentlichſten Intereſſen ſeiner Vorliebe für Oeſtreich opferte. Kann man ſich verſtändiger Weiſe auf die neuen Verſicherungen verlaſſen, und wenn man es könnte, darf man auf die Sicherheit der neuen Zuſtände in Frankreich vertrauen? Meine Briefe aus Wien melden mir gerade im Gegentheil, der General Bonaparte biete auch jetzt dem Kaiſer Entſchädigungen in Deutſchland und ſogar Baiern an. Und inmitten ſo ungewiſſer Verhältniſſe, vielleicht am Vorabend eines Friedens, verlangt man von mir in aller Form ein Angriffs- und Vertheidigungsbündniß. Sie müſſen ſelbſt fühlen, daß es, wenn man auch keine ſchroffe Antwort geben will, doch ganz unmöglich iſt, auf die wilden Pläne des Directoriums einzugehen, welche Preußen und Europa in ein Chaos ſtürzen würden. Der beſte Dienſt, den Sie mir leiſten können, iſt, ſchon einſtweilen die aufgeregten Geiſter

zu beruhigen und ihnen vorzuſtellen, daß man auch ohne jene äußerſten Mittel verſtändige Bedingungen von Oeſtreich erlangen, durch eine feſte Sprache jeden Gedanken an die Preisgebung Baierns beſeitigen und das Syſtem der Säculariſationen am füglichſten auf einem deutſchen Congreß zur Ausführung bringen kann." In dieſem Sinne wurde auch am 29. September ſehr höflich, aber beſtimmt ablehnend an Caillard geſchrieben. „Wird man einen Brand löſchen", fragte das preußiſche Schreiben, „indem man brennbare Gegenſtände noch hinzuträgt? und ein Angriffsbündniß Preußens mit Frankreich gegen Oeſtreich, das die nationalen Gefühle vergiften und ganz Europa entzünden würde, könnte es zur Wiederherſtellung der Einigkeit und Ruhe dienen? Nach dem Frieden wird der König gern in das engſte Verhältniß zu Frankreich treten, aber bis dahin von den oft ausgeſprochenen Grundſätzen einer ſtrengen Neutralität ſich nicht entfernen." Caillard ließ nicht nach; ſchon am 29. September richtet er abermals ein Schreiben an Haugwitz, ſehr dringend und, wie gewöhnlich, Schmeichelei mit Drohungen untermiſchend: der Kaiſer werde immer unverſöhnlich bleiben; wenn einmal Oeſtreich, Rußland und England gegen Preußen ſtänden, dann würde Preußen um ein Bündniß mit Frankreich flehen, aber alle Logik, die es aufbieten könne, darauf hinauslaufen: Helft uns, denn wir haben euch nicht geholfen! Dieſes Schreiben war jedoch ebenſo wenig von Erfolg, als die früheren. Mit ſchon zitternder Hand hatte der König noch am 28. September ſeine volle Billigung jener erſten Antwort des Miniſteriums an Caillard niedergeſchrieben; am 3. October erwiedert Haugwitz ſehr treffend auf die letzten Drohungen. Er meint, Preußen habe im ſiebenjährigen Kriege gezeigt, was ein Staat auch einzeln ſtehend leiſten könne; das Bündniß der drei Mächte gegen Preußen ſei eine willkürliche Annahme; ſollte aber der Fall eintreten, ſo würde Preußen Frankreich zurufen: Helft uns, denn wir haben zuerſt mit Euch Frieden geſchloſſen, immer freundſchaftlich und aufrichtig gegen Euch gehandelt, und wenn wir unterliegen, ſo läuft auch Frankreich Gefahr, nicht nur ſeine Eroberungen, ſondern auch die innere Sicherheit und Frei-

heit einzubüßen. Schon am 28. September hatte man Sandoz abermals vor der Unredlichkeit der Franzoſen gewarnt. „Als ich“, läßt der König ſchreiben, „im Frühling zu zweien Malen aufgefordert wurde, dem Kaiſer durch bewaffnetes Einſchreiten Bedingungen abzunöthigen, wie ſie das Directorium verlangte, ergab ſich, daß es das erſte Mal in voller Unterhandlung, das zweite Mal unmittelbar vor dem Abſchluß der Präliminarien ſtand. Derſelbe Fall tritt mehr oder weniger jetzt wieder ein: denn die Unterhandlungen in Udine werden eifrig fortgeſetzt, und man kann nicht wiſſen, ob ſie nicht zur Stunde ſchon beendigt ſind. Sie ſehen, wie ſchielend und wenig aufrichtig dies Verfahren iſt, beſonders da man über den gegenwärtigen Stand der Verhandlung mich völlig im Ungewiſſen läßt. Es ſcheint, man will die Karten nur in Verwirrung bringen und mich in Schwierigkeiten verwickeln, die mich von der Gnade Frankreichs abhängig machten. Anſtatt die Gleichförmigkeit der Intereſſen, welche in der That zwiſchen Preußen und Frankreich Deutſchland und Oeſtreich gegenüber vorhanden iſt, zu Rath zu nehmen und darauf eine Vereinigung zu gründen, wie ſie zwiſchen uns beſtehen ſollte, betrachtet das Directorium, wie es ſcheint, Preußen nur als ein Mittel, um nach den Bedürfniſſen des Augenblicks den Wiener Hof zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das iſt nicht meine Rechnung, ganz und gar nicht. Ich habe meine eigene Politik, wie ſie den Intereſſen meines Reiches entſpricht, und ſo wie dieſe Intereſſen vorſchreiben, werde ich feſt und unverändert weiter gehen, ohne mich nach dem wechſelnden Belieben der franzöſiſchen Regierung zu richten. Davon müſſen Sie ſich ſelbſt überzeugen und es geeigneten Orts begreiflich machen.“

Kurz und beſtimmt ſchreibt man abermals am 2. October, der König wolle durchaus kein Bündniß; keine andere Macht ſei mehr zu fürchten, als Frankreich; es wolle Preußen nur als Mittel gebrauchen und völlig von ſich abhängig machen, um es dann mit Uebermuth zu behandeln.

Sandoz war von dieſen Aufträgen wenig erbaut; er hätte eine andere Entſcheidung gewünſcht und lebte in großer Beſorg-

niß. Als die ablehnende Antwort in Paris bekannt wurde, war denn auch der Unwille der Directoren nicht gering. Nichts mußte ihnen erwünſchter ſein, als gegen Oeſtreich Preußens Beiſtand zu erhalten, und ſie zeigten deutlich ihr Mißvergnügen, als dieſe Hoffnung ſich vereitelte. Gleichwohl berechtigt nichts zu der Annahme, daß ihre Entſchlüſſe dadurch verändert wären. Hätte es nur vom Directorium abgehangen, der Krieg wäre bald wieder ausgebrochen.

Aber die Entſcheidung lag in einer anderen ſtärkeren Hand. Es war dahin gekommen, daß ein junger General an der Spitze einer ſiegreichen Armee für den Frieden arbeitete, daß der Bevollmächtigte des franzöſiſchen Directoriums ſeiner eigenen Regierung gegenüber die Anſprüche des Kaiſers vertrat. Mit immer ſteigendem Unwillen erfuhr Bonaparte aus den Depeſchen ſeiner Regierung und von eigenen Berichterſtattern, wie übermüthig das Directorium nach innen und außen alle Schranken der Mäßigung vergaß. Zugleich bemerkte er, daß ſeine eigene Stellung ſich nicht verbeſſert hatte, daß man ſeine Zurückhaltung übel deutete, durch Mißtrauen vergalt, ihm die nöthige Unterſtützung verſagte und unerwünſchte Maßregeln aufzudringen ſuchte. Konnten doch die Sieger des 18. Fructidor, jetzt unter ſich einig und durch den Widerſtand feindlicher Parteien nicht mehr gehemmt, ihm weit entſchiedener entgegentreten, als früher, da eine Partei die andere in Schranken und in gemeinſamer Abhängigkeit erhielt.

Unter dieſen Umſtänden handelte er, wir er immer gehandelt hat. Er that was er wollte, mochten dann andere verſuchen, ob ſie, was einmal geſchehen war, wieder aufheben könnten. Um aber des Erfolges ſicherer zu ſein, griff er zu einem Mittel, das er ſchon einige Male in früheren Tagen, und niemals vergebens zur Anwendung gebracht hatte, wenn es galt, den Anforderungen ſeiner Regierung gegenüber die eigenen Abſichten durchzuſetzen. Er bat um ſeine Entlaſſung. Schon am 21. September ſchreibt er an das Directorium, es ſei ihm unmöglich, ſo viele Aemter in ſeiner Perſon zu vereinigen; man möge eigene Bevollmächtigte

für die Verhandlungen, und eine Commiſſion ausgezeichneter Publiciſten für die Organiſation der italiäniſchen Republik ernennen, damit er ſelbſt ausſchließlich mit der Armee ſich beſchäftigen könne. Weit entſchiedener drückt er ſich wenige Tage ſpäter aus, als noch einige Umſtände, an ſich von geringer Bedeutung, ſeinen Zorn gereizt hatten. „Nach Allem, was geſchehen iſt", ſchreibt er am 25., „iſt es augenſcheinlich, daß die Regierung gegen mich ungefähr ebenſo verfährt, wie gegen Pichegru nach dem 13. Vendemiaire."

„Ich bitte Sie, Bürger Directoren, meine Stelle anders zu beſetzen und meine Entlaſſung zu bewilligen. Keine Macht der Erde wird im Stande ſein, mich im Dienſt zu halten nach dieſem ſchrecklichen Beweis von der Undankbarkeit der Regierung, den ich weit entfernt war zu erwarten."

„Meine ſehr geſchwächte Geſundheit fordert gebieteriſch Ruhe und Zurückgezogenheit; mein Geiſt hat gleichfalls das Bedürfniß, ſich unter der Menge der Bürger wieder zu kräftigen. Seit zu langer Zeit iſt eine große Gewalt meinen Händen anvertraut; bei allen Gelegenheiten habe ich mich zum Wohle des Vaterlandes ihrer bedient. Um ſo ſchlimmer für die, welche nicht an die Tugend glauben und die meinige verdächtigen könnten. Mein Lohn iſt in meinem Gewiſſen und in der Meinung der Nachwelt[1])."

Er war ſicher genug, das Directorium würde nicht wagen, ſeine Entlaſſung anzunehmen und den Mann, dem es am meiſten verdankte, in den gefährlichſten Feind zu verwandeln. Noch in demſelben Briefe vom 21., in welchem er die Wahl anderer Bevollmächtigten für nöthig erklärt, fordert er doch zugleich wieder neue Vollmachten für ſich, da die früheren durch Clarkes Abberufung erledigt ſeien. So ließ er auch keinen Augenblick nach in ſeinem Eifer, den Gang der Verhandlungen zu beſchleunigen.

Freilich hatten dieſe wieder geſtockt, weil man die Rückkehr Merveldts und eine Antwort aus Wien erwarten mußte. Dazu kam ein Zwiſchenfall, deſſen Entſtehung noch der Zeit vor dem

1) Correspondance de Napoléon, III, 321, 337.

Staatsſtreich angehört. Als Thugut durch das Protokoll der vierten Sitzung (vom 4. September) Kenntniß erhielt, die Franzoſen hätten nach der Einberufung des Congreſſes für den Reichsfrieden ſich erkundigt, eilte er dieſen Umſtand zu nutzen. Trat der Congreß zuſammen, ſo konnte man die Geſandten Rußlands und noch anderer fremden Mächte zuziehen; es bildete ſich ein feſter Widerſtand gegen die Anſprüche der Franzoſen, der die Vortheile des Berner Congreſſes beinahe erſetzen mochte. Thugut erklärte ſich daher entſchloſſen, ſogleich die Berufung vorzunehmen, und ernannte ſchon die öſtreichiſchen Bevollmächtigten[1]). Er war damals — am 11. September — noch keineswegs geneigt, den Franzoſen ſich zu fügen; die Geſandten in Udine weiſt er an, ſich auf die Abtretung von Mainz durchaus nicht einzulaſſen. Aber Bonaparte nahm dieſe Nachrichten ſehr übel auf. In der Einberufung des Reichscongreſſes vor dem Frieden mit Oeſtreich fand er nur ein Mittel, die Verhandlungen von Udine zu verlegen und unter verändertem Namen auf den Berner Congreß zurück zu kommen. Frankreich, ſagte er, könne in Italien Nichts feſtſetzen und noch weniger dem Reichscongreſſe zuſtimmen, ehe es die Abſichten des Kaiſers in Bezug auf Deutſchland kenne. Mit den mächtigſten deutſchen Staaten, mit Preußen, Heſſen, Sachſen, Braunſchweig, Würtemberg und Baden ſtehe Frankreich ſchon in gutem Einvernehmen; die übrigen hingen von Oeſtreich ab. „Was würde Preußen ſagen", ſetzte er hinzu, „wenn wir, ohne es befragt zu haben, zur Berufung eines Reichscongreſſes mitwirkten? Herr von Sandoz würde ohne Unterlaß uns darüber zur Rede ſtellen. Wir müſſen wiſſen, auf wen wir bei unſeren Entwürfen in Bezug auf Deutſchland rechnen dürfen, ob auf Preußen, oder auf Oeſtreich; davon hängt unſere Entſcheidung ab, das iſt unſer ganzes Geheimniß[2])."

1) Vgl. Thuguts Schreiben an die Geſandten vom 11. September und den Bericht des preußiſchen Geſandten, Grafen Keller, an das Miniſterium aus Wien vom 2. October 1797.

2) Vgl. die Berichte der öſtreichiſchen Geſandten vom 18. und 24. September 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

Ob Thugut darum nachgegeben hätte, läßt ſich bezweifeln. Unterdeſſen war aber aus Paris und zugleich aus Udine die Nachricht von den entſcheidenden Ereigniſſen eingetroffen. Worauf man ſo lange gehärrt hatte, war geſchehen, nur mit ganz anderem Erfolge, als in den Wünſchen der öſtreichiſchen Regierung lag. Man mußte erkennen, daß es unmöglich ſei, die Verhandlungen noch länger hinzuziehen. Da die letzte Hoffnung auf eine günſtige Entwicklung der franzöſiſchen Verhältniſſe ſich vereitelt hatte, England in Unterhandlung begriffen, von Rußland und dem deutſchen Reiche keine Hülfe zu erwarten war, ſo fiel die Entſcheidung zu Gunſten des Friedens. Schon die Wahl des Geſandten, den man nach Udine gehen ließ, beweiſt, daß man zu einer ernſten, hochbedeutenden Unterhandlung ſich anſchickte.

Viertes Kapitel.

Die Sendung des Grafen Ludwig Cobenzl nach Udine.

Der Graf Ludwig Cobenzl war damals anerkannt unter den öſtreichiſchen Diplomaten der vorzüglichſte. Er war der Vetter des Vicekanzlers Philipp Cobenzl und wie dieſer von Jugend auf mit den wichtigſten diplomatiſchen Geſchäften betraut. Im Jahre 1777 wurde er an Friedrich den Großen nach Berlin geſchickt, 1780, erſt ſechsundzwanzig Jahre alt, kam er als Geſandter nach Petersburg, wo er bald die entſchiedene Gunſt der Kaiſerin ſich zu eigen machte. Freilich nicht weniger durch die Talente des Geſellſchafters als des Geſchäftsmannes. Er beſaß durchaus die leichte franzöſiſche Bildung jener Zeit. Für die Bühne des Hofes ſchrieb er Theaterſtücke, bei deren Darſtellung er ſelbſt eine ſeltene Begabung zur Geltung brachte. Es iſt vorgekommen, daß ein Courier mit wichtigen Depeſchen ihn hinter der Scene aufſuchte, dort ſogleich ſeine Abfertigung erhielt, daß darüber das Stichwort überhört wurde, und der Geſandte eiligſt auf die Bühne rannte, um durch eine witzige Improviſation die Störung wieder auszugleichen. Selbſt unter den ſchweren Ereigniſſen des Jahres 1796 wußte er durch ſolchen Zeitvertreib ſeine Heiterkeit zu bewahren oder ſeine Beſorgniß zu verbergen. „Ihr beſtes Stück“, ſagte ihm einmal die Kaiſerin, „werden ſie wohl für den Tag aufſparen, an welchem die Franzoſen in Wien einrücken.“ Es wäre jedoch ein Irrthum, wollte man den ganzen Werth des Mannes nach dieſer leichtfertigen Außenſeite bemeſſen. Er war ein vornehmer Herr des achtzehnten Jahrhunderts mit den Fehlern ſeines Standes, aber zugleich mit bedeutenden Eigenſchaften, die man ihm ſelbſt anrechnen muß. Hormayr kannte ihn als einen wohlwollenden, ſogar als einen edlen Menſchen; Männern, wie

Malmesbury und dem Cardinal Conſalvi, flößten ſeine Fähigkeiten große Achtung ein; ſelbſt Napoleon redet mit Anerkennung von ihm [1]). In ſpätern Jahren, als er, frühzeitig gealtert, die höchſte Leitung übernehmen ſollte, ging die Aufgabe weit über ſeine Kräfte. Aber iſt er der einzige, der bewieſen hätte, daß man als Diplomat ſich auszeichnen kann, ohne doch ein großer Staatsmann zu ſein?

Am 9. Auguſt war Cobenzl von Petersburg nach Wien gekommen. Die Verhandlungen in Udine erſchienen damals noch nicht als die wichtigſten; der Gedanke an den Berner Congreß war noch nicht aufgegeben. Der Graf blieb einſtweilen in Wien, und wohnte den Berathungen der Miniſter bei; man vermuthete, er ſolle an den Verhandlungen in Lille Theil nehmen. Sobald aber Merveldts Berichte herausſtellten, daß in Udine die Entſcheidung fallen mußte, konnte Niemand anderem als Cobenzl die Vertretung der Monarchie übertragen werden. Die Inſtructionen, welche er erhielt, ſind nicht mehr vorhanden, doch lernt man ſie aus dem Folgenden deutlich genug erkennen. Der Kaiſer hatte zudem einen eigenhändigen Brief an den ſiegreichen Feldherrn gerichtet, das erſte Opfer, das er dem Manne brachte, dem er zuletzt ſeine Tochter gab. Der Brief lautete folgendermaßen:

„Herr General Bonaparte!

Da ich meinen bevollmächtigten Miniſtern jede Erleichterung gegeben hatte, um die wichtige Unterhandlung, mit welcher ſie beauftragt ſind, zu beendigen, ſo vernehme ich mit eben ſo viel Bedauern als Ueberraſchung, daß, indem man ſich mehr und mehr von den Beſtimmungen der Präliminarien entfernt, die Rückkehr des Friedens, in deſſen Genuß ich meine Unterthanen ſehen möchte, und welchen die Hälfte von Europa ſo aufrichtig erſehnt, von Tag zu Tage ungewiſſer wird. In treuer Erfüllung meiner Verpflichtungen bin ich bereit, Alles auszuführen, was zu Leoben feſtgeſetzt wurde, und fordere nur auch von der Gegen-

1) Vgl. Hormayr, Lebensbilder I, 341, Malmesbury, Diaries, I, 224, Mémoires du Cardinal Consalvi, Paris, 1864, I, 369; einen wenig günſtigen Eindruck machte er 1801 in Paris auf die Frau von Stael, vgl. Dix années d'exil, chap. VI.

ſeite die Erfüllung einer ſo heiligen Pflicht. Es iſt das ſchon in meinem Namen erklärt worden, und ich ſtehe nicht an, es ſelbſt zu erklären. Wenn vielleicht einige Artikel der Präliminarien durch ſpätere Ereigniſſe, an denen ich keinen Theil habe, unausführbar geworden ſind, ſo wird es nöthig, ſie durch andere zu erſetzen, welche in gleichem Maße den Intereſſen beider Nationen entſprechen und mit ihrer Würde ſich vereinigen laſſen; denn allein zu ſolchen könnte ich meine Hand bieten. Eine freie und aufrichtige Erklärung in demſelben Geiſte, der mich beſeelt, iſt der einzige Weg, der zu dieſem heilſamen Ziele führen kann. Um es, ſo viel an mir liegt, zu beſchleunigen und endlich dem Zuſtande von Ungewißheit, der nur zu lange ſchon gedauert hat, ein Ende zu machen, habe ich mich entſchloſſen, den Grafen von Cobenzl an den Ort der Verhandlungen abzuſenden. Er iſt in Beſitz meines ausgedehnteſten Vertrauens, von allen meinen Abſichten unterrichtet und mit den weiteſten Vollmachten ausgeſtattet. Ich habe ihn ermächtigt, jeden Vorſchlag zur Annäherung beider Theile nach den Grundſätzen der Billigkeit und des gegenſeitigen Vortheils aufzunehmen und demgemäß zum Abſchluß zu bringen."

„Nach dieſer neuen Verſicherung der verſöhnlichen Geſinnungen, die mich beſeelen, zweifle ich nicht, Sie werden fühlen, daß der Friede in Ihren Händen liegt, und von Ihren Entſchließungen das Glück oder Unglück vieler Tauſend Menſchen abhängt. Habe ich mich über das Mittel getäuſcht, welches ich für das geeignetſte hielt, dem Elend, das ſeit langer Zeit Europa heimſucht, ein Ziel zu ſetzen, ſo bleibt mir wenigſtens der Troſt, Alles, was von mir abhängt, erſchöpft zu haben. Für die Folgen, die daraus entſpringen, werde ich niemals die Verantwortung tragen. Ich bin zu dem Entſchluß, den ich heute faſſe, vornehmlich bewogen durch die Ueberzeugung, die ich von Ihren ehrenhaften Geſinnungen hege, und durch die perſönliche Achtung, welche ich für Sie empfinde. Es gereicht mir zum Vergnügen, Herr General Bonaparte, Ihnen davon die Verſicherung zu geben[1])."

1) Der Brief iſt ſchon gedruckt in den Mémoires d'un homme d'Etat, IV, 563.

Der Brief war vom 20. September datirt. Wenig ſpäter reiſte Graf Cobenzl in Begleitung Merveldts von Wien ab. In Laibach fand er die Generale Mack und Terzy auf den Krieg gefaßt, aber in Verlegenheit wegen des gänzlichen Mangels an Geld und beſorgt für Trieſt, das ſich mit wenigen Kanonenbooten nicht vertheidigen laſſe. Am 24. verweilte er in Görz, Merveldt war mit einem Briefe an de Gallo vorausgegangen, damit er die nöthigen Päſſe übermittle[1]). Bonaparte überſendet ſie in einem ſehr höflichen Schreiben an die kaiſerlichen Geſandten; gleich am nächſten Tage, fügt er hinzu, werde er nach Udine kommen, um dem Grafen Cobenzl aufzuwarten; vielleicht könne man dann ſchon zu einer Conferenz zuſammentreten[2]).

Cobenzl empfing die gewünſchten Päſſe am Morgen des 26. in Görz. Durch heftig eintretendes Regenwetter aufgehalten, konnte er erſt am Abend in Udine eintreffen, wo er im Palaſt Florio ſeine Wohnung nahm.

Am folgenden Mittag kam Bonaparte mit glänzendem Gefolge, ihn zu beſuchen. Nach den erſten Worten des Willkommens führte ihn Cobenzl in ſein Cabinet und übergab ihm den Brief des Kaiſers. Bonaparte las ihn aufmerkſam, ohne irgend zu verrathen, daß er durch die kaiſerlichen Worte ſich geſchmeichelt fühle; eher ſchien er mit dem Inhalt unzufrieden. Er ſagte, die franzöſiſche Republik habe nie etwas Anderes gewünſcht, als die Präliminarien auszuführen, aber das Wiener Cabinet gebe ihnen eine Bedeutung, die nicht zuläſſig ſei, und habe dann ſelbſt durch Zögern und unaufhörliche Schwierigkeiten die Ausführung verhindert. Cobenzl ließ dies natürlich nicht gelten; er erwiederte, man habe in Wien die Präliminarien im buchſtäblichſten Sinne ausgelegt und ſofort nach der Ratification das Zuſammentreten eines Congreſſes gefordert. Es ſei Frankreich, das ihn immer

1) Vgl. Cobenzls Briefe an Thugut aus Görz vom 24. und 26. September im Oeſtr. Staats-Archiv.

2) Der Brief fehlt in der Correspondance de Napoléon, iſt in der Wiener Abſchrift nicht datirt, aber vermuthlich am 25. September geſchrieben.

verweigert und dadurch den Abſchluß der Verhandlungen verzögert habe. Man kam wieder auf die alten Streitpunkte; Cobenzl wiederholte, der Marquis de Gallo habe in Gratz nichts Anderes zugeſtanden, als daß man für den Berner Congreß in einer italiäniſchen Stadt einige Vorbereitungen treffen könne. Jetzt aber erſtrecke der Kaiſer die Nachgiebigkeit ſo weit, daß er für den Abſchluß des Definitivfriedens in Udine die ausgedehnteſte Vollmacht ertheilt habe; nur müſſe man dabei an den Beſtimmungen der Präliminarien feſthalten, oder, wenn man die unausführbaren Artikel durch andere erſetze, Oeſtreich nicht dadurch benachtheiligen. Bonaparte gab mit einiger Lebhaftigkeit zur Antwort, das Nachgeben ſei nur zu ſehr auf Seiten Frankreichs; auf Anſuchen des Marquis de Gallo habe er zu Leoben den Congreß und die Zulaſſung der Verbündeten bewilligt, damit der Kaiſer dieſen gegenüber ſich rechtfertigen könne; es ſei aber gegen alle Vernunft, Europa bei einem ſo anſtößigen Artikel, wie die Beraubung Venedigs, zum Zeugen zu rufen. Cobenzl verſetzte, der Congreß, einmal verſprochen, habe auch gefordert werden können. Bonaparte ſelbſt habe die Theilung Venedigs vorgeſchlagen, der Kaiſer gebe ſich niemals zu Etwas her, das nicht ganz Europa wiſſen dürfe; auch ſei die Veränderung, die von den Franzoſen in Venedig vorgenommen würde, weit anſtößiger, als Alles, was die Präliminarien ausſprächen.

Bonaparte ſchob den erſten Vorſchlag der Theilung den öſtreichiſchen Bevollmächtigten zu; die Umwälzung in Venedig, ſagte er, ſei nicht ſein Werk, ſondern durch die Ariſtokratie verſchuldet; der große Rath habe ſelbſt auf ſeine Rechte verzichtet, alſo die jetzige Regierung in durchaus legitimer Weiſe eingeführt. Der öſtreichiſche Diplomat entgegnete, er denke zu hoch von den Eigenſchaften des General Bonaparte, um zu glauben, es könne in einem Lande, das ſeine Truppen beſetzt hielten, irgend Etwas gegen ſeinen Willen geſchehen. Bonaparte leugnete dies gleichwohl und behauptete dann, da keine Beſtimmung der Präliminarien über die Verfaſſung von Venedig etwas feſtſetze, ſo müſſe man über die Abtretungen, welche Oeſtreich verlange, nach

dem fünften der geheimen Artikel mit einem Bevollmächtigten der neugebildeten Municipalität verhandeln. Nichts konnte den Oeſtreichern unbequemer ſein, als eine ſolche Zumuthung. Cobenzl erhob den entſchiedenſten Widerſpruch: wenn in den Präliminarien von Venedig die Rede ſei, ſo könne man darunter nur die alte Regierung verſtehen; jede Verbindung mit der neuen wies er zurück. „Daran ſtockt alſo die ganze Unterhandlung", ſagte Bonaparte. „Was ſollen wir thun, wenn Sie ſich weigern, mit einem venetianiſchen Bevollmächtigten zu unterhandeln?" „Wir unterhandeln mit Ihnen", erwiederte Cobenzl; „Sie haben uns dieſe Entſchädigungen zugeſichert, Sie haben ſie nothwendig gemacht, indem Sie uns des Unſrigen beraubten. Sie ſind im Beſitz, und es iſt Ihre Sache, uns zu überliefern, was Sie uns verſprochen haben."

Neuer Streit erhob ſich, als Bonaparte erklärte, der Kaiſer würde die venetianiſchen Provinzen nicht eher erhalten, als Frankreich in den Beſitz von Mainz getreten ſei. Er berief ſich auf den vielbeſtrittenen Artikel 6 der Präliminarien, welcher die geſetzlichen Gränzen der franzöſiſchen Republik anerkenne. „Ich berief mich", ſchreibt Cobenzl in ſeinem Bericht an Thugut, „auf den Artikel 5, welcher die Grundlage der Reichsintegrität feſtſetzt. Er wollte behaupten, es verſtände ſich von ſelbſt, daß dies nur in ſoweit gelten könne, als nicht die folgenden Beſtimmungen eine Aenderung vornähmen. Ich antwortete, in dieſem Falle hätte man eine ſolche Clauſel einſchieben müſſen, wie überall gebräuchlich ſei. Ich bewies ihm dann, daß die Clauſel über die Anerkennung der franzöſiſchen Gränzen in dem Artikel über die Abtretung Belgiens nur dieſe Abtretung betreffen könne, die einzige, über welche der Kaiſer zu beſtimmen berechtigt geweſen ſei. „„Aber,"" ſagte Bonaparte, „„der Kaiſer hat ſchon über Modena verhandelt; man gab uns ſelbſt beim Abſchluß der Präliminarien zu verſtehen, daß er ſich nicht widerſetzen würde, wenn wir Lüttich, Malmedy und Logne behielten; Belgien ſelbſt als ein Theil des burgundiſchen Kreiſes gehört zum Reiche. Wie kann denn der Kaiſer dieſe Beſitzungen des Reiches abtreten und die anderen nicht?"" Ich antwortete, daß man für Modena einen Austauſch

festgesetzt habe, daß ich gar nicht der Ansicht sei, der Kaiser wolle Lüttich, Logne und Malmedy abtreten, daß aber Nichts ihn hindere, über seine erblichen Besitzungen frei zu verfügen. Bonaparte erhitzte sich sehr, klagte uns an, wir wären doppelzüngig und nicht aufrichtig, er sei zu nachgiebig gewesen, da er uns doch die empfindlichsten Schläge habe beibringen können; nun lasse man ihn, der allen Königen sich gleich achte, ganz ohne Rücksicht seine Zeit verlieren; man halte ihn hin durch Forderungen eines Congresses und falsche Auslegung der Präliminarien. Ich suchte meine Kaltblütigkeit zu bewahren, sagte ihm, daß kein Mensch in Allem, was der Kaiser thue, jemals eine Unaufrichtigkeit finden könne. Er, der General Bonaparte, finde sich mit den Interessen seiner Regierung beauftragt und im Besitz ihres Vertrauens, ebenso habe ich die Interessen meines Herrn zu vertreten und werde ebenfalls durch sein Vertrauen geehrt. Wir Beide wären also am Besten im Stande, dies wichtige Geschäft zu Ende zu führen; wir würden aber niemals zum Ziele kommen, wenn man den klaren und deutlichen Wortlaut einer schon eingegangenen Verpflichtung in so gezwungener Weise erklären wolle. „„Die französische Republik,"" sagte Bonaparte, „„wird niemals von ihren gesetzlichen Gränzen Etwas aufgeben; mit den Mitteln, die sie besitzt, kann sie in zwei Jahren ganz Europa erobern."" Ich erwiederte, dann bleibe den anderen Höfen nichts übrig, als alle ihre Mittel anzuwenden, um sich dagegen zu verwahren. „„Ich sage nicht,"" versetzte Bonaparte, „„daß das die Absicht sei; die Republik wird sich dieser Mittel nur zur Vertheidigung bedienen, sie ist ungeduldig, ihren Bürgern die Vortheile des Friedens, des Handels und Ackerbaus zu gewähren, aber sie wird niemals abtreten, was sie einmal als ihr Eigenthum erklärt hat. Ohne Mainz werden wir keinen Frieden schließen und ohne Mainz die italiänischen Festungen nicht übergeben."" Und ich, gab ich ihm zur Antwort, ich werde den Frieden nicht unterzeichnen, ohne festzusetzen, daß alle Provinzen, die uns gehören sollen, sofort uns eingeräumt werden. „„In dieser Weise"", sagte Bonaparte, „„wird Ihr Aufenthalt in Udine nicht von langer Dauer sein, und der letzte Grund

der Könige und Staaten muß entſcheiden.““ Der Kaiſer, erwiederte ich, wünſcht den Frieden, aber er fürchtet auch den Krieg nicht. Was mich angeht, ſo bleibt mir wenigſtens die Genugthuung, die Bekanntſchaft eines eben ſo berühmten als intereſſanten Mannes gemacht zu haben [1]).“

Nach einem ſo lebhaften Geſpräch begab man ſich zur Wohnung des Marquis de Gallo im Palaſt Antonini, wo ein Saal für die gemeinſchaftlichen Verſammlungen hergerichtet war. Man ſaß an einem langen rechteckigen Tiſch, an der einen Seite die vier öſtreichiſchen Geſandten, ihnen gegenüber Bonaparte ganz allein, an beiden Enden die Secretäre. War ſelbſt in vertraulicher Unterredung von den eigentlichen Abſichten beider Gegner noch wenig hervorgetreten, ſo hielten ſich die erſten Conferenzen beinahe gänzlich in Formen und Scheinbewegungen. Man erinnert ſich, daß Bonaparte am 3. September im Protokoll der dritten Sitzung die Erklärung abgegeben hatte, er würde nach dem 1. October die Grundlage der Präliminarien nicht mehr anerkennen. Die kaiſerlichen Geſandten erbaten ſich nun eine beſtimmte Auskunft über den Sinn dieſer Eröffnung. Den Act vernichten, der die Feindſeligkeiten beendigt habe, heiße den Zuſtand des Krieges wiederherſtellen. Sie könnten die franzöſiſche Republik dazu nicht berechtigt halten, weil der kaiſerliche Hof die Präliminarien niemals verletzt, ſondern zur Ausführung ſich ſtets bereit erwieſen habe. Noch unangenehmer für Bonaparte war eine zweite Erklärung in Bezug auf die Frage nach dem Reichsfriedenscongreß, die er dem Protokoll vom 4. September eingerückt hatte. Die Geſandten bemerkten, ſie ſeien zwar bei den Unterhandlungen, die in Udine zwiſchen der franzöſiſchen Republik und Sr. Majeſtät als König von Ungarn und Böhmen ſtattfänden, ganz ohne Inſtructionen für den Reichsfrieden, hätten aber nichts deſto weniger von den Eröffnungen der franzöſiſchen Bevollmächtigten ſogleich dem Kaiſer Nachricht gegeben. Da Alles, was den Frieden beſchleunige, dem Kaiſer unend-

1) Vgl. den Bericht Cobenzls vom 28. September im Oeſtr. Staats-Archiv.

lich angenehm sei, so werde er ohne Verzug den Regensburger Reichstag auf dem gewöhnlichen Wege durch die Reichskanzlei von dem Antrag der französischen Gesandten in Kenntniß setzen; die Bevollmächtigten des Reiches könnten sich alsdann nach Rastatt begeben, und der Congreß sobald als möglich seinen Anfang nehmen. Die Unterhandlungen in Udine bilden gar kein Hinderniß; ebenso wenig dürfe man die Uebereinkunft von Montebello dagegen anführen, da dieselbe vom Kaiser niemals ratificirt sei[1]).

Schon am 18. September hatte man diese Erklärung zu Protokoll geben wollen, aber bei dem heftigen Widerstande Bonapartes zurückgezogen. Daß sie von Cobenzl nun wieder aufgenommen wurde, bewies deutlich genug, der französische General dürfe auf unbedingte Nachgiebigkeit nicht rechnen. Er behielt sich vor, in der nächsten Sitzung seine Antwort zu geben. Schon einstweilen bemerkte er: das Hinziehen der Verhandlungen von Seiten Oestreichs sei für Frankreich vom höchsten Nachtheil und nicht länger zu ertragen; gleichwohl sei er geneigt, die Frist bis zum 15. October zu verlängern, so daß dann für die Armeen in Italien, sowie für die Rheinarmeen zur selben Zeit der Waffenstillstand gekündigt würde, und die Feindseligkeiten am 1. November wieder anfangen könnten. Cobenzl erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Aber dadurch wurde der Widerspruch nicht gemildert, den Bonaparte gegen die angekündigte Berufung des Congresses zu Rastatt erhob. Er machte geltend, schon zu Montebello und ebenso in dem Protokoll vom 4. September sei ausdrücklich der Friede mit dem Kaiser als Vorbedingung des Congresses gefordert; vor diesem Zeitpunkt würde Frankreich eine Berufung durchaus nicht zugeben. Keine Vorstellung konnte ihm die allerdings nicht unbegründete Meinung nehmen, das östreichische Cabinet lege ihm eine Schlinge, um die Vortheile, die es sich in Bern versprochen, auf diesem Wege wieder zu gewinnen. Er forderte, daß die Maßregeln zur Berufung des Congresses eingestellt würden, und man

1) Vgl. das Protokoll der achten Sitzung vom 27. September in der Correspondance inédite VII, 265.

mußte ihm verſprechen, wenigſtens darüber nach Wien zu berichten.

Im Uebrigen blieb die Sitzung ohne Ergebniß; als Cobenzl einmal auf die beiden von Merveldt nach Wien überbrachten Entwürfe hindeutete, antwortete Bonaparte kurz: Herr von Degelmann habe gelegentlich bemerkt, in der Sitzung erinnere er ſich niemals an das, was er vertraulich mitgetheilt habe; er, Bonaparte, folge jetzt dieſem Grundſatze und kenne nur die Präliminarien und die Protokolle[1]).

Nach der Conferenz verweilte man noch bei dem neapolitaniſchen Geſandten. „Die vertrauliche Unterhaltung", ſchreibt Cobenzl, „wurde ſehr freundlich; Bonaparte beehrte mich mit einigen Schmeicheleien, die ich ohne Affectation ihm zurückgab. Er blieb bei der Behauptung, der Kaiſer ſei ſchlecht bedient und ſchlecht berathen; hätte er den Frieden nicht verzögert, ſo wäre er jetzt im Beſitz ſeines Looſes; der Tauſch für die Niederlande und die Lombardei ſei ſo vortheilhaft, daß ihn Joſeph II. auch ohne Krieg gern eingegangen wäre. Die Veränderungen in Venedig dürfe man nur als einen Regierungswechſel anſehen, dem auch monarchiſche Staaten bei einer Thronfolge unterworfen ſeien; Joſeph II. habe ebenſo große Veränderungen vorgenommen. Ich antwortete, wir könnten eine ganz ungeſetzliche Art der Nachfolge nicht anerkennen; darauf führte ich aus, daß, abgeſehen von den rechtlichen Gründen, nach denen wir einen Congreß fordern dürften, auch unſere Verbindlichkeiten gegen Rußland uns dazu genöthigt hätten. Für einen ſo engen Verbündeten hätten wir nicht weniger thun können; ſelbſt zum Abſchluß des Friedens in Udine habe der Kaiſer ſeine Zuſtimmung erſt gegeben, nachdem Rußland auf ſeine gerechten Anſprüche Verzicht geleiſtet, ein neuer Beweis, wie genau der Kaiſer Alles, was er verſpreche, zu halten gewohnt ſei. Ich forderte ihn auf, ſelbſt zu erklären, ob er bei Unterzeichnung der Präliminarien nur im Entfernteſten daran gedacht habe,

1) Vgl. die gemeinſchaftlichen Berichte der Geſandten vom 28. und 30. September im Oeſtr. Staats-Archiv.

Mainz und Alles, was er jetzt fordere, darunter zu begreifen, und versicherte ihm sehr bestimmt, daß der Kaiser, wenn er daran hätte zweifeln können, die Ratification nicht ertheilt haben würde. „„Ich weiß nicht, was ich gedacht habe,"" sagte Bonaparte, „„aber ich weiß, was ich festgesetzt habe, und daran halte ich mich. Hätte der Kaiser die Präliminarien nicht ratificirt, so hätte ich seine Provinzen nicht geräumt, und wir hätten gesehen, was daraus erfolgt wäre."" Der Ausgang des Krieges, erwiederte ich, war und ist noch jetzt vom Glück der Waffen abhängig; wir waren geschlagen, aber nicht besiegt. Sie können die Hülfsquellen nicht verkennen, die wir in jenem entscheidenden Augenblick besaßen und noch jetzt besitzen, und der Kaiser wird niemals unterschreiben, was seiner Würde und seinen Pflichten zuwider ist."

„Im Laufe der Unterredung," fährt Cobenzl fort, „ließ ich ihn merken: wenn der Friede, woran ich übrigens von Tag zu Tage mehr zweifle, zu Stande käme, so müsse er dauerhaft sein und ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Staaten sichern; dann müsse man sich aber so stellen, daß man keinen Vortheil mehr darin finde, sich zu schaden. Ich bemerkte noch, ich sähe nicht ein, warum er beständig auf unsere Kosten Republiken begünstige, die für ihn längst nicht das Interesse haben könnten, wie wir. Kurz, ehe wir uns trennten, beklagte sich der französische Bevollmächtigte, daß die Verhandlungen rückwärts statt vorwärts gingen. „„Knöpfen Sie sich doch auf,"" sagte er zu wiederholten Malen. Ich erwiederte, es sei seine Sache, sich aufzuknöpfen, und da er die Hindernisse des Friedens recht wohl kenne, auch die Mittel anzugeben, sie zu beseitigen."

„Bonaparte verweilte lange Zeit, war sehr gesprächig, redete von der Revolution seit ihrem Ursprunge, von den letzten Ereignissen, von der königlichen Familie und den Emigrirten ganz ohne Bitterkeit und verließ uns erst um neun Uhr, nachdem er noch drei Stunden bei uns zugebracht. Das sind," so schließt Cobenzl seinen Bericht, „die Einzelnheiten des ersten Tages; einen leichten Erfolg darf ich demnach meiner Unterhandlung nicht versprechen. Möglich, daß Bonaparte mich nur ausholen wollte. Ich habe

geglaubt, ſeinem Angriff am Beſten zu begegnen, indem ich unerſchütterliche Feſtigkeit in meinen Grundſätzen mit einem leichten Ton in der vertraulichen Unterhaltung verbände."

Man erkennt, wie dies Geſpräch ſämmtliche Streitpunkte, die in den letzten Monaten allmählich hervorgetreten waren, noch einmal zuſammenfaßt. So ausführlich Cobenzls, ſo kurz iſt Bonapartes Bericht, den er am folgenden Tage (28. September) an Talleyrand abgehen ließ. Er meldet, der öſtreichiſche Bevollmächtigte ſei angekommen und habe ihm einen Brief des Kaiſers überreicht; in drei oder vier Tagen, je nach dem Gange der Unterhandlungen, denke er darauf zu antworten. „Bei meinem erſten Beſuche," fährt er fort, „bin ich ſehr lebhaft mit dem Grafen Cobenzl an einander gerathen. Er iſt, wie es ſcheint, nicht ſehr gewohnt, zu discutiren, wohl aber, immer Recht haben zu wollen. Das Directorium muß durchaus Anweiſung geben, daß man am Rheine ſich bereit hält. Dieſe Leute machen große Anſprüche. Uebrigens ſcheint aus dem Briefe des Kaiſers, aus der Art, wie die Vollmachten des Grafen Cobenzl abgefaßt ſind, ja aus ſeiner Hierherkunft hervorzugehen, daß der Kaiſer dem Entwurfe beitreten würde, gegen Venedig und die Etſchlinie uns Mainz und die conſtitutionellen Gränzen einzuräumen. Ich ſage: „es ſcheint", denn in Wahrheit iſt meine Unterredung mit dem Grafen Cobenzl von ſeiner Seite nur eine Extravaganz geweſen. Es iſt das Höchſte, wenn man ſo gnädig iſt, uns Belgien zu geben. Ich erlaſſe Ihnen meine Antwort darauf, ſowie unſere Geſpräche, aus denen Sie lernen könnten, was dieſe Leute Diplomatie nennen."

Kurz nachdem er dieſe Zeilen beendigt, langten die Geſandten des Kaiſers in Paſſariano an. Er empfing ſie mit zwei Noten, die er als Antwort auf die beiden Eröffnungen Cobenzls in das Protokoll vom 28. September einrückte. Die erſte erklärt die Berufung des Congreſſes zu Raſtadt für nichtig; der Kaiſer ſei dazu ohne Einwilligung Frankreichs gar nicht berechtigt. So lange die Truppen des Kaiſers als Königs von Ungarn und Böhmen alle feſten Plätze des Reiches beſetzt hielten, ſei zudem am

wenigſten der Zeitpunkt, in welchem die Republik mit einer, ihrer Natur nach unabhängigen Macht zu einem Congreß zuſammentreten könne.

Die zweite wiederholt in den heftigſten Ausdrücken die ſchon oft erhobenen Klagen über die Zögerung des Wiener Cabinets. Sechs Monate ſeien erforderlich geweſen, um den Kaiſer zu überzeugen, daß er den Frieden beſonders ſchließen müſſe, ſechs andere würden ohne Zweifel nöthig ſein, um über die Bedeutung der Präliminarien einig zu werden. Nach eigener Ausſage der Geſandten ſeien ſie in Eile angefertigt, enthalten widerſprechende oder unausführbare Artikel; der Kaiſer ſolle ſich endlich beſtimmt über die Grundlage der Verhandlung erklären. Ganz Europa erkenne die wenig friedfertige Geſinnung des Wiener Cabinets und ſtaune, daß die Republik ſich ſo lange hinhalten laſſe. Frankreich wolle den Frieden, denn es habe ihn gewollt, als es Alles habe wollen können; aber jetzt ſei es Pflicht des Directoriums, endlich eine Entſcheidung zu fordern. Ueber die Friſt des 1. Octobers ſpricht er ſich gleichwohl nicht in beſtimmter Weiſe aus, ſchließt aber mit der Eröffnung, er ſei beauftragt, für den Fall, daß die Feindſeligkeiten wieder anfingen, mit den kaiſerlichen Geſandten das Nöthige zu vereinbaren [1]).

In der Sitzung ſelbſt kam außerdem nichts von Bedeutung zur Sprache. Nach Tiſche hatte aber Cobenzl wieder eine lange Unterredung mit Bonaparte, über die er am 30. September Bericht erſtattet. „Ich verbarg ihm nicht," ſchreibt er, „daß Erklärungen, wie er ſie eben zu Protokoll gegeben, viel mehr geeignet wären, den Frieden zu hindern, als wieder herzuſtellen. Er antwortete, daß er gleichwohl ſehr lebhaft wünſche, man möge ſich verſtändigen und bald abſchließen. Ich fragte ihn, ob er denn ſeine Erklärungen, abgeſehen von dem Ton, der darin herrſche, für das richtige Mittel hielte, ob die gezwungene Auslegung der Präliminarien, der Anſpruch auf Mainz und einen Theil des

1) Vgl. das Protokoll der neunten Sitzung vom 28. September in der Correspondance inédite VII, 267.

linken Rheinufers, das Beſtreben, Deutſchland ſeiner beſten Schutzwehr zu berauben, nicht ein Syſtem ſchrankenloſer Eroberungsluſt enthülle. Er verſicherte, Frankreich werde, mit ſeinen Erfolgen zufrieden, ſich ruhig in ſeinen Gränzen halten und einen Krieg nur noch zur Vertheidigung führen. Welche Sicherheit haben wir, antwortete ich, wenn die Präliminarien nicht gehalten werden? Uebrigens, von allen anderen Gründen abgeſehen, der Kaiſer könnte ſchon deßhalb Ihren Forderungen nicht nachgeben, weil der König von Preußen darin ein Mittel finden würde, ſich in Deutſchland zu vergrößern. „„Der König von Preußen,““ ſagte Bonaparte, „„hat uns das linke Rheinufer zugeſtanden; wir ſind ihm verpflichtet, weil er zuerſt die Coalition verlaſſen hat; noch vor Kurzem ſind wir mit ihm einig geworden, er hört nicht auf, uns alle möglichen Anerbietungen zu machen. Einigen wir uns aber mit Ihnen, ſo haben wir nicht nöthig, ihn Etwas nehmen zu laſſen.““ Würden Sie ſich dazu, fragte ich, durch einen geheimen Artikel verpflichtet erklären und förmlich verſprechen, mit uns gemeinſchaftliche Sache gegen ihn zu machen, wenn er in Deutſchland eine Erwerbung ſuchen wollte? „„Warum nicht?““ erwiederte Bonaparte, „„ich ſehe gar kein Hinderniß, wenn wir nur im Uebrigen einig ſind; andern Falls wird es freilich nöthig, daß wir uns mit ihm verbinden.““ Ich bemerkte, das würde uns in die Arme Englands treiben, und wenn Preußen mit Frankreich ſich vereinigte, ſo würden Oeſtreich, Rußland und Großbritannien das Gegengewicht bilden. Bonaparte ſagte, er für ſeine Perſon gebe weit mehr auf ein Bündniß mit uns, aber in Paris ſei man ſehr mißtrauiſch, halte den Frieden für zweifelhaft und dränge ihn mehr und mehr, ſich zum Kriege zu bereiten. Das ſei die Wirkung der Protokolle und der Art, wie wir die Verhandlungen geführt. Mittler Weile unterhandle der König von Preußen aufs eifrigſte; die Tage würden unter ſolchen Verhältniſſen zu Jahren; ſolle der Friede gelingen, ſo müſſe er in acht Tagen fertig ſein. Ich antwortete, das ſei recht wohl möglich, wenn man nur einigermaßen unſeren guten Willen theile; wolle man dies nicht, ſo ſei gar nicht nöthig, noch darüber zu

reden. „„Was verlangen Sie denn in Italien?““ fragte Bonaparte? Nichts, erwiederte ich, als was uns die Präliminarien verſprechen, und daß ſich Frankreich ebenſo genau als wir daran halten möge! Bonaparte dachte einige Zeit nach; ich ſagte ihm darauf, ich hätte niemals begriffen, warum er durchaus nicht wollte, daß wir den Po überſchritten; ich ſähe gar nicht, was Frankreich dabei für ein Intereſſe hätte. „„Das Intereſſe,““ ſagte Bonaparte, „„Sie zu hindern, die Herren von Italien zu werden.““ Das heißt, erwiederte ich, Sie behaupten, unſere Freunde zu ſein, Sie fordern von uns einerſeits Zugeſtändniſſe, die nicht einmal in unſerer Gewalt liegen, und von der anderen Seite ſind Sie Allem entgegen, was uns anſtehen könnte. „„Aber noch einmal,““ ſagte er, „„was können Sie denn in Italien noch fordern?““ Die drei Legationen, verſetzte ich. „„Ja,““ ſagte er, „„und Venedig dazu, und Mantua dazu, und Brescia dazu.““ Gewiß, erwiederte ich, und das wäre noch ſehr wenig für das, was wir in Deutſchland Ihnen geſtatten ſollen. „„Unſere Rechnung geht weit auseinander,““ ſagte er, „„ich würde in Paris gehängt, wenn ich Ihnen die Legationen gäbe.““ Und ich, gab ich ihm zur Antwort, ich verdiente auf eine Feſtung geſchickt zu werden, widerſetzte ich mich nicht, daß Sie Mainz und nur ein Stück vom linken Rheinufer erhielten.“

„Im Laufe der Unterredung legte ich großen Nachdruck auf unſer gemeinſchaftliches Intereſſe, das Reich in ſeinem gegenwärtigen Zuſtande zu erhalten und es nicht zu einem zweiten Polen werden zu laſſen. Bonaparte verſicherte mir, er ſei davon ebenſo überzeugt, wie ich. Ich ſtellte ihm vor, ſeine Anſprüche auf einen Theil des Rheinufers ſeien kein Beweis dafür. „„Aber,““ ſagte er, „„der Rhein iſt Frankreichs natürliche Gränze, er bildete das alte Gallien; ſo lange wir ihn nicht haben, können wir nicht wohl mit Ihnen verbunden ſein.““ Wie, verſetzte ich, Sie ſind nicht einmal zufrieden mit dem, was Sie jetzt fordern und was wir nicht bewilligen können? Sie wollen nicht einen Theil, ſondern das ganze linke Ufer behaupten? Das werden wir niemals zugeben. „„Wir fordern es gar nicht von Ihnen,““ ſagte er,

„„wir verhandeln darüber beim Reichsfrieden. Bedenken Sie doch, daß alle Fürsten des linken Rheinufers ſich mit uns geeinigt haben oder dazu bereit ſind.““ Und wie würden Sie denn, fragte ich, einen ſo maßloſen Entwurf mit dem in Uebereinſtimmung bringen, was Sie eben über die Anſprüche Preußens ſagten? „„Wir verbinden uns,““ antwortete er, „„ihm die linksrheiniſchen Provinzen zurück zu geben; iſt es damit nicht zufrieden, ſo erklären wir ihm gemeinſchaftlich mit Ihnen den Krieg.““ Ich bemerkte, der Kaiſer könne niemals zu einem Entwurf die Hände bieten, der einen allgemeinen Umſturz verurſachen würde, der ſo viele Landesherrn, die Kurfürſten von Mainz und von Trier und ſeinen Onkel, den Kurfürſten von Köln, des größten Theils ihrer Beſitzungen beraube. „„Das ſind geiſtliche Beſitzungen,““ verſetzte Bonaparte, „„wir geben dafür Penſionen als Entſchädigung, und was den Onkel angeht, der iſt dem Kaiſer nicht eben zu anhänglich geweſen.““

Es iſt intereſſant, mit dieſer Mittheilung Cobenzls den kurzen Bericht zu vergleichen, den Bonaparte noch um Mitternacht für Talleyrand beſtimmte. „Die Herren,“ ſchreibt er, „verlaſſen mich in dieſem Augenblick. Wir haben beinahe vier oder fünf Stunden in förmlicher Conferenz zugebracht. Cobenzl und ich haben viel disputirt und oftmals dieſelben Dinge wieder durchgeſprochen. Nach Tiſch, wo die Deutſchen gern reden, ſind wir nochmals vier oder fünf Stunden im Geſpräch geweſen. Inmitten eines großen Wortſchwalls hat er den Wunſch durchblicken laſſen, daß der Kaiſer ſein politiſches Syſtem mit dem unſeren vereinige, um den ehrgeizigen Entwürfen Preußens entgegenzutreten. Es hat mir geſchienen, das Wiener Cabinet würde den Entwurf der Etſchgränze mit Venedig wohl annehmen und uns dagegen die Gränzen, wie wir ſie in unſerer Note gefordert haben, insbeſondere auch Mainz überlaſſen. Das hindert nicht, daß er als eine ganz einfache Sache betrachtet hätte, wir ſollten Sr. Kaiſerlichen Majeſtät die Legationen zum Geſchenke machen. Aber als ich ihm ſagte, die franzöſiſche Regierung habe eben den Geſandten der Republik Venedig anerkannt, und es ſei mir ſeitdem unmög-

lich, unter irgend einem Vorwande und unter irgend welchen Umſtänden zuzugeben, daß der Kaiſer Herr von Venedig würde, da habe ich den Ausdruck einer Ueberraſchung wahrgenommen, welche deutlich das Entſetzen verrieth. Es folgte ein langes Stillſchweigen, unterbrochen durch die Worte: „„Wenn Sie immer in dieſer Weiſe verfahren, wie wollen Sie, daß man unterhandeln ſoll?““ Ich werde mich beſtändig auf dieſer Linie halten bis zum Bruch, ich werde Venedig nicht eher preisgeben, bis ich ein neues Schreiben der Regierung bekommen habe.“

Die letzte Bemerkung ſcheint vornehmlich berechnet, das Directorium hinzuhalten. Venedigs Schickſal hatte dem franzöſiſchen General ſeit den Tagen von Leoben wenig am Herzen gelegen, auch in den letzten Geſprächen mit Cobenzl hatte er deutlich genug ſeine Abſichten durchblicken laſſen. Er bemerkt noch: „Ich rede nicht weiter im Einzelnen von dem, was wir uns einander vorſchlagen; aber es gibt eine officielle Unterhandlung, welche, wie man aus den Protokollen erſieht, von ihrer Seite eine Reihe von Extravaganzen bleibt, und daneben eine vertrauliche, welche, obgleich noch Nichts ganz deutlich hervorgetreten iſt, auf dem Entwurfe beruht, den Herr von Merveldt nach Wien gebracht hat. Sie entnehmen aus der Note, die ich heute übergeben habe, daß ich ſie dahin bringen will, im Protokoll zu ſagen, ſie könnten die Präliminarien nicht zur Ausführung bringen. Die Regierung kann demnächſt, wenn ſie es für geeignet hält, die Präliminarien für nichtig erklären. Ich habe gedacht, es gäbe kein anderes Mittel, den Schein zu wahren[1]).“

Man ſieht, wie ſcharfſinnig er das Spiel ſeiner Gegner durchſchaut, wie er zugleich der eigenen Regierung und den fremden Geſandten gegenüber die Lage zu beherrſchen weiß. Aber den Gefallen, die Präliminarien ſelbſt für unausführbar zu erklären, erwies der öſtreichiſche Diplomat ihm nicht. Schon am nächſten Tage, dem 29. September, in der zehnten Sitzung wur-

1) Vgl. das Schreiben vom 28. September 1797 in der Correspondance de Napoléon, III, 345.

den die beiden Noten Bonapartes beantwortet. Ueber die Berufung des Congresses wird bemerkt, daß sie ja von den französischen Bevollmächtigten selbst gefordert sei. Die Menge der Vorbereitungen habe dem Kaiser möglichste Eile zur Pflicht gemacht; man könne darin nur ein Zeichen eifriger Friedensliebe erkennen. Wenn der französische Bevollmächtigte mit Rücksicht auf den Vortheil seiner Regierung die Gültigkeit der Berufung jetzt in Abrede stelle, so bleibe dem Wiener Hofe nichts desto weniger die Genugthuung, ein offenbares Zeugniß gegeben zu haben, wie sehr er wünsche, das Reich von den Uebeln des Krieges endlich zu befreien. Die Truppen Sr. Majestät seien für das Reich so lange unentbehrlich, als die Franzosen beinahe im Herzen von Deutschland ständen. Der Kaiser werde aber keine Schwierigkeit machen, sein Heer den Erbstaaten in demselben Maße zu nähern, in welchem die Franzosen in ihr Vaterland zurückkehrten.

„Nicht der Wiener Hof," heißt es dann in der zweiten Note, „sondern Frankreich hat die lange Zögerung verschuldet, indem es dem versprochenen Congreß in Bern widerstrebte. Niemals haben die kaiserlichen Bevollmächtigten in den Präliminarien einen Widerspruch gefunden. Der Artikel 5 erklärt in der deutlichsten Weise als Grundlage die Integrität des deutschen Reiches. Der Artikel 6 betrifft nur den Verzicht auf die belgischen Provinzen. Einzig in Bezug auf dies erbliche Eigenthum wollte und konnte der Kaiser ohne Zuziehung des Reiches die gesetzlichen Gränzen der Republik anerkennen. Dies springt um so mehr in die Augen, als die Anerkennung unter drei unmittelbar folgenden Bedingungen statt hat, welche ausschließlich die belgischen Provinzen betreffen. Ein Widerspruch liegt daher nur in der unbegründeten Ausdehnung, die man der natürlichen und grammatikalischen Bedeutung dieser Anerkennung geben will. Einzig der fünfte unter den geheimen Artikeln ist unausführbar geworden durch Veränderungen, an denen Oestreich keinen Theil hat. Der Kaiser hat die alte Republik Venedig anerkannt, er stand in Verbindung und unterhandelte mit ihr. Anders verhält es sich mit der Re-

gierung, welche an ihre Stelle getreten iſt. Der Kaiſer darf daher von denen, die zu dieſen Umwälzungen beigetragen haben, Vorſchläge erwarten, wie den Hinderniſſen der gegenwärtigen Verhandlung abzuhelfen ſei."

„Der Kaiſer kann das Recht der franzöſiſchen Republik, durch eine Friſt die Gültigkeit der Präliminarien zu begränzen, nicht anerkennen. Nichts zwiſchen beiden Mächten kann ohne gemeinſchaftliche Uebereinkunft geſchehen. Oeſtreich proteſtirt gegen die Friſt des 1. Octobers und erklärt, daß nach wie vor die Präliminarien Grundlage der Verhandlung bleiben."

„Wenn der Kaiſer die nöthigen Vorſichtsmaßregeln zur Vertheidigung trifft, ſo ſind ſie durch die Stellung der franzöſiſchen Armee nur zu ſehr gerechtfertigt. Der Kaiſer wird niemals zu anderem Zwecke Krieg führen, als um einen ungerechten Angriff abzuweiſen. Die Bevollmächtigten Sr. Majeſtät kennen keine Stellung, in welcher eine Macht Alles wollen könnte. Hätte die franzöſiſche Republik andere Bedingungen als die Präliminarien gefordert, ſo hätte der Kaiſer die Genehmigung verweigert und die Waffen hätten entſchieden. Jetzt, da der Vertrag abgeſchloſſen und ratificirt iſt, begnügt ſich der Kaiſer zu fordern, was feierlich verſprochen wurde."

„Uebrigens ſind die Bevollmächtigten Sr. Majeſtät gleichfalls ermächtigt, für die Aufkündigung des Waffenſtillſtands die Vorſchläge der franzöſiſchen Bevollmächtigten in Empfang zu nehmen [1])."

Man muß geſtehen, dieſe Noten konnten beinahe ebenſo wohl vier oder fünf Monate früher geſchrieben werden; für den Fortgang der Verhandlungen gaben ſie nicht die beſte Hoffnung. Man ſprach ſchon über das Ende des Waffenſtillſtandes, und Bonaparte wünſchte, daß er nicht, wie gewöhnlich, durch die Befehlshaber der Vorpoſten, ſondern durch beſondere Couriere in Paris und Wien gekündigt würde. Dies ſcheine für die Aufhebung eines

1) Vgl. das Protokoll der zehnten Sitzung vom 29. September in der Correspondance inédite VII, 273.

ſo bedeutenden Vertrages, wie die Präliminarien, die angemeſſene Form. Eigentlich hatte er die Abſicht, in ſolcher Weiſe einige Zeit für die Rheinarmee zu gewinnen, damit ſie gleichzeitig oder vor der italiäniſchen den Feldzug eröffnen könne. Zu einem beſtimmten Entſchluß darüber kam es nicht.

Die Geſandten bemerken in dem gemeinſchaftlichen Bericht, daß ſchon dieſe erſten Unterredungen ſehr heftig wurden. Bonaparte ſtellte die Behauptung auf, die Präliminarien ſeien thatſächlich nichtig, weil jede der beiden Parteien ſie in ganz verſchiedener Weiſe verſtände. Man könne ſolche Widerſprüche nicht vereinigen; ſtatt den Weg zur Verſöhnung zu ſuchen, bleibe man auf zwei parallelen Linien und ſcheine nur Stoff für ein Manifeſt zu ſammeln. Cobenzl entgegnete, er ſei zur Annäherung gern bereit, müſſe aber gleichwohl auf der Verbindlichkeit der Präliminarien beſtehen, oder, ſollten ſie verändert werden, geeignete Vorſchläge von den Franzoſen erwarten. Auch dieſe Sitzung blieb ohne Ergebniß; man trennte ſich, um einer beſonderen Unterredung zwiſchen Bonaparte und Cobenzl Raum zu geben[1]).

Sie wandte ſich, wie man denken kann, zunächſt wieder auf die deutſchen Angelegenheiten. Bonaparte ſuchte abermals zu beweiſen, daß der Rhein die natürliche Gränze Frankreichs ſei, worauf Cobenzl entgegnete, er könne ebenſo wohl die Oſtſee für die natürliche Gränze Oeſtreichs erklären. „Aber denken Sie doch," ſagte Bonaparte, „daß wir Alles, was wir begehren und noch weit mehr ſchon in Beſitz haben. Der Friede, den wir ſchließen, iſt von einer ganz neuen Art; er beſteht für uns darin, daß wir uns zurückziehen, daß wir nach Norden und Süden die Frucht unſeres Blutes und unſerer Anſtrengung und was nach dem Recht der Eroberung uns gehört wieder aus den Händen geben. Zwei Mächte, die ſich in Deutſchland die Wage halten, ſtehen mit uns in Unterhandlung. Die eine, welche ſich zuerſt von unſern Feinden trennte, hat ſich ſchon für das ganze linke Rheinufer uns ver-

1) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 30. September im Oeſtr. Staats-Archiv.

pflichtet. Wir ſagen zur anderen: Wir wollen lieber zu euch ſtehen, aber wir müſſen bei euch dieſelben Vortheile finden. Können Sie vernünftiger Weiſe ſich ſchmeicheln, uns das, was wir ſchon beſitzen, zu entreißen? Ich verblende mich durchaus nicht über meine Stellung; wenn ich eine, zwei, drei Schlachten verliere, ziehe ich mich hinter die Feſtungen zurück. Sie nehmen mir die erſte Reihe; kann ich Sie nicht hindern, ſo ziehe ich mich auf die zweite zurück. Sehen Sie doch, welche Folge von Unglücksfällen mich treffen müßte, und welche Zeit Sie nöthig hätten, um Alles das zu erlangen, was Sie mit einem Federſtrich ſich verſchaffen können. Gewinne ich dagegen eine einzige Schlacht, ſo dringe ich von Neuem in Ihre deutſchen Provinzen, und wir ſtehen wieder auf dem Punkt, wo wir waren." „Da er dies," ſchreibt Cobenzl, „mit einigen Prahlereien über das, was er hätte thun können und nicht habe thun wollen, begleitete, ſo beſtritt ich ihm ganz entſchieden, daß er es leicht finden würde, in das Herz unſerer Staaten einzudringen. Ich ſagte ihm ſogar, ſeine Stellung zur Zeit der Präliminarien ſei immerhin glänzend, aber doch nicht gefahrlos geweſen; das, was ich vielleicht am meiſten in ſeinem Verfahren bewundert habe, ſei die Geſchicklichkeit, mit welcher er aus einer Stellung, die hätte mißlich erſcheinen können, nachdem er alle Vortheile ausgenutzt, ſich zurückgezogen habe. „„Denken Sie das nicht,"" erwiederte Bonaparte, „„ich weiß, worauf Sie rechneten; Sie ſtützten ſich auf die Maſſen, die Sie aufgeboten hatten. Aber glauben Sie Leuten, die ausgelernt ſind, mit der Maſſe fertig zu werden, die Maſſe taugt für gar Nichts. Nicht die Maſſen haben Frankreich gerettet, ich habe ſelbſt zu Paris erfahren, mit welcher Leichtigkeit zweitauſend Mann guter Truppen und ein paar Kanonen die fürchterlichſte Maſſe zu Boden werfen. Sehen Sie doch,"" bemerkte er dann, als das Geſpräch ſich wieder der Rheingränze zuwandte, „„ob wir nicht in Deutſchland eine Anordnung treffen könnten, um die Sache leichter zu machen. Würde nicht Salzburg Ihnen anſtehen?"" „Was iſt Salzburg," erwiederte Cobenzl, „im Vergleich zu den ungeheuern Anſprüchen, die Sie erheben? Wenn

Sie auch noch ein Stück von Baiern bis zum Inn hinzufügten, ſo wäre es kaum eine Entſchädigung für unſere Beſitzungen in Schwaben, die wir nach Ihrem Vorſchlage dem Herzog von Modena abtreten ſollen. Uebrigens wollen wir Nichts in Deutſchland, der Kaiſer hält ſehr entſchieden an ſeiner Integrität. Wir würden nirgendwo Etwas wollen, wenn Sie nicht unſerer Beſitzungen uns beraubten und uns dadurch zwängen, auf Entſchädigungen zu denken. Aber wir wollen unſere Macht bewahren, das Gleichgewicht von Europa aufrecht halten, und wir werden unſere Anſtrengungen lieber fortſetzen, als den Grundſatz aufgeben, auf welchem unſere Exiſtenz beruht. Wäre es möglich, uns einige Nachgiebigkeit mit Rückſicht auf einen Theil Ihrer übertriebenen Anſprüche abzugewinnen, ſo könnte es nur dadurch geſchehen, daß man unſeren Entſchädigungen in Italien Etwas hinzufügte."

In dieſem Satze liegt die entſcheidende Wendung. Der öſtreichiſche Diplomat deutete den Weg an, auf welchem die Einwilligung des Kaiſers ſich gewinnen ließe. Freilich die Anſprüche gingen noch weit auseinander. Bonaparte behauptete, und zwar der Wahrheit völlig gemäß, nach dem Willen des Directoriums ſolle Oeſtreich nur durch Iſtrien und Dalmatien und in Deutſchland entſchädigt werden, Cobenzl forderte nicht weniger, als Venedig, die Legationen, die Adda und Modena. Als Bonaparte dieſe, wie ſelbſt Cobenzl zugeſteht, übertriebenen Anſprüche zurückwies, kam man endlich überein, der öſtreichiſche Geſandte ſolle für die nächſte Zuſammenkunft ſeine Forderungen in einem Friedensentwurf zuſammenſtellen [1]).

Ehe Cobenzl dieſen Entwurf übergab, machte er — es war am 1. October — noch einen Verſuch, Bonaparte von ſeinen Forderungen auf Mainz und das, was man jetzt die geſetzlichen Gränzen Frankreichs nannte, abzubringen. Er berief ſich noch einmal auf den klaren Sinn der Präliminarien und zeigte ſich ſogar, um ſie aufrecht zu halten, in Italien zu einem Opfer an

1) Vgl. Cobenzls Bericht vom 30. September im Oeſtr. Staats-Archiv.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die cisalpinische Republik bereit. Aber Bonaparte erklärte: selbst wenn Oestreich mit Istrien und Dalmatien sich begnügen und auf das gesammte Gebiet der Terra Firma verzichten wolle, so dürfe er doch auf keinen Vorschlag hören, der nicht für Frankreich die Gesammtheit seiner gesetzlich festgestellten Gränzen sichere. Cobenzl bot noch Lüttich, Logne und Malmedy, aber vergebens; Bonaparte blieb dabei: ohne Mainz keine Unterhandlung. „Ich hatte," schreibt Cobenzl, „diese Antwort vorausgesehen und mir gesagt, in einem Augenblicke, in welchem wir keinen Vortheil dabei finden, die Unterhandlung in die Länge zu ziehen, sei es unnütz, bei Forderungen stehen zu bleiben, die man nur mit Waffengewalt durchführen könne. Deshalb kam ich zu folgender Auseinandersetzung: Frankreich gibt dem, was es erwerben will, eine Ausdehnung, die Oestreich zur Zeit der Präliminarien nicht kennen und also auch nicht anerkennen konnte. Diese Ausdehnung betrifft Länder, welche Oestreich nicht gehören, welche es also abzutreten nicht im Stande ist. Damit aber Frankreich sie durch den Frieden erwerbe, ist es der Zustimmung Oestreichs bedürftig. Oestreich, das nicht verpflichtet ist, alle Kräfte zur Vertheidigung des Reiches anzuwenden, kann einen Theil zurückziehen und nur sein Contingent stellen. Alsdann bleibt dem Reiche Nichts übrig, als dem, was zwischen Oestreich und Frankreich vereinbart ist, sich zu fügen. Will aber Frankreich in solcher Weise die gesetzlichen Gränzen erwerben, so liegt darin für Oestreich ein neues, sehr schmerzliches Opfer, zu welchem es nur bewogen werden kann, wenn man seine Entschädigungen vermehrt."

„Diese könnten in Deutschland oder in Italien gefunden werden. Die ersteren wären weder für Oestreich, noch für Frankreich vortheilhaft. Nach den Verlusten, welche das deutsche Reich bedrohen, würde es, wenn auch Oestreich darin entschädigt werden sollte, so sehr vermindert, daß es nicht mehr als Mittelglied zwischen Oestreich und Frankreich dienen könnte. Beide Staaten müssen aber sorgfältig vermeiden, sich zu nähern, wenn sie ein dauerhaftes System guter Eintracht zwischen sich herstellen wollen."

„Die Entschädigungen sind also in Italien zu gewinnen und

können im Vergleich zu den Forderungen Frankreichs nicht wohl geringer ſein, als daß man zu dem, was die Präliminarien verſprechen, die Stadt Venedig, die Legationen, Modena und das Gebiet bis zur Adda hinzufügt. Dieſe Länder haben etwa vier Millionen Einwohner, bieten alſo kaum einen Erſatz für die Abtretung Belgiens und der Lombardei. Auch müßte man noch die ſchwäbiſchen Beſitzungen abrechnen, durch welche der Herzog von Modena entſchädigt werden ſoll."

„Es verſteht ſich, daß der König von Preußen von jeder neuen Erwerbung ausgeſchloſſen würde, daß Oeſtreich und Frankreich ſich gegen ihn vereinigen müßten, wenn er etwas Anderes, als die Rückgabe ſeiner Beſitzungen auf dem linken Rheinufer begehren wollte."

„Bonaparte," fährt Cobenzl fort, „hörte mit großer Aufmerkſamkeit und äußerte dann: „„Aber warum fordern Sie nicht auch die Lombardei und ganz Italien? es iſt gar kein Grund, warum Sie bei der Adda und den Legationen ſtehen bleiben."" Ich erwiederte, wir hätten unſere Forderungen genau berechnet, ſie ſeien keineswegs übertrieben im Vergleich zu dem unermeßlichen und ſchmerzlichen Opfer, dem wir zuſtimmen ſollten. „„Aber,"" ſagte Bonaparte, „„Sie wiſſen doch, daß dies Opfer, das wir von Ihnen ſo theuer erkaufen ſollen, uns angeboten wird durch eine andere große Macht, die mit Ihnen das Uebergewicht in Deutſchland theilt."" Dieſe Macht, entgegnete ich, kann Ihnen nicht verſchaffen, was Sie begehren. Sie hat ſich zwar verpflichtet, keinen Widerſtand zu leiſten; aber das genügt nicht, denn wir, wir ſetzen uns dagegen und werden fortfahren, uns mit aller Macht dagegen zu ſetzen, bis Sie das Mittel finden, das uns bewegt, davon abzuſtehen. „„Wir fordern Nichts,"" ſagte Bonaparte, „„als was in den Präliminarien ſteht."" In dieſem Falle ſind wir einig, verſetzte ich; beſtätigen Sie, was dort klar über die Integrität des Reiches ausgeſprochen iſt, räumen Sie das Gebiet bis zum Oglio, und ich unterzeichne noch heute." Bonaparte dachte eine Weile nach und ſagte endlich: „Wir ſind noch weit auseinander, ich ſehe nicht, wie wir uns

nähern können." „Wenn Alles, was ich Ihnen heute ſage, nicht genug iſt," erwiederte Cobenzl, „ſo ſehe ich es auch nicht; ich habe meine Taſchen ausgeleert." Bonaparte ſprach lebhaft dagegen; dann nach einem Augenblick Nachdenkens erinnerte er an den verſprochenen Entwurf. Der öſtreichiſche Geſandte zeigte eine Reihe von Artikeln, die ſchon in Wien ſeinen Inſtructionen beigelegt waren. Der Kaiſer verzichtete darin auf Belgien und das Gebiet rechts von der Adda, erkannte die cisalpiniſche Republik und entſchädigte den Herzog von Modena, erhielt aber außer Iſtrien und Dalmatien das Gebiet zwiſchen dem Veltlin, der Adda, dem Po und dem adriatiſchen Meere, dazu Modena, die Stadt Venedig und die Legationen. Ueber die Reichsangelegenheiten ſollte ein Congreß in Raſtatt entſcheiden. Bonaparte las den Entwurf und vermißte eine Beſtimmung über Mainz. Nun zeigte Cobenzl drei geheime Artikel. Wenn der Congreß zu Raſtatt ohne Ergebniß bliebe, und man über die geſetzlichen Gränzen Frankreichs ſich nicht verſtändigen könnte, ſo wollte der Kaiſer der Reichsarmee nur das Contingent ſtellen, zu welchem er verpflichtet war; der König von Preußen ſollte ſeine Beſitzungen zurückerhalten, und der Vertrag für immer geheim bleiben. Aber auch damit gab Bonaparte ſich nicht zufrieden. Er verlangte, der Kaiſer ſelbſt ſolle Mainz ausliefern; bis man darüber einig ſei, bleibe jede Verhandlung unnütz; keine Feſtung in Italien werde geräumt, bis Mainz in die Gewalt der Franzoſen komme, nöthigen Falls werde er ſeine jetzige Stellung bis zum Reichsfrieden behaupten. „Wir müßten ſehr thöricht ſein," fuhr er fort, „wollten wir eine ſo große Zahl von Feſtungen ausliefern, ohne die einzige in Händen zu haben, die wir bekommen ſollen. Wer bürgt uns, daß Sie nicht im Beſitz dieſer Plätze den Krieg von Neuem anfangen?" „Wir machen nicht Frieden," entgegnete Cobenzl, „um die Waffen wieder aufzunehmen; noch nie haben wir einen Vertrag verletzt; auch fordern wir nur, was die Präliminarien über die Räumung der Feſtungen ausdrücklich beſtimmen, während Sie eine ganz neue Forderung erheben." „Das wäre gut unter Privatleuten," ſagte Bonaparte, „aber

von Staat zu Staat iſt ein ſolches Vertrauen nicht angebracht. Hat man denn," fuhr er fort, „in Wien nicht geleſen, was der General Merveldt von hier mitnahm? man mußte doch wiſſen, worauf wir unwiderruflich beſtehen würden. Wenn man in Folge deſſen den Grafen Cobenzl, einen der erſten Männer des Staates abſandte, ſo mußte ich glauben, es geſchähe, um Frieden zu ſchließen, wie wir wünſchten." Cobenzl erwiederte, die jetzige Unterredung zeige deutlich genug, wie weit ſeine Vollmachten reichen. Hätte es ſich nur darum gehandelt, die franzöſiſchen Vorſchläge einfach zu unterzeichnen, ſo würde der Kaiſer nicht einen Miniſter ſeines beſonderen Vertrauens geſchickt haben. Man könne daraus im Gegentheile folgern, der Kaiſer ſei keineswegs geneigt, blindlings zu unterſchreiben, was man gegen alle Gerechtigkeit von ihm fordere. Bonaparte verſprach darauf, Cobenzls Entwurf in Erwägung zu ziehen. Zu einer eigentlichen Conferenz kam es nicht. Man näherte ſich den übrigen Geſandten, welche ſich im Garten aufgehalten hatten; Bonaparte ſcherzte über die Ungeheuerlichkeit der öſtreichiſchen Anſprüche und forderte de Gallo auf, er möge nur geſtehen, daß Cobenzl zurückhalte und ſich ſchon entſchließen werde, das linke Rheinufer herauszugeben.

„Möchte die Art, wie ich die Unterhandlung eingeleitet," ſo endet Cobenzl ſeinen Bericht, „die Zuſtimmung Sr. Majeſtät und Ew. Excellenz verdienen. Möchten Sie dem Eifer, der mich beſeelt, Gerechtigkeit widerfahren laſſen und in Erwägung ziehen, wie ſchlüpfrig und ſchwierig meine Stellung iſt. Ich darf mir gewiß nicht ſchmeicheln, Alles zu erlangen, was ich fordere, mein Ziel iſt, zu verſuchen, ob es ein Mittel gibt, Venedig und die Legationen zu erwerben[1])."

1) Vgl. den Bericht Cobenzls vom 2. October im Oeſtr. Staats-Archiv.

Fünftes Kapitel.

Die entſcheidenden Verhandlungen.

Die beiderſeitigen Anſprüche gingen noch weit auseinander, gleichwohl hatte Bonaparte einen wichtigen Erfolg gewonnen. Die Grundlage der Präliminarien und die Reichsintegrität waren aufgegeben, ſtatt deſſen der Anſpruch auf die geſetzlichen Gränzen in franzöſiſchem Sinne zugeſtanden; nur über die Art der Abtretung und die Entſchädigungen wurde noch verhandelt.

Am folgenden Tage, dem 2. October, kam Bonaparte wieder nach Udine. In dem beſonderen Geſpräch mit Cobenzl forderte er noch einmal ſehr beſtimmt die Uebergabe von Mainz, während Cobenzl ebenſo beſtimmt erklärte, er würde keinen Frieden unterzeichnen, der nicht unabhängig von Mainz den Oeſtreichern die italiäniſchen Feſtungen einräume. Der Kaiſer könne nicht weiter gehen, als in den geheimen Artikeln vorgeſehen ſei, er müſſe die nöthigen Formen wahren und würde lieber die Verhandlung abbrechen, als ſeine Pflichten gegen das Reich verletzen. Bonaparte wurde ſehr heftig. Es war mehrmals Rede vom Abbruch der Verhandlungen, und der öſtreichiſche Geſandte erklärte, er ſei dazu ganz bereit, in dieſem Punkte würde er durchaus nicht nachgeben. Bonaparte ſchlug dann vor, eine Sitzung zu halten, und die übrigen Bevollmächtigten wurden hinzu gerufen. Wieder ſprach er von Mainz und machte verſchiedene Vorſchläge, wie die Stadt den Franzoſen zu überliefern ſei. Die kaiſerlichen Truppen, meinte er, könnten beim Abzug die Feſtungswerke ſprengen; zur Rechtfertigung dieſes Verfahrens gegenüber dem Reichstag gab er ein Mittel an, von welchem die Geſandten nur bemerken, es habe den Stempel franzöſiſcher Argliſt getragen, ſtehe aber

völlig im Widerſpruch mit den geraden Geſinnungen des Kaiſers. „Aber wir erklärten ihm," fahren ſie fort, „in ſehr beſtimmtem Tone, der Kaiſer werde niemals Etwas billigen, was den Grundſätzen der Ehre und Würde, denen er ſchon bisher ſo viel geopfert habe, entgegen ſei. Wolle Frankreich aufrichtig ſich Oeſtreich nähern, ſo müſſe es ſelbſt Bedacht nehmen, dem Kaiſer das Vertrauen ſeiner Mitſtände zu wahren. Eher noch könne man bewilligen, daß Mainz mit den Befeſtigungen an die Franzoſen käme; aber niemals zu dieſem Zwecke ſelbſt thätig ſein, ſondern höchſtens Andere gewähren laſſen."

Bonaparte machte nun einen anderen Vorſchlag. Danach wollte er, wenn Frankreich mit Oeſtreich Frieden geſchloſſen, den Waffenſtillſtand mit dem Reiche kündigen; das Reich würde ſich an den Kaiſer wenden, dieſer auf ſeinen Frieden mit Frankreich ſich berufen und erklären, er könne nur ſein Contingent und ſeine guten Dienſte zur Verfügung ſtellen. Um die letzteren wirkſam zu machen, rathe er, Mainz an die Franzoſen abzutreten und dadurch die Verlängerung des Waffenſtillſtands herbeizuführen. Auch dieſer Vorſchlag wurde von Cobenzl als des Kaiſers unwürdig verworfen. Man ſtellte aber vor, daß alle ſolche Maßregeln unnöthig ſeien; das Reich ohne Unterſtützung des Kaiſers habe weder den Willen, noch die Macht, den Franzoſen Mainz zu verweigern; die Feſtung befinde ſich gar nicht in dem Zuſtande, um nach dem Abzug der kaiſerlichen Truppen eine Belagerung auszuhalten. Bonaparte ſchien dadurch beſchwichtigt, kam aber darauf zurück, er müſſe ſich vorſehen, daß er nicht hintergangen würde.

Immer blieb die Abtretung von Mainz jetzt zugeſtanden. Nachdem die kaiſerlichen Geſandten in einem ſo wichtigen Punkte ſich gefügt hatten, ſprachen ſie auch von ihren eigenen Anforderungen in Italien. Der Marquis de Gallo bemerkte, wie erfreulich es wäre, wenn man am 4. October, als am Namensfeſte des Kaiſers, zum Abſchluß gelange. Bonaparte erwiederte, das hinge allein von den kaiſerlichen Geſandten ab; ſie möchten nur Etwas vorſchlagen, das nicht ſo durchaus unmöglich ſei, wie

die Bewilligung der Adda. „Gut," ſagte Cobenzl, „um das Aeußerſte für den Frieden zu thun, wollen wir uns mit Venedig und den Legationen begnügen und ſtatt der Adda den Oglio als Gränze nehmen." Bonaparte verwahrte ſich zwar dagegen, ſchien aber freundlicher und nachgiebiger als vorher und mehr als an irgend einem früheren Tage zur Einigung geneigt.

Die Geſandten brachten damit einen beſonderen Umſtand in Verbindung. Bonaparte war ſehr ſpät nach Udine gekommen. Der Grund lag darin, daß er ſich mehrere Stunden lang mit Jemand, der eben aus Paris bei ihm eintraf, insgeheim beſprochen hatte. Die Geſandten irrten ſchwerlich, wenn ſie durch dieſe Unterredung die friedlichen Neigungen Bonapartes gefördert glaubten. Der Ankömmling war, wie ſie ſpäter erfuhren, Bottot, der Freund und Geheimſecretär des Directors Barras, welchen man Mitte Septembers[1]) an Bonaparte abgeſchickt hatte, um ihn von den Ereigniſſen des 18. Fructidor, von den letzten Maßnahmen, den Anſichten und Entwürfen des Directoriums genau zu unterrichten. Dieſe Mittheilungen konnten dem General wenig zuſagen, ſie beſtärkten nur den Wunſch, ſobald als möglich einen Abſchluß in Udine herbeizuführen, ehe er durch ganz beſtimmte Befehle aus Paris unmöglich würde[2]).

Die nächſte Sitzung, welche am 3. October in Paſſariano ſtattfand, begann denn auch unter günſtigen Ausſichten. Bonaparte erklärte, da der öſtreichiſche Hof die Abtretung von Mainz und die conſtitutionellen Gränzen zugeſtehe, ſo werde er auch ſeinerſeits die Anerkennung der neuen Regierung von Venedig und die Zuziehung eines venetianiſchen Geſandten nicht mehr fordern. Man habe alſo eine Grundlage, auf der ſich verhandeln laſſe. Aber die Einigkeit dauerte nicht lange. Denn als Bona-

1) Am 17. September ſtellt ihm Larevelliere-Lepeaux ein förmliches Beglaubigungsſchreiben aus, vgl. Correspondance inédite VII, 258. Vgl. auch den Brief Bonapartes vom 10. October in der Correspondance de Napoléon, III, 374.

2) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 3. October und den Anfang des Berichtes vom 4. October im Oeſtr. Staats-Archiv.

parte nun die Forderungen Frankreichs im Einzelnen bezeichnen ſollte, ergab ſich nur zu bald, wie er dabei zu verfahren dachte. Auf das Gebiet, das er am linken Rheinufer in Anſpruch nahm, rechnete er eine Bevölkerung von nur 300,000 Seelen; er ſtützte ſich dabei auf die Geographie eines Profeſſors in Erlangen, Namens Fabri, und behauptete, das ganze linke Rheinufer mit 1,100 Quadrat-Meilen habe nicht mehr, als etwa eine Million Einwohner. Umſonſt verſicherten die Geſandten, man müſſe dieſe Zahl mindeſtens verdoppeln; er war nicht von ſeiner Meinung abzubringen, ſondern hielt, wie die Geſandten ſich ausdrücken, immer an ſeinem deutſchen Geographen; dieſer ſtimme mit den Nachforſchungen an Ort und Stelle, welche das Directorium ihm mitgetheilt habe, genau überein. Für die neuen Erwerbungen forderte er dann eine militäriſche Gränze; die Decrete der franzöſiſchen Regierung ſeien eines nach dem anderen in dem Maße erlaſſen, wie die Gemeinden ihre Vereinigung mit Frankreich gewünſcht hätten; daher zeigen ſich abgeriſſene Stücke, die kein Ganzes bilden. Man bat ihn, genau anzugeben, was er denn verlange. Darauf ſchlug er eine Gränze vor, die, wie es den Geſandten ſchien, beinahe die Hälfte deſſen umfaßte, was außer den geſetzlichen Gränzen vom linken Rheinufer übrig blieb. Er begegnete entſchiedenem Widerſpruch, händigte aber gleichwohl dem Grafen Merveldt eine Karte ein, auf welcher ſeine Forderungen bezeichnet waren [1]). Dieſe Gränze, über welche Merveldt einen eigenen Bericht erſtattet, gleicht ſchon derjenigen, die man ſpäter im Frieden beibehielt. Sie geht von der Maas über Kaldenkirchen, Erkelenz an die Roer, begreift Jülich, Düren, Marmagen, gelangt dann über Blankenheim und Kerpen nach Zell an der Moſel, weiter über Oberkirn und Hauſen nach Kirn an der Nahe, folgt dieſem Fluß bis Bingen und dann dem Lauf des Rheins. Merveldt bemerkt, dieſe Linie gebe Frankreich, außer den geſetzlichen Gränzen, nach Büſching [2]) noch ungefähr 5—600

1) Vgl. den Bericht der Geſandten und das beſondere Schreiben Merveldts vom 4. October im Oeſtr. Staats-Archiv.

2) Dem Verfaſſer der allgemein bekannten Geographie.

Quadrat-Meilen und, wenn man 500 Einwohner auf die Meile rechne, 300,000 Seelen; man müſſe aber in Wahrheit wenigſtens das Doppelte annehmen.

In der Sitzung konnte man darüber ſich nicht einigen; man verſchob den Gegenſtand auf den folgenden Tag, und die Geſandten bemerkten, es ſei nunmehr an der Zeit, auch an die Intereſſen Oeſtreichs zu denken. Der alte Streit begann von Neuem. Bonaparte blieb dabei, er habe ſein letztes Wort geſprochen, außer Venedig und der Etſchlinie könne er nichts zugeſtehen. Cobenzl forderte den Oglio und die Legationen und erklärte, nur unter dieſer Bedingung willige er in die Abtretung von Mainz. Er klagte bitter, daß die Franzoſen für ſich immer größere Anſprüche erhöben und doch dem Kaiſer nicht einmal laſſen wollten, was ſchon durch die Präliminarien zugeſtanden ſei. Bonaparte berief ſich dagegen auf die Erwerbungen, die Oeſtreich ſeit einiger Zeit, beſonders in Polen gemacht habe. Er ſagte, nach ſeiner Meinung würde Frankreich allen Anſprüchen auf Deutſchland entſagen, wenn der Kaiſer Polen, wie es vor der Theilung geweſen, wiederherſtellen wollte. Cobenzl fragte, ob man auch auf Belgien zu verzichten geneigt ſei, und Bonaparte meinte, daß man wenigſtens einen Theil herausgeben würde. Der öſtreichiſche Geſandte erwiederte, die Herſtellung Polens hänge gar nicht vom Kaiſer ab, der nach dieſer Seite durch beſtimmte Verpflichtungen gebunden ſei. Uebrigens habe auch Frankreich Erwerbungen gemacht, wie Lothringen und Corſika, ohne daß Oeſtreich widerſprochen hätte. Bonaparte wandte ein, dieſe Erwerbungen ſeien nur geringfügig, und ſetzte hinzu, die Theilung Polens ſei bei den Verhandlungen mit dem König von Preußen oftmals zur Sprache gekommen; dieſer Fürſt habe ſie bei der Abtretung des linken Rheinufers wohl in Erwägung gezogen. Er fragte, ob Cobenzl ins Protokoll ſetzen wolle, daß der Kaiſer für ſeinen Theil in die Herſtellung Polens willige; es wurde ihm aber geantwortet, der Gegenſtand ſei den vorliegenden Verhandlungen ganz fremd, und vom Kaiſer dafür gar keine Vollmacht gegeben. „Dieſe Abſchweifung," bemerken die Geſandten,

„wurde durch die Heftigkeit des General Bonaparte verurſacht; ſie gehört zu den Dingen, die ihm entfahren, über die man aber nicht mit ihm zu Ende kommt."

Noch einmal hob Cobenzl hervor, wie ſchwer die neuen Erwerbungen Frankreichs in die Wagſchale fielen, und beſtand darauf, daß ohne die Legationen und die Gränze des Oglio der Kaiſer eine Vergrößerung auf Koſten des Reiches nicht geſtatten könne. „Durch dieſe Feſtigkeit aufs Aeußerſte gereizt, vergaß Bonaparte," ſo berichten die Geſandten, „was er dem Anſtand und unſerer Stellung ſchuldig war; er erlaubte ſich die heftigſten Ausfälle gegen das öſtreichiſche Miniſterium. Der Graf Cobenzl und der Marquis de Gallo ſtellten ihm vor, wie ſehr ſolche Aeußerungen gegen die Rückſicht verſtießen, die man Perſonen an der Spitze der Geſchäfte ſchuldig ſei. Sie erinnerten ihn, daß wir uns dem franzöſiſchen Miniſterium gegenüber immer in dieſen Schranken gehalten hätten, und baten ihn ſehr ernſtlich, uns nicht wieder ſo verletzende Worte hören zu laſſen." Bonaparte ſchwieg einige Augenblicke; dann, nachdem ſeine Aufregung ſich gelegt hatte, ſagte er, er habe eine große diplomatiſche Neuigkeit mitzutheilen. Die Unterhandlungen in Lille ſeien abgebrochen. Lord Malmesbury habe eine Erklärung über die Rückgabe der holländiſchen und ſpaniſchen Kolonien verweigert, unmittelbar nach dieſer Weigerung habe man ihn angewieſen, Lille zu verlaſſen. Cobenzl gab kein Zeichen der Ueberraſchung, er erwiederte, das ändere nichts an den Unterhandlungen in Udine; alles komme darauf an, ob man ſeine Vorſchläge annehmen wolle oder nicht. Indeſſen wußte er doch die Bedeutung dieſes Ereigniſſes recht wohl zu ſchätzen. Da der Courier den Weg von Paris nach Udine mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in ſechs Tagen zurück gelegt hatte, ſo ſchien es möglich, daß Thugut die Nachricht noch nicht zugekommen ſei. Cobenzl ließ ſofort einen Eilboten nach Wien abgehen; zwei Tage ſpäter ſchickt er neben dem ausführlichen gemeinſchaftlichen Bericht noch ein beſonderes Schreiben über dieſe Angelegenheit. Den Bruch hält er in jedem Falle für vortheilhaft; England werde nun gewiß neue Bitten und Verſprechungen

vorbringen; dadurch dürfe man ſich nicht hindern laſſen, einem erträglichen Frieden zuzuſtimmen, der etwa die Legationen ſichere, aber man ſei doch der Nothwendigkeit überhoben, blindlings den Forderungen Frankreichs zu gehorchen. Bonaparte habe zwar in dem geſtrigen Geſpräche mit Merveldt und de Gallo auf die Befehle des Directoriums verwieſen, welches durch Bottot ſofort eine Entſcheidung zum Frieden oder Krieg verlange; indeſſen die Franzoſen würden ſich doch bedenken, im Augenblick des Bruches mit England auch die Feindſeligkeiten gegen Oeſtreich zu erneuern [1]).

Aber vergebens hofften die Geſandten, Bonaparte würde nun in Udine ſich nachgiebiger zeigen. Eher erfolgte das Gegentheil. Je mehr er nach einem ſolchen Ereigniß, ſo wie nach Bottots Mittheilungen den Frieden wünſchte, um ſo willkürlicher die Anſprüche, um ſo heftiger die Drohungen, durch welche er die kaiſerlichen Geſandten zu ſchrecken und ſeinem Willen zu unterwerfen ſuchte. Sie hatten berechnet, die von ihm geforderte Gränze gebe an Frankreich beinahe dreimal ſo viel Einwohner, als das Protokoll vom 6. September. Aber in der nächſten Sitzung am 4. October forderte er noch ein beträchtliches Stück, den ganzen Landſtrich zwiſchen Moſel, Simmer, Nahe und Rhein hinzu, ſo daß faſt das geſammte Kurfürſtenthum Trier auf dem linken Rheinufer einbegriffen war. Und dieſe Forderung nannte er wie zum Hohn das geeignete Mittel, die Wünſche Oeſtreichs rückſichtlich der geiſtlichen Kurfürſten zu befriedigen. Denn der Kurfürſt von Köln würde ſein ganzes Gebiet, der Kurfürſt von Trier wenigſtens einen Theil behalten, den Mainzer könne man auf der rechten Seite, etwa durch Würzburg und Bamberg entſchädigen. Die Hälfte des Herzogthums Jülich fiele wieder an den früheren Eigenthümer, und die Beſitzungen des Königs von Preußen würden dieſem Fürſten zurückgegeben, der alſo keinerlei Vergrößerung in Deutſchland anſprechen dürfe. Auch Frankreich, im Beſitz einer militäriſchen Gränze, brauche dann ſpäter Nichts mehr zu for-

1) Vgl. den Brief Cobenzls an Thugut vom 4. October mit einer Nachſchrift vom 5. October im Oeſtr. Staats-Archiv.

dern. Solle es ſich dagegen jetzt mit den geſetzlichen Gränzen begnügen, ſo würde es beim Reichscongreß neue Anſprüche erheben und Oeſtreich gleichwohl für gebunden erachten, im Kriegsfalle nicht mehr als ſein Contingent zu ſtellen. „Wir verwahrten uns," ſchreiben die Geſandten, „nachdrücklich gegen einen Plan, der die deutſchen Länder der Gnade der Franzoſen überliefert hätte. Wir bemerkten, der Kaiſer könne die Verpflichtung, nicht mehr als ſein Contingent zu ſtellen, nur dann übernehmen, wenn vorerſt genau beſtimmt ſei, bis wie weit die Anſprüche der Franzoſen ſich erſtreckten; andernfalls würde das Reich, ſeines einzigen Schützers beraubt, gezwungen ſein, Alles abzutreten, was man von ihm fordere. Der franzöſiſche Bevollmächtigte verſetzte, danach wollten wir alſo hier die weſentlichen Bedingungen des Reichsfriedens verhandeln, ſo daß ſpäter nur beſtätigt würde, worüber man im Voraus ſich geeinigt hätte. Er ſei damit völlig einverſtanden, halte ſogar dieſen Weg für den beſten und kürzeſten, aber wir ſollten geſtehen, daß dies eine ganz neue Frage ſei. Wir antworteten, die Frage ſei keineswegs neu; der Beſtand des Reiches ſei ſchon feierlich feſtgeſtellt durch den Artikel der Präliminarien der die Integrität zur Grundlage nehme. Ein Wechſel ſei nur eingetreten durch die ganz neuen Forderungen Bonapartes. Alle Tage vermehre er in unzuläſſiger Weiſe die Vortheile Frankreichs, während er unſeren Anſprüchen in Italien immer dieſelbe Weigerung entgegen ſetze. Bonaparte erwiederte, Frankreich bedürfe durchaus einer ſicheren Gränze; wir ſollten dafür Entſchädigungen in Deutſchland ſuchen. Er ſchlug Trient vor; aber wir entgegneten, dies Bisthum ſei ſo gut, als ob es dem Kaiſer gehöre. Darauf nannte er Salzburg, wollte auch dem Herzog von Modena eine beſondere Entſchädigung auf Koſten des Reiches zugeſtehen, oder, wenn er den Breisgau erhielte, ſie dem Kaiſer zurechnen. Aber der Graf Cobenzl antwortete in gewohnter Weiſe, der Kaiſer ſuche eine Entſchädigung nur in Italien, das Reich müſſe ſoweit als möglich in ſeiner gegenwärtigen Geſtalt erhalten werden. Bonaparte wollte dagegen noch als ein Opfer betrachten, daß er nicht das ganze linke Rheinufer fordere. Er behaup-

tete, er habe immer darauf gerechnet, während die kaiſerlichen Bevollmächtigten, welche die Präliminarien verhandelt hatten, ihm ins Gedächtniß riefen, der erſte Punkt, über den man in Leoben ſich geeinigt habe, ſei der, daß auch nicht vom kleinſten Theil des linken Rheinufers die Rede ſein dürfe." Wieder einlenkend ſagte Bonaparte: „Aber was wollen Sie denn in Italien?" Cobenzl kam auf die alten Forderungen zurück, er nannte den Oglio, Venedig und die Legationen. Bonaparte gab zur Antwort, dieſe Anſprüche ſeien durchaus dem Syſtem des Directoriums zuwider; er erhob die Vortheile Venedigs, ſeinen Handel, ſeine Reichthümer und die leichtere Verbindung mit England auf dem adriatiſchen Meer. Cobenzl erwiederte, er ſchätze dieſe Beſitzungen gerade ſo hoch, als ſie verdienen; unmöglich könne man aber behaupten, daß die eine Stadt Venedig den Landſtrich zwiſchen Oglio und Etſch und die Feſtungen aufwiege, deren Beſitz dem Kaiſer durch die Präliminarien zugeſichert und jetzt gegen alles Recht beſtritten werde. Venedig und die Legationen mit vielleicht 500,000 Einwohnern ſeien kaum ſo viel werth, als was Frankreich am Rhein in Anſpruch nehme. Wolle Bonaparte darauf verzichten, ſo werde der Kaiſer ſofort unterzeichnen. Bonaparte ſchwieg einige Augenblicke und hob dann die Sitzung auf. Doch hatte er mit Jedem der Geſandten noch eine beſondere Unterredung und betheuerte jedem Einzelnen, er könne unmöglich in Italien mehr zugeſtehen, er überſchreite ſchon bei Weitem ſeine Inſtructionen. Er gab dieſer Betheuerung einen Schein von Wahrheit, daß die Geſandten ſich dahin äußern, ſie ſei vielleicht nur Verſtellung, könne aber auch ihren Grund in der Neigung des Directoriums haben, den Krieg fortzuſetzen. Denn man fürchte in Paris, durch die Rückkehr der Armee möchte die Ruhe im Innern bedroht werden. „Bonaparte," fahren Sie fort, „kündigte uns an, wenn wir bei unſeren Anſprüchen beharrten, ſo würde er noch zwei oder drei Mal einer kurzen Sitzung beiwohnen und dann ſein Ultimatum überreichen. Von der Etſchgränze könne er niemals abgehen, lieber noch am Rheine Etwas opfern. Er verſicherte, Preußen habe ſich nicht nur erboten, mit Frankreich gemeinſchaftliche Sache zu machen, ſon-

dern es sei auch bereit, da die Verhandlungen in Udine sich in die Länge zögen, zuerst die Feindseligkeiten zu eröffnen." Einem der Bevollmächtigten theilte er sogar, angeblich im engsten Vertrauen, mit, der Bruch zu Lille sei eben deshalb erfolgt, um das Einschreiten Preußens fordern zu können. Einige man sich aber, so werde Frankreich für die Besitzungen des Großherzogs von Toskana und die Gränzen des Reiches, mit Ausnahme dessen, was jetzt abgetreten würde, sich verbürgen."

Die Gesandten bemerken am Schluß ihres Berichtes, daß Bonaparte die republikanischen Einrichtungen in Italien langsam, aber stetig weiter führe. Friaul sei bis zu ihrer Ankunft verschont geblieben; jetzt werden die nationalen Farben angelegt, die Zehnten abgeschafft, die Lehen aufgehoben; am vorigen Tage sei bei hundert Ducaten Strafe verboten, sich eines adligen Titels zu bedienen. Ihre Bemühungen dagegen bleiben fruchtlos; Alles verkündige den großen Plan, im Falle des Kriegs die italiänische Republik zu proclamiren[1]).

Wenn die Unterhandlungen in Udine nicht schnell genug zu einem Ergebniß gelangten, so darf man nicht die Trägheit der Bevollmächtigten dafür verantwortlich machen. Seit Cobenzls Ankunft war kaum ein Tag vergangen, an dem man nicht zu einer Sitzung oder Besprechung sich vereinigt hätte. Auch am 5. October kam man nur deshalb nicht zusammen, weil die Gesandten ausführliche Depeschen nach Wien abzufertigen wünschten; am 6. begaben sie sich wieder nach Passariano.

Aber Bonaparte, der jetzt durchaus eine Entscheidung verlangte, hielt das Verfahren ein, das er in der letzten Sitzung angekündigt hatte. Gleich zu Anfang fragte er, worüber die Gesandten verhandeln könnten. Als sie ihre gewöhnlichen Forderungen wiederholten, erklärte er die Sitzung für geschlossen und fügte hinzu, da man nicht auf die Bedingungen abschließen wolle, die er nach seinen Instructionen nicht überschreiten dürfe, so sei

---

1) Vgl. den Bericht der Gesandten vom 5. October im Oestr. Staats-Archiv.

es unnütz, noch weiter zu reden. Er werde morgen sein Ultimatum übergeben; das könne man nach Wien schicken, und die Waffen möchten dann entscheiden. Daran knüpfte er ein Gespräch, welches für die kaiserlichen Gesandten peinlich, beinahe beleidigend war. Schon zu Ende Septembers hatte er in einer Note [1]) Klage geführt, daß Baiern und die Stände des schwäbischen Kreises die von der Republik erzwungenen Sonderverträge nicht beobachteten. Er verlangte, der Kaiser selbst solle für die richtige Zahlung der Contributionen und Lieferungen sich verwenden. Die Gesandten hatten geantwortet, der Kaiser nehme von dergleichen Sonderverträgen gar keine Kenntniß, und Bonaparte schien sich damals zu beruhigen. Jetzt führte er das Gespräch von einer anderen Seite auf den Gegenstand zurück. Als die Gesandten für die bedrängten deutschen Länder sich verwendeten, erhob er heftige Vorwürfe gegen das eigenmächtige Verfahren, welches die östreichischen Truppen sich in Schwaben erlaubten, rügte insbesondere, daß man den Herzog von Würtenberg absichtlich bedrücke, weil er einen Vertrag mit der französischen Republik eingegangen sei. Im Namen des Directoriums forderte er die Abstellung dieser Beschwerden. „Wir konnten ihm," schreiben die Gesandten, „unser Erstaunen bei einer solchen Forderung nicht verbergen. Wir antworteten, diese Sonderverträge seien der Verfassung entgegen, der Kaiser betrachte sie als gar nicht geschehen; noch weniger könnten wir Frankreich das Recht zuerkennen, sich in solcher Weise zwischen das Oberhaupt und die Glieder des Reiches einzudrängen. Uebrigens hätten wir allen Grund zu glauben, der Herzog von Würtenberg habe durchaus keine Veranlassung, sich zu beklagen, habe sich über die östreichischen Truppen auch gar nicht beklagt. Der Graf Cobenzl bemerkte, daß er eben in Wien die Briefe selbst gesehen habe, in denen der Herzog für das rücksichtsvolle Verfahren der Offiziere und die gute Mannszucht der Soldaten seine Erkenntlichkeit aus-

1) Sie ist vom 23. September datirt. Vgl. Correspondance de Napoléon, III, 330. Die Gesandten berichten darüber am 30. September.

ſpreche. Bonaparte antwortete: wenn es nicht der Herzog wäre, der ſich beklagt hätte, ſo wären es ſeine Freunde. Wir hätten nicht das Recht, von einem Reichsfürſten Contributionen zu fordern, weil er Frieden mit Frankreich geſchloſſen habe. Die Republik ſei wohl befugt, ſich für ihre Freunde im Reiche zu verwenden; wollten wir darauf keine Rückſicht nehmen, ſo ſei es unmöglich, mit uns zu verhandeln. Alsdann ſtand er auf und machte der Sitzung ein Ende." Man blieb gleichwohl noch im Geſpräch; die Geſandten meinten, ſie dürften ſich weit eher über das Verfahren beklagen, das die Franzoſen gegen den Herzog von Modena, einen Reichsfürſten und Feldmarſchall in kaiſerlichen Dienſten, ſich erlaubt hätten. Aber Bonaparte antwortete barſch, der Herzog ſei ſeinem Volke vierzig Millionen ſchuldig; es ſei immer nur von den Anſprüchen der Könige die Rede, man ſolle ſich endlich einmal mit den Rechten der Menſchen beſchäftigen, und es ſei Frankreichs Sache, ſie zur Geltung zu bringen. Er machte dann einen Spaziergang mit Cobenzl und zeigte Bedauern, daß der Krieg wieder anfangen würde. Cobenzl erwiederte, das ſei offenbar der Wunſch und die Abſicht der franzöſiſchen Regierung, weil es ihr gefalle, die Präliminarien zu brechen, die Entſchädigungen des Kaiſers um die Hälfte zu verkürzen, dagegen ihre eigenen Anſprüche immer weiter auszudehnen. Dem Kaiſer bleibe wenigſtens der Troſt, ſich ſelber ſagen, und ſeinen Völkern, ſowie der franzöſiſchen Nation beweiſen zu können, er habe kein Mittel zum Frieden unverſucht gelaſſen, und das Blutvergießen fange nur deßhalb wieder an, weil es der Republik gefalle, ihre Verpflichtungen zu brechen und einen neuen Angriff zu verſuchen, gerade ſo ungerecht, als ob er mitten im Frieden oder nach Unterzeichnung des Definitivvertrags unternommen wäre. Dies gab Veranlaſſung, die ſchon ſo oft angeregten Streitigkeiten über die wahre Bedeutung der Präliminarien wieder aufzunehmen. Endlich ſchlug Bonaparte vor, Cobenzl möge auch ſeinerſeits ein Ultimatum einreichen, das man nach Paris ſchicken könne. Der öſtreichiſche Geſandte beſchränkte ſeine Anſprüche ſtufenweiſe vom Oglio auf die Chieſa und ſogar auf

den Mincio, war endlich bereit, ſelbſt Mantua abzutreten, wenn er nur die Legationen erhielte. Aber Bonaparte erwiederte, lieber, als daß man die Oeſtreicher den Po überſchreiten ließe, würde die Republik auf den Rhein und einen Theil von Belgien verzichten. Cobenzl ſagte, wenn Frankreich nur auf den Rhein verzichten wolle, ſo ſei es leicht, über die Gränzen in Italien ſich zu einigen, aber Bonaparte verſetzte, Frankreich ſei weit entfernt von ſolchem Verzicht, er bediene ſich der Ausdrücke nur, um zu beweiſen, welchen Werth man in Paris auf die Legationen lege. Umſonſt verſuchte Cobenzl darzuthun, Frankreich habe gar kein Intereſſe, dem Kaiſer dieſe Erwerbung zu verſagen, es verbinde nur durch ſein Verfahren Oeſtreich und England mit einander und verſtärke den Gegner, mit dem es eben die Unterhandlung abgebrochen, durch einen Verbündeten und 300,000 Soldaten. Alle Gründe blieben ohne Wirkung; Bonaparte verſicherte beſtimmt, er überſchreite ſchon bei Weitem ſeine Inſtructionen und bewillige die Etſch nur, weil er bei der Abreiſe des Grafen Merveldt nach Wien ſein Wort verpfändet habe.

„Der General Bonaparte," melden die Geſandten, „hat einem Jeden von uns insbeſondere angekündigt, er ſtehe im Begriff, nach Venedig zu reiſen und feierlich die Anerkennung dieſer neuen Republik und ihre Vereinigung mit der ciſalpiniſchen auszuſprechen. Wir haben ihn merken laſſen, er ſolle nicht einen Beſchluß übereilen, der jeden Weg zur Verſöhnung verſchließe; zum Wenigſten möge er die Rückkehr des Couriers erwarten, den wir nach Wien ſchicken würden. Man muß ſehen, ob wir ihn dazu beſtimmen können."

„Wir haben uns für verpflichtet gehalten, ſogleich nach unſerer Rückkehr aus Paſſariano dieſen Bericht an Ew. Excellenz abgehen zu laſſen. Wir glauben uns nicht berechtigt, den Frieden auf Bedingungen, wie ſie die Franzoſen jetzt in Deutſchland und Italien anbieten, zu unterzeichnen. Morgen werden wir verſuchen, etwas Beſſeres, oder wenigſtens Zeit zu gewinnen, um die Antwort Ew. Excellenz zu erwarten. Aber wir können nicht verbürgen, daß der General Bonaparte darauf eingeht. Es

ſcheint unbeſtreitbar: die herrſchende Partei in Frankreich verlangt um jeden Preis den Krieg und hält ihn zu ihrer Befeſtigung für nöthig. Ew. Excellenz erſehen, daß kein Augenblick zu verlieren iſt, um für die Vertheidigung der Monarchie Alles in Bereitſchaft zu ſetzen [1])."

So war noch einmal die Hoffnung auf den Frieden wieder fern gerückt. Bonaparte hatte ſich bereits mit dem General Terzy wegen Aufkündigung des Waffenſtillſtands in Verbindung geſetzt [2]), und gleich am folgenden Morgen (7. October) mußten die Geſandten eine Reihe von Vorkehrungen wahrnehmen, die eine Kriegserklärung in nächſte Ausſicht ſtellten. Die Municipalität von Udine erhielt die Anweiſung, zwei Abgeordnete nach Venedig zu ſchicken, welche auch wirklich abreiſten. Der 20. October wurde feſtgeſetzt als der Tag, an welchem die ganze Terra firma zur Republik erklärt und dann, wie auch die Legationen, mit der cisalpiniſchen vereinigt werden ſollte. Abgeordnete der meiſten Landestheile waren zu Venedig bereits verſammelt. Zugleich erging der Befehl, in den einzelnen Diſtricten Reitercompagnien auszurüſten, ſo daß, wenn alles dies zur Ausführung gelangte, jeder Weg zum Frieden verſchloſſen war.

Mittags kam Bonaparte zu Cobenzl, und nach Tiſche begann eine neue Unterhandlung. Cobenzl äußerte: bevor es, was leider ſo nah ſcheine, zum Bruch käme, könne man doch die Wege der Verſöhnung noch einmal ins Auge faſſen. Zuerſt wiederholte er ſeine Vorſchläge vom geſtrigen Tage, aber Bonaparte erklärte ſie für durchaus unzuläſſig. In dieſer Bedrängniß, als alle Mittel ſich fruchtlos erwieſen, ging Cobenzl bis an die äußerſte Gränze ſeiner Inſtructionen, weiter, als man wünſchen darf, daß er gegangen wäre oder hätte gehen können. Er verſprach, der Kaiſer würde ſelbſt der Abtretung des geſammten linken Rheinufers ſich nicht widerſetzen, wenn er dafür die Gränze des Mincio und die

---

1) Vgl. den Bericht der Geſandten vom 6. October im Oeſtr. Staatsarchiv.

2) Ein Brief Berthiers an Terzy vom 3. October im Oeſtr. Staats-Archiv bittet für dieſen Fall um geeignete Vorſchläge.

Legationen erhielte. Aber auch dies Anerbieten blieb vergeblich. Bonaparte erklärte nach wie vor, Frankreich würde unter keiner Bedingung zugeben, daß Oeſtreich den Po überſchreite. Cobenzl ſuchte noch eine Auskunft, er ging auf den erſten der beiden Entwürfe zurück, die Merveldt nach Wien gebracht hatte. Demgemäß ſollte in Uebereinſtimmung mit den Präliminarien der Kaiſer das venetianiſche Gebiet zwiſchen Oglio, Po und dem adriatiſchen Meer erhalten. Dazu forderte Cobenzl das Ferrariſche zur Linken des ſüdlichſten Armes, den man den Po von Goro nennt, ferner in Deutſchland Salzburg und das bairiſche Gebiet am rechten Ufer des Inn mit Einſchluß der feſten Stellung von Waſſerburg. Dafür würde der Kaiſer nicht mehr als ſein Contingent liefern, wenn das deutſche Reich den Forderungen der Franzoſen, wie Bonaparte ſie zuletzt in der Sitzung vom 4. October ausgeſprochen, ſich widerſetze, und den Herzog von Modena entſchädigen. Auf Venedig und die Legationen wolle man verzichten, nur dürfe die daraus zu bildende Republik niemals mit der ciſalpiniſchen verſchmolzen werden. Dies ſei die äußerſte Nachgiebigkeit, ſagte Cobenzl, würde ſie ausgeſchlagen, ſo bleibe Nichts übrig, als die Waffen.

Bonaparte hörte dieſe Vorſchläge mit großer Aufmerkſamkeit, ließ ſich auf der Karte das Stück von Baiern zeigen, von welchem die Rede war, und erkundigte ſich nach der Bevölkerung. An ſeinen Wünſchen für den Frieden, ſagte er, könne man nicht zweifeln, aber es ſeien ihm durch die beſtimmteſten Befehle die Hände gebunden. Nach dem Abbruch der Unterhandlungen mit England habe ihm das Directorium geſchrieben, man ſehe aus den Protokollen die Unmöglichkeit, auf Grundlage der Präliminarien mit dem Kaiſer einig zu werden. Seit ſechs Monaten ziehe die Verhandlung ſich fruchtlos in die Länge. Um Oeſtreich zu hindern, mit England eine Uebereinkunft zu treffen, ſolle er innerhalb vier und zwanzig Stunden über Krieg oder Frieden Antwort fordern, und, wenn ſie nicht genüge, die Feindſeligkeiten ſogleich eröffnen.

Der franzöſiſche Bevollmächtigte gab die Ungehörigkeit dieſes Verfahrens zu; er ſagte, es gehe von Perſonen aus, die von

den Geſchäften keine Kenntniß, vielleicht ſogar ein beſonderes Intereſſe hätten, die Kriege zu vervielfältigen. Da aber dieſe Perſonen an der Spitze der Regierung ſtänden, ſei er gezwungen, ihnen zu gehorchen, um ſeinen Einfluß und ſeine Popularität zu erhalten. Niemals habe man ihm die Hände ſo feſt gebunden, als im gegenwärtigen Augenblick. Er ging die Vorſchläge Cobenzls noch einmal durch; Salzburg und der Landſtrich am Inn, äußerte er, bieten keine Schwierigkeit, was aber Italien angehe, ſo ſei der Beſitz Venedigs und des Gebietes bis zur Etſch weit vortheilhafter als das, was Cobenzl verlange. Es hinge gar nicht von Frankreich ab, die ſchon ins Werk geſetzte Vereinigung der beiden Republiken zu verhindern. Dies ausgedehnte Gebiet in Verbindung mit Venedig würde dann die neuen öſtreichiſchen Beſitzungen einſchließen und ſehr läſtig werden. Ohne das Dogado könne Venedig gar nicht beſtehen, ſelbſt nicht ohne den Landestheil, der die Verbindung mit Ferrara und den Legationen herſtelle. So würden alſo die Mündungen aller Flüſſe, das ganze Meeresufer Oeſtreich entzogen ſein. Wenn der Kaiſer nicht die Abſicht habe, ſich bei erſter Gelegenheit Venedigs und des Dogado zu bemächtigen, ſo ſei es unmöglich, daß er nicht das Anerbieten Frankreichs vorziehe, welches nebſt Dalmatien, Iſtrien, den adriatiſchen Inſeln und Cattaro die beiden Ufer des adriatiſchen Meeres und damit unberechenbare Vortheile für den Handel und die Schiffahrt gewähre. Uebrigens ſei dieſer Vorſchlag der einzige, der ſich mit den Anweiſungen des Directoriums, freilich nicht, ohne ſie beträchtlich zu überſchreiten, doch einigermaßen vereinigen laſſe, alſo der einzige, zu welchem er die Hand zu bieten im Stande ſei. Man muß geſtehen, daß dieſe Gründe zum größeren Theil ſehr wohl zutreffen, aber der öſtreichiſche Bevollmächtigte erklärte, ſolche Bedingungen könne er nicht unterzeichnen, und von beiden Seiten wiederholte man ſich, daß der Krieg unvermeidlich ſei.

Gleichwohl knüpfte man wieder an. Cobenzl erbot ſich, das Gebiet von Brescia aufzugeben und ſich mit der Chieſa zu begnügen, wenn man ihm Venedig und das Dogado laſſen wolle.

Aber Bonaparte verwarf dieſen Gedanken ganz und gar. Er wollte dann ſeinerſeits den Mincio als Gränze zugeſtehen, wenn Frankreich das ganze linke Rheinufer erwerben könne; aber dies wurde wieder von Cobenzl zurückgewieſen. Endlich bemerkte dieſer Letztere: wenn es ſich darum handele, 600,000 Menſchen zu verhindern, ſich einander umzubringen, und anderen fünfzig Millionen das unſchätzbare Gut des Friedens zu gewähren, ſo könne ein Zeitraum von acht Tagen nicht von Bedeutung ſein. Da man ſich nicht in der Weiſe zu einigen vermöge, daß er ſeinen Vollmachten gemäß ſogleich unterzeichnen könne, ſo bleibe ihm Nichts übrig, als den Kaiſer von den Vorſchlägen der Franzoſen zu benachrichtigen. Der Courier brauche für den Weg nach Wien nur drei Tage, die Entſcheidung des Kaiſers ſei alſo in acht Tagen zu erwarten. Für dieſe Zeit ſolle Bonaparte ſeine Reiſe nach Venedig ausſetzen und Nichts vornehmen, was auf die demokratiſche Umgeſtaltung der Terra firma und ihre Vereinigung mit Venedig und der ciſalpiniſchen Republik hinzielen könne. Cobenzl verſprach, in einem beſonderen Bericht dem Kaiſer die Vortheile der neuen Erwerbungen aus einander zu ſetzen, um ihn zur Annahme zu bewegen. Dazu ſei aber nöthig, daß man dieſem Entwurf, der die öſtreichiſchen Gränzen zu ſehr einſchränke, wenigſtens Etwas noch hinzufüge.

Bonaparte fand den Aufſchub von acht Tagen bedenklich und mit den Weiſungen ſeiner Regierung nicht im Einklange. Aber Cobenzl ſetzte aus einander, es könne ihm gar kein Nachtheil daraus erwachſen; es ſtehe in ſeiner Macht, die kriegeriſchen Vorkehrungen fortzuſetzen, und da er ſelbſt dem General Terzy eine Friſt von fünfzehn Tagen für die Aufkündigung des Waffenſtillſtands vorgeſchlagen, ſo komme die Antwort jedenfalls noch eher, als man zu den Waffen greifen könnte. Uebrigens würde der Kaiſer, wenn man ihn zwänge, immer Zeit finden, mit dem Londoner Hofe ſich zu verſtändigen, und gerade ein neuer Krieg die beiden Höfe zur engſten Freundſchaft verbinden. Bonaparte gab in dieſem Punkte nach, war aber um ſo weniger geneigt, der öſtreichiſchen Gränze in Italien Etwas zuzugeſtehen. Endlich

bewilligte er die ſchiffbare Mündung des Po, welche den Namen Porto di Goro führt, und den kleinen Theil des ferrariſchen Gebietes auf dem linken Ufer. Die öſtreichiſche Gränze ſollte von Laciſe am Gardaſee über Caſtelnovo nach Cevio und die Etſch entlang nach Caſtelbaldo führen, dann dem weißen Canale, dem Tartaro und noch einem kleinen Canale folgen, der ſich in den Po ergießt. Bonaparte ſelbſt zeichnete dieſe Gränze auf einer Karte, welche die Geſandten ihrem Bericht an Thugut beilegen.

Darauf fügte er aber dem, was er früher gefordert, wieder ein Stück des linken Rheinufers zu. Statt der Moſel ſollte nun die Nette und eine Linie von Mayen über Virneburg nach Kerpen Gränze werden, alſo beinahe das ganze Kurfürſtenthum Trier bis wenig oberhalb Andernach an Frankreich fallen. Cobenzl widerſetzte ſich dem neuen Vergrößerungsplane, aber vergebens. Bonaparte verlangte ſogar, daß Ehrenbreitſtein zerſtört würde, und ließ erſt dann von ſeiner Forderung ab, als man zugab, daß auch Mainz ſeine Befeſtigungen behalte.

Er verſuchte dann alle Mittel der Ueberredung, um die kaiſerlichen Geſandten ſogleich zur Unterzeichnung zu bewegen. In dem Zeitraum von acht Tagen, ſagte er, könnten neue Befehle aus Paris anlangen und ihn in die größte Verlegenheit ſetzen. Aber die Geſandten erwiederten, es ſei ihnen unmöglich, Bedingungen, wie er ſie fordere, ohne beſondere Ermächtigung zu unterſchreiben.

Sogleich nach dem Schluß der Sitzung ließen ſie einen Eilboten nach Wien abgehen. Sie geben genauen Bericht von dem, was vorgefallen, ſetzen das Bedenkliche der Lage auseinander und bitten dringend, den Boten noch an demſelben Tage zurück zu ſenden. „Ew. Excellenz“ ſchreibt Cobenzl, „iſt bekannt, wie ſehr ich immer gegen die Etſchgränze geweſen bin; ich habe mich in dieſem Punkte nicht geändert, vorausgeſetzt, daß wir den Krieg nur mit einiger Hoffnung führen können. Allerdings würden wir Verona und alle Feſtungen mit Ausnahme von Mantua und Peſchiera bekommen. Ew. Excellenz werden beſſer als ich ermeſſen, ob die Vortheile für unſeren Handel, wenn wir beide

Ufer des adriatiſchen Meeres erlangen, ſo groß ſind, als Bonaparte ſie darſtellt. Aber das iſt ſicher: entweder die Etſch oder der Krieg. Ich habe Alles verſucht, um mehr zu erhalten, aber Sie ſehen, daß Alles umſonſt geweſen iſt. Ich beſchwöre Sie, mir ſogleich zu antworten, denn die geringſte Verzögerung würde als eine Verbindung mit England betrachtet werden und eine Exploſion zur Folge haben [1])".

Kein größerer Gegenſatz, als wenn man mit dieſen ausführlichen Mittheilungen den kurzen Bericht vergleicht, den Bonaparte am ſelbigen Tage an Talleyrand abgehen ließ. „Beiliegend," ſchreibt er, „finden Sie, Bürger Miniſter, den vertraulichen Entwurf, welchen mir der Graf Cobenzl übergeben hat. Ich habe ihm die ganze Entrüſtung gezeigt, die Sie fühlen werden, wenn Sie ihn leſen. Ich werde ihm durch die beiliegende Note antworten. In drei oder vier Tagen iſt Alles geendigt, entweder zum Krieg oder zum Frieden. Ich geſtehe Ihnen, daß ich Alles thun werde, um Frieden zu haben, da die Jahreszeit weit vorgeſchritten, und wenig Hoffnung iſt, Großes auszurichten."

Aus den letzten Worten mochte Talleyrand ſchließen, daß der Friede bevorſtehe. Von den verabredeten Bedingungen, von der Sendung des Couriers nach Wien hörte er gar Nichts. Nur der veraltete Entwurf des Grafen Cobenzl vom 1. October wird ihm mitgetheilt und eine Antwort, die niemals übergeben wurde. Denn Bonaparte äußerte zwar ſpäter dem öſtreichiſchen Geſandten, er habe eine Note vorbereitet, auf welche man nur mit Kanonenſchüſſen antworten könne, machte aber keinen Gebrauch davon [2]). Statt jener fehlenden Mittheilungen folgen als Vorwort für die Abtretung Venedigs Klagen über die italiäniſche Politik des Direc-

1) Vgl. den gemeinſchaftlichen Bericht der Geſandten und das beſondere Schreiben Cobenzls vom 7. October im Oeſtr. Staats-Archiv.

2) Dieſe Note, welche dem Brief vom 7. October beilag, vgl. Correspondance de Napoléon, III, 369, iſt verloren gegangen und, weil ſie nicht übergeben wurde, auch im Oeſtr. Staats-Archiv nicht zu finden, wenn nicht etwa die Auslaſſung gemeint ſein ſollte, welche Bonaparte zwei Mal, in den Sitzungen vom 9. und 11. October, zu Protokoll gegeben hat.

toriums und eine lange, nicht eben wohlwollende Schilderung der Italiäner. Schon die früheren Briefe ſind voll von Bemerkungen dieſer Art. „Sie kennen dies Volk nicht,“ ſchreibt er jetzt abermals, „es iſt nicht werth, daß man um ſeinetwillen 40,000 Franzoſen umbringen läßt. Ich ſehe aus Ihren Briefen, daß Sie immer von einer falſchen Annahme ausgehen. Sie ſtellen ſich vor, die Freiheit ſei im Stande, ein weichliches, abergläubiſches, prahleriſches und feiges Volk zu großen Thaten anzuregen. Was Sie von mir verlangen, ſind Wunder und ich kann keine Wunder thun. Ich habe in meiner Armee keinen einzigen Italiäner, als etwa 1500 Taugenichtſe, die von da und dort in den Straßen aufgeleſen ſind; ſie rauben und ſind für nichts Anderes zu gebrauchen.“

„Laſſen Sie ſich doch nicht täuſchen, wenn italiäniſche Abenteurer oder ſogar einige Miniſter Ihnen ſagen, es ſtänden 80,000 Italiäner unter den Waffen. Seit einiger Zeit ſehe ich aus den Tagesblättern und Anderem, was mir zukommt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich in ſonderbarer Weiſe irre geht. Etwas Gewandtheit und Geſchicklichkeit, der Erfolg, der mich begleitet hat, und ſtrenge Beiſpiele flößen allein dieſem Volke einige Ehrfurcht vor Frankreich ein und erzeugen, freilich in ſehr geringem Maße, einige Theilnahme für die Sache, die wir vertheidigen. Ich wiederhole Ihnen: nur allmählich wird die Bevölkerung der cisalpiniſchen Republik ſich für die Freiheit begeiſtern, nur allmählich wird die Verwaltung in Gang kommen. In vier oder fünf Jahren zählt man vielleicht 30,000 Mann leidlicher Truppen, beſonders wenn man einige Schweizer dazu nimmt; denn der müßte ein ſehr geſchickter Geſetzgeber ſein, der dieſer Nation Luſt zu den Waffen beibringen könnte, ſie iſt ganz feige und entnervt.“

„Nehmen die Unterhandlungen keine gute Wendung, ſo wird Frankreich das Verfahren zu bereuen haben, das man gegen den König von Sardinien eingehalten hat. Mit Einem ſeiner Bataillone und Einer Schwadron iſt dieſer Fürſt ſtärker, als die ganze cisalpiniſche Republik. Ich habe der Regierung noch niemals mit dieſer Beſtimmtheit geſchrieben; ich dachte nicht, daß man ſich von

den Italiänern eine Vorſtellung machen könnte, wie Sie. Ich biete Alles auf, ſie zu erwärmen und an den Krieg zu gewöhnen, aber das Höchſte, was ich erreiche, iſt, ſie in Schranken und bei guter Geſinnung zu erhalten."

„Seit ich in Italien bin, hat die Liebe der Völker für Freiheit und Gleichheit mir keinen oder nur ſehr ſchwachen Beiſtand geleiſtet. Aber die gute Mannszucht unſerer Armee, die Verehrung, die wir ihrer Religion bezeugt, die wir gegen die Prieſter bis zur Schmeichelei geſteigert haben, Gerechtigkeit, vor Allem eine große Thatkraft und Schnelligkeit, die Uebelgeſinnten zu unterdrücken und unſere Feinde zu beſtrafen, das ſind die wahren Hülfsmittel der italiäniſchen Armee. Das ſind die Thatſachen; Alles, was ſich gut in Proclamationen und gedruckten Reden ſagen läßt, ſind Romane."

„Da ich hoffe, die Unterhandlung wird gut gehen, ſo komme ich nicht auf Einzelnheiten, die noch Manches aufklären würden, das man, wie mir ſcheint, nicht richtig auffaßt. Nur mit Verſtand, Klugheit und viel Geſchicklichkeit kann man große Ziele erreichen und alle Hinderniſſe überwinden; auf anderem Wege erlangt man Nichts. Vom Triumph bis zur Niederlage iſt nur ein Schritt. Ich habe in den größten Verhältniſſen beobachtet, daß ein Nichts die wichtigſten Ereigniſſe entſchieden hat."

„Wollten wir die auswärtige Politik des Jahres 93 wieder aufnehmen, ſo thäten wir daran um ſo übler, als wir uns bei der entgegengeſetzten recht wohl befunden haben; wir verfügen nicht mehr über die großen Maſſen, nicht über die Mittel, das Heer zu ergänzen und über dieſen Aufſchwung der Begeiſterung, der nur einmal kommt."

„Der unterſcheidende Charakter unſerer Nation liegt darin, daß ſie im Glück viel zu lebhaft iſt. Nimmt man bei Allem, was man beginnt, die wahre Politik, das heißt die Berechnung der Verbindungen und Zufälle zur Grundlage, ſo werden wir für lange Zeit die große Nation und Schiedsrichter Europas ſein. Ich ſage mehr, wir halten die Wage von Europa, wir laſſen ſie neigen, wie uns gefällt, ja, wenn das Geſchick es gebietet, ſo

finde ich nicht unmöglich, daß man in wenigen Jahren zu jenen großen Ergebnissen gelangt, welche die erhitzte und begeisterte Einbildungskraft vor sich sieht, die aber einzig der Mann erreicht, der äußerst kalt, beharrlich und überlegsam ist."

Cobenzl mochte hoffen, nach der Anstrengung der letzten Wochen ruhigere Tage bis zur Rückkehr des Couriers aus Wien zu erleben. Am nächsten Abend erhielt er auch ein Schreiben Thuguts, das für die Art, wie die Verhandlungen eingeleitet seien, volle Zustimmung aussprach[1]). Aber er hatte mit einem Gegner zu thun, der nicht leicht Jemanden zu Athem kommen ließ. Nur ungern war Bonaparte darauf eingegangen, für die Rückkehr des Couriers eine Frist zu bewilligen; einerseits trieb im Fall des Krieges der nahende Winter zur Eile, andererseits mußte er von Paris neue Hindernisse befürchten. Trotz der Uebereinkunft drängte er deßhalb unabläßig, Cobenzl solle ohne Aufschub unterzeichnen. Gleich am folgenden Tage (8. October) schickte er zuerst den General Clarke nach Udine, mit der Nachricht, es sei eben ein Courier aus Paris angelangt, der augenblickliche Entscheidung, sei es zum Krieg, sei es zum Frieden fordere. Man argwöhne in Paris, Oestreich wolle die Verhandlungen nur in die Länge ziehen, um die Rückkehr der schlechten Jahreszeit zu erwarten. Er habe schon durch das, was er bewilligt, bei Weitem seine Instructionen überschritten; unterdessen sei der preußische Gesandte in Paris in eifriger Thätigkeit, von einem Augenblick zum anderen könnten Befehle eintreffen, die jede Einigung unmöglich machten. Wäre einmal der Vertrag unterzeichnet und abgeschickt, so könne er für die Genehmigung sich verbürgen, aber man dürfe dann keinen Augenblick verlieren.

Da Cobenzl auf diese Forderung nicht einging, überbrachte noch um elf Uhr Abends der Secretär der französischen Gesandtschaft folgenden Brief:

---

1) Vgl. den Brief Thuguts vom 4. October 1797 im Oestr. Staats-Archiv.

„Herr Graf!

Es ist mir unmöglich gewesen, mich heute zum Herrn Marquis de Gallo zu verfügen. Da ich des Vergnügens, Sie zu sehen, beraubt bin, beehre ich mich, Ihnen diese Zeilen durch den Bürger Perret zu übersenden."

„Indem ich Ihr Beglaubigungsschreiben noch einmal lese, finde ich, daß Sie die weiteste, allgemeinste, ja, ganz unbeschränkte Vollmacht besitzen. Sie werden einsehen, daß es mir danach und nach einer siebenmonatlichen Verhandlung, die gerade alle zwei Monate durch eine Sendung nach Wien bezeichnet wurde, unmöglich ist, ein Zögern fortdauern zu lassen, das unsere Arbeit noch verlängern und vielleicht vereiteln kann. Durch die Vorschläge, über die wir gestern eins geworden sind, kann ich mich nur in soweit gebunden erachten, als eine Gegenseitigkeit stattfindet. Ich trage kein Bedenken, sofort Alles zu unterzeichnen, was wir ausgemacht haben; aber Sie werden einsehen, wenn Sie fortfahren wollen, die Antwort Sr. Majestät des Kaisers zu erwarten, so muß ich mir Zeit nehmen, auch die Antwort meiner Regierung zu erhalten. Das Ziel wird dann nicht allein weit hinausgeschoben, sondern ich finde mich ganz bestimmt im Widerspruch zu den Instructionen des Directoriums, welche mir vorschreiben, schnell eine Verhandlung zu beendigen, die schon zu lange gedauert und im Laufe der Zeit so manchen Wechsel und so manche Veränderung erfahren hat[1])".

Perret mußte, wie vorhin Clarke, in den dringendsten Worten die Unterzeichnung fordern. Einer wie der Andere stellte nicht in Abrede, daß das Verfahren der französischen Regierung sehr eigenthümlich sei; aber sie gaben der Hitze des Augenblicks die Schuld und betheuerten, Bonaparte seien die Hände gebunden. „Es ist möglich," schreibt Cobenzl am andern Morgen, „daß diese äußerste Eile den Zweck hat, uns einen nachtheiligen Vertrag abzuzwingen, ehe wir Zeit haben, mit England wieder anzuknüpfen. Wir müssen

1) Der Brief findet sich im Oestr. Staats-Archiv; er fehlt in der Correspondance de Napoléon.

deßhalb um ſo mehr auf der Hut ſein. Ich gehe heute nach Paſſariano und werde dem General Bonaparte antworten, daß meine Vollmachten, ſo umfaſſend ſie auch ſeien, mir nicht geſtatten, Bedingungen, die der Kaiſer ſchon gekannt und verworfen habe, zu unterzeichnen. Ich könne deshalb nur in dem Falle meine Einwilligung geben, daß der Kaiſer auf erneute Vorſtellungen von meiner Seite für gut finde, ſeine Anſicht zu ändern. Uebrigens ſei der franzöſiſche Bevollmächtigte, nachdem wir geſtern uns geeinigt, gar nicht mehr berechtigt, von dieſer Uebereinkunft abzuweichen, es ſei denn, daß er mich durch Bedingungen, die mit den Präliminarien mehr übereinſtimmten, in die Lage ſetze, ſogleich abzuſchließen [1])".

Aber was Cobenzl für einen Vortheil hielt und nicht aufgeben wollte, hätte leicht zu großem Unheil gereichen können. Die Betheuerungen Bonapartes waren aufrichtiger, als Cobenzl dachte; er vermuthete nicht die Gefahren, welche mit jeder neuen Depeſche aus Paris dem erwünſchten Frieden drohten. Nur zu bald mußte er erkennen, wie der franzöſiſche General dieſe Lage zu benutzen verſtand. „Ich war ſchamroth," ſo beginnt der nächſte Bericht vom 10. October, „der Genehmigung Sr. Majeſtät und Ew. Excellenz einen Entwurf unterbreiten zu müſſen, der ſo weit von den Präliminarien ſich entfernt. Was denken Sie, daß ich empfinde, wenn Sie ſehen, daß es, um einen plötzlichen Angriff von Seiten der Franzoſen zu vermeiden, kein anderes Mittel gab, als ſogleich, ohne Antwort aus Wien, zu unterzeichnen, ja ſogar unſeren unerſättlichen Feinden noch einige Vortheile mehr zu bewilligen? Geſtern, ſobald wir nach Paſſariano gekommen waren, führte mich Bonaparte in den Garten und ſagte, er habe nicht umſonſt ſo gedrängt. Was er vorausgeſehen, ſei eingetroffen. Seit unſerer letzten Zuſammenkunft haben zwei Couriere aus Paris den beſtimmten Befehl überbracht, die Unterhandlungen mit uns, wie vordem mit England, ſogleich abzubrechen, wenn

1) Vgl. den Bericht Cobenzls vom 9. October 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

wir nicht auf Bedingungen eingingen, die, wie er ſelbſt erkenne, unannehmbar ſeien."

„So viel er auch auf ſich nehmen wolle, unmöglich könne er jetzt noch zugeſtehen, was wir vor zwei Tagen vereinbart hätten. Er ſagte mir, ich dürfe den Einfluß der letzten Umwälzung in Frankreich nicht verkennen. Die jetzigen Directoren, ſei es mit Recht oder Unrecht, hielten für nöthig, die Nation wieder in eine heftige Bewegung zu verſetzen. Man argwöhne, daß wir die Unterhandlungen nur in die Länge zögen, um den Ausgang der Dinge, die ſich in Frankreich vorbereiteten, zu erwarten. Schon bei meiner Ankunft habe er den beſtimmten Befehl in Händen gehabt, uns zu erklären: das Directorium betrachte die Präliminarien als nichtig, von venetianiſchen Beſitzungen könne man nur Iſtrien und Dalmatien zugeſtehen und überlaſſe uns, eine Entſchädigung in Deutſchland zu ſuchen. Er, der General Bonaparte, habe ſich aber durch die Bedingungen, die er durch den Grafen Merveldt nach Wien geſchickt, für gebunden erachtet, beſonders habe er ſich nicht entſchließen können, gerade im Augenblick meiner Ankunft abzubrechen. Da ich aber niemals auf ſeine Vorſchläge habe eingehen wollen, ſo ſei dem Directorium Zeit geblieben, auf jene Entwürfe, die er, wie nach Wien, gleichzeitig auch nach Paris geſchickt, zu antworten. Seine Regierung mißbillige durchaus, was er uns angeboten. Sie ſchicke ihm zwei Couriere nach einander, mit dem Befehl, ſich an der vorerwähnten Erklärung zu halten, und es hinge nicht mehr von ihm ab, anders zu handeln. Ich verſetzte kalt, es gäbe danach keine Möglichkeit mehr, einig zu werden; er brauche nur ſeinen Auftrag auszuführen, ich würde darauf antworten, wie es den Geſinnungen und der Würde meines Herrn gezieme, und das Loos der Waffen müſſe entſcheiden. Uebrigens ſei es unmöglich, mit Leuten zu unterhandeln, die an einem Tage einen Vergleich ſchlöſſen, um ihn am nächſten wieder zu brechen. Das Verfahren der franzöſiſchen Regierung bringe alles Unrecht auf ihre Seite; die Weiſe, in der eine feierlich eingegangene Verbindlichkeit, wie die Präliminarien, gebrochen würde, müſſe die Zahl unſerer Freunde

in Europa vermehren, und die Unterthanen des Kaisers mit neuem Eifer erfüllen, ihn gegen einen Angriff zu vertheidigen, den auch die äußerste Nachgiebigkeit nicht habe abwenden können. Natürlich würden wir mit England, das sich mit uns in derselben Lage befinde, wieder anknüpfen und alle Maßregeln ergreifen, welche die gerechteste Vertheidigung gegen den ungerechtesten Angriff nöthig mache."

„Der General Bonaparte," fährt Cobenzl fort, „machte nicht einmal den Versuch, seine Regierung zu rechtfertigen, sondern gab ihr ganz Unrecht, sei es, daß er so denkt, oder nur den Schein annimmt; denn es ist sehr möglich, daß dies Alles nur eine Erfindung ist, obgleich ich von der Ankunft der beiden Couriere mich wirklich versichert habe." Dieser Argwohn des östreichischen Gesandten war nicht begründet. Offenbar waren die Depeschen des Directoriums und Talleyrands vom 29. September angekommen, welche das früher mitgetheilte Ultimatum, also in Wahrheit Bedingungen enthielten, wie sie Bonaparte auseinander setzte. Freilich war er entschlossen, sich nicht daran zu halten, aber eben so wenig mochte er sie ganz unberücksichtigt lassen, und man begreift, daß seine Forderungen und seine Sprache dadurch weder gemäßigt noch gemildert wurden. „Er sagte mir," fährt Cobenzl fort, „in Bezug auf England habe ihm Herr Talleyrand eine sehr sonderbare Thatsache mitgetheilt. Wenige Tage nach dem raschen Abbruch in Lille habe Lord Grenville aufs Neue den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen; es sei das eines der Ereignisse, die man nur in unserem sonderbaren Zeitalter erlebe[1]). Ich antwortete, es würde mir schwer, an diese Nachricht zu glauben, da sie gar nicht mit dem übereinstimme, was man mir aus Wien über Anträge Englands schreibe. Im Uebrigen, wie der Bruch des Congresses zu Lille die friedlichen Gesinnungen des Kaisers nicht verändert habe, so könnten auch erneuerte Verhandlungen in keiner Weise seinen Entschluß verändern, niemals Etwas zu thun, was seiner Würde entgegen sei."

1) Offenbar ist die Note vom 23. Sept. in Malmesburys Diaries III, 562 gemeint; ein Actenstück ohne wesentlichen Inhalt, nur verfaßt, um den Franzosen die ganze Schuld des Bruches beizumessen.

„Im Laufe des Geſpräches ſagte mir Bonaparte, ich möge mich doch an ſeine Stelle ſetzen und ſelbſt urtheilen, ob er nicht Alles, was von ihm abhänge, für den Frieden gethan habe. Ich antwortete, Jeder habe ſeine Weiſe, über ein eingegangenes Verſprechen, wenn es auch nur mündlich gegeben ſei, zu denken. Was mich angehe, der ich an die Befehle meines Souverains doch weit mehr gebunden ſei, als er an die Beſchlüſſe einer Regierung, an welcher er gewiſſermaßen Theil nehme, ich würde, wenn ich einen Vorſchlag gemacht und mit ihm die Uebereinkunft getroffen hätte, die Antwort aus Paris zu erwarten, durch keinen Befehl meines Hofes von dieſer Entſchließung mich haben abbringen laſſen. Die Sache wurde lange mit großer Lebhaftigkeit unter uns beſprochen; endlich nach einiger Ueberlegung ſagte mir Bonaparte: wenn ich unverzüglich ein Protokoll über den Inhalt des Friedens unterzeichnen, dann ſofort den Vertrag ausarbeiten und gleichfalls, ohne Antwort zu erwarten, unterzeichnen wolle, ſo nehme er über ſich, darauf einzugehen. Er würde aber dann, ſobald der Vertrag fertig geworden, ihn ſelbſt nach Paris bringen. Einzig ſeine Gegenwart und der Einfluß, den er dort beſitze, könne ſolchen Ungehorſam gegen die Befehle des Directoriums entſchuldigen. Zu ſeiner Rechtfertigung müſſe er jedoch einige kleine Aenderungen vornehmen. Ich müſſe mich genau an der Etſchgränze halten und auf die Poleſina von Rovigo, die zur ſchiffbarſten Mündung des Po führt, verzichten; wenn nicht, das ganze linke Rheinufer abtreten, oder wenigſtens die neue Republik, die ſich eben in Deutſchland bilde, anerkennen. Ich verwarf mit Entrüſtung dieſe ſchmachvollen Vorſchläge (propositions infâmes), und wir trennten uns mit der wiederholten Verſicherung, nur der Krieg könne entſcheiden.“

„Nach Tiſche wurde der Gegenſtand wieder aufgenommen, Bonaparte erſchöpfte alle Mittel der Ueberredung, indem er mir die wahrſcheinlichen Ereigniſſe und Folgen des Krieges vorſtellte. Ich blieb aber unerſchütterlich und wiederholte, wenn er nicht, wie wir übereingekommen, die Rückkehr meines Couriers erwarten wolle, ſo brauche er nur die Befehle ſeiner Regierung in Vollzug zu ſetzen. Bona-

parte bat mich, zu erwägen, daß jede Minute koſtbar ſei; von einem Augenblick zum andern könne er die Nachricht erhalten, daß man mit Preußen über deſſen Entſchädigungen ſich geeinigt habe. Habe er ſich vorher mit mir geeinigt, ſei es auch nur durch Unterzeichnung eines Protokolls, ſo könne er einſtehen, daß ſein Vertrag und nicht der Vertrag des Directoriums zur Geltung komme; er könne aber nicht Etwas erſt feſtſtellen im Widerſpruch zu einer Verbindlichkeit, von welcher er wiſſe, daß ſeine Regierung ſie bereits übernommen habe. Ich antwortete, wenn gegen alle Erwartung Preußen die Zahl unſerer Feinde vermehren wolle, ſo würden wir ſchon Verbündete finden, um das Spiel wieder auszugleichen. Dann ſtellte ich vor, die Abfaſſung des Vertrages erfordere ſicher einige Tage. Wenn wir ſie unverweilt in Angriff nähmen, ſo könne ſie doch bei der Rückkehr des Couriers kaum beendigt ſein; wir verlören alſo gar Nichts, indem wir ihn erwarteten. Er verſetzte, es ſei unumgänglich, daß er dem Directorium ſogleich wenigſtens ein Protokoll unterzeichnet zuſchicke."

„Endlich nach langem und lebhaftem Hin- und Herreden, nachdem ich vergebens nur bis zum nächſten Tage Bedenkzeit erbeten, und Bonaparte auf die zuletzt geforderten Abänderungen des Vertrages verzichtet hatte, zog ich in Erwägung, es ſei nur zu klar, daß man den Frieden auf vortheilhaftere Bedingungen nicht erwarten dürfe. Wenn ich den Vertrag unterzeichne, ſo könne der Kaiſer, falls er ihn zu nachtheilig finde, noch immer die Genehmigung verſagen, während, wenn die Feindſeligkeiten einmal begonnen hätten, auch mit dem Willen des Kaiſers nicht wieder abzuhelfen ſei. Weit lieber wollte ich mich einem perſönlichen Nachtheil ausſetzen, als das Unglück der Monarchie mir vorwerfen, ſo lange nur irgend eine Möglichkeit blieb, es abzuwenden; und ſo erklärte ich mich bereit, ein Protokoll zu unterzeichnen, bis man zur Ausfertigung des Vertrages ſchreiten könne."

„Wir kehrten in das Sitzungszimmer zurück, und es erhob ſich zuerſt eine ſehr lebhafte Erörterung, als Bonaparte uns ankündigte, er würde 20,000 Mann auf dem Gebiet der ciſalpiniſchen Republik und den Inſeln der Levante ſtehen laſſen. Wir

warfen ein, es ſei dies unvereinbar mit der Unabhängigkeit, deren die Republik genießen ſolle; wir hätten ganz daſſelbe Recht, auch unſere Truppen dort einrücken zu laſſen. „„Ja,““ ſagte der franzöſiſche Bevollmächtigte, „„wenn man Sie dazu auffordert, aber man hat ſich nun gerade an uns gewandt.““ Ich erwiederte, das ſei ein Spiel mit Worten; man wiſſe recht wohl, daß Frankreich nach Gutdünken über die cisalpiniſche Republik verfüge. „„Das iſt wahr,““ ſagte Bonaparte, „„ich geſtehe Ihnen, ich ſelbſt bin das Directorium dieſer neuen Republik; und das muß ſo bleiben, bis ſie Feſtigkeit genug gewonnen hat, um auf eigenen Füßen zu ſtehen.““ Der franzöſiſche Bevollmächtigte machte mir den Vorſchlag, er wolle die Zahl der Truppen, die in der cisalpiniſchen Republik zurückbleiben dürften, feſtſtellen, wenn ich gleichfalls beſtimmen wolle, wie viel Soldaten wir in unſeren neuen Beſitzungen in Italien halten würden. Dieſe Feſtſtellung ſchien mir aber weit weniger vortheilhaft, als der Artikel über den Rückzug der Truppen in den allgemeinen Ausdrücken des Entwurfs, welcher der Genehmigung Sr. Majeſtät unterbreitet iſt. Er läßt uns die Hände frei, und die Anweſenheit der Franzoſen kann uns zum Vorwand dienen, ſie anzugreifen, wenn wir den Augenblick für günſtig halten."

„Der franzöſiſche Bevollmächtigte machte noch einen Verſuch das ganze linke Rheinufer zu erhalten. Er erbot ſich, dafür die Entſchädigung des Herzogs von Modena dem Reiche zur Laſt zu legen. Ich verwarf aber alle dieſe Vorſchläge, wenn man uns nicht neue Vortheile in Italien bewillige, wozu er ſich nicht herbeilaſſen wollte. Alles, worauf ich einzugehen mich berechtigt glaubte, iſt die allgemeine Beſtimmung: wenn irgend einem Staat eine Vergrößerung in Deutſchland zu Theil würde, ſo müßte Oeſtreich dafür eine Ausgleichung erhalten. Dies entzieht uns nicht das Recht, uns den Forderungen Frankreichs zu widerſetzen, wenn es die vereinbarten Gränzen am Rhein überſchreiten ſollte[1])."

---

1) Vgl. den Bericht Cobenzls vom 10. October 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

Nicht deutſche, ſondern weit entlegene Gebiete wurden an dieſem Tage die Veranlaſſung zu neuem, heftigem Streit. Aus zahlreichen Briefen Bonapartes erſieht man, wie außerordentlichen Werth er auf die venetianiſchen Beſitzungen der Levante, insbeſondere auf Corfu legte. Dieſe Inſel war das Mittelglied der großen Pläne für den Orient, die ſchon damals ſeinen Geiſt bewegten. Von Venedig aus hatte er eine franzöſiſche Beſatzung dahin abgehen laſſen, eine franzöſiſche Flotte in Verbindung mit venetianiſchen Schiffen ſuchte auch der Herrſchaft des Meeres ſich zu bemächtigen. Gleichwohl, als Cobenzl in der Sitzung des 6. Octobers die Frage ſtellte, was aus dieſen Inſeln werden ſolle, erwiederte Bonaparte, ſie würden der cisalpiniſchen Republik verbleiben, Frankreich wolle nach jener Seite durchaus Nichts für ſich behalten. Um ſo größer war das Erſtaunen der Geſandten, als ſie jetzt hören mußten, die Inſeln ſollten mit Frankreich vereinigt werden. Umſonſt erinnerte Cobenzl an das, was man vor drei Tagen ausgemacht. Bonaparte behauptete, das ſei jetzt unmöglich; da die cisalpiniſche Republik die Mündung des Po verloren habe, ſo ſtehe ſie mit jenen Inſeln gar nicht mehr in Verbindung. Cobenzl ſchlug vor, eine unabhängige Republik zu gründen, aber auch das verweigerte Bonaparte; denn die Einwohner ſeien dazu nicht befähigt, und Oeſtreich könne ſich dann, ſobald es ihm gefiele, ihrer bemächtigen. Als die Geſandten noch einmal an ſein Verſprechen erinnerten, entgegnete er, die Sache komme ganz auf daſſelbe hinaus; die cisalpiniſche Republik würde doch genöthigt ſein, eine franzöſiſche Beſatzung dort zu unterhalten, er aber bedürfe eines ſolchen Artikels im Vertrage, um ſich bei ſeiner Regierung zu rechtfertigen. In der That hatte die letzte Depeſche Talleyrands das Eigenthum der Inſeln ausdrücklich für Frankreich in Anſpruch genommen[1]) und dadurch, wie es ſcheint, auch Bonapartes Forderung beſtimmt. Während man noch gegen einander redete, miſchte ſich der neapo-

1) Vgl. die Depeſche vom 29. September in der Correspondance inédite VII, 278. In der Inſtruction vom 16. September, Correspondance inédite VII, 254, ſpricht Talleyrand ſich nicht mit Beſtimmtheit über die Frage aus.

litaniſche Geſandte ein, um die Inſeln ſeinem Herrn zu erwerben. Cobenzl, der für Oeſtreich keine Ausſicht ſah, griff wenigſtens nach dem Vortheil, den König von Neapel zu verpflichten; er unterſtützte deshalb de Gallo und bemerkte endlich, es ſei ihm völlig gleichgültig, an wen die Inſeln gelangten, wenn ſie nur nicht im Beſitze Frankreichs blieben.

„In keiner früheren Sitzung", berichtet Cobenzl, „wurde der Streit ſo weit getrieben." Bonaparte fragte, ob der öſtreichiſche Bevollmächtigte wirklich ſein letztes Wort geſprochen habe, und als dieſer entgegnete, er könne nicht davon abſtehen, war der Friede wieder zu Ende. Bonaparte gab die Erklärung zu Protokoll, welche er am Morgen angekündigt hatte. „Die franzöſiſche Regierung," hieß es darin, „hat ihrem Bevollmächtigten auf die Protokolle der neun erſten Sitzungen Antwort zukommen laſſen und ihn beauftragt, Folgendes zu eröffnen: Da der Zeitpunkt des 1. Octobers verſtrichen iſt, und der Congreß während ſieben Monaten über den Sinn der Präliminarien, insbeſondere über den ſechſten der öffentlichen und den fünften der geheimen Artikel ſich nicht hat einigen können, ſo betrachtet das Directorium die Präliminarien als nichtig und unbrauchbar für den Abſchluß des Definitivfriedens. Der franzöſiſche Bevollmächtigte iſt nicht mehr befugt, auf Grundlage der Präliminarien zu verhandeln. Die beiderſeitigen Bevollmächtigten," heißt es weiter, „haben ſelbſt gefühlt, daß man unmöglich auf einer ſo zweideutigen Grundlage ſich einigen könne. Sie haben deshalb verſchiedene Entwürfe vorgelegt, welche durch den Grafen Merveldt nach Wien gebracht und gleichzeitig der franzöſiſchen Regierung überſendet wurden."

„Der franzöſiſche Bevollmächtigte beehrt ſich, Ihren Excellenzen, den Bevollmächtigten Sr. Majeſtät des Kaiſers und Königs zur Kenntniß zu bringen, daß das Directorium keinen dieſer Entwürfe als angemeſſen betrachtet und ſich jeder Uebereinkunft entziehen muß, welche Entſchädigungen des Kaiſers in Italien für die in dieſem Kriege erlittenen Verluſte zur Grundlage hätte."

„Um jedoch, ſo viel an ihr liegt, zur Wiederherſtellung des guten Einvernehmens beizutragen, iſt die franzöſiſche Regierung

einverſtanden, daß Dalmatien und Iſtrien von der venetianiſchen Republik dem Kaiſer abgetreten werden, ſowie mit angemeſſenen Anordnungen, welche der Kaiſer in Deutſchland begehren möchte[1]).“

Dies Protokoll, das jede Möglichkeit der Einigung ausſchloß, wurde von allen Geſandten unterzeichnet. Cobenzl behielt ſich vor, darauf zu antworten, wie ein ſolches Verfahren es verdiene. Die Feindſeligkeiten ſollten anfangen, je nachdem die Generale ſich darübereinigten, und die Unterhandlung war vollſtändig abgebrochen.

„Unzweifelhaft,“ fährt Cobenzl fort, „konnte die franzöſiſche Republik nichts Geeigneteres vornehmen, wenn ſie das Unrecht ganz auf ihre und das Recht durchaus auf unſere Seite ſtellen wollte. Niemand konnte läugnen, daß der Kaiſer alle Mittel der Verſöhnung erſchöpft hatte, daß er angegriffen wurde wie von einem Räuber im Wald oder auf der Landſtraße. Gleichwohl beſchworen mich meine Collegen, reiflich in Erwägung zu ziehen, ob dieſer eine und einzige Punkt die Gefahren eines Krieges aufwöge, durch welchen wir nur mit Mühe uns in Italien feſtſetzen und noch viel weniger die Franzoſen zwingen könnten, jene Inſeln zu räumen, die ſie ſchon beſitzen. Da ich aus der Depeſche Ew. Excellenz vom 5. dieſes erſehen hatte, daß Seine Majeſtät und Sie trotz des Abbruchs der Verhandlungen in Lille fortfuhren, den Frieden eifrig zu wünſchen, daß wir von Rußland im Grunde Nichts als Worte erhielten, und daß man Alles, was in dieſem Augenblicke geſchieht, nur als einen Waffenſtillſtand betrachten darf, durch den wir leichter und ſchneller als durch den glücklichſten Krieg in Italien Fuß faſſen, daß übrigens die deutſchen Angelegenheiten uns immer ſtatt *eines* Mittels zwanzig in die Hand geben, den Krieg, wenn wir wollen, wieder anzufangen, ſo habe ich endlich auch in dieſem Punkte nachgegeben. Bonaparte willigte ein, die beiden Exemplare des Protokolls zu verbrennen, und wir nahmen die Unterhandlung wieder auf. Aber ich geſtehe Ew. Excellenz, daß mich niemals ein Opfer ſo viel ge-

1) Auch dieſe Erklärung findet ſich im Oeſtr. Staats-Archiv; ſie fehlt in der Correspondance de Napoléon.

koſtet hat, und daß ich in beſtändiger Furcht bin, ich könne die Ehre und die Intereſſen meines erhabenen Herrſchers beeinträchtigt haben, die mir theurer ſind, als mein Leben."

Cobenzl ſchlug nun vor, zum Erſatz für dieſes neue Zugeſtändniß dem Herzog von Modena ſtatt des öſtreichiſchen Breisgaues eine andere Entſchädigung in Deutſchland anzuweiſen. Bonaparte wollte jedoch nicht darauf eingehen. Alles, was Cobenzl erlangte, war der Theil der Feſtung Porto Legnago, der auf dem rechten Ufer der Etſch gelegen iſt. Man fertigte noch Artikel, um ſie als Grundlage des Vertrags in das Protokoll aufzunehmen, aber es war bis dahin ſechs Uhr Morgens geworden, und die Geſandten brauchten noch zwei Stunden, um nach Udine zurückzukehren. So wurde Nichts mehr unterzeichnet; man verabredete, Bonaparte ſolle am nächſten Tage bei Cobenzl ſpeiſen, und man würde dann in der Nacht die Artikel des Vertrages ausarbeiten.

„Mit einem Menſchen, ſo ränkeſüchtig (chicaneur) und ſo unaufrichtig, wie Bonaparte," mit dieſen Worten ſchließt Cobenzl ſeinen Bericht, „iſt es, ſelbſt nach dem, was geſchehen iſt, noch immer ſehr ungewiß, ob wir zum Ziele kommen. Er kann wieder abſagen, ſo lange er nicht unterzeichnet hat; auch die Abfaſſung der Artikel kann unüberwindliche Schwierigkeiten mit ſich führen. Aber ſelbſt wenn wir zum Abſchluß gelangen, ſo beſchwöre ich Seine Majeſtät den Kaiſer, wohl zu erwägen, ob es in ſeinem Intereſſe liege, einen ſolchen Vertrag zu genehmigen, und ob der Krieg nicht vorzuziehen ſei. Ich geſtehe, trotz des Vertrauens, deſſen ich gewürdigt bin, und trotz des Umfangs meiner Vollmachten, wage ich die Entſcheidung dieſer Frage nicht auf mich zu nehmen [1])."

Wenn Cobenzl fürchtete, ſeine Regierung könne ihm zu große Nachgiebigkeit zum Vorwurf machen, ſo war auch Bonaparte von ähnlicher Beſorgniß nicht frei. Handelte er doch den beſtimmten

1) Vgl. den Bericht Cobenzls vom 10. October 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

Befehlen des Directoriums zuwider, die er noch eben in dem Ultimatum vom 29. September empfangen hatte. So darf man ſich nicht wundern, wenn er vorerſt wieder die gewöhnlichen Mittel in Anwendung bringt: Klagen, daß man ihn übel behandele, und die Forderung, daß man ihn entlaſſen möge. Die Regierung hatte, wie erwähnt, den Secretär des Directors Barras nach Paſſariano geſchickt. Was er zu ſagen hatte, trug völlig den Charakter jener unmäßigen Leidenſchaft, die jeder Klarheit und jedes feſten Zieles entbehrte. Man kann denken, wie unerträglich Vorſchriften dieſer Art einem Manne, wie Bonaparte, werden mußten; ſein Widerwille gegen die unfähigen Menſchen, welche Frankreich regierten, ſteigerte ſich mit jedem Tage. Wir haben ſchon bemerkt, wie er ſelbſt den kaiſerlichen Geſandten gegenüber dieſen Gefühlen freien Ausdruck ließ; ſeine ganze Verachtung zeigen die Worte, die er am 10. October an das Directorium richtet.

„Der Bürger Bottot," ſchreibt er, „hat mir Ihre Briefe vom erſten Schalttag (16. September) übergeben. Er hat mir in Ihrem Auftrage mitgetheilt, ich ſolle Italien in Revolution verſetzen. Ich habe ihn gefragt, wie das zu verſtehen ſei, ob zum Beiſpiel der Herzog von Parma in dieſen Befehl mit einbegriffen wäre. Er hat mir keine Erklärung geben können. Ich bitte Sie, mir Ihre Befehle deutlicher kund zu thun."

„Meine ſehr leidende Geſundheit, mein angegriffener Kopf bedürfen der Ruhe; ſie machen mich unfähig, die großen Dinge auszuführen, die noch gethan werden müſſen. Ich habe Sie bereits um einen Nachfolger gebeten. Wenn Sie meinem Verlangen noch nicht zugeſtimmt haben, ſo bitte ich, Bürger Directoren, daß Sie es jetzt thun. Ich bin nicht mehr im Stande, den Befehl zu führen. Mir bleibt nur eine lebhafte, unvergängliche Theilnahme für die Wohlfahrt der Republik und die Freiheit des Vaterlandes [1])."

Dies war der vorbereitende Brief. Der zweite, an Talleyrand, vom ſelbigen Tage handelt über den Frieden. Er iſt zu merkwürdig, als daß ich ihn übergehen dürfte. „Endlich," heißt es,

1) Correspondance de Napoléon, III, 374.

„ſind wir auf dem Punkte, zum Abſchluß zu kommen. Dieſe Nacht wird der Friede unterzeichnet, oder die Unterhandlung abgebrochen.

„Hauptbedingungen ſind:

1. Wir erhalten zur Gränze den Rhein, die Nette, Kerpen, Jülich, Venlo.

2. Mainz mit allen Befeſtigungen, ſo wie es iſt.

3. Die Inſeln Corfu, Zante, Cephalonia und das venetianiſche Albanien.

4. Die cisalpiniſche Republik umfaßt die Lombardei, Bergamo, Crema, Brescia, Mantua, Peschiera mit den Befeſtigungen, das rechte Ufer der Etſch und des Po, ferner Modena, Ferrara, Bologna und die Romagna. In Allem ungefähr 3,500,000 bis 3,600,000 Einwohner.

5. Genua erhält die kaiſerlichen Lehen.

6. Der Kaiſer erhält Dalmatien, Iſtrien, das venetianiſche Gebiet bis zur Etſch und zum Po, die Stadt Venedig.

7. Der Prinz von Oranien erhält in Gemäßheit des geheimen Vertrages mit Preußen einen Erſatz. Der Herzog von Modena wird durch den Breisgau entſchädigt; ſtatt deſſen nimmt Oeſtreich Salzburg und einen Theil von Baiern zwiſchen dem Inn, der Salza und dem Bisthum Salzburg mit 50,000 Einwohnern.

8. Wir räumen die Länder, welche der Kaiſer bekommen ſoll, erſt drei Wochen nach Auswechslung der Ratificationen, und nachdem der Kaiſer Mainz, Mannheim, Ingolſtadt, Ulm, Ehrenbreitſtein und das ganze Reichsgebiet geräumt hat.

9. Frankreich bekommt das Beſte, was die Republik Venedig beſaß, Corfu u. ſ. w., dazu die Rheingränze. Es fehlen nur etwa 200,000 Einwohner, die man beim Reichsfrieden haben kann. Wir gewinnen nach jener Seite vier Millionen Einwohner.

10. Die cisalpiniſche Republik erhält eine ſehr gute militäriſche Gränze, weil ſie Mantua, Peschiera und Ferrara beſitzt.

11. Die Freiheit gewinnt alſo: Cisalpiniſche Republik 3,500,000 Einwohner, neue Gränzen Frankreichs 4,000,000, in Allem 7,500,000 Einwohner.

12. Das Haus Oeſtreich gewinnt 1,900,000 Einwohner. Es

verliert: In der Lombardei 1,500,000, in Modena 300,000, in Belgien 2,500,000, in Allem 4,300,000 Einwohner. Sein Verluſt iſt alſo immer empfindlich genug."

„Ich habe die Vollmacht, die Sie mir gegeben, und das Vertrauen, mit welchem Sie mich ausgeſtattet haben, benutzt, um dieſen Frieden zu ſchließen. Was mich beſtimmte, iſt:

1. Die vorgeſchrittene Jahreszeit, hinderlich für den Angriffskrieg, beſonders von dieſer Seite, wo man die Alpen überſchreiten und in ſehr kalte Länder eindringen muß.

2. Die Schwäche meiner Armee, die doch alle Kräfte des Kaiſers gegen ſich hat.

3. Der Tod des General Hoche und der ſchlechte Plan für den Feldzug, den man angenommen hat.

4. Die Entfernung der Rheinarmeen von den Erbſtaaten des Hauſes Oeſtreich.

5. Die Nichtigkeit der Italiäner; ich habe höchſtens 1,500 Italiäner bei mir, die Hefe des Geſindels aus den großen Städten.

6. Der Bruch mit England, der eben eingetreten iſt.

7. Die Unmöglichkeit, mich der ſardiniſchen Truppen zu bedienen, weil man das Bündniß mit dem König von Sardinien nicht genehmigt hat; es wird deßhalb nothwendig, die Beſatzungen in Piemont und der Lombardei um 6000 Mann franzöſiſcher Truppen zu vermehren.

8. Das Verlangen nach Frieden, in welchem die ganze Republik übereinſtimmt, ein Verlangen, das ſich ſelbſt unter den Soldaten kund gibt. Sie würden ſich ſchlagen, aber noch lieber kehren ſie zurück zu ihrem Heerde, von dem ſie ſeit vielen Jahren abweſend ſind; bleiben ſie noch länger fern, ſo kann es nur dazu dienen, eine Militärherrſchaft einzuführen.

9. Der Uebelſtand, ſichere Vortheile und franzöſiſches Blut für Völker zu opfern, die der Freiheit wenig würdig und wenig ergeben ſind, die nach Charakter, Gewohnheit und Religion bittern Haß gegen uns empfinden. Die Stadt Venedig umſchließt allerdings dreihundert Patrioten; ihr Intereſſe wird im Vertrage gewahrt, ſie werden in der cisalpiniſchen Republik Aufnahme fin-

den. Das Verlangen einiger Hundert Menſchen wiegt nicht ſo ſchwer, als der Tod von 20,000 Franzoſen.

10. Endlich der Krieg mit England, der uns ein Feld, weiter, bedeutender und ſchöner für unſere Thätigkeit eröffnet. Das engliſche Volk iſt mehr werth, als das venetianiſche; ſeine Befreiung wird für immer die Freiheit und das Glück Frankreichs befeſtigen, oder wenn wir die engliſche Regierung zum Frieden zwingen, ſo wird unſer Handel mit den Vortheilen, die wir ihm in beiden Welten verſchaffen, weſentlich zur Befeſtigung der Freiheit und der öffentlichen Wohlfahrt beitragen."

„Habe ich mich in allen dieſen Berechnungen getäuſcht, ſo iſt mein Herz rein, meine Geſinnungen gerade. Die Stimme des Ruhms, der Eitelkeit, des Ehrgeizes habe ich ſchweigen laſſen; ich habe Nichts im Auge gehabt, als das Vaterland und die Regierung. Wie es meiner würdig war, habe ich dem unbegränzten Vertrauen entſprochen, welches das Directorium ſeit zwei Jahren mir zugewendet hat. Ich glaube gethan zu haben, was jedes Mitglied des Directoriums an meiner Stelle gethan hätte."

„Meine Dienſte haben mir die Anerkennung der Regierung und der Nation erworben, ich habe wiederholte Zeichen ihrer Achtung erhalten; mir bleibt Nichts übrig, als unter die Menge zurückzukehren, den Pflug des Cincinnatus zur Hand zu nehmen und ein Beiſpiel zu geben der Ehrfurcht für die Obrigkeiten und des Abſcheus vor der Militärherrſchaft, die ſo viele Republiken und mehrere Reiche zu Grunde gerichtet hat."

Sechſtes Kapitel.

Der Abſchluß des Friedens von Campo Formio.

So ſchien nun endlich die ſichere Ausſicht für den Frieden gewonnen. In allen wichtigen Punkten war man einig, auf jeder der beiden Geſandtſchaften wurde der Entwurf eines Friedensdocumentes ausgearbeitet; Bonaparte ſelbſt zweifelte offenbar nicht mehr, daß er in den nächſten Tagen abſchließen würde. Wo hätte aber dieſer Mann ſich jemals zur Ruhe gegeben? Kein Ziel, das er erreicht, kann ihn befriedigen; man möchte ſagen, ſich ſelber habe er niemals einen Vertrag gehalten. Und ſo wird er auch Andern gegenüber der gefährlichſte Unterhändler: kaum daß man einen Punkt mit ihm feſtgeſtellt, ſo ſucht er ihn durch neue Forderungen wieder zu verrücken. Die nächſte Zuſammenkunft war für den 10. October verabredet. Bonaparte ließ ſich aber — man wird ſehen, aus welchem Grunde — vergeblich erwarten und bediente ſich der Entſchuldigung, die Ausarbeitung des Friedensentwurfes habe noch nicht beendigt werden können. Auch am folgenden Tage kam er nicht, wie verſprochen, zur Mittagszeit, ſondern ließ um vier Uhr nochmals durch einen Adjutanten um Aufſchub bitten; erſt gegen acht langte er an, und nach dem Eſſen, gegen neun Uhr, nahm die Sitzung ihren Anfang.

Zuerſt wurden die öffentlichen Artikel berathen und Bonaparte wußte durchzuſetzen, daß man ſeinen Entwurf zur Grundlage nahm. Nur zu bald zeigte ſich aber eine Reihe neuer Beſtimmungen, auf welche die Geſandten gar nicht vorbereitet waren. Rückſichtlich des Ceremoniells erklärte er ſich zwar bereit, den Vorrang des Kaiſers zuzugeben, verlangte aber dafür, daß der fran-

zösische Gesandte in Wien vor allen Uebrigen, insbesondere dem russischen, den Vortritt habe, ein Anspruch, der schon in früheren Jahren weitläufige Erörterungen veranlaßt hatte. Auch für den diplomatischen Verkehr mit der neuen cisalpinischen Republik stellte er mancherlei Forderungen, die zu bewilligen Cobenzl unmöglich schien. In Leoben war, wie erwähnt, auf Thuguts Antrag Allen, welche die belgischen Provinzen zu verlassen wünschten, eine Frist von drei Jahren zum Verkaufe ihrer Güter zugestanden. Bonaparte wollte jetzt von dieser Vergünstigung diejenigen ausnehmen, welche auf der Liste der Emigranten ständen. Man weiß, mit welcher Härte und Willkür diese Listen angefertigt waren. Cobenzl stellte vor, eine solche Clausel würde alle Beamten des Kaisers, die nach dem Verluste der Niederlande in seinen Diensten geblieben wären, ihrer Güter berauben; der Kaiser könne auf so Etwas nicht eingehen. Bei jedem Friedensvertrage sichere man den beiderseitigen Unterthanen Vergessenheit des Geschehenen; zudem würden die belgischen Provinzen erst mit der förmlichen Abtretung durch den Kaiser französisches Eigenthum; erst von diesem Zeitpunkt an könne also das Gesetz gegen die Emigrirten in Kraft treten. Bonaparte behauptete dagegen, es sei ein unverbrüchlicher Grundsatz der Republik, daß die belgischen Provinzen in dem Augenblick an Frankreich gefallen seien, in welchem die Bevölkerung den Wunsch der Vereinigung ausgesprochen habe. Es sei an der Zeit, daß die Menschen endlich einmal ihre Rechte kennen lernten, daß sie über sich selbst verfügten und aufhörten, wie eine Schafheerde betrachtet zu werden, die man nach Belieben verhandeln könne. Umsonst stellte man vor, die Vereinigung zu einer Zeit, da französische Armeen das Land besetzt hielten, könne nicht als eine freiwillige gelten, er ließ sich von seiner Meinung nicht abbringen. Selbst in Bezug auf die Gränzbestimmungen begegneten die Gesandten neuen Ansprüchen. Die wichtige Stellung von Castelnovo sollte der Kaiser verlieren und statt des südlichsten Armes, den man Po di Goro nennt, nur den Po della Maestra erhalten; Bonaparte behauptete sogar, er habe von Anfang an nichts Anderes zugestanden, obgleich man ihm auf der

Karte die Linien zeigte, welche er mit eigener Hand gezogen hatte. Ebenſo unerwartet fand ſich unter den Beſtandtheilen der cisalpiniſchen Republik, die der Kaiſer anerkennen ſollte, auch das Veltlin genannt. Bonaparte hatte nämlich den vergangenen Tag, an welchem er ſich vergeblich erwarten ließ, benutzt, um durch einen bis heute wirkſamen Schiedsſpruch dieſen Landſtrich von den Grauen Bünden zu trennen und mit der cisalpiniſchen Republik zu vereinigen; offenbar in der Abſicht, die Anerkennung dieſer Gebietserweiterung, von welcher bis dahin gar nicht Rede geweſen war, im Friedensvertrage fordern zu können. Weiter fanden ſich unter den Beſitzungen, die der Kaiſer abtreten ſollte, das Frickthal[1]) und die Grafſchaft Falkenſtein aufgeführt, die ſeit Cobenzls Ankunft nicht genannt und vordem von den Geſandten ſtets verweigert waren. Daneben ſollte der Kaiſer, abgeſehen von anderen läſtigen Zumuthungen, noch verſprechen, kein engliſches Kriegsſchiff in einem ſeiner Häfen aufzunehmen. Alles dieſes führte, wie ſich denken läßt, zu lebhaften Erörterungen. Cobenzl klagte nicht ohne Grund, daß in jeder Conferenz neue Forderungen geſtellt würden, die den Abſchluß verzögern müßten; indeſſen ging man vorläufig darüber hinweg und an die Berathung der geheimen Artikel. So kam man zu den Beſtimmungen über die franzöſiſchen Erwerbungen am linken Rheinufer, welche freilich in dem franzöſiſchen Entwurf unter den öffentlichen Artikeln aufgeführt, aber auf Cobenzls beſtimmte Forderung unter die geheimen zurückgeſtellt waren. Wir erinnern uns, wie ſehr dem Kaiſer daran gelegen war, mit der Reichsverfaſſung und ſeinen Pflichten als Reichsoberhaupt nicht in Widerſpruch zu gerathen. Cobenzl hatte deßhalb eine förmliche Anerkennung der Abtretungen an Frankreich, die der Kaiſer nicht allein, ſondern nur in Verbindung mit dem Reiche geben konnte, aufs beſtimmteſte verweigert; er hatte den Ausweg vorgeſchlagen, der Kaiſer ſolle, wenn das Reich den Forderungen der Franzoſen ſich widerſetze,

1) Auf dem linken Rheinufer, gegenüber Seckingen gelegen, jetzt ein Theil des Cantons Aargau.

in dem daraus erfolgenden Reichskriege nicht mehr als sein Contingent stellen. Gleichwohl forderte jetzt der französische Entwurf eine förmliche Anerkennung im Namen des Kaisers für die neue französische Gränze. Und so ergab sich der Anlaß für eine Scene, die noch einmal das mühsame Ergebniß so vieler Monate zu vernichten drohte, später aber mannichfach verändert, unter den Farben, die Napoleon selbst ihr geliehen, als der entscheidende Wendepunkt zu Gunsten des raschen Abschlusses gegolten hat. Es scheint lohnend genug, die Ueberlieferung im Einzelnen zu verfolgen.

Daß heftige Auftritte dem Frieden von Campo Formio vorausgegangen seien, darüber hatte früh ein Gerücht sich verbreitet. Schon der französische Moniteur vom 9. November 1797 gibt eine Andeutung. Die östreichischen Gesandten, heißt es, seien dem General Bonaparte während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen mit der äußersten Unterwürfigkeit begegnet, obgleich dieser, durch das Zögern und die Umständlichkeit des Wiener Hofes gereizt, sie zuweilen etwas von oben herab behandelt habe. Besonders dem Marquis de Gallo müsse sein Eifer und seine Geschicklichkeit zur größten Ehre gereichen. Einmal, als der General Bonaparte sehr erzürnt die Sitzung verlassen habe, sei er ihm nachgeeilt und habe dem Adjutanten Bonapartes gesagt: „Melden Sie wenigstens dem General, daß ich ihn bis an den Wagen begleitet habe."

„Acht Tage vor dem Abschluß schien jede Hoffnung geschwunden in Folge eines sehr heftigen Auftritts zwischen den östreichischen Bevollmächtigten und dem General Bonaparte. Dieser war im Verlaufe einer Unterredung gegen sie in Eifer gerathen und hatte ihnen gesagt: Ich werde meine Antwort nach Wien bringen. Man erwähnt noch einige andere Umstände von geringerer Wichtigkeit, die aber doch mit Sorgfalt gesammelt wurden. Alles, was berühmte Personen und Ereignisse angeht, ist beachtenswerth."

Was von diesen Umständen zu halten sei, läßt einigermaßen folgender Bericht erkennen, den eine rheinische Zeitung aus Paris vom 12. November mittheilt:

„Von dem Obergeneral Bonaparte erzählt man folgende Anekdote: Die Negociationen zu Udine waren am Tage vor der Unterzeichnung des Friedens gewissermaßen abgebrochen. Die östreichischen Bevollmächtigten verweigerten halsstarrig, Mantua abzutreten. Bonaparte, über ihren Widerstand ungeduldig, erklärte: Alles unterhandeln hätte ein Ende, und der Degen würde entscheiden. Er stand auf der Stelle auf, ergriff mit Ungestüm seinen Hut und warf mit seinem Federbusche mehrere Porzellangefäße von großem Werthe herunter. Er bat bei dem östreichischen Bevollmächtigten um tausendfältige Entschuldigung und fügte lächelnd hinzu: binnen Kurzem werden wir wohl andere zerbrechen. Bonaparte verließ sogleich Udine, um nach Passariano zurückzukehren. Am folgenden Tage, Morgens um 5 Uhr, begab sich der Marquis de Gallo zu ihm, ließ ihn wecken und erklärte, daß der Kaiser die Tags vorher angebotenen Bedingnisse annehme. Der Friede ward am nämlichen Tage unterzeichnet[1])."

Weit ausführlicher und bestimmter finden wir diesen Auftritt geschildert in dem Buche, das gewissermaßen als der Ausdruck napoleonischer Geschichtsanschauungen gelten mag. Der Graf Las Cases erzählt in den Denkwürdigkeiten seines Aufenthalts in St. Helena:

„Am 10. October, als der Kaiser eben mit der Beschreibung der Verhandlungen von Leoben beschäftigt war, wandte sich das Gespräch auch auf den Frieden von Campo Formio und auf den Grafen Cobenzl. Napoleon gab ihm vordem den Zunamen des nordischen Bären, auf Grund der großen Rolle, wie er sich ausdrückte, die seine breite und schwere Tatze auf dem grünen Tische der Verhandlungen gespielt habe."

„Herr von Cobenzl, sagte der Kaiser, war zu jener Zeit der Mann der östreichischen Monarchie, die Seele ihrer Entwürfe, der Leiter ihrer Diplomatie. Er hatte die ersten Gesandtschaften in Europa bekleidet und sich lange Zeit bei Catharina II. aufgehalten, deren besondere Gunst er sich zu erwerben wußte. Stolz

1) Vgl. den Kölnischen Kurier vom 18. November 1797, XV, 300.

auf seinen Rang und seine Wichtigkeit zweifelte er nicht, daß die Würde seines Benehmens und die Uebung in höfischen Formen mit Leichtigkeit einen General aus der Fassung bringen würden, der aus den revolutionären Lagern hervorgegangen sei. Auch näherte er sich dem französischen General mit einer gewissen Leichtfertigkeit; aber die Haltung und die ersten Worte dieses Letzteren genügten, ihn auf seinen Platz zurückzuweisen, welchen er dann niemals wieder zu verlassen den Versuch machte. Die Conferenzen," erzählt Las Cases weiter, „hatten zuerst wenig Fortgang. Herr von Cobenzl zeigte sich nach Art des östreichischen Cabinets sehr geschickt, die Sachen in die Länge zu ziehen. Der französische General beschloß, ein Ende zu machen. Die Conferenz, von der er sich gesagt hatte, sie müsse die letzte sein, wurde sehr lebhaft; er stellte das letzte Angebot — es wurde abgelehnt. Da erhob er sich in einer Art von Wuth, rief mit starker Stimme: Sie wollen den Krieg, wohlan, Sie sollen ihn haben. Er ergriff ein prächtiges Cabaret von Porzellan, von welchem Herr von Cobenzl täglich mit Selbstgefälligkeit wiederholte, es sei ein Geschenk der großen Catharina, und warf es mit allen Kräften auf den Fußboden, wo es in tausend Stücke zerbrach. „Sehen Sie her," rief er noch einmal, „so wird Ihre östreichische Monarchie sein, ehe drei Monate vergehen, ich verspreche es Ihnen," — und er stürzte zum Saale hinaus. Herr von Cobenzl, sagte der Kaiser, blieb versteinert stehen, aber der Marquis de Gallo, sein Gehülfe und viel versöhnlicher, begleitete mich an den Wagen, versuchte mich zurückzuhalten und machte mir so viele Verbeugungen mit so kläglicher Geberde, daß es trotz meines scheinbaren Zornes mir unmöglich wurde, nicht innerlich darüber herzlich zu lachen [1])."

Den eigentlich officiellen Bericht hat aber der Kaiser selbst in seinen Denkwürdigkeiten auf St. Helena gegeben. Die scheinbare Abweichung des Datums ist, wie ich im Voraus bemerke, kein Grund zum Zweifel, daß hier von denselben Dingen die Rede ist. „Am 16. October," heißt es, „hielt man eine Conferenz zu

1) Vgl. Mémorial de St. Hélène VI, 346.

Udine beim Grafen Cobenzl. Napoleon wiederholte in Form eines Manifeſtes, das dem Protokoll eingerückt werden ſollte, das Verfahren ſeiner Regierung ſeit den Präliminarien von Leoben und erneuerte zur ſelbigen Zeit ſein Ultimatum. Der öſtreichiſche Bevollmächtigte gab eine weitläufige Erwiederung, zum Beweiſe, daß die Entſchädigungen, welche Frankreich dem Kaiſer bot, nicht den vierten Theil ſeiner Verluſte aufwögen, daß die öſtreichiſche Macht beträchtlich geſchwächt würde, während die Macht Frankreichs ſich in ſolchem Maße vergrößere, daß die Unabhängigkeit Europas bedroht erſcheine. Durch den Beſitz Mantuas und der Etſchlinie verbinde Frankreich thatſächlich mit der Herrſchaft Galliens ganz Italien. Der Kaiſer ſei unwiderruflich entſchloſſen, ſich jedem Wechſel des Krieges auszuſetzen, im Nothfall aus ſeiner Hauptſtadt zu fliehen, ehe er zu einem ſo unvortheilhaften Frieden ſeine Einwilligung gebe. Rußland biete ihm ſeine Heere, ſie ſeien bereit, ihm zu Hülfe zu eilen, und man würde dann ſehen, was die ruſſiſchen Truppen vermöchten; es ſei offenbar, daß Napoleon den Charakter eines Bevollmächtigten hinter den Intereſſen des Generals zurücktreten laſſe, daß er den Frieden nicht wolle. Cobenzl fügte hinzu, noch in der Nacht würde er abreiſen und für alles Blut, das in dem neuen Kriege flöße, der franzöſiſche Bevollmächtigte verantwortlich ſein. Da erhob ſich dieſer kaltblütig, aber doch lebhaft gereizt durch einen ſolchen Ausfall. Er ergriff auf einem Tiſche ein kleines Cabaret von Porzellan, das der Graf Cobenzl als ein Geſchenk der Kaiſerin Catharina beſonders liebte. „Wohlan," ſprach Napoleon, „der Waffenſtillſtand iſt alſo gebrochen und der Krieg erklärt; aber erinnern Sie ſich, daß ich vor Ende des Herbſtes Ihre Monarchie zerſchmettern werde, wie ich jetzt dieſes Porzellan zerſchmettere." Mit dieſen Worten warf er das Cabaret heftig auf die Erde, daß es den Boden mit kleinen Scherben bedeckte, grüßte die Verſammlung und entfernte ſich. Die öſtreichiſchen Bevollmächtigten ſtanden ſprachlos; wenige Augenblicke nachher hörten ſie, daß er beim Einſteigen einen Offizier an den Erzherzog Karl abgefertigt hatte, um ihn zu benachrichtigen, die Unterhandlung ſei abgebrochen, in

vier und zwanzig Stunden würden die Feindſeligkeiten wieder anfangen. Der Graf Cobenzl, erſchreckt, ſchickte den Marquis de Gallo nach Paſſariano mit der unterzeichneten Erklärung, daß er dem franzöſiſchen Ultimatum zuſtimme. Am folgenden Tage, dem 17. October fünf Uhr Abends, wurde der Friede unterzeichnet [1])."

Darf man ſich wundern, wenn franzöſiſche Schriftſteller dieſe und ähnliche Erzählungen mit großer Zufriedenheit nacherzählen? Läßt ſich doch kaum eine Scene erfinden, in welcher die geiſtige Ueberlegenheit des italiäniſchen und doch franzöſiſch-nationalſten Helden augenſcheinlicher hervorträte. Thiers hat ſie mit vollem Behagen aufgenommen, ebenſo der vorſichtigere Barante und wer immer die Geſchichte der Revolutionszeit darzuſtellen unternahm, mochte er übrigens dem Kaiſerthum freundlich geſinnt oder als Gegner ſich erweiſen. Die Deutſchen, ſogar die öſtreichiſchen Geſchichtſchreiber ſind ohne Bedenken gefolgt, nur möchte ich Häuſſer ausnehmen, der den Vorfall nicht als ein hiſtoriſches Ereigniß mittheilt, ſondern als Etwas, deſſen Napoleon in ſpäteren Jahren ſich gerühmt habe. Bei anderen Nationen darf man noch weniger ein Widerſtreben erwarten. Insbeſondere ein Romantiker wie Walter Scott begegnete hier dem willkommenſten Stoffe. Ganz dem Charakter ſeines Buches gemäß vergleicht er Bonaparte mit einem zornigen Helden des Taſſo und führt aus dem befreiten Jeruſalem die Verſe an, in denen der trotzige Argant mit drohenden Geberden Gottfried von Bouillon zur Wahl zwiſchen Krieg und Frieden drängt [2]). So iſt dieſe Erzählung allgemein verbreitet und vielleicht unter allen ähnlichen die bekannteſte geworden.

Auffallen konnte dabei, daß von den drei Franzoſen, welche in der nächſten Umgebung Bonapartes bei den Friedensverhandlungen gegenwärtig waren, nicht einer dieſen Vorfall beſtätigt hat,

1) Vgl. Mémoires de Napoléon, IV, 215, oder die während des Druckes mir zukommende neue Ausgabe der Commentaires de Napoléon I, Paris, 1867, II, 119.

2) Life of Napoleon Buonaparte, III, chap. X.

ich meine Bonapartes Secretär Bourrienne und die beiden Adjutanten: den späteren Grafen Lavalette und den Marschall Marmont. Alle drei haben Memoiren hinterlassen; aber Lavalette, obgleich gerade über diese Zeit mittheilsam und besonders zur Erzählung charakteristischer Aeußerungen geneigt, schweigt ganz von einer solchen Scene. Marmont redet nur unbestimmt von verdrießlichen Auftritten, welche de Gallo durch Feinheit und Versöhnlichkeit verhütet oder wieder ausgeglichen habe. Bourrienne, damals noch im Besitze vollen Vertrauens, und wenn auch im Allgemeinen wenig zuverlässig, doch für das Jahr 1797 der am besten Unterrichtete, erklärt sogar ausdrücklich, etwas dieser Art könne gar nicht stattgefunden haben; der Ton im französischen Hauptquartier sei zu fein gewesen [1]). Dieser Grund möchte aber schwerlich ausreichend scheinen, auch blieb der Widerspruch Bourriennes vereinzelt und unbemerkt. Auf östreichischer Seite war Alles stumm. Was etwa die Gesandten mochten geschrieben haben, blieb im Dunkel des Archivs verborgen.

Und doch haben sie, wie man denken kann, nicht verfehlt, ihrem Hofe über einen so wichtigen Vorfall Auskunft zu geben. Es liegen sogar zwei Berichte Cobenzls darüber vor, die ich hier mitzutheilen nicht unterlassen darf, selbst auf die Gefahr, Einiges, das schon gesagt wurde, zu wiederholen.

Der erste, am 14. October noch unter dem Eindrucke des Ereignisses geschrieben, beginnt folgendermaßen: „Mein Herr! Bonapartes Benehmen wird mit jedem Tage beleidigender; jeden Augenblick erhebt er neue Forderungen, ohne sich an das zu binden, was er vierundzwanzig Stunden früher versprochen hat. Nachdem er uns nutzlos am 10. den ganzen Tag hatte warten lassen und am 11. statt um Mittag, wie er selbst bestimmt, erst um 8 Uhr Abends gekommen war, las er uns seinen Friedensentwurf vor in einer Conferenz, die nach Tische, also gegen 9 Uhr anfing. Dieser Entwurf enthielt mehrere neue, durchaus unzulässige Artikel, zum Beispiel die Bestimmung, alle unsere Häfen

1) Mémoires de Bourrienne, I, chap. XXI.

den Engländern zu verſchließen, die belgiſchen Emigranten von der Aufhebung des Sequeſters auszunehmen, die unbedingte Abtretung des Frickthals, die Anerkennung der cisalpiniſchen Republik, in welcher auch das Veltlin einbegriffen war, eine förmliche Anerkennung aller neuen Erwerbungen, die Frankreich im Reiche machen will, vom Kaiſer ſelbſt in dem öffentlichen Vertrage ausgeſprochen, überhaupt eine Abfaſſung, ſoweit als möglich von dem Entwurf entfernt, den ich ihm übergeben hatte."

„Die erſte Leſung dieſes Meiſterſtücks aus der Feder Bonapartes hatte ſchon lebhafte Erörterungen veranlaßt, während welcher der franzöſiſche Bevollmächtigte, aufgeregt, wie er war, nachdem er zwei Nächte nicht geſchlafen, ein Glas Punſch nach dem anderen leerte. Man begann nun Artikel für Artikel zu prüfen; über zwei oder drei hatte man ſich geeinigt und kam zu dem, welcher die Anerkennung der franzöſiſchen Gränzen im Reiche fordert. Als ich nun mit Mäßigung und mit der größten Ruhe auseinander ſetzte, es ſei unmöglich dieſen Artikel anzunehmen, und dagegen auf meinen Vorſchlag zurückkam, der Kaiſer werde, falls der Krieg fortdauern ſollte, dem Reiche nur ſein Contingent zur Unterſtützung ſtellen, erhob ſich Bonaparte mit der äußerſten Wuth, ſtieß eine Fluth von Schimpfreden aus, indem er ſeinen Namen in unleſerlicher Weiſe unter ein Exemplar jener Erklärung kratzte, die er ſchon einmal zu Protokoll gegeben hatte. Dann ohne die dafür nöthigen Förmlichkeiten zu beobachten, oder unſere Unterſchrift zu erwarten, ſetzte er im Conferenzzimmer ſelbſt den Hut auf und entfernte ſich. Bis auf die Straße fuhr er fort zu ſchreien, in einer Weiſe, die man nur der Trunkenheit zuſchreiben darf, ſo viel auch Clarke und die übrigen Perſonen ſeines Gefolges, die ihn in meinem Saale erwarteten, thun mochten, ihm ſein Unrecht zu beweiſen und ihn aufzuhalten. — Sie ſehen, was es heißt, mit einem Bonaparte unterhandeln," ſetzt Cobenzl in einem vertraulichen Briefe hinzu. „Er hat ſich benommen, wie jemand, der aus dem Narrenhaus entſprungen iſt. Darüber ſind ſeine eigenen Leute einig."

Mehr Einzelnheiten gibt der zweite Bericht vom 19. October,

welcher auch den Verlauf und das Ergebniß der Verhandlungen im Zuſammenhange darſtellt. „Als wir," heißt es, „dazu kamen, in einem geheimen Artikel zu beſtimmen, was die franzöſiſche Republik in Deutſchland in Beſchlag nehmen will, verlor der General Bonaparte alles Maß. Ich ſtellte ihm mit Feſtigkeit, aber zugleich mit Ruhe und Gelaſſenheit vor, der Kaiſer könne weder geheim noch öffentlich eine Gränze der Republik anerkennen, die noch nicht vorhanden ſei, und die zu beſtimmen er gar nicht das Recht habe; er thue ſchon mehr, als man von ihm fordern könne, wenn er verſpreche, beim Wiederausbruch des Krieges dem Reiche nur ſein Contingent zu ſtellen. Das Reich, ſeines einzigen und mächtigen Vertheidigers beraubt, werde gezwungen ſein, die Forderungen der franzöſiſchen Republik zu bewilligen; bei der Gewißheit, ihren Wunſch erfüllt zu ſehen, dürfe nun die Republik auch ihrerſeits ſich den nothwendigen Formen nicht widerſetzen, die das gerechte Zartgefühl des Kaiſers mit den neuen Beweiſen ſeiner Friedensliebe vereinigen könnten."

„Der franzöſiſche Bevollmächtigte, auf welchen ſichtlich der Punſch, den er getrunken, ſchon ſeine Wirkung äußerte, gerieth bei dieſen Worten in Wuth. Er ſagte, das Reich ſei eine alte Dirne, an der ſeit langer Zeit Jedermann Nothzucht übe; man nehme die Reichsverfaſſung nur zum Vorwand, um ſeinen Forderungen auszuweichen; immer habe der Sieg die franzöſiſchen Heere begleitet und werde ſie auch fernerhin begleiten; man rede zu Frankreich als Sieger, da man doch geſchlagen ſei; nicht einmal die Gleichheit bei der Unterſchrift wolle man ihm zugeſtehen; ich hätte ſogar im Hauſe des Marquis de Gallo den Vortritt vor ihm genommen, obgleich er der Obergeneral der italiäniſchen Armee ſei; er achte ſich höher als alle Könige und könne ein ſolches Betragen nicht länger dulden." Was folgt, iſt ſchon in dem früheren Schreiben enthalten. „Es iſt wahr," fügt Cobenzl hinzu, „daß ich am dritten Ort vor dem franzöſiſchen Bevollmächtigten den Vortritt genommen habe; ich ſah keinen Grund, ihm zu weichen, da ich nur in dieſer Eigenſchaft mit ihm zu thun hatte, und die gerechten Anſprüche Seiner Majeſtät des

Kaiſers, welche durch die Präliminarien anerkannt, auch eine unumgängliche Bedingung des jetzigen Vertrages bilden, mich vollkommen dazu berechtigten. Damit alles Unrecht und alles Lächerliche dieſer Scene auf Bonaparte zurückfiele, hatte ich niemals den Ton der ruhigen Würde verlaſſen, der einem Bevollmächtigten des Kaiſers ziemt."

„Ohne Zweifel wären wir mehr als befugt geweſen, jene Erklärung Bonapartes als ein Protokoll zu betrachten und eine Antwort zu geben, wie die gerechten Anſprüche des Kaiſers und die ungerechten Forderungen des Directoriums geſtatteten. Gleichwohl habe ich mich nicht enthalten können, in Erwägung zu ziehen, es ſei doch in hohem Maße bedauerlich, wenn das Blutvergießen blos deßhalb wieder anfinge, weil ein Bonaparte betrunken war; ich habe daher geglaubt, man müſſe ihm wenigſtens Zeit laſſen, in ſich zu gehen. Am folgenden Tage, dem 12., machte ihm der Marquis de Gallo auf meine Bitte einen vertraulichen Beſuch. Bonaparte geſtand, daß er viel zu heftig geworden ſei, wollte aber doch auf ſeinen lächerlichen Anſpruch der Alternative im Vertrag zurückkommen. Allein der Geſandte von Neapel erklärte beſtimmt, ich habe noch in der Nacht von Udine abreiſen wollen, und er habe mich nur mit Mühe beredet, meine Abreiſe um einige Stunden zu verſchieben; wenn ich nur reden hörte von dem Anſpruch, dem Kaiſer den Vorrang zu verweigern, oder wenn jene Erklärung zu Protokoll genommen würde, ſo könne Nichts mich aufhalten, und jede Hoffnung der Verſöhnung ſei verſchwunden. Darauf nahm Bonaparte noch einmal ſeine Note zurück. Er übergab dem Marquis de Gallo ſeinen Friedensentwurf ſowie die geheimen Artikel und den Nebenvertrag mit dem Erſuchen, ihn mir zu überbringen und mich zu bitten, die Aenderungen, die ich für nöthig hielte, vorzunehmen, damit er ſie prüfe und wo möglich ſeine Zuſtimmung gebe. Wir könnten dann ſogleich abſchließen, ohne wieder Conferenzen zu halten, die doch zu Nichts dienten, als ſich gegenſeitig zu erhitzen und zu reizen. Bonaparte betheuerte noch, die Erklärung, die er uns habe übergeben wollen, enthalte nur die ausdrücklichen Vorſchriften des Directoriums;

für Alles, was er in Italien uns bewillige, trage er die Verantwortung, man sei darauf in Frankreich keineswegs vorbereitet. Nach aller Mühe, die er während zweier Tage und zweier Nächte aufgewandt, seinen Friedensentwurf zu Stande zu bringen, nachdem er bis an die äußerste Gränze der Nachgiebigkeit gegangen sei und mehr als vierundzwanzig Artikel ausgestrichen habe, auf denen er nach der bestimmten Anweisung des Directoriums hätte bestehen sollen, sei es doch sehr unangenehm, seine Arbeit beinahe in sämmtlichen Punkten vereitelt zu sehen. Der Gesandte von Neapel stellte ihm vor, bei aller Mühe, die er sich gegeben, könne man gleichwohl nicht umhin, auch den Interessen des Kaisers dieselbe Rücksicht angedeihen zu lassen; die Bevollmächtigten seien also durchaus berechtigt, sie zur Erörterung zu ziehen."

„Die Erwägungen, welche ich schon früher aussprach," fährt Cobenzl fort, „bestimmten mich, auf den Vorschlag Bonapartes einzugehen und einen neuen Entwurf anzufertigen, dem seinigen so nahe, als die Interessen Sr. Majestät es zugaben. Aber nach dem, was vorgefallen, glaubte ich nicht, auf neuen Conferenzen bestehen zu müssen; auch hielt ich nicht für angemessen, daß der Bevollmächtigte, welcher vorzüglich durch das Vertrauen Sr. Majestät geehrt ist, sich noch ferner einem Ausfall aussetze, den man zum zweiten Male unmöglich hätte ertragen können. Dazu kam, daß leider für das Wesentliche der Friedensbedingungen doch Nichts mehr zu ändern war, die Schwierigkeit hauptsächlich nur die Redaction betraf, und darüber in vertraulicher Weise durch den Marquis de Gallo und den Grafen Merveldt verhandelt werden konnte, von denen besonders der Erstere in seiner Eigenschaft als Gesandter von Neapel gewissermaßen als Vermittler zwischen mir und Bonaparte zu betrachten war."

Wenn irgendwo, so mußte hier die Regel gelten, daß man in einem Streite beide Parteien hören soll. Nicht leicht werden zwei Berichte über dasselbe Ereigniß so weit von einander abweichen, als die hier mitgetheilten, obgleich doch beide, der östreichische sowohl als der französische, von Augenzeugen, ja von den handelnden Personen selbst geschrieben wurden. Welcher von

beiden aber der Wahrheit am Nächſten kommt, darüber läßt ſich, wie ich denke, nicht wohl ein Zweifel hegen. Unzweifelhaft iſt vorerſt, daß trotz der verſchiedenen Zeitbeſtimmung beide auf daſſelbe Ereigniß ſich beziehen. Ja, es bietet gerade jene Verſchiedenheit ein charakteriſtiſches Merkmal für die eigentliche Abſicht der Napoleoniſchen Erzählung. Um eine recht theatraliſche Wirkung zu erzielen, mußte dem heftigen Ausbruch des Zornes unmittelbar der Abſchluß des Friedens folgen. Darum wird das Ereigniß auf den Tag vor dem 17. October verlegt. Aus den öſtreichiſchen Berichten, die beinahe für jede Stunde den Fortgang der Verhandlungen verfolgen laſſen, wird man aber erſehen, daß am 16. und überhaupt nach dem 11. October gar keine Sitzung mehr ſtattgefunden hat, ja daß Cobenzl und Bonaparte vor dem Abſchluß des Friedens ſeit dieſem Tage ſich gar nicht wieder geſehen haben.

Ebenſo auffallend ſind andere Unrichtigkeiten. Denn wie konnte der franzöſiſche Bevollmächtigte beim Einſteigen in den Wagen dem Erzherzog Karl den Wiederanfang der Feindſeligkeiten ankündigen laſſen? Die gegenüberſtehenden öſtreichiſchen Truppen wurden nicht von dem Erzherzog, ſondern von dem General Terzy befehligt; der Erzherzog war ſchon beim Abſchluß der Präliminarien wieder an den Rhein zurückgekehrt, und im October weit entfernt in ſeinem Hauptquartier zu Schwetzingen [1]). Offenbar erfunden iſt auch die ganze Rede, welche Cobenzl in den Mund gelegt wird. Geſprochen ſind ſolche Worte allerdings, ſie ſind gewiſſermaßen ein Auszug deſſen, was der öſtreichiſche Geſandte in den früheren Sitzungen geäußert hatte. Nur in der Sitzung

1) Ein öſtreichiſcher Biograph des Erzherzogs iſt von der untrüglichen Glaubwürdigkeit der Napoleoniſchen Memoiren gleichwohl ſo feſt überzeugt, daß er treuherzig erzählt, der Erzherzog Karl ſei zu Mannheim durch eine derartige Botſchaft überraſcht worden. Ich bemerke noch, daß auch die in den Memoiren ſich anſchließende Erzählung, der franzöſiſche Bevollmächtigte habe die Anerkennung der Republik von Seiten des Kaiſers zurückgewieſen, eine unrichtige Stelle erhalten hat. Sie gehört, wie ſchon erwähnt, nicht nach Udine, ſondern nach Leoben.

vom 11. October, nachdem man bereits zwei Tage früher über alle ſtreitigen Punkte ſich geeinigt hatte, waren ſie durchaus nicht mehr am Ort. Zu Allem dieſem kommt noch, daß der franzöſiſche Bericht zwar von einem Augenzeugen, aber doch erſt nach zwanzig ſchickſalsvollen Jahren erſtattet wurde, unter Verhältniſſen, die es dem Erzähler noch mehr als gewöhnlich wünſchenswerth machten, die Ereigniſſe ſeiner früheren Zeit im vortheilhafteſten Lichte erſcheinen zu laſſen.

Die Oeſtreicher ſchreiben dagegen unmittelbar unter dem Eindruck des Ereigniſſes, und jedes ihrer Worte trägt ſo unverkennbar den Stempel der augenblicklichen Umſtände, daß es unmöglich in dieſer Weiſe ſich erfinden ließ. Im Allgemeinen wird man in dem, was ſie ſagen, den wahren Hergang erkennen dürfen; Einzelnheiten, insbeſondere die bedeutende Wirkung, die einem erhitzenden Getränke zugeſchrieben wird, mögen allerdings der gereizten Stimmung ihren Urſprung verdanken.

Sonderbar bleibt nur, daß gerade der Umſtand, auf welchen der franzöſiſche Bericht die entſcheidende Bedeutung legt, in den öſtreichiſchen ſich gar nicht erwähnt, nicht einmal angedeutet findet. Cobenzl ſpricht mit keiner Silbe von dem Zerbrechen eines Gefäßes und von Reden, die dabei vorgefallen ſeien. Hat er dieſen Umſtand abſichtlich verſchwiegen? wollte er vielleicht Thugut gegenüber ſich nicht die Blöße geben, daß er von dem franzöſiſchen General eine zu beleidigende Behandlung hingenommen habe? Man könnte es denken; in ſeinem Bericht iſt durchgehends ein derartiges Beſtreben nicht zu verkennen. Entgegen ſteht aber, daß er Reden und Vorfälle mittheilt, die für ihn und für den Kaiſer noch beleidigender waren, die ihn ſogar perſönlich angriffen, die er alſo von dieſem Geſichtspunkt aus weit eher hätte verheimlichen müſſen. Dazu iſt noch der ausdrückliche Widerſpruch Bourriennes in Rechnung zu bringen. Gleichwohl kann ich nicht annehmen, ein ſo eigenthümliches Ereigniß, deſſen auch ein gleichzeitiger Bericht ſchon Erwähnung thut, ſei ganz und gar erfunden worden. Eine beſtimmte Erklärung wage ich nicht zu geben. Man darf es nicht unmöglich nennen, daß Bonaparte abſichtlich in

der heftigen Aufregung das Gefäß zu Boden geworfen und in der Weiſe, wie er ſpäter angibt, ſich ausgedrückt habe. Ebenſo wahrſcheinlich lautet aber der Bericht jener rheiniſchen Zeitung, Bonaparte habe bei den ungeſtümen Bewegungen, von denen auch der öſtreichiſche Geſandte meldet, unverſehens ein Gefäß zu Falle gebracht, worauf dann, wie ſie ihm in den Mund kamen, Entſchuldigungen und Drohungen ſich folgen mochten. Man darf jedoch dieſe Einzelnheiten jetzt getroſt auf ſich beruhen laſſen. Denn das iſt als ſicher anzunehmen, daß ein derartiger Vorfall, wenn er ſtattgefunden hat, nicht mit langer Berechnung vorbereitet, daß er nicht der Mittelpunkt der Handlung und daß er überhaupt von erheblicher Bedeutung gar nicht geweſen iſt.

Und hier muß nun bemerkt werden, daß man dieſer Scene eine Wichtigkeit beigelegt hat, die ſie in keiner Weiſe anſprechen darf. Das Ganze war nichts Anderes, als der Ausbruch einer plötzlich überwallenden Heftigkeit, wie er in der diplomatiſchen Laufbahn Napoleons nicht blos einmal vorgekommen iſt. Man könnte an die Behandlung des Lord Whithworth in den Tuilerien und Metternichs in Dresden erinnern, nur daß in dieſen beiden Fällen die Wirkung viel bedeutender war. Die Scene in Udine hat dagegen wenig gehindert und noch weniger gefördert. Sie hat gehindert, daß Bonapartes ungeduldiger Wunſch nach einem unverweilten Abſchluß in Erfüllung ging, und Cobenzl Zeit gegeben, ſeinem Wunſche gemäß die Antwort aus Wien zu erwarten. Im Uebrigen konnte ſie erheblichen Einfluß gar nicht mehr äußern. Ueber alle wichtigen Dinge hatte man ſich bereits vorher geeinigt, der ganze Streit betraf nur Förmlichkeiten, freilich für den Kaiſer damals bedeutender, als ſie uns jetzt vorkommen. Für dieſe Punkte iſt die Heftigkeit Bonapartes aber beinahe wirkungslos geblieben; Cobenzl hat darin nicht nachgegeben, wenigſtens nicht in dem Umfange, der den Abſichten ſeines Gegners gemäß war. Der Artikel über das Ceremoniell zwiſchen dem Kaiſer und der franzöſiſchen Republik findet ſich in dem Vertrage von Campo Formio, wenn nicht ganz, wie Cobenzl wünſchte, doch genau in der Form, wie er ſchon zu Leoben feſt-

gestellt war, und in dem Artikel über die französischen Gränzen, der eigentlich den Streit veranlaßte, heißt es nicht, wie Bonaparte verlangte: der Kaiser erkennt an (reconnaît), sondern nur: der Kaiser gibt seine Zustimmung (consent), eine Ausdrucksweise, die freilich dem östreichischen Gesandten noch immer bedenklich schien, aber doch keine Verletzung der Reichsgesetze in sich schließt. Statt einer wirklichen Bedeutung für die Weltgeschichte hat die Scene nur insofern ein Interesse, als sie für Bonapartes Verfahren charakteristisch ist und zugleich recht anschaulich erkennen läßt, wie er in späterer Zeit seine Thaten darzustellen und auszuschmücken liebte, wie leicht er nicht nur bei Anhängern, sondern sogar bei den Gegnern Glauben gefunden hat, und wie schwer es ist, diese Erzählungen auf das richtige Maß zurückzuführen, wenn nicht eben, wie in diesem Falle, neue Quellen unerwartet die Wahrheit an den Tag bringen.

Man wird dies noch deutlicher erkennen, wenn man erfährt, was in der nächsten Woche bis zum Abschluß des Friedens sich ereignet hat. Cobenzl verwandte einen ganzen Tag, den 13. October, um den von Bonaparte vorgelegten Entwurf zu prüfen und einen neuen auszuarbeiten. Er ging keineswegs auf alle Forderungen seines Gegners ein, sondern im Wesentlichen auf das zurück, worüber man in der vorletzten Sitzung sich geeinigt hatte. In dem Artikel über Belgien machte er mehrere Verbesserungen rücksichtlich der Schulden, welche Frankreich zu übernehmen habe, und beseitigte die von Bonaparte geforderten Bestimmungen gegen die Emigranten. Den Artikel über die Erwerbungen des Kaisers in Italien stellte er in der Weise wieder her, wie er am 9. October vereinbart war; nur begnügte er sich statt des Po di Goro mit dem Po della Maestra, nachdem er sich versichert, daß derselbe für die Schiffahrt ungefähr gleichen Vortheil gewähre. Alles, was sich auf Veränderungen im deutschen Reiche bezog, wurde unter die geheimen Artikel gesetzt; mit Rücksicht auf den Streit-

punkt der letzten Sitzung schlug Cobenzl den Mittelweg ein, daß der Kaiser bei fortdauerndem Reichskriege nur sein Contingent stellen und in der Eigenschaft eines Königs von Ungarn und Böhmen seine guten Dienste versprechen solle, damit die französischen Ansprüche erfüllt würden. An dem besonderen Vertrag über die Räumung der von Frankreich und dem Kaiser zu erwerbenden neuen Besitzungen fand Cobenzl Nichts zu ändern. Danach sollten, wie der östreichische Gesandte als besonderen Vortheil hervorhebt, die venetianischen Provinzen übergeben werden, sobald Frankreich sich der Besitznahme von Mainz versichert halten dürfe, nicht erst, wenn dieselbe wirklich erfolgt sei. Er habe, fügt er hinzu, noch besonders darauf gedrungen, daß, wenn der Kaiser seine Truppen aus dem Reiche zurückziehe, auch die Franzosen das rechte Rheinufer räumen müßten, da man unmöglich das Reich ihrer Gnade überlassen könne, wenn sie die in Udine erlangten Zugeständnisse zu überschreiten versuchten. Statt des Frickthals, auf dessen Abtretung Bonaparte durchaus bestand, forderte er das Bisthum Passau. Am 14. war man mit dieser Arbeit fertig geworden; de Gallo und Merveldt übernahmen den Auftrag, den veränderten Entwurf im französischen Hauptquartiere vorzulegen. Auch Bonaparte suchte Cobenzl gegenüber wieder einzulenken; er ließ ihm durch einen Adjutanten bei dem Tode seines Onkels, der eben damals erfolgt war, seine Theilnahme aussprechen.

Schon aus den Gründen, die früher angegeben sind, war er entschlossen, den Frieden nicht zu verzögern, dazu kam noch das Hereinbrechen eines frühen Winters. Am Morgen des 13. Octobers, als er sich erhob, sah er die Berge mit Schnee bedeckt, die Nacht war kalt gewesen. „Vor dem halben October! welches Land!“ sagte er zu Bourrienne, der eben eingetreten war, „es geht nicht anders, man muß Frieden machen!“ Er begab sich in sein Cabinet, musterte sorgfältig alle Berichte über die Stärke seines Heeres und sagte zu Bourrienne: „Da habe ich 80,000 Mann unter Waffen, aber ich habe nicht 60,000 am Tage der Schlacht; ich werde sie gewinnen, aber an Todten, Verwundeten und Gefangenen wenigstens 20,000 Mann ver-

lieren. Wie kann ich allen Kräften Oeſtreichs widerſtehen, die Wien zu Hülfe eilen werden? Die Rheinarmeen, ſelbſt wenn ſie fertig ſind, brauchen wenigſtens noch einen Monat, um mich zu unterſtützen, und in vierzehn Tagen wird der Schnee alle Wege und Päſſe bedecken. Es bleibt Nichts übrig, ich mache Frieden. Venedig wird die Kriegskoſten und die Rheingränze bezahlen; das Directorium und die Advokaten mögen ſagen, was ſie wollen [1])."

Gleichwohl zeigte er ſich den beiden Geſandten am folgenden Tage wenig entgegenkommend, er beharrte noch immer auf einer förmlichen Anerkennung der Rheingränze von Seiten des Kaiſers, wollte weder in Italien Caſtelnovo, noch in Deutſchland Paſſau zugeſtehen, wies auch mehrere Vorſchläge Merveldts in Bezug auf die Räumung der italiäniſchen Erwerbungen zurück. Endlich erbot er ſich, Cobenzls Entwurf mit dem ſeinigen noch einmal zu vergleichen und am folgenden Tage, dem 15., durch Perret ſeine letzten Vorſchläge zu überſenden, damit man, wenn man einig wäre, ſogleich unterzeichnen könne. Er wiederholte, was er über die Nothwendigkeit eines ſchleunigen Abſchluſſes ſchon ſo oft geſagt hatte; denn von einem Augenblick zum anderen könnten neue Befehle des Directoriums jede Möglichkeit des Friedens vereiteln.

Dieſe Zuſammenkunft mit Perret fand am 15. ſpät Abends ſtatt und dauerte bis drei Uhr Morgens, ohne daß man doch zu einem Ergebniß gekommen wäre. Denn wie Bonaparte nicht viel zugeſtehen wollte, ſo hielt auch Cobenzl ſeine Forderungen aufrecht und veränderte danach den franzöſiſchen Entwurf [2]). Wenige

1) Vgl. Mémoires de Bourrienne I, chap. 21. Ein ganz ähnliches Geſpräch, in welchem noch beſonders die unpaſſende Wahl des General Augereau zum Befehlshaber der Rheinarmeen wirkſam erſcheint, hat Marmont in ſeinen Denkwürdigkeiten (I, 300) mitgetheilt.

2) Vgl. Cobenzls Bericht vom 18. October im Oeſtr. Staats-Archiv. Während derſelben Zuſammenkunft wollte Perret auch eine Denkſchrift zu Gunſten Kollontais und Piatolis, der gefangenen Leiter des polniſchen Aufſtandes, überreichen. Cobenzl wies aber dieſe Verwendung zurück. Er nannte

Stunden ſpäter trafen aber Nachrichten aus Wien ein, die in ſeinem Verfahren eine Wendung herbeiführten. Wir haben geſehen, daß er bisher ſo viel als möglich zögerte und noch am 8. October ſelbſt durch die drängendſten Forderungen ſich nicht bewegen ließ, auch nur ein Protokoll zu unterzeichnen. Denn vorerſt wollte er die Entſcheidung ſeines Hofes auf Bonapartes Ultimatum und die Wirkung erwarten, welche der Abbruch der Unterhandlungen in Lille hervorrufen könne. Dieſe Antwort traf am Morgen des 16. in Udine ein. Der Kaiſer ſelbſt ſprach in einem kurzen Briefe vom 12. October Cobenzl ſeine Zufriedenheit aus und erklärte ſich geneigt, auf die am 7. überſendeten Bedingungen, wenn auch Manches daran auszuſetzen bleibe, einzugehen. Thugut begleitet dies Schreiben mit einem vertraulichen eigenhändigen Briefe, zu bezeichnend für die Denkweiſe des Miniſters, als daß er hier nicht eine Stelle finden müßte. „Der Kaiſer," heißt es, „hat ſich entſchloſſen, Ihnen unmittelbar ſeine Abſichten kund zu geben. Um die ſchnelle Rückſendung des Couriers nicht zu verzögern, beſchränke ich mich auf einige Bemerkungen, die mein in Folge der traurigen Verhältniſſe ſehr leidender Kopf mir eben eingibt."

„Es iſt Etwas, daß wir eine Ausdehnung bis zum Hauptarm des Po di Goro erlangt haben; ſehr weſentlich wäre es aber, die weſtliche Gränze unſerer neuen Erwerbungen noch zu berichtigen. Unmöglich kann man ſich von Zevio bis Caſtelbaldo genau an die Etſchgränze halten. Legnago liegt zu beiden Seiten des Fluſſes, würde alſo danach zur Hälfte an die cisalpiniſche

---

Kollontai den Robespierre Polens und bemerkte, der Kaiſer könne mit demſelben Rechte die Freilaſſung der nach dem 18. Fructidor deportirten Volksvertreter fordern. Dagegen verdankten drei Franzoſen: Lafayette, Latour-Maubourg und Büreau de Puzi, die ſeit mehreren Jahren, zuerſt in Weſel und Magdeburg, dann in Olmütz gefangen ſaßen, ſchon am 19. September 1797 den Bemühungen Bonapartes ihre Freiheit. Neues wüßte ich über dieſe Angelegenheit nicht mitzutheilen, auch hängt ſie mit dem weſentlichen Inhalt der Verhandlungen nicht ſo nahe zuſammen, daß ich ausführlich darauf eingehen dürfte.

Republik fallen. Hätte man nur die geringſte Rückſicht für uns, ſo müßte man uns eine Linie zugeſtehen, die von Laeiſe zur Quelle des Tartaro, oder wenigſtens zu einer Quelle der anderen Flüſſe und Bäche führte, die nach Ausweis der Karte von dieſer Seite ſich in den Tartaro ergießen. Wir erhielten dadurch eine beſtimmtere Gränze, und nach ſo großen Opfern ſollte man wahrlich wegen eines ſo geringen Vortheils keine Umſtände machen; in jedem Fall iſt es nöthig, mit Legnago ein Gebiet von einiger Ausdehnung auf dem rechten Etſchufer zu verbinden."

„Kommt man zum Abſchluß, ſo wird der Kaiſer nicht umhin können, ſogleich nach der Unterzeichnung die Reichsdeputation zu berufen, damit der Congreß zu Raſtatt bald nach dem Wechſel der Ratificationen zur Eröffnung gelange. Denn wie ich ſchon die Ehre hatte Ew. Excellenz zu bemerken, nach der Berufung werden noch wenigſtens ſechs Wochen nöthig ſein, ehe die Deputirten ſich in Gang ſetzen können. Was ſollen wir thun, um die Schmach der Beſtimmungen, die wir rückſichtlich des Reiches zuzulaſſen gezwungen ſind, wenigſtens zu überkleiden? Die Geſchicklichkeit Ew. Excellenz iſt unſere einzige Hoffnung, Sie liefern ein wahres Meiſterſtück, wenn es Ihnen gelingt."

„Es ſcheint mir wünſchenswerth, daß man in dem öffentlichen Theil des Vertrages ganz vermeide, der geſetzlichen Gränzen Erwähnung zu thun; man könnte einfach ſagen, daß ein Congreß für den Reichsfrieden ſich in Raſtatt verſammeln würde, und daß der Kaiſer als Reichsſtand ſich vorbehalte, ſein geſetzliches Contingent zu liefern, falls unglücklicher Weiſe dieſer Congreß den erwünſchten Erfolg nicht haben ſollte."

„So wenig die Franzoſen geneigt ſind, Vernunft anzunehmen, ſie dürften doch darin keine Schwierigkeit finden, da ja alle Zugeſtändniſſe, über die man zu ihren Gunſten ſich einigt, um ſo klarer in dem geheimen Theil des Vertrages ihren Ausdruck finden."

„Ich glaube, es wäre geeigneter, feſtzuſetzen, daß der Herzog von Modena zur Entſchädigung Salzburg und das bairiſche Gebiet bis zum Inn erhielte, mit dem Vorbehalt, es gegen unſere Beſitzungen in Schwaben zu vertauſchen."

„Es ist unmöglich, den Kurfürsten von Mainz und Trier nicht eine Entschädigung für ihre Verluste durch geistliche Staaten auf dem rechten Rheinufer zuzusichern. Was den Kurfürsten von Köln betrifft, so scheinen mir seine Verluste nach dem letzten Entwurf nicht sehr bedeutend."

„Die Forderung des Herrn Gesandten von Neapel ist in Wahrheit sehr eigenthümlich. Gezwungen, wie wir sind, zu der schmachvollen Nothwendigkeit, einen beträchtlichen Theil des Reiches den Franzosen zu überliefern, wie hätten wir die Macht, wie fänden wir Entschuldigung, wollten wir einen Frieden, den wir durch so große Opfer erkaufen müssen, verzögern oder in Frage stellen, um die Absichten des Königs von Neapel auf die Inseln der Levante zu unterstützen? Ich habe das dem Marquis de Gallo in beiliegendem Schreiben begreiflich zu machen gesucht."

„Ich leide am Fieber und bin sehr krank vor Kummer über das, was geschieht, und das, was für die Zukunft in Aussicht steht. Ich nehme vollkommen Theil an aller Noth und Sorge, die Sie erdulden müssen, und es vergeht im Tag keine Stunde, daß meine Gedanken nicht bei Ew. Excellenz verweilen. Aber was soll man thun? In so großen Entscheidungen darf man sich nicht niederschlagen lassen, man muß sich härten gegen das Mißgeschick. Ich sehe voraus, gelingt es auch jetzt, Etwas zu unterzeichnen, so stehen wir doch noch lange nicht am Ende der Plagen und Chikanen, die uns erwarten. Aber was auch geschehen möge, thun wir, was in unseren Kräften steht. Empfangen Sie, ich bitte, die Versicherung der unzerstörbaren Anhänglichkeit, die ich Ew. Excellenz für das ganze Leben gewidmet habe[1])".

In Folge dieser Nachrichten lag es von nun an in Cobenzls Interesse, den Abschluß zu beschleunigen. Er wartete deßhalb die Rückkehr Perrets nicht ab, sondern sandte sogleich den Marquis de Gallo nach Passariano, um wo möglich ein Ende zu machen. Dieser fand aber, oder glaubte wenigstens zu finden, daß Bona-

1) Die Briefe des Kaisers und Thuguts finden sich im Oestr. Staats-Archiv.

parte den Frieden jetzt noch weniger wünſche, als am vorigen Tage. Er hörte, es ſei eben der General Bernadotte wieder angekommen; er bringe die Nachricht, im ſüdlichen Frankreich ſei Alles ruhig, ſo daß man über die dort befindlichen Truppen für den Krieg verfügen könne. Ferner habe das Directorium erkannt, daß man in die kaiſerlichen Erbſtaaten weit leichter von der ganz offenen italiäniſchen Seite als vom Rhein aus eindringen könne. Deßhalb ſei der Beſchluß gefaßt, ſich in Deutſchland auf die Vertheidigung zu beſchränken, einen Theil des Rheinheeres mit der Sambre- und Maas-Armee zu vereinigen und durch den Reſt die italiäniſche zu verſtärken. Bonaparte zeigte ſich unzugänglicher als jemals, de Gallo erhielt auf ſeine Vorſtellungen zu wiederholten Malen die Antwort: „Ich will jetzt den Frieden nicht mehr; die Forderungen des Herrn von Cobenzl mögen gerecht ſein, wir mögen Unrecht haben, die Dinge bis zum Aeußerſten zu treiben; aber es iſt einmal der Wille des Directoriums, wie können Sie verlangen, daß ich mich widerſetzen ſoll?“ Und doch war dieſe ſtarre, unfreundliche Haltung wahrſcheinlich nur auf de Gallo berechnet. Bonaparte hatte ſich entſchloſſen, den Krieg zu vermeiden, Bernadottes Erzählungen konnten ihn nicht wankend machen. Manches, was er mittheilte, mag ſogar zu Gunſten des Friedens gewirkt haben. Bernadotte hatte von den Directoren die Ausſicht erhalten, mit dem Kriegsminiſterium betraut zu werden. Man weiß, daß zwiſchen ihm und Bonaparte ſchon zu jener Zeit Mißtrauen und Eiferſucht im keimen waren. Neben Augereau als Oberbefehlshaber der Rheinarmeen konnte kaum eine andere Wahl für Bonaparte ſo unwillkommen ſein; nach dem ausdrücklichen Zeugniß Lavalettes hat ſie nicht wenig beigetragen, ihn zum Frieden zu beſtimmen [1]). Er zeigte ſich denn auch, als man die einzelnen Artikel durchging, nachgiebiger, als de Gallo erwarten mochte, und der Marquis pflegte ſpäter mit Vergnügen von dieſer Unterredung zu erzählen, in welcher ſeine diplomatiſche Geſchicklichkeit dem gewaltigen Gegner

1) Vgl. Mémoires de Lavalette I, chap. XIV.

noch einige Zugeſtändniſſe abgewonnen habe. In dem Artikel über die belgiſchen Schulden geſtattete Bonaparte eine Veränderung, die einen erheblichen Vortheil für den öſtreichiſchen Staatsſchatz in ſich ſchloß. Rückſichtlich der franzöſiſchen Erwerbungen in Deutſchland war er zwar durch Cobenzls letzten Vorſchlag noch nicht völlig befriedigt, begnügte ſich aber mit dem Ausdruck: „der Kaiſer gibt ſeine Zuſtimmung“, und ließ ſich auch den Zuſatz: „der König von Ungarn und Böhmen“ gefallen, den er vorher durchaus vermeiden wollte, um eine Zuſicherung von Seiten des Kaiſers als Reichsoberhaupt zu erlangen. Dieſelbe Form: „die franzöſiſche Republik gibt ihre Zuſtimmung“ bewilligte er dann auch für die Erwerbungen des Kaiſers in Italien; ebenſo die noch zuletzt beſtrittene Gränze der Poliſella. Ueber Caſtelnovo ſollten nach dem Frieden die beiderſeitigen Ingenieure ein Abkommen treffen. Bei der Anerkennung der cisalpiniſchen Republik wird das Veltlin nicht erwähnt; den belgiſchen Emigranten kommt die Aufhebung des Sequeſters zu Gute; ſtatt der geforderten Ausſchließung aller engliſchen Fahrzeuge wird nur beſtimmt, daß in keinem öſtreichiſchen Hafen mehr als ſechs engliſche Kriegsſchiffe zugleich aufgenommen werden. Auch der Artikel über das Ceremoniell, ſo wie er in Leoben feſtgeſtellt war, fand keinen Widerſpruch; doch beſtand Bonaparte darauf, daß gegenüber der cisalpiniſchen Republik vom Kaiſer dieſelben Formen, wie vormals in Bezug auf Venedig, beobachtet würden. Für die Ratification des Vertrages wurde ein Zeitraum von dreißig Tagen, und als Ort der Auswechslung Raſtatt feſtgeſetzt, wo der Reichscongreß ſpäteſtens innerhalb eines Monats eröffnet werden ſollte. Ein beſonderes Verdienſt glaubte de Gallo ſich dadurch zu erwerben, daß er in den geheimen Artikeln die Beſtimmung aufnehmen ließ, die neuerworbenen venetianiſchen Provinzen ſollten ausſchließlich als Entſchädigung für Belgien und die Beſitzungen des Kaiſers in Italien gelten. Doch konnte er für das Frickthal nicht das Bisthum Paſſau, ſondern nur das Verſprechen eines verhältnißmäßigen Erſatzes auswirken. Die Entſchädigung des Prinzen von Oranien hätte nach Cobenzls Wunſche weder in Schwaben, noch in Franken

gesucht werden sollen, aber Bonaparte ließ nur den Ausdruck zu, daß sie nicht in der Nähe der östreichischen Besitzungen und der batavischen Republik zu nehmen sei. Für die italiänischen Reichslehen wollte er gar keine Entschädigung bewilligen, auch das rechte Rheinufer noch nicht vollständig freigeben; nur aus Oberdeutschland, nicht aus den Stellungen vom Main abwärts bis zur Demarcationslinie sollten die französischen Truppen sich zurückziehen.

Auf diese Bedingungen kam dann endlich der Friede zu Stande. „Nachdem ich," berichtet Cobenzl am Tage nach dem Abschluß[1]), „alle Mittel erschöpft hatte, um ein den Wünschen des Kaisers mehr entsprechendes Ergebniß herbeizuführen, nachdem es zweimal zu einem völligen Bruch gekommen war, habe ich in Erwägung gezogen, man könne bei längerem Zögern nur verlieren, und da der Kaiser einmal geneigt sei, seinen Unterthanen den Frieden zurückzugeben, so müsse es so bald als möglich geschehen. Der Marquis de Gallo und der Graf Merveldt begaben sich deßhalb am 17. nach Passariano und erklärten, wir seien zur Annahme bereit. Als Ort der Unterzeichnung hatte ich das Rathhaus von Udine vorgeschlagen; da der französische Bevollmächtigte hierauf nicht eingehen wollte, kamen wir überein, das kleine Dorf Campo Formio zu wählen, das zwischen hier und Passariano gelegen, zu diesem Zwecke für neutral erklärt wurde. Ich hatte mich mit dem Freiherrn von Degelmann dorthin begeben; da aber ein neuer Zwischenfall den Abschluß des Friedens noch einmal zu vereiteln drohte, ließen mich der Marquis de Gallo und Graf Merveldt dringend bitten, doch zu ihnen nach Passariano zu kommen. Ew. Excellenz sind seit längerer Zeit von dem Vertrag zwischen dem König von Sardinien und der französischen Republik unterrichtet, welcher feindselige Bestimmungen gegen uns enthält, aber bisher vom Directorium nicht genehmigt war. Jetzt hatte eine Depesche des französischen Gesandten in Turin dem Ge-

1) Dieser sehr eingehende Bericht bildet für die Tage vom 11. bis zum 18. October die bedeutendste Quelle.

neral Bonaparte Kenntniß gegeben, die Genehmigung ſei ertheilt, und ein Courier des Directoriums auf dem Wege, ihm die Nachricht und neue Verhaltungsbefehle zu überbringen. Bonaparte wollte nun den Abſchluß bis auf den folgenden Tag verſchieben, um erſt zu wiſſen, warum es ſich handele. Es war dann ſehr möglich, daß er die Unterzeichnung verweigerte, oder wieder neue Anſprüche erhob. Um ihm jedes Mittel der Zögerung abzuſchneiden, baten mich meine Collegen, ſo bald als möglich nach Paſſariano zu kommen und den Vertrag dort zu unterzeichnen, wenn wir ihn auch von Campo Formio datirten. Als der franzöſiſche Bevollmächtigte uns Alle beiſammen ſah, war es ihm nicht mehr möglich, ſich zu weigern."

„Wenn es wahr iſt, was mir von dem General Berthier und der Umgebung Bonapartes geſagt wurde, ſo haben ſie der nächſten Poſt den Befehl gegeben, an Keinen, wer es auch ſei, Pferde zu verabfolgen. Denn ſie wünſchten, wir möchten fertig werden vor Ankunft des Grafen von St. Marſan, welcher vom König von Sardinien abgeſchickt war, um kriegeriſche Maßregeln gegen uns zu vereinbaren; auch fürchteten ſie die Ankunft eines Couriers aus Paris. Dieſer iſt nun heute eingetroffen und ſoll die Nachricht gebracht haben, daß an Truppen des Königs von Sardinien, aus dem Innern und von der Rheinarmee der General Bonaparte auf eine Verſtärkung von 80,000 Mann rechnen dürfe. Das iſt vielleicht übertrieben, aber wäre es auch nur die Hälfte, ſo hätten ſehr große Verlegenheiten daraus entſtehen können."

Es war einige Zeit erforderlich, um das umfangreiche Document des Friedens auszufertigen, und der Tag ging zu Ende, ehe man die Reinſchriften zum Abſchluß brachte. Bonaparte, am Ziele einer ſo bedeutenden Aufgabe, überließ ſich der heiterſten Stimmung. Auch den öſtreichiſchen Geſandten zeigte er die gewinnende Freundlichkeit, die ihm, wenn er wollte, zu allen Zeiten ſeines Lebens, aber vornehmlich in jenen erſten glücklichen Jahren eigen war. Als es Abend wurde, erzählt Lavalette, verbot er Licht herein zu bringen, man unterhielt ſich im Dunkeln durch

Geſpenſtergeſchichten. Gegen Mitternacht war Alles bereit. Man unterzeichnete, und wenige Stunden ſpäter befanden ſich der General Berthier und Monge, der ausgezeichnete Mathematiker, den Bonaparte beſonders ſchätzte, auf dem Wege nach Paris, um den Vertrag zu überbringen.

Auch Cobenzl berichtet, die letzte Zuſammenkunft in Paſſariano ſei von der freundlichſten Art geweſen. „Bonaparte", fährt er fort, „hat mir verſichert, daß die franzöſiſche Regierung mit aller Treue den Vertrag beobachten würde und durchaus geneigt ſei, mit unſerem Hofe das vollſte Einverſtändniß zu unterhalten. Ich habe ihm erwiedert, der Kaiſer ſei dazu nicht weniger geneigt, und die franzöſiſche Republik könne immer eine völlige Gegenſeitigkeit des Verfahrens erwarten."

„Bonaparte entſchuldigte ſich wegen deſſen, was kürzlich bei mir vorgefallen war. Er ſagte, ein Soldat, gewohnt, alle Tage ſein Leben aufs Spiel zu ſetzen, und noch im Feuer der Jugend, könne nicht Maß halten, wie ein vollendeter Diplomat; übrigens hätten wir von der einen wie von der anderen Seite die Intereſſen unſerer Länder kräftig aufrecht gehalten. Ich antwortete, der Tag, an welchem wir eben den Vertrag unterzeichnet, ſei nicht die Zeit, mich des Vorgefallenen zu erinnern, und wir umarmten uns in ſehr herzlicher Weiſe. Das iſt", ſetzt Cobenzl noch hinzu, „der Ausgang unſerer Verhandlung, auf welche die Augen von ganz Europa gerichtet ſind. Er war gewiß ſehr verſchieden von dem, was die Intereſſen Sr. Majeſtät erfordert hätten, aber ich bin überzeugt, daß es unter den gegenwärtigen Umſtänden unmöglich war, mehr zu erhalten, und daß der Krieg unvermeidlich erfolgt wäre, hätte ich nur einen Augenblick länger gezögert."

Siebentes Kapitel.

Inhalt und Ausführung des Friedens von Campo Formio.

Der Friede von Campo Formio enthält fünf und zwanzig öffentliche und siebenzehn geheime Artikel, daneben einen besondern Vertrag über die Ausführung in sieben gleichfalls geheimen Artikeln. Der öffentliche Theil bringt die Bestimmungen über Belgien, die jonischen Inseln und das venetianische Albanien (Art. 3, 4, 5), die Erwerbungen des Kaisers nach der italiänischen Seite und das Gebiet der cisalpinischen Republik (Art. 6, 7, 8), ferner über die Entschädigung des Herzogs von Modena, den Congreß zu Rastatt und das Ceremoniel (Art. 18, 20, 23). Die östreichische Gränze führt von Tyrol über den Gardasee nach Lacise, von da in einer durch die beiderseitigen Ingenieure zu vereinbarenden Linie nach St. Giacomo an der Etsch, folgt dem Laufe dieses Flusses, dem weißen Canal, dem Tartaro, der Polisella und dem Hauptarme des Po. Die Schiffahrt auf den Gränzgewässern soll frei und von jedem Zoll unbelästigt bleiben (Art. 11). Oestreich und Frankreich werden einen Handelsvertrag zum Abschluß bringen (Art. 15) und noch andere Begünstigungen des Verkehrs sich gegenseitig zu Theil werden lassen. Innerhalb dreißig Tagen soll der Friede ratificirt werden, mit Auswechslung der Ratifications-Urkunden hören alle Lieferungen, Contributionen und sonstigen Kriegsleistungen in den besetzten Gebieten auf (Art. 25, 22). Alle Kriegsgefangenen und Geißeln werden binnen vierzig Tagen zurückgegeben (Art. 21).

Für Deutschland das Wichtigste waren die geheimen Artikel. Der Kaiser und König von Ungarn und Böhmen gab seine Zustimmung und versprach seine guten Dienste, daß die französische Republik beim Reichsfrieden die von ihr geforderte Gränze er-

halte. Dieſe Gränze folgt von der Schweiz dem Laufe des Rheines bis zur Mündung der Nette nahe bei Andernach, darauf dieſem Fluſſe bis zu ſeiner Quelle, geht weiter weſtlich nach Kerpen, von da nordwärts in der ſchon angegebenen Weiſe durch die Eifel, die Roer entlang und über Erkelenz an die Maas nach Venlo. Sollte trotz der kaiſerlichen Verwendung das Reich ſeine Zuſtimmung weigern, ſo verpflichtete ſich der Kaiſer, nicht mehr als ſein Contingent zu ſtellen, das zudem nicht in den Feſtungen verwendet werden dürfe (Art. 1). Demnächſt trat Oeſtreich die Grafſchaft Falkenſtein und das Frickthal ab. Da jedoch die venetianiſchen Provinzen ausſchließlich als Entſchädigung für Belgien und die Verluſte in Italien gelten ſollten, ſo verſprach die Republik ihre guten Dienſte, daß der Kaiſer für das Frickthal eine verhältnißmäßige Entſchädigung, ſowie für Falkenſtein und den Breisgau das Erzbisthum Salzburg und das bairiſche Gebiet rechts vom Inn mit der feſten Stellung von Waſſerburg erhalte (Art. 3—6). Wenn eine von beiden Mächten außer den vereinbarten eine neue Erwerbung in Deutſchland mache, ſollte der anderen ein Aequivalent zu Theil werden (Art. 7).

Ferner verſprach der Kaiſer ſich dahin zu verwenden, daß das Reich auf ſeine Oberherrlichkeits- und Lehns-Anſprüche in Italien verzichte (Art. 11). Denjenigen Reichsſtänden, welche durch den Frieden Verluſte erlitten, namentlich den drei geiſtlichen Kurfürſten, Pfalzbaiern, Würtemberg, Baden, Zweibrücken, Heſſen-Kaſſel und Heſſen-Darmſtadt, Naſſau-Saarbrück, Salm-Kyrburg, Löwenſtein-Wertheim, Wied-Runkel und Leyen war eine angemeſſene Entſchädigung in Deutſchland zugeſagt, welche nach gemeinſamer Uebereinkunft mit Frankreich geregelt werden ſollte (Art. 12). Auch das Haus Oranien ſollte in Deutſchland entſchädigt werden, nur nicht in der Nachbarſchaft des öſtreichiſchen oder bataviſchen Gebietes (Art. 8). Dem König von Preußen verſprach Frankreich ſeine linksrheiniſchen Beſitzungen zurückzugeben. In Folge deſſen würde er aber — das verbürgten beide Theile ſich ausdrücklich — keine neue Erwerbung machen (Art. 9).

Zwanzig Tage nach dem Austauſch der Ratificationen ſollten

die kaiserlichen Truppen Mainz, Ehrenbreitstein, Philippsburg, Mannheim, Königstein, Ulm und Ingolstadt räumen und aus dem Reichsgebiet in die Erbstaaten sich zurückziehen. Zu derselben Zeit wollten die Franzosen die venetianischen Erwerbungen dem Kaiser überlassen (Art. 13, 14), jedoch nach dem fünften Artikel des Zusatzvertrages nicht eher, als sie der Besitznahme von Mainz versichert seien. Nach der Besitznahme sollten auch die Stellungen am rechten Rheinufer zwischen Mainz und Basel, mit Ausnahme Kehls, von ihnen geräumt werden, aber das Gebiet zur rechten Seite des Main und der Nidda bis zum Reichsfrieden in ihrem Besitze bleiben.

Vergleicht man diesen Friedensschluß mit den Präliminarien von Leoben, so springt der Unterschied nur zu deutlich in die Augen. Deutschland verlor, wenn nicht das ganze, doch den größten und wichtigsten Theil des linken Rheinufers, und mit der Integrität seines Gebietes war auch die Integrität der Verfassung schwer bedroht. Den benachtheiligten Fürsten war auf Kosten des Reiches Entschädigung versprochen. Daß sie in Säcularisationen zu suchen sei, verfügt zwar der zwölfte Artikel nicht mit bestimmten Worten, es war aber vorauszusehen und vom Kaiser selbst, wenigstens zum Theile, dadurch zugestanden, daß er einen der bedeutendsten geistlichen Staaten, das Erzbisthum Salzburg für sich in Anspruch nahm. Und was ließ sich von der neuen Ordnung des Reiches erwarten, wenn so entscheidende Veränderungen im Einverständniß mit den Franzosen, also in ihrem Interesse erfolgen sollten? Cobenzl rühmt zwar mit kurzsichtiger Schadenfreude als besonderen Vortheil, daß Preußen seine Hoffnungen auf neuen Landerwerb getäuscht finden werde. Aber keine andere Bestimmung ist der Ausführung des Vertrages und vielleicht dem eigenen Interesse des Kaisers so nachtheilig geworden. Aus den Erlebnissen in Leoben und Udine hätte Thugut wohl die Belehrung gewinnen können: es würde unmöglich sein, erweiterten Forderungen der Franzosen sich wirksam zu widersetzen, wenn man nicht vorerst die Interessen der anderen deutschen Macht mit den eigenen in Einklang brächte.

Für die öſtreichiſche Monarchie waren die Bedingungen leidlicher; ſie erhielt ſtatt des fernen, ſchwer zugänglichen Belgiens in den venetianiſchen Provinzen eine längſt gewünſchte Abrundung und die Mittel zur Bildung einer Seemacht. Daß gleichwohl der Friede nicht als ein Vortheil zu betrachten ſei, ſagt ſchon Thugut in dem Briefwechſel mit Cobenzl, und wer den Folgen dieſer Ereigniſſe weiter nachgeht, muß es noch deutlicher erkennen. Für Oeſtreich, wie es bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts ſich entwickelt hatte, beſtand unſtreitig kein größeres Intereſſe, als ſich nach Weſten auszudehnen und dadurch das deutſche Element in dem Maße zu verſtärken, daß es zur Leitung eines Staates ſo verſchiedener Nationalitäten die Kraft erhielt. An Verſuchen dazu fehlt es nicht, aber ein beſonderer Unſtern hat über allen gewaltet. Faßt man die Gebiete zuſammen, welche ſich im Laufe verſchiedener Zeiten in der Hand öſtreichiſcher Fürſten befunden haben, ſo können ſie von der Gränze des alten Erzherzogthums das Meer erreichen. Aber beinahe alle: Belgien, Lothringen, Elſaß, die ſchwäbiſchen Gebiete, Würtemberg, Baiern, ſind wieder verloren worden, und ſo begegnet man der auffallenden Erſcheinung, daß ein Haus, ſeit Jahrhunderten das angeſehenſte in Deutſchland und Jahrhunderte lang im Genuß der kaiſerlichen Rechte, ſeine Beſitzungen im Reiche nicht erweitern konnte, ſondern bei übrigens ſteigender Macht ſich mehr und mehr nach Oſten zurückdrängen ließ. Immer blieb aber noch die Hoffnung, das Verlorene wieder zu gewinnen und das ſo lange erwünſchte Ziel zu erreichen. Mit dem Frieden von Campo Formio tritt eine entſcheidende Wendung ein, deren ganze Bedeutung eigentlich erſt in letzter Zeit vollkommen klar geworden iſt. Nicht nur Belgien ging verloren, auch der Breisgau ſollte zur Entſchädigung an den Herzog von Modena fallen, und durch Säculariſationen der Einfluß, welchen der Kaiſer auf deutſche Gebiete noch behauptete, zum größten Theil beſeitigt werden. Die neu erworbenen venetianiſchen Provinzen drängten das Schwergewicht der Monarchie abermals nach Oſten zurück und ſind dann, bis auf unſere Tage, die Urſache unendlicher Verwicklungen und Uebel-

ſtände geworden. Inſofern dieſe Wendung unter Thuguts Miniſterium ſich vollzieht, mag man ihn als den Schöpfer der neuen Weltſtellung Oeſtreichs anſehen; nur wird man leicht erkennen, daß nicht die wirkungsloſe geheime Convention vom 3. Januar 1795, ſondern nach langen Kämpfen der Friede von Campo Formio die Entſcheidung gegeben hat.

Daß dieſer Vertrag weder vom Standpunkte des Rechtes noch des Vortheils zu billigen, daß er für Deutſchland und Italien die Quelle unſäglichen Unheils geworden ſei, wer möchte es beſtreiten? Gleichwohl muß ich glauben, die genaue Kenntniß der Umſtände, aus denen ein ſolches Ergebniß ſich entwickeln konnte, werde das Urtheil nicht geſchärft, ſondern gemildert haben. Nicht freiwillig, nicht leichtfertig hatte der Kaiſer das Reich ſeinem Schickſale preisgegeben, ſondern nachdem Oeſtreich durch eine lange Folge meiſt unglücklicher Feldzüge aufs Aeußerſte erſchöpft, von Rußland verlaſſen, von Deutſchland unzureichend unterſtützt, auf eine glückliche Wendung durch die Waffen nicht mehr rechnen durfte. Hätten die übrigen deutſchen Staaten nur die Hälfte von dem, was der Kaiſer that, für das Reich thun wollen, man darf glauben, daß kein Franzoſe über den Rhein gekommen wäre. In den meiſten Fällen iſt nichts leichter, als lange nach den Ereigniſſen die Fehler einer politiſchen Maßregel und die Art, wie ſie ſich hätten vermeiden laſſen, ins Licht zu ſetzen. Aber ich wüßte in der That nicht anzugeben, wie der Kaiſer auf anderem Wege noch größeres Unheil von Deutſchland hätte abwehren können. Daß die Franzoſen, ohne Mainz zu erhalten, keinen Frieden eingehen würden, war unzweifelhaft; man ſtelle ſich die Lage Oeſtreichs und Frankreichs im Herbſt 1797 vor und entſcheide, ob der Krieg einige Wahrſcheinlichkeit günſtigen Erfolges zeigte. Es iſt aufs bitterſte getadelt worden, daß die deutſche Feſtung von kaiſerlichen Truppen geräumt und, dem Schutze wenig brauchbarer Reichscontingente überlaſſen, den Franzoſen ſo gut wie ausgeliefert wurde. Das Ereigniß iſt traurig und ſchmachvoll genug; nur ſollte man nicht vergeſſen, was vorher geſchehen war, um die Stadt für Deutſchland zu erhalten, wie ſchwer der Kaiſer den

Entſchluß ſich abringen ließ, der dem deutſchen Norden mehr als zwei Jahre früher ſo leicht geworden war. Neuere Geſchichtſchreiber haben nicht verſäumt, die „fieberhafte Lüſternheit“ Thuguts nach dem venetianiſchen Raube hervorzuheben. Aber es handelte ſich nicht blos um einen Raub, ſondern zugleich um Beſeitigung der unmittelbar dringendſten Gefahren. Man denke nur, was es bedeutete, einen Gegner, wie Bonaparte, an der Spitze eines mächtigen Heeres in Beſitz der Alpenpäſſe zu ſehen, von wo aus er in vierzehn Tagen Wien erreichen konnte.

Wollte man in den Briefen Thuguts und der öſtreichiſchen Geſandten wenige Stellen unterdrücken, ſo könnten ſie ſelbſt vor den patriotiſchen Anforderungen unſerer Zeit die Probe beſtehen. So wie ich ſie mittheilte, und ich glaube nicht, daß ein charakteriſtiſcher Ausdruck übergangen wurde, beweiſen ſie gerade das, was man erwarten mußte. Wir finden Staatsmänner, die ſich vor Allem als öſtreichiſche Miniſter fühlten, die Intereſſen Deutſchlands keineswegs gering, aber doch die Intereſſen Oeſtreichs noch höher achteten, die in Italien wie in Deutſchland am liebſten Jeden bei ſeinem alten Beſitz gelaſſen hätten, aber, da dies unmöglich wurde, nicht anſtanden, ſo viel für ſich zu nehmen, als zu bekommen war. Jeder Schmälerung des Reichsgebietes, jeder Veränderung der Reichsverfaſſung ſetzen ſie ſich entgegen, und es iſt gar kein Grund für die Annahme, dies ſei nur zum Schein geſchehen, um den Preis der Nachgiebigkeit zu ſteigern. Cobenzl hatte allerdings die Vollmacht erhalten, äußerſten Falles die franzöſiſchen Forderungen am Rheine zu bewilligen, aber nicht eher als jeder andere Ausweg verſchloſſen und fernere Weigerung einer Kriegserklärung gleich zu achten war. Was der Reichstag mit Recht dem Kaiſer hätte zum Vorwurf machen können, iſt die Geneigtheit, gegen bedeutende Vortheile in Italien auch die rheiniſchen Gebiete aufzugeben, welche von den Franzoſen noch nicht unbedingt in Anſpruch genommen wurden; wie denn Cobenzl in der Sitzung des 7. Octobers den geſammten Reſt des linken Ufers anbietet, um dafür die Legationen zu erhalten. Hier liegt in der That einer der Fälle vor, in welchen die öſtreichiſchen

Interessen den deutschen, oder genauer: ein großes Interesse Oestreichs nach der italiänischen Seite einem kleineren nach der deutschen Seite vorgezogen wurde. Neben diesem Anerbieten, das übrigens nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Verhandlungen geäußert hat, darf man aber nicht vergessen, daß der östreichische Bevollmächtigte sich stets bereit erklärt, gegen Rückgabe des linken Rheinufers in Italien bedeutende Opfer zu bringen, daß er verschiedene Anträge, freilich geringer als die Legationen, aber doch erheblich genug, für den Rest des linken Rheinufers zurückweist. Erfreulich ist das Schauspiel dieser Verhandlungen gewiß nicht, und ebenso wenig kann man die Personen, die darin thätig waren, als musterhaft hinstellen. Betrachtet man sie jedoch unter dem Einfluß der Zeit, in welcher sie lebten, unter den schwierigen Verhältnissen, mit denen sie zu kämpfen hatten, so kann ich in ein unbedingtes Verdammungsurtheil noch weniger einstimmen; es scheint mir, daß sie auf unsere Achtung und Theilnahme wohl einiges Anrecht besitzen.

Ich habe auf den früheren Blättern mich schon so viel mit fremden Meinungen beschäftigt, daß man mir erlassen wird, was über die Verhandlungen in Udine von Anderen geäußert worden, im Einzelnen zu erörtern. Einige Irrthümer sind gelegentlich angemerkt, andere werden dadurch zugleich berichtigt und entschuldigt, daß jetzt zuerst die entscheidenden Urkunden zu allgemeiner Kenntniß gelangen. Sonderbar, daß häufig auch die Bedingungen des Vertrages, welche doch Jedem vor Augen lagen, irrig angegeben sind. Von allen am willkürlichsten verfährt Thiers. Man erinnert sich, daß Cobenzl mit besonderer Genugthuung hervorhebt, Preußen solle die Provinzen am linken Rheinufer zurückerhalten und auf Entschädigung im Reiche keinen Anspruch haben. Thiers läßt gerade im Gegentheil den Kaiser versprechen, er würde dem König von Preußen für die linksrheinischen Besitzungen, welche an Frankreich fallen sollten, eine Entschädigung auswirken. Dieser Irrthum ist in eine Reihe anderer Werke, sogar in die fleißige Geschichte Venedigs von Romanin übergegangen. Häusser gibt zwar die Hauptbestimmungen des Vertrages richtig an, verändert aber mehrmals

in willkürlicher Weiſe, wo er ſie ſpäter zur Begründung ſeines, wie man denken kann, ſehr ſtrengen Urtheils verwendet. Ich halte jedoch nicht für nöthig, ausführlicher darauf einzugehen, zumal wo ich dem Ziele meiner Aufgabe mich nähere, und nur Weniges zu bemerken mir noch übrig bleibt.

Wir haben geſehen, wie die Präliminarien von Leoben von dem Directorium zwar genehmigt, aber nicht beobachtet wurden. Es fragte ſich, ob der Friede von Campo Formio ein ähnliches Schickſal haben, ja, ob er nur die Ratification erlangen würde. Bonaparte hatte in den acht Tagen, welche dem Abſchluß vorhergingen, ſeit jenem Briefe vom 10. October, gar nicht mehr geſchrieben, obgleich er doch die höchſte Entſcheidung in unmittelbar nächſte Ausſicht ſtellte. In Paris war man in der äußerſten Spannung; noch am 29. September hatte Larevelliere-Lepeaux in heftigen, beſtimmten Worten gegen jedes Zugeſtändniß ſich ausgeſprochen. Wenige Tage ſpäter langte aber das Entlaſſungsgeſuch Bonapartes vom 25. September an und verfehlte ſeine Wirkung nicht. Der Director antwortet ſogleich; er ſucht Bonapartes Vorwürfe zu widerlegen, das Entlaſſungsgeſuch wird, wie zu denken iſt, nicht angenommen [1]). Einige Zeit nachher kam Bottot zurück; man hörte noch eindringlicher, wie unzufrieden Bonaparte war. Am 21. October ſchreibt Larevelliere abermals; er geht ausführlich auf alle Klagen und Beſchwerden ein; mehrere Forderungen werden bewilligt, bedeutende Verſtärkungen verſprochen; er gibt Nachricht, daß der Vertrag mit Sardinien genehmigt ſei. Im Uebrigen verweiſt er wieder auf das Ultimatum. Der Herzog von Toskana ſoll gleich, wenn der Krieg wieder anfängt, vertrieben werden, Parma mag mit Rückſicht auf Spanien noch einige Zeit ſein Daſein friſten; endlich folgt — eine Kühnheit, die man noch niemals ſich erlaubt hatte — die Bemerkung: „das Directorium erkennt die Nothwendigkeit, Unterhändler zu ernennen, um Sie der Sorge für die politiſchen Angelegenheiten zu entheben und ungetheilt den mili-

1) Vgl. den Brief Larevelliere-Lepeaux' vom 3. October in der Correspondance inédite IV, 237.

tärischen Anordnungen zu überlassen. Geeignete Maßregeln sollen rücksichtlich dieses Punktes ergriffen werden[1])." Augenscheinlich waren alle Wünsche auf den Krieg gerichtet; da langten am Morgen des 26. Berthier und Monge mit Bonapartes Brief vom 18. October an. Es folgte eine Sitzung des Directoriums; Rewbell und Merlin wollten die Zustimmung verweigern, aber sie wurden von den drei Anderen überstimmt. Die Nachricht des Friedens war in Paris schon verbreitet und mit unermeßlichem Jubel begrüßt. Das Directorium mußte den heftigsten Widerstand befürchten, wenn es auf einem neuen Kriege bestand, und wer bürgte, daß er einen glücklichen Ausgang nehmen würde, da der Feldherr, dem man Alles verdankte, dann voraussichtlich seine Entlassung forderte? Auch blieb immer die Auskunft, einstweilen zu genehmigen und später die Bedingungen einseitig zu verändern. So erfolgte die Antwort noch schneller und unterwürfiger, als Bonaparte nur erwarten konnte. Der Friede wird bestätigt, und der General selbst zum Bevollmächtigten für den Rastatter Congreß ernannt[2]). „Die Ungewißheit," schreibt Larevelliere, „in welche die Regierung durch Ihr Schweigen seit dem 20. Vendemiere (11. October) versetzt war, hat bei Ankunft der Bürger Berthier und Monge einer lebhaften Genugthuung Raum gegeben. Die Regierung beeifert sich, Ihnen die Freude, welche sie empfindet und welche von der Nation getheilt wird, und zugleich die verdiente Erkenntlichkeit auszudrücken für die Art, in welcher Sie die unsterblichen Erfolge des italiänischen Feldzuges gekrönt haben. Sie haben mit dem Ungestüm des Sieges die Mäßigung des wahren Muthes und die Weisheit der Unterhandlungen vereint. Hätten Sie nur verstanden Schlachten zu gewinnen, so wären Sie nichts als ein großer General gewesen. Aber Sie haben nach einem höheren Ziele gestrebt. Sie haben ein General Bürger sein wollen. Sei dieser glorreiche Name Ihre erste Vergeltung."

1) Vgl. Correspondance inédite IV, 246.

2) Vgl. den Brief Larevelliere-Lepeaux' vom 26. October in der Correspondance inédite IV, 249.

„Der Friede iſt alſo abgeſchloſſen“ fügt Talleyrand mit größerer Wärme hinzu, „ein Friede nach Art Bonapartes. Empfangen Sie den herzlichſten Glückwunſch, mein General. Die Worte fehlen, um Alles auszudrücken, was man in ſolchen Augenblicken ſagen möchte. Das Directorium iſt befriedigt, das Publikum entzückt, Alles geht vortrefflich. Vielleicht giebt es einiges Geſchrei von Seiten der Italiäner, aber daran liegt nichts. Leben Sie wohl, General Friedensſtifter! Leben Sie wohl! Freundſchaft, Bewunderung, Ehrfurcht, Dankbarkeit! Man weiß nicht, wo man aufhören ſoll.“ Auch der geſetzgebende Körper ſäumte nicht, die Genehmigung zu ertheilen, obgleich insbeſondere Sieyes gegen die Auslieferung Venedigs heftigen Widerſpruch erhob[1]). Schon zu Anfang November trat in Verona eine Commiſſion für die Gränzberichtigung zwiſchen Oeſtreich und der cisalpiniſchen Republik zuſammen. Am 17. konnte Bonaparte von Mailand abreiſen; er ging über Turin durch die Schweiz nach Raſtatt, wo er am 25. November eintraf.

Der Kaiſer, welcher von allen Bedingungen des Friedens ſchon im Voraus die genaueſte Kenntniß beſaß, konnte nicht anſtehen, die Genehmigung zu ertheilen. Die Bevollmächtigten erhielten koſtbare Geſchenke, de Gallo das goldene Vließ; dem General Bonaparte verehrte der Kaiſer noch beſonders ſechs der ſchönſten weißen Pferde, und wer nach Vorbedeutungen lüſtern war, mochte zwei Jahre ſpäter mit Genugthuung dies Geſpann vor dem Wagen ſehen, in welchem der erſte Conſul ſeinen feierlichen Einzug in die Tuilerien hielt. Da der Congreß zu Raſtatt binnen Monatsfriſt eröffnet werden ſollte, ſo erging ſchon am 1. November ein Commiſſionsdecret, das den Reichstag zur Eile mahnte. Den Kaiſer als Reichsoberhaupt ſollte Graf Metternich, der Vater des ſpäteren Staatskanzlers, Oeſtreich als Mitglied der Friedensdeputation der Graf Lehrbach vertreten. Zudem ſandte der König von Ungarn und Böhmen noch als außerordentlichen Bevollmächtigten den Grafen Ludwig Cobenzl ab.

---

1) Vgl. Sandoz, Berichte vom 31. October und 6. November 1797.

In Regensburg hatten ſich ſeit dem Frühling Spannung und Beſorgniß immer geſteigert. Die Ungewißheit über den Inhalt der Präliminarien wurde nicht aufgeklärt. Hauptangelegenheit der folgenden Monate war die Frage, ob man zum Schutze der Reichsintegrität die Vermittlung Rußlands anrufen ſolle, ohne daß man doch zu einem feſten Entſchluß ſich geeinigt hätte. Mit dem Anfang des Septembers lauteten die Nachrichten vom linken Rheinufer von Tag zu Tage bedenklicher; am 22. wurde in den rheiniſchen Städten das erſte Jahr der deutſchen Freiheit oder die Errichtung einer cisrhenaniſchen Republik gefeiert, Alles mehr und mehr für die Vereinigung mit Frankreich oder wenigſtens für die dauernde Trennung von Deutſchland vorbereitet. Durch dieſe drohenden Ereigniſſe bewogen gab der Kurfürſt von Köln in einem Schreiben vom 4. October ſeinem Geſandten die Weiſung, auf unverweilten Zuſammentritt der Reichsfriedensdeputation anzutragen. Es geſchah im Einverſtändniß mit Thugut, der, wie früher erwähnt, eben damals in der ſchleunigen Berufung des Raſtatter Congreſſes noch ein letztes Mittel zur Erhaltung des linken Rheinufers in Anwendung bringen wollte. Am 25. October kam man ſo weit, daß der Antrag im Reichsrath verleſen wurde. Unterdeſſen war aber am Abend vorher die Nachricht von dem Friedensſchluß aus Wien eingetroffen, worauf man ſich entſchied, vorerſt weitere Auskunft zu erwarten [1]).

Am 4. November empfing dann Hügel das erwähnte Commiſſionsdecret. Der Kaiſer wies den Reichstag an, die Inſtructionen für die Friedensdeputation nunmehr auszufertigen, damit die Bevollmächtigten der deputirten Reichsſtände baldmöglichſt ſich in Raſtatt verſammeln könnten. Er forderte zugleich die deputirten Stände auf, daß ſie, dem großen Erhaltungsgeſetze der Einheit und Geſammtheit des deutſchen Reiches unverrückt getreu, das gemeinſame Intereſſe wirkſamſt unterſtützen und, vereint mit ihrem Reichsoberhaupte, den längſt gewünſchten, auf die Baſis der

1) Vgl. die Berichte Hügels vom 9., 11., 12., 19., 23., 25. und 31. October 1797 im Oeſtr. Staats-Archiv.

Integrität und seiner Verfassung zu gründenden billigen und anständigen Frieden bestens befördern und beschleunigen möchten[1]). Man hat mit Recht die zweideutigen Ausdrücke dieses Decrets getadelt, welches die Integrität des Reiches noch als Ziel der Verhandlungen hinstellte, während gar keine Hoffnung übrig blieb, es zu erreichen, und nachdem Oestreich schon in Campo Formio darauf verzichtet hatte. Wie viel würdiger und sogar klüger wäre die Erklärung gewesen: der Kaiser habe Alles aufgeboten, die Integrität des Reiches zu erhalten, es sei ihm aber nicht gelungen; die Stände möchten nun selbst sehen, was sie den Franzosen abgewinnen könnten. Statt dessen hüllte man Alles, was sich auf den Frieden bezog, in das tiefste Geheimniß. Die Berichte, welche Lucchesinis Nachfolger, der Graf Keller, aus Wien an seinen Hof abgehen ließ, sind noch im November mit ganz irrigen Gerüchten angefüllt; man überließ es den Franzosen, dem preußischen Gesandten in Paris nach ihrer Weise von den Bedingungen Kenntniß zu geben, und einer französischen Zeitung blieb es vorbehalten, Deutschland die öffentlichen Artikel des Friedens mitzutheilen. Lieber, als daß man geredet hätte, wartete man, daß die Ereignisse auch die geheimen Artikel und was von der Integrität des Reiches zu halten sei, an den Tag brächten. Dadurch erscheint das Commissionsdecret vom 1. November schlimmer, als es wirklich ist. Denn auf Täuschung war es ursprünglich am wenigsten berechnet. Der Entwurf wird schon am 30. September von dem Reichsvicekanzler der Staatskanzlei zugeschickt. Für jene Zeit, als über die Integrität des Reiches noch Nichts entschieden war, paßte es vollkommen. Der Congreß sollte ja eben zu dem Zwecke sogleich berufen werden, um den Anforderungen der Franzosen noch ein letztes Hinderniß entgegenzustellen. Die Weigerung Bonapartes vereitelte dies; erst mehrere Wochen später, am 29. October, antwortet Thugut, es stehe jetzt, nach dem Abschluß des Friedens, Nichts im Wege, das Decret bekannt zu machen[2]). Sieht

1) Vgl. Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen II, 97.

2) Vgl. das Schreiben des Fürsten Colloredo an Hügel vom 1. November 1797 mit den Beilagen im Oestr. Staats-Archiv.

man genau zu, so ist auch für jene spätere Zeit keine eigentliche Unwahrheit darin enthalten. Es wird nicht gesagt, daß zu Campo Formio die Integrität des Reiches begründet sei, sondern daß sie auf dem Congreß erst begründet werden solle. Wer Actenstücke dieser Art zu lesen verstand und das neue Decret mit dem früheren über die Präliminarien von Leoben in Vergleich setzte, konnte über die wirkliche Bedeutung des Unterschiedes sich nicht täuschen. In Regensburg begriff man ihn sogleich. Hügel berichtet schon am 5. November: man habe bemerkt, daß die Integrität des Reiches erst durch die Mitwirkung der Friedensdeputation erzielt werden solle, darauf jedoch keine große Hoffnung setzen mögen, und Hügels Schweigen beweist deutlich genug, was er selbst darüber dachte. Aber man hätte in Wien wohl erwägen sollen, daß die Zeit für staatsrechtliche Spitzfindigkeiten vorüber sei, und daß dem kaiserlichen Ansehen nichts weniger vortheilhaft werden könne, als einen Vertrag zu verheimlichen, dessen Ausführung sich nicht mehr aufhalten ließ.

Denn bald sprachen die Ereignisse nur zu laut. Am 30. November hatte Bonaparte mit Cobenzl zu Rastatt die Ratificationsurkunden des Friedens von Campo Formio ausgewechselt. Schon am nächsten Tage wurde über die Räumung von Mainz und Venedig ein Abkommen getroffen. Am 7. December berichtet Lehrbach der Reichsdeputation: in Folge des jetzt ratificirten Friedens sehe sich der Kaiser in die Nothwendigkeit versetzt, seine Truppen von dem bisherigen Kriegsschauplatze in die Erblande zurückzuziehen; er habe sich nur vorbehalten, als Reichsstand sein Contingent zu liefern. Hoffentlich, fügt Lehrbach mit bitterem, gerechtem Hohne hinzu, werde dadurch den dringenden, wiederholt und von allen Seiten selbst in Rastatt geäußerten Wünschen wegen Zurückziehung dieser Truppen ein Genüge geschehen. In der Nacht vom 9. auf den 10. December waren die Franzosen in die von den Oestreichern verlassenen Stellungen eingerückt und bedrohten Mainz, das von verschiedenen Reichscontingenten nur unzureichend vertheidigt wurde. Der Mainzische Kanzler Albini wandte sich voll Bestürzung an die kaiserlichen Gesandten

in Raſtatt und an die Friedensdeputation, die Deputation an den Reichstag, der Reichstag an den Kaiſer nach Wien[1]). Unterdeſſen handelten die Franzoſen; ſie ſchloſſen Mainz ein, drohten den Waffenſtillſtand zu kündigen und die Mainziſchen Gebiete auf dem rechten Rheinufer zu beſetzen. Die haltloſe Regierung des Kurfürſten fühlte ſich zum Widerſtand zu ſchwach; am 30. December 1797 wurde das Bollwerk unſeres Vaterlandes dem Feinde überliefert.

Während dies in Deutſchland geſchah, war Italien der Schauplatz für nicht weniger trauervolle Ereigniſſe. Man erinnert ſich, wie zweideutig Bonapartes Stellung zu der in Venedig neu gebildeten demokratiſchen Regierung von Anfang an geweſen war. Selbſt die Politik des Directoriums muß dagegen redlich und der italiäniſchen Freiheit förderlich erſcheinen; nur iſt für Bonaparte in Anrechnung zu bringen, daß er den Frieden für nothwendig hielt, daß es ihm vortheilhafter ſchien, Mantua als Venedig zu behaupten, und daß er vor Allem die cisalpiniſche Republik befeſtigen wollte. Die Erwerbung Venedigs erwartete er von einer ſpätern Zeit und hat ſich darin nicht getäuſcht, wie man denn überhaupt nicht in Abrede ſtellen kann, daß durch den Feldzug von 1796, durch die neugegründete Republik und ſogar durch die ſpätere franzöſiſche Herrſchaft der Keim einer ſelbſtſtändigen nationalen Entwicklung in Italien gefördert ſei. Aber zunächſt begegnet man einem Syſtem von Doppelzüngigkeit, das nicht ſeines Gleichen findet. Gewillt, die Stadt als Preis des Friedens an Oeſtreich auszuliefern, muß der franzöſiſche General doch ſtets den Weg offen halten, ſie nöthigenfalls auch gegen Oeſtreich zu gebrauchen. Am 24. Mai kommt er mit de Gallo überein, daß Venedig zur Entſchädigung des Kaiſers dienen ſolle; zwei Tage ſpäter gibt er der Municipalität mit den lebhafteſten Worten die Verſicherung, er werde unter allen Umſtänden alle Kräfte aufbieten, um die venetianiſche Freiheit zu befeſtigen und das unglückliche Italien endlich

1) Vgl. Hügels Bericht vom 15. Dezember 1797 mit den Beilagen im Oeſtr. Staats-Archiv

ruhmvoll, frei und unabhängig auf der Weltbühne unter den großen Nationen zu erblicken[1]). Nichts konnte ihm die Erlaubniß abgewinnen, daß die Stadt mit der cisalpiniſchen Republik ſich vereinigen dürfe. Dagegen war es ihm ein bequemes Schreckmittel, den kaiſerlichen Geſandten mit dieſer Vereinigung zu drohen und die Zuziehung eines venetianiſchen Bevollmächtigten zu den Sitzungen in Udine zu verlangen. Gerade während der letzten entſcheidenden Verhandlungen mit Cobenzl war auf ſeine Veranlaſſung ein Congreß der vormals venetianiſchen Städte zu Venedig verſammelt. Man erklärte es für eine Nothwendigkeit, mit der cisalpiniſchen Republik ſich zu vereinigen, und ſchickte zwei Geſandte nach Paſſariano, um Bonapartes Einwilligung zu erbitten. Aber zu ſpät; das Schickſal Venedigs war entſchieden, nicht die weiteſt gehenden Verſprechungen, nicht koſtbare Geſchenke an Bonapartes Umgebung konnten es rückgängig machen[2]). Immer trauriger geſtaltete ſich die Lage der Stadt; ſie erhielt eine verſtärkte franzöſiſche Beſatzung, die Municipalität verlor täglich an Anſehen und konnte nur durch gewaltſame Maßregeln gegen die Anhänger der alten Verfaſſung und eine neu hervortretende öſtreichiſche Partei ſich behaupten. Man ſchlug den letzten verzweifelten Ausweg ein. Allgemeine Volksabſtimmung ſollte entſcheiden, ob man die Freiheit bis aufs Aeußerſte vertheidigen oder ſich den Umſtänden beugen wolle. Aber das Ergebniß, obgleich durch alle Mittel der Regierung unterſtützt, zeigte nur ein geringes Mehr der Stimmen für die Freiheit. Die Geſandten, welche in Paris auf dieſen Volksbeſchluß ſich berufen ſollten, wurden auf dem Wege von Bonaparte verhaftet und zur ſchleunigen Rückkehr genöthigt. Am 9. November übertrug die Municipalität ihre weſentlichſten Befugniſſe einer Giunta von fünf Perſonen. Vergebens ſuchten dieſe Männer von der früheren Herrlichkeit der Republik noch Einiges zu retten; nur wie einen Leichnam wollten die Franzoſen die Stadt wieder aus den Hän-

1) Vgl. Correspondance de Napoléon, III, 70.

2) Vgl. Romanin, Storia documentata di Venezia X, 282 fg.

den geben. So wurden noch bis zuletzt aus Gallerien und Bibliotheken die Wunder der Kunst, die kostbarsten Schätze der Wissenschaft hervorgezogen, das Arsenal geleert und angezündet, selbst der Bucentaur den Flammen übergeben, um das schmelzende Gold der Verzierungen zu gewinnen. Auch der uralte Raub aus Constantinopel, die vier ehernen Pferde der Marcuskirche, wurden in jenen Tagen nach Paris geschleppt, um in den Händen des zweiten Räubers abermals vergeblich an den Wechsel irdischer Macht und die sühnende Vergeltung des Unrechts zu erinnern. Als Alles geplündert war, zogen die französischen Truppen langsam aus dem venetianischen Gebiete sich zurück, die kaiserlichen besetzten, was jene verlassen hatten; am 18. Januar hielten sie in Venedig ihren Einzug.

So waren für Oestreich wie für Frankreich die beiden wesentlichsten Bedingungen des Friedens erfüllt; aber sie blieben auch die einzigen, welche in unmittelbarer Folge zur Ausführung gelangten. Es läßt sich erwarten, daß das Directorium wenig Neigung fühlte, an einem Vertrage festzuhalten, den ohne und sogar gegen seinen Willen eigenmächtig ein General zum Abschluß gebracht hatte. Schon am 27. October äußerte Talleyrand Sandoz gegenüber, der Kaiser habe Säcularisationen nur in kleinerem Umfange zugestanden, aber das Directorium werde sie allgemein machen[1]). Alsbald kam auf dem Friedenscongreß der heftigste Gegensatz zum Vorschein. Statt der zu Campo Formio vereinbarten Gränze verlangten die Franzosen das gesammte linke Rheinufer, darunter auch die preußischen Besitzungen. Der Lieblingswunsch östreichischer Politik, Preußen von jeder Gebietserweiterung in Deutschland auszuschließen, war damit vereitelt, Säcularisation nach großem Maßstabe unvermeidlich, und die Reichsverfassung den wesentlichsten Veränderungen zum Nachtheile des Kaisers ausgesetzt. Zugleich trat nun die Politik der Revolution, von Bonaparte nur auf kurze Zeit zurückgehalten, nach allen Seiten in ihrer ganzen Maßlosigkeit hervor. Noch im December

1) Vgl. Sandoz Bericht vom 28. October 1797.

1797 hatte französischer Einfluß in Rom einen Aufstand herbeigeführt, bei welchem der General Duphot erschossen war. In Folge dessen wurde am 10. Februar 1798 die Stadt von französischen Truppen besetzt, fünf Tage später die Republik ausgerufen, und nach abermals fünf Tagen der Papst gefangen nach Siena abgeführt. Gegen die Schweiz war seit dem Anfange des Jahres eine Gewaltthätigkeit der andern gefolgt; am 5. März wurde Bern erobert, ausgeraubt, dort, sowie in den übrigen Cantonen, Alles dem französischen Einfluß unterworfen. Ebenso mußte ein Aufstand in Piemont zum Vorwand dienen, daß die Citadelle von Turin im Juni von französischen Truppen besetzt und die sardinische Regierung des letzten Scheines von Selbstständigkeit beraubt wurde. Es zeigte sich deutlich genug, daß ein Friede auf die Dauer unmöglich sei. Hätten Oestreich und Preußen zusammengestanden, so hätte man wenigstens in Deutschland der Gewaltthätigkeiten sich erwehren können. Die Nothwendigkeit der Einigung ist auch von beiden Seiten damals wohl empfunden worden. Allein die mißtrauische Eifersucht, welche jeden Vortheil des Andern beinahe noch mehr fürchtete, als den eigenen wünschte, ließ die seit Anfang des Jahres gepflogenen Unterhandlungen nicht zu einem Ergebniß kommen.

Noch einmal suchte Oestreich sich mit Frankreich zu verständigen. Zu Selz im Elsaß hielt Cobenzl mit dem abgehenden Director Franz von Neufchateau vom 30. Mai bis zum 6. Juli eine Reihe von Conferenzen, aber die Einigung wurde nicht erreicht. Statt dessen beginnen Rüstungen zu einem neuen Kriege, der im folgenden Jahre Oestreich, Rußland und England noch einmal verbunden Frankreich gegenüber stellt. In sofern könnte man den Vertrag von Campo Formio nicht für einen Frieden, sondern nur für einen Waffenstillstand halten. Aber er ist doch mehr. Denn als nach wechselnden Erfolgen Bonaparte aus dem Orient zurückkehrend das Directorium gestürzt und Frankreich sich unterworfen hatte, als durch die Schlacht von Marengo dem Kaiser Mailand wiedergenommen, nach dem Tage von Hohenlinden die Gränze seiner Erblande abermals von französischen

Heeren überschwemmt war, kam man zu Lüneville (am 9. Februar 1801) doch im Wesentlichen auf die zu Campo Formio festgestellten Bedingungen zurück. Und so darf man diesen ersten Frieden zwischen dem Kaiser und der Republik immerhin als einen höchst bedeutsamen Abschnitt betrachten, wo auch eine historische Darstellung, wenn nicht ein Ziel, doch einen Ruhepunkt sich setzen mag.

Berichtigungen und Zusätze.

Seite 13, Zeile 10 von unten: Seiten, statt Theilen.
„ 16, „ 8 „ oben und öfters: Herrmann, statt Hermann.
„ 81, „ 1 „ unten: II, I, statt III.

Zu S. 227 fg. Aus den Depeschen Sir Morton Edens, die mir während des Druckes durch die Güte Ernst Herrmanns bekannt geworden sind, füge ich dem Abschnitt über die Präliminarien von Leoben noch Folgendes hinzu: Am 8. März 1797 schreibt Eden, Thugut habe ihm den Brief des Großherzogs von Toscana mitgetheilt, in welchem die dringenden Anträge Clarkes dem Kaiser empfohlen werden. Frankreich wollte danach dem Reiche das linke Rheinufer, dem Kaiser die italiänischen Besitzungen zurückgeben und ihn für Belgien und Luxemburg in Deutschland, nöthigenfalls durch Baiern, entschädigen. Thugut fand jedoch, wie Eden, in diesem Anerbieten den Beweis für die Verlegenheit und Schwäche des Directoriums. Der Kaiser, setzte er hinzu, sei entschlossen, keinen Frieden ohne England zu machen, er fühle, daß jede Entschädigung Oestreichs auf der rechten Rheinseite den Umsturz der Reichsverfassung nach sich ziehen müsse, deren Erhaltung der unabänderliche Wunsch des Kaisers sei. Man werde dem Großherzog von Toscana die Bitte aussprechen, sich ferner nicht in diese Angelegenheit zu mischen, sondern Clarke an Gherardini zu verweisen. Auch dem Erzherzog Karl solle noch am Abend der Befehl zugehen, auf kein Anerbieten Bonapartes und keine Unterredung sich einzulassen. — Am 1. April schildert Eden, in ähnlicher Weise wie Caesar, den dringenden allgemeinen Wunsch der Aristokratie nach Frieden. Besonders die Grafen Trautmannsdorf und Starhemberg hatten diese Gesinnung sehr nachdrücklich in zwei Denkschriften ausgesprochen und zu zeigen versucht, daß die Fortsetzung des Krieges Niemandem als England und Preußen zu Gute komme. Nur Thugut, schreibt Eden, lasse sich nicht aus der Fassung bringen und versichere, daß ouch der Kaiser standhaft sei. Ob aber bei der äußerst mißlichen Lage, bei den üblen Nachrichten von der Armee, der gänzlichen Erschöpfung des Schatzes dieser Entschluß dauern werde, bleibe zweifelhaft. In drei Depeschen vom 10., 12. und 17. April folgt dann über die Verhandlungen, was Eden

von Thugut erfahren konnte: zum Theil daſſelbe, was aus der gedruckten Depeſche vom 12. April an Lord Auckland (vgl. oben S. 235) bereits bekannt iſt. Bei andern Stellen ſieht man deutlich, wie Merveldts Mittheilungen an Thugut zur Quelle dienten. Der öſtreichiſche Miniſter entſchuldigte die Abſendung von Bevollmächtigten in das franzöſiſche Hauptquartier mit der dringenden Nothwendigkeit, wenigſtens Zeit zu gewinnen. Am 21. April theilte er Eden den Abſchluß der Präliminarien mit. Er ſei dadurch, fügte er hinzu, nicht weniger überraſcht und verſtimmt worden, als der engliſche Geſandte; er habe den Kaiſer um ſeine Entlaſſung gebeten, und der Kaiſer habe ſie zugeſtanden, jedoch mit der Anweiſung, die Geſchäfte ſo lange fortzuführen, bis ein Nachfolger gefunden ſei; wahrſcheinlich werde die Wahl auf den Grafen Ludwig Cobenzl fallen. Lange hat dieſer Entſchluß, wenn er ernſtlich gemeint war, in keinem Falle vorgehalten. Eden verfehlte nicht, in den ſtärkſten Worten ſein Erſtaunen und ſein Mißvergnügen auszudrücken, er erinnerte an das Verſprechen des Kaiſers, keinen Separatfrieden abzuſchließen. Thugut entgegnete, er ſei gleichfalls bis zuletzt dagegen geweſen, wie aber die Verhältniſſe einmal ſich entwickelt hätten, könne er dem Kaiſer nicht mehr rathen, die Genehmigung zu verweigern. Ueber den Inhalt der Präliminarien wollte er nicht reden, man ging wenig zufrieden aus einander. Auch am 20. Mai hatte Eden von dem Wortlaut noch keine Kenntniß. Er hob einmal den Widerſpruch hervor zwiſchen der Erklärung des Kaiſers über die Reichsintegrität und der des Directoriums über die geſetzlichen Gränzen. Thugut erwiederte, es ſei dies ein Beiſpiel von der ungenauen Ausdrucksweiſe, in welcher die Präliminarien angefertigt worden. Der kaiſerliche Bevollmächtigte, ſtatt den Artikel in ſeiner gegenwärtigen Faſſung zuzulaſſen, habe die Anerkennung auf die vom Kaiſer abgetretenen Niederlande beſchränken ſollen. Wie das Verhältniß zwiſchen Thugut und Eden weiter ſich geſtaltete, weiß ich noch nicht anzugeben.

Zu Seite 279. In den Bemerkungen über das Werk des General Jomini (traité des grandes opérations militaires) ſagt Napoleon ſelbſt, er habe den entſcheidenden Brief des Directoriums am 1. April 1797, alſo nicht am 31. März, erhalten, vgl. Commentaires de Napoléon I., I, 470.

Seite 284, Zeile 2 von oben: nach dem Worte „aufgeſtellt“ iſt „und“ einzuſchalten.

Seite 296, Zeile 1 und 2 von oben: beſtimmen, ſtatt beiſtimmen.

„ 310, „ 2 von unten: De Clercq, ſtatt De Cereq.

„ 424, „ 4 „ oben: Zevio, ſtatt Cevio.

Bonn, Druck von Carl Georgi.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Diplomatische verhandlungen aus der zeit der französischen revolution. v.1:1

Nov.27'16 Zimmerman

MAR 7 193

MAR 1932

Hüffer

167700
DC143
H8
v.1:1

UNIVE GRARY